

DAS ARBEITSGEBIET DER BUNDESSTATISTIK

Ausgabe 1976



**HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN
VERLAG: W. KOHLHAMMER STUTTGART UND MAINZ**

Erschienen im Mai 1976
Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet
Preis: DM 18,—
Bestellnummer: 110 110—76 00 00

Vorwort

Der Band »Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik« hat längst seinen festen Platz unter den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes. Er informiert in einheitlicher und geschlossener Form über alle Statistiken, die für Zwecke des Bundes durchgeführt werden, und gibt einen allgemeinen Überblick über Organisation, Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Methoden der Bundesstatistik.

Nach fünf Jahren ist es wieder einmal an der Zeit, dieses erstmals im Jahre 1950 und letztmals im Jahre 1971 erschienene Nachschlagewerk neu herauszubringen. Seit 1971 ist eine Reihe von Statistiken neu eingeführt oder der neueren Entwicklung angepaßt worden. Dadurch hat das Kernstück des Bandes, der »Katalog der Statistiken«, zahlreiche Änderungen erfahren. Aber auch die allgemeinen Abhandlungen mußten überarbeitet werden, denn in den letzten Jahren haben sich neue politische Aufgaben, die enge internationale Zusammenarbeit, die zunehmende Automation der Verwaltung und der verstärkte Zwang zur Rationalisierung in verschiedener Hinsicht auf das gesamte Arbeitsgebiet der Bundesstatistik ausgewirkt. Die vorliegende Neuauflage ist die siebente Auflage dieses Bandes.

Es war nicht die Absicht, und es ist aus Gründen des Umfangs auch nicht möglich, in diesem Band alle jemals durchgeführten Bundesstatistiken zu verzeichnen. Der Katalog beschränkt sich deshalb auf das derzeitige Programm an regelmäßig oder unregelmäßig wiederkehrenden Erhebungen. Informationen über bereits seit längerem abgeschlossene oder eingestellte Statistiken sind in den früheren Ausgaben enthalten, auf die in diesem Band verwiesen wird.

Den obersten Bundesbehörden und den anderen Dienststellen, die wiederum Beiträge für die in ihrem Geschäftsbereich bearbeiteten Bundesstatistiken geliefert haben, möchte ich an dieser Stelle für ihre Mitarbeit danken.

Die Veröffentlichung, zu der das ganze Amt Unterlagen beigesteuert hat, wurde in der Abteilung »Finanzen und Steuern, Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit« des Direktors beim Statistischen Bundesamt Hansen, durch den Ltd. Regierungsdirektor Gerhardt bearbeitet.

Wiesbaden, im April 1976

Dr. Hildegard Bartels

Präsidentin des Statistischen Bundesamtes



Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

[Foto: Bicking, Wiesbaden]

Inhaltsübersicht

Vorwort	3
Inhaltsübersicht	5
Abkürzungen	8

Abhandlungen

1 Organisation der Bundesstatistik	11	5 Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen	44
Allgemeine Gesichtspunkte; Die Institutionen und ihre Aufgaben.		Europäische Gemeinschaften; Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und andere europäische Organisationen; Weltorganisationen.	
2 Rechtsgrundlagen	18	6 Durchführung von Bundesstatistiken ..	50
Statistik für Bundeszwecke; Statistik für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften; Novellierung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke.		Ablauf von Bundesstatistiken; Datengewinnung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen; Datenverknüpfung; Anwendung von Stichprobenverfahren; Anwendung maschineller Verfahren, Koordinierung der Arbeitsabläufe.	
3 Aufgaben und Ziele der Bundesstatistik	23	7 Systematiken	63
Breite und Vielseitigkeit des Aufgabengebiets; Entwicklung eines statistischen Gesamtbilds; Die einzelnen Aufgabengebiete; Weiterverarbeitung von statistischen Ergebnissen, Auslandsstatistik.		Unternehmens- und Betriebssystematiken; Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Privaten Haushalte; Gütersystematiken; Personensystematiken; Regionalsystematiken; Sonstige Systematiken	
4 Öffentlichkeitsarbeit, Bereitstellung statistischer Ergebnisse	36		
Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Bundesstatistik; Veröffentlichungen; Statistische Datenbank.			

Katalog der Statistiken

Erläuterungen	75		
1 Gebiet und Bevölkerung	77	bildung; Statistik der Studien- und Berufswünsche, Hochschulstatistik; Statistik der Ausbildungsförderung; Pressestatistik; Statistik der Filmwirtschaft.	
Volkszählung vom 27. Mai 1970; Mikrozensus; Feststellung des Gebietsstandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungsvorausschätzungen; Staatsangehörigkeitsstatistik; Ausländerstatistik.		5 Rechtspflege	109
2 Bevölkerungsbewegung	85	Statistiken über Gerichte; Polizeiliche Kriminalstatistik; Strafverfolgungsstatistik; Strafvollzugsstatistik; Bewährungshilfestatistik; Auslieferungstatistik.	
Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung; Wanderungsstatistik		6 Wahlen	117
3 Gesundheitswesen	91	Bundestagswahlstatistik.	
Statistik der meldepflichtigen Krankheiten und Tuberkulosestatistik; Statistik der Geschlechtskrankheiten; Todesursachenstatistik; Statistik der Berufe des Gesundheitswesens; Krankenhausstatistik; Mikrozensus (Zusatzerhebungen); Krankheitsartenstatistik der gesetzlichen Krankenversicherung.		7 Erwerbstätigkeit	121
4 Bildung und Kultur	99	Volkszählung vom 27. Mai 1970; Mikrozensus; Beschäftigtenstatistik; Arbeitsmarktstatistiken.	
Statistik des allgemeinen Schulwesens; Statistik des beruflichen Schulwesens; Statistik der Schulanlagen; Statistik zur Situation im Schulsport; Statistik der Einrichtungen der Lehrer-		8 Unternehmen und Arbeitsstätten	129
		Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970; Kostenstrukturstatistik; Statistik der Kapitalgesellschaften; Bilanzstatistik; Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen; Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren.	

9 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei . . .	137	aufgenommenen Kredite; Statistik der Wertpapier-Kundendepots; Statistik der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten; Statistik der Boden- und Kommunkreditinstitute Wertpapiermärkte. Emissionsstatistik; Investmentstatistik; Statistik der Effektenkurse; Renditenstatistik festverzinslicher Wertpapiere, Börsenumsatzstatistik. Sonstiges Geldwesen: Die Währungen der Welt; Statistik der Devisenkurse; Statistik der Zinssätze; Statistik der Ausgleichsforderungen, Mikrozensus (Zusatzerhebung).
Betriebe und Arbeitskräfte: Landwirtschaftszählung 1971; Agrarberichterstattung; Weinbaukataster; Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft; Statistik des Schlepferbestandes; Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz, Sonderstatistiken. Bodennutzung und Ernte. Bodennutzungserhebung, Ernteberichterstattung; Weinerzeugungs- und Weinbestandsstatistik, Holzstatistik. Viehwirtschaft und Fischerei: Viehzählungen; Geflügelstatistik, Statistik der Schlachtungen; Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik; Tierseuchenstatistik; Fischereistatistik. Ernährungswirtschaft. Statistiken der Ernährungswirtschaft.		
10 Produzierendes Gewerbe	165	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe: Erhebungen bei Betrieben; Erhebungen bei Unternehmen; Sonderstatistiken für einzelne Industriezweige. Baugewerbe: Erhebungen bei Betrieben; Erhebungen bei Unternehmen. Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung: Erhebungen bei Betrieben, Erhebungen bei Unternehmen; Sonderstatistiken. Handwerk: Handwerkszählung 1968; Handwerksberichterstattung.		
11 Bautätigkeit und Wohnungen	187	
Bautätigkeitsstatistiken; Statistik über die Finanzierung des Wohnungsbaus; Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968; Fortschreibung des Wohnungsbestandes; Wohnungsstichprobe 1972.		
12 Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Reiseverkehr	197	
Handels- und Gaststättenzählung 1968/70, Großhandelsstatistik; Einzelhandelsstatistik, Gastgewerbestatistik; Statistik des Reiseverkehrs in Beherbergungsstätten; Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs, Mikrozensus (Zusatzerhebungen); Statistik des Warenverkehrs mit Berlin (West); Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost).		
13 Außenhandel	207	
Außenhandelsstatistik; Statistik der eingeführten festen Brennstoffe		
14 Verkehr	211	
Eisenbahnverkehr. Eisenbahnstatistik. Straßenverkehr: Straßenstatistik; Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes; Statistiken über Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse für Kraftfahrzeuge; Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr; Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen; Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Kraftfahrzeugen; Statistik des Straßenverkehrs mit Berlin und der DDR; Statistik der Straßenverkehrsunfälle. Binnen- und Seeschifffahrt: Binnenschifffahrtsstatistik; Seeschifffahrtsstatistik. Luftverkehr: Luftfahrtstatistik; Statistik der Luftverkehrsunfälle. Rohrfernleitungsverkehr. Rohrfernleitungsstatistik. Post- und Fernmeldewesen. Statistik der Deutschen Bundespost. Wetterdienst: Statistik des Deutschen Wetterdienstes.		
15 Geld und Kredit	235	
Bankstatistische Gesamtrechnungen: Konsolidierte Bilanz des Bankensystems; Statistische Daten zum Geldvolumen; Statistische Daten zur Bankenliquidität. Deutsche Bundesbank: Ausweis der Deutschen Bundesbank; Angaben zur Auslandsposition der Deutschen Bundesbank; Mindestreserverstatistik. Kreditinstitute: Zwischenbilanzstatistik; Kreditstatistik; Statistik der Wertpapierbestände, Statistik der Einlagen und		
16 Versicherungen	247	
Statistik über die Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen; Statistik der Lebensversicherung; Statistik der Pensions- und Sterbekassen; Statistik der privaten Krankenversicherung; Statistik der Schaden- und Unfallversicherung, Statistik über die Rückversicherung; Statistik der kleineren Versicherungsvereine.		
17 Öffentliche Sozialleistungen	253	
Statistik der gesetzlichen Rentenversicherungen; Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung; Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung; Statistiken der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe, Statistik der Kriegsoferversorgung; Statistik der Kriegsgefangenenentschädigung und Haftlingshilfe; Statistik über den Lastenausgleich, Statistik der Sozialhilfe; Statistik der Kriegsopferversorge, Statistik der Jugendhilfe; Statistik der Behinderten und der Rehabilitationsmaßnahmen; Statistik über Kindergeld; Wohngeldstatistik.		
18 Finanzen und Steuern	265	
Öffentliche Haushalte: Statistik der Haushaltswirtschaft; Statistik über den Steuerhaushalt; Statistik über Schulden; Personalstatistiken Steuern: Einkommensteuerstatistiken; Körperschaftsteuerstatistik; Lohnsteuerstatistik; Vermögensteuerstatistik; Einheitswertstatistik; Erbschaftsteuerstatistik; Umsatzsteuerstatistik; Verbrauchsteuerstatistiken; Realsteuervergleich, Gewerbesteuerstatistik		
19 Preise	285	
Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise, Statistik der Einkaufspreise der Landwirtschaft; Statistik der Ein- und Ausführpreise; Statistik der Kaufwerte von Bauland; Statistik der Baupreise; Statistik der Verbraucherpreise, Statistik der Preise für Leistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes; Statistik der Verkehrspreise.		
20 Löhne und Gehälter	295	
Laufende Verdienststatistiken; Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalkosten; Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich; Statistik der Tariflöhne und -gehälter; Statistik der betrieblichen Altersversorgung.		
21 Wirtschaftsrechnungen	303	
Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973		
22 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	307	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Finanzierungsrechnung, Zahlungsbilanzstatistik.		

23 Umweltschutz 317

Statistik der Abfallbeseitigung, Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung, Statistik der Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe; Statistik der Investitionen für Umweltschutz.

24 Auslandsstatistik 325

Allgemeine Auslandsstatistik: Internationale Übersichten; Länderberichte. Auslandsstatistische Fachgebiete. Industriestatistik; Außenhandelsstatistik; Statistik der Straßenverkehrsunfälle; Preisstatistik; Lohnstatistik; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Zahlungsbilanzen.

Nachweis über einmalige oder inzwischen eingestellte Statistiken in früheren Ausgaben 331

Übersichten

1 Rechtsgrundlagen 335

Allgemeine Bestimmungen; Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke; Fundstellennachweis statistischer Gesetze und Verordnungen.

3 Stichprobenstatistiken 374

Methodische Grundzüge.

2 Systematiken 349

Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete wichtiger deutscher Systematiken; Auszüge aus wichtigen Systematiken.

4 Indizes und Maßzahlen 381

Berechnungsgrundlagen.

5 Veröffentlichungsnachweis 385

Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes; Veröffentlichungen von Bundesministerien und anderen Bundesbehörden; Statistische Berichte der Statistischen Landesämter.

Anschriften der Statistischen Ämter 392

Sachregister

Sachregister zum Katalog der Statistiken 393

Schemata: Gliederung der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes (S. 41); Internationale Zusammenarbeit (S. 45), Ablauf von Bundesstatistiken (S. 51), Maschinelle Aufbereitung (S. 61).

Beilagen: Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes; Die Gremien des Statistischen Beirats.

Abkürzungen

Maßeinheiten

m ²	=	Quadratmeter	t	=	Tonne
km	=	Kilometer	tkm	=	Tonnenkilometer
ha	=	Hektar	kVa	=	Kilovoltampere
hl	=	Hektoliter	PS	=	Pferdestärke
kg	=	Kilogramm	BRT	=	Bruttoregistertonne

Veröffentlichungen

StJb	=	Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland	BRDrucks.	=	Bundesratsdrucksache
Wista	=	Wirtschaft und Statistik	BTDrucks.	=	Bundestagsdrucksache
AStA	=	Allgemeines Statistisches Archiv	BZBl.	=	Bundeszollblatt
IntMon	=	Internationale Monatszahlen in der Reihe »Allgemeine Statistik des Auslandes«	GMBL	=	Gemeinsames Ministerialblatt
BAnz.	=	Bundesanzeiger	RGBl.	=	Reichsgesetzblatt
BGBL	=	Bundesgesetzblatt	RMBL	=	Reichsministerialblatt

Sonstige Abkürzungen

StBA	=	Statistisches Bundesamt	j	=	jährlich
StLÄ	=	Statistische Landesämter	Wj	=	Wirtschaftsjahr
mtl	=	monatlich	Fwj	=	Forstwirtschaftsjahr
vj	=	vierteljährlich			

ABHANDLUNGEN

1 Organisation der Bundesstatistik

1.1 Allgemeine Gesichtspunkte

Die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland ist ganz überwiegend Bundesstatistik. Ihr fällt primär die Aufgabe zu, umfassendes, aktuelles und verlässliches Zahlenmaterial für Parlament, Bundesregierung und -verwaltung bereitzustellen. Statistische Unterlagen werden für die Durchführung spezieller Verwaltungsaufgaben, als Entscheidungsgrundlagen für Planungs- und Reformvorhaben der Regierung sowie als Instrument für die Kontrolle der Auswirkungen staatlicher Maßnahmen benötigt. Daneben bilden sie eine der wichtigsten Voraussetzungen für die allgemeine Beobachtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation. Über den Bundesbereich hinaus besteht auch bei Ländern und Gemeinden sowie bei internationalen und supranationalen Organisationen Interesse an einem möglichst lückenlosen Bild der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Weite Bereiche der Wirtschaft und Wissenschaft sowie der Öffentlichkeit sind ebenfalls auf die Ergebnisse der Bundesstatistik angewiesen.

Charakteristisch für die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland ist ihre fachliche Konzentration in eigens hierfür eingerichteten statistischen Fachbehörden. Das Statistische Bundesamt arbeitet für sämtliche Ministerien, verkehrt in fachlichen Fragen unmittelbar mit ihnen und ist damit eine der wenigen Querschnittsbehörden der Bundesregierung. Diese in Europa vorherrschende Organisationsform hat den Vorteil, daß die zahlreichen Benutzer alle (bzw. die meisten) statistischen Ergebnisse an einer Stelle finden, daß eine gute Koordinierung aller Statistiken gewährleistet ist, daß Doppelarbeiten vermieden werden, weil Wünsche verschiedener Benutzer häufig mit ein und derselben Statistik befriedigt werden können, und daß Fachpersonal und zweckentsprechende maschinelle Einrichtungen rationell und in ausreichendem Maße eingesetzt werden können. Außerdem erleichtert diese Organisationsform die Zusammenfassung der Ergebnisse der verschiedenen Statistiken zu einem geschlossenen Gesamtbild der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation. Sie sichert ferner die Objektivität und Neutralität der statistischen Arbeiten und den allgemeinen Zugang zu ihren Ergebnissen.

Das Statistische Bundesamt untersteht der Dienstaufsicht des Bundesministers des Innern, der u. a. für den Haushalt des Amtes und damit auch für die Finanzierung der von den übrigen Ministerien veranlaßten Bundesstatistiken zuständig ist. Aus der unterschiedlichen Zuständigkeit für Aufgabenstellung und Mittelbeschaffung ergeben sich einige Probleme. Sie haben zu besonderen Maß-

nahmen, die eine bessere Abstimmung zwischen Aufgaben und Kapazitäten gewährleisten sollen, geführt.

Dem föderalistischen Staats- und Verwaltungsaufbau entsprechend, teilen sich Bund und Länder in die Erfüllung der statistischen Aufgaben. Während die Vorbereitung der einzelnen Statistiken sowie die Zusammenstellung und Darstellung der Bundesergebnisse beim Statistischen Bundesamt liegen, sind für die Erhebung und Aufbereitung der Bundesstatistiken bis zum Landesergebnis — von bestimmten Ausnahmen abgesehen — die Statistischen Landesämter zuständig. Die amtliche Statistik in der Bundesrepublik ist also regional weitgehend dezentral aufgebaut und organisiert.

Die zunehmende Automation der öffentlichen Verwaltung hat teilweise zu einer weiteren Dezentralisierung in der Durchführung von Bundesstatistiken geführt, da in einer Reihe von Ländern die maschinellen Arbeiten auf Landesrechenzentren oder -datenzentralen übergegangen sind. Aus der unmittelbaren Konkurrenz mit anderen termingebundenen Verwaltungsaufgaben in den Rechenzentren wie aus der zum Teil ungleichgewichtigen Entwicklung der Kapazitäten und damit der Leistungsfähigkeit der Statistischen Ämter ergeben sich für die einheitliche und termingerechte Durchführung der Statistiken gewisse Schwierigkeiten. Die besonderen Bemühungen des Statistischen Bundesamtes gelten deshalb der Sicherung und Verbesserung der Aktualität des Datenangebots. Insgesamt gesehen hat der Einsatz moderner leistungsfähiger EDV-Anlagen in der Statistik jedoch zu einer erheblichen Rationalisierung der Aufbereitung und zur Bewältigung eines stark gestiegenen Arbeitsprogramms beigetragen. Neue Möglichkeiten bietet die Automation auch für die Datenbeschaffung sowie für die Darbietung und Auswertung statistischer Ergebnisse.

Als Quellen für die Gewinnung statistischer Angaben kommen für die Bundesstatistik im wesentlichen eigene Erhebungen, in zunehmendem Maße aber auch die Verwertung von automatisierten Verwaltungsunterlagen in Betracht. Eine Ausschöpfung dieser Unterlagen und die Einordnung der Ergebnisse in das bestehende System der Statistiken setzen voraus, daß die amtliche Statistik frühzeitig in die Automationsvorhaben auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene eingeschaltet wird und daß ihre Wünsche bei den Beratungen über den zu automatisierenden Datenbestand und seine statistische Aufbereitung berücksichtigt werden. Nur auf diesem Wege er-

scheint es möglich, das bewährte Prinzip der vielseitigen Verwendbarkeit der amtlichen Statistik auch in Zukunft zu erhalten.

Die moderne Technik erleichtert auch die problemgerechte Zusammenstellung statistischer Ergebnisse und ihre Auswertung mit Hilfe mathematisch-statistischer Verfahren. Neben der Durchführung von statistischen Erhebungen haben sich die Statistischen Ämter schon seit langem mit der Weiterverarbeitung von Erhebungsergebnissen zu Indizes, Kaufkraftparitäten usw. und zu Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen befaßt. In den letzten Jahren zeigt sich ein Trend zur verstärkten Einschaltung der Statistischen Ämter in die Auswertung von Statistiken. Der Aufbau der Statistischen Datenbank, mit dem das Bundesministerium des Innern das Statistische Bundesamt beauftragt hat, wird diese Tendenz noch verstärken.

Eine im Ausland nicht so stark ausgeprägte Besonderheit ist die Legalisierung der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik. Dies bedeutet, daß keine statistische Erhebung für Bundeszwecke ohne Rechtsgrundlage durchgeführt werden kann. Neben die Gesetze und Verordnungen des Bundes sind in den letzten Jahren in verstärktem Maße auch Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften getreten, die in den Mitgliedsländern unmittelbar geltendes Recht sind.

Der Zwang, alle Bundesstatistiken gesetzlich zu regeln, schafft klare Rechtsverhältnisse für die Befragten und die an der Durchführung der Bundesstatistiken beteiligten Länder; er garantiert ferner, daß im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens alle interessierten Kreise gehört und beteiligt werden. Dagegen erschwert er aber auch eine schnelle Anpassung der amtlichen Statistik an neue Anforderungen. Als Teil der Bemühungen um eine größere Flexibilität des Datenangebots gewinnen deshalb u. a. Überlegungen an Gewicht, durch entsprechende Ausgestaltung der Rechtsgrundlagen Änderungen und Kürzungen des Programms zuzulassen oder zu erleichtern und kleinere Erhebungen auf freiwilliger Basis durchzuführen.

Nachstehend wird ein Überblick über die Träger der statistischen Arbeiten und ihre Aufgaben gegeben.

1.2 Die Institutionen und ihre Aufgaben

1.2.1 Bundesministerien

Die jeweils fachlich zuständigen Bundesministerien stellen fest, welches Zahlenmaterial sie für ihre Aufgaben benötigen, und umreißen somit

den Inhalt der einzelnen Statistiken. Sie berücksichtigen dabei nach Möglichkeit die Bedürfnisse der Länder und anderer Interessenten. Stark beeinflusst wird das statistische Arbeitsprogramm ferner von den Anforderungen internationaler bzw. supranationaler Stellen, und zwar vor allem von den Europäischen Gemeinschaften, die in besonderem Maße auf eine für alle Mitgliedsländer vergleichbare Statistik angewiesen sind (siehe Kapitel 5).

Die für Bundeszwecke benötigten statistischen Unterlagen werden, wie bereits eingangs erwähnt, in der Regel nicht von den Ressorts selbst, sondern von den Statistischen Ämtern erarbeitet. In eigener Zuständigkeit führen die Bundesministerien im allgemeinen solche Statistiken durch, deren Unterlagen ausschließlich im Geschäftsgang anfallen oder deren Bearbeitung sich vom Geschäftsgang nicht trennen läßt (§ 9 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke). Sie können diese Aufgabe ganz oder teilweise dem Statistischen Bundesamt übertragen, andererseits in Ausnahmefällen aber auch ermächtigt werden, für bestimmte Bundesstatistiken die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes ganz oder zum Teil wahrzunehmen, auch wenn es sich nicht um Geschäftsstatistiken handelt. Als Beispiele für Bundesstatistiken, die von anderen Bundesbehörden durchgeführt werden, seien die Statistiken des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, ferner die Geld- und Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank sowie die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit erwähnt.

Wenn auch die Bundesministerien für den Inhalt des statistischen Arbeitsprogramms verantwortlich sind, so wird dieser nicht zuletzt vom Statistischen Bundesamt und seinem Beirat mitgeformt, denen die methodische und technische Vorbereitung sowie die Koordinierung der Bundesstatistiken obliegt. Aus dem Überblick über das bereits vorhandene Material und die noch zu schließenden Lücken ergeben sich vielfältige Anregungen über die zweckmäßigste Anlage einer statistischen Erhebung. In der Praxis hat sich bei dieser gegenseitigen Abstimmung eine gute Zusammenarbeit entwickelt, ohne daß vom Gesetz Art und Umfang der Beteiligung und Einflußnahme im einzelnen festgelegt worden wären. Die Bundesministerien bestimmen nicht nur maßgebend das Programm der Bundesstatistik, sondern werten auch — ebenso wie zahlreiche andere Benutzer — die Ergebnisse der Bundesstatistik für ihre Zwecke aus. Sie bedienen sich dabei zunehmend auch der Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes.

Dienstaufsichtsbehörde für das Statistische Bundesamt ist das Bundesministerium des Innern.

1.2.2 Statistische Ämter

Der Gesamtbereich der Bundesstatistik wird institutionell im wesentlichen von den Statistischen Ämtern getragen. Ihnen obliegt es in erster Linie, die Statistiken für Bundeszwecke vorzubereiten, zu koordinieren, durchzuführen und ihre Ergebnisse zu veröffentlichen. Das Statistische Bundesamt arbeitet laufend mit 11 Statistischen Landesämtern zusammen.

Die Zusammenfassung statistischer Aufgaben in Statistischen Ämtern begann schon am Anfang des 19. Jahrhunderts, als Preußen im Jahr 1805 eine statistische Zentralstelle gründete, die das Vorbild für entsprechende Einrichtungen anderer Länder in späteren Jahren war. Aus diesen Behörden entwickelten sich die heutigen Statistischen Landesämter mit ihrer teilweise bereits über 100jährigen Tradition. Über das Gebiet der Länder hinausgehende statistische Aufgaben wurden bereits vom Statistischen Büro des Deutschen Zollvereins wahrgenommen, das nach der Reichsgründung, und zwar im Jahr 1872, in das Kaiserliche Statistische Amt umgewandelt und mit einem ständig zunehmenden statistischen Arbeitsprogramm betraut wurde. Nach dem ersten Weltkrieg setzte sich die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik bei der nunmehr in »Statistisches Reichsamt« umbenannten Zentralbehörde fort. Sie wurde durch das Ende des zweiten Weltkriegs unterbrochen, nach dem die gesamte statistische Organisation neu aufgebaut werden mußte. In der britischen Besatzungszone wurde schon 1946 ein Zonenamt gegründet, in der amerikanischen Besatzungszone begann der Wiederaufbau der Statistik von den Landesämtern her, die ihre Arbeiten im Statistischen Ausschuß des Länderrats der US-Zone koordinierten. Nach Zusammenschluß der beiden Zonen wurde 1948 das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Wiesbaden errichtet, aus dem nach Gründung der Bundesrepublik und Einbeziehung der französischen Besatzungszone das heutige Statistische Bundesamt entstand¹⁾.

Mit dem Übergang vom zentralen zum föderativen Staats- und Verwaltungsaufbau hat sich die Aufgabenverteilung zwischen den Statistischen Ämtern auf den verschiedenen Ebenen der öffentlichen Verwaltung wesentlich geändert.

Nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland hat der Bund zwar die volle Gesetzgebungszuständigkeit für die Bundesstatistik (Art. 73, Ziff. 11), jedoch nur eine begrenzte Ver-

waltungskompetenz (Art. 87, Abs. 3). Diese bzw. die Verwaltungskompetenz der Länder (Art. 83) bestimmen den Arbeitsschnitt zwischen Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern. Das Statistische Bundesamt nimmt als selbständige Bundesoberbehörde Aufgaben wahr, die ihrem Wesen nach nur von einer Zentralbehörde übernommen werden können. Hierzu gehört insbesondere die methodische und technische Vorbereitung aller Bundesstatistiken, die notwendig ist, um einheitliche Bundesergebnisse zu erzielen, das Hinwirken auf die Vergleichbarkeit der Statistiken untereinander und die Zusammenstellung der Bundesergebnisse. Erhebung und Aufbereitung der Bundesstatistiken sind dagegen im allgemeinen Angelegenheit der Statistischen Landesämter.

Die Statistischen Landesämter bedienen sich bei der Durchführung eines Teils der Bundesstatistik der Mitwirkung der kommunalen Statistischen Ämter und der Kreis- bzw. Gemeindeverwaltungen. In einer Reihe von Ländern²⁾ haben in der letzten Zeit Landesrechenzentren oder -datenzentralen die maschinelle Aufbereitung der Bundesstatistiken übernommen.

Die Koordinierungsfunktion des Statistischen Bundesamtes und die Tätigkeit der verschiedenen statistischen Ausschüsse, über die anschließend berichtet wird, gewährleisten, daß das statistische Arbeitsprogramm nach einheitlichen Grundsätzen und ohne Überschneidung durchgeführt wird.

Statistisches Bundesamt

Das Statistische Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Es führt seine Arbeiten nach den Anforderungen des jeweils fachlich zuständigen Bundesministers durch. Der Aufbau des Amtes kann dem beigegebenen Organisationsplan (siehe Anhang) entnommen werden. Die Aufgaben des Amtes sind in § 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953, das in den Ausführungen über die Rechtsgrundlagen³⁾ behandelt wird, festgelegt. Sie bestehen im einzelnen darin,

Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) technisch und methodisch vorzubereiten, auf ihre Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit hinzuwirken, ihre Ergebnisse für den Bund zu sammeln, zusammenzustellen und für allgemeine Zwecke darzustellen,

¹⁾ Einen historischen Überblick über die wichtigsten Wandlungen im Programm und in den Aufgaben der amtlichen Statistik vermittelt die Veröffentlichung »Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972«, die das Statistische Bundesamt anlässlich der 100jährigen Wiederkehr der Errichtung eines zentralen Statistischen Amtes in Deutschland im Jahr 1972 herausgegeben hat.

²⁾ Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Hessen, Saarland, Berlin (West). — ³⁾ Siehe hierzu S. 337.

Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten, wenn es in einem Bundesgesetz bestimmt ist oder soweit die beteiligten Länder zustimmen,

nach Maßgabe von § 9 Satz 2 Geschäftsstatistiken zu bearbeiten,

Statistiken des Auslands und internationaler Organisationen zu sammeln und darzustellen,

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen aufzustellen,

an der Vorbereitung der Bundesgesetze, Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiete der Bundesstatistik mitzuwirken und

auf Anfordern der obersten Bundesbehörden sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen sowie Gutachten über statistische Fragen zu erstatten.

Eine Reihe neuer Aspekte im Aufgabenprogramm des Statistischen Bundesamtes sind im Abschnitt 3.3 dargelegt. Besonders zu erwähnen ist neben der Mitwirkung an Statistiken der Europäischen Gemeinschaften die Mitarbeit bei der Gewinnung statistischer Daten aus automatisierten Verwaltungsunterlagen und die Errichtung der Statistischen Datenbank des Bundes beim Statistischen Bundesamt (siehe Abschnitt 4.3).

Im Rahmen der Untersuchungen zur Modernisierung und Weiterentwicklung der Organisation der öffentlichen Verwaltung beim Bundesministerium des Innern ist das Statistische Bundesamt ferner in die Überlegungen zur Verbesserung des Informationswesens der Bundesverwaltung eingeschaltet. Die organisatorischen Konsequenzen dieser Erweiterung des Arbeitsgebiets der amtlichen Statistik lassen sich gegenwärtig noch nicht voll übersehen.

Das Schwergewicht der Tätigkeit des Statistischen Bundesamtes liegt bei der methodischen und technischen Vorbereitung der einzelnen Bundesstatistiken. Es handelt sich, wie später noch näher ausgeführt wird, um die Ausarbeitung der Erhebungs- und Aufbereitungsunterlagen und -verfahren, die für eine einheitliche Durchführung der Bundesstatistiken in den Ländern und somit für die Erzielung einheitlicher Bundesergebnisse benötigt werden. Außerdem werden die verschiedenen Bundesstatistiken hinsichtlich ihres Inhalts und ihrer Methoden aufeinander abgestimmt. Grundlage für diese Arbeiten sind eingehende Überlegungen über den Aufbau bzw. weiteren Ausbau eines in sich geschlossenen und den volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Erfordernissen entsprechenden Gesamtsystems

der Statistiken, wozu die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und das in der Entwicklung befindliche Gesamtsystem der Bevölkerungs- und Sozialstatistik den Rahmen abgeben.

Die zwischen der Vorbereitung einer Bundesstatistik und der abschließenden Zusammenstellung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse liegende Erhebungs- und Aufbereitungsarbeit gehört in der Regel zu den Aufgaben der Statistischen Landesämter. Es gibt jedoch auch Fälle, in denen diese Aufgaben vom Statistischen Bundesamt wahrgenommen werden. So wird wegen der Eigenart des Erhebungsverfahrens die Außenhandelsstatistik, bei der die zu erhebenden Tatbestände im Zusammenhang mit der Tätigkeit der zum Bund gehörenden Zollverwaltung festgestellt werden, zentral beim Statistischen Bundesamt bearbeitet. Auch in einigen anderen Fällen erfolgt die Erhebung und Aufbereitung bzw. die Aufbereitung des statistischen Materials aus sachlichen, methodischen oder technischen Gründen ganz oder teilweise zentral (z. B. Schlachttier- und Fleischbeschaustatistik, Fischereistatistik, Eisen- und Stahlstatistik, Großhandelsstatistik, Pressestatistik, Filmstatistik, Statistik des Berlinhandels und des Warenverkehrs mit der DDR, verschiedene Verkehrsstatistiken, Kostenstrukturstatistik, Preisstatistik, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe). Die Abgrenzung ist also keineswegs starr; sie läßt vielmehr bestimmte Sonderregelungen im Hinblick auf eine zweckmäßige Arbeitsverteilung zu⁴⁾.

Im Interesse der völligen Objektivität und Neutralität der Amtsarbeiten ist in der amtlichen Begründung des StatGes erwähnt, daß der Präsident des Statistischen Bundesamtes in methodischen und wissenschaftlichen Fragen nicht an fachliche Weisungen gebunden sein soll.

Das Statistische Bundesamt hat in Berlin eine Zweigstelle und in Düsseldorf eine Außenstelle.

Die Zweigstelle Berlin führt als ständige Aufgabe Aufbereitungs- und Konzentrationsarbeiten für eine Reihe von Statistiken durch, insbesondere für die Luftfahrtstatistik, die Statistik des Berlinhandels und des Warenverkehrs mit der DDR. Hinzu kommen die Zusammenstellung von Länderkurzberichten mit auslandsstatistischen Ergebnissen sowie verschiedene andere Aufgaben.

Bei der Außenstelle Düsseldorf liegt die Bearbeitung der sachlich besonders tief gegliederten industriellen Produktionsstatistik für den Bereich Eisen und Stahl.

⁴⁾ Die Abweichungen vom Regelfall können den Angaben zu den einzelnen Statistiken im Katalog entnommen werden.

Einschließlich der Zweigstelle Berlin und der Außenstelle Düsseldorf hatte das Statistische Bundesamt Anfang 1976 eine Belegschaft von rund 2600 Personen.

Nach § 9 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963³⁾ nimmt das Statistische Bundesamt die Aufgaben einer Geschäftsstelle dieses Sachverständigenrats wahr. Durch Erlaß des Bundesministers des Innern vom 28. Dezember 1971⁴⁾ ist dem Statistischen Bundesamt die entsprechende Aufgabe auch für den Rat der Sachverständigen für Umweltfragen übertragen worden. Die Tätigkeit der Geschäftsstellen besteht in erster Linie in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, ferner in der technischen Vorbereitung der Sitzungen, der Veröffentlichung der Gutachten und den damit verbundenen Arbeiten.

Am Sitz des Statistischen Bundesamtes wurde durch Erlaß des Bundesministers des Innern vom 12. Februar 1973⁷⁾ ferner das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung errichtet, das u. a. wissenschaftliche Forschungen über Bevölkerungsfragen und damit zusammenhängende Familienfragen als Grundlage für die Arbeit der Bundesregierung durchzuführen hat.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes ist — in Fortführung der Tradition bei den Reichstagswahlen — zugleich Bundeswahlleiter, ferner in der Regel auch Vorsitzender der Wahlkreiskommission.

Statistische Landesämter

Entsprechend der föderativen Struktur der Bundesrepublik werden die Bundesstatistiken in den meisten Fällen von den Ländern erhoben und meist auch bis zur Erstellung von Landesergebnissen aufbereitet, z. T. in Zusammenarbeit mit Landesrechenzentren oder -datenzentralen. Damit liegt das Schwergewicht der Durchführungsarbeiten bei den Statistischen Landesämtern, die organisatorisch selbständige Landesbehörden⁸⁾, in ihrer Funktion jedoch in großem Umfang Erhebungs- und Aufbereitungsstellen der Bundesstatistik sind. Hierbei ist darauf hinzuweisen, daß die Ergebnisse der Bundesstatistiken in vielen Fällen auch für Landeszwecke benötigt werden.

Daneben sind die Statistischen Landesämter auch Träger der Landesstatistiken, die jedoch einen wesentlich kleineren Teil des gesamten Arbeitsprogramms umfassen. Bei Landesstatistiken, die von mehreren oder von allen Ländern durchgeführt werden (z. B. verschiedene Statistiken des Bildungswesens sowie Statistiken des Gesundheitswesens und der Rechtspflege) wirkt das Statistische Bundesamt meist als Koordinierungsstelle, da Bund und Länder an vergleichbaren Ergebnissen interessiert sind.

In der Regel sind die Statistischen Landesämter auch mit dem Aufbau von Statistischen Datenbanken der Länder beauftragt oder in diese Arbeiten eingeschaltet. Zum Teil sind ihnen auch noch weitere Landesaufgaben übertragen worden.

In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen nehmen die Statistischen Landesämter auch die kommunalstatistischen Aufgaben wahr. Das gleiche gilt für Berlin, das insofern eine Sonderstellung einnimmt, als Bundesgesetze hier nicht ohne besonderes Berliner Gesetz angewendet werden können. Das Statistische Landesamt Berlin wirkt aber praktisch in gleicher Aufgabenstellung wie die übrigen Landesämter an den statistischen Arbeiten mit.

Kommunalstatistische Ämter und Dienststellen

Bei vielen Bundesstatistiken werden die Erhebungspapiere direkt von den Statistischen Landesämtern an die Befragten verteilt und auch wieder bei ihnen eingesammelt. In anderen Fällen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, für die unmittelbare Verteilung und Einsammlung der Fragebogen wie auch für gewisse Prüfarbeiten die Verwaltung der Gemeinden und Kreise in Anspruch zu nehmen. Das ist vor allem bei den Großzählungen (z. B. Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, Wohnungszählung), aber auch bei laufenden Erhebungen, insbesondere auf dem Gebiet der Bevölkerungs- und der Landwirtschaftsstatistik, der Fall.

Die Großstädte und größeren Mittelstädte verfügen über eigene Statistische Ämter, während die kleineren Städte statistische Stellen haben, die als Abteilungen anderer Dienststellen fungieren. Ähnlich wie die Statistischen Landesämter üben auch die Statistischen Ämter der Städte eine Doppelfunktion aus. Neben der Mitwirkung an Bundes- und Landesstatistiken führen sie Erhebungen durch, die von der kommunalen Selbstverwaltung für eigene Zwecke benötigt werden. Die Statistische Abteilung des Deutschen Städtetages vertritt die gemeinsamen Interessen der Städtestatistischen Ämter und ist

³⁾ BGBl. I S. 685. — ⁴⁾ GMBI. 1972, Nr. 3, S. 27. — ⁷⁾ GMBI. 1973, Nr. 6, S. 86. — ⁸⁾ In Niedersachsen werden die statistischen Aufgaben vom Landesverwaltungsamt — Statistik — wahrgenommen. — Die Anschriften der Statistischen Landesämter sind dem Verzeichnis auf S. 392 zu entnehmen.

vor allem um die Vergleichbarkeit und Auswertung der statistischen Ergebnisse bemüht. In einigen Ländern wurden bei den Landkreisverwaltungen besondere statistische Stellen eingerichtet, die für die Durchführung der Erhebungen in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich sind.

1.2.3 Statistische Ausschüsse

Die Vielfalt der Aufgaben, ihre Verteilung auf mehrere Institutionen und die Notwendigkeit einer Koordinierung der getrennten Zuständigkeiten für die Anordnung, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Bundesstatistiken haben zur Bildung einiger Ausschüsse geführt, denen jeweils ein bestimmter Aufgabenkomplex zugewiesen worden ist. Da in den verschiedenen Ausschüssen teilweise die gleichen Institutionen und Personen vertreten sind, ist die Voraussetzung für eine weitgehende Verzahnung und Abstimmung der Arbeit in den einzelnen Gremien gegeben.

Statistischer Beirat

Im Statistischen Beirat, der durch § 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke als beratendes Organ des Statistischen Bundesamtes geschaffen worden ist, sind die ministeriellen Auftraggeber, die durchführenden Statistischen Ämter und die Benutzer der Bundesstatistiken (wie auch die Befragten vertreten^{*)}). In diesem Gremium, das als einziges alle an der Bundesstatistik beteiligten Gruppen umfaßt, werden vornehmlich wichtige methodisch-technische Probleme beraten, aber auch sämtliche die Statistik betreffenden sachlichen Fragen erörtert. Der Beirat tritt im allgemeinen einmal jährlich zusammen und behandelt in großen Zügen das gesamte statistische Arbeitsprogramm sowie aktuelle Einzelfragen von besonderem Gewicht. Den Vorsitz führt der Präsident des Statistischen Bundesamtes.

Die detaillierte Beratung einzelner Statistiken und die Erörterung der speziellen methodisch-technischen Fragen findet in den vom Statistischen Beirat eingesetzten **Fachausschüssen** statt, die für folgende Gebiete gebildet worden sind:

- Statistische Datenbank,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
- Systematiken,
- Regionalstatistik,
- Finanz- und Steuerstatistik,
- Landwirtschaftsstatistik,

- Industrie- und Handwerksstatistik (einschl. Umweltstatistiken),
- Handels- und Verkehrsstatistik,
- Preis- und Lohnstatistik,
- Kostenstruktur- und Bilanzstatistik,
- Bevölkerungsstatistik,
- Erwerbstätigkeitsstatistik,
- Sozialstatistik,
- Bau- und Wohnungsstatistik.

Den Vorsitz in den **Fachausschüssen**, die für bestimmte Teilgebiete oder Einzelfragen ständige oder nur vorübergehend bestehende Arbeitskreise und Arbeitsgruppen eingesetzt haben, führen die für die betreffenden Gebiete zuständigen Abteilungsleiter des Statistischen Bundesamtes.

Vergleichbare Aufgaben nimmt der Ausschuß für die Hochschulstatistik

wahr, der das Statistische Bundesamt bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach dem Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen zu beraten hat.

In ihrer Funktion den **Fachausschüssen** gleichzusetzen sind die **Ausschüsse** für

- Statistik des Gesundheitswesens,
- Rechtspflegestatistik,
- Statistik des Bildungswesens,

in denen, ebenfalls unter Vorsitz des Statistischen Bundesamtes, im Auftrag der Länder nicht oder nicht ausschließlich in die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes fallende Statistiken koordiniert werden, um auch hier einheitliche Bundesergebnisse zu erzielen.

Keinem der vorstehend erwähnten **Fachausschüsse** zuzuordnen sind die unmittelbar vom Statistischen Beirat eingesetzten **Arbeitskreise** für

- Allgemeine Fachfragen der Statistik,
- Rechtsfragen der Statistik,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Auslandsstatistik,
- Fragen der mathematischen Methodik,
- Maschinelle Aufbereitung,

deren Aufgaben sich auf alle Fachbereiche erstrecken.

Zur Beratung von Fragen, die vor allem für die Statistischen Ämter von Belang sind, wozu insbesondere das Arbeitsprogramm und seine

^{*)} Die Zusammensetzung des Beirats ist dem § 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (S. 337) zu entnehmen.

organisatorische und methodisch-technische Durchführung gehören, treten die Amtsleiter regelmäßig in besonderen Konferenzen zusammen. Von der Amtsleiterkonferenz sind ebenfalls Arbeitskreise sowie die Arbeitsgruppe »Arbeitsorganisation« eingesetzt worden¹⁰⁾.

Interministerieller Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik

Seine Aufgabe ist es, Notwendigkeit und Dringlichkeit der Bundesstatistiken im einzelnen zu beraten, die Anforderungen der Ministerien zu koordinieren und eine möglichst rationelle Programmgestaltung zu sichern. In ihm sind bestimmte Bundesministerien und der Bundesrechnungshof als ständige, andere beteiligte Bundesministerien als nichtständige stimmberechtigte Mitglieder und das Statistische Bundesamt als ständiges beratendes Mitglied vertreten. Der Interministerielle Ausschuß tritt aufgrund einer Vereinbarung unter den Bundesressorts seit Frühjahr 1958 z. T. in der Form von Ressortbesprechungen zusammen, zu denen das für die zu behandelnden statistischen Vorhaben federführende Bundesministerium einlädt. Beim Bundesministerium des Innern finden die Tagungen des Interministeriellen Ausschusses statt, wenn statistische Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu behandeln sind. Hierzu zählen vor allem auch die statistischen Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften und die haushaltmäßigen Auswirkungen neuer Vorhaben.

Grundsätzlich befaßt sich der Interministerielle Ausschuß mit dem gesamten Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik; er prüft in erster Linie die geplanten neuen Vorhaben, daneben auch das laufende Arbeitsprogramm. Die Beratungsergebnisse werden bei der Entscheidung über die Vorhaben in der vorparlamentarischen und parlamentarischen Prozedur berücksichtigt.

Die Koordinierungs- und Rationalisierungsbestrebungen des Interministeriellen Ausschusses werden durch die Bundesländer unterstützt, die zuvor die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der einzelnen Vorhaben in eigenen Koordinierungsausschüssen prüfen. Die abschließende Beratung durch die Länder erfolgt in den Ausschüssen des Bundesrates.

Einige Bundesministerien haben besondere statistische Ausschüsse gebildet, in denen zur Be-

ratung der sie interessierenden Erhebungen die jeweiligen Fachministerien der Länder vertreten sind.

Trotz vieler Bemühungen, vor allem im Interministeriellen Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik, ist es bisher nicht gelungen, eine rechtzeitige und ausreichende Abstimmung zwischen Aufgaben- und Finanzplanung zu erreichen. Dem steht die Eigenständigkeit der Ressorts und der die Bundesstatistik durchführenden Länder entgegen, aber auch die Tatsache, daß die anfordernden Stellen (Fachressorts bzw. Bund) nicht gleichzeitig diejenigen Instanzen sind, die für die Finanzierung zu sorgen haben (Bundesinnenministerium als Dienstaufsichtsbehörde bzw. Länder). Wegen der sich verschärfenden Diskrepanz zwischen Aufgaben- und Personal- bzw. Kapazitätsentwicklung in den Statistischen Ämtern ist deshalb in enger Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium des Innern und dem Statistischen Bundesamt in den letzten Jahren ein Bündel von Maßnahmen zur Stärkung der Stellung der amtlichen Statistik in der öffentlichen Verwaltung, zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Statistischen Ämter und zur Anpassung des Arbeitsprogramms der Statistik an neue Aufgaben und an die finanziellen Möglichkeiten erörtert worden. Diese Bestrebungen haben inzwischen u. a. zur Einrichtung eines »Abteilungsleiterausschusses Statistik« geführt, auf den im folgenden näher eingegangen wird.

Abteilungsleiterausschuß Statistik

Der »Abteilungsleiterausschuß Statistik« wurde aufgrund eines Kabinettsbeschlusses der Bundesregierung vom 12. März 1975 eingesetzt. Als ständige Mitglieder gehören ihm Vertreter des Bundeskanzleramts, des Bundesministers der Finanzen und des Bundesministers des Innern an. Der Vorsitz liegt beim Bundesminister des Innern. Der Präsident des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und der Präsident des Statistischen Bundesamtes werden zu den Beratungen hinzugezogen.

Der Ausschuß hat die Aufgabe, die bestehenden und geplanten Bundesstatistiken auf ihre gegenwärtige oder künftige Notwendigkeit als politische Entscheidungsgrundlage zu überprüfen und das Gesamtprogramm der Statistik zu straffen. Sollte der Ausschuß keine einheitliche Meinung bilden können, ist eine Entscheidung der Bundesregierung herbeizuführen. Der Ausschuß soll u. a. auch die Aufgaben- und Finanzplanung auf dem Gebiet der Statistik in Einklang bringen, das Gewicht der amtlichen Statistik verstärken und erforderlichenfalls einen

¹⁰⁾ Eine schematische Übersicht über die Gremien des Statistischen Beirats befindet sich im Anhang.

Beschluß der Bundesregierung über ein längerfristiges, finanziell und technisch abgesichertes statistisches Programm vorbereiten.

Im Hinblick darauf, daß die Länder die Bundesstatistiken durchführen und daß viele Bundesstatistiken und andere statistische Erhebungen auch Länderzwecken dienen, ist die Mitwirkung der Länder bei diesem Verfahren unerläßlich. Die Zusammenarbeit mit dem Abteilungsleiter-

ausschuß Statistik erfolgt gemäß Beschluß der Innenministerkonferenz vom 18./19. September 1975 über ein Kontaktgremium der Länder. Der Abteilungsleiterausschuß Statistik hat nach seiner konstituierenden Sitzung am 25. April 1975 seine Arbeiten aufgenommen. Nach einer Bestandsaufnahme aller bestehenden und bis 1981 geplanten Statistiken wurde mit der ressortweisen Überprüfung des statistischen Programms nach dem im Kabinettsbeschuß vorgeschriebenen Anhörungsverfahren begonnen.

2 Rechtsgrundlagen

2.1 Statistik für Bundeszwecke

Nach Art. 73 Nr. 11 des Grundgesetzes (GG) hat der Bund die ausschließliche Gesetzgebung über die Statistik für Bundeszwecke. Dementsprechend hat der Bundesgesetzgeber das gesamte Organisations- und Verfahrensrecht sowie das materielle Recht der Bundesstatistik im Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) festgelegt.

Das StatGes ist mehrfach geändert worden. Die Bestimmung über die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern (§ 8) wurde 1955 neu gefaßt. Die Vorschrift über die Strafbarkeit bei einer Verletzung der statistischen Geheimhaltungspflicht (§ 13) ist aufgehoben und durch Vorschriften über die Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs des Strafgesetzbuches (StGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 ersetzt worden (§ 203 Abs. 2, §§ 204, 205).

Der in der Übergangsbestimmung (§ 16) festgesetzte Zeitraum, in dem für die laufenden Statistiken neue Rechtsgrundlagen geschaffen werden sollten, wurde zweimal — letztmalig bis 1959 — verlängert. Ein neuer § 15 bestimmt, daß die §§ 10 bis 14 des Gesetzes auch auf statistische Erhebungen anzuwenden sind, die durch eine Verordnung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der Europäischen Atomgemeinschaft angeordnet sind. § 15 alter Fassung wurde durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG) vom 24. Mai 1968 aufgehoben. Eine Novellierung des Gesetzes ist geplant. Auf die hierbei zur Diskussion stehenden Ergänzungen bzw. Änderungen wird kurz im Abschnitt 2.3 eingegangen.

Von den acht Abschnitten des StatGes sind in den vorstehenden Ausführungen die Abschnitte I »Das Statistische Bundesamt«, II »Der Statistische Beirat« und IV »Besondere Verfahrensbestim-

mungen« bereits behandelt worden. Im folgenden soll auf die übrigen Abschnitte, und zwar insbesondere auf Abschnitt III »Anordnung von Bundesstatistiken«, V »Auskunftspflicht«, VI »Geheimhaltungspflicht« und VII »Bußgeldbestimmungen« eingegangen werden.

2.1.1 Anordnung von Bundesstatistiken

Das statistische Auskunftsverlangen bedeutet unter Umständen einen starken Eingriff in die private Rechtssphäre des einzelnen Staatsbürgers und damit in das verfassungsmäßig nach Art. 2 GG garantierte persönliche Freiheitsrecht. Unter Berücksichtigung rechtsstaatlicher Grundsätze ist daher in § 6 des Statistischen Gesetzes bestimmt worden, daß Bundesstatistiken durch Gesetze oder unter bestimmten Voraussetzungen durch Rechtsverordnungen anzuordnen sind.

Im Interesse des Schutzes der Befragten müssen in der Rechtsgrundlage die zu erfassenden Tatbestände und der Kreis der Befragten festgelegt sein (§ 7 StatGes). Werden bei einer Statistik nicht Private, sondern Behörden oder Einrichtungen des öffentlichen Bereichs befragt, so genügt eine allgemeine Verwaltungsvorschrift oder eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern, je nachdem ob Behörden und Einrichtungen des Bundes oder auch solche der Länder Auskunft erteilen sollen. Meist wird jedoch auch in diesen Fällen ein Gesetz oder eine Rechtsverordnung erlassen, um die Beteiligung aller Länder und die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel durch die Finanzministerien des Bundes und der Länder sicherzustellen.

Bei der Bestimmung der zu erfassenden Tatbestände stehen sich der Anspruch des Befragten auf rechtsstaatlichen Schutz gegen Eingriffe in seine persönliche Freiheit und das berechtigte Anliegen von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft nach einer den wechselnden Bedürfnissen

angepaßten Elastizität des Frageprogramms gegenüber. Das statistische Programm muß daher klar und zugleich elastisch formuliert werden. Es ist deshalb in besonderem Maße Wert darauf zu legen, für die zu erfassenden Tatbestände Begriffe zu finden, mit denen sich möglichst viele Einzelfragen abdecken lassen. Diese Übung folgt der Begründung des StatGes, in der ausdrücklich erwähnt ist, daß die Begriffe »Kreis der Befragten« sowie »die zu erfassenden Tatbestände« dahin zu verstehen sind, daß nicht jede Einzelheit festgelegt, sondern nur der große Rahmen umschrieben werden soll. Der dadurch gegebene Spielraum ist nicht zuletzt auch wegen der methodischen Weiterentwicklung der Statistik notwendig. Ferner ist damit eine Entlastung des Gesetzgebers verbunden, der sonst schon wegen kleiner Änderungen in der Fragestellung der einzelnen Statistik bemüht werden müßte. Die Praxis der Gesetzestechnik, die sich entsprechend den vorstehend angegebenen Richtlinien herausgebildet hat, wirkte sich bei den einzelnen Rechtsgrundlagen dahin aus, daß keine umfangreichen Fragenkataloge oder gar Fragebogen zum Bestandteil der Rechtsgrundlage gemacht zu werden brauchten.

Bei der Legalisierung des laufenden statistischen Programms in Form von Gesetzen sind sachlich zusammengehörige Materien nach Möglichkeit in »Sammelgesetzen« zusammengefaßt worden. Das gilt z. B. für die verschiedenen Erhebungen auf den Gebieten der Finanz-, Steuer-, Preis- und Lohnstatistik sowie im Bereich des Produzierenden Gewerbes¹⁾. Eine ähnliche Zusammenfassung erfolgt, wenn die gleichen Tatbestände in verschiedenen Bereichen (z. B. in Handel und Reiseverkehr, in Handwerk und Gastgewerbe) erhoben²⁾ oder Großzählungen aus organisatorischen Gründen miteinander verbunden wurden³⁾.

Der Vorteil einer gesetzlichen Regelung liegt vor allem darin, daß damit die Materie bis auf weiteres normiert wird und nicht — wie bei Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 StatGes — spätestens alle drei Jahre eine neue Regelung erforderlich ist.

Wenn jedoch wegen des endgültigen Programms einer Statistik noch Erfahrungen gesammelt wer-

den müssen, wenn die geplante Erhebung nur einmal durchgeführt werden soll oder wenn sie von begrenztem Umfang ist, kommt für die Regelung eine Rechtsverordnung in Frage, sofern die voraussichtlichen Kosten 500 000 DM jährlich nicht übersteigen. Diese Verordnungen entlasten die Gesetzgebungsorgane und erlauben eine beschleunigte Schaffung von Rechtsgrundlagen für die einzelnen Statistiken.

Der Mindestinhalt der statistischen Rechtsgrundlage besteht gemäß § 7 Abs. 1 StatGes in der Bestimmung der zu erfassenden Tatbestände und des Kreises der Befragten. Auch ohne ausdrückliche Erwähnung im StatGes gehören Angaben über die Berichtszeit und bei laufenden Erhebungen über die Periodizität zum notwendigen Inhalt jeder Rechtsgrundlage. Darüber hinaus müssen im Bedarfsfalle noch Vorschriften aufgenommen werden über eine evtl. Freiwilligkeit der Auskunftserteilung, die Beschränkung der Erhebung auf eine repräsentative Auswahl von Befragten und über Ausnahmen vom Grundsatz der Geheimhaltung wie z. B. die Zulässigkeit der Weitergabe von Einzelangaben an oberste Bundes- bzw. Landesbehörden. Einzelbestimmungen über die Durchführung erübrigen sich im Regelfall im Hinblick darauf, daß die Länder die Erhebung und Aufbereitung von Bundesstatistiken als eigene Angelegenheit durchführen. Soll eine Statistik zentral vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet werden, so muß dies in einem Bundesgesetz ausdrücklich angeordnet sein (z. B. § 10 des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs vom 1. Mai 1957), sofern nicht die beteiligten Länder ihre Zustimmung zu einer zentralen Erhebung und Aufbereitung erklären.

Nach allgemeiner Auffassung bedürfen auch Bundesstatistiken, die auf freiwilligen Auskünften beruhen, einer Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Probeerhebungen bei Großzählungen. Von diesem Grundsatz ausgenommen sind lediglich die auf freiwilliger Grundlage erfolgenden, in ihrem Umfang begrenzten Untersuchungen über die Brauchbarkeit der Fragebogen und des Erhebungsverfahrens, die zur Vorbereitung einer Statistik gemäß § 2 Ziffer 1 StatGes gehören. Eine solche Erprobung kann insbesondere bei der Vorbereitung schwieriger neuer Statistiken notwendig sein und auch zu einer Kosteneinsparung bei der eigentlichen Erhebung beitragen.

2.1.2 Auskunfts- und Geheimhaltungspflicht

Das StatGes legt grundsätzlich eine Auskunfts- und Geheimhaltungspflicht für alle bei einer Bundesstatistik Befragten fest und sichert dafür die Geheimhaltung der

¹⁾ Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960, geändert durch Gesetz vom 12. Juli 1973. Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966, Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958, Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956, Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975. — ²⁾ Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 12. Januar 1960, Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe vom 12. August 1960. — ³⁾ Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969.

statistischen Einzelangaben durch die mit der Durchführung der Statistik amtlich betrauten Stellen und Personen zu. Ohne Zusicherung der Geheimhaltung kann billigerweise die vorschriftsmäßige Auskunftserteilung nicht erwartet werden. Das Prinzip der Geheimhaltung der Einzelangaben gilt im übrigen auch bei Statistiken ohne Auskunftspflicht.

§ 10 Abs. 1 StatGes bestimmt allgemein, daß alle natürlichen und juristischen Personen, Behörden und Einrichtungen zur Beantwortung der ordnungsmäßig angeordneten Fragen verpflichtet sind. Wer auskunftspflichtig ist, wird in der Einzelrechtsgrundlage bestimmt. Die Auskunftspflichtigen haben die Auskünfte wahrheitsgemäß, vollständig, fristgemäß und grundsätzlich unentgeltlich, d. h. bei Auskunftserteilung auf dem Postwege unter Übernahme des Portos, zu geben. Weiter ist aus der Tatsache der Unentgeltlichkeit der Angaben zu folgern, daß der Befragte den auskunftsberechtigten Stellen nicht die Kosten, die ihm durch die Bearbeitung der Erhebungsvordrucke — etwa die Kosten für das Personal, das hierfür beschäftigt wird — in Rechnung stellen kann. Es ist in der Rechtsprechung⁴⁾ anerkannt, daß die mit der amtlichen Statistik betrauten Stellen angemessene Fristen für die Auskunftserteilung setzen dürfen.

§ 12 Abs. 1 StatGes bestimmt, daß Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, von den Auskunftsberechtigten geheimzuhalten sind, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist. Allgemein sind damit die Einzelangaben der Geheimhaltung unterworfen. In den statistischen Einzelgesetzen können jedoch Ausnahmen zugelassen werden. Diese Möglichkeit wurde vorgesehen, da eine allzu strenge Geheimhaltung der Einzelangaben unter Umständen dazu führen könnte, finanziell kaum vertretbare Doppelbefragungen durchzuführen.

Es kann in gewissen Fällen naheliegend und zweckmäßig sein, die mit einem erheblichen Aufwand gewonnenen Zahlen nicht nur für die amtliche Statistik, sondern auch für statistische Arbeiten anderer Stellen und ggf. für andere Zwecke zu benutzen. Falls in besonders begründeten Fällen die Verwendung der Einzelangaben für weitere Zwecke zulässig sein soll, kann dies in der Rechtsgrundlage unter Bezeichnung des weiteren Verwendungszweckes vorgesehen werden. So wurde z. B. in § 6 des Viehzählungsgesetzes vom 18. Juni 1956 bestimmt, daß Einzelangaben auch für behördliche Maßnahmen zur Durchführung des Tierzuchtgesetzes und des Viehseuchengesetzes sowie für andere dort näher

bezeichnete Zwecke durch die zuständigen Behörden oder die von ihnen beauftragten Stellen verwendet werden dürfen. Ferner sind insbesondere die mit hohen Kosten erstellten Ergebnisse der Volkszählungen auch für nichtstatistische Stellen von großem Interesse. Gemäß § 8 des Volkszählungsgesetzes vom 14. April 1969 durften die Erhebungslisten mit entsprechenden Unterlagen der Gemeinden verglichen und Einzelangaben für Verwaltungszwecke, für Zwecke der Regionalplanung und des Städtebaus sowie für wissenschaftliche Zwecke weitergeleitet werden, teilweise jedoch nur ohne Nennung des Namens oder ohne Namen und Anschrift des Auskunftspflichtigen.

Um Doppelbefragungen zu vermeiden, ist außerdem die Möglichkeit der Weiterleitung von Einzelangaben auf dem Dienstwege (Dienstberichterstattung) vorgesehen. Nach § 12 Abs. 2 StatGes sind das Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter und die sonstigen erhebenden Behörden und Stellen berechtigt und verpflichtet, den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen auf Verlangen Einzelangaben auf dem Dienstwege weiterzuleiten, wenn und soweit dies in der die Statistik anordnenden Rechtsvorschrift zugelassen und in den Erhebungsdrucksachen bekanntgegeben worden ist. Diese Möglichkeit ist in verschiedenen Rechtsgrundlagen vorgesehen worden (z. B. § 8 Abs. 1 des Gesetzes über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967).

Da lediglich die Angaben eines Auskunftspflichtigen den Geheimhaltungsschutz genießen, würde es schon genügen, wenn bei der Veröffentlichung statistischer Ergebnisse die Angaben zweier Auskunftspflichtiger zusammengezogen werden. Weil es in diesem Fall jedoch beiden Auskunftspflichtigen möglich wäre, durch Differenzbildung die Angaben des anderen zu erkennen, wird in der Praxis der Statistischen Ämter eine Zusammenfassung der Angaben von mindestens drei Auskunftspflichtigen vorgenommen. Wenn in der Zusammenfassung von drei Einheiten die Angabe eines Befragten jedoch so stark überwiegt, daß die zu veröffentlichende Zahl praktisch die Verhältnisse eines Befragten offenbart, müssen weitere (vier oder mehr) Angaben zusammengefaßt werden.

Der Auskunftspflichtige kann auf den Geheimhaltungsschutz verzichten. In der Praxis wird hierfür eine schriftliche Erklärung des Befragten verlangt. Offenkundige Tatsachen, d. h. solche, die der Öffentlichkeit bereits durch die Presse oder andere Publikationsorgane mitgeteilt wurden, sowie das für jedermann wahrnehmbare

⁴⁾ OLG Celle, Neue Juristische Wochenschrift 1961, S. 185.

Vorhandensein von Unternehmen, Betrieben, Gebäuden, Wohnungen, Haushalten u. ä. fallen nicht unter die Geheimhaltungspflicht.

Die Angabe der Adresse allein stellt noch keine Einzelangabe im Sinne des Statistischen Gesetzes dar, soweit mit ihr nicht gleichzeitig eine weitere Kennzeichnung vorgenommen wird (z. B. Anschriften von Betrieben mit einem Jahresumsatz über 500 000 DM). Die Herausgabe von Anschriften wird jedoch meistens nicht im Rahmen des Aufgabengebietes des Statistischen Bundesamtes liegen und ist daher nur in Ausnahmefällen zulässig.

2.1.3 Strafen und Geldbußen

Die für die Verletzung der Geheimhaltungspflicht bisher im StatGes enthaltene Strafvorschrift (§ 13) ist durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EGStGB) vom 2. März 1974 aufgehoben und durch § 203 Abs. 2, §§ 204, 205 des Strafgesetzbuches in der Fassung vom 2. Januar 1975 ersetzt worden. Diese Strafvorschriften stellen, wie bisher § 13, eine weitere Sicherung statistischer Einzelangaben gegen unzulässige Verwendung dar. Es war bisher nicht erforderlich, eine Strafe wegen Verletzung der Geheimhaltungspflicht zu verhängen, ein Zeichen dafür, daß die Statistischen Ämter die ihnen obliegende Geheimhaltung wahren.

Im Gegensatz zur Verletzung der Geheimhaltungspflicht ist die Verletzung der Auskunftspflicht lediglich eine Ordnungswidrigkeit (§ 14), die nach den Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OwiG) vom 24. Mai 1968 in der Fassung vom 2. Januar 1975 geahndet werden kann. Die Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Auskunftspflichtverletzungen bei zentral erhobenen Bundesstatistiken, die bis dahin bei Behörden der Länder lag, ist durch die Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Statistik für Bundeszwecke vom 20. Dezember 1968 dem Statistischen Bundesamt übertragen worden.

Die Verhängung von Bußgeldern konnte in sehr vielen Fällen vermieden werden, nachdem die auskunftsberechtigte Stelle säumige Auskunftspflichtige gemahnt oder ihnen in geeigneter Form den Zweck und die Notwendigkeit der Erhebungen erläutert hatte, so daß daraufhin die angeforderten Meldungen eingegangen waren.

2.2 Statistik für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften

Nach den Verträgen sind die Organe der Europäischen Gemeinschaften (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Europäische Atomgemeinschaft) berechtigt, von den Mitgliedstaaten Auskünfte einzuholen und sich damit Kenntnis über die für ihre Maßnahmen wesentlichen Tatsachen zu verschaffen⁵⁾. Hierzu gehört auch die Erstellung statistischer Unterlagen, die dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften als gemeinsamer Dienststelle der Gemeinschaften obliegt.

Die Europäischen Gemeinschaften und damit deren Statistisches Amt sind weitgehend auf die Bereitstellung statistischer Unterlagen durch die Mitgliedstaaten angewiesen. Dabei handelt es sich zum großen Teil um bereits für nationale Zwecke vorhandenes Material, das für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften vielfach auf andere Begriffe, Gruppierungen usw. umzustellen ist. Die »Harmonisierung« bereits vorhandener nationaler Statistiken reicht jedoch nicht immer aus, um die Bedürfnisse der Gemeinschaften zu befriedigen. Aus diesem Grunde ist in letzter Zeit in wachsendem Umfang von der Möglichkeit supranationaler Rechtssetzung Gebrauch gemacht worden.

Der am 1. Juli 1967 in Kraft getretene Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 8. April 1965 (BGBl. II S. 1453) bestimmt, daß ein gemeinsamer Rat und eine gemeinsame Kommission mit den Aufgaben aller drei Gemeinschaften befaßt sind. Nach dem EWG-Vertrag und dem Euratom-Vertrag, die weiterhin gültig geblieben sind, können der Rat und die Kommission zur Erfüllung ihrer Aufgaben u. a. Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen erlassen. In Anwendung des EGKS-Vertrages erläßt die Kommission mit gleicher rechtlicher Wirkung anstelle von Verordnungen »Entscheidungen« und anstelle von Richtlinien »Empfehlungen«.

Richtlinien setzen kein im nationalen Bereich unmittelbar geltendes Recht, sondern verpflichten die Mitgliedstaaten, zweckdienliche Maßnahmen zur Erreichung des in der Richtlinie festgelegten Ziels zu treffen. Für die Durchführung von Statistiken bedeutet das, den innerstaatlichen Vorschriften entsprechend, die Schaffung einer Rechtsgrundlage. Auf eine Richtlinie der EWG sind z. B. die jährlichen Investitionserhebungen im produzierenden Gewerbe zurückzuführen, die

⁵⁾ Art. 213 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 753, 766); Art. 47 Abs. 1 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaften für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 (BGBl. 1952, II S. 445) und Art. 187 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 753, 1018).

in der Bundesrepublik durch Gesetz angeordnet wurden und damit zum Bestandteil des nationalen statistischen Programms geworden sind⁶⁾.

Die Entscheidungen können sich sowohl an die Mitgliedstaaten als auch an einzelne natürliche oder juristische Personen richten. Eine an die Mitgliedstaaten gerichtete Entscheidung ist z. B. auf dem Gebiete des Verkehrs erlassen worden, auf dem eine Enquête über die Wegekosten des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs durchgeführt wurde. Soweit hierfür besondere statistische Erhebungen erforderlich waren, bedurften diese einer entsprechenden innerdeutschen Rechtsgrundlage⁷⁾.

Während die Durchführung der in Richtlinien und an die Mitgliedstaaten gerichteten Entscheidungen festgelegten Maßnahmen nach innerstaatlichem Recht erfolgt, setzen die Verordnungen unmittelbar in den Mitgliedstaaten geltendes Recht und sind somit den nationalen Rechtsnormen gleichzusetzen. Von der Möglichkeit zum Erlaß von Verordnungen ist schon vielfach Gebrauch gemacht worden⁸⁾.

Bisher beschränken sich die Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften, sofern sie Statistiken anordnen, auf den Inhalt und die Durchführung dieser Statistiken sowie auf die Regelung der Frage, ob und inwieweit eine Verpflichtung besteht, Auskünfte zu erteilen und diese geheim zu halten. Die Anordnung einer Verfolgung von Verstößen gegen eine Auskunftspflicht und Geheimhaltungspflicht sowie die Ahndung solcher Verstöße selbst bleibt dagegen der innerstaatlichen Regelung durch die Mitgliedstaaten überlassen. Eine solche Regelung ist in der Bundesrepublik getroffen worden. Gemäß § 15 StatGes in seiner am 1. Oktober 1968 in Kraft getretenen Fassung sind die Bestimmungen über die Auskunftspflicht und Geheimhaltungspflicht sowie über Geldbußen auch auf statistische Erhebungen anzuwenden, die durch eine Verordnung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der Europäischen Atomgemeinschaft angeordnet sind.

2.3 Novellierung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke

Die Wandlungen im Programm und in den Aufgaben der amtlichen Statistik, aber auch die Erfordernisse, die sich im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften ergeben haben und beim Erlaß des Gesetzes noch nicht vorauszu-sehen waren, machen eine Ergänzung bzw. Änderung des Statistischen Gesetzes (StatGes) notwendig. Zusammen mit den Erfahrungen aus der über 20jährigen praktischen Anwendung des Gesetzes haben sich hieraus konkrete Vorschläge und Anregungen für eine Novellierung des Statistischen Gesetzes ergeben. Im folgenden werden einige der wichtigsten Punkte erwähnt, wobei jedoch zu beachten ist, daß bei den künftigen Beratungen u. a. auf Grund neu auftretender Probleme durchaus Änderungen in den Zielvorstellungen möglich sind.

Der Aufgabenkatalog des Statistischen Bundesamtes (§ 2 StatGes), der seit Inkrafttreten des Statistischen Gesetzes im Jahre 1953 unverändert besteht, bedarf der Anpassung an die inzwischen eingetretene Entwicklung in der Aufgabenstellung des Statistischen Bundesamtes, wobei — wie bereits erwähnt — insbesondere auch die Erfahrungen aus der bisherigen praktischen Arbeit des Amtes zu berücksichtigen sind. In diesem Zusammenhang sei auf die sich aus der internationalen Zusammenarbeit ergebenden zusätzlichen Aufgaben des Statistischen Bundesamtes sowie auf Überlegungen zu einer besseren Gewährleistung der Einheitlichkeit, Vergleichbarkeit und termingerechten Bereitstellung von Bundesstatistiken hingewiesen. Darüber hinaus sind auch die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der Arbeiten zur Verbesserung des Informationswesens der Bundesverwaltung sowie im Zusammenhang mit der Einrichtung der Statistischen Datenbank des Bundes zu berücksichtigen. Ferner ist zu erwägen, die Zuständigkeit des Amtes für die Aufstellung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf weitere Gesamtsysteme statistischer Daten auszudehnen.

Neben der Überarbeitung des Aufgabenkatalogs müßten bei den Überlegungen zur Novellierung des Statistischen Gesetzes auch die Probleme, die Anfang 1975 zu dem Kabinettsbeschluß über die Straffung des gegenwärtigen und zukünftigen Programms der Statistik geführt haben, berücksichtigt werden. Ziel dieser Überlegungen sollte es u. a. sein, eine bessere Abstimmung zwischen dem Aufgabenprogramm der Bundesstatistik und den finanziellen Möglichkeiten zu finden.

⁶⁾ Richtlinie des Rates der EWG vom 30. Juli 1964 (Amtsblatt der EG S. 2193/64) — Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779) — ⁷⁾ Entscheidung des Rates der EWG vom 22. Juni 1964 (Amtsblatt der EG S. 1598/64), Entscheidung des Rates vom 13. Mai 1965 (Amtsblatt der EG S. 1473/65). — ⁸⁾ Verordnung (EWG) Nr. 1103/75 des Rates vom 28. April 1975 zur Durchführung einer Erhebung über die Verdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter (Amtsblatt der EG Nr. L110/1975) oder die Verordnung (EWG) Nr. 328/75 des Rates vom 10. Februar 1975 über die Durchführung einer Arbeitskostenerhebung in der Industrie (Amtsblatt der EG Nr. L 37/1975).

Um die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft zu intensivieren, ist daran gedacht, in den Statistischen Beirat (§ 4 StatGes) auch Hochschullehrer und Vertreter anderer als wirtschaftswissenschaftlicher Institute zu berufen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß der Zweck statistischer Untersuchungen und die Aussagekraft ihrer Ergebnisse oftmals entscheidend von einer schnellen Anpassung der Statistik an veränderte Situationen mit neuen Anforderungen abhängen. Dieses Ziel könnte durch eine verstärkte Flexibilität in der statistischen Gesetzgebung erreicht werden. Kleinere Anpassungen des Erhebungsprogramms ließen sich bereits durch eine etwas stärker zusammengefaßte Angabe der zu erfassenden Tatbestände in den einzelnen Statistikgesetzen erreichen. Zu prüfen wäre ferner, ob im Statistischen Gesetz die Möglichkeit geschaffen werden kann, die Durchführung einer Bundesstatistik zeitweise auszusetzen, ihre Periodizität zu verlängern, auf einzelne Tatbestände zu verzichten oder den Kreis der Be-

fragten zu verringern, wenn die Ergebnisse nicht oder nicht mehr in der gleichen Ausführlichkeit benötigt werden oder die tatsächlichen Voraussetzungen für eine Erfassung weggefallen sind. Die zur Zeit noch bestehende Wertgrenze für Statistiken auf Grund von Rechtsverordnungen nach dem Statistischen Gesetz (§ 6 Abs. 2 StatGes) ist an die Preis- und Kostenentwicklung anzupassen.

Schließlich wird bei der Novellierung des Statistischen Gesetzes eine Überarbeitung der Geheimhaltungsbestimmungen (§ 12 StatGes) vorgenommen werden müssen. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich nicht nur aus den Auslegungsschwierigkeiten bei der bisherigen Anwendung dieser Vorschrift; vielmehr kommt es vor allem auch darauf an, die künftige gesetzliche Regelung der statistischen Geheimhaltungspflicht in den größeren Rahmen der vorgesehenen Datenschutzgesetzgebung einzu beziehen.

3 Aufgaben und Ziele der Bundesstatistik

In den vorangegangenen Abschnitten sind die organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen aufgezeigt worden, unter denen die amtliche Statistik arbeitet. Nachstehend sollen einige wichtige Gesichtspunkte dargelegt werden, die für den Aufbau und Inhalt der Bundesstatistik und die Weiterentwicklung des statistischen Instrumentariums maßgebend waren bzw. sind.

die Vorbereitung von Entscheidungen, Maßnahmen und längerfristigen Planungen und

die Kontrolle der Auswirkungen von Entscheidungen und Maßnahmen.

Wichtig ist, daß die Statistik nicht nur Fakten und Probleme als solche nachweist, sondern auch ihre Größenordnungen aufzeigt.

3.1 Breite und Vielseitigkeit des Aufgabengebiets

Staatsführung und Öffentlichkeit sind für die Erfüllung ihrer zahlreichen, oft in schnellem Wandel begriffenen Aufgaben auf systematische Sammlung und Bereitstellung von Informationen aller Art angewiesen. Eine der vielseitigsten Informationsquellen ist die amtliche Statistik. Sie liefert Angaben für

die Beobachtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation und ihrer Entwicklung,

In der Bundesrepublik Deutschland sind die meisten amtlichen Statistiken, wie bereits erwähnt, Bundesstatistiken. Auftraggeber und Hauptkonsument der Bundesstatistiken sind die gesetzgebenden Körperschaften des Bundes bzw. die Bundesregierung und innerhalb der Bundesregierung, wenn auch in unterschiedlichem Maße, praktisch alle Ministerien. Für einen besonders großen Teil ist das Bundeswirtschaftsministerium federführend. Die Ergebnisse vieler Statistiken werden jedoch nicht nur vom federführenden, sondern auch von zahlreichen anderen Ministerien benutzt, wie z. B. die Daten der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, der laufenden Bevölkerungsstatistik und der Erwerbstätigkeits-

statistik, die Konjunkturindikatoren, der Preisindex für die Lebenshaltung, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen usw. Während in früheren Zeiten Statistiken häufig nur für spezielle Verwaltungszwecke erhoben wurden und damit einen begrenzten Verwendungszweck hatten, überwiegt heute der Anteil der vielseitig benutzten Statistiken. Das hängt damit zusammen, daß systematischer als früher für große Bereiche geplant wird und auch Einzelmaßnahmen im großen Zusammenhang gesehen werden.

Benutzer der Bundesstatistiken sind aber nicht nur die Bundesinstanzen, sondern in erheblichem Maße auch die Länder und Gemeinden. Beide haben ein starkes Interesse daran, auch ihre Wünsche in der Bundesstatistik verwirklicht zu sehen und wirksame Möglichkeiten, dies durchzusetzen. Das gilt insbesondere für die Länder, die den überwiegenden Teil der Bundesstatistiken als eigene Angelegenheiten und damit auf eigene Kosten durchzuführen haben.

Sehr beträchtliche und ständig wachsende Anforderungen kommen ferner von den supra- und internationalen Organisationen, vor allem von den Europäischen Gemeinschaften, die ein eigenes, z. T. unmittelbar in den Mitgliedstaaten wirkendes Anordnungsrecht haben. Neben neuen Statistiken spielt hier die Harmonisierung vorhandener nationaler Statistiken eine beträchtliche Rolle.

In jedem modernen Staat sieht es die Regierung auch als ihre Pflicht an, in ausreichendem Umfang den Informationsbedarf der an der politischen Willensbildung beteiligten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen (Parteien, Sozialpartner, Wirtschaftsverbände, Industrie- und Handelskammern usw.) zu decken. Das gleiche gilt — im Interesse einer gut funktionierenden Marktwirtschaft — auch für viele Informationsbelange der Wirtschaft selbst. So ist z. B. der Umfang der Produktions- und der Außenhandelsstatistik nicht zuletzt durch die Wünsche der Unternehmen und ihrer Verbände (Interessenvertretungen) bestimmt.

Die amtliche Statistik liefert vielfach auch das Ausgangsmaterial für die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Bevölkerungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Finanzwissenschaft. Sie muß daher auch deren Bedürfnisse berücksichtigen. Die Bindungen zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft sind auf einigen Gebieten besonders eng. U. a. hat die Bundesregierung ein Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung errichtet, das in Verwaltungsgemeinschaft mit dem

Statistischen Bundesamt geführt wird. Das Amt ist ferner seit langem Geschäftsstelle für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und seit einigen Jahren auch für den Sachverständigenrat für Umweltfragen.

Der Vielfalt der Benutzer und Verwendungszwecke entspricht die Breite und Vielseitigkeit des Aufgabengebiets der Bundesstatistik bzw. des Statistischen Bundesamtes. Da das Programm der amtlichen Statistik ständig an neue und gewandelte Fragestellungen angepaßt wird, ist es im Laufe der Jahre immer umfassender und differenzierter geworden. Die Bundesstatistik bietet heute eine Fülle von Daten aus fast allen Lebens- und Tätigkeitsbereichen, die einer quantitativen Erfassung zugänglich sind, und ermöglicht damit — abgesehen von einigen schwer zu schließenden Lücken — eine umfassende Beobachtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation, ihrer Entwicklungstendenzen und Strukturwandlungen.

3.2 Entwicklung eines statistischen Gesamtbilds

Das statistische Arbeitsprogramm ist in den letzten Jahren vor allem durch das Anwachsen der öffentlichen Aufgaben und die zunehmende Tendenz zur systematischeren Planung im gesamten staatlichen Bereich bestimmt worden. Diese Entwicklung ist u. a. dadurch gekennzeichnet, daß neben völlig neuen Aufgabengebieten — wie dem Umweltschutz — immer mehr in sich geschlossene Problemkreise in den Vordergrund des Interesses rücken. Das Denken in Gesamtzusammenhängen verlangt auch von der amtlichen Statistik die verstärkte Hinwendung zu einer Gesamtschau und zu einer Berücksichtigung der vielfältigen Wechselwirkungen in den einzelnen Teilbereichen. Die besonderen Bemühungen des Statistischen Bundesamtes gehen deshalb seit langem dahin, nicht nur Teilinformationen, sondern ein in sich geschlossenes, vielseitig verwendbares und gut koordiniertes statistisches Gesamtbild von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft bereitzustellen.

Unter diesen Gesichtspunkten wird ständig daran gearbeitet,

die verschiedenen Statistiken in fachlicher, regionaler und zeitlicher Hinsicht so gut wie möglich zu koordinieren,

die Ergebnisse in zunehmendem Maße in zusammengefaßter problem- bzw. sachgebietsbezogener Form bereitzustellen,

sie — wenn möglich — zu in sich geschlossenen Gesamtdarstellungen weiterzuarbeiten und sichtbar gewordene Lücken im Gesamtbild zu füllen.

Die Bestrebungen um eine fachliche Koordination sind hauptsächlich auf die gegenseitige Abstimmung der in den verschiedenen Erhebungen und Indizes erfaßten, angewandten und nachgewiesenen Erhebungsbereiche, Darstellungseinheiten, Tatbestände und Merkmale, Definitionen, Systematiken und sonstigen Gruppierungen, Zuordnungsprinzipien, Periodizitäten usw. ausgerichtet. Ferner gehören hierzu die Bemühungen um die Präzisierung der zu untersuchenden Sachverhalte und die bessere Abstimmung der Frage- und Tabellenprogramme auf die Bedürfnisse aller Konsumenten, auf die Antwortungsmöglichkeiten der Befragten und auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse.

Für die Abstimmung in zeitlicher Hinsicht ist der Gedanke maßgebend, die regelmäßig wiederkehrenden Statistiken mit kurzfristiger oder jährlicher Periodizität mit den in längerfristigen Zeitabständen stattfindenden Zählungen zu verzahnen. Auf diese Weise werden die Angaben aus den laufenden Statistiken, die ein Bild des Wirtschaftsablaufs bzw. der Bevölkerungsbewegung zeichnen, regelmäßig durch Strukturdaten ergänzt.

Die Koordinierung des statistischen Programms in regionaler Hinsicht gewinnt angesichts des wachsenden Bedarfs an regionalisierten Daten ständig an Bedeutung. Zugenommen hat — neben den Anforderungen der Länder und Kommunen — vor allem das Interesse des Bundes an regional tief gegliederten Daten für administrative und nichtadministrative Raumeinheiten. Das Statistische Bundesamt bemüht sich im Rahmen des Möglichen diesen Anforderungen durch Ausbau der Regionalstatistik Rechnung zu tragen.

Grenzen der Koordinierungsmöglichkeiten ergeben sich insbesondere dadurch, daß viele Statistiken, die an Verwaltungsvorgänge anknüpfen, hinsichtlich der erhobenen Sachverhalte an die vorgegebenen gesetzlichen Definitionen (z. B. des Steuerrechts, des Arbeitsrechts usw.) gebunden sind. Da sich die amtliche Statistik über diese vorgegebenen Definitionen nicht hinwegsetzen kann, bleibt ihr zur Verbesserung der angestrebten Kombinierbarkeit der Ergebnisse aus verschiedenen Statistiken häufig nur der Weg, behelfsweise durch Umrechnungen,

Umgruppierungen oder Umschätzungen die Abweichungen zwischen den vorgefundenen und den volkswirtschaftlich erwünschten Begriffen einzuschränken bzw. zu beheben. Analog gilt dies für die nachträgliche Berücksichtigung von Gebietsänderungen, Änderungen der Systematiken usw., die insbesondere für den weiteren Ausbau der Regionalstatistik und die Aufstellung langer Reihen von Bedeutung sind.

Mit Erfolg werden Schätzmethoden schon seit langem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angewandt, für deren Aufstellung die Ergebnisse fast aller Statistiken herangezogen werden, die auf die erwünschten Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen abgestellt und ergänzt werden müssen.

Umrechnungen und Umgruppierungen sind meist auch notwendig, wenn kombinierbares Material für die Durchleuchtung anderer großer Problemkreise zur Verfügung gestellt werden soll. Die ineinandergreifenden Planungen auf den verschiedensten Gebieten machen es in zunehmendem Maße erforderlich, daß aus einer Vielzahl von statistischen Quellen Material in problem- und bedarfsorientierter Form, d. h. in einer auf den jeweiligen Zweck abgestellten Kombination, bereitgestellt wird. Hiermit werden erhöhte Anforderungen an die Flexibilität des Datenangebots gestellt, die neben den eingangs erwähnten Umrechnungen usw. ggf. auch Sonderaufbereitungen des Einzelmateriale der in Betracht kommenden Statistiken erfordern. Zu einigen größeren Problemkreisen (z. B. Bildungswesen) sind in den letzten Jahren Querschnittsveröffentlichungen herausgegeben worden. Weitere Anforderungen dieser Art soll die im Aufbau befindliche Statistische Datenbank erfüllen, die das umfangreiche Informationsmaterial der amtlichen Statistik auf Abruf in beliebiger Kombination liefern wird.

Als Beispiele für die Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse zu geschlossenen Gesamtdarstellungen seien vor allem die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit den Input-Output-Tabellen, den Finanzierungskonten und den Kapitalstockberechnungen sowie das in der Entwicklung begriffene System demographischer und sozialer Daten bzw. die Sozialindikatoren erwähnt, auf die im einzelnen noch in den folgenden Abschnitten eingegangen wird.

Das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat sich zugleich als allgemeiner Orientierungsrahmen für die Ausgestal-

igung und Weiterentwicklung des Programms der amtlichen Statistik und für die Abstimmung der einzelnen statistischen Erhebungen untereinander bewahrt. Die Darstellung des Wirtschaftskreislaufs in der gegenseitigen Abhängigkeit von Güterproduktion, -verteilung und -verwendung, Einkommensentstehung, -verteilung und -verwendung sowie Vermögensbildung und ihrer Finanzierung läßt Lücken und Unzulänglichkeiten im Datenangebot der Statistik besonders deutlich erkennen. In dieselbe Richtung wirken auch die entsprechenden Arbeiten verschiedener internationaler Organisationen, insbesondere die von den Vereinten Nationen eingeleiteten Bestrebungen zum Aufbau eines Gesamtsystems der Bevölkerungs- und Sozialstatistik. Allerdings ist die Ausgangssituation auf diesem Gebiet ungünstiger als im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, da es bisher keine umfassende, allgemein akzeptierte Theorie der Bevölkerung und ihrer sozialen Entwicklungen gibt, die eine Richtschnur für die Ausgestaltung dieses Systems bilden könnte.

Größere praktische Bedeutung kommt daher gegenwärtig den von verschiedenen Stellen geförderten Bestrebungen zur Aufstellung eines Systems von Sozialindikatoren zu. Sie sollen — aufgeteilt nach großen Bereichen — einen Gesamtüberblick über die gesellschaftliche Situation bzw. die Lebensbedingungen der Bevölkerung geben.

Die dauernde Ausweitung des Arbeitsprogramms hat bei den Statistischen Ämtern zu einer wachsenden Diskrepanz zwischen Aufgaben und Mitteln geführt. In Anbetracht der angespannten Haushaltslage hat daher die Bundesregierung beschlossen, das Programm der Bundesstatistik zu straffen und den künftigen sachlichen und finanziellen Erfordernissen anzupassen. Hierzu ist eine kritische Bestandsaufnahme aller bestehenden und geplanten statistischen Erhebungen unter besonderer Berücksichtigung ihrer aktuellen und künftigen politischen Bedeutung und ihrer Kosten durchgeführt worden. Der neugegründete »Abteilungsleiterausschuß Statistik« hat mit der Prüfung der Unterlagen begonnen, die dazu dienen soll, Entscheidungen über Prioritäten und Straffungen auf politischer Ebene herbeizuführen. Durch Einschaltung der Länder in dieses Verfahren wird zugleich einer Entschließung des Bundesrats zur Einschränkung der Bundesstatistik Rechnung getragen. Mit diesen Maßnahmen abzustimmen sind die Bestrebungen der Europäischen Gemeinschaften, ein verbindliches mittelfristiges Arbeitsprogramm für die Statistik zu verabschieden.

Den Bemühungen, Lücken zu füllen und das Programm der Bundesstatistik auf rationelle Weise weiterzuentwickeln, kommen vor allem die verbesserten Möglichkeiten der Datengewin-

nung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen zustatten. Soweit die von der amtlichen Statistik benötigten Einzelangaben ohnehin bei Dienststellen der öffentlichen Verwaltung in einer Form vorliegen, die den methodischen und technischen Anforderungen der Statistik genügt, wird schon seit jeher auf aufwendige originäre Erhebungen verzichtet und auf diese Unterlagen zurückgegriffen. Mit dem verstärkten Übergang von manuellen Erfassungsmethoden zur maschinellen Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen zeichnen sich für die Durchführung von »Sekundärstatistiken« Möglichkeiten der Vereinfachung und Beschleunigung ab. Außerdem wird durch die Automation der öffentlichen Verwaltung — insbesondere durch Einrichtung und Führung von automatisierten Registern, Karteien, Dateien u. ä. — für die amtliche Statistik der Zugriff auf weitere Verwaltungsunterlagen erleichtert. Da die öffentliche Verwaltung gleichartige Vorgänge total erfaßt, ist das anfallende statistische Material auch für regionale Untersuchungen besonders geeignet.

Die verbesserten Möglichkeiten zeigen sich besonders deutlich beim Aufbau einer laufenden Beschäftigten- und Entgeltstatistik — als Statistik der beschäftigten Arbeitnehmer —, die auf der Einführung des neuen Meldeverfahrens zur Sozialversicherung und dem Datenverbund zwischen den Sozialversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit basiert. Als weiteres Vorhaben mit weitreichenden Auswirkungen auf die Arbeiten der amtlichen Statistik sind vor allem die Bestrebungen zur Automation des Einwohnermeldewesens zu erwähnen.

Der zunehmende Einsatz der automatischen Datenverarbeitungsanlagen zwingt dazu, in immer stärkerem Maße von verbalen Bezeichnungen auf Nummern überzugehen. Dieser Entwicklung wird im Bereich der amtlichen Statistik durch Einführung von internen Betriebsnummern und den Aufbau von Karteien bzw. Dateien für verschiedene Wirtschaftsstatistiken bereits Rechnung getragen. Der Verwendung statistikinterner Nummern ist die Einführung bundeseinheitlicher, nach einheitlichen Systematiken aufgebauter Nummerungssysteme vorzuziehen. Die Verwendung derartiger Nummern als Verknüpfungszeichen ermöglicht nicht nur die maschinelle Datenkorrespondenz zwischen verschiedenen Datenträgern in Verwaltung und Wirtschaft mit allen ihren Vorteilen, sondern erlaubt auch die Durchführung von Verlaufsstatistiken und die stärkere Ausschöpfung des Materials durch die Kombination von Einzelangaben aus verschiedenen Statistiken. Beides kann zur Bereicherung und Vervollständigung des statistischen Instrumentariums beitragen. Das Statistische Bundesamt fördert deshalb im Rahmen seiner Möglichkeiten die Arbeiten zur Nummerung von Personen, Unter-

nehmen, Waren usw. und bemüht sich auch hier — ebenso wie bei allen statistikrelevanten Automationsvorhaben der Verwaltung — in einem möglichst frühen Stadium in entsprechende Überlegungen eingeschaltet zu werden.

Seit jeher ist es für die Weiterentwicklung des statistischen Gesamtbildes entscheidend, die Belange der verschiedenen an der amtlichen Statistik beteiligten und interessierten Gruppen aufeinander abzustimmen. Die organisatorischen Voraussetzungen für eine Abstimmung auf nationaler Ebene sind bereits im Abschnitt über die »Organisation der Bundesstatistik« dargelegt. Es sei hier kurz wiederholt, daß die verschiedenen »Konsumenten«, »Produzenten« und »Lieferanten« der Statistik im Statistischen Beirat und seinen Gremien (Fachausschüssen, Arbeitskreisen, Referentenbesprechungen mit den Statistischen Landesämtern) sowie in Ressortbesprechungen bzw. Tagungen des interministeriellen Ausschusses für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik und des Abteilungsleiterausschusses Statistik in unmittelbarer Zusammenarbeit über das Programm sowie über die methodischen und erhebungstechnischen Fragen der amtlichen Statistik beraten. Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche Kontakte mit anderen nationalen Gremien.

Im Statistischen Bundesamt selbst besteht eine besondere Gruppe für das Gesamtprogramm der Statistik, die Fragen der allgemeinen fachlichen Planung, Weiterentwicklung und Koordinierung der Statistik bearbeitet. Über die Art der internationalen Zusammenarbeit wird in Kapitel 5 berichtet.

3.3 Die einzelnen Aufgabengebiete

Während in den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Krieg zunächst die Gewinnung von Bestands- und Entwicklungsdaten über Bevölkerung und Wirtschaft vordringlich war, rückten in einer zweiten Entwicklungsphase u. a. Angaben über weltwirtschaftliche Verflechtungen und Wettbewerbsfähigkeit, über Preise und Kosten, über Konjunkturschwankungen, über Fragen der Tarifpolitik und der Einkommensverteilung, über die Situation benachteiligter Bevölkerungsgruppen usw. stärker in den Vordergrund. Später verlagerte sich das Gewicht noch weiter auf gesellschaftspolitische Probleme, wie z. B. Bevölkerungsentwicklung, berufliche Mobilität, Bildungswesen, Umweltschutz, Regionalpolitik, Vermögensverteilung. Angesichts der vielfältigen Probleme der Weltwirtschaft wendet sich das

Interesse in jüngster Zeit wieder verstärkt den Wirtschaftsstatistiken zu, darunter u. a. den Fragen der Beschäftigung, der Energieversorgung, der Konjunkturschwankungen und des Strukturwandels.

Im folgenden werden der Stand der Arbeiten und einige wesentliche Fortschritte beim Ausbau des statistischen Arbeitsprogramms — hauptsächlich bezogen auf die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes — dargestellt. Auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird dabei nur am Rande eingegangen, da ihre Sonderstellung und ihr Einfluß auf die Weiterentwicklung des statistischen Instrumentariums bereits behandelt wurden. Mit dem Aufbau Statistischer Datenbanken befaßt sich Abschnitt 4.3.

3.3.1 Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeitsstatistik

Grundlage der Bevölkerungsstatistik bilden die in etwa 10jährigen Abständen stattfindenden Volkszählungen, die als Totalzählungen wichtige demographische Strukturzahlen — auch über Haushalte und Familien sowie über die sozioökonomische Gliederung der Bevölkerung — bereitstellen. Daneben fallen aus den Wohnungszählungen, die in erster Linie der Beschaffung von Angaben über die Wohnverhältnisse dienen, einige bevölkerungsstatistische Grunddaten an. In gewissem Umfang gilt das auch für die 1%-Wohnungstichproben.

Die wichtigste Ergänzung im kurzfristigen System der Bevölkerungsstatistiken stellt der Mikrozensus dar, der 1957 als Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens eingeführt und ab 1975 auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt wurde. Das Grundprogramm des Mikrozensus wird künftig jährlich einmal mit einem Auswahlsatz von 1 % der Bevölkerung erhoben; im Bedarfsfall können zur Ermittlung wechselnder aktueller Tatbestände weiterhin Zusatzprogramme durchgeführt werden. Neben der Ermittlung wichtiger demographischer Merkmale dient der Mikrozensus vor allem der sachlichen Vertiefung der Zählungsdaten und der Bereitstellung aktueller Informationen. Durch den Einsatz von Interviewern können vor allem auch komplizierte Sachverhalte ermittelt werden. Zur laufenden Fortschreibung der Bevölkerung werden die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Ehescheidungen) und der Wanderungsstatistik (Zu- und Fortzüge) herangezogen. Eine wichtige Ergänzung des statistischen Instrumentariums stellt auch die neu eingeführte Ausländerstatistik nach dem Ausländerzentralregister dar. Zum ständigen

Arbeitsprogramm der Bevölkerungsstatistik gehören ferner die Aufstellung von Tafelberechnungen über Sterblichkeit, Heirats- und Geburtenhäufigkeit, Ehedauer usw. sowie von koordinierten Bevölkerungsvorausschätzungen für Bund und Länder.

Statistische Angaben über Erwerbstätigkeit und Beschäftigung sind unter zwei verschiedenen Aspekten von Bedeutung. Im Mittelpunkt der gesellschafts- und sozialpolitischen Betrachtungsweise steht die Bevölkerung und ihre Beteiligung am Erwerbsleben in der Gliederung nach demographischen und sozialen Merkmalen, während unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten in erster Linie der Produktionsfaktor Arbeit und seine Verknüpfung mit anderen ökonomischen und sozialen Tatbeständen interessieren. Das System der deutschen Statistik ist durch die Befragung von Personen (Erwerbstätigkeitskonzept) und die Erfassung von Beschäftigten über die Betriebe (Beschäftigtenkonzept) auf beide Untersuchungsziele ausgerichtet.

Eine Brücke zwischen beiden Ansätzen wird durch die im Aufbau befindliche Beschäftigten- und Entgeltstatistik für die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer geschlagen. In die Wege geleitet sind jährliche statistische Aufbereitungen der persönlichen, versicherungsbezogenen und wirtschaftlichen Merkmale, die nach Möglichkeit durch kurzfristige Aufbereitungen ergänzt werden sollen. Die Beschäftigten- und Entgeltstatistik wird auch wichtige Regionalangaben über die beschäftigten Arbeitnehmer erbringen. Zur Schließung der Lücken im Gesamtbild aller Erwerbstätigen müssen weitere Statistiken (u. a. über Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte usw.), herangezogen werden.

Für die Erfassung der Bevölkerung nach dem Erwerbstätigkeitskonzept stellen die mit der Volkszählung verbundenen Berufszählungen und der Mikrozensus die wichtigsten Informationsquellen dar. Im Bereich der Europäischen Gemeinschaften wird mit den gemeinsamen Stichprobenerhebungen über Arbeitskräfte eine Harmonisierung von Grunddaten der Erwerbstätigkeitsstatistiken und die Ermittlung vergleichbarer Angaben über Niveau und Entwicklung der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit angestrebt. Diese Erhebungen wurden in der Bundesrepublik bisher in die Mikrozensuserhebungen integriert. Im Rahmen der Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte fand 1973 auf Anforderung der Europäischen Gemeinschaften einmalig eine Sonderbefragung über schulische und berufliche Ausbildung statt, die einen Beitrag zur Durchleuchtung der Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit leistete und damit die Angaben

aus den Volkszählungen und dem Mikrozensus ergänzte. Nach der Neufassung des Mikrozensusgesetzes wird Zahlenmaterial über diesen Fragenkomplex in zweijährigen Abständen zur Verfügung stehen. Aktuelle erwerbsstatistische Sonderfragen können wie bisher in Zusatzprogrammen erhoben werden. Ergebnisse des Mikrozensus haben sich auch als Ausgangsmaterial für die Aufstellung langfristiger Prognosen der Erwerbspersonen bewährt, an denen die amtliche Statistik in den letzten Jahren gearbeitet bzw. mitgewirkt hat.

Nach dem Beschäftigtenkonzept fallen die umfassendsten Angaben aus den im allgemeinen in Verbindung mit den Volkszählungen stattfindenden Arbeitsstättenzählungen an. Die mit dem Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz über die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 verfolgte Absicht, in der zeitlichen Mitte zwischen zwei Volkszählungen eine Arbeitsstättenzählung durchzuführen, hat sich nicht verwirklichen lassen. Als Rahmenezählungen erstrecken sich Arbeitsstättenzählungen auf alle Wirtschaftsbereiche (mit Ausnahme der Landwirtschaft) und vermitteln damit einen Überblick über Arbeitsstätten, Unternehmen und die darin beschäftigten Personen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung. Zugleich bilden sie die Basis für die Zusammenführung von Angaben aus den Bereichszählungen, die in größeren Zeitabständen detailliertes Material über Zahl und Struktur der Beschäftigten in einzelnen Wirtschaftsbereichen bereitstellen. Kurzfristige Statistiken, mit denen Beschäftigtenzahlen ebenfalls vom Betrieb her ermittelt werden, gibt es schon seit längerer Zeit in den Teilbereichen Landwirtschaft, Industrie, Bauhauptgewerbe, Handel und Gastgewerbe sowie Verkehr. Für den Bereich des öffentlichen Dienstes wurde durch die Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes die Personalstatistik — u. a. durch Ausdehnung des Berichtskreises und erheblich tiefere Gliederung — stark erweitert. Eine wesentliche Ergänzung der Beschäftigtenzahlen aus den Bereichsstatistiken wird die bereits erwähnte neue Beschäftigten- und Entgeltstatistik bringen.

3.3.2 Statistiken über die Wirtschaft und ihre Bereiche

In der Wirtschaft und ihren Bereichen werden zahlreiche Statistiken durchgeführt, die laufend oder in ein- und mehrjährigen Abständen sachlich und regional mehr oder minder tief gegliedertes Material für die Konjunktur- und Strukturbeobachtung liefern. Besonders intensiv werden die Landwirtschaft und das Produzierende Gewerbe durchleuchtet. Viele wichtige Daten sind auch für Handel, Verkehr, Kreditinstitute und Versicherungen vorhanden. Relativ unzurei-

chend ist dagegen trotz der wachsenden Bedeutung des tertiären Sektors noch die Erfassung des sonstigen Dienstleistungsgewerbes und der Freien Berufe.

Die Erfassung richtet sich, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, auf nahezu alle kennzeichnenden Tatbestände, wie Zahl und Struktur der Unternehmen und Betriebe, Produktionsgrundlagen (Beschäftigte, Boden, Gebäude, Maschinen usw.), Auftragseingänge und -bestände, Produktionsergebnisse (Umsätze, Warenproduktion, Verkehrsleistungen usw.), Produktionsaufwand (Materialverbrauch und Wareneingänge, umgesetzte Handelsware, Personal- und sonstige Kosten), Betriebs- und Unternehmensergebnis, Vermögens- und Kapitalstruktur, Investitionen (Anlagen, Vorräte), Finanzierung, Zahlungsschwierigkeiten, Außenhandel, Preise usw. Jedoch gibt es auch hier erhebliche Abstufungen. Unternehmen und Betriebe, Beschäftigte, Löhne und Gehälter, Produktion von Waren und Leistungen, Umsätze, Preise und Zahlungsschwierigkeiten werden in weiten Bereichen und relativ häufig erfaßt. Entsprechendes gilt für den Außenhandel. Zunehmendes Gewicht kommt der Ermittlung der Aufträge, der Kostenstruktur und der Investitionen zu. Etwas schwach bestellt ist es dagegen nach wie vor mit Daten über Unternehmens- und Betriebsergebnisse, Sachkapital, Vermögens- und Kapitalstruktur, Finanzierung u. dgl.

Manche Statistiken umfassen die ganze oder fast die ganze Wirtschaft. Beispiele dafür sind die Arbeitsstättenzählungen, die für alle Wirtschaftsbereiche (mit Ausnahme der Landwirtschaft) ein — wenn auch grobes — Bild der Struktur der Wirtschaft vermitteln, die Umsatzsteuerstatistiken, die Einheitswertstatistiken, die Bilanzstatistiken, die Statistiken der Zahlungsschwierigkeiten usw. Die meisten Statistiken sind jedoch auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche zugeschnitten, in denen sie durchgeführt werden. Ein geschlossenes Bild des Wirtschaftsablaufs liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (siehe Kapitel 3.4).

Die statistische Erfassung der Wirtschaft konnte in den vergangenen Jahren in verschiedenen Bereichen entscheidend verbessert werden. Dabei ist die Tendenz zu beobachten, die in längeren Abständen durchgeführten, relativ schwerfälligen und aufwendigen Bereichszählungen durch Jahreserhebungen zu entlasten und auf ausgewählte Strukturdaten zu beschränken. Diese Entwicklung zeigt sich besonders deutlich im Verkehrsbereich, wo die Erfahrungen

mit dem Verkehrszensus 1962 zum Aufbau eines Systems jährlicher Unternehmenserhebungen in wichtigen Verkehrszweigen geführt haben. Ein weiteres Beispiel ist die Einführung der Agrarberichterstattung, die — unter Weiterentwicklung des bestehenden Systems landwirtschaftsstatistischer Erhebungen — in zweijährigen Abständen wichtige Strukturdaten über den Agrarbereich bereitstellen wird.

In Aussicht genommen ist ferner die Weiterentwicklung der Binnenhandels- und Gastgewerbestatistiken zu einem System sich ergänzender kurzfristiger, jährlicher und mehrjähriger Erhebungen.

In Anbetracht der raschen Veränderungen in der Landwirtschaft mit ihren Konsequenzen für die gesamte Volkswirtschaft hat die Beobachtung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe und der Lebensverhältnisse der darin arbeitenden Menschen stärkeres Gewicht erhalten. Durch die Darstellung der Kombination der Produktionsfaktoren nach Betriebstypen und der Einkommensverhältnisse in einer sozialökonomischen Gliederung werden die bisher eindimensionalen Produktions- und Betriebsnachweisungen zu einem integrierten Gesamtbild zusammengeführt und zweckentsprechend ergänzt. Diese Zielrichtung ist bereits bei der Landwirtschaftszählung 1971 verwirklicht worden; sie liegt auch der neuen Agrarberichterstattung zugrunde. Hier wie auch bei der Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsstatistiken spielen die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften eine zunehmende Rolle.

Für Zwecke der Konjunkturbeobachtung und für kurzfristige Analysen sind in erster Linie Unterlagen über den Wirtschaftsablauf in monatlichen und/oder vierteljährlichen Zeitabständen nötig. Hierfür liegen — u. a. aus der Industrie-, Bau-, Handwerks- und Handelsberichterstattung — eine Vielzahl von kurzfristigen Indikatoren, wie Angaben über Beschäftigte, Umsätze, Löhne und Gehälter sowie Produktions- und Preisindizes vor. Für Industrie und Bauhauptgewerbe werden ferner Auftragseingänge und Auftragsbestände und für die Industrie in detaillierter Form die Warenproduktion erfaßt.

Investitionen sind Gegenstand jährlicher oder mehrjähriger Erhebungen. Kostenstrukturstatistiken werden in der Regel in vierjährigen Abständen durchgeführt. Bereichszählungen die-

nen — abgesehen von der totalen Erfassung des Bereichs — u. a. der Ermittlung der Nettoproduktionswerte und der Roherträge, der Zusammensetzung der Wareneingänge und des Handelsortiments sowie der Feststellung weiterer wichtiger Daten über die Unternehmens- und Betriebsstruktur.

Durch das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 ist — unter Berücksichtigung vielfältiger nationaler und internationaler Anforderungen — eine Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Statistiken in diesem Wirtschaftsbereich erreicht worden. Dabei war der Gedanke maßgebend, die Berichterstattung — unter weitgehender Beibehaltung des bisherigen Erhebungssystems — so auf das gesamte Produzierende Gewerbe, d. h. den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung, auszuweiten, daß ein konsistentes Erhebungssystem entsteht. Für den gesamten Bereich werden weitgehend einheitliche Regelungen eingeführt; außerdem werden — neben Daten für Betriebe — in stärkerem Maße Daten für Unternehmen und fachliche Unternehmensteile erhoben. Ferner wird eine repräsentative Kostenstrukturstatistik (mit Auskunftspflicht) im Rahmen der Jahresstatistiken eingeführt und mit den kurzfristigen Statistiken und den Zensen verzahnt.

Im Bereich der Reiseverkehrsstatistiken zielen die Bemühungen auf eine Zusammenfassung der Beherbergungsstatistik, der Handels- und Gaststättenzählung und der Mikrozensusbefragungen über Urlaubs- und Erholungsreisen zu einem Gesamtsystem, das einen Überblick über Umfang und Struktur des Reiseverkehrs und seine Veränderungen ermöglicht.

Neu eingeführt wurden eine jährliche Pressestatistik und jährliche Erhebungen im Bereich der Filmwirtschaft.

Laufend verbessert wurde der Aussagewert der Außenhandelsstatistik, deren Methoden, Verfahren und Rechtsgrundlagen immer mehr durch die Entwicklung in den Europäischen Gemeinschaften beeinflußt werden. Hinsichtlich der Erfassung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften nach einem Wegfall der Zollkontrollen an den Binnengrenzen sind Überlegungen im Gange.

Eine zusammenfassende Darstellung der güter- und produktionsmäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft unter Ausnutzung aller hierfür verfügbaren statistischen Informationen wird durch Input-Output-Tabellen ermöglicht, die vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab 1970

jährlich aufgestellt werden. Eine erhebliche Lücke hinsichtlich des Produktionsfaktors Kapital konnte im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch die erstmalige Berechnung des reproduzierbaren Anlagevermögens geschlossen werden.

Angesichts der wachsenden Differenzierung des Güterangebots, der Aufhebung der Preisbindung und vielfältiger wirtschaftlicher Wandlungen mußte das System der Preisstatistik in den letzten Jahren weiter ausgebaut werden. Preise werden in nahezu allen Stadien des Wirtschaftskreislaufs erfaßt und zu Indizes für die Darstellung der zeitlichen Entwicklung der Preise bzw. der Kaufkraft des Geldes verarbeitet. Während die Preise auf der Absatzseite der einzelnen Bereiche — mit Ausnahme des Dienstleistungssektors — bereits relativ vollständig erfaßt werden, ist das System der Einkaufspreisindizes nicht so gut ausgebaut. Zum Aufgabengebiet der Preisstatistik gehört auch die Berechnung von Verbrauchergeldparitäten als Ergebnisse von Preisvergleichen für Waren und Dienstleistungen der Lebenshaltung zwischen einer Vielzahl von Staaten und der Bundesrepublik Deutschland. Im internationalen Bereich konnte die erste Phase eines gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftvergleichs der Vereinten Nationen abgeschlossen werden, an dem die Bundesrepublik über das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften beteiligt war.

Als neuer Fragenkomplex, der einer verstärkten statistischen Durchleuchtung bedarf, ist in letzter Zeit der Umweltschutz in den Vordergrund des politischen Interesses gerückt. Das Gesetz über Umweltstatistiken, das zu den von der Bundesregierung im Umweltprogramm angekündigten Maßnahmen gehört, schafft die bundesgesetzliche Grundlage für regelmäßige statistische Erhebungen in diesem Bereich. Zur Wahrnehmung umfangreicher Bundesaufgaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes werden durch das Gesetz bestehende Statistiken erweitert bzw. neue Statistiken eingeführt. Dies bedeutet eine wichtige Ergänzung der bisher von der amtlichen Statistik — primär für andere Zwecke — erhobenen Informationen über umweltrelevante Tatbestände. Da die bereits vorhandenen Daten im allgemeinen nur indirekte Indikatoren über Umweltbelastungen sowie Verursacher und Betroffene darstellen, müssen für Zwecke der Analyse und Prognose von der Statistik darüber hinaus Umrechnungsverfahren entwickelt werden.

3.3.3 Statistiken des öffentlichen Bereichs, des Bildungs- und Gesundheitswesens

Für die Weiterentwicklung der Statistik der öffentlichen Finanzen, die als Sekundärstatistik auf den Unterlagen der öffentlichen

Haushalte beruht und einen Überblick über die gesamte öffentliche Finanzwirtschaft vermittelt, war die Neugestaltung des staatlichen Haushaltsrechts und der Haushaltssystematiken des Bundes, der Länder und Gemeinden von entscheidender Bedeutung. Einen wesentlichen Schritt zur Verbesserung des finanzstatistischen Instrumentariums stellen die Gruppierung nach Einnahme- und Ausgabearten, die Gliederung nach Funktionen sowie die Unterteilung in laufende Rechnung und Kapitalrechnung unter Berücksichtigung des Nachweises der besonderen Finanzierungsvorgänge dar. Den neuen Anforderungen für Planungszwecke wurde durch die Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes Rechnung getragen, mit der — neben einer Ausdehnung des Erhebungsbereichs auf bisher nicht einbezogene Träger öffentlicher Aufgaben — einige Statistiken neu eingeführt (Finanzplanungsstatistik, Verpflichtungsstatistik, Statistik der Umlagesätze) bzw. erweitert wurden (Gemeindefinanzstatistik, Schuldenstatistik, Personalstatistik im öffentlichen Dienst). Dadurch wird es u. a. möglich, die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge in wesentlich stärkerem Maße als bisher zu berücksichtigen. In meist mehrjährigen Abständen werden alle wichtigen Steuern unter steuer- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten statistisch erfaßt und in detaillierter Form nachgewiesen.

Im Bereich der Statistik der Sozialleistungen ist von den Europäischen Gemeinschaften ein System von Sozialkonten entwickelt worden, das in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingebettet ist. Das Konzept, an dessen Weiterentwicklung gearbeitet wird, ist richtungweisend für tiefgegliederte Darstellungen der Sozialleistungen und ihrer Finanzierung und liegt auch weitgehend dem Sozialbudget der Bundesregierung zugrunde. Weitere Bemühungen auf diesem Arbeitsgebiet gelten dem Ausbau der statistischen Nachweisungen über Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, u. a. im Rahmen der Zusatzstatistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und der Jugendhilfe.

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens liegen zahlreiche Angaben aus der Statistik der Berufe des Gesundheitswesens und aus der Krankenhausstatistik vor. Die Morbiditätsstatistiken erstrecken sich in der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen auf die Erfassung ausgewählter Krankheiten — z. T. beschränkt auf bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie Krankenversicherte — sowie auf die statistische Auswertung der Todesursachen. Daneben sind Informationen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung bisher in unregelmäßigen Abständen aus den Zusatzbefragungen zum Mikrozensus über Krankheiten

und Unfälle sowie über körperliche, geistige und seelische Behinderung von Kindern angefallen. Künftig sind aus dem Grundprogramm des Mikrozensus in zweijährigen Abständen gesundheitsstatistische Informationen zu erwarten. Die Überlegungen hinsichtlich einer allgemeinen Morbiditätsstatistik sind — ebenso wie die Bestrebungen zur Einführung einer Krankenhauspatienten- und -diagnosenstatistik — über das Anfangsstadium noch nicht hinausgekommen. Angelaufen sind die Vorarbeiten an der in fünfjährigem Turnus vorgesehenen Bundesstatistik der Behinderten und an der jährlichen Statistik über durchgeführte Rehabilitationsmaßnahmen aufgrund des Schwerbehindertengesetzes.

Im Bereich der Bildungsstatistiken ist als wichtiger Fortschritt die Verkündung des Hochschulstatistikgesetzes im Jahr 1971 zu verzeichnen, durch das die Arbeiten in diesem Bereich auf eine bundesgesetzliche Grundlage gestellt werden konnten. Das umfangreiche Programm dieser Statistik, das nur schrittweise zu realisieren ist, umfaßt die Erhebung planungsrelevanter Tatbestände im Hochschulbereich, u. a. über Studienberechtigte, Studenten, Prüfungskandidaten und Prüfungen, Lehrveranstaltungen, Personal, bauliche Ausstattung sowie Hochschulkosten und -finanzen. Das Erhebungskonzept ist so angelegt, daß neben Bestandszahlen auch Verlaufsstatistiken über Studenten zur Verfügung stehen werden. Angaben über Schüler, Lehrer, Schulräume usw. fallen aus koordinierten Länderstatistiken an. Die Überlegungen zur Einführung einer Berufsbildungsstatistik haben ihren Niederschlag in dem Entwurf eines Berufsbildungsgesetzes gefunden. Über den Bildungsstand der gesamten Bevölkerung und die Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit unterrichten Volkszählung und Mikrozensus. Amtliche Daten über Wissenschaft und Forschung stehen im wesentlichen aus der Finanzstatistik zur Verfügung; zusätzlich muß u. a. auf Unterlagen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft zurückgegriffen werden.

3.3.4 Einkommens-, Verbrauchs- und Vermögensstatistiken

Auf dem Gebiet der Einkommensstatistiken werden vor allem Informationen über die Verteilung der im Produktionsprozeß entstehenden Einkommen, die Umverteilung der Einkommen (insbesondere über den Staat) sowie über die Verteilung aller Einkommen der privaten Haushalte auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen gefordert. Zur schrittweisen Verbesse-

zung der statistischen Nachweisungen auf diesem Gebiet ist es erforderlich, Ergebnisse aus verschiedenen Quellen sinnvoll zu kombinieren und durch Schätzungen zu ergänzen.

Über das Einkommen aus unselbständiger Arbeit steht relativ reichhaltiges und gut gegliedertes Material aus zahlreichen Statistiken zur Verfügung. Angaben über die Bruttolohn- und -gehaltsummen und die Personalkosten werden global oder aufgegliedert in verschiedenen laufenden Statistiken bzw. in Bereichszählungen bei Unternehmen und Betrieben ermittelt. Erstmals wurden die Bruttolohn- und -gehaltsummen auch im Rahmen der Arbeitsstättenzählung 1970 erfaßt. Angaben über die Verdienste von Arbeitern und Angestellten in verschiedenen Wirtschaftsbereichen liegen in der Gliederung nach Leistungsgruppen und anderen lohnpolitisch wichtigen Merkmalen, u. a. aus den laufenden Verdiensterhebungen und den in mehrjährigen Abständen stattfindenden Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen, vor. Mit der Ausdehnung des Erhebungsbereichs der Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen bzw. der Personalkostenerhebungen auf weitere Wirtschaftsbereiche wurden zusätzliche Informationen erschlossen. Durch die erstmalige Durchführung einer Stichprobenerhebung der Europäischen Gemeinschaften über die Verdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter im Jahr 1974 ist u. a. ein Vergleich der Löhne in der Landwirtschaft mit denen in Industrie und Dienstleistungsgewerbe möglich geworden. Eine wichtige neue Informationsquelle stellt auch die Beschäftigten- und Entgeltstatistik aufgrund der Unterlagen der Sozialversicherung dar. Informationen über das nach steuerlichen Vorschriften abgegrenzte Einkommen fallen in regelmäßigen Abständen aus den Steuerstatistiken an.

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die den umfassendsten Nachweis über die in den einzelnen Wirtschaftsbereichen entstandenen und verteilten Einkommen geben, konnte mit der erstmaligen Berechnung der Einkommen der Sektoren aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der Gliederung nach Einkommensarten ein wichtiger Fortschritt erzielt werden. Die Berechnung der Vermögenseinkommen erlaubt u. a. den Nachweis von Unternehmensgewinnen vor Abzug von Ausschüttungen und Entnahmen.

Hinsichtlich der Bemühungen um Vervollständigung der Angaben über die Umverteilung der Einkommen, insbesondere über die Sozialleistungen im weitesten Sinne, sei auf den Ausbau der Sozialkonten hingewiesen, die über ihre Eckdaten mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verknüpft sind. Über die betriebliche

Altersversorgung in der Wirtschaft konnten zusätzliche Angaben aus einer Stichprobenerhebung im Jahr 1974 bereitgestellt werden.

Als Quellen für Angaben über das Einkommen der privaten Haushalte sind diejenigen Statistiken von besonderer Bedeutung, die eine Aussage in sozioökonomischer Gliederung, nach Einkommensgrößenklassen, nach der Haushaltsgröße und anderen für die Einkommenspolitik relevanten Merkmalen erlauben und es ermöglichen, die verschiedenen bei einer Person bzw. einem Haushalt zusammen treffenden Einkommen zu ermitteln. Hierzu gehören neben den laufenden Wirtschaftsrechnungen in erster Linie die Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die allerdings nicht die Haushalte an der Spitze der Einkommenspyramide erfassen. An weiteren Haushaltsbefragungen, die Fragen nach dem Einkommen enthalten, sind der Mikrozensus und die 1%-Wohnungsstichproben zu nennen; auch im repräsentativen Teil der Volkszählung 1970 und in der Landwirtschaftszählung 1971 wurden Fragen nach dem Einkommen gestellt. Wichtige Unterlagen fallen ferner aus den in dreijährigen Abständen stattfindenden Lohn- und Einkommensteuerstatistiken an. Die Arbeiten im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an der Aufstellung von Einkommenschichtungen sind so ausgerichtet, daß in einer ersten Phase Jahreszahlen über die Zusammensetzung der Einkommen und über die Einkommensverwendung nach sozialen Gruppen anfallen; in einer zweiten Phase sind für ausgewählte Jahre zusätzliche Angaben in der Gliederung nach Einkommensgrößenklassen der privaten Haushalte vorgesehen.

Das statistische Instrumentarium über die Verwendung der Einkommen der privaten Haushalte erlaubt einen detaillierten Einblick in die Struktur und Entwicklung des letzten Verbrauchs. Um die Nachfrage der privaten Haushalte darstellen zu können, werden hauptsächlich zwei Wege eingeschlagen. Der erste besteht darin, im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit Hilfe von Statistiken über die Umsätze des Einzelhandels, des Handwerks und anderer Lieferanten der privaten Haushalte, ergänzt durch Umsatzsteuer-, Kostenstruktur- und Produktionsstatistiken usw., den Umfang des gesamten privaten Verbrauchs zu ermitteln und ihn nach verschiedenen Gesichtspunkten grob zu gliedern. Der zweite Weg führt unmittelbar über die Befragung ausgewählter privater Haushalte und wird in den laufenden Wirtschaftsrechnungen und den Einkommens- und Verbrauchsstichproben beschritten. Aus diesen Quellen liegen auch Angaben über die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern vor. Über die Mietbelastung geben — neben den Wohnungszählungen — die 1%-Wohnungsstichproben und ab 1978 in zweijährigen Abständen auch der Mikrozensus Auskunft.

Für die von vielen Seiten geforderte Durchleuchtung der Vermögensbildung und -verteilung reicht das statistische Basismaterial gegenwärtig nicht aus. Um das statistische Bild der Verfügungsgewalt über das Vermögen im Produktionsprozeß zu vervollständigen, wäre vor allem eine umfassende und in ihrer Ausgestaltung dem Analyse Zweck angepaßte Bilanzstatistik der Unternehmen notwendig. Ferner müßte eine an den Erfordernissen gesamtwirtschaftlicher Analysen ausgerichtete Vermögensstatistik im öffentlichen Bereich angestrebt werden.

Zur Darstellung der Vermögenssituation der privaten Haushalte kann die Vermögensteuerstatistik wegen der Freigrenzen und Freibeträge nur über die großen Vermögen Auskunft geben, nicht aber über die große Zahl der mittleren und kleinen Vermögen. Durch die ab 1972 in diese Statistik eingeführte sozioökonomische Gliederung wird u. a. eine bessere Verknüpfung mit den Ergebnissen der in mehrjährigen Abständen durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichproben möglich sein, in denen ebenfalls Fragen nach den Vermögensbeständen der privaten Haushalte gestellt werden. Die oberen Vermögensklassen können von dieser Statistik, die auf freiwilliger Mitwirkung der Haushalte beruht, allerdings nicht erfaßt werden. Es müssen deshalb besondere Anstrengungen unternommen werden, um die vorhandenen Unterlagen aus verschiedenen Quellen besser kombinierbar zu machen. In diese Bemühungen sind auch die Unterlagen der Banken und Versicherungsunternehmen einzubeziehen, die Aufschluß über bestimmte Vermögensarten geben. Eine gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung, die Sach-, Geld- und Reinvermögen der Sektoren und Bevölkerungsgruppen zeigt, konnte noch nicht aufgestellt werden. Ansätze bieten die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführte Anlagevermögensrechnung sowie die Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank.

3.4 Weiterverarbeitung von statistischen Ergebnissen

Das Arbeitsgebiet der amtlichen Statistik hat durch die Aufstellung und den Ausbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine wichtige Erweiterung erfahren. Neben die traditionelle Aufgabe der Durchführung statistischer Erhebungen ist damit die Weiterverarbeitung der Erhebungsergebnisse zu einem in sich geschlossenen Zahlenwerk getreten, das neue Erkenntnisse über die Struktur und den Ablauf der Wirtschaft und die Zusammenhänge im wirtschaftlichen Geschehen liefert. Für die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen werden nahezu alle verfügbaren statistischen

Daten herangezogen. Sie müssen jedoch in der Regel — da primär für andere Zwecke erhoben — umgruppiert und umgerechnet werden. Außerdem müssen Lücken im Material durch Schätzungen ausgefüllt werden.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind im Laufe der Jahre zu einem in sich geschlossenen System der Güter-, Einkommens- und Finanzierungsströme ausgebaut worden. Es umfaßt neben den traditionellen Konten für die Sektoren und Bereiche der Volkswirtschaft auch Input-Output-Tabellen, Finanzierungskonten (von der Deutschen Bundesbank bearbeitet) und Angaben über das reproduzierbare Sachvermögen. Wichtige Impulse sind von den Arbeiten der internationalen Organisationen ausgegangen, die zur Aufstellung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) der Europäischen Gemeinschaften und zum System der Vereinten Nationen (SNA) geführt haben. Neben Jahresergebnissen werden in zusammengefaßter Form auch Halbjahreszahlen dargestellt; Ansätze zu vierteljährlichen amtlichen Berechnungen sind vorhanden. Die Statistischen Landesämter haben in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt ferner wichtige Größen des Systems für Länder und Kreise berechnet.

Bei den weiteren Überlegungen zum Ausbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geht es darum, den durch die nationalen bzw. internationalen Systeme vorgegebenen Rahmen nach und nach auszufüllen. Zu diesen Arbeiten gehören die Verbesserung und Weiterentwicklung der Darstellung der Einkommens- und Finanzierungsvorgänge und der Berechnungen in konstanten Preisen sowie die Vervollständigung der Vermögensrechnungen. Auch ein verbesserter Nachweis der Forschungsleistungen und ihrer Finanzierung ist wünschenswert. Außerdem müssen die grundlegenden Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weiterentwickelt werden, um neben dem bisherigen Programm auch neuen Fragestellungen — u. a. im Zusammenhang mit Wohlstandsüberlegungen sowie der Berücksichtigung von Umweltaspekten — entsprechen zu können. Diese Arbeiten stehen in gewissem Zusammenhang mit der Entwicklung von Sozialen Indikatoren.

Als weitere Beispiele für die Weiterverarbeitung von Erhebungsergebnissen zu neuen statistischen Größen sind u. a. eine Vielzahl von Indizes, die Volumenberechnungen im Außenhandel, die Berechnung von Kaufkraftparitäten und die Tafelberechnungen zu erwähnen. Hierbei geht es darum, durch Kombination von Erhebungsergebnissen und weiteren Informationen mit Hilfe von Berechnungs- und Schätzverfahren neue statistische Daten zu gewinnen. Auch im Rahmen der Bestrebungen der Vereinten Nationen zum Aufbau eines Gesamtsystems der Be-

völkerungs- und Sozialstatistik spielt die Weiterverarbeitung statistischer Daten eine große Rolle.

In den letzten Jahren macht sich zunehmend die Tendenz bemerkbar, analytische Arbeiten, die bisher nach gleichen oder ähnlichen Ansätzen mit erheblichem Rechenaufwand an verschiedenen Stellen durchgeführt wurden, den Statistischen Ämtern zu übertragen. Ein Beispiel dafür ist die Zeitreihenanalyse, insbesondere die Berechnung saisonbereinigter Konjunkturindikatoren, wie sie vom Statistischen Bundesamt seit einigen Jahren in monatlichen Abständen veröffentlicht werden. In immer stärkerem Maße werden die Statistischen Ämter auch in die Auswertung von Statistiken für Verwaltungszwecke, Prognosen, Modellrechnungen u. dgl. eingeschaltet. Dies zeigt sich vor allem in den Materialzusammenstellungen für Berichte und Reformvorschläge der Regierungen (im Bereich des Bundes u. a. Agrarbericht; Sozialbericht; Raumordnungs- und Städtebaubericht; Familien-, Jugend-, Bildungsbericht; Finanz-, Steuer- und Justizreform). Auch die enge Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und den Sachverständigenräten zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und für Umweltfragen führt zu einer Beteiligung an Zusammenstellungs- und Auswertungsarbeiten auf den verschiedensten Gebieten.

Das zunehmende Gewicht der Weiterverarbeitung und Auswertung statistischen Originärmaterials zeigt sich auch auf dem Gebiet der Voraus-schätzungen (u. a. der Bevölkerung, der Erwerbstätigen, der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Steuern, des Bedarfs an öffentlichen Einrichtungen usw.). Prognosen, Projektionen und Planungen sind auf vielen Gebieten zu unentbehrlichen Hilfsmitteln bei der Lösung von Aufgaben im politischen Bereich geworden. Die Statistischen Ämter sind in wachsendem Umfang an Voraus-schätzungen beteiligt bzw. damit betraut. Dabei erstreckt sich die Mitarbeit von rein beratender Tätigkeit über die Bereitstellung von adäquatem Ausgangsmaterial, die Übernahme von analytischen Vorarbeiten bis zur Beteiligung an der Herausarbeitung von Annahmen. Die wohl entscheidendste Erweiterung des Arbeitsgebiets ergibt sich aus der Errichtung der Statistischen Datenbank, über die im Abschnitt 4.3 ausführlicher berichtet wird.

3.5 Auslandsstatistik

Dem Statistischen Bundesamt ist durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 gemäß § 2 Ziffer 4 auch die Aufgabe zugewiesen worden, »Statistiken des

Auslandes und der internationalen Organisationen zu sammeln und darzustellen«. Im Statistischen Bundesamt sind daher, unter Abstimmung mit den beteiligten Ressorts und anderen Stellen, auslandsstatistische Sachgebiete aufgebaut und Veröffentlichungen herausgegeben worden.

Unter »Auslandsstatistik« wird im Sinne der gesetzlichen Abgrenzung diejenige Arbeit verstanden, die sich mit den für deutsche Benutzer wichtigen Ergebnissen der Statistik des Auslandes über Vorgänge und Tatbestände des wirtschaftlichen und sozialen Lebens im weitesten Sinne beschäftigt und im allgemeinen auf die Herausgabe von Veröffentlichungen mit auslandsstatistischem Zahlenmaterial oder auf die Erteilung von Auskünften aufgrund dieses Materials abgestellt ist. Die in allen Fachbereichen des Statistischen Bundesamtes für die Weiterentwicklung der deutschen Statistik nötige Beschäftigung mit der Entwicklung der Methodik in der ausländischen Statistik und die internationale Zusammenarbeit in fachlichen und methodischen Fragen sind hier nicht erwähnt, obwohl sich beide Aufgabengebiete in weiten Bereichen überschneiden.

3.5.1 Art der Arbeiten

Die Arbeiten der Auslandsstatistik umfassen im einzelnen:

Sammlung, Sichtung und Auswertung des von anderen Ländern, internationalen und supranationalen Organisationen veröffentlichten Zahlen- und sonstigen Materials; Veröffentlichung der für die Bundesressorts und die übrigen Interessenten wichtigsten Teile dieser statistischen Ergebnisse (in einer für den deutschen Benutzer zweckmäßigen Form); Erteilung von Auskünften aus dem verfügbaren Material; darüber hinaus aber auch Beschäftigung mit Technik, Methodik, Aussagefähigkeit und Zuverlässigkeit der ausländischen Statistik, soweit dies zum Verständnis und zur Kommentierung des ausländischen Zahlenmaterials im Rahmen der Veröffentlichungen erforderlich und möglich ist.

Im Vordergrund der Arbeiten steht die Durchsicht und Auswertung der auslandsstatistischen Publikationen sowie die Veröffentlichung wichtiger Teile dieses Materials für deutsche Benutzer. Zu den Veröffentlichungen, in denen jeweils über verschiedene Länder und Fachgebiete berichtet wird, zählen die »Internationalen Monatszahlen«, die für zahlreiche Länder kurzfristige Wirtschaftsindikatoren liefern, sowie der Auslandsteil des Statistischen Jahrbuches. Daneben werden Veröffentlichungen über einzelne Fachgebiete, wie z. B. über die Bevölkerung, die Industrie, den Außenhandel, die Groß- und Einzelhandelspreise sowie die Verdienste, Löhne und Arbeitszeiten des Auslandes herausgegeben. Eine besondere Gruppe

bilden die »Länderberichte«, in denen die demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einzelner Länder ausführlich dargestellt werden. Sie werden durch sogenannte »Länderkurzberichte« ergänzt bzw. aktualisiert.

Dem zunehmenden Bedarf an schneller und umfassender Unterrichtung, bedingt durch wachsende internationale Verflechtungen und Aktivitäten sowie durch die von deutscher Seite an viele Länder geleistete bzw. zu leistende »Entwicklungshilfe«, konnte vorübergehend durch Ausweitung der Berichterstattung bei ausführlichen Länderberichten über wichtige Entwicklungsländer Rechnung getragen werden. Außerdem mußte das verfügbare auslandsstatistische Zahlenmaterial für praktisch alle selbständigen Staaten (einschl. Entwicklungsländer) in den »Länderkurzberichten« jeweils in kürzerer Frist nach dem neuesten Stand dargestellt werden. Bei der Auswertung des Zahlenmaterials der Entwicklungsländer wirkt sich erschwerend aus, daß in den oft wenigen vorhandenen Veröffentlichungen dieser Länder methodische Hinweise kaum enthalten sind. Vollständige und mit den erforderlichen kritischen Hinweisen versehene Darstellungen sind daher oft nur schwer ohne Besuch der betreffenden Länder möglich. In einer Reihe von Fällen, in denen aus besonderem Anlaß gründliche Unterlagen benötigt wurden, sind daher von Angehörigen des Statistischen Bundesamtes auch entsprechende Feldstudien an Ort und Stelle durchgeführt und die vorliegenden statistischen Ergebnisse unmittelbar bei den zuständigen Stellen hinsichtlich ihrer Entstehung sowie auf Zuverlässigkeit und Aussagekraft geprüft worden. Hierbei handelt es sich in erster Linie darum, in das Erhebungsverfahren und die Bearbeitung des statistischen Ausgangsmaterials einen ausreichenden Einblick zu gewinnen.

Aus allen verfügbaren Unterlagen soll ein statistisch möglichst vollständiges Bild über die wirtschaftliche und soziale Struktur sowie die Entwicklung der betrachteten Länder gegeben werden.

Daneben hat sich auch mit der ständig zunehmenden internationalen Zusammenarbeit die Nachfrage nach aktuellem Material aus einzelnen auslandsstatistischen Fachgebieten von Jahr zu Jahr vermehrt. Für mehrere Institutionen wurden deshalb umfangreiche Ausarbeitungen über die Entwicklung der Bevölkerung in verschiedenen Ländern, u. a. über die allgemeinen Bevölkerungsvorausrechnungen und -schätzungen gefertigt. Weiterhin wurden Zusammenstellungen von Produktions- und Beschäftigtenzahlen für eine Vielzahl von Produkten, Industriezweigen und Ländern veröffentlicht. Über den Außenhandel des Auslandes liegt eine der umfangreichsten Quellen-

sammlungen vor. Das Hauptinteresse der zahlreichen Benutzer aus Verwaltung und Wirtschaft gilt detaillierten Ergebnissen in der Gliederung nach Waren und Ländern. Im Rahmen der Vergleiche der Preis- und Lohnentwicklung von europäischen und außereuropäischen Ländern sind besonders die Kaufkraftberechnungen für Zwecke des Entschädigungsrechts, für Zwecke des Unterhaltungsicherungsgesetzes sowie die Arbeiten für Zwecke der deutschen Auslandsbesoldung als Grundlage für die Festsetzung des Kaufkraftausgleichs bei den deutschen Auslandsdienstbezügen und die Berechnung der Verbrauchergeldparitäten hervorzuheben. Grundlage der umfangreichen und schwierigen Arbeiten sind Angaben über Preise deutscher und ausländischer verbrauchsrelevanter Waren und Dienstleistungen. Sie werden anhand inländischer und ausländischer Ausgabenstrukturen privater Haushalte zusammengefaßt und unter Berücksichtigung der Devisenkurse miteinander verglichen. Ergänzend zu diesem räumlichen Vergleich für einen Zeitpunkt sind mit Hilfe der Preisindizes der Lebenshaltung der betreffenden Länder die Ergebnisse fortzuschreiben und die Veränderungen der Relationen zu verfolgen (zeitlicher Vergleich). Auch lohnstatistische Angaben werden regelmäßig zusammengestellt. Darüber hinaus sind Arbeiten über Fragen der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst des Auslandes geleistet sowie Zusammenstellungen über Lohn- und Lohnnebenkosten für zahlreiche Stellen gefertigt worden.

Außer vorstehend genannten Arbeiten auf einzelnen Sachgebieten war es anlässlich der Reisen von Regierungsvertretern in Entwicklungsländer sowie für den Bedarf einzelner Ressorts erforderlich, auch allgemeines Zahlenmaterial zusammenzustellen, und zwar über südamerikanische, afrikanische und asiatische Entwicklungsländer sowie über sozialistisch-kommunistische Länder.

Diese Beispiele, die beliebig ergänzt werden könnten, zeigen, daß sich das Fortschreiten der internationalen Zusammenarbeit und Verzahnung auch in der Entwicklung des auslandsstatistischen Arbeitsprogramms und seiner aktuellen Bedeutung niederschlägt. Mit Hilfe der Statistischen Datenbank könnte auch die Bereitstellung und Auswertung der auslandsstatistischen Daten erleichtert und beschleunigt werden.

3.5.2 Abgrenzung gegenüber anderen Stellen

Je mehr die Auslandsstatistik in neue, aktuelle Aufgaben hineinwuchs, desto mehr mußte zur Klärung der Aufgabenverteilung und zur Vermeidung von Doppelarbeit auf sinnvolle Abgrenzung gegenüber den Arbeiten anderer Stellen geachtet werden.

So haben z. B. die inter- und supranationalen Organisationen mit dem Ausbau ihrer gesamten Tätigkeit auch die Zusammenstellung und Veröffentlichung von Zahlenmaterial für ihren Bereich weiterentwickelt. Das gilt besonders für die Vereinten Nationen und die Europäischen Gemeinschaften. Die Zusammenstellungen dieser Organisationen sind jedoch aus mancherlei Gründen für deutsche Zwecke nicht oder nur begrenzt brauchbar. Sie erscheinen zum Teil sehr spät, da die Zulieferung von allen beteiligten Ländern abgewartet werden muß. Außerdem entsprechen sie in ihren sachlichen, systematischen, regionalen und zeitlichen Gliederungen nur teilweise den auf deutscher Seite vorliegenden Anforderungen. Schließlich sind der Benutzung auch aus sprachlichen Gründen Grenzen gesetzt. In vielen Fällen sind daher bei einer Reihe von Aufgaben und Anforderungen eigene auslandsstatistische Arbeiten in sogar zunehmendem Maße erforderlich.

Darüber hinaus werden von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation und den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten (neben anderen Stellen) seit Jahren zum Teil intensive und umfangreiche Untersuchungen über Auslandsprobleme geleistet. So hat z. B. das Ifo-Institut eine eigene Afrika-Forschungsstelle eingerichtet, die zur Untersuchung spezieller Probleme über eine Reihe von Mitarbeitern in afrikanischen Ländern verfügt. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel gibt seit langem sehr fundierte

Arbeiten über die wirtschaftlichen Verhältnisse in ausländischen Staaten heraus. Es verfügt zudem über eine der vollständigsten Bibliotheken über das Ausland.

Demgegenüber sieht es die amtliche Auslandsstatistik als ihre Aufgabe an, das in verschiedenen Quellen verfügbare Zahlenmaterial in Form von Länderberichten bzw. Länderkurzberichten oder in statistischen Berichten über bestimmte Teilgebiete zusammenzustellen und soweit möglich mit methodischen Erläuterungen zur allgemeinen Information zu veröffentlichen. Sie liefert damit ein Grundmaterial, dessen sich mit Spezialuntersuchungen zu bestimmten Problemen befähigte Stellen, unter Benutzung auch anderer Quellen und Unterlagen, bedienen können. Auch hier ist angesichts der Intensivierung und Aktualisierung der Arbeiten eine möglichst weitgehende Abstimmung zweckmäßig. Diese wird auf verschiedenen Wegen betrieben, damit Doppelarbeit bei der Materialzusammenstellung und -auswertung vermieden und die Programme einander angepaßt werden können.

Zur Abstimmung des Arbeitsprogramms der Auslandsstatistik, insbesondere mit den einschlägig interessierten Ressorts und anderen Stellen sowie den wissenschaftlichen Instituten, die an der Berichterstattung über das Ausland beteiligt sind, hat der Statistische Beirat einen Arbeitskreis gebildet, dem neben Angehörigen des Statistischen Bundesamtes Vertreter der genannten Interessentenkreise angehören.

4 Öffentlichkeitsarbeit, Bereitstellung statistischer Ergebnisse

4.1 Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Bundesstatistik

Im Zeitalter der Massenmedien ist die ausführliche Unterrichtung des Bürgers über die Anliegen der öffentlichen Verwaltung zur Selbstverständlichkeit geworden. Mit Recht erwarten deshalb auch alle Personen und Stellen, die nicht selbst an der Durchführung statistischer Erhebungen beteiligt sind, eine Erläuterung von Aufgaben und Zielen der Statistik sowie eine Darlegung der von den Statistischen Ämtern durchzuführenden Arbeiten. Darüber hinaus interessiert es sie im besonderen, warum sie zu bestimmten Erhebungen herangezogen und für welche Zwecke die von ihnen erteilten Auskünfte verwendet werden.

Das Statistische Bundesamt betrachtet es deshalb als eine ständige Aufgabe, allgemeine

Informationen über Art, Umfang und Inhalt seines statistischen Arbeitsprogramms und die von ihm zu erfüllenden Aufgaben zu vermitteln. Im Vordergrund stehen dabei Publikationen, die einen Überblick über das gesamte Arbeitsgebiet verschaffen, wie etwa der vorliegende Band über »Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik«, der in seiner ausführlichen Fassung für den statistischen Fachmann bestimmt ist, von dem aber auch eine Kurzausgabe für den nicht an allen Einzelheiten interessierten Benutzer herausgegeben und in die englische und französische Sprache übersetzt wird.

Die Entwicklungsgeschichte der amtlichen Statistik wurde anlässlich des 100jährigen Bestehens eines zentralen Statistischen Amtes im Jahre 1972 in dem Band »Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972« dargestellt. In diesem Band sind auch Zahlenreihen für den Zeitraum von 100 Jahren

enthalten. Das Jubiläum war außerdem Anlaß für einen Rechenschaftsbericht über die »Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik«. Die Weiterentwicklung des Statistischen Arbeitsprogramms wird in den in unregelmäßigen Zeitabständen anlässlich von Beiratstagungen erscheinenden Berichten über »Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes« geschildert.

Neben diesen »Selbstdarstellungen« des Statistischen Bundesamtes erscheinen regelmäßig Beiträge über die Amtsarbeit in einschlägigen Veröffentlichungen der Bundesregierung sowie in den Jahresberichten der im Beirat vertretenen Verbände, Kammern und sonstigen Institutionen, in denen auf die Bundesstatistik und die Mitwirkung der an ihr beteiligten Gremien eingegangen wird. Auch das Publikationsorgan der Deutschen Statistischen Gesellschaft, »Allgemeines Statistisches Archiv«, enthält regelmäßig Berichte über die Fortschritte in der Amtsarbeit. Für Besucher des Amtes, Teilnehmer an Tagungen und andere Interessenten stehen prospektartig zusammengefaßte Kurzinformationen über die Aufgaben des Amtes und seine Einrichtungen zur Verfügung.

Die gedruckt vorliegenden Unterlagen werden durch mündliche Informationen ergänzt. Zahlreiche Interessenten aus dem In- und Ausland besuchen das Amt, um sich über seine Aufgaben unterrichten zu lassen. Auch die Vortragstätigkeit von Amtsangehörigen innerhalb und außerhalb des Hauses und ihre Mitwirkung in anderen Gremien ist Bestandteil der laufenden Kontaktpflege.

Von besonderer Bedeutung ist die enge Zusammenarbeit mit den publizistischen Medien Presse, Funk und Fernsehen, die im Laufe der letzten Jahre weiter ausgebaut werden konnte und wesentlich zu einer Verbesserung des Verständnisses der Öffentlichkeit für die amtliche Statistik beigetragen hat. Zahlreiche Journalisten und Mitarbeiter von Funk und Fernsehen haben engen Kontakt mit dem Amt und können immer wieder bei passender Gelegenheit für Beiträge über die Amtsaufgaben und die Besonderheiten des Arbeitsprogramms, über technische Neuerungen, über Probleme der internationalen Zusammenarbeit und ähnliche Themen gewonnen werden.

Neben diesen Informationen über die gesamte Amtsarbeit treten spezielle Informations- und Werbemaßnahmen für bestimmte statistische Erhebungen. Vor allem Großzählungen, wie die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, die Wohnungszählung oder die großen Strukturserhebungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen bedürfen einer gründlichen publizistischen Vorbereitung, um die Bereitschaft der Befragten zu einer vollständigen, sorgfältigen und fristgerechten Auskunftserteilung zu stärken. Obwohl sich die Beteiligung an laufenden Sta-

tistiken vielfach eingespielt hat, ist es auch hier im Einzelfall notwendig, »aufklärend« zu wirken. Das gilt insbesondere bei der erstmaligen Heranziehung oder dem Wechsel von Befragten im Rahmen von Stichprobenerhebungen. Hier muß stets erläutert werden, warum die einen zur Berichterstattung herangezogen werden, die anderen hingegen nicht.

Ein besonderes Problem bildet die Gewinnung von Auskunftswilligen bei den auf freiwilliger Basis durchzuführenden Einkommens- und Verbrauchsstichproben oder den Kostenstrukturstatistiken. Ohne eindringlichen Appell an die Bereitschaft zur Mitarbeit ist es in diesen Fällen kaum möglich, eine größere Zahl von Haushalten oder Betrieben zur Mitarbeit und zum »Durchhalten« über einen größeren Anschreibungszeitraum zu bewegen. Die Haushaltswerbung für die Einkommens- und Verbrauchsstichproben hat sich in der Vergangenheit gut bewährt.

Als Beispiel einer breit angelegten Öffentlichkeitsarbeit seien hier die publizistischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Volkszählung 1970 genannt. Im Rahmen eines frühzeitig und gründlich vorbereiteten Konzepts haben Presse, Funk, Fernsehen und Film in sehr differenzierter und durchweg anschaulicher Form der breiten Bevölkerung die Ziele dieser Zählung und die Art ihrer Durchführung nahegebracht und damit wesentlich zum Gelingen der Erhebung beigetragen. Bei der Volkszählung ist auch in größerem Umfang vom Einsatz bestimmter »Werbemittel«, wie Plakaten, Inseraten, Faltblättern usw., Gebrauch gemacht und damit ein Weg beschritten worden, der für die Publizierung amtlicher Aufgaben zumindest auf dem Gebiet der Statistik noch neuartig und ausbaufähig ist.

4.2 Veröffentlichungen

4.2.1 Pressemitteilungen

Die öffentlichen Kommunikationsmittel können sich selbstverständlich nicht damit begnügen, allgemeine Anliegen der Bundesstatistik zu erläutern oder für die Beteiligung an bestimmten Erhebungen aufzurufen. Sie sind vielmehr in erster Linie daran interessiert, ihr Publikum laufend über die wichtigsten und für die breite Öffentlichkeit besonders interessanten Ergebnisse aus neuen oder laufenden Statistiken zu informieren.

Das Amt gibt zu diesem Zweck jährlich über 400 Pressenotizen heraus, die an die Nachrichtenagenturen, an große Zeitungen, Zeitschriften oder einzelne Journalisten sowie an Verbände versandt werden. Diese Pressemitteilungen erscheinen mit der Eingangsformel »Wie das Statistische Bundesamt mitteilt...« fast täglich in einer großen Zahl von Zeitungen und tragen so-

mit dazu bei, daß die Arbeit des Amtes im Bewußtsein der Öffentlichkeit wachgehalten und als nützlich anerkannt wird. Die Pressenotizen erscheinen vor, spätestens aber gleichzeitig mit der Publikation ausführlicheren Zahlenmaterials und sind für viele Journalisten willkommener Anlaß, sich in längeren eigenen Beiträgen ausführlicher mit den Ergebnissen der Amtsarbeit zu beschäftigen.

Eine laufende Verbindung besteht auch zu Funk und Fernsehen, von deren einschlägigen Redaktionen Amtsergebnisse entweder allein oder im Zusammenhang mit wichtigen Tagesthemen in Wort oder Bild umgesetzt werden.

4.2.2 Herausgabe von Veröffentlichungen

Die beste Werbung für die amtliche Statistik ist die schnelle Herausgabe ansprechender Veröffentlichungen. Das Amt gibt zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die wichtigsten Ergebnisse seiner Arbeit z. Z. etwa 1300 periodisch oder einmalig erscheinende Veröffentlichungen in einer Auflage von rund 850 000 Exemplaren heraus.

Zweck, Umfang und Inhalt der Veröffentlichungen

Nach § 2 Ziff. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Bundesstatistik »für allgemeine Zwecke« darzustellen. Diese Bestimmung besagt, daß die Veröffentlichungen nicht für die speziellen Zwecke bestimmter Stellen (Behörden, Verbände, Firmen oder einzelner Organisationen) und nicht im Hinblick auf bestimmte Probleme oder geplante Maßnahmen zusammengestellt werden, sondern vielmehr als Grundlage für einen möglichst großen Kreis verschiedener Benutzer zur Verfügung stehen sollen.

Der Umfang des zur Veröffentlichung gelangenden Zahlenmaterials unterliegt schon aus Kostengründen gewissen Beschränkungen. Im Regelfall können nur die wichtigsten Ergebnisse publiziert werden. Das führt zwangsläufig zu Zusammenfassungen, bei denen manche interessanten Einzelheiten nicht in Erscheinung treten. Bei einer geschickten Auswahl des Materials braucht allerdings der Erkenntniswert einer Veröffentlichung nicht zu leiden. Benutzer, die sich für weiter aufgegliederte Zahlen interessieren, haben die Möglichkeit, diese zusätzlich beim Amt anzufordern, soweit die Vorschriften des »Statistischen Gesetzes« über die Geheimhaltung von Einzelangaben dem nicht entgegenstehen.

Eine weitere Begrenzung im Umfang ergibt sich aus einer mit den Statistischen Landesämtern getroffenen Vereinbarung über die regionale

Tiefe bei Veröffentlichungen. Danach veröffentlicht das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Bundesstatistik in möglichst großer sachlicher und systematischer Ausführlichkeit, dafür aber nur in begrenzter regionaler Differenzierung. Demgegenüber weisen die Statistischen Landesämter das Zahlenmaterial in weitgehender regionaler Gliederung nach. Vom Statistischen Bundesamt werden die Ergebnisse daher im allgemeinen nur in der Gliederung nach Ländern, in bestimmten Fällen aber auch nach Regierungsbezirken oder nichtadministrativen Gebietseinheiten nachgewiesen. Eine Ausnahme bilden die großen Zählungen und Strukturhebungen, bei denen vom Statistischen Bundesamt auch ausgewählte Daten für Kreise oder ähnliche Einheiten gleicher Ebene dargestellt werden. Die Publizierung von Gemeindeergebnissen beschränkt sich auf das Gemeindeverzeichnis.

Um die noch bestehenden formalen und auch sachlichen Unterschiede der Darstellung, die den Konsumenten den Zugang zu vergleichbaren Zahlen erschweren, zu beseitigen und außerdem die technischen Fortschritte der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen hinsichtlich der Veröffentlichung der Ergebnisse zu nutzen, haben sich die Statistischen Landesämter auf Richtlinien über ein nach Inhalt und Form einheitliches und untereinander vergleichbares Veröffentlichungsprogramm geeinigt. Danach soll grundsätzlich für jede Statistik ein gemeinsames Mindestveröffentlichungsprogramm für die Tabellenteile in Form von verbindlichen Tabellenrahmen (Titel, einheitliche Kopf- und Vorspaltengliederung) aufgestellt und hinsichtlich der systematischen und regionalen Gliederung mit den entsprechenden Programmen des Statistischen Bundesamtes abgestimmt werden.

Ein großer Teil der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes besteht nur aus Tabellen, denen lediglich eine knappe Erläuterung der Erhebungs- und Darstellungsmethoden vorangestellt wird. Neben dem Statistischen Jahrbuch sind dies vor allem Veröffentlichungen mit kurzfristigen Ergebnissen laufender Statistiken oder Vor- bzw. Eilberichte zu später erscheinenden ausführlichen Publikationen. Der Verzicht auf textliche Kommentierung ist u. a. dadurch begründet, daß das Amt sich zum Ziel gesetzt hat, jede fertiggestellte Statistik so schnell wie möglich den Benutzern zur Verfügung zu stellen. Textliche Darstellungen sind regelmäßig in der Monatszeitschrift »Wirtschaft und Statistik« enthalten. Auch in den Jahres-, Zählungs- und Sonderveröffentlichungen wird in den meisten Fällen ein Textteil gebracht. Methodische, technische und organisatorische Fragen, die sich nicht nur auf eine bestimmte Statistik beziehen, sondern von allgemeiner Bedeutung sind, werden außer in »Wirtschaft und Statistik« in Sonderveröffent-

lungen (z. B. »Stichproben in der amtlichen Statistik«) abgehandelt.

Bei der textlichen Darstellung seiner Ergebnisse beschränkt sich das Amt vielfach darauf, die wichtigsten Daten mit Hilfe von Vergleichsmaterial und Verhältniszahlen (Prozent- und Beziehungszahlen, Meßzahlen, Indizes) zu beschreiben und mit den für das Verständnis nötigen methodischen Erläuterungen zu versehen.

In gewissem Umfange geht damit eine sachliche Analyse der sich in Struktur- und Entwicklungszahlen widerspiegelnden Ursachen Hand in Hand. Das Amt betrachtet es dagegen im allgemeinen nicht als seine Aufgabe, z. B. eine zusammenhängende Wirtschaftsdiagnose oder Berichte über die Wirtschaftslage zu veröffentlichen, da eine solche Diagnose sich nicht allein auf quantitatives statistisches Material stützen kann. Diese Aufgabe wird von den Ressorts, der Bundesbank, Sachverständigenräten, Instituten, Verbänden und anderen Stellen wahrgenommen. Durch die Errichtung der Statistischen Datenbank wird das Amt in stärkerem Maße als bisher Hilfestellung bei der Auswertung von Statistiken leisten können.

Für die inhaltliche Abgrenzung der einzelnen Veröffentlichungen gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Es können entweder Ergebnisse einzelner Statistiken oder Zahlenmaterial für bestimmte Tatbestände aus verschiedenen Statistiken dargestellt werden.

Bei den Benutzern wird Interesse an beiden Arten der Veröffentlichung vorausgesetzt werden können. Da eine Zusammenstellung des Materials nach beiden Gesichtspunkten jedoch zu einer Verdoppelung des Veröffentlichungsprogramms führen würde, muß für die Masse der Veröffentlichungen ein Prinzip gewählt werden.

Aus praktischen Gründen ist der Gliederung nach Statistiken der Vorzug gegeben worden, da die zu einem bestimmten Zeitpunkt anfallenden Ergebnisse einer Statistik möglichst schnell veröffentlicht werden sollen. Außerdem ergeben sich für die Zusammenstellung von Zahlenmaterial aus verschiedenen Statistiken gewisse Schwierigkeiten wegen der sachlichen Unterschiede (Begriffsabgrenzungen, Erhebungsmethoden, Gruppierungen) und der zeitlichen Unterschiede (Berichtszeiträume, Stichtage), die in der Natur und dem Verwendungszweck der einzelnen Statistiken liegen und auch durch die erfolgreichen Bemühungen des Amtes um die fachliche Koordinierung des gesamten statistischen Instrumentariums nicht völlig beseitigt werden können.

Da die einzelnen Statistiken verschiedenartig abgegrenzt sind, enthalten die Veröffentlichungen des Amtes zum Teil Ergebnisse über

bestimmte Tatbestände in einzelnen Bereichen (z. B. Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, Umsätze im Einzel- oder Großhandel), zum Teil aber auch Material über bestimmte Tatbestände für verschiedene oder alle in Betracht kommenden Bereiche (z. B. Löhne in den verschiedenen Wirtschaftszweigen, Umsätze in allen von der Umsatzsteuerstatistik erfaßten Zweigen, Kostenstruktur in allen Bereichen).

Sowohl in den Zusammenfassenden Veröffentlichungen, wie z. B. im »Statistischen Jahrbuch« und in »Wirtschaft und Statistik«, als auch in den Fachserien werden die Ergebnisse der einzelnen Statistiken nach großen Sachgebieten (z. B. Land- und Fortwirtschaft, Fischerei — Produzierendes Gewerbe — Außenhandel — Verkehr) gegliedert, wobei zur besseren sachlichen Orientierung in machen Fällen benachbarte Fachgebiete in einem Abschnitt zusammengefaßt werden (z. B. Bautätigkeit und Wohnungen).

Viele Konsumenten der amtlichen Statistik benötigen für die Lösung ihrer Aufgaben in zunehmendem Maße Zahlenmaterial für gleiche Tatbestände aus verschiedenen Erhebungen und Zeiträumen. Sie müssen im allgemeinen auf eine größere Zahl von Publikationen zurückgreifen und sich die gewünschten Zahlen selbst zusammenstellen. Dabei leisten die Veröffentlichungsverzeichnisse, Sachregister, Quellennachweise und ähnliche Zusammenstellungen eine gute Hilfe. Über alle Statistiken informiert der vorliegende, in mehrjährigen Abständen erscheinende Band »Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik«, der nach den gleichen großen Sachgebieten wie das Statistische Jahrbuch gegliedert ist. Eine Ergänzung hierzu stellt der in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern herausgegebene »Quellennachweis regionalstatistischer Ergebnisse« dar, der den Zugang zu dem recht verstreut vorliegenden regionalstatistischen Material erleichtern soll. In diesem Quellennachweis werden Art und Erscheinungsfolge sowie die Fundstellen der von Bund und Ländern veröffentlichten Regionaldaten aufgezeigt. Außerdem unterrichtet der Band über die »Statistische Erfassung der Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse in den Bereichen der Wirtschaft« mit Hilfe eines ausführlichen Katalogs darüber, welche statistischen Daten innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche für gewisse Tatbestände vorliegen. Im Rahmen der Statistischen Datenbank wird das vorhandene statistische Material noch eingehender katalogisiert und beschrieben werden.

Das Veröffentlichungsprogramm des Amtes enthält auch eine Reihe von Querschnittsveröffentlichungen, die spezielle Zielsetzungen verfolgen. So ist die bereits seit langem erscheinende Jahresveröffentlichung über »Be-

völkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer« insbesondere für regionale Untersuchungen und Vergleiche geeignet. Dem Bedarf an gebrauchsfertig zusammengestellten Zeitreihen werden zwei Veröffentlichungen gerecht, die sich in ihrer Aussage ergänzen. Es handelt sich einmal um den Band »Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972« mit seiner umfangreichen Auswahl langer Reihen aus allen Bereichen der amtlichen Statistik sowie um den Band »Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung«, der insbesondere Unterlagen für die Beurteilung des Wirtschaftswachstums und für die mittel- und langfristige Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung liefert. Die wichtigsten Konjunkturindikatoren sind als Original- und saisonbereinigte Werte in der Monatsveröffentlichung »Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung« zusammengestellt.

Der Zusammenstellung themenbezogener Querschnittsveröffentlichungen sind personelle und finanzielle Grenzen gesetzt. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat das Amt den Band »Bildung im Zahlenspiegel« herausgegeben, der die wichtigsten Daten des Bildungsbereichs enthält. Die Veröffentlichungen »Die Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft« und »Die älteren Mitbürger und ihre Lebensverhältnisse« bringen die für diese beiden Personengruppen vorliegenden Ergebnisse. Vorgesehen ist ein weiterer Ausbau von populären Kurzbroschüren, die sich mit bestimmten Problemen befassen. Erschienen sind bisher die Darstellungen »Haushaltsgeld — woher, wohin« und »Im Blickpunkt der Mensch« mit Zahlen über die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik.

Gliederung der Veröffentlichungen

Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes gliedern sich in folgende Gruppen:

- Zusammenfassende Veröffentlichungen,
- Fachveröffentlichungen (Fachserien),
- Systematische Verzeichnisse.

Die Zusammenfassenden Veröffentlichungen enthalten Ergebnisse aus mehreren oder allen Arbeitsgebieten des Amtes. Zu den bekanntesten Querschnittsveröffentlichungen zählen das »Statistische Jahrbuch«, die Monatszeitschrift »Wirtschaft und Statistik«, der »Statistische Wochendienst« und die Kurzbroschüre »Zahlenkompaß«. Weiterhin fallen in diese Gruppe größere Bände über organisatorische, methodische und technische Fragen, Untersuchungen zur Wirtschaftsstruktur, die Berichtsreihen mit allgemeinen Ergebnissen der Auslandsstatistik und weitere Kurzbroschüren. Ein Teil der Veröffentlichungen erscheint in englischer, französischer und spanischer Sprache.

Die Veröffentlichungen mit Ergebnissen aus den einzelnen Fachgebieten erscheinen im Rahmen von Fachserien. Die Titel der einzelnen Fachserien geben jeweils das Hauptsachgebiet an, aus dem die Veröffentlichungen stammen. Zur Zeit gibt es folgende Fachserien:

- A: Bevölkerung und Kultur
- B: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- C: Unternehmen und Arbeitsstätten
- D: Industrie- und Handwerk
- E: Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen
- F: Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Reiseverkehr
- G: Außenhandel
- H: Verkehr
 - I: Geld und Kredit
 - K: Öffentliche Sozialleistungen
 - L: Finanzen und Steuern
- M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen
- N: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Für die Umweltstatistiken ist eine eigene Fachserie geplant.

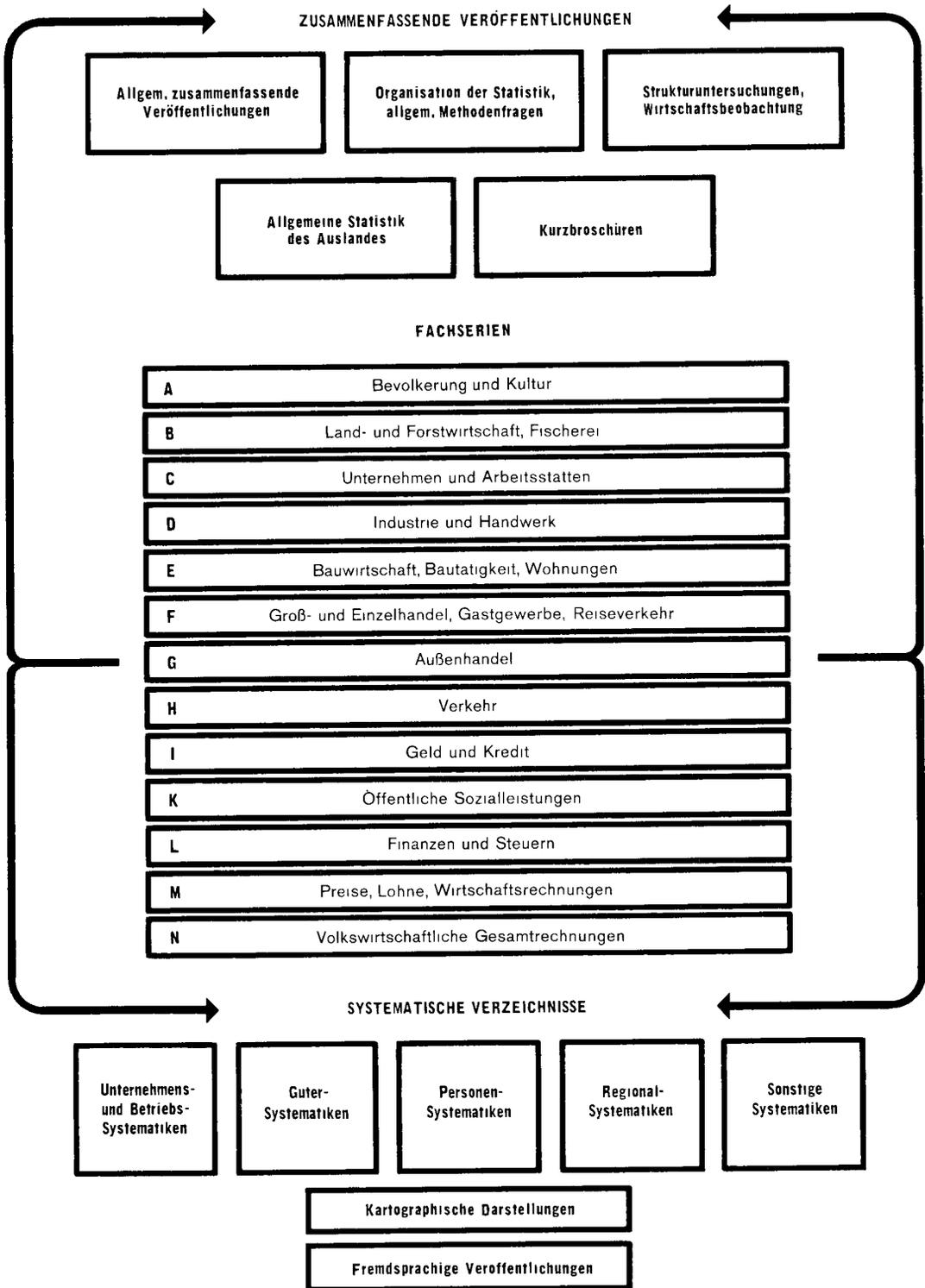
Jede Fachserie ist in eine bestimmte Zahl von Veröffentlichungsreihen gegliedert, in denen die periodisch anfallenden Ergebnisse einer Statistik sowie die in unregelmäßigen Zeitabständen herausgegebenen Sonderbeiträge zu dieser Statistik enthalten sind. Die Reihentitel bezeichnen im allgemeinen das engere Aufgabengebiet einer Statistik. Werden innerhalb einer Reihe Ergebnisse von Teilerhebungen nachgewiesen, so erfolgen weitere Auf- bzw. Untergliederungen des Reihentitels. Die Ergebnisse von einmalig oder in unregelmäßigen Zeitabständen durchgeführten Zählungen oder sonstigen größeren Erhebungen werden als Einzelveröffentlichungen im Rahmen der jeweiligen Fachserie herausgegeben.

Die Systematischen Verzeichnisse sind Hilfsmittel für die Gliederung der Bundesstatistiken nach bestimmten Gesichtspunkten. Entsprechend der Art der klassifizierten Tatbestände wird zwischen Unternehmens- und Betriebsstatistiken, Güter-, Personen-, Regional- und sonstigen Systematiken unterschieden.

Als Ergänzung zu den regional gegliederten Ergebnissen aus Großzählungen erscheinen mehrfarbige Kartographische Darstellungen.

Eine Übersicht über die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, aus der Einzelheiten über die wichtigsten Publikationen hervorgehen, befindet sich auf S. 385 ff. Genauere Angaben über Erscheinungsfolge und Bezugsbe-

GLIEDERUNG DER VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES



dingungen sind dem »Veröffentlichungsverzeichnis des Statistischen Bundesamtes« zu entnehmen¹⁾).

4.2.3 Auskunftsdienst und Datenarchiv

Spezielle Anfragen von Benutzern statistischer Ergebnisse werden über einen umfangreichen Auskunftsdienst abgewickelt. In Form von Einzelauskünften müssen insbesondere diejenigen Daten aus dem vielgestaltigen Material übermittelt werden, die wegen ihrer Detaillierung nicht von allgemeinem Interesse sind und deshalb — auch aus Kostengründen — nicht in die Veröffentlichungen aufgenommen werden können. Darüber hinaus müssen Zahlen über bestimmte Sachverhalte aus verschiedenen Statistiken herausgezogen und zusammengestellt oder Hinweise auf Ergebnisse anderer Stellen gegeben werden.

Sowohl die Auskunftsdienste der einzelnen Fachabteilungen als auch der allgemeine Auskunftsdienst, der die Angaben mehrerer Abteilungen für den Anfragenden zusammenfaßt, werden von zahlreichen Benutzern in Anspruch genommen. Viele Anfragen, bei denen es sich um die Übermittlung weniger Zahlen handelt, können fernmündlich erledigt werden. In ständig steigendem Umfang werden schriftliche Auskünfte erteilt, bei denen oft recht umfangreiche Materialzusammenstellungen vorzunehmen sind. Auf die möglichst sorgfältige und ausführliche Auskunftserteilung wird großer Wert gelegt, denn ein zufriedener »Kunde« kann dem Ruf des Amtes nur dienlich sein. Andererseits sind einer zu breit angelegten Auskunftserteilung personelle und finanzielle Grenzen gesetzt. In ihrer Fragestellung nicht hinreichend präzisierete Auskunftsverlangen sind deshalb von den Benutzern zunächst zu konkretisieren, wobei es sicher zumutbar ist, daß zuvor ein Blick in das in gedruckter Form vorliegende Material geworfen wird. Viele Interessenten, die statistische Ergebnisse für die Anfertigung wissenschaftlicher Arbeiten benötigen, machen von der Möglichkeit Gebrauch, das Material im Amt aus Arbeitsunterlagen oder in der Bibliothek vorhandenen Veröffentlichungen herauszuziehen.

Im Rahmen eines Datenarchivs — allerdings mit eingeschränktem Benutzerservice — können den Benutzern ferner auf maschinellen Datenträgern befindliche statistische Ergebnisse, die nicht in die Datenbank aufgenommen sind, zur Verfügung gestellt werden.

Die Bereitstellung und Auswertung statistischer Daten wird durch die Statistische Datenbank (siehe 4.3) erleichtert und gefördert werden. Eine der wesentlichsten Aufgaben der Datenbank wird es sein, problemorientierte Ma-

terialzusammenstellungen aus verschiedenen Quellen zu liefern und die Auswertung des Materials mit Hilfe mathematisch-statistischer Methoden zu erleichtern und zu fördern. Nach bestimmten Gesichtspunkten (Stichworte, Definitionen, Quellen, Systematiken usw.) gegliederte Kataloge sind notwendig, damit die Daten richtig gefunden und abgerufen werden können. Diese Kataloge werden auch ein besseres Auffinden der in den Veröffentlichungen enthaltenen Ergebnisse gewährleisten. Der Umgang mit dem automatisierten Informationssystem wird allerdings auf der Seite der Benutzer ein bestimmtes Maß an Fachkenntnissen erfordern. Man wird davon ausgehen können, daß sich der Datenbank zunächst diejenigen Stellen bedienen werden, die ständig in größerem Umfang statistische Informationen benötigen und weiterverwenden. Inwieweit die Abrufbarkeit statistischer Ergebnisse aus der Datenbank zu einer Kürzung oder Umstrukturierung des derzeitigen Veröffentlichungsprogramms führen wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich hieraus auf längere Sicht Änderungen sowohl im Umfang als auch in der Art der Darbietung der Ergebnisse ergeben werden.

4.3 Statistische Datenbank

Die in Wirtschaft und Verwaltung immer klarer zutage tretende Notwendigkeit systematischer Information, Analyse und Planung trifft sich mit den technischen Möglichkeiten, welche die automatische Datenverarbeitung für die Speicherung und Verarbeitung großer Mengen von Informationen bietet, und mit der Entwicklung moderner Analyse- und Prognoseverfahren in Form von mathematisch-statistischen Berechnungen.

Aus der Erkenntnis, daß diese steigenden Anforderungen auf lange Sicht nur im Rahmen eines umfassenden statistischen Informationssystems befriedigt werden können, hat das Statistische Bundesamt aufgrund eines Auftrags des Bundesinnenministeriums im Jahr 1969 mit den Arbeiten am Aufbau einer Statistischen Datenbank begonnen. Maßgebend für die Konzentration der statistischen Informationen an einer Stelle war die Erkenntnis, daß nur auf diese Weise — bei der vielseitigen Verwendung fast aller statistischen Angaben bzw. dem weit gefächerten Bedarf fast aller Benutzer — Überschneidungen in der Bereitstellung des Materials und Mehrfacharbeiten zu vermeiden sind und eine einheitliche Darbietung der statistischen Ergebnisse gewährleistet ist. Die Zusammenfassung beim Statistischen Bundesamt ist ferner in dem besonderen Charakter der statistischen Daten und in den mit ihrer Bereitstellung verbundenen Aufgaben, vor allem den Bemühungen um eine bessere Vergleichbarkeit und Kombinationsfähigkeit der aus verschiedenen Quellen und Zeiträumen stam-

¹⁾ Siehe auch schematische Darstellung auf S. 41.

menden statistischen Ergebnisse begründet; diese Aufgaben lassen sich von der Produktion der Statistiken kaum trennen. Die Verbindung von Statistischer Datenbank und Statistischem Amt ist auch die beste Garantie für die Geheimhaltung von Einzelangaben. Das hier für den Bund Gesagte gilt entsprechend auch für die Länder.

Die Hauptaufgabe der Statistischen Datenbank bzw. eines Statistischen Datenbanksystems des Bundes und der Länder ist es, unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten für einen größeren Benutzerkreis zur Erleichterung und Verbesserung der Auswertung von Statistiken viele sachlich relevante statistische Datenbestände unterschiedlichen Umfangs und verschiedenster Art über längere Zeit zu speichern, diese aus verschiedenen Quellen und Berichtsperioden stammenden Daten soweit wie möglich kombinierbar und vergleichbar zu halten, sie schnell in beliebiger Kombination zur Verfügung zu stellen und schnell Berechnungen für Zwecke der Analyse, Prognose und Planung durchzuführen. Die Statistische Datenbank hat also nicht nur die Aufgabe, statistische Angaben in leicht zugänglicher Form zur Verfügung zu halten, sondern auch den Apparat für die Auswertung bereitzustellen. Damit wird das Dienstleistungsangebot der amtlichen Statistik beträchtlich erweitert.

Der Benutzerkreis ist im Prinzip der gleiche wie bisher bei der amtlichen Statistik, nämlich neben Verwaltung und Parlament auch die breite Öffentlichkeit, natürlich unter Wahrung der Geheimhaltungsbestimmungen. Bei der Auswahl der in die Statistische Datenbank einzuspeichernden Daten wurde von größeren Problemkreisen ausgegangen. Bedingt durch entsprechende Vorarbeiten einiger Länder und des Bundesinnenministeriums wurde als erstes ein gemeinsames regionalstatistisches Minimalprogramm für die Zwecke der Raumordnung, der Landesplanung, der regionalen Wirtschafts- und Agrarstrukturpolitik und für alle übrigen raumwirksamen Planungen und Regionaluntersuchungen entwickelt. Die für dieses Programm ausgewählten Daten aus etwa 60 einmaligen und laufenden Statistiken sollen in der regionalen Gliederung nach Gemeinden bzw. Kreisen gespeichert werden.

Als weitere Programme wurden ein Konjunkturstatistisches Programm und ein Programm langer statistischer Zeitreihen entwickelt. Die beiden Programme enthalten Grundlagenmaterial für die Konjunkturbeobachtung und -analyse bzw. für globale Untersuchungen, Analysen, Planungen und Projektionen in mittel- und langfristiger Sicht. Die Datenauswahl umfaßt einen auf diese Zwecke abgestimmten Querschnitt von zur Zeit etwa 23 000 Reihen aus rd. 150 Statistiken.

Während die langen Reihen — im allgemeinen mit jährlichen Angaben — Daten teilweise bereits ab 1950 enthalten, beginnen die Reihen mit konjunkturstatistischen Daten — mit überwiegend halb-, vierteljährlicher und monatlicher Periodizität — frühestens 1962. Aufgrund des geplanten Verwendungszwecks werden zunächst nur Bundesdaten ohne weitere regionale Untergliederung gespeichert.

In Vorbereitung befindet sich zur Zeit ferner ein auslandsstatistischer Datenkatalog, der Angaben aus allen wichtigen statistischen Bereichen für etwa 140 Länder enthalten wird. Außerdem ist der Entwurf eines Programms mit »Daten für Bildungsplanung und -politik« in Arbeit, dessen Schwergewicht bei Schul- und Hochschuldaten liegen wird, sich aber auch auf andere Bereiche der amtlichen Statistik bezieht. Weitere Überlegungen erstrecken sich auf ein Programm zur Bilanzierung von Waren aus der Produktions- und Außenhandelsstatistik.

In die Statistische Datenbank des Bundes sollen in der Regel statistische Ergebnisse in relativ feiner Gliederung, aber keine Einzelangaben aufgenommen werden. Neben der Möglichkeit, bereits auf Magnetband vorliegende Daten in den Bestand der Datenbank zu übernehmen, muß auch der sehr zeit- und arbeitsaufwendige Weg der manuellen Datenerfassung beschränkt werden. Dies gilt vor allem für solche Statistiken, deren Ergebnisse nicht oder nicht vollständig auf Datenträgern vorliegen bzw. aus denen nur verhältnismäßig wenige Daten ausgewählt wurden, so daß eine maschinelle Bearbeitung nicht zweckmäßig erscheint. Die manuelle Datenaufnahme ist insbesondere bei den Daten für das Konjunkturstatistische Programm und das Programm langer statistischer Zeitreihen erforderlich.

Der Aufbau der Statistischen Datenbank bringt eine Fülle von zum Teil recht schwierigen und umfangreichen Arbeiten mit sich, wie z. B. die Datenkatalogisierung und -beschreibung, die Vergleichbarmachung der Daten durch verstärkte Koordinierung und ggf. durch Umrechnung der Ergebnisse, die Programmierung von Materialzusammenstellungen und Berechnungen, die Entwicklung einer Benutzersprache, die Bereitstellung der technischen Einrichtungen u. ä.

Die laufend durchzuführende Aktualisierung von der fachlichen Seite her betrifft einerseits die Ergänzung durch neue Ergebnisse laufender statistischer Erhebungen, andererseits die Überprüfung der Programme und ihre Erweiterung durch die Aufnahme zusätzlicher Merkmale aus bereits laufenden oder neuen Statistiken. Darüber hinaus ist das Datenangebot — in Abstimmung mit den wichtigsten Benutzern — durch die Erarbeitung

neuer Programme für weitere, problemorientiert ausgewählte fachliche Bereiche zu ergänzen. Die fachlichen und technischen Arbeiten am Aufbau der Statistischen Datenbank des Bundes sind inzwischen so weit fortgeschritten, daß Daten laufend mit den zugehörigen fachlichen Beschreibungen — nach Vornahme der erforderlichen

Überprüfungen — eingespeichert werden. Auch die Programme des Steuersystems zum Analyseteil der Datenbank sind fertiggestellt, desgleichen die wichtigsten Dienstfunktionen, die der Benutzer beim Arbeiten mit der Datenbank braucht, und die gebräuchlichsten Verfahren für mathematisch-statistische Analysen.

5 Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen

Lösungen für politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Probleme können heute vielfach nicht mehr allein im nationalen Rahmen gefunden werden. Die internationale Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten, die sich vor allem in zahlreichen internationalen Organisationen vollzieht, wird deshalb immer bedeutsamer und intensiver. Für die Beratungen und Arbeiten der internationalen Organisationen sind statistische Informationen ein wichtiges Hilfsmittel. Da die Sammlung und Zusammenstellung von nationalem Zahlenmaterial für internationale Vergleichszwecke allein nicht ausreicht, sind intensive und umfangreiche Arbeiten erforderlich, um das Zahlenmaterial über Ländergrenzen hinweg vergleichbar zu machen und auf die methodische Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der nationalen Statistiken hinzuwirken. Diesen speziellen Aufgaben widmen sich die auf statistischem Gebiet tätigen internationalen Organisationen. Durch Förderung des Gedanken- und Erfahrungsaustausches zwischen den Statistikern aller Erdteile oder bestimmter Regionen und durch Empfehlungen oder auch verbindliche Abkommen über einheitlich anzuwendende statistische Begriffe, Gruppierungen und Methoden haben sie wesentlich zur Entwicklung der internationalen Statistik beigetragen. Der durch die internationalen Organisationen ermöglichte Erfahrungsaustausch wirkt auch auf die nationalen Arbeiten anregend und fördert die Weiterentwicklung der Statistiken der Mitgliedstaaten. Darüber hinaus werden die nationalen Statistischen Zentralämter durch die Zahlenveröffentlichungen der internationalen Organisationen zu einem nicht unerheblichen Teil davon entlastet, das erforderliche Vergleichsmaterial selbst beschaffen und zusammenstellen zu müssen.

Das Statistische Bundesamt ist an den statistischen Arbeiten zahlreicher internationaler Organisationen beteiligt¹⁾. Von besonderer Bedeutung ist die Verbindung zum Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften und zur Konferenz Europäischer Statistiker bei der Wirt-

schaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE). Aber auch zu verschiedenen anderen internationalen Organisationen bestehen enge Beziehungen.

5.1 Europäische Gemeinschaften

Für die drei supranationalen Organisationen in Europa — die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM), die nach der Fusion ihrer Organe seit 1. Juli 1967 als Europäische Gemeinschaften (EG) organisatorisch eine Einheit bilden — ist im Jahr 1958 als gemeinsame statistische Dienststelle das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) eingerichtet worden. Dieses Amt (mit Sitz in Luxemburg) ist aufgrund der in den Verträgen festgelegten Vollmachten in der Lage, die Statistik in den neun Mitgliedsländern sehr viel nachhaltiger zu beeinflussen, als dies den herkömmlichen internationalen Organisationen möglich ist, die im wesentlichen keine rechtlich bindenden Anordnungen, sondern nur Empfehlungen geben können.

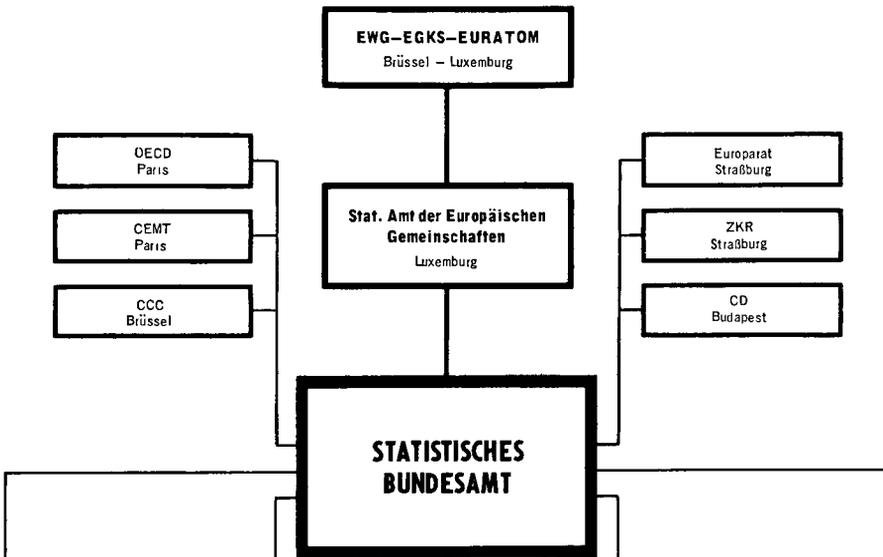
Eine Reihe von Statistiken, über welche die Mitgliedsländer verfügen, sind aufgrund von Empfehlungen internationaler Organisationen, die auf dem Gebiet der Statistik tätig sind, in den Grundzügen bereits ähnlich aufgebaut. Die intensiven Integrationsbemühungen der EG auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet erfordern aber vielfach eine tiefer in die Einzelheiten vordringende Überprüfung der nationalen Statistiken und eine weitergehende gegenseitige Anpassung der Methoden, Begriffe und Gruppierungen. In zahlreichen Fällen, in denen statistische Angaben, die zur Erfüllung der sich aus den Verträgen ergebenden Aufgaben benötigt werden, ganz oder teilweise fehlen oder in denen vorhandene Statistiken nicht ausreichend vereinheitlicht werden können, haben die EG daher u. a. durch Erlaß von Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen Einfluß auf die nationalen statistischen Ar-

¹⁾ Siehe hierzu schematische Darstellung auf S. 45.

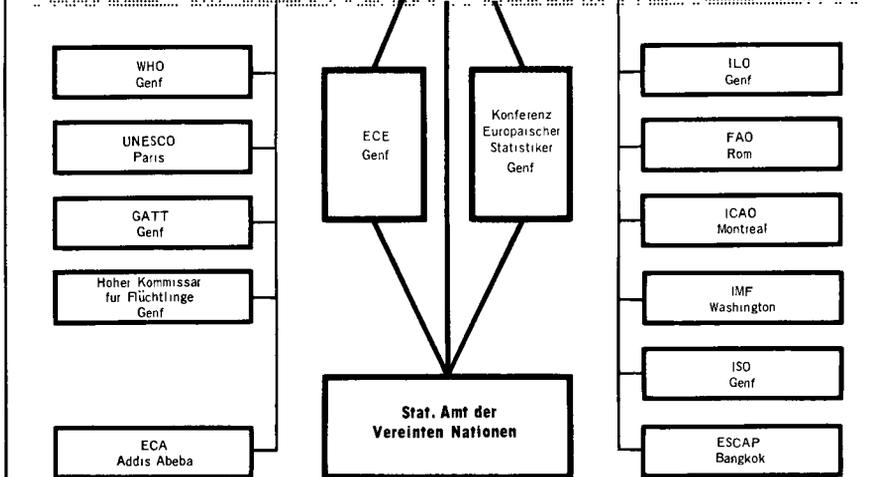
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

(ORGANISATIONEN MIT DENEN DAS STATISTISCHE BUNDESAMT ZUSAMMENARBEITET)

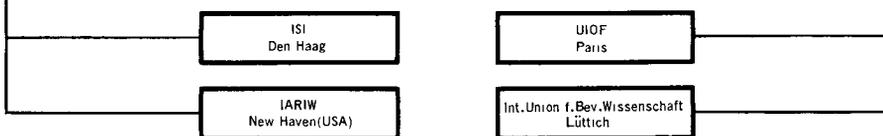
AMTLICHE EUROPÄISCHE ORGANISATIONEN



AMTLICHE WELTWEITE ORGANISATIONEN



AUSGEWÄHLTE NICHTAMTLICHE INTERNATIONALE ORGANISATIONEN



beiten genommen. Verordnungen setzen in den Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht, während Richtlinien und Entscheidungen für die Mitgliedsländer nur hinsichtlich der darin enthaltenen Zielsetzungen rechtlich bindend sind. Diese Rechtsakte der EG werden auf Vorschlag der Kommission vom Ministerrat einstimmig oder mit qualifizierter Mehrheit der Stimmen der Mitglieder erlassen (siehe hierzu 2.2). In den EG-Rechtsakten werden die Konzepte, Begriffe, Gruppierungen, Erhebungs- und Aufbereitungsmethoden usw. teilweise sehr eingehend und präzise festgelegt. Große Bedeutung kommt auch den intensiven Bestrebungen der EG zu, im Wege der Harmonisierung, d. h. durch eine sich ohne verbindliche Anordnungen vollziehende Vereinheitlichung der nationalen Statistiken, auf die Standardisierung und Weiterentwicklung der Statistik in den Mitgliedsländern hinzuwirken. Mit dieser Angleichung der Statistiken, die im Vordergrund der gemeinschaftlichen statistischen Arbeiten steht, ist teilweise auch ein weiterer Ausbau der nationalen Statistiken verbunden.

Grundlage für die statistischen Arbeiten der Europäischen Gemeinschaften ist das mittelfristige statistische Arbeitsprogramm der EG, das vom SAEG aufgestellt wird und eine zusammenfassende Darstellung der laufenden und geplanten gemeinschaftlichen statistischen Arbeiten enthält. Es soll — ähnlich wie im nationalen Bereich — zu einem Instrument der vorausschauenden Arbeitsplanung entwickelt werden. Zu diesem Zweck erfolgt die Entwicklung des mehrjährigen statistischen Arbeitsprogramms der EG nach einem von der EG-Kommission festgelegten Verfahren, wonach der Programmentwurf zunächst von der beim SAEG bestehenden Konferenz der Leiter der Statistischen Zentralämter der EG-Mitgliedstaaten und anschließend von der »Erweiterten Amtsleiterkonferenz« behandelt wird. Dem zuletzt genannten Gremium gehören neben den Amtsleitern auch die vom Programm betroffenen Generaldirektoren der EG-Kommission an. Das Verfahren sieht vor, daß das Programm anschließend der Kommission zur formellen Genehmigung und danach dem EG-Ministerrat zur Entscheidung zugeleitet wird, um damit den Rahmen für die zukünftigen statistischen Arbeiten der EG festzulegen. Mit der Abstimmung der Anforderungen aus dem Bereich der EG und der nationalen statistischen Arbeiten befaßt sich in der Bundesrepublik Deutschland vor allem der Interministerielle Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik. Mit diesen Problemen wird sich neben dem genannten Gremium künftig auch der neugeschaffene »Abteilungsleiterausschuß Statistik« befassen.

Für die statistische Zusammenarbeit und Koordinierung sind beim SAEG zahlreiche Gremien geschaffen worden. Als wichtigster Ausschuß ist

die bereits erwähnte Konferenz der Leiter der Statistischen Zentralämter der EG-Mitgliedstaaten zu nennen, die sich außer mit Fragen des statistischen Arbeitsprogramms mit Fachfragen aus allen statistischen Arbeitsgebieten befaßt. Ferner bestehen Ausschüsse, Arbeits-, Sachverständigengruppen u. ä. auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der Systematiken, der Landwirtschafts-, Industrie-, Handwerks- und Energiestatistiken, der Außenhandels-, Binnenhandels- und Verkehrsstatistiken, der Preis- und Lohnstatistiken, der Wirtschaftsrechnungen, der Bildungsstatistiken, der Arbeitskräftestatistiken, der Volks- und Wohnungszählungen, der Sozialen Indikatoren sowie der elektronischen Datenverarbeitung usw. Neben diesen Gremien, die ausschließlich beratende Funktion haben, gibt es bei der EG-Kommission Verwaltungsausschüsse, die vom Ministerrat eingesetzt sind. Den Verwaltungsausschüssen ist die Befugnis übertragen, in ihrem Zuständigkeitsbereich Beschlüsse zu fassen und über zu treffende Maßnahmen gemeinsam mit der EG-Kommission zu entscheiden. Verwaltungsausschüsse mit Zuständigkeit für statistische Fragen sind der Ständige Agrarstatistische Ausschuß und der Ausschuß für die Außenhandelsstatistik, der aus dem früheren Ausschuß für das Gemeinschaftliche Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (NIMEXE) hervorgegangen ist.

Die vielfältigen und umfangreichen Aufgaben, die sich aus der engen Zusammenarbeit mit dem SAEG ergeben, berühren einen großen Teil der statistischen Arbeitsgebiete.

Große Bedeutung mißt das SAEG der Entwicklung statistischer Rahmensysteme und Klassifikationen bei. Auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen haben die gemeinschaftlichen Arbeiten vor allem zur Aufstellung eines Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) geführt, an dessen Ausbau weiter gearbeitet wird (u. a. durch die Entwicklung von Vierteljahres- und Regionalkonten sowie von Teilsystemen für die Land-, die Forstwirtschaft und die Fischerei auf der Basis des ESVG). In enger Verbindung zum ESVG ist ein System von Sozialkonten entwickelt worden. Das ESVG bildet gleichzeitig den Rahmen für die Koordinierung der Wirtschaftsstatistiken innerhalb der EG. Wichtigstes Arbeitsergebnis auf dem Gebiet der Klassifikationen ist die Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den EG (NACE), aus der eine Systematik der Produktionsbereiche im ESVG (CLIO) abgeleitet worden ist und die eng mit den Warensystematiken für den Außenhandel (NIMEXE), den Güterverkehr (NST) und die industriellen Erzeugnisse (NIPRO) abgestimmt ist.

Eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der in den EG-Verträgen niedergelegten Zielsetzungen ist die Entwicklung vergleichbarer Wirtschaftsstatistiken. Der Ausbau der gemeinschaftlichen Agrarstatistik beruht vor allem auf EG-Richtlinien und EG-Verordnungen über die Durchführung von Struktur- und Produktionsstatistiken sowie der Aufstellung von Versorgungsbilanzen. Grundlage der gemeinschaftlichen Industriestatistik bilden EG-Richtlinien zur Durchführung einheitlicher Jahreserhebungen, Investitionsstatistiken und kurzfristiger Konjunkturstatistiken im Produzierenden Gewerbe sowie der Aufbau einer gemeinschaftlichen Produktionsstatistik. Die Vereinheitlichung und Verbesserung der gemeinschaftlichen Außenhandelsstatistik basiert u. a. auf EG-Verordnungen über das gemeinschaftliche Versandverfahren, über die Einführung der NIMEXE in die nationalen Außenhandelsstatistiken und die Vereinheitlichung der außenhandelsstatistischen Begriffe und Methoden. An Lösungsmöglichkeiten für die Weiterführung der Außenhandelsstatistiken nach Wegfall der Zollkontrollen an den Binnengrenzen wird gearbeitet. Zur Harmonisierung der Binnenhandelsstatistik wird u. a. ein gemeinschaftliches Programm für koordinierte Statistiken über Tätigkeit und Struktur des Handels entwickelt. Grundlage für gemeinschaftliche Verkehrsstatistiken sind insbesondere das verkehrsstatistische Programm der EG sowie die jährliche Regionalstatistik im Güterverkehr, die hinsichtlich des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs auf einer EG-Richtlinie beruht. Wichtigste Quelle für vergleichbare Preisdaten ist die gemeinschaftliche Erhebung über Verbraucherpreise, deren Ergebnisse gleichzeitig die Grundlage zur Ermittlung gesamtwirtschaftlicher Paritäten für wichtige Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf der Basis des ESVG bilden. An harmonisierten Preisstatistiken und -indizes, u. a. für Landwirtschaft, Außen- und Einzelhandel, Lebenshaltung sowie an der Einführung harmonisierter Wirtschaftsrechnungen wird gearbeitet. Auf dem Gebiet der Lohnstatistik ist ein auf EG-Verordnungen beruhendes System gemeinschaftlicher Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen und Personalkosten-erhebungen für das Produzierende Gewerbe, den Handel und wichtige Dienstleistungsbereiche aufgebaut worden, das durch harmonisierte Verdienststatistiken ergänzt wird.

Zunehmend an Bedeutung gewinnen die Arbeiten auf dem Gebiet der Bevölkerungs- und Arbeitskräftestatistiken. Im Bereich der Bevölkerungsstatistik konzentrieren sich die Arbeiten auf die Harmonisierung und Synchronisierung der Volkszählungen in den Mitgliedsländern sowie auf die Entwicklung gemeinschaftlicher Tabellenprogramme. Kernstück der Erwerbstätigenstatistiken ist die jeweils durch EG-Verordnungen abgesicherte gemeinschaftliche Stichprobenerhe-

bung über Arbeitskräfte. Ziel der EG auf diesem Gebiet ist die Entwicklung eines gemeinschaftlichen Programms für Beschäftigtenstatistiken.

Weitere wichtige Vorhaben sind die Vereinheitlichung der Bildungs- und Wissenschaftsstatistik, die Entwicklung gemeinschaftlicher Regional- und Umweltstatistiken sowie eines Systems Sozialer Indikatoren und Fragen der elektronischen Datenverarbeitung und Nummerierung in der Statistik.

5.2 Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und andere europäische Organisationen

Von großer Bedeutung für die Entwicklung der amtlichen Statistik in den verschiedenen Regionen der Welt sind die ständigen Statistikerkonferenzen, die der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen — dem europäischen Beispiel folgend — bei seinen regionalen Wirtschaftskommissionen eingerichtet hat. Sie haben die Aufgabe, die nationalen Statistiken und deren internationale Vergleichbarkeit zu verbessern und die statistischen Arbeiten internationaler Organisationen innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs zu koordinieren.

Der Konferenz Europäischer Statistiker bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) in Genf gehören die Leiter der Statistischen Zentralämter aller west- und osteuropäischen Länder, der Vereinigten Staaten und neuerdings auch Kanadas an. Grundlage der alle Gebiete der Statistik umfassenden Tätigkeit der Konferenz ist ihr mittelfristiges statistisches Arbeitsprogramm, das nach Schwerpunkten geordnet ist und im Rahmen des statistischen Weltprogramms der Vereinten Nationen entwickelt und laufend fortgeschrieben wird. Ihre Arbeiten sind eng mit den statistischen Vorhaben aller in Europa auf dem Gebiet der Statistik tätigen internationalen Organisationen abgestimmt.

Im Mittelpunkt der Arbeiten auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistiken stehen die praktische Anwendung und Weiterentwicklung der westlichen und östlichen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (SNA und MPS) sowie die Verwendung dieser Systeme zur Koordinierung der Wirtschaftsstatistiken, die Verbesserung und Vervollständigung der internationalen Wirtschaftszweig- und Warensystematiken (beispielsweise die Revision der Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige — ISIC — und der Aufbau einer Internationalen Systematik aller Waren

und Dienstleistungen nach Herkunftsbereichen — ICGS —) sowie die Entwicklung und Überarbeitung internationaler wirtschaftsstatistischer Fachprogramme (z. B. für Landwirtschaftsstatistiken, Statistiken des Produzierenden Gewerbes, Energiestatistiken, Statistiken des öffentlichen Sektors, Statistiken der Wissenschaft und technischen Forschung, Binnenhandels- und Reiseverkehrsstatistiken).

Im Bereich der Bevölkerungs- und Sozialstatistiken konzentrieren sich die Arbeiten auf die Entwicklung eines Konzepts und die praktische Anwendung eines Gesamtsystems der Bevölkerungs- und Sozialstatistik (SSDS), die Aufstellung internationaler Richtlinien für die Entwicklung Sozialer Indikatoren, die Ausarbeitung internationaler bevölkerungs- und sozialstatistischer Fachprogramme (z. B. für Bevölkerungs-, Arbeitskräfte-, Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungs- und Kulturstatistiken) und ihre Integrierung als Subsysteme in das SSDS. Dieses Gesamtsystem soll — ähnlich wie das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Bereich der Wirtschaftsstatistiken — den Rahmen für die Koordinierung und Weiterentwicklung der Bevölkerungs- und Sozialstatistiken im weitesten Sinne bilden.

Weitere wichtige Vorhaben im Programm der Konferenz sind der Aufbau und die internationale Vereinheitlichung von Umwelt- und Regionalstatistiken. Wichtige verfahrenstechnische Themen im Arbeitsprogramm der Konferenz sind Fragen der Weiterentwicklung der automatisierten Datenverarbeitung auf dem Gebiet der Statistik. In ihren jährlichen Plenarsitzungen behandelt die Konferenz im Rahmen einer freien Diskussion regelmäßige Themen von aktuellem Interesse auf dem Gebiet der Statistik (z. B. internationale Unternehmensstatistiken, Probleme der Geheimhaltung von Volkszählungsdaten, Genauigkeit von Statistiken).

Da die meisten der statistisch hochentwickelten Länder Mitglieder der Konferenz sind, kommt den von ihr für viele der genannten Fachbereiche entwickelten Normen oder »Standards« für die Statistik eine erhebliche Bedeutung zu, manchmal eine größere als denen der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen, die weltweit anwendbar sein sollen und daher notwendigerweise allgemeiner abgefaßt sein müssen.

Die Standardisierung von Statistiken ist aber nicht das einzige Ziel der Konferenzarbeit. Die Konferenz Europäischer Statistiker spielt auch als Forum für gesamteuropäische Gespräche, für Diskussionen der Vertreter unterschiedlicher wirtschaftlicher und statistischer Systeme aus Ost und West eine bedeutsame Rolle. Beispiele hierfür sind die Bemühungen um die Vereinheitlichung der beiden verschiedenen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen sowie die Erar-

beitung von Umsteigeschlüsseln zwischen den östlichen und westlichen Warenverzeichnissen für den Außenhandel.

Neben der Konferenz Europäischer Statistiker, die den Rang eines Fachausschusses besitzt, bestehen bei der ECE Fachausschüsse für Landwirtschaft, Holz, Chemische Industrie, Stahl, Kohle, Gas, Elektrische Energie, Fragen der Wasserwirtschaft, Entwicklung des Außenhandels, Binnenverkehr sowie Wohnungswesen, Bauwirtschaft und Stadtplanung. Als wichtige Gremien auf gleicher Ebene sind auch die ECE-Beratergruppen für Wirtschaftsfragen, für Wissenschaft und Technologie sowie für Umweltprobleme zu erwähnen. Diese Ausschüsse befassen sich innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs auch mit statistischen Problemen. Im Interesse einer rationalen Arbeitsteilung sowie einer möglichst weitgehenden Koordinierung der statistischen Tätigkeit der ECE werden die statistischen Arbeiten der Ausschüsse gemeinsam mit der Konferenz Europäischer Statistiker abgewickelt.

Als weitere in Europa auf dem Gebiet der Statistik tätige Organisation ist die aus dem früheren Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) hervorgegangene Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu erwähnen, der seither auch die Vereinigten Staaten und Kanada als Vollmitglieder angehören. Inzwischen sind auch Japan, Finnland, Australien und Neuseeland beigetreten. Besondere Verdienste hat sich diese Organisation durch ihre Mitarbeit bei der Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ihre Tätigkeit auf den Gebieten der internationalen Statistik der Forschungsausgaben (Frascati-Handbuch) sowie der Reiseverkehrsstatistiken erworben. Wertvoll sind auch ihre Anregungen zum Ausbau der Industriestatistik, die grundlegenden Arbeiten zur internationalen Produktivitätsstatistik, Überlegungen über die statistische Erfassung multinationaler Unternehmen, Anregungen zum Ausbau der Arbeitskräftestatistik und der Vorausschätzung des Angebots und Bedarfs an Arbeitskräften sowie Beiträge zum Aufbau eines Systems von Umweltstatistiken. Die Arbeiten auf dem Gebiet der Bildungsplanung und der Entwicklung demographischer Gesamtrechnungen stellen einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des angestrebten Gesamtsystems der Bevölkerungs- und Sozialstatistik (SSDS) der Vereinten Nationen dar. In jüngster Zeit leistet die OECD ferner Pionierarbeit durch ihr Programm zur Entwicklung Sozialer Indikatoren.

Auf Einzelgebieten der Statistik ist auch der Europarat tätig. Er befaßt sich u. a. mit Problemen der Erfassung der kommunalen Finanzwirtschaft und des Haushaltsvergleichs sowie mit Untersuchungen auf dem Gebiet der Krebsstatistik.

Für die Feststellung des Bedarfs an bevölkerungstatistischen Daten und ihre Verwendung für demographische und soziale Analysen haben die vom Europarat veranstalteten Europäischen Bevölkerungskonferenzen einen wichtigen Beitrag geleistet.

Eine der ältesten europäischen Organisationen ist die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR), zu deren Zuständigkeit die Rheinschiffahrtsstatistik gehört. Die Organisation hat sich bei der Ausarbeitung der internationalen Güterverzeichnisse für die Verkehrsstatistik der ECE (CSTE) und der EG (NST) große Verdienste erworben.

Darüber hinaus arbeitet das Statistische Bundesamt im europäischen Bereich u. a. mit dem Brüsseler Zollrat (CCC), der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister (CEMT) und der Donaukommission (CD) zusammen.

5.3 Weltorganisationen

Die Förderung und Vereinheitlichung der amtlichen Statistik über engere regionale Bereiche hinaus obliegt den Weltorganisationen, in erster Linie der größten und umfassendsten Organisation, den Vereinten Nationen (UN). Verantwortlich für die Pflege der internationalen Statistik ist der Wirtschafts- und Sozialrat. Sein wichtigstes Hilfsorgan auf diesem Gebiet ist die Statistische Kommission, der das Statistische Amt der Vereinten Nationen als ausführendes Organ zur Seite steht. Dieses Amt (mit Sitz in New York) unterhält enge Verbindung zu den Statistischen Zentralämtern aller Länder sowie den statistischen Abteilungen anderer internationaler Organisationen. Diese liefern dem Amt das für die laufenden weltumfassenden statistischen Veröffentlichungen (z. B. Statistical Yearbook, Demographic Yearbook, Monthly Bulletin of Statistics, The Growth of World Industry usw.) benötigte Zahlenmaterial nach bestimmten Richtlinien und beteiligen sich an der Diskussion statistisch-methodischer Fragen. Damit wird das Ziel verfolgt, international einheitliche Statistiken zu erreichen, soweit das unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Voraussetzungen und Gegebenheiten in den einzelnen Ländern möglich ist. Die auf diese Weise vorbereiteten Empfehlungen der Vereinten Nationen bilden den Rahmen für die Gestaltung der internationalen Statistik und dienen gleichzeitig — insbesondere den Entwicklungsländern — als Richtlinie für den Auf- und Ausbau der nationalen Statistiken. Die Empfehlungen der Statisti-

schen Kommission der Vereinten Nationen zur Statistik — die anfänglich z. T. überarbeitete Empfehlungen des Völkerbundes darstellten — sind als Minimalprogramme in weltweitem Rahmen zu betrachten. Wie bereits angedeutet, werden die Weltprogramme im Rahmen der regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen entsprechend den jeweiligen Erfordernissen der Mitgliedstaaten in diesen Regionen weiterentwickelt. Ein Überblick über die Schwerpunkte der statistischen Arbeiten der Vereinten Nationen ist den Ausführungen in Abschnitt 5.2 zu entnehmen, in dem die statistischen Arbeiten der Konferenz Europäischer Statistiker bei der ECE dargestellt werden, die weitgehend den Vorhaben im statistischen Weltprogramm der Vereinten Nationen entsprechen.

Wichtige Glieder im Rahmen der weltweiten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik sind auch die autonomen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, denen die UN die Zusammenstellung, Auswertung, Veröffentlichung und Verbesserung der Statistiken ihres Fachbereichs überläßt. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) sowie der Internationale Währungsfonds (IMF) entfalten eine besonders lebhafte statistische Tätigkeit; sie legen der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen regelmäßig Berichte über ihre statistischen Arbeiten vor.

Schon vor ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen im Jahre 1973 war die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen. Das Statistische Bundesamt unterhält deshalb langjährige enge Verbindungen zu diesen Organisationen und beteiligt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an ihren statistischen Arbeiten. Dabei handelt es sich nicht nur um die Bereitstellung von Zahlenmaterial für die statistischen Veröffentlichungen der Sonderorganisationen, sondern auch um die Beteiligung an den statistisch-methodischen Diskussionen, die der Vereinheitlichung und Verbesserung der Statistik dienen und bereits zur Standardisierung einer Reihe von Statistiken geführt haben. Nur beispielhaft kann hier hingewiesen werden auf Arbeiten der ILO (Internationale Standardklassifikation der Berufe — ISCO —, Wirtschaftsrechnungen, Statistiken der Beschäftigung und der sozialen Sicherheit, Produktivitätsstatistiken), der FAO (Weltprogramm für Landwirtschaftszählungen, Ausbau der Landwirtschafts-, Forst-

und Fischereistatistiken), der WHO (Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen — ICD—, Verbesserung der Gesundheitsstatistiken), der UNESCO (Standardisierung der Statistiken über das Bildungswesen und den kulturellen Bereich), der ICAO (Vereinheitlichung der Luftfahrtstatistiken) und des IMF (Standardisierung der Statistiken über die Zahlungsbilanzen und den öffentlichen Sektor). Engere Verbindungen bestehen auch zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT), zur Internationalen Organisation für Normung (ISO) sowie zum Hohen Kommissar für Flüchtlinge.

Mit dem ständigen Ausschuß für Statistik der (regionalen) UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP, früher ECAFE) und der ständigen Konferenz Afrikanischer Statistiker bei der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) tauscht das Statistische Bundesamt Erfahrungen aus. Für Statistiker aus diesen Erdteilen hat das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung in den letzten Jahren mehrfach Seminare über ausgewählte statistische Fra-

gen veranstaltet. Einen Beitrag zur Entwicklungshilfe leistet das Statistische Bundesamt ferner durch Entsendung von Sachverständigen in Entwicklungsländer.

Neben den amtlichen Organisationen spielen auch wissenschaftliche Vereinigungen, Fachvereinigungen usw. für die internationale Zusammenarbeit auf statistischem Gebiet eine Rolle. Zu diesen nichtamtlichen Organisationen gehört vor allem das Internationale Statistische Institut (ISI), die älteste internationale Einrichtung für die Zusammenarbeit der Statistiker. Die ursprünglichen Aufgaben dieses Instituts sind teilweise vom Völkerbund und später von den Vereinten Nationen übernommen worden; als wissenschaftliche Einrichtung für die Aussprache der Statistiker aller Fachrichtungen hat das Institut noch heute seine Bedeutung. Als weitere nichtamtliche Organisationen, bei denen die Statistik einen bedeutenden Platz einnimmt, seien hier noch die Internationale Vereinigung zur Erforschung des Volkseinkommens (IARIW), die Internationale Union für Bevölkerungswissenschaft (IUSSP) sowie die Internationale Union der Familienorganisationen (UIOF) genannt.

6 Durchführung von Bundesstatistiken

6.1 Ablauf von Bundesstatistiken

Innerhalb des in Kapitel 1 geschilderten organisatorischen Rahmens sind bei Erhebungen der Bundesstatistik folgende Phasen zu unterscheiden¹⁾.

6.1.1 Vorbereitung

Nachdem vom fachlich zuständigen Bundesministerium — nach interministerieller Abstimmung und ggf. Erörterung des Vorhabens im Abteilungsleiterausschuß Statistik — der Auftrag zur Vorbereitung einer bestimmten Statistik erteilt und hierfür in großen Zügen die zu klärenden Probleme und die zu erfassenden Tatbestände umrissen worden sind, beginnen die methodisch-technischen Vorarbeiten im Statistischen Bundesamt. Sie sind von vornherein darauf gerichtet, Ergebnisse zu liefern, die in ein statistisches Gesamtbild eingeordnet werden können. Es wird angestrebt, für alle Bundesstatistiken einheitliche methodische Grundlagen zu

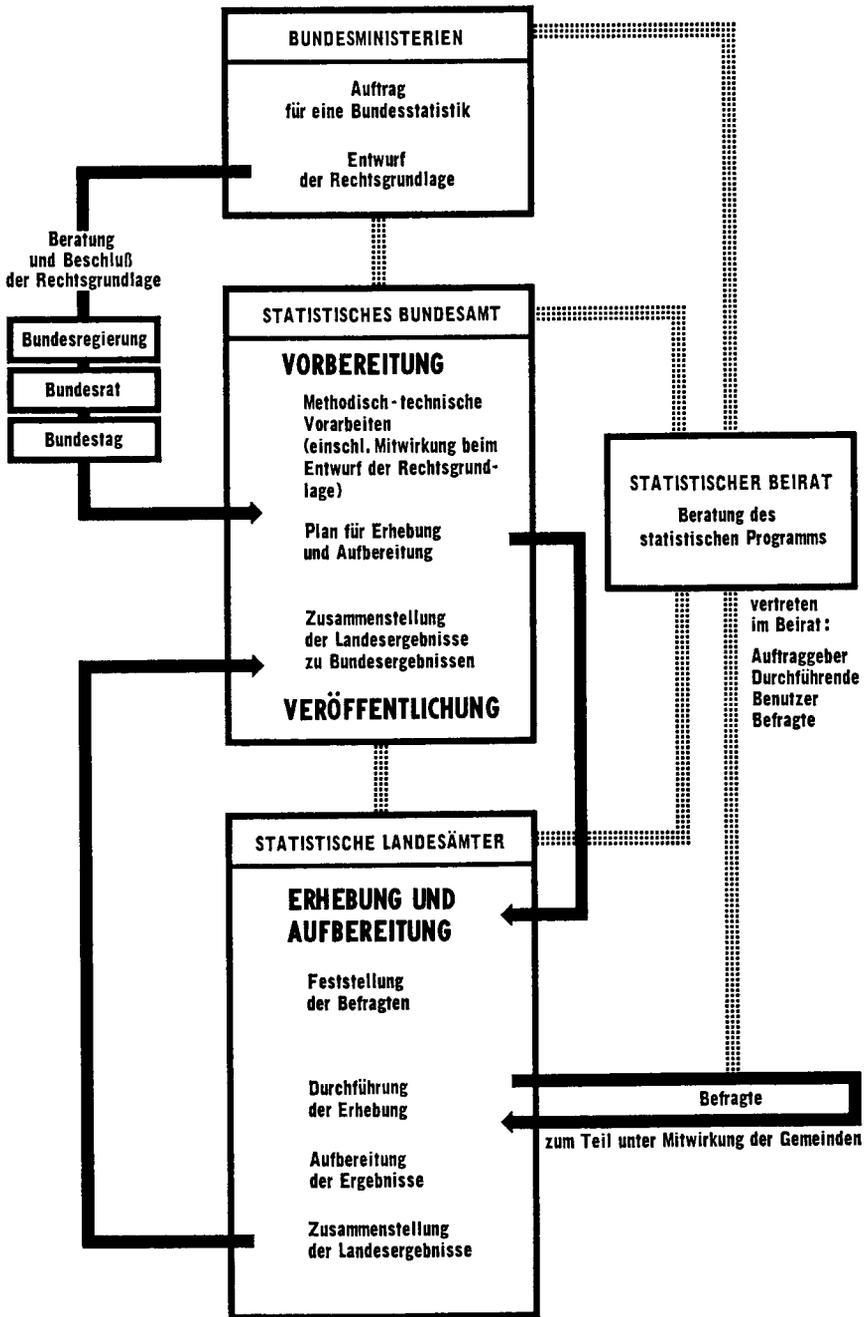
schaffen, um mit Hilfe korrespondierender Fragestellungen und Begriffsbestimmungen sowie durch Verwendung vergleichbarer Systematiken usw. die einzelnen Bausteine zu einem geschlossenen Gebäude zusammenfügen zu können. Ausgangspunkt für die Überlegungen zur Durchführung dieser Aufgabe bilden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die im Katalog besonders nachgewiesen sind²⁾, und die Grundzüge eines Gesamtsystems der Bevölkerungs- und Sozialstatistik. Mit ihrer Hilfe ist es möglich, im Gesamtbild etwa noch vorhandene Lücken zu erkennen und zu beseitigen bzw. Überschneidungen zu verhindern.

Neben diesen Überlegungen zur inhaltlichen Ausgestaltung der Statistiken gewinnen angesichts der Kapazitätsengpässe in den Statistischen Ämtern Fragen der Arbeitsablauf- und Terminplanung ständig an Bedeutung. Zur Sicherung und Verbesserung der Aktualität des statistischen Datenangebots gelten besondere Bemühungen — u. a. im Rahmen der Beratungen

¹⁾ Siehe die stark vereinfachte schematische Darstellung auf S. 51.

²⁾ Siehe hierzu S. 309.

ABLAUF VON BUNDESSTATISTIKEN



Anmerkung:
Das Schaubild ist eine vereinfachte Darstellung des "Normalfalles". Bei zentral durchgeführten Statistiken übernimmt das Statistische Bundesamt auch die Erhebung und Aufbereitung.

der Arbeitsgruppe »Arbeitsorganisation« — der weitgehenden Standardisierung bestimmter Arbeitsgänge und dem Aufbau eines umfassenden Terminüberwachungssystems. Bei neuen Statistiken wird vor allem auf die termingerechte Spezifizierung der Tabellen und auf eine frühzeitige Festlegung der Tabellenprogramme hingewirkt. Ferner wird angestrebt, Standardtabellenprogramme zu entwickeln, die die wesentlichsten aktuellen Wünsche der Benutzer abdecken; spätere und spezielle Fragestellungen sollen im Rahmen von nachfolgenden Sonderaufbereitungen beantwortet werden.

Im einzelnen sind in der Vorbereitungsphase von Statistiken folgende Fragen zu klären:

Festlegung und Abgrenzung der Erhebungsbereiche, Erhebungseinheiten und der zu erfassenden Tatbestände und Merkmale,

Abgrenzung des Kreises der Befragten (Total- oder Teilerhebung, insbesondere Anwendung des Stichprobenverfahrens, postalische Befragung, Einsatz von Zählern oder Interviewern³⁾),

Berichtszeit und Periodizität,

Gruppierungen für den Nachweis der Ergebnisse in qualitativer, quantitativer und regionaler Hinsicht (Systematiken, Größenklassengliederungen, regionale Darstellungseinheiten usw.)⁴⁾,

Ausgestaltung der Erhebungspapiere,

Aufbereitungsverfahren (manuelle und maschinelle Arbeitsgänge, Art der maschinellen Verarbeitung),

Tabellenprogramm,

Veröffentlichungsprogramm,

Terminplan,

Kosten.

Diese in Stichworten skizzierten Einzelüberlegungen führen zu einem ersten Entwurf eines Planes für die Erhebung und Aufbereitung, der dann vom zuständigen Fachausschuß des Statistischen Beirats beraten wird. Hier findet eine eingehende Diskussion zwischen allen interessierten amtlichen und nichtamtlichen Stellen statt. Unter Berücksichtigung der Beantwortungsmöglichkeiten der Befragten und aus Gründen der Rationalisierung wird darauf geachtet, daß das Frage- und Tabellenprogramm auf den unbedingt notwendigen Umfang beschränkt

werden. Etwaige Erweiterungswünsche, z. B. im Interesse einer Erhöhung des Erkenntniswertes der Erhebung, werden sorgfältig geprüft. Zur Vorbereitung größerer Erhebungen tritt der Fachausschuß wiederholt zusammen. Der Statistische Beirat wird wegen der großen Zahl und der zum Teil recht unterschiedlichen Interessen seiner Mitglieder nicht zur Behandlung eines jeden statistischen Vorhabens zusammengerufen; er wird durch die Protokolle der Fachausschüsse unterrichtet und diskutiert besonders wichtige Punkte bei seinen jährlichen Tagungen.

Dem Fachausschuß wird auch eine erste Schätzung der Erhebungs- und Aufbereitungskosten vorgelegt. Eine Abstimmung über die vermutlich entstehenden Kosten findet vor allem zwischen den durchführenden Statistischen Ämtern statt. Die endgültige Kostenkalkulation bildet die Grundlage für die in dem betreffenden Gesetz anzugebenden Kosten einer Statistik; sie ist bei der Ermittlung des Bedarfs der Statistischen Ämter an Haushaltsmitteln zu berücksichtigen.

Der Entwurf einer Rechtsgrundlage — Gesetz oder Rechtsverordnung — wird unter Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes erarbeitet, sobald die grundsätzlichen methodisch-technischen Probleme geklärt sind. Er wird mit einer Begründung versehen, in welcher Art und Umfang der Statistik sowie Sinn und Zweck der einzelnen Vorschriften erläutert, ferner entstehende Kosten genannt werden. Die Federführung hierfür liegt beim zuständigen Ressort.

In einer Ressortbesprechung, die zugleich als Sitzung des Interministeriellen Ausschusses gilt, und künftig auch im Abteilungsleiterausschuß Statistik wird die Notwendigkeit einer neuen Erhebung abschließend begutachtet, bevor der Entwurf vom zuständigen Ministerium der Bundesregierung zugeleitet wird. Erst die im Zusammenwirken von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat (bei Gesetzen) bzw. von Bundesregierung und Bundesrat (bei Rechtsverordnungen) erlassene Rechtsgrundlage verpflichtet die Statistischen Ämter zur Durchführung der Erhebung. Bezüglich der Rechtsgrundlagen der Europäischen Gemeinschaften sei auf die Kapitel 2 und 5 verwiesen.

Die Bereitstellung der Mittel durch die Finanzministerien erfolgt nach Verabschiedung der Rechtsgrundlage und richtet sich im Prinzip nach den Anmeldungen der Statistischen Ämter zu den Haushaltsplänen für die einzelnen Rechnungsjahre. Leider ist es in der Vergangenheit wiederholt zu Schwierigkeiten dadurch gekommen, daß Finanzmittel für die Durchführung vom

³⁾ Siehe hierzu S. 55 ff. — ⁴⁾ Siehe hierzu S. 63 ff.

Parlament beschlossener statistischer Gesetze entweder nicht oder nicht voll bewilligt wurden oder nachträglichen Haushaltskürzungen zum Opfer gefallen sind.

6.1.2 Erhebung und Aufbereitung

Der endgültige Erhebungs- und Aufbereitungsplan, der das Muster der Erhebungspapiere, den Kreis der Befragten, den Erhebungsweg, Berichtszeit und Periodizität, Art und Umfang der Aufbereitung sowie die methodischen Richtlinien und die Termine umfaßt, wird an alle mitwirkenden statistischen Stellen verteilt und sichert die einheitliche Durchführung der Statistik. Die dann folgenden Aufgaben werden in den meisten Fällen von den Statistischen Landesämtern, z. T. in Zusammenarbeit mit Rechenzentren des Landes, übernommen:

Feststellung der Befragten,

Ausdruck der Zählpapiere,

Schulung von Zählern und Interviewern (soweit sie für die Erhebung erforderlich sind),

Versand der Zählpapiere an die Befragten (ggf. an die Gemeinden oder an die Zähler zur weiteren Verteilung) bzw. Einsatz von Interviewern,

Entgegennahme der rücklaufenden Zählpapiere,

Prüfung auf Vollzähligkeit sowie auf vollständige und richtige Beantwortung,

Mahnverfahren bei säumigen Befragten,

Vorbereitung und Durchführung der Aufbereitung und Zusammenstellung des Landesergebnisses nach der vorgesehenen regionalen und sachlichen Gliederung,

Mitteilung der Ergebnisse an das Statistische Bundesamt und an das fachlich zuständige Ressort im Lande.

Bei zentraler Durchführung von Bundesstatistiken übernimmt diese Aufgaben das Statistische Bundesamt.

6.1.3 Veröffentlichung und Auswertung

Die Erhebung wird mit der Veröffentlichung der Ergebnisse — für die besonderen regionalen Zwecke der Länder in den Statistischen Landesämtern, sonst im Statistischen Bundesamt — abgeschlossen. Neben einer Darstellung für allgemeine Zwecke durch die Statistischen Ämter werden von den jeweils fachlich interessierten

Bundes- und Länderministerien noch spezielle Veröffentlichungen herausgegeben und Auswertungen für ihren Geschäftsbereich vorgenommen. Die Auswertung soll durch die im Gang befindliche Einrichtung von Statistischen Datenbanken gefördert werden. Im Rahmen des Auskunftsdienstes werden, soweit es sich nicht um Einzelangaben handelt, auch nichtveröffentlichte statistische Daten aus Erhebungen zur Verfügung gestellt.

6.2 Datengewinnung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen

Als Quellen für die Beschaffung von statistischen Daten kommen für die amtliche Statistik im wesentlichen eigene Erhebungen, daneben aber auch die Verwertung von Verwaltungsunterlagen in Betracht. Auf kostspielige und arbeitsaufwendige direkte Befragungen bei der Bevölkerung, den Unternehmen u. ä. wird seit jeher verzichtet, wenn geeignetes Material bei Behörden vorhanden ist. Mit dem Vordringen der Automation in immer neue Bereiche der öffentlichen Verwaltung gewinnt diese Form der Informationsbeschaffung ständig an Bedeutung.

Als wichtige Statistiken, die bereits bisher aufgrund von Verwaltungsunterlagen zusammengestellt wurden, seien die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und die Wanderungsstatistik aufgrund der Unterlagen der Standesämter und der Einwohnermeldeämter, die Arbeitsmarktstatistiken aufgrund der Unterlagen der Arbeitsämter, die Steuerstatistiken aufgrund der Unterlagen der Finanzämter, die Außenhandelsstatistik aufgrund der Anmeldepapiere für den Zoll, die Justizstatistiken aufgrund der Unterlagen der Justizverwaltung, die Statistik des Kraftfahrzeugbestandes aufgrund der Unterlagen des Kraftfahrt-Bundesamtes u. a. m. erwähnt.

Die Ausnutzung der Verwaltungsunterlagen als Informationsquelle für die amtliche Statistik war bisher durch die manuellen Erfassungsmethoden — es mußten Durchschriften, Zählkarten, statistische Blätter u. ä. verwendet werden — begrenzt bzw. erschwert. Die Unterlagen waren darüber hinaus häufig auf viele Verwaltungsstellen verstreut und wurden in unterschiedlicher Form geführt. Durch den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung können erstmals ohne großen Aufwand Verwaltungsunterlagen in Form von Magnetbändern, Lochkarten usw. einer statistischen Aufbereitung zugänglich gemacht werden.

Hierdurch konnten schon wesentliche Verbesserungen im Informationsangebot der amtlichen Statistik verwirklicht oder eingeleitet werden.

Auf dem Gebiet der Finanz- und Steuerstatistiken bietet die fortschreitende Automatisierung der Steuerverwaltung und des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens verbesserte Voraussetzungen für statistische Aufbereitungen, vor allem auch in kürzeren Intervallen. Mit der Umstellung des Meldeverfahrens in der gesetzlichen Rentenversicherung auf die elektronische Datenverarbeitung wurde der Aufbau einer laufenden Beschäftigten- und Entgeltstatistik in ausreichender wirtschaftssystematischer und regionaler Tiefengliederung ermöglicht, der bisher trotz intensiver Bemühungen auf anderem Weg nicht zu realisieren war. Weitreichende Auswirkungen auf die Erhebungsorganisation und Erhebungstechnik der Statistiken der Bevölkerungsbewegung dürften auch von den Arbeiten zur Einrichtung und Führung von automatisierten Registern im Einwohnermeldewesen ausgehen. Zusätzliche Unterlagen über die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich aus dem Ausländerzentralregister und verschiedenen sonstigen personenbezogenen Registern gewinnen. Das Bundeszentralregister wird voraussichtlich bessere Voraussetzungen für die Justizstatistiken schaffen. Ein weiteres Projekt, das wertvolle Unterlagen für die Statistik erschließen könnte, sind die Planungen zur Automatisierung der Vorgänge beim Grundstücksverkehr durch eine Grundstücksdatenbank.

Durch den verstärkten Rückgriff auf Verwaltungsunterlagen wird in Zukunft auf bestimmten Gebieten das Programm der originären Erhebungen eingeschränkt werden können. Bereits jetzt ist jedoch abzusehen, daß sich viele Tatbestände nach wie vor nur durch spezielle statistische Erhebungen erfassen lassen. Das gilt vor allem für das Gebiet der Wirtschaftsstatistiken, aber auch für jene personenbezogenen Tatbestände, für die aus Verwaltungsunterlagen keine oder nur unvollständige Angaben anfallen (z. B. über Selbständige und Mithelfende Familienangehörige, Privaten Verbrauch, Vermögensverteilung usw.). In anderen Fällen (z. B. bei Angaben über den Beruf) reicht möglicherweise die Zuverlässigkeit bzw. Aktualität der Daten in den Verwaltungsunterlagen für statistische Zwecke nicht aus. Unentbehrlich dürften Totalerhebungen für den Aufbau sowie von Zeit zu Zeit zur Überprüfung der Register sein. Als Beispiel sei die Betriebsdatei für Zwecke der Beschäftigten- und Entgeltstatistik bei der Bundesanstalt für Arbeit anhand der Unterlagen aus der Arbeitsstättenzählung erwähnt.

Die amtliche Statistik wird ihre Bemühungen fortsetzen, durch konsequente Ausschöpfung aller durch die Automation von Verwaltungsunterlagen zugänglich gewordenen zusätzlichen Informationen noch bestehende Lücken im statistischen Gesamtbild zu schließen. Alle Bestrebungen zur besseren Ausschöpfung von Verwaltungsunterlagen für die amtliche Statistik, die auch für den Aufbau der Statistischen Datenbank von großer Bedeutung sind, setzen voraus, daß die Statistischen Ämter rechtzeitig in die Planung der Automationsvorhaben auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene eingeschaltet werden. Die Belange der Statistik bzw. der verschiedenen Benutzer der Statistik müssen schon bei der Vorbereitung der Automation von Verwaltungsvorgängen, vor allem bei der Abfassung des Datenkatalogs, berücksichtigt werden. Häufig müssen für die Statistik, besonders wenn sie vielseitig verwendbar sein soll, noch zusätzliche Daten gespeichert werden, die die betreffende Verwaltungsbehörde für ihre eigentlichen Arbeiten und ihre eigenen statistischen Bedürfnisse nicht braucht.

Bei der Aufstellung des Datenkatalogs und der Tabellenprogramme muß ferner darauf geachtet werden, daß die neuen Statistiken soweit wie möglich mit den bereits bestehenden Statistiken hinsichtlich der Bereichsabgrenzungen, der Begriffsbestimmungen, der regionalen und fachlichen Gliederung usw. koordiniert werden. In organisatorisch-technischer Hinsicht müssen neben den Belangen der Registerführung auch die der statistischen Aufbereitung berücksichtigt werden.

6.3 Datenverknüpfung

Bisher war es nur schwer möglich, in periodisch durchgeführten Statistiken die gleiche Person oder den gleichen Betrieb über eine längere Zeitspanne hinweg zu beobachten und damit ihre Entwicklung im Zeitablauf (in »Verlaufsstatistiken«) zu verfolgen. Ebenso schwierig, wenn nicht gar unmöglich war es, Daten über die gleiche Person oder den gleichen Betrieb aus mehreren Statistiken zusammenzuführen. Der zunehmende Einsatz der automatisierten Datenverarbeitung wird der amtlichen Statistik in wachsendem Umfang die bisher fehlenden Möglichkeiten der Datenverknüpfung bieten können.

Erleichtert wird dies dadurch, daß die automatisierte Datenverarbeitung in immer stärkerem Maße dazu zwingt, vom Namen auf einen numerischen Begriff — eine Ziffernfolge — überzugehen. Die Verwendung von einheitlichen,

festen Nummern (jeweils für Einzel-Personen, -Unternehmen, -Waren) als Verknüpfungszeichen ermöglicht nicht nur — wie bereits erwähnt — die maschinelle Datenkorrespondenz zwischen verschiedenen Datenträgern in Verwaltung und Wirtschaft mit all ihren Vorteilen, sondern eröffnet auch der Statistik neue Möglichkeiten der Datenverknüpfung.

Nummernsysteme werden in der Statistik — als Systematiken — schon lange verwendet, allerdings für größere Einheiten (z. B. für Zusammenfassungen von Personen zu Berufsgruppen, von Unternehmen zu Wirtschaftszweigen, von Waren zu Warengruppen). Die Nummerungsbestrebungen im Zuge der Verwaltungsautomation beziehen sich — abweichend von den Systematiken — auf die einzelne Person, den einzelnen Betrieb usw. Hinsichtlich der Nummern für Einzelpersonen haben die Bemühungen des Bundesministers des Innern zur Einführung eines bundeseinheitlichen Personenkennzeichens (PK) zur Vorlage eines Rahmengesetzes über das Meldewesen (Bundesmeldegesetz) geführt, das sich z. Z. noch in parlamentarischer Beratung befindet. Der Entwurf bezweckt die Anpassung des Melderechts an die fortschreitende Automation im Einwohnermeldewesen und in anderen Verwaltungsbereichen mit personenbezogenen Aufgaben. Kern der Neuregelung ist die Einführung des 12stelligen Personenkennzeichens, das von den Ländern an jeden Einwohner der Bundesrepublik Deutschland vergeben werden soll. Die Notwendigkeit für ein solches Personenkennzeichen geht u. a. auch daraus hervor, daß von verschiedenen Stellen bereits Personennummern als Zwischenlösung eingeführt werden; erwähnt sei hier nur die Versicherungsnummer für die Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Beratungen über das Gruppenkennzeichen für juristische Personen und Personengruppen, mit dessen Vorbereitung ebenfalls das Bundesministerium des Innern befaßt ist, werden voraussichtlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Zur einheitlichen Nummerung von Waren sowie zu ihrer einheitlichen Benennung, Beschreibung und Katalogisierung auf maschinellen Datenträgern sind Bestrebungen an verschiedenen Stellen im Gange. Der Erfolg dieser Bestrebungen könnte nicht nur die statistische Erfassung von Waren und ihre Zuordnung zu den verschiedenen Warensystematiken wesentlich erleichtern und verbessern, sondern auch die Möglichkeit der Datenverknüpfung vergrößern. Ein Beispiel für die enge Verbindung zwischen Wa-

renummerung und Statistik ist das zur Zeit entstehende Warenverzeichnis für den Binnenhandel. Diese Warensystematik soll sowohl der amtlichen Statistik als auch der Artikel-Numerierung der Wirtschaft dienen. Sie besteht aus dem vom Amt zu erstellenden Teil, an den der — den einzelnen Artikel — identifizierende Teil angehängt wird. Dabei wird darauf geachtet, daß bereits in der Wirtschaft angewendete oder vorbereitete Artikelnummerungs-Systeme (z. B. das ban-L-System = Bundeseinheitliche Artikelnummerung für das Sortiment des Lebensmittelhandels) mit möglichst wenig Änderungen in das neue Warenverzeichnis eingebaut werden können.

Die Mitarbeit an Nummerungsbestrebungen und ihre Ausnutzung für die Datenverknüpfung in der Statistik wird auch in Zukunft eine der wesentlichen Aufgaben des Amtes sein und eine der Grundlagen für eine rationellere und bessere Ausschöpfung der erfaßten Angaben.

6.4 Anwendung von Stichprobenverfahren

6.4.1 Teilstatistiken

Während bei einer Totalstatistik alle Einheiten der zu untersuchenden Gesamtheit vollzählig erfaßt und aufbereitet werden müssen, ermöglicht es die Durchführung einer entsprechenden Teilstatistik, den Umfang der zu bearbeitenden Masse herabzusetzen. Für das Ziehen der Teilmasse aus der jeweils untersuchten Gesamtheit können verschiedene Auswahlverfahren angewandt werden⁵⁾. Grundsätzlich sind zwei Gruppen zu unterscheiden: die auf dem Zufallsprinzip beruhenden Auswahlverfahren und die Verfahren, die nicht — oder nicht ausschließlich — auf dem Zufallsprinzip aufgebaut sind. Diese Verfahren erfordern stets an irgendeiner Stelle der Auswahl subjektive Entscheidungen. Das Ziehen von Zufallsstichproben ist dagegen frei von subjektiven Einflüssen. Das hat den entscheidenden Vorteil, daß die gesamte Auswahl den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung unterworfen und die Güte der Ergebnisse abschätzbar ist.

Unter den nicht auf dem Zufallsprinzip beruhenden Auswahlverfahren sind neben der willkürlichen Auswahl verschiedene Arten der bewußten Auswahl zu unterscheiden. Bei der typischen Auswahl werden solche Einheiten der Gesamtheit in die Auswahl genommen, die subjektiv für »typisch« gehalten werden, z. B. näherungsweise dem Durchschnitt entsprechen. Die Auswahl »typischer« Fälle hat besondere Bedeutung beim

⁵⁾ Siehe »Stichproben in der amtlichen Statistik« (1960) sowie Wista 11/1960: »Stand der Anwendung des Stichprobenverfahrens in der amtlichen Statistik«.

Preisindex, der aufgrund der Preisnotierungen »typischer« Waren ermittelt wird. An diesem Beispiel wird aber auch deutlich, daß »typische« Einheiten wechseln können und nicht immer »typisch« bleiben.

Verhältnismäßig häufig wird in der amtlichen Statistik das sogenannte **Abschneideverfahren** angewandt. Diesem Verfahren liegt eine Auswahl nach dem Konzentrationsprinzip zugrunde. Es beruht darauf, nur die »großen« Einheiten der Gesamtheit, d. h. diejenigen in die Erhebung zu nehmen, die den größten Beitrag zu den Aufbereitungsmerkmalen liefern, die »kleinen« Einheiten aber wegzulassen. Bei der kurzfristigen Berichterstattung im Produzierenden Gewerbe werden z. B. nur Betriebe von Unternehmen mit einer Mindestzahl von Beschäftigten in die monatliche Erhebung und Aufbereitung einbezogen. Das Abschneideverfahren ist einfach anwendbar, hat aber den Nachteil, daß es Sonderentwicklungen bei den kleinen Einheiten nicht erfaßt.

Bei der Quotenauswahl wird die Zusammensetzung der Stichprobe dadurch gesteuert, daß für bestimmte Merkmalsgliederungen Quoten, d. h. Anteilswerte des Stichprobenumfanges, vorgeschrieben werden, die bei der Auswahl zu berücksichtigen sind. Dieses Auswahlverfahren, das im übrigen weitgehend subjektive Momente enthält, wird in der amtlichen Statistik praktisch kaum benutzt.

Im folgenden werden nur die auf einer Zufallsauswahl aufgebauten Teilstatistiken behandelt, die als »Stichprobenstatistiken« bezeichnet werden und in ihrer Verallgemeinerungsfähigkeit nicht wie die übrigen Teilstatistiken beschränkt sind.

6.4.2 Vorzüge und Grenzen des Stichprobenverfahrens

Das Stichprobenverfahren wird in steigendem Maße und mit gutem Erfolg bei der Erhebung und Aufbereitung amtlicher Statistiken angewandt. Sein vielseitiger Einsatz beruht auf einer Reihe von Vorzügen: Die Beschränkung auf eine Teilmasse (Stichprobe), die ein verkleinertes, aber sonst wirklichkeitsgetreues Abbild der Gesamtheit darstellt, ermöglicht es, den Umfang der zu bearbeitenden Masse herabzusetzen. Das bedeutet weniger Befragungen, geringere Kosten bei Erhebung und Aufbereitung sowie schnellere Fertigstellung der Ergebnisse. Das Stichprobenverfahren führt also zu einer erheblichen Rationalisierung der statistischen Arbeit. Außerdem kann bei einer Stichprobenstatistik mehr Sorgfalt auf jeden einzelnen Fall verwandt werden, als dies im allgemeinen bei einer Totalstatistik möglich ist. Infolgedessen können Fehler, die auf mangelhaften Angaben in den Erhe-

bungsbogen beruhen oder durch die Aufbereitung hervorgerufen werden, bei Stichprobenstatistiken oft in engeren Grenzen gehalten werden als bei Totalstatistiken. Bei manchen Aufgabenstellungen ist es von vornherein notwendig, ein Stichprobenverfahren anzuwenden, weil eine vollständige Erfassung der statistischen Masse technisch ausgeschlossen ist, oder weil die Fragen aus sachlichen Gründen so schwierig sind, daß richtige Antworten nur durch den Einsatz besonders geschulter Zähler oder Interviewer gesichert werden können.

Selbstverständlich sind der Anwendung des Stichprobenverfahrens gewisse Grenzen gesetzt. Für viele statistische Aufgaben sind Totalstatistiken unentbehrlich. Das gilt für alle Vorhaben, bei denen eine sehr tiefe sachliche und regionale Gliederung der statistischen Masse erforderlich ist, z. B. bei vielen Merkmalen in Volkszählungen. Darüber hinaus werden Vollerhebungen in vielen Fällen als Auswahlgrundlage für das Ziehen der Stichproben sowie als Basis für die Durchführung einer gebundenen Hochrechnung gebraucht.

Die Nachteile einer Stichprobenstatistik, die man in Kauf nehmen muß, um ihre Vorteile nutzen zu können, sind die sogenannten »Stichprobenfehler«. Die Ergebnisse von Stichprobenstatistiken stimmen fast nie genau mit den Ergebnissen einer entsprechenden idealen Totalstatistik überein, sondern weichen davon zufällig mehr oder weniger stark ab. Bei der praktischen Verwendung von Stichprobenergebnissen muß deshalb stets ihr »Fehlerbereich« berücksichtigt werden. Die Breite des Fehlerbereiches läßt sich bei Stichproben, die nach dem Zufallsprinzip gezogen worden sind, mathematisch berechnen. Aus diesem Grunde wird in der amtlichen Statistik grundsätzlich das Verfahren der Zufallsauswahl oder ein gleichwertiges Ersatzverfahren⁴⁾ angewandt.

6.4.3 Einsatzstellen des Stichprobenverfahrens

Nach den bisherigen Erfahrungen und der Planung für die nächsten Jahre steht das Stichprobenverfahren bei folgenden Aufgaben im Vordergrund:

Einsatz bei der Erhebung

Beschränkung der Erhebung aus sachlichen Gründen:

Von den bisher durchgeführten Stichprobenerhebungen sind als Beispiele die Besondere Erntetermineitlung, der Mikrozensus und die 1 % Wohnungsstichproben zu nennen. Bei der Ernte-

⁴⁾ Die praktisch wichtigste Technik ist die sogenannte »systematische Auswahl«, bei der aus einer geordneten Gesamtheit Einheiten in regelmäßigen Abständen gezogen werden, mindestens die erste Einheit muß nach dem Zufallsprinzip bestimmt werden.

ermittlung ist eine vollständige Erfassung von vornherein ausgeschlossen. Die beiden übrigen Statistiken enthalten komplizierte Fragestellungen, die den Einsatz von Interviewern erfordern.

Beschränkung der Erhebung aus technischen und methodischen Gründen:

Zwischenschaltung von Stichprobenstatistiken zwischen Totalerhebungen.

Hier werden die Statistiken in größeren Zeitabständen weiterhin als Totalstatistiken durchgeführt, damit regional und sachlich tief gegliederte Ergebnisse verfügbar sind. Die zwischen diesen Totalerhebungen liegenden Stichprobenstatistiken beschränken sich auf ein reduziertes Tabellenprogramm, liefern aber Ergebnisse nach dem letzten Stand schneller und mit geringerem Aufwand. Als Beispiele seien die Bodennutzungserhebung und die Umsatzstatistiken im Binnenhandel genannt.

Aufstocken von Stichprobenstatistiken auf Totalstatistiken:

Die Entwicklung geht dahin, bei Großzählungen von vornherein die Erhebungsmerkmale, von denen die Haupterhebungen entlastet werden können, abzutrennen und sie mit Stichprobenerhebungen zu erfassen. Dieses Verfahren eines »mehrgeschossigen« Erhebungsaufbaus ist z. B. bei der Handwerkszählung 1968, bei der Volkszählung 1970 und bei der Landwirtschaftszählung 1971/72 angewandt worden.

Umstellung von Teilerhebungen auf Stichprobenerhebungen für den Gesamtbereich:

Es wird angestrebt, Teilerhebungen auf Stichprobenerhebungen umzustellen, die dann repräsentative Aussagen für die statistische Gesamtheit zulassen. Ein Beispiel sind die Wirtschaftsrechnungen, die nur bei bestimmten Kategorien von Arbeitnehmerhaushalten laufend durchgeführt werden, aber mit den Einkommens- und Verbrauchsstichproben auf die Gesamtbevölkerung ausgedehnt werden.

Einsatz bei der Aufbereitung

Vorwegaufbereitung auf Stichprobenbasis:

Die wichtigsten Ergebnisse einer Totalstatistik können vorweg erstellt werden, indem zunächst eine aus dem Material dieser Statistik gezogene Stichprobe aufbereitet wird. Als Beispiel sei die repräsentative Vorwegaufbereitung der Volkszählung 1950 genannt.

Repräsentative Aufbereitung einiger Tabellengruppen von Totalerhebungen:

Bei Großzählungen können meist bestimmte Teile des Tabellenprogramms aufgrund einer Stichprobe aus dem vorhandenen Gesamtmaterial erstellt werden. So sind z. B. bei der

Volkszählung 1961 die Tabellen zur Haushalts- und Familienstatistik sowie über den Weg zur Arbeitsstätte durch eine Stichprobenaufbereitung aufgestellt worden.

Repräsentative Aufbereitung von sekundärstatistischem Material:

Bei sehr umfangreichem sekundärstatistischem Material kann durch Einsatz des Stichprobenverfahrens vielfach eine erhebliche Senkung der Kosten und Beschleunigung der Aufbereitung erreicht werden; das gilt z. B. für die Statistik des Fernverkehrs mit Kraftfahrzeugen. Darüber hinaus ist das Stichprobenverfahren auch dann zweckmäßig, wenn die Ergebnisse der Statistik infolge der Unvollständigkeit des Materials ohnehin erhebliche systematische Fehler enthalten. Ein Beispiel sind die Lohnsteuerstatistiken.

Einsatz zur Nachprüfung

Kontrolle der Erhebung auf Stichprobenbasis:

Die Landwirtschaftsstatistik hat mit der repräsentativen Nachprüfung von Totalstatistiken begonnen, und zwar bei den Bodennutzungserhebungen und den Viehzählungen. Die Ergebnisse der Nachprüfung wurden im ersten Beispiel operativ zur Ausschaltung von Fehlern angewandt; im zweiten Beispiel dienen sie deskriptiv zur Bewertung der Viehzählungsergebnisse. Ein weiteres Beispiel ist die repräsentative Nachprüfung der Gebäude- und Wohnungszählung 1968.

Kontrolle der Aufbereitung auf Stichprobenbasis:

Das Sortieren und Signieren statistischer Unterlagen sowie das Übernehmen der Angaben auf Lochkarten können bei umfangreichen Statistiken — ähnlich wie eine industrielle Massenfertigung — mit Hilfe des Stichprobenverfahrens auf Güte geprüft werden. Das Verfahren der statistischen Qualitätskontrolle wurde erstmals bei den manuellen Sortierarbeiten zur Lohnsteuerstatistik 1955 erprobt. Ein Prüfverfahren für das Ablocken von Belegen wird seit längerer Zeit mit Erfolg angewandt.

Einen kurzgefaßten Überblick über die derzeit wichtigsten Stichprobenstatistiken gibt die synoptische Übersicht auf S. 374 ff. Eine ausführliche Darstellung von 38 Stichprobenstatistiken enthält der umfangreiche Band über »Stichproben in der amtlichen Statistik« (1960). Im ersten Teil dieser Veröffentlichung werden nach einer allgemeinverständlichen Einführung in das Stichprobenverfahren eingehend die methodischen Einzelheiten dargestellt und die praktischen Erfahrungen behandelt, die bei der Planung und Durchführung von Stichprobenstatistiken gesammelt worden sind.

6.4.4 Aufbau eines Stichprobenplans

Eine Stichprobenstatistik erfordert stets eine sehr gründliche Planung. Dabei müssen jeweils die einzelnen Schritte von der Auswahl der Stichprobenfälle bis zur Errechnung der Ergebnisse aufeinander abgestimmt und mit dem Ziel der Statistik in Einklang gebracht werden. Für die gesamte Planung gilt der Grundsatz, daß unter den gegebenen Voraussetzungen die Ergebnisse der Stichprobenstatistik möglichst rational und möglichst genau erstellt werden sollen.

Der Stichprobenplan für eine Statistik hängt vor allem von folgenden Einflußgrößen ab:

- vom Tabellenprogramm der Statistik;
- von der Eigenart der Fragestellung und von der Erhebungstechnik;
- von den verfügbaren Unterlagen für die Planung und die Auswahl;
- von der Variabilität der zu erfassenden Merkmale;
- vom Stichprobenumfang bzw. Auswahlatz;
- von den Genauigkeitsforderungen oder -vorstellungen;
- von den zumutbaren Kosten der Statistik;
- von der verfügbaren Zeit.

Diese Einflußgrößen sind zwar grundsätzlich als Plandaten vorgegeben, sie können jedoch zum Teil durch stichprobenmethodische Erfordernisse modifiziert werden. Vor allem ist zu beachten, daß sich diese Größen bis zu einem gewissen Grade auch gegenseitig beeinflussen und deshalb nicht isoliert betrachtet werden dürfen.

Ein Stichprobenplan besteht aus folgenden drei Hauptteilen:

- Auswahlverfahren;
- Verfahren zur Hochrechnung oder Umrechnung der Stichprobenwerte;
- Verfahren zur Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse.

Bei der Auswahl der Stichprobe soll ein Miniaturbild der Gesamtheit entstehen. Diese Aufgabe kann auf sehr unterschiedliche Weise gelöst werden. Von besonderer Bedeutung für den Stichprobenplan ist die Festlegung der »Auswahleinheiten«, d. h. der Einheiten, die einem Auswahlvorgang zugrunde liegen. Im Gegensatz zu den Erhebungseinheiten, die sich nach Gesichtspunkten der Erhebungsorganisation ergeben, und den Aufbereitungseinheiten, die durch das Tabellenprogramm bestimmt werden, können die Auswahleinheiten nach methodischen Gesichtspunkten festgelegt werden. Bei »mehrstufigen Auswahlverfahren« werden mehrere

Arten von Auswahleinheiten festgelegt; beim Mikrozensus waren z. B. vor der Oktobererhebung 1962 Gemeinden und Wohnungen die Auswahleinheiten, dagegen Haushalte die Erhebungs- und Personen die Aufbereitungseinheiten. Vielfach sind Erhebungseinheiten gleichzeitig auch Auswahleinheiten. Oft werden die Auswahleinheiten so bestimmt, daß sie mehrere Aufbereitungseinheiten einschließen. Eine solche »Klumpenauswahl« liegt z. B. beim Mikrozensus vor, bei dem seit der Oktobererhebung 1962 alle Personen in ausgewählten Zählbezirken und seit 1972 in ausgewählten Segmenten erfaßt werden. Der entgegengesetzte Fall wird nur ausnahmsweise angewandt.

Durch eine »Schichtung« oder »Anordnung« der Einheiten vor der Auswahl ist es möglich, die Genauigkeit der Ergebnisse zu verbessern, ohne das Zufallsprinzip zu verletzen. Bei einer Schichtung wird die Gesamtheit in Teile zerlegt und aus jeder so gebildeten »Schicht« gesondert eine Stichprobe gezogen; die Auswahlätze können dabei von Schicht zu Schicht verschieden sein. Häufig kann die Genauigkeit auch durch eine günstige Anordnung der Auswahleinheiten in Verbindung mit dem systematischen Auswahlverfahren erheblich gesteigert werden. Großen praktischen Wert hat auch die Kombination von Schichtung und Anordnung; sie wurde bei der Planung des Mikrozensus entwickelt und ist seitdem für viele andere Stichprobenstatistiken nutzbar gemacht worden.

Die Genauigkeit der Stichprobenergebnisse und die Kosten der Statistik werden wesentlich durch den »Stichprobenumfang« bestimmt, d. h. durch die Anzahl der in die Stichprobe einbezogenen Einheiten; kleinere Stichproben liefern bei sonst gleichem Stichprobenplan weniger genaue Ergebnisse als größere Stichproben. Für die Genauigkeit ist der Umfang der Stichprobe im allgemeinen von größerer Bedeutung⁷⁾ als der »Auswahlatz«, d. h. der Anteil der erfaßten Auswahleinheiten.

Das bei der Auswahl verkleinerte Bild der untersuchten Gesamtheit muß im allgemeinen bei der Aufbereitung wieder auf die ursprüngliche Größe gebracht werden. Dieser Vorgang wird Hochrechnung der Stichprobenwerte genannt. Bei der »freien Hochrechnung« werden die Stichprobenwerte mit dem reziproken Wert des Auswahlatzes der betreffenden Schicht multipliziert. Unter gewissen Voraussetzungen kann die Genauigkeit der Stichprobenergebnisse mit Hilfe der »gebundenen Hochrechnung« ganz beträchtlich gesteigert werden. Bei diesen Verfahren (Verhältnis-, Differenzen-, Regressions-Schätzung) werden — im Gegensatz zur freien Hochrech-

⁷⁾ Siehe Wista 1/1958 »Über die Genauigkeit und den Umfang von Stichproben«.

nung — zusätzliche Informationen über die Grundgesamtheit zur Verbesserung der Genauigkeit ausgenutzt. Bei Strukturserhebungen tritt an die Stelle der Hochrechnung meist eine Umrechnung der Stichprobenwerte zu Anteilswerten und anderen Verhältniszahlen.

Eine wichtige Komponente des Stichprobenplans ist das Verfahren zur Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse. Bei jeder Statistik — also auch bei einer Totalstatistik — unterscheiden sich die Ergebnisse von den »wahren Werten« um gewisse Fehler. Bei Stichprobenstatistiken werden zwei Arten von Fehlern unterschieden: »Zufallsfehler« sind Abweichungen, die nicht auf die zurückzuführen sind, daß nicht alle Einheiten der Gesamtheit, sondern nur die nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Einheiten für die Statistik herangezogen werden. »Systematische Fehler« heißen alle Abweichungen, die nicht auf die Auswahl, sondern auf andere Einflüsse zurückzuführen sind, z. B. auf eine unzutreffende Abgrenzung der Grundgesamtheit, unklare Fragestellung, unzutreffende Angaben der Befragten, Antwortverweigerungen, Fehler bei der Aufbereitung usw.

Entscheidend für die Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse ist in jeder Statistik der Gesamtfehler. Zufallsfehler und systematische Fehler je für sich haben keine volle Aussagekraft über die Zuverlässigkeit der statistischen Ergebnisse, sie sind nur die Komponenten des allein maßgebenden Gesamtfehlers. Wenn in einer Statistik mit ziemlich großen systematischen Fehlern gerechnet werden muß, die durch Kontrollen oder eine intensivere Bearbeitung des Erhebungsmaterials praktisch nicht entscheidend vermindert werden können, dann wäre es im Hinblick auf den Gesamtfehler z. B. ohne nennenswerten Nutzen, durch einen hohen Stichprobenumfang oder durch besondere Auswahl- und Hochrechnungsverfahren den Zufallsfehler so weit zu verringern, daß er kleiner als etwa die Hälfte des systematischen Fehlers wird. Eine ähnliche Überlegung gilt auch für das Verhältnis von Total- zu Repräsentativstatistiken: Sind die zu erwartenden systematischen Fehler einer Totalstatistik hoch, dann ist es — abgesehen von besonderen Anforderungen an die Gliederungstiefe der Ergebnisse — oft zweckmäßiger, nur einen zufällig ausgewählten Teil der Erhebungsgesamtheit zu erfassen. Die leichte Vergrößerung des Gesamtfehlers, die durch das Hinzukommen von Zufallsfehlern entsteht, kann möglicherweise sogar wieder aufgehoben werden durch eine entsprechende Verminderung des systematischen Fehlers, die sich mit Hilfe von gründlicheren Feststellungen für den repräsentativen Teil der Gesamtheit erreichen läßt.

Während für die Abschätzung von systematischen Fehlern zusätzliche Unterlagen notwendig

sind (zur Nachprüfung der systematischen Fehler bei der totalen Viehzählung werden z. B. besondere Kontrollerhebungen durchgeführt), können die Zufallsfehler mit Hilfe einer »Fehlerrechnung« der Größenordnung nach abgeschätzt werden, ohne daß zusätzliches Material benötigt wird.

Diese Tatsache verleitet dazu, an die Stelle der Ermittlung des Gesamtfehlers lediglich eine Abschätzung des Zufallsfehlers zu setzen. Deshalb sollte stets darauf geachtet werden, daß eine ergänzende Betrachtung über die Größenordnung der systematischen Fehler erforderlich ist.

Die Bedeutung der Fehlerrechnung liegt nicht allein darin, daß sie einen objektiven Maßstab zur Beurteilung der Ergebnisse liefert; sie ermöglicht darüber hinaus auch Verbesserungen des Stichprobenplans und läßt erkennen, in welchen Fällen das Stichprobenverfahren nicht mehr rationell ist. So hat z. B. die Fehlerrechnung zur repräsentativen Baumschulerhebung 1959 gezeigt, daß bei dieser Statistik das Stichprobenverfahren keine Vorteile bringt, weil die Masse der Baumschulbetriebe verhältnismäßig klein und sehr inhomogen ist.

6.4.5 Weiterentwicklung des Stichprobenverfahrens

Die in den letzten Jahrzehnten gesammelten vielfältigen Erfahrungen aus der Stichprobenpraxis werden zur weiteren Verbesserung der Planung genutzt. Für die Weiterentwicklung des Stichprobenverfahrens haben unter anderem drei Grundsätze^{*)} besondere Bedeutung: das planmäßige Auswechseln von Stichprobeneinheiten, die Quantifizierung der systematischen Fehler sowie die Verbesserung der Planung und Aufbereitung von Stichprobenstatistiken mit Hilfe elektronischer Rechenanlagen.

Bei laufenden Stichprobenerhebungen muß ein planmäßiges Auswechseln von Stichprobeneinheiten (»Rotation der Stichprobe«) angestrebt werden. Das dauernde Einbeziehen der gleichen Auskunftspflichtigen ist rechtlich als ungleiche Behandlung anzusehen, falls für das Beibehalten kein sachlicher Grund vorliegt. Die Art und das Ausmaß des Auswechselns hängen von erhebungs- und aufbereitungstechnischen Gesichtspunkten sowie von stichprobenmethodischen Überlegungen ab. In der Regel müssen die Einheiten mit den größten Merkmalswerten ständig erfaßt werden, weil sonst die Zuverlässigkeit der Ergebnisse auf das stärkste gefährdet wird. Diese Gruppe soll jedoch so klein wie irgend möglich gehalten werden. Bei allen übrigen Gruppen müssen bereits bei der Planung die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Befragten nach einem an-

^{*)} Siehe auch Wista 11/1960: »Stand der Anwendung des Stichprobenverfahrens in der amtlichen Statistik«.

gemessenen Zeitraum ausgewechselt werden können. In der Regel ist es zweckmäßig, jeweils nur einen Teil der Stichprobe gegen neue Einheiten auszutauschen. Ein solches Verfahren der »partiellen Rotation« wird z. B. beim Mikrozensus seit 1962 praktisch angewandt.

Eine wesentliche Verbesserung der Aussagekraft statistischer Ergebnisse läßt sich durch eine Quantifizierung der systematischen Fehler erreichen, soweit sie nicht durch geeignete Maßnahmen vermieden bzw. durch operative Kontrollen ausgeschaltet werden können. So ist es z. B. bei Lohnsteuerstatistiken nicht möglich, alle zu Recht ausgegebenen Lohnsteuerkarten zu berücksichtigen, weil nur ein Teil dieser Gesamtheit in die Statistischen Ämter gelangt. Die durch die Unvollständigkeit des Materials bedingten systematischen Fehler sind bislang in Größe und Richtung unbekannt.

Der Einsatz elektronischer Großrechenanlagen hat sich bei der Planung von Stichprobenstatistiken bereits gut bewährt. Die nach vorgegebenen Kriterien gesteuerte Aufteilung der gesamten Stichprobe auf die Schichten eines Auswahlplans wird unter Verwendung verschiedener Kenngrößen der Auswahlgesamtheit seit mehreren Jahren überwiegend maschinell mit Hilfe eines speziellen Rechenprogramms durchgeführt. Auch die konkrete Auswahl der in die Statistik einzubeziehenden Einheiten wird — sofern die Auswahlgrundlage auf maschinellen Datenträgern vorliegt — seit längerem praktisch ausschließlich maschinell mit einem Programm vollzogen, das die Vorzüge der systematischen mit denen der Zufallsauswahl geeignet verbindet. Zur verbesserten Genauigkeitsbeurteilung von Stichprobenstatistiken befindet sich ein relativ umfassendes Fehlerrechnungsprogramm in Vorbereitung.

6.5 Anwendung maschineller Verfahren

Elektronische Datenverarbeitungsanlagen spielen bei der Aufbereitung und Auswertung der meisten Statistiken eine entscheidende Rolle. Sie ermöglichen Aufbereitungstechniken, die früher wegen ihres Aufwandes nicht realisiert werden konnten. Für Stichprobenstatistiken sind sie ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Bestimmung der Auswahlsätze und zur Auswahl optimaler Stichprobenpläne. Außerdem machen sie Fehlerrechnungen in großem Umfang und die Anwendung komplizierter leistungsfähiger Schätzmethoden möglich. Allein mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitungsanlagen können die heute in der Statistik anfallenden großen Datenmengen in relativ kurzen Zeiträumen verarbeitet werden. Die elektronische Datenverarbeitung ist zudem die Voraussetzung für viele neuartige Vorhaben,

zu denen als wichtigstes der Aufbau einer Statistischen Datenbank mit einem daran angeschlossenen Auswertungssystem gehört.

6.5.1 Maschinenausrüstung

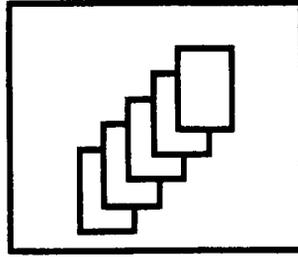
Für die rationelle Durchführung der maschinellen Aufbereitungsarbeiten finden im Statistischen Bundesamt die modernsten technischen Hilfsmittel Verwendung. Vor allem spielen die elektronischen Datenverarbeitungsanlagen eine entscheidende Rolle für die maschinelle Erstellung von Statistiken.

Im Amt sind zur Zeit noch drei kleine und drei große elektronische Datenverarbeitungsanlagen in Betrieb; 1976 wird eine weitgehende Umrüstung vorgenommen. Eine der drei Klein-Anlagen (UNIVAC 1005) ist nur für reine Kartenarbeiten ausgerüstet; sie wird für die Aufbereitung von kleinen Statistiken und einfachen Bundeskonzentrationen benutzt. Die beiden anderen Klein-Anlagen (IBM 1401) verfügen über je eine Bandeinheit und dienen als »Satellitenmaschinen« der Groß-Anlagen (Off-line-Betrieb); sie übernehmen für diese Groß-Anlagen zum Teil das Übertragen der Daten von der Lochkarte auf Magnetband bzw. das Ausdrucken der Ergebnisse vom Magnetband. Mit Hilfe der Schnelldrucker können druckfertige Tabellen hergestellt werden, was zu einer beträchtlichen Rationalisierung bei der Herausgabe von Veröffentlichungen geführt hat.

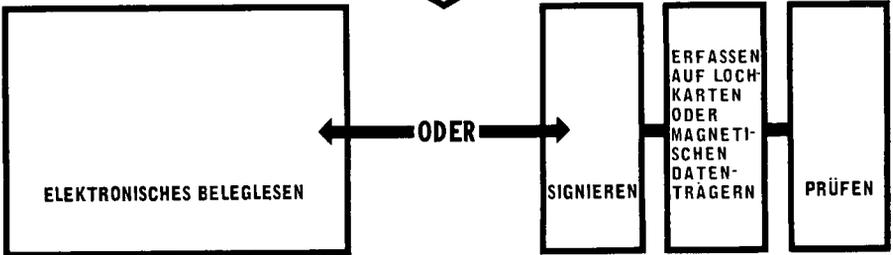
Die erste im Amt eingesetzte Groß-Anlage (IBM 7070) wurde Mitte Juli 1962 installiert und hat damals einen erheblichen Teil der konventionellen Lochkartenmaschinen (Hollerithmaschinen) ersetzt. Die Anlage hat eine Kernspeicherkapazität von 100 000 Ziffern bzw. 50 000 alphanumerischen Zeichen. Sie ist mit elf Magnetbandeinheiten ausgerüstet, die wahlweise als Ein- bzw. Ausgabegerät dienen und mit einer Geschwindigkeit von 59 880 Zeichen je Sekunde lesen bzw. schreiben können. Die Ein- und Ausgabe erfolgt ausschließlich über Magnetband. Daher ist es erforderlich, neben der reinen Magnetbandanlage die erwähnten »Satellitenmaschinen« zu verwenden. Auf dieser Anlage werden zur Zeit noch die Aufbereitung der Indexrechnungen, der Wirtschaftsrechnungen und der Fischereistatistik durchgeführt. Da sie jedoch nach einer Betriebszeit von mehr als 13 Jahren — zumeist im Mehrschichtenbetrieb — sehr störanfällig geworden ist, soll sie im Laufe des Jahres 1976 durch eine Anlage des Typs UNIDATA 7.750 ersetzt werden. Die neue Anlage soll dann vor allem für Arbeiten an der Statistischen Datenbank und für Programmtests zur Verfügung stehen und zusätzlich die Arbeiten zu Zeitreihenanalysen, Input-Output-Rechnungen und Indexrechnungen übernehmen. Sie wird mit Time-sharing-Einrichtung, 524 000 Bytes (Speicherstellen) realem Arbeitsspeicher, sechs Ma-

MASCHINELLE AUFBEREITUNG

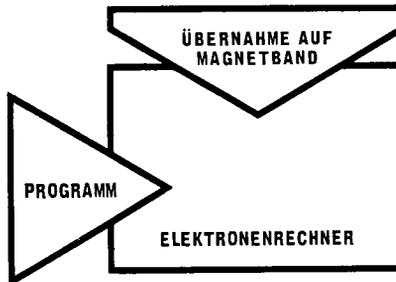
**BELEG -
ANLIEFERUNG**



**DATEN-
ERFASSUNG**



**DATEN-
VERARBEITUNG**



**ERGEBNIS-
DARSTELLUNG**



VERÖFFENTLICHUNG



gnetbandeinheiten, vier Plattenlaufwerken mit einer Kapazität von zusammen 800 Millionen Bytes und vorläufig fünf Datensichtstationen ausgerüstet sein.

Die zweite Groß-Anlage (IBM 360/40) wurde im Januar 1967 installiert. Sie ist zur Zeit mit 10 Magnetbandeinheiten, drei Magnetplattenlaufwerken, einem Lochkartenleser, einem Schnelldrucker und einem Strichmarkierungsleser ausgerüstet. Die Magnetbandeinheiten haben eine Lese-/Schreibgeschwindigkeit von 120 000, die Magnetplatteneinheiten von 156 000 Bytes pro Sekunde. Der Lochkartenleser hat eine Leistung von 60 000 Karten pro Stunde und der Schnelldrucker liefert maximal 66 000 Zeilen pro Stunde bei einer Schreibwerksbreite von 132 Zeichen. Die Arbeitsspeichergröße beträgt 131 000 Bytes. Auf dieser Anlage wurde auch die Aufbereitung zu den Bundestagswahlen 1972 durchgeführt. Sie wurde für diesen Zweck mit Datenfernübertragungseinrichtungen ausgestattet. Außerdem waren Datenendstationen bei allen Landeswahlleitern und beim Bundeswahlleiter installiert. Die in Bonn eingegangenen Ergebnisse wurden sofort von einem Schnelldrucker ausgedruckt.

Für folgende Statistiken werden auf dieser Anlage umfangreiche Maschinenläufe durchgeführt: Mikrozensus, Landwirtschaftsstatistiken, Verkehrsstatistiken, Bildungsstatistiken u. a. In nächster Zukunft soll im Zuge der geplanten Umrüstung diese Anlage durch eine gleichwertige Anlage des Typs UNIDATA 7.740 ersetzt werden.

Die dritte und gleichzeitig größte Anlage des bisherigen Maschinenbestandes — eine Siemens 4004/55 — wurde Ende Februar 1970 in Betrieb genommen. Die Kernspeicherkapazität beträgt rund 524 000 Bytes. An peripheren Geräten sind vorhanden: 15 Magnetbandeinheiten mit einer Lese-/Schreibgeschwindigkeit von 120 000 Bytes pro Sekunde, zwei Lochkartenleser mit einer Maximalleistung von 60 000 Karten pro Stunde, zwei Schnelldrucker mit einer Leistung von je 56 000 Zeilen pro Stunde, ferner Großplattenspeicher mit zusammen 20 Laufwerken und einer Kapazität von insgesamt 711,65 Millionen Bytes und einer Lese-/Schreibgeschwindigkeit von 312 000 Bytes pro Sekunde. Auf dieser Anlage erfolgen vor allem die Aufbereitungen für folgende Arbeitsgebiete: Außenhandel, Mikrozensus, Bildungsstatistiken. Der gekaufte, voll funktionsfähige Kernteil dieser Anlage wird auch nach der Umrüstung weiter für wichtige Statistiken eingesetzt, während der gemietete Teil des Kernspeichers und der Peripherie zurückgegeben wird.

Für geeignete Arbeiten bei der Erstellung kleinerer Statistiken werden im Statistischen Bundes-

amt programmgesteuerte Buchungsautomaten eingesetzt. In stark wachsendem Maße bedienen sich auch die Fachabteilungen der elektronisch gesteuerten Tischrechenanlagen, die in ihren neueren Ausführungen eine beachtliche Kapazität und periphere Ausrüstung aufweisen und erheblich zur Rationalisierung kleinerer Amtsarbeiten beitragen. Weiter wird ein mittels selbstentwickelter Standardprogramme gesteuerter Kurvenzeichner verwendet, der veröffentlichungsreife Graphiken liefert.

6.5.2 Neue Formen der maschinellen Datenerfassung

Für die Erfassung großer Datenmassen, deren Weiterverarbeitung praktisch nur noch maschinell erfolgen kann, wird im Statistischen Bundesamt nach wie vor weitgehend die Lochkarte benutzt. Zu diesem Zweck sind insgesamt 92 Locher, 28 Prüfer und 31 Prüflocher, darunter in der Zweigstelle Berlin 44 Locher, 15 Prüfer und 15 Prüflocher eingesetzt.

Zusätzlich verfügt das Statistische Bundesamt über 10 Datenerfassungsplätze IBM 3742. Bei ihnen erfolgt die Datenerfassung direkt auf Magnetplatte (Diskette). Der Einsatz umfangreicherer Datenerfassungssysteme wird zur Zeit geprüft.

Mit dem Einsatz optischer Belegleser wurde ein weiterer Schritt unternommen, die Datenerfassung zu vereinfachen und zu beschleunigen. Belegleser wurden in großem Umfang — insbesondere auch bei den Statistischen Landesämtern — für das Lesen der Fragebogen der Volkszahlung 1970 eingesetzt und ersparten dabei das Lochen und Prüfen von 60 Millionen Lochkarten. Bei den Abiturientenbefragungen der Lehrer- und Unterrichtserhebung und anderen Statistiken wurden ebenfalls Lesegeräte mit Erfolg verwendet.

In Zukunft wird in verstärktem Maße versucht werden, technische Neuentwicklungen für weitere Arbeiten einzusetzen. Doch sind z. B. durch die Uneinheitlichkeit der zu verarbeitenden Belege dem Einsatz optischer Belegleser Grenzen gesetzt.

6.5.3 Programmierung

In Anbetracht der ständig wachsenden Aufgaben können die umfangreichen Arbeiten in der Programmierung nur mit Mühe bewältigt werden. Das Amt bemüht sich, durch eigene Ausbildungskurse neue Programmierer heranzuziehen. Zur Zeit stehen in den einzelnen Program-

miergruppen insgesamt 41 Kräfte zur Verfügung. Ein großer Teil der Programmierkapazität ist durch Umstellungsarbeiten und zu einem gewissen Teil durch den laufenden Änderungsdienst gebunden. Außerdem müssen umfangreiche und schwierige Programme für die Statistische Datenbank und künftige Projekte in Angriff genommen werden.

Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern werden umfangreiche Arbeiten für die Koordinierung der maschinellen Datenverarbeitung in Bund und Ländern geleistet. Für die Verbundprogrammierung werden beträchtliche Vorarbeiten bei der Erstellung von Loch- und Prüfanleitungen, Spezifikationen von Wahrscheinlichkeitskontrollen und Tabellierprogrammen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachabteilungen übernommen. Ferner müssen für neue und geänderte Statistiken die Arbeitsabläufe entworfen und im Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung diskutiert werden. Zum Zwecke der Koordinierung ist stets eine enge Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern erforderlich; sie findet ihren Niederschlag in einer Vielzahl von Programmiererbesprechungen, in einheitlichen Richtlinien für die statistische Verbundprogrammierung, in gemeinsamen Besprechungen der Programmierer mit den Fachreferenten usw. Im Rahmen der Verbundprogrammierung beteiligt sich das Statistische Bundesamt an der Erstellung von Programmen für die dezentrale Aufbereitung von Bundesstatistiken.

Um für die Zukunft bessere und flexiblere Auswertungsmöglichkeiten bieten zu können, werden Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Programmierung geleistet. So wurden Standardprogramme für Druckausgabe und Erzeuger für Tabellierprogramme gefertigt, durch welche die Programmierung in dafür geeigneten Fällen stark vereinfacht werden konnte. Dies hat zu einem verbesserten Leistungsangebot des Amtes bei dringenden Auswertungswünschen der Ressorts und anderer Benutzer geführt. — Im Zuge des Ausbaus der Statistischen Datenbank wird ein Auswertungs- und Analysesystem geschaffen, das in vielen Fällen die Auswertung und Aufbereitung von Daten stark vereinfacht. Das Amt be-

teilt sich auch auf internationaler Ebene an entsprechenden Entwicklungen auf dem Gebiet der Programmiersprachen.

6.6 Koordinierung der Arbeitsabläufe

Eine dezentrale Erhebungs- und Aufbereitungsorganisation, wie sie sich für die meisten Bereiche der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland aus den verfassungsmäßigen Gegebenheiten entwickelt hat, bringt hinsichtlich einer sach- und termingerechten Abstimmung der Arbeitsabläufe erhebliche Probleme mit sich. Die Schwierigkeiten haben sich vergrößert, nachdem in einer Reihe von Ländern außerhalb der Statistischen Landesämter Rechenzentren eingerichtet wurden, denen auch die Verarbeitung statistischer Daten übertragen wurde. Abgesehen von der weiteren Aufsplittung der Arbeiten sind durch diese Entwicklung die statistischen Arbeiten immer mehr in Konkurrenz zu anderen termingebundenen Verwaltungsarbeiten geraten, denen nicht selten eine größere Priorität zugemessen wurde. Gegenwärtig müssen die technischen Arbeitsabläufe nicht nur mit 11 Statistischen Landesämtern, sondern noch mit weiteren sechs Landesdienststellen — den eben erwähnten organisatorisch selbständigen Rechenzentren — abgestimmt werden.

Das in seiner Weiterentwicklung auf aktuelle und fachlich häufig wechselnde Probleme ausgeordnete Instrument der Statistik kann auf Dauer nur befriedigend funktionieren, wenn es gelingt, die durch die elektronische Datenverarbeitung im technischen Bereich wesentlich beeinflussten Arbeitsabläufe optimal zu gestalten. Hierbei geht es vor allem um die Festlegung der Konzepte für alle Statistiken hinsichtlich des Umfangs und daraus resultierender Auswirkungen auf die Gesamtkapazität der Ämter, die Kalkulation und Beobachtung der Kosten statistischer Vorhaben, die Zusammenstellung der daraus resultierenden Daten für Haushalt und Finanzplanung, die Einführung standardisierter, möglichst maschinell lesbarer Fragebogen, die maschinengerechte Spezifikation der festgelegten Tabellenprogramme, die Festlegung von Plausibilitätskontrollen und automatischen Fehlerkorrekturen sowie die Terminplanung und -kontrolle.

7 Systematiken

Systematiken dienen in der Statistik einer dem Erhebungs- bzw. Darstellungszweck entsprechenden Gliederung der Ergebnisse. Die Anwendung gleicher oder aufeinander abgestimmter Systeme

matiken in den verschiedenen Statistiken ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Darüber hinaus muß noch dafür gesorgt werden, daß die gleiche statistische

Einheit auch wirklich in allen Statistiken der gleichen systematischen Position zugeordnet wird. Das bereitet vor allem dort Schwierigkeiten, wo Kombinationen vorkommen, die betreffende Einheit aber nach dem Schwerpunkt eingeordnet werden soll (Unternehmen mit mehreren wirtschaftlichen Tätigkeiten, Waren mit mehrfachem Verwendungszweck u.ä.). Abgesehen davon, daß das Kriterium für die Schwerpunktbestimmung nicht immer einfach zu finden ist, kann der Schwerpunkt möglicherweise auch nicht in allen Erhebungen nach der gleichen Art und mit der gleichen Gründlichkeit festgestellt werden.

In der Bundesstatistik werden verschiedenartige, in ihrer Gliederungstiefe stark voneinander abweichende Systematiken¹⁾ verwendet.

7.1 Unternehmens- und Betriebssystematiken

Gegenwärtig sind folgende wichtige, auf das Unternehmen bzw. den Betrieb abgestellte Systematiken in Gebrauch:

- Systematik der Wirtschaftszweige 1961, Nachtrag 1970
daraus abgeleitet u. a.:
Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Arbeitsstättenzählung
Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Berufszählung
Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umsatzsteuerstatistik
Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Umweltstatistiken — SYUM — (für Bereiche außerhalb des Produzierenden Gewerbes)
Systematisches Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht (mit eigenem Nummernsystem)
Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Systematik der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen — SIO —
Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit 1973 (mit eigenem Nummernsystem)
- Systematik der Wirtschaftszweige (rev.) für das Produzierende Gewerbe, Stand 1976
daraus abgeleitet.
- Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe — SYPRO — (mit eigenem Nummernsystem)
Fassung für Umweltstatistiken — SYUM — für den Bereich des Produzierenden Gewerbes (mit eigenem Nummernsystem)
- Verzeichnis der Handwerkszweige 1956
- Verzeichnis der Gewerbe, die als Handwerk betrieben werden können 1968
- Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes — NACE — 1970)
daraus abgeleitet:
Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften, Fassung für Input-Output-Tabellen (Nomenclature des activités économiques dans les Communautés européennes — Ramification pour l'établissement des tableaux Entrées-Sorties — NACE/CLIO —).

¹⁾ Für einen Teil dieser Systematiken werden in einer besonderen Übersicht (siehe S. 349 ff.) in Umrissen Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete wiedergegeben. Auszüge aus wichtigen Systematiken siehe S. 353 ff..

— Internationale Systematik der Wirtschaftszweige, 2. Revision (International Standard Industrial Classification of all Economic Activities, 2. rev. edition — ISIC — bzw. Classification Internationale Type par Industrie de toutes les branches d'activité économique, 2. rev. edition — CITI —), Vereinte Nationen, 1968.

7.1.1 Systematik der Wirtschaftszweige

Die 1961 herausgegebene »Systematik der Wirtschaftszweige« dient zur Einordnung aller wirtschaftlichen Institutionen nach der Art ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Sie liegt grundsätzlich allen auf Wirtschaftszweige abgestellten Statistiken zugrunde.

Für Zwecke des Zählungswerks 1970 ist ein Nachtrag erschienen, in dem einige Wirtschaftszweige zur besseren Abstimmung mit den internationalen Systematiken tiefer untergliedert und in einigen Fällen anders abgegrenzt sind. Eine umfassende Revision ist z. Z. im Gange. Sie soll den sich abzeichnenden Wandlungen der Wirtschaftsstruktur Rechnung tragen und eine möglichst weitgehende Angleichung an die neuen internationalen Systematiken (ISIC und NACE) herbeiführen. Für den Bereich des Produzierenden Gewerbes ist die Revision abgeschlossen; die revidierte Fassung wird ab 1976 in Erhebungen für diesen Bereich angewendet (SYPRO, SYUM). Die gesamte revidierte Systematik der Wirtschaftszweige wird voraussichtlich 1978 vorliegen.

Die Systematik der Wirtschaftszweige berücksichtigt auf der ersten Gliederungsstufe — den »Abteilungen« — als oberstes Einteilungsprinzip die großen Sektoren der Volkswirtschaft, die durch unterschiedliche wirtschaftliche Funktionen (Produktion, letzter Verbrauch, Einkommensumverteilung usw.) bzw. unterschiedliche Kombinationen dieser Funktionen sowie durch eine verschiedene Stellung zum Markt und — damit verbunden — verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten (Verkäufe gegen kostendeckendes Entgelt, Steuern usw.) gekennzeichnet sind²⁾. Es handelt sich um die Sektoren »Unternehmen und Freie Berufe« (Abteilung 0 bis 7), »Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte« (Abteilung 8), »Gebietskörperschaften und Sozialversicherung« (Abteilung 9).

Die Abteilungen des Sektors »Unternehmen und Freie Berufe« dienen der Klassifizierung von Unternehmen (und der entsprechenden Institutionen der Freien Berufe) und/oder von deren örtlichen bzw. fachlich abgegrenzten Teilen. Die Gliederung dieses Sektors nach Abteilungen unterscheidet nach Warenproduktion, Warenverteilung (Handel und Verkehr) sowie Dienstleistungen. Innerhalb der Warenproduktion sind in gewissem

²⁾ Siehe hierzu Wista 2/1959. »Die Systematik der Wirtschaftszweige«. Die um den Nachtrag ergänzte Fassung ist unter dem Titel »Systematik der Wirtschaftszweige, Grundsystematik ohne Erläuterungen, Stand 1970«, erschienen.

Umfang die Stufen des Produktionsablaufs berücksichtigen; unter den Dienstleistungen bilden »Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe« sowie »Verkehr und Nachrichtenübermittlung« je eine eigene Abteilung.

Für Zwecke einer umfassenderen Darstellung ist die Stufe der (zweistelligen) »Unterabteilungen« vorgesehen. Die nächsten Stufen der Systematik, die (dreistelligen) »Gruppen«, die (vierstelligen) »Untergruppen« und die (fünfstelligen) »Klassen«, dienen dann der weiteren Untergliederung. Bei der Gruppierung steht der produktionswirtschaftliche Zusammenhang im Vordergrund. In der Warenproduktion werden Institutionen zusammengefaßt, die nach dem Fertigungsstoff oder dem Produktionsverfahren, aber auch nach dem Verwendungszweck der Waren ein verwandtes Produktionsprogramm usw. aufweisen. Für die Gliederung im Handel ist das Warensortiment, für den Dienstleistungsbereich die gleiche Art der erbrachten Leistungen maßgebend. Beim Aufbau der Systematik der Wirtschaftszweige ist ferner die verbandsmäßige Gliederung der Wirtschaft beachtet worden, soweit sie im Prinzip den berücksichtigten Gliederungsmerkmalen entspricht. Im großen und ganzen wurde dabei davon ausgegangen, daß der Zusammenschluß in den Verbänden auch einen produktionswirtschaftlichen Zusammenhang widerspiegelt, so daß auch die Verbandsorganisation weitgehend für die systematische Gliederung benutzt werden konnte. Nicht berücksichtigt wurden Einteilungen nach Rechtsformen, nach der Eintragung in bestimmte Register (wie z. B. die Eintragung in die Handwerksrolle), nach vertraglichen Bindungen, nach soziologischen Gesichtspunkten (z. B. beim Nachweis der Freien Berufe). Außerdem schiedene Gesichtspunkte aus, die nur für einzelne Wirtschaftsbereiche gelten oder nur bei sehr detaillierter Befragung zu erfassen wären, darunter z. B. der Nachweis der Warenhäuser und die Unterscheidung des Großhandels nach Außenhandel und Binnengroßhandel. Die Berücksichtigung solcher oft ebenfalls sehr wichtigen Merkmale ist Ergänzungsschlüsseln vorbehalten.

Die Unterscheidung nach Unternehmen und Freien Berufen einerseits, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Privaten Haushalten, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung andererseits bringt die Notwendigkeit mit sich, die von den verschiedenen Sektoren betriebenen Anstalten und Einrichtungen ebenfalls hiernach zu unterscheiden. Zu diesem Zwecke wurde dem Verzeichnis ein Sonderschlüssel angefügt, der es ermöglicht, die in Betracht kommenden Anstalten und Einrichtungen so nachzuweisen, daß diese bedarfsweise entweder nach der Art ihrer Tätigkeit oder nach der Art ihrer Träger zusammengefaßt werden können.

Kombinierte wirtschaftliche Institutionen, d. h. solche, deren wirtschaftliche Tätigkeit sich über mehrere Positionen der Systematik erstreckt, werden grundsätzlich der Position zugewiesen, der sie schwerpunktmäßig zugehören. Nur in wenigen Fällen sind Kombinationspositionen vorgesehen, und zwar dann, wenn verschiedene Tätigkeiten üblicherweise ohne ausgeprägten Schwerpunkt ausgeübt werden und damit eine Zuordnung nach einer dieser Tätigkeiten a priori unmöglich ist oder zumindest ziemlich sinnlos erscheint.

Die Systematik der Wirtschaftszweige ist für die Anwendung in den einzelnen Statistiken mehr oder weniger stark gekürzt worden. In den Fällen, in denen die Systematik der Wirtschaftszweige in den abgeleiteten Fassungen in gekürzter Form angewandt wird, stellt die gleiche Nummerierung der einander entsprechenden Positionen die Verbindung zur Grundsystematik her; eine Ausnahme — mit eigenem Nummernsystem — bilden nur das Systematische Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, die SYPRO und das Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit.

Für die Aufstellung von Input-Output-Tabellen ist aus der Systematik der Wirtschaftszweige eine Systematik der Produktionsbereiche entwickelt worden, die dem speziellen Erkenntniszweck dieser Tabellen sowie dem verfügbaren statistischen Ausgangsmaterial Rechnung trägt. Die Produktionsbereiche stellen fiktive Wirtschaftszweige dar, die so abgegrenzt sind, als ob in ihnen alle für diesen Wirtschaftszweig typischen Güter und nur diese erzeugt würden. Die »Systematik der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen (SIO)« ist analog zu der beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften für Input-Output-Tabellen entwickelten NACE/CLIO aufgestellt worden.

Neben dieser allgemeinen Systematik und ihren abgeleiteten Fassungen werden Wirtschaftszweigsystematiken für spezielle Zwecke benutzt. Die bereits erwähnte SYPRO — mit eigenem Nummernsystem — wird in der Statistik im Produzierenden Gewerbe angewendet (1976 neben dem »Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht«). Die SYPRO ist in ihrer Gliederung mit dem »Warenverzeichnis für die Industriestatistik« koordiniert, außerdem sind ihre Positionen von den entsprechenden Positionen der revidierten Systematik der Wirtschaftszweige abgeleitet. Die Handwerksbetriebe werden auch nach dem »Verzeichnis der Gewerbe, die als Handwerk betrieben werden können« (»Positivliste«), gegliedert, das den besonderen Verhältnissen des Handwerks entspricht, aber z. B. unberücksichtigt läßt, daß der wirtschaft-

liche Schwerpunkt eines Handwerksbetriebes unter Umständen außerhalb der handwerklich ausgeübten Be- und Verarbeitung bzw. Dienstleistung liegen kann. Es ist mit der Systematik der Wirtschaftszweige deshalb auch nur bedingt vergleichbar.

Die Systematik der Wirtschaftszweige läßt sich mit der »Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC)« auch nach deren Revision im Jahr 1968 in groben Zügen vergleichen. Die 1970 fertiggestellte, für die Bundesstatistik wichtigere »Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE)« weist auf globaler Ebene eine größere Abweichung hinsichtlich des Bereichs »Energie- und Wasserwirtschaft« auf, der in der NACE zusammen mit Teilen des Bergbaus (z. B. Kohlenbergbau) einen Einsteller bildet; im übrigen entspricht die Vergleichbarkeit zumindest derjenigen mit der ISIC. Die beiden internationalen Wirtschaftszweigsystematiken weisen entweder keine Gliederung nach den großen Sektoren der Volkswirtschaft auf oder enthalten diese nur als Zusatzschlüssel.

7.2 Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Privaten Haushalte

Für die öffentliche Finanzwirtschaft und die Privaten Haushalte, die sich in ihrem wirtschaftlichen Charakter weitgehend von den Unternehmen und Freien Berufen unterscheiden, wurden — insbesondere für die Darstellung der Finanzvorfälle — folgende besonderen Systematiken geschaffen:

- Funktionen- und Gruppierungsplan für die staatlichen Haushalte
- Gliederungs- und Gruppierungsplan für die kommunalen Haushalte
- Aufbereitungsschlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Gemeindefinanzstatistik (Zusammenfassung von 1 und 2)
- Systematik der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte
- Internationale Systematik der Aufgabenbereiche des Staates (Classification of the purpose of Government — SNA —), Vereinte Nationen, 1968
- Systematik der Aufgabenbereiche des Staates — Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (— ESGV —), 1970

7.2.1 Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft

Die oben genannten besonderen Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft bilden die Grundlage für die gesamte finanzstatistische Berichterstattung (siehe Katalog der Statistiken, 18 Finanzen und Steuern, Abschnitt: Öffentliche Haushalte).

Im Rahmen der staatlichen Haushaltsreform wurden für Bund und Länder einheitliche Grundsätze

für das Haushaltsrecht beschlossen (Haushaltsgrundsatzgesetz³⁾), die in den Haushaltsordnungen des Bundes⁴⁾ und der Länder ihren Niederschlag finden. Für alle staatlichen Haushalte wurde verbindlich ein Gruppierungs- und Funktionenplan geschaffen, der neben der Ordnung der Ausgaben und Einnahmen nach Arten durch eine funktionale Kennziffer die Zuordnung der einzelnen Finanzvorfälle zu den Funktionen herstellt. Diese Gliederung bildet auch die Grundlage für die Einteilung der Staatsfinanzstatistik.

Für die Gemeinden und Gemeindeverbände haben die Innenminister der Bundesländer durch verbindliche Verwaltungsvorschriften ab 1974 — für einige Länder ab 1975 — eine neue Haushaltssystematik in Kraft gesetzt. Der neue Gliederungs- und Gruppierungsplan ist weitgehend mit der Haushaltssystematik des Bundes und der Länder abgestimmt. Die Gliederung der kommunalen Haushalte nach Aufgabenbereichen (Einzelpläne, Abschnitte und Unterabschnitte) sowie die Gruppierung nach Einnahme- und Ausgabearten tragen ebenso wie die Haushaltssystematik des Bundes und der Länder den Anforderungen einer wirtschaftspolitisch orientierten Finanzwirtschaft Rechnung. Daneben bietet die neue Systematik aber auch eine größere Übersichtlichkeit und einen verbesserten finanzwirtschaftlichen Aussagewert der kommunalen Haushalte, insbesondere den Überblick über die Finanzierung der einzelnen Aufgaben. Sie ermöglicht außerdem den Aufbau eines nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichteten Rechnungswesens für einzelne öffentliche Einrichtungen.

Die Einheitlichkeit des Systems bildet die entscheidende Grundlage für eine einheitliche und rationelle automatische Verarbeitung der Haushalts-, Rechnungs- und Kassendaten aller Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Zweckverbände und sonstigen juristischen Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit in der Finanzstatistik.

Für die Zusammenfassung der Staats- und Gemeindefinanzstatistik wird ein besonderer Aufbereitungsschlüssel verwendet, der sich inhaltlich im wesentlichen mit den vorgenannten Gliederungen und Gruppierungen deckt.

Der Funktionenplan des Bundes und der Länder und der Gliederungsplan (Funktionalgliederung) der Gemeinden und Gemeindeverbände sind gleichzeitig die einheitliche Systematik für alle Nachweisungen der öffentlichen Finanzwirtschaft außerhalb der Einnahme- und Ausgabewirtschaft, also für die Erfassung des Schuldenstandes und dessen Veränderung sowie für den Personalstand. Auch die in Teilbereichen geführten Ver-

³⁾ BGBl. I 1969, S. 1273 — ⁴⁾ BGBl. I 1969, S. 1284.

mögensnachweisungen und Vermögensstatistiken sind nach diesen funktionalen Gliederungsprinzipien eingeteilt.

7.2.2 Systematik der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte

Für die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die Einkommens- und Verbrauchsstichproben und ähnliche Erhebungen, die sich an private Haushalte richten, wurde die »Systematik der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte« entwickelt. Im Aufbau und in der Abgrenzung der einzelnen Positionen lehnt sich diese Systematik eng an die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angewandten Gliederungskriterien an. Einnahmen werden nach Quellen und Arten gegliedert; für das Einkommen aus unselbständiger Arbeit ist außerdem der Nachweis von Einkommensempfängern vorgesehen (Haushaltsvorstand, Ehefrau, Kinder und sonstige Haushaltsmitglieder).

Die Ausgaben setzen sich aus den Ausgaben für den Privaten Verbrauch und den sonstigen Ausgaben zusammen. Die Ausgaben für den Privaten Verbrauch werden nach dem Verwendungszweck sowie nach Dauerhaftigkeit und Wert der gekauften Güter, sämtliche Ausgaben außerdem nach Arten gegliedert. Die Gruppierung der Ausgaben für den Privaten Verbrauch ist aus dem Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1963) abgeleitet.

7.3 Gütersystematiken

Wie die folgende Aufzählung zeigt, gibt es kein allgemeines Warenverzeichnis, sondern nur solche für spezielle Zwecke. Unter ihnen sind das Warenverzeichnis für die Industriestatistik, das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik und das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik von besonderer Bedeutung.

Alle Versuche — auf nationaler und internationaler Ebene — eine einheitliche Warengliederung für die gesamte Wirtschaft (Produktion, Ein- und Ausfuhr, Binnenhandel, Verkehr, letzte Verwendung der privaten Haushalte, des Staates usw.) zu erstellen, haben bisher keinen Erfolg gehabt. Das liegt im wesentlichen daran, daß für die verschiedenen Stadien des Warenflusses jeweils eigenständige Gesichtspunkte gelten. Für die Gruppierung der Produktion sind in erster Linie produktionswirtschaftliche Zusammenhänge maßgebend, die Warengliederung des Außenhandels orientiert sich aus Gründen der Zweckmäßigkeit am Zolllarif, im Binnenhandel ist das Sortiment, für den Verkehr die Transporteigenschaft der Waren, für den letzten Verbrauch der Verwendungszweck vorrangig. Eine Warensystematik, die allen Gesichtspunkten gleichzeitig und

in befriedigender Weise Rechnung tragen wollte, wäre kaum noch zu handhaben und hat deshalb wenig Aussicht auf Verwirklichung. In der letzten Zeit ist auf internationaler Ebene erneut der Versuch aufgegriffen worden, eine allgemeine einheitliche Warengliederung aufzustellen. Unabhängig davon werden die bisherigen Bemühungen zur Harmonisierung der verschiedenen Warensystematiken in Zukunft fortgesetzt und intensiviert.

Folgende wichtige Gütersystematiken werden gegenwärtig verwendet:

- Warenverzeichnis für die Industriestatistik — WI — 1975
daraus abgeleitet:
Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht
- Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik — WA — 1975
- Systematik des Material- und Wareneingangs im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) — WE²⁾ —
- Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik — WB²⁾ —
- Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik — GV — 1969
- Allgemeine Erzeugnisgliederung der Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei 1959 (Revision in Vorbereitung)
- Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch 1963
- Systematik der Bauwerke 1970 (zur Zeit in Revision)
- Deutscher Gebrauchs-Zolllarif 1975
- Gemeinsames Verzeichnis industrieller Erzeugnisse der Europäischen Gemeinschaften (Nomenclature industrielle des produits — NIPRO —³⁾)
- Internationale Systematik aller Waren und Dienstleistungen nach Herkunftsbereichen (International standard commodity classification of all goods and services — ICGS³⁾) —
- Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedsstaaten (Nomenclature des marchandises pour les statistiques du commerce extérieur de la Communauté et du commerce entre ses États membres — NIMEXE —) 1975
- Brüsseler Zolllarifschema — BZT (Brussels Tariff Nomenclature — BTN bzw. Nomenclature Douanière de Bruxelles — NDB) 1955
- Zolllarif der Europäischen Gemeinschaften — GZT (Tarif douanier commun de la CEE-TDC) 1968 nach dem Stand vom 1. 1. 1975.
- Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel, revidierte Ausgabe (Standard International Trade Classification, revised edition — SITC rev. — bzw. Classification Type pour le Commerce International, édition révisée — CTCl rev. —), Vereinte Nationen, 1961 (2. revidierte Ausgabe tritt 1977 in Kraft), und hiermit übereinstimmend:
- Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel in den Europäischen Gemeinschaften (Classification Statistique et Tarifaire pour le Commerce International — CST —)
- Einheitliches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik der Europäischen Gemeinschaften (Nomenclature uniforme de Marchandises pour les Statistiques de Transport — NST —), 1968
- Internationales Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen in Europa (Classification des Marchandises pour les Statistiques de Transport en Europe — CSTE —), 1968
- Internationale Systematik des letzten Verbrauchs der Privaten Haushalte (Classification of household goods and services — SNA —), Vereinte Nationen, 1968

²⁾ In Vorbereitung.

- Systematik der Verwendungszwecke des letzten Verbrauchs der Privaten Haushalte im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen — ESVG —, 1970
- Internationale Systematik der Bruttoanlageinvestitionen nach Anlagearten (Classification of gross fixed capital formation according to type — SNA —), Vereinte Nationen, 1968
- Internationale Systematik der Lagerbestände nach Arten (Classification of stocks according to type — SNA —), Vereinte Nationen, 1968.

7.3.1 Warenverzeichnis für die Industriestatistik

Das zur Zeit gültige »Warenverzeichnis für die Industriestatistik« ist im Jahr 1975 neu herausgegeben worden. Die ständige Anpassung an die technische und wirtschaftliche Entwicklung sowie an nationale und internationale Systematiken macht in mehrjährigen Abständen Neuausgaben erforderlich.

Das Verzeichnis umfaßt die industriell gewonnenen und durch Be- oder Verarbeitung hergestellten Produkte sowie einige Dienstleistungen, z. B. Montagen und Reparaturen. Die oberste Gruppierung nach sog. »Warengruppen« folgt produktionswirtschaftlichen Zusammenhängen und ist daher eng mit der institutionellen Gliederung verbunden.

Diese Anlehnung an die institutionelle Gliederung hat Schwierigkeiten zur Folge, wenn eine Ware zu den Produkten verschiedener Wirtschaftszweige gehört, weil nach den Grundsätzen des Verzeichnisses gleiche Waren nur an einer Stelle aufgeführt werden sollen. Solche Waren werden nach Möglichkeit der Warengruppe zugeordnet, die der Industriegruppe entspricht, in der die jeweilige Ware überwiegend produziert wird. So sind z. B. Elektro-Vollherde, auch wenn sie zum Teil von der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie hergestellt werden, sämtlich unter den elektrotechnischen Erzeugnissen nachgewiesen.

Für die feinere Gliederung nach Warenzweigen, -klassen und -arten stand zwar der produktionswirtschaftliche Zusammenhang im Vordergrund; sie konnte aber nicht nur diesem einzigen Gesichtspunkt folgen. Hierbei ließ sich eine unterschiedliche Gliederungstiefe in den einzelnen Warengruppen nicht vermeiden.

7.3.2 Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

Vom Januar 1975 an bildet das »Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten« (NIMEXE) mit seinen zur Zeit 6694 sechsstelligen Kennziffern die Grundlage des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik. Die NIMEXE (Verordnung EWG Nr. 1445/72 vom 24. 4. 1972; Amtsblatt Nr. L161 vom 17. 7. 1972) besteht aus den Positionen des Zolltarifs der Europäischen Gemeinschaften (GZT) sowie gemeinschaftlichen statistischen Unterteilungen.

Über den Rahmen der NIMEXE hinausgehende nationale Unterteilungen sind durch Anfügen einer siebten Stelle an die Kennziffer der NIMEXE verschlüsselt worden; eine »0« in dieser Stelle bedeutet, daß diese Position national nicht weiter unterteilt ist.

Diese enge Bindung an die NIMEXE bzw. an den Zolltarif erschwert die Vergleichbarkeit mit dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik; an einer weiteren Angleichung der beiden Verzeichnisse wird jedoch ständig gearbeitet.

Die zur Zeit 8596 Warennummern als kleinste Bausteine des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik ermöglichen eine Zusammenfassung der Ergebnisse zu Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft. Innerhalb der Gewerblichen Wirtschaft werden nach dem Verarbeitungsgrad Rohstoffe, Halbwaren sowie Fertigwaren-Vorzeugnisse und -Enderzeugnisse unterschieden. Diese Gliederung ist seit 1936 praktisch kaum geändert worden und entspricht deshalb nicht mehr voll den heutigen Anforderungen.

Eine Zusammenfassung der Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik zu den Positionen des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (CST bzw. rev. SITC) dient als Grundlage für den internationalen Vergleich und die Berichterstattung an die internationalen Organisationen.

In einer Gegenüberstellung werden die Nummern des jeweils gültigen Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik — soweit notwendig schwerpunktmäßig — den Warengruppen und -zweigen des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik zugeordnet. Sie ermöglicht einen bedingten Vergleich der Ergebnisse der Außenhandelsstatistik mit entsprechenden Ergebnissen der Produktionsstatistik. Für die Arbeiten des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg werden in einer weiteren Gegenüberstellung die Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik den Positionen der NIMEXE zugeordnet.

7.3.3 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik

Das ab 1969 gültige »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik« ist so aufgebaut, daß es von allen Verkehrszweigen verwendet werden kann. Außerdem ist es mit der Ausgabe 1968 des Einheitlichen Güterverzeichnisses für die Verkehrsstatistik der Europäischen Gemeinschaften (NST) und damit auch mit der Ausgabe 1968 des Internationalen Güterverzeichnisses für die Verkehrsstatistik der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen in Europa (CSTE) und den anderen

bereits genannten internationalen Warenverzeichnissen (SITC und CST) abgestimmt. Die Vergleichbarkeit mit dem früheren deutschen Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken ist für die dreistelligen Gütergruppen voll gegeben; außerdem ist das neue Güterverzeichnis mit dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik und auch mit dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik vergleichbar. Diese vielseitige Verwendbarkeit und die Abstimmung auf bereits vorliegende internationale Systematiken erlaubten kaum die Berücksichtigung rein transporttechnischer Gesichtspunkte.

7.3.4 Systematisches Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch

Das 1963 herausgegebene »Systematische Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch« gliedert Waren und Dienstleistungen, soweit sie Käufe von privaten Haushalten darstellen. Es sind zwei Gliederungsgesichtspunkte zugrunde gelegt: nach Verwendungszwecken und gruppenspezifischen Merkmalen einerseits, nach Dauerhaftigkeit und Wert andererseits. Die Gliederung nach dem Verwendungszweck war deshalb besonders problematisch, weil Käufe — also eine Vorstufe des tatsächlichen Verbrauchs — zu ordnen sind und verschiedene Gruppen von gekauften Gütern, die einen mehrfachen Verwendungszweck haben, nicht aufgeteilt werden können. Die Einteilung selbst lehnt sich an traditionelle Gruppierungen an. Dem zusammengefaßten allgemeinen Zweck »Haushaltsführung« folgen die Zwecke »Verkehr und Nachrichtenübermittlung« sowie »Körper- und Gesundheitspflege«, »Bildung und Unterhaltung«; den Abschluß bilden »Persönliche Ausstattung, Sonstiges«. Aus der »Haushaltsführung« sind bestimmte Gütergruppen, wie »Nahrungs- und Genußmittel«, »Kleidung, Schuhe«, »Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.« sowie »Wohnungsmieten u. ä.« getrennt als Hauptgruppen herausgenommen worden. Diese sind dann weiter nach spezifischen Merkmalen untergliedert worden.

Außerdem sind die Waren und Dienstleistungen nach ihrer Dauerhaftigkeit und ihrem Wert geordnet, wobei unterschieden wird zwischen Verbrauchsgütern und Reparaturen, Gebrauchsgütern von mittlerer Lebensdauer und/oder begrenztem Wert, langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgütern und Dienstleistungen.

Neben der Verwendung dieser Gliederung für die Nachweisung des Privaten Verbrauchs in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde die Systematik auch der Aufbereitung der Einkommens- und Verbrauchsstichproben zugrunde gelegt. Ferner werden der Preisindex für die Lebenshaltung sowie die laufenden Wirtschaftsrechnungen auf der Grundlage dieses Güterverzeichnisses gegliedert.

Zur Zeit wird das Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch im Hinblick auf das 1968 überarbeitete Gliederungsschema des Privaten Verbrauchs (Classification of household goods and services) im System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (SNA) der Vereinten Nationen überprüft. Dieses Schema wird auch für die Gliederung des Privaten Verbrauchs in dem beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften entwickelten Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) angewendet.

7.4 Personensystematiken

Für die Gruppierung von Personen nach wichtigen Merkmalen und Tatbeständen — vor allem in den Statistiken der Bevölkerung und des Erwerbslebens — sind folgende spezielle Systematiken von Bedeutung:

— Klassifizierung der Berufe 1975⁴⁾

dazu:

Schlüsselverzeichnis der Berufsbenennungen für die Berufszählung 1970

Berufstätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland, beschrieben in der Zusammenfassung nach berufssystematischen Einheiten der Klassifizierung der Berufe 1961

Verzeichnis der Amtsbezeichnungen von Beamten nach Laufbahngruppen; Signierverzeichnis für die Berufszählung 1970

Schlüsselverzeichnis der Amtsbezeichnungen von Beamten und Richtern nach der Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1970 (erschienen 1973)

— Internationale Standardklassifikation der Berufe (International Standard Classification of Occupations — ISCO —), revidierte Ausgabe 1968

— Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (International Statistical Classification of Diseases, Injuries and Causes of Death — ICD —), 1968

— Verzeichnis der Religionsbenennungen 1970.

7.4.1 Klassifizierung der Berufe

Die Ausgabe 1975 der »Klassifizierung der Berufe« stellt eine ergänzte und berichtigte Fassung der Ausgabe 1970 dar. Diese war das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit.

In der Berufsklassifizierung werden als »Beruf« die auf Erwerb gerichteten, charakteristische Kenntnisse und Fertigkeiten sowie Erfahrungen erfordernden und in einer typischen Kombination zusammenfließenden Arbeitsverrichtungen verstanden.

Die erste Stufe der Gliederung umfaßt sechs Berufsbereiche. Den Anfang bilden — entsprechend der großen Linie der Wirtschaftssystematiken — die Pflanzenbauer, Tierzüchter und Fischereiberufe, denen die Bergleute und Mineral-

⁴⁾ Die Ausgabe 1975 entspricht in ihrer systematischen Struktur der Ausgabe 1970.

Als Beispiele für Verzeichnisse räumlicher Gliederungen außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland seien das »Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik« — das im Aufbau und in der Benummerung dem Länderverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedsstaaten entspricht — sowie das »Verzeichnis der Verkehrsbezirke und Häfen« erwähnt, das u. a. auch Verkehrsbezirke, Häfen und Küstenstrecken des Auslandes enthält.

7.6 Sonstige Systematiken

Außer den in den vorhergehenden Abschnitten genannten Systematiken werden in der amtlichen Statistik noch andere Systematiken und Verzeichnisse verwendet. Sie dienen meist einem speziellen Erhebungszweck und unterteilen daher nur eng begrenzte Tatbestände. Als Beispiele hierfür seien das »Verzeichnis der Krankenhäuser« und das »Verzeichnis der Höheren Schulen, Mittelschulen und Sonderschulen« genannt.

KATALOG DER STATISTIKEN

Erläuterungen zum Katalog der Statistiken

1 Inhalt

Der Katalog enthält alle Bundesstatistiken, unabhängig davon, ob sie von den Statistischen Ämtern oder von den obersten Bundesbehörden und ihren nachgeordneten Dienststellen bearbeitet werden. Nachgewiesen werden ferner die Statistiken der Europäischen Gemeinschaften und die vom Statistischen Bundesamt koordinierten Länderstatistiken. Ausgenommen sind lediglich die verhältnismäßig wenigen Statistiken, deren Ergebnisse nur zum Dienstgebrauch bestimmt sind, also nicht zur Veröffentlichung gelangen.

Nachgewiesen sind alle in regelmäßigen Zeitabständen zu wiederholenden Statistiken nach ihrem Programm von Anfang 1976. Wegen ihrer besonderen Bedeutung sind auch die jeweils letzten Zählungen weiterhin im Katalog enthalten. Von den sonstigen einmaligen oder unregelmäßigen Erhebungen sind nur die seit dem Erscheinen des letzten Bandes (1971) durchgeführten verzeichnet. Angaben über die vor 1971 abgeschlossenen Statistiken können den früheren Ausgaben dieses Bandes entnommen werden (siehe Übersicht auf Seite 331 f.).

Der Katalog bringt auch Hinweise auf Statistiken, deren Vorbereitung bereits so weit gediehen ist, daß mit ihrer baldigen Durchführung gerechnet werden kann.

2 Aufbau und Gliederung

Unter »Statistik« im Sinne dieses Katalogs ist eine Gruppe von Tatbeständen aus bestimmten Sachbereichen zu verstehen, für die im Rahmen von Erhebungen oder sonstigen Erfassungen gleichzeitig Ergebnisse anfallen.

Der Benutzer, der sich über gleichlautende Tatbestände aus verschiedenen Statistiken informieren möchte, findet Verweisungen im »Sachregister zum Katalog der Statistiken«, das am Ende dieses Bandes (Seite 393 ff.) abgedruckt ist.

Die systematische Anordnung der Statistiken und ihre Zusammenfassung zu Aufgabenbereichen entspricht der für das »Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland« gewählten Gliederung. Statistiken aus verschiedenen Sachbereichen wurden — auch wenn sie in einem Gesetz oder einer Rechtsverordnung angeordnet sind — auf die jeweiligen Sachabschnitte aufgeteilt. Dies gilt z. B. auch für die Erhebungen im Rahmen des Mikrozensus.

Der Katalog enthält folgende Angaben:

2.1 Rechtsgrundlage

Für die den Statistiken zugrunde liegenden Gesetze oder Rechtsverordnungen sind jeweils die Fundstellen (Bundesgesetzblatt oder Bundes-

anzeiger) angegeben. Eine Übersicht über die z. Z. geltenden statistischen Rechtsgrundlagen befindet sich auf Seite 335 ff. Der Wortlaut dieser Gesetze und Verordnungen einschließlich ihrer Begründung ist einer gesonderten Loseblatt-Sammlung zu entnehmen, die beim Statistischen Bundesamt angefordert werden kann.

2.2 Periodizität

Es werden nachgewiesen:

bei einmalig oder in unregelmäßigen Zeitabständen durchgeführten Erhebungen der Zeitpunkt (Stichtag) oder Zeitraum der Erhebung bzw. Erfassung;

bei laufenden Statistiken der Wiederholungsturnus.

Unterschiede zwischen Erhebungs- und Berichtszeit sind jeweils vermerkt.

2.3 Kreis der Befragten

Bei Primärstatistiken werden die unmittelbar Befragten, bei Sekundärstatistiken diejenigen Stellen genannt, die sich erstmals mit der Bearbeitung des Materials befassen. Die methodischen Grundzüge von Stichprobenerhebungen sind in der Übersicht auf Seite 374 ff. näher erläutert.

2.4 Berichtsweg

Es werden alle Stellen genannt, die in die Bearbeitung des Materials eingeschaltet sind.

2.5 Ergebnisse

Tatbestände

Es handelt sich um eine Aufzählung der wichtigsten Tatbestände und Merkmale, für die Ergebnisse veröffentlicht werden oder zur Veröffentlichung vorgesehen sind. Im Interesse einer Straffung der Darstellung können nicht alle in den Veröffentlichungen enthaltenen Merkmalskombinationen einzeln aufgeführt werden. Die Angaben reichen aber für eine Charakterisierung von Art und Umfang des in den Publikationen dargebotenen Materials aus. Näheres über die Berechnungsgrundlagen von Indizes oder Meßzahlen ergibt sich aus der Übersicht auf Seite 381 ff.

Fachliche Gliederung

Hier erscheinen Hinweise auf systematische Verzeichnisse. Sie werden gegeben, wenn die Ergebnisse einer Statistik in feinerer Untergliederung zur Veröffentlichung gelangen. Einen Überblick über die bei den einzelnen Statistiken verwendeten deutschen Systematiken enthält die Übersicht auf Seite 349 ff. Auszüge aus wichtigen Systematiken sind auf den Seiten 353 ff. abgedruckt.

Regionale Gliederung

Da es im Rahmen dieser Veröffentlichung nicht möglich ist, einen vollständigen Nachweis über die regionale Gliederung aller bei Bund und Ländern zur Veröffentlichung gelangenden Ergebnisse zu erbringen, können an dieser Stelle nur einige allgemeine Hinweise über die Aufgliederung des Materials nach kleineren regionalen Einheiten gegeben werden. (Länderergebnisse werden nicht besonders erwähnt.) Es ist zu berücksichtigen, daß nicht alle Tatbestände in der angegebenen regionalen Gliederung nachgewiesen werden und daß auch nicht alle Statistischen Landesämter einheitlich bei der Veröffentlichung von Regionalzahlen verfahren. Der an Einzelheiten interessierte Benutzer findet nähere Hinweise in dem vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen »Quellennachweis regionalstatistischer Ergebnisse«.

Veröffentlichungen

Die Nachweise beschränken sich auf die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und der obersten Bundesbehörden. Eine Aufzählung der vielgestaltigen Länderveröffentlichungen

ist aus Platzgründen nicht möglich. Über das einheitliche Mindestveröffentlichungsprogramm der Länder in den »Statistischen Berichten« unterrichtet die Übersicht auf Seite 391.

Von den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes werden die Textbeiträge aus Wirtschaft und Statistik ab Jahrgang 1971 (dem Erscheinungsjahr des Vorläufers dieses Bandes) zitiert. Die mit (M) gekennzeichneten Beiträge enthalten eine Darstellung der Erhebungsmethoden. Sie werden erwähnt, auch wenn sie bereits in früheren Jahrgängen der Zeitschrift erschienen sind. Mit Stern [*] versehene Beiträge beziehen sich nur auf den Tabellenteil von Wirtschaft und Statistik. Außerdem werden die jeweiligen Fachveröffentlichungen (Fachserien) mit Kennziffer und Erscheinungsfolge genannt. Über Titel und Gliederung der Fachserien unterrichtet die Übersicht auf Seite 387 f.

Querschnittsveröffentlichungen sind im allgemeinen nicht erwähnt. Das Statistische Jahrbuch, das einen ausführlichen Quellennachweis enthält, wird nur zitiert, wenn es die einzige Veröffentlichungsquelle darstellt.

1 GEBIET UND BEVÖLKERUNG

1.1 Volkszählung vom 27. Mai 1970	79
1.2 Mikrozensus	80
1.3 Feststellung des Gebietsstandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungsvorausschät- zungen	81
1.4 Staatsangehörigkeitsstatistik	83
1.5 Ausländerstatistik	83

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969 (BGBl. I S. 292).

Periodizität

Wiederholungen in etwa zehnjährlichem Turnus.

Kreis der Befragten

Gesamtbevölkerung (nicht erfaßt wurden Angehörige der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sowie die Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieser Personenkreise).

Ein Teil der Fragen wurde nur an einen repräsentativen Querschnitt von 10% der Bevölkerung gestellt (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 374 f.).

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden (Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer), Gemeindegrößenklassen und Stadt-Land-Gliederung.

Wohnberechtigte Bevölkerung nach Geschlecht und Geburtsjahrgruppen. Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen.

Anstalten nach der Art, Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich nach Art der Anstalt, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer); Anstaltsbevölkerung (= Wohnbevölkerung ohne Haushalte im Anstaltsbereich) nach Art der Anstalt, Geschlecht, Altersgruppen und Familienstand.

Ausländer nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand und Staatsangehörigkeit; Privathaushalte von Ausländern, Geschlecht und Staatsangehörigkeit des Haushaltsvorstandes, Zahl der Haushaltsmitglieder; in Anstalten lebende Ausländer nach dem Geschlecht.

Privathaushalte nach Haushaltstyp, Zahl der Haushaltsmitglieder, Zahl der Generationen, Zahl der Einkommensbezieher, höchstes Nettoerwerbseinkommen, Zahl und Alter der Kinder; Haushaltsvorstand nach Geschlecht, Altersgruppe, Familienstand, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf und Nettoerwerbseinkommen; Familientypen im Haushalt, Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer) des Familienvorstandes sowie Stadt-Land-Gliederung.

Bevölkerung in Privathaushalten nach Geschlecht und Zahl der Haushaltsmitglieder; ferner nach Haushaltstyp, Altersgruppen, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf. Einzelhaushalte nach Familienstand, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft.

Familien nach Familientyp, Zahl der Familienmitglieder, Zahl und Alter der Kinder; Ehepartner bzw. Familienvorstand nach Geschlecht, Familienstand, Altersgruppe, Religionszugehörigkeit und Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Beteiligung am Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich, Stellung im Beruf und Nettoerwerbseinkommen, Stadt-Land-Gliederung.

Ehepaare nach der Zahl der ehelich lebendgeborenen Kinder und der in der Familie lebenden ledigen Kinder, ferner nach Altersgruppen, Religionszugehörigkeit, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Beteiligung am Erwerbsleben und Nettoerwerbseinkommen der Ehepartner. Heirats-

altergruppen, Eheschließungsjahrgruppen, Ehedauer, außerdem nach erster bzw. zweiter oder weiterer Ehe der Ehepartner und nach Religionszugehörigkeit der Kinder.

Ehefrauen bzw. weibliche Familienvorstände insgesamt bzw. mit Kindern nach Familientyp, Altersgruppen, Zahl der ehelich lebendgeborenen und der in der Familie lebenden ledigen Kinder, ferner nach Beteiligung am Erwerbsleben (z. T. nach Wirtschaftsbereichen) und Stellung im Beruf.

Verheiratete, verwitwete und geschiedene Frauen nach Altersgruppen, Geburtsjahren, Zahl der ehelich lebendgeborenen und der in der Familie lebenden ledigen Kinder; Alter bei der Geburt der Kinder, Ehedauergruppen und Heiratsaltergruppen, ggf. Jahresabstand zwischen Eheschließung und Aufgabe der Erwerbstätigkeit, ferner Abstand zwischen Geburt des ersten Kindes und Aufgabe der Erwerbstätigkeit. Mütter nach Familientyp, Altersgruppen, Zahl und Altersgruppen der Kinder in der Familie, Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf. Wochenarbeitszeit und Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte. In erster sowie in zweiter und weiterer Ehe verheiratete Frauen nach Heiratsalter, Geburtsjahr, Ehedauer, Zahl bzw. Geburtsjahre der ehelich lebendgeborenen Kinder.

Bevölkerung am Familienwohnsitz nach Geschlecht, Altersgruppen, Geburtsjahren, Religionszugehörigkeit; Art der gegenwärtig besuchten Schule sowie nach Erwerbstätigkeitsmerkmalen des Familienvorstandes (Beteiligung am Erwerbsleben, Nettoerwerbseinkommen).

Ledige Kinder in Familien nach Familientyp, Geschlecht, Altersgruppen; Art der gegenwärtig besuchten Schule bzw. Ausbildung (höchster Abschluß), Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf; ferner nach Ausbildung sowie Erwerbstätigkeitsmerkmalen der Mutter bzw. des Familienvorstandes (höchster Abschluß, Beteiligung am Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich, Stellung im Beruf, sozio-ökonomische Gruppe und Nettoerwerbseinkommen), Stadt-Land-Gliederung.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Berufszählung 1970« und nach dem »Verzeichnis der Religionsbenennungen (Ausgabe 1970)«.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Kreise, Stadtregionen, sonstige nichtadministrative Gebietseinheiten, Gemeinden.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 8/67 (M), 10/67 (M); 4/70 (M); 12/71; 8, 11, 12/72; 10, 11/73; 3, 4, 5, 6, 7, 9/74.

Fachserie A, Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970, Heft 1 bis 24

Karten zur Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 (8 Kartenblätter mit 13 Karten)

»Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland« Ausgabe 1971.

Hinweis: Die durch die Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahlen werden durch die »Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung« (siehe S. 87 f.) fortgeschrieben. Siehe hierzu auch »Fortschreibung des Bevölkerungsstandes«.

1.2 Mikrozensus

Vorbemerkung: An dieser Stelle werden die bevölkerungsstatistischen Tatbestände des Mikrozensus nachgewiesen. (Erwerbsstatistische Tatbestände siehe S. 124 f.)

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 (BGBl. I S. 1909).

Periodizität

Jährliche, zweijährliche bzw. vierjährige Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Stichprobenerhebungen bei rund 230 000 Haushalten (einschl. Anstalten) im April (Näheres siehe S. 374 f.).

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahrgruppen, Familienstand, Unterhalt, Einkommen, Art des Krankenversicherungsschutzes und Art der Krankenkasse. Wohnbevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr nach Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung. Ausländer nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahrgruppen, Familienstand und Staatsangehörigkeit. Frauen und Mütter nach Zahl und Alter der Kinder, Familienstand und Alter. Privathaushalte nach Haushaltstyp, Zahl der Haushaltsmitglieder, Haushaltseinkommen, Gemeindegrößenklassen sowie nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes. Familien nach Familientyp, Zahl der Familienmitglieder, Zahl und Alter der Kinder sowie nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf und Einkommen des Familienvorstandes.

Zweijährlich: Aus- und Weiterbildung der Bevölkerung. Wohnbevölkerung nach Lebensversicherung und sonstiger Alterssicherung. Ausländer nach Merkmalen der zu unterstützenden Familienangehörigen, Sprachkenntnissen und Aufenthaltsdauer. Privathaushalte nach Art der Unterbringung und Mietbelastung.

Vierjährlich: Wohnbevölkerung nach Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta 11/73 (M); 2, 12/71; 1, 2, 3, 12/72; 10/74; 5, 10/75.

Fachserie A, Reihe 4 (jährlich),
Reihe 5 (unregelmäßig),
Reihe 6/11 (jährlich).

1.3.1 Feststellung des Gebietsstandes

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694), geändert durch das Gesetz vom 6. Januar 1971 (BGBl. I S. 9).

Periodizität

Laufende Feststellung der Änderungen; jährliche Feststellung des Gebietsstandes.

Kreis der Befragten

Laufende Angaben in den amtlichen Publikationen der für die Feststellung des Gebietsstandes zuständigen Organe.

Berichtsweg

Katasterämter — Landesvermessungsämter — StLÄ — StBA.

Kreisverwaltungen — Bezirksregierungen — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Fläche, Namens- und Grenzänderungen, Regionalschlüssel, zuständige Amtsgerichte, Arbeits- und Finanzämter, Amtsgerichtsbezirke, Arbeits-, Finanz- und Zollamtsbezirke, Oberpostdirektionen, Handwerks-, Industrie- und Handelskammerbezirke, Standesämter; außerdem Einteilung nach Postleiteinheiten.

1.3 Feststellung des Gebietsstandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungsvoraussetzungen

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungs-(Verwaltungs-)bezirke, Regionalverbände, Kreise, Samtgemeinden, Ämter, Verbandsgemeinden, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Verzeichnis »Statistische Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland« Ausgabe 1974.

1.3.2 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Rechtsgrundlage

Siehe unter 1.3.1.

Periodizität

Monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Fortschreibung.

Kreis der Befragten

Die Fortschreibung (Basis jeweils letzte Volkszählung) wird in den StLÄ aufgrund der Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (siehe unter 2.1) und der Wanderungsstatistik (siehe unter 2.2) durchgeführt.

Berichtsweg

StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Stand der Wohnbevölkerung.

Monatlich für Bund: insgesamt nach dem Geschlecht.

Vierteljährlich für Bund und Länder: insgesamt nach dem Geschlecht.

Jährlich mit Stichtag 31. Dezember für Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise: insgesamt und nach Geschlecht sowie Bevölkerungsdichte; für Bund und Länder: insgesamt und Deutsche nach Geburtsjahren, Altersjahren, Familienstand und Geschlecht; Gemeinden mit 10 000 Einwohnern und mehr.

Jährlich mit Stichtag 30. Juni für Bund und Länder: insgesamt nach Gemeindegrößenklassen.

Regionale Gliederung

Siehe unter 1.3.1.

Veröffentlichungen

WiSta 11/72; 6/73; 6/74.

WiSta* (monatlich).

Fachserie A, Reihe 1,

I Bevölkerungsstand und -entwicklung (vierteljährlich, jährlich),

II Alter und Familienstand der Bevölkerung (jährlich),

III Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise (jährlich),

IV Bevölkerung der Gemeinden (jährlich).

1.3.3 Bevölkerungsvorausschätzungen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 1.3.1.

Periodizität

Unregelmäßig.

Berichtsweg

StLÄ — StBA (zum Teil zentrale Aufbereitung im StBA).

Ergebnisse

Tatbestände

Vorausschätzung der deutschen und der ausländischen Bevölkerung, zuletzt Vorausschätzung der Gesamtbevölkerung bis zum Jahre 2000 (nach Geschlecht und Alter unter Einbeziehung der Wanderungen).

Vorausschätzungen aufgrund von Unterlagen der StLÄ sowie eigene Vorausschätzungen des StBA.

Veröffentlichungen

WiSta 2, 6/73; 12/75 (M).
Fachserie A, Reihe 1/S.

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Zuständige Behörden der Länder und Bundesverwaltungsamt.

Berichtsweg

Befragte — Innenministerien bzw. Senatoren der Länder und Bundesverwaltungsamt — StBA (Zusammenstellung und Veröffentlichung).

Ergebnisse

Tatbestände

Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen und Erklärungen, Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche. Eingebürgerte Personen nach dem Rechtsgrund. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund des Zweiten und Dritten Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit von 1956 bzw. 1957. Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen nach neuen Heimatstaaten.

Veröffentlichungen

WiSta 3, 8/75.
Fachserie A, Reihe 1/V (jährlich).

Rechtsgrundlage

Vereinbarung zwischen Statistischem Bundesamt und Bundesverwaltungsamt (Ausländerzentralregister) mit Zustimmung des Bundesministers des Innern.

Periodizität

Jährliche Aufbereitung mit Stichtag 30. September.

Kreis der Befragten

Ausländerbehörden.

Berichtsweg

Übermittlung von Datensätzen des Ausländerzentralregisters an das Statistische Bundesamt.

1.4 Staatsangehörigkeitsstatistik

1.5 Ausländerstatistik

Ergebnisse

Tatbestände

Für Bund und Länder: Ausländer insgesamt nach dem Geschlecht sowie nach Altersjahren und -gruppen, Familienstand, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer.

Für Gemeinden mit 100 000 Einwohnern und mehr: Ausländer insgesamt nach dem Geschlecht sowie nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten.

Regionale Gliederung

StBA: Gemeinden mit 100 000 Einwohnern und mehr.

StLÄ: Teilweise auch Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 4, 11/74.

Fachserie A, Reihe 1/S,
Reihe 1/VI (jährlich).

Hinweis: Angaben über Ausländer fallen außerdem im Rahmen zahlreicher anderer Statistiken an (siehe Sachregister).

2 BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG

2.1 Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung	87
2.2 Wanderungsstatistik	89

2.1.1 Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle

2.1 Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694), geändert durch das Gesetz vom 6. Januar 1971 (BGBl. I S. 9).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche, vierteljährliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Standesämter.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich (nach dem Registrierort):

Eheschließungen, Lebendgeborene, Totgeborene, Gestorbene.

Vierteljährlich mit Monatsergebnissen (Geburten und Sterbefälle nach dem Wohnort, gegliedert nach der Staatsangehörigkeit):

Eheschließungen; Lebendgeborene insgesamt (darunter nichtehelich) und nach dem Geschlecht; Totgeborene; Gestorbene nach dem Geschlecht; im ersten Lebensjahr und in den ersten 27 Lebenstagen Gestorbene.

Jährlich (Geburten und Sterbefälle nach dem Wohnort):

Eheschließende nach Alters- und Geburtsjahren und bisherigem Familienstand.

Eheschließungen nach Kalendermonaten, Religionszugehörigkeit und bisherigem Familienstand; Staatsangehörigkeit der Ehegatten sowie Alters- und Geburtsjahre; Erst-Ehen, Wiederverheiratungen.

Ehelich und nichtehelich Lebend- und Totgeborene nach dem Geschlecht (jeweils nach Kalendermonaten); Anstalts- und Hausgeburten nach der Geburtenfolge und Gemeindegößenklassen (ehelich Lebendgeborene nach der Lebendgeburtenfolge). Ehelich Geborene nach Geburts- und Eheschließungsjahren der Mütter sowie nach der Lebendgeburtenfolge. Ehelich Lebendgeborene nach Geburtsjahren, Staatsangehörigkeit und Religionszugehörigkeit der Eltern. Ehelich erstgeborene Kinder nach der Ehedauer der Eltern. Ehelich Lebend- und Totgeborene nach Geburtenabstand und Gesamtgeburtenfolge. Mehrlingsgeburten nach Geschlechtskombination und Legitimität. Ehelich und nichtehelich Lebend- und Totgeborene nach Körperlänge und -gewicht bei der Geburt sowie bei der Geburt erkennbaren Fehlbildungen nach dem Geburtsjahr der Mutter und der Geburtenfolge.

Gestorbene nach Geschlecht, Kalendermonaten, Alter, Familienstand, Gemeindegößenklassen, Ehedauer, Religionszugehörigkeit. Im ersten Lebensjahr Gestorbene nach Geschlecht, Legitimität, Kalendermonaten, Gemeindegößenklassen, Alter, Geburts- und Sterbemonat sowie gestorbene Säuglinge in Anstalten nach Körperlänge und -gewicht bei der Geburt.

Außerdem Tafelberechnungen: Geburtentafeln, Heiratstafeln, Allgemeine Sterbetafeln, Sterbetafeln nach dem Familienstand und Sterbetafeln nach Gemeindegößenklassen sowie Ehedauertafeln.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 1, 2, 4, 7, 10/71; 2, 3, 6, 9/72; 5, 7, 11, 12/73; 2, 4, 5, 6, 9, 11/74; 1, 2, 6, 8/75.
WiSta* (monatlich).
Fachserie A, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/1 (vierteljährlich).

Außerdem:

Heiratsafeln 1960/62
WiSta 11/65 und Fachserie A, Reihe 2/S
Ehedauertafeln 1961
WiSta 2/69 und Fachserie A, Reihe 2/S.
Sterbetafeln 1960/62
WiSta 2, 10/65 und Fachserie A, Reihe 2/S
Sterbetafeln 1970/72
WiSta 7/74.
Die Sauglingssterblichkeit
WiSta 12/66.
Lebensablauf einer Generation
WiSta 8/68 und Fachserie A, Reihe 2/S.

2.1.2 Kriegsterbefälle

(Standesamtlich beurkundete Kriegsterbefälle, gerichtliche
Todeserklärungen)

Rechtsgrundlage

Siehe unter 2.1.1.

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Standesämter bzw. Amtsgerichte (für Todeserklärungen).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA (Todeserklärung über Standesamt I, Berlin
und zentrale Aufbereitung im StBA).

Ergebnisse

Tatbestände

Standesamtlich beurkundete Kriegsterbefälle von Angehörigen der
deutschen Wehrmacht und von Zivilpersonen nach Staatsangehörigkeit
und Todesjahr; außerdem nach Altersgruppen und Familienstand.

Gerichtliche Todeserklärungen von Angehörigen der deutschen Wehrmacht
und von Zivilpersonen nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Todes-
jahr; außerdem nach Altersgruppen und Familienstand.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 2 (jährlich).

2.1.3 Rechtskräftige Urteile in Ehesachen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 2.1.1.

Periodizität

Laufende Erhebung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Landgerichte.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Gerichtliche Ehelösungen nach der Art des Urteils (Nichtigkeit der Ehe, Aufhebung der Ehe, Ehescheidung), dem Kläger und nach Gründen; Ehescheidungen nach der Schuld, nach Eheschließungsjahren und Kinderzahl, nach Geburtsjahren, Religionszugehörigkeit der Geschiedenen, geschiedene Männer und Frauen nach Alter und Ehedauer.

Veröffentlichungen

WiSta 3/71; 6/72; 11/73; 7/74; 6/75.
Fachserie A, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/II (jährlich).

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694), geändert durch das Gesetz vom 6. Januar 1971 (BGBl. I S. 9).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche, vierteljährliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Einwohnermeldeämter.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu- und Fortzüge.

Innerhalb des Bundesgebietes (Binnenwanderung):

Von Bundesland zu Bundesland

Vierteljährlich: Personen insgesamt und Erwerbspersonen nach Geschlecht, jeweils nach Herkunfts- und Zielländern.

Jährlich außerdem: Personen insgesamt nach Alters- und Geburtsjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer); Erwerbspersonen nach Alters- und Geburtsjahren.

Innerhalb der Bundesländer

Vierteljährlich: Personen insgesamt und Erwerbspersonen nach Geschlecht.

Jährlich außerdem: Wanderungsströme zwischen den Kreisen der Bundesländer nach Herkunfts- und Zielkreisen.

Über die Grenzen des Bundesgebietes (Außenwanderung):

Insgesamt

Vierteljährlich: Personen nach Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer), Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen nach Geschlecht, jeweils nach Herkunfts- und Zielländern.

Jährlich außerdem: Personen insgesamt nach Alters- und Geburtsjahren, Familienstand und Religionszugehörigkeit.

Zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland

Vierteljährlich: Personen nach Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer) und Erwerbspersonen, jeweils nach Herkunfts- und Zielländern.

Jährlich außerdem: Personen insgesamt nach Alters- und Geburtsjahren, Religionszugehörigkeit und Geschlecht. Wanderungsströme zwischen den Kreisen des Bundesgebietes und dem Ausland.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 2, 9/71; 9/72; 9/73; 10/74; 4, 6, 12/75.
WiSta * (monatlich).
Fachserie A, Reihe 3 (vierteljährlich, jährlich).

2.2 Wanderungs- statistik

3 GESUNDHEITSWESEN

3.1 Statistik der meldepflichtigen Krankheiten und Tuberkulosestatistik	93
3.2 Statistik der Geschlechtskrankheiten	94
3.3 Todesursachenstatistik	94
3.4 Statistik der Berufe des Gesundheitswesens	95
3.5 Krankenhausstatistik	95
3.6 Mikrozensus (Zusatzerhebungen)	96
3.7 Krankheitsartenstatistik der gesetzlichen Krankenversicherung	97

3.1 Statistik der meldepflichtigen Krankheiten und Tuberkulosestatistik

3.1.1 Statistik der meldepflichtigen Krankheiten

Rechtsgrundlage

Dritte Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 (RMBl. I S. 327) zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531) in Verbindung mit dem Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz) in der Fassung vom 19. August 1961 (BGBl. I S. 1300); außerdem Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität

Laufende Berichterstattung; wöchentliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Gesundheitsämter (aufgrund der Mitteilungen der meldepflichtigen Ärzte, Pflegepersonen, Hebammen, Haushaltsvorstände, Leichenschauer; Ärzte in Krankenhäusern, Schiffsführer; Leiter von Pflege- und Gefangenenanstalten, Lagern, Sammelunterkünften und ähnlichen Einrichtungen).

Berichtsweg

Befragte — Gesundheitsämter — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLÄ — StBA (-Bundesgesundheitsamt). Ferner aufgrund von Sondervereinbarungen: Medizinalverwaltungen — Bundesgesundheitsamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Erkrankungs- und Todesfälle an übertragbaren Krankheiten sowie Ausscheider von Erregern der in § 3, Abs. 1 bis 5 des Bundesseuchen-Gesetzes aufgeführten Krankheiten.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.
StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Bundesgesundheitsamt:
Bundesgesundheitsblatt (wöchentlich).
StBA:
WiSta 4/71; 5/72; 4/73; 4/74.
Fachserie A, Reihe 7 (jährlich),
Reihe 7/1 (vierteljährlich, jährlich).

3.1.2 Tuberkulosestatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 3.1.1.

Periodizität

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung (Zugänge und Bestand am Jahresende).

Kreis der Befragten

Tuberkulose-Fürsorgestellten der Gesundheitsämter bzw. Meldepflichtige wie unter 3.1.1.

Berichtsweg

Befragte — Gesundheitsämter — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLÄ — StBA (-Bundesgesundheitsamt).

Ergebnisse

Tatbestände

Zugänge (Erst- und Wiedererkrankte) und Bestand der an Tuberkulose der Atmungsorgane und anderer Organe erkrankten Personen nach Geschlecht, Alter und diagnostischen Merkmalen.

Regionale Gliederung

Bundesgesundheitsamt: Regierungsbezirke.
StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 7/71; 11/72.
Fachserie A, Reihe 7 (jährlich),
Reihe 7/II (jährlich).

3.2 Statistik der Geschlechtskrankheiten

Rechtsgrundlage

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1351).

Periodizität

Laufende Berichterstattung; vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Gesundheitsämter (aufgrund der Mitteilungen meldepflichtiger Ärzte; bei Bundeswehr auch Truppenärzte, Standortärzte, Sanitätsämter).

Berichtsweg

Befragte — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Alter, Geschlecht und Familienstand der Erkrankten, Art der Erkrankung, Beratung und Behandlung der jetzigen Erkrankung durch einen anderen Arzt, Zahl und Art früherer Erkrankungen an einer Geschlechtskrankheit.

Veröffentlichungen

WiSta 7/71, 7/72; 6/73; 6/74; 6/75.
Fachserie A, Reihe 7 (jährlich),
Reihe 7/IV (vierteljährlich, jährlich).

3.3 Todesursachenstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694), geändert durch das Gesetz vom 6. Januar 1971 (BGBl. I S. 9), in Verbindung mit § 32 des Personenstandsgesetzes in der Fassung vom 8. August 1957 (BGBl. I S. 1125) und der Verordnung zur Durchführung des Personenstandsgesetzes vom 12. August 1957 (BGBl. I S. 1139).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Ärzte, die die Todesbescheinigung (Leichenschau- bzw. Totenschein), und Standesämter, die die Sterbefallzählkarten ausstellen.

Berichtsweg

Befragte — Gesundheitsämter (für die Todesbescheinigung) — StLÄ — StBA.
(Die Zusammenführung der Sterbefallzählkarten und der Todesbescheinigungen erfolgt in den StLÄ.)

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich und vierteljährlich: Sterbefälle an ausgewählten Todesursachen nach Geschlecht.

Jährlich: Sterbefälle nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen; gestorbene Säuglinge nach Lebensdauer und Todesursachen; Müttersterblichkeit nach Todesursachen und Alter der Mütter.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1968, 8. Revision, Band I«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 8/72; 10/74.

Fachserie A, Reihe 7 (jährlich),
Reihe 7/IV (vierteljährlich, jährlich),
Reihe 7/S.

Rechtsgrundlage

Dritte Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 (RMBl. I S. 327) zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531), §§ 1, 2 und 20; außerdem Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität

Jährliche Erhebung (Stichtag: 31. Dezember) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Gesundheitsämter.

Berichtsweg

Befragte — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Die in Berufen des Gesundheitswesens tätigen Personen nach Geschlecht und Berufsgruppen; Ärzte, Medizinalassistenten und Zahnärzte außerdem nach Art der Berufsausübung und Facharztstätigkeit; an Ärzte, Zahnärzte und Apotheker erteilte Approbationen. Zahl und Personal der Gesundheitsämter nach Berufsgruppen.

Personal der Apotheken nach Geschlecht und Berufsgruppen; Zahl und Art der Apotheken.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 11/71; 11/72; 11/73; 11/74; 11/75.

Fachserie A, Reihe 7 (jährlich),
Reihe 7/III (jährlich).

Rechtsgrundlage

Beschluß des Reichsrats vom 17. September 1931 (Reichsgesundheitsblatt 6. Jahrgang Nr. 47 vom 25. November 1931, S. 741/742) sowie Dritte Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 (RMBl. I S. 327) zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531), §§ 49 und 79; außerdem Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität

Jährliche Erhebung (Stichtag: 31. Dezember) und Aufbereitung.

3.4 Statistik der Berufe des Gesundheitswesens

3.5 Krankenhausstatistik

Kreis der Befragten

Krankenhäuser.

Berichtsweg

Befragte — Gesundheitsämter — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Krankenhäuser und planmäßige Betten nach dem Träger des Krankenhauses (öffentliche, freie gemeinnützige, private), der Art- und der Zweckbestimmung (Krankenhäuser für akut Kranke und Sonderkrankenhäuser); Fachabteilungen in allgemeinen Krankenhäusern; Ärzte nach ihrer Stellung und Facharztanerkennung; Pflegepersonen, Apotheker, medizinisch-technische Hilfskräfte, Verwaltungs- und Wirtschaftskräfte; Krankenbewegung, Anstaltsgeburten, Sektionen.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Verzeichnis der Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1974)«.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 2/71, 1, 2/72; 1, 2, 9/73; 2, 3, 7/74; 2, 4/75
Fachserie A, Reihe 7 (jährlich),
Reihe 7/III (jährlich).

3.6 Mikrozensus (Zusatz- erhebungen)

1 Krankheiten und Unfälle.

2 Körperliche, geistige und seelische Behinderung von Kindern.

Rechtsgrundlage

Vierte Verordnung über Zusatzprogramme zum Mikrozensus vom 22. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2158).

Periodizität

Zu 1: Zuletzt im April 1974 durchgeführt.

Zu 2: Einmalig im April 1974 durchgeführt.

Ab 1976 zweijährliche Erhebung im Rahmen des Mikrozensus-Grundprogramms (Fragen zur Gesundheit).

Kreis der Befragten

Zu 1: Stichprobenerhebung bei rd. 230 000 Haushalten.

Zu 2: Stichprobenerhebung bei rd. 115 000 Haushalten.

(Näheres siehe S. 374 f.)

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Krankheiten und Unfälle, Kranke und unfallverletzte Personen nach Art und Dauer der Krankheit; Art und Kategorie des Unfalls; Folgen (z. B. stationärer Krankenhausaufenthalt, Arbeitsunfähigkeit) und ärztliche Behandlung der Krankheit bzw. Unfallverletzung; Art und Ursache der Behinderung für 1957 und früher geborene Personen.

Zu 2: Für unter 16jährige Kinder (Geburtsjahre 1958 und später) Art und Ursache der Behinderung; ärztliche und sonstige Behandlung; Angaben zur familiären Situation.

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 10/72; 8, 10/73; 1, 3/74; 7, 9/75.

Fachserie A, Reihe 7/S (vorgesehen).

Zu 2: WiSta 9/75.

Vorbemerkung: Es handelt sich um eine freiwillig geführte Statistik aufgrund von Vereinbarungen zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und den Bundesverbänden der Krankenkassen.

Periodizität

Jährliche Erfassung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Gesetzliche Krankenkassen (ohne Ersatzkassen).

Berichtsweg

Befragte — Krankenkassenverbände — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Ergebnisse

Tatbestände

Arbeitsunfähigkeitsfälle und -tage, Krankenhausfälle und -tage nach Krankheitsarten, zum Teil auch nach Alter und Geschlecht der Erkrankten.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD), 1968, 8. Revision, Band I«.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Jahresberichte als Sonderhefte.

SIBA

StJb (auszugsweise).

3.7 Krankheitsarten- statistik der gesetzlichen Kranken- versicherung

4 BILDUNG UND KULTUR

4.1	Statistik des allgemeinen Schulwesens	101
4.2	Statistik des beruflichen Schulwesens	101
4.3	Statistik der Schulanlagen	102
4.4	Statistik zur Situation im Schulsport	103
4.5	Statistik der Einrichtungen der Lehrerbildung	103
4.6	Statistik der Studien- und Berufswünsche	104
4.7	Hochschulstatistik	104
4.8	Statistik der Ausbildungsförderung	107
4.9	Pressestatistik	108
4.10	Statistik der Filmwirtschaft	108

Vorbemerkung. Aufgrund eines Auftrages der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland vom 3. Mai 1950, wiederholt am 7. Juni 1961, wirkt das StBA bei der Vorbereitung der Schulstatistiken koordinierend mit und stellt Bundesergebnisse zusammen.

4.1 Statistik des allgemeinen Schulwesens

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität

Jährliche Erhebung (im Oktober) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 30 000 Schulleiter öffentlicher und privater Schulen der allgemeinen Ausbildung (Vorschulische Einrichtungen ohne Kindergärten, Grund- und Hauptschulen, Schulen für Behinderte, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen) und der allgemeinen Fortbildung (Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs einschl. technische Oberschulen und Berufsoberschulen).

Berichtsweg

Befragte — teilweise Kultusministerien der Länder — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Schulen nach öffentlichem und privatem Status, Träger des Sachbedarfs, Ganztagschulen, Internatsschulen.

Klassen nach öffentlichem und privatem Status der Schulen, Träger des Sachbedarfs der Schulen, Klassenstufen (Schuljahrgängen), Klassenarten und Klassenfrequenzgruppen.

Schüler nach öffentlichem und privatem Status der Schulen, Träger des Sachbedarfs der Schulen, Klassenstufen (Schuljahrgängen), Klassenarten, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsjahren, Teilnahme am fremdsprachlichen Unterricht (ohne Schulen für Behinderte), Schulbesuchsjahren (nur Schulen für Behinderte) sowie nach Zu- und Abgangsarten.

Außerdem für Schulen der allgemeinen Fortbildung: Schüler nach Beschäftigungsverhältnis, Ausbildungsberufen und Vorbildung.

Lehrer nach öffentlichem und privatem Status der Schulen, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Altersgruppen, Lehramt, Beschäftigungsumfang, erteilten Unterrichtsstunden sowie nach Zu- und Abgangsarten.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Schulorte.

Veröffentlichungen

WiSta 5, 9, 11/74.

Fachserie A, Reihe 10/I (jährlich),
Reihe 10/III (jährlich),
Reihe 10/IV (jährlich).

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität

Jährliche Erhebung (im November) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 9 000 Schulleiter öffentlicher und privater Schulen der beruflichen Ausbildung (Berufsschulen, Berufsschulen für Behinderte, Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen, Fachoberschulen, Fachgymnasien) und der beruflichen Fortbildung (Fachschulen, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens).

4.2 Statistik des beruflichen Schulwesens

Berichtsweg

Befragte — teilweise Kultusministerien der Länder — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Schulen nach öffentlichem und privatem Status, Träger des Sachbedarfs, Schultyp bzw. Fachrichtung, Zeitform.

Klassen nach öffentlichem und privatem Status, Träger des Sachbedarfs der Schulen, Schultyp, Klassenart.

Schüler nach öffentlichem und privatem Status der Schulen, Träger des Sachbedarfs der Schulen, Klassenstufen (Schuljahrgängen), Klassenarten, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsjahre, schulischer Vorbildung, Stellung im Beruf, beruflicher Gliederung, Teilnahme am fremdsprachlichen Unterricht sowie Schulabgänger nach Abschlußarten.

Lehrer nach öffentlichem und privatem Status der Schulen, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Altersgruppen, Lehramt, Beschäftigungsumfang, erteilten Unterrichtsstunden sowie nach Zu- und Abgangsarten.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Schulorte.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 10/II (jährlich),
Reihe 10/III (jährlich),
Reihe 10/IV (jährlich).

4.3 Statistik der Schulanlagen

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität

Letzte Erhebung 1972; Wiederholungen im fünfjährigen Turnus.

Kreis der Befragten

Rund 36 000 Schulleiter öffentlicher und privater Schulen der allgemeinen Ausbildung (Vorschulische Einrichtungen ohne Kindergärten, Grund- und Hauptschulen, Schulen für Behinderte, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen), der allgemeinen Fortbildung (Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs einschl. technische Oberschulen und Berufsoberschulen), der beruflichen Ausbildung (Berufsschulen, Berufsschulen für Behinderte, Berufstachschulen, Berufsaufbauschulen, Fachoberschulen, Fachgymnasien) und der beruflichen Fortbildung (Fachschulen, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens).

Berichtsweg

Befragte — teilweise Kultusministerien der Länder — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Schulanlagen nach öffentlichem und privatem Status, Träger des Gebäudebedarfs, zeitlicher Fertigstellung von Haupt-, Um-, Erweiterungs- bzw. Zusatzbauten und Zahl der untergebrachten Schulen.

Schulen nach öffentlichem und privatem Status und Unterbringung in Schulanlagen.

Schulräume nach Unterbringung in Schulanlagen sowie nach Raumarten.

Freisportanlagen nach Zugehörigkeit zu Schulanlagen sowie nach Art der Anlage.

In Nichtschulanlagen regelmäßig benutzte Unterrichtsräume und Freisportanlagen nach Art der Nutzung und Größe der Anlage.

Klassen und Schüler nach Unterbringung in Schulanlagen.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 10/IV (fünfjährlich).

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität

Einmalige Erhebung im Jahre 1972.

Kreis der Befragten

Rund 35 000 Schulleiter öffentlicher und privater Schulen der allgemeinen Ausbildung (Grund- und Hauptschulen, Schulen für Behinderte, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen) und der beruflichen Ausbildung (Berufsschulen, Berufsschulen für Behinderte, Berufsfachschulen, Berufsaufbau-schulen, Fachoberschulen, Fachgymnasien).

Berichtsweg

Befragte — teilweise Kultusministerien der Länder — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Schüler mit und ohne Sportunterricht nach Geschlecht, Schuljahrgängen, Sportstunden je Woche, Art und Differenzierung des Sportunterrichts und Befreiung vom Sportunterricht.

Schüler im 9. Schuljahrgang nach Geschlecht und Schwimmfähigkeit.

Sportlehrer nach Schulgattung, Geschlecht, Ausbildung und erteilten Sportstunden.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Schulorte.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 10/IV (vorgesehen).

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität

Jährliche Erhebung (im Januar; in Nordrhein-Westfalen im November) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 700 Studien-, Bezirks- und Anstaltseminare für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, Schulen für Behinderte, Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

4.4 Statistik zur Situation im Schulsport

4.5 Statistik der Einrichtungen der Lehrerbildung

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl der Studien-, Bezirks- und Anstaltseminare; Ausbildungsdauer.

Teilnehmer nach Geschlecht, Ausbildungssemester, Geburtsjahr, voraussichtlichem Abschlußjahr der pädagogischen Prüfung, Lehrbefähigungen; mit Erfolg abgelegte pädagogische Prüfungen nach Fachgruppe bzw. Lehramt.

Lehrpersonen, die an der Ausbildung der Studienreferendare beteiligt sind, nach Geschlecht, Stundenentlastung und Wochenstundenzahl.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 10/IV (jährlich).

4.6 Statistik der Studien- und Berufswünsche

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz) vom 31. August 1971 (BGBl. I S. 1473).

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Schüler an den Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe II, soweit die Erhebungen zur Feststellung des zu erwartenden Zugangs zu den Hochschulen erforderlich sind.

Wehr- und zivildienstleistende Studienberechtigte, die im Laufe der auf die Erhebung folgenden zwölf Monate aus dem Wehr- oder Zivildienst entlassen werden.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Angaben zur Person, Schulort, Schulgattung, Art des angestrebten Schulabschlusses, Art des angestrebten Studiums, voraussichtlicher Beginn des Studiums, angestrebter Studienort, Berufsziel der Nichtstudienwilligen.

Veröffentlichungen

WiSta 10/71; 5, 12/72; 8/75.
Fachserie A, Reihe 10/IV (jährlich).

4.7 Hochschulstatistik

4.7.1 Studentenstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz) vom 31. August 1971 (BGBl. I S. 1473).

Periodizität

Halbjährliche Erhebung (Sommer- und Wintersemester) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Individualbefragung von rd. 800 000 Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen einschl. Hochschulkliniken (Universitäten, technische Universitäten, Gesamthochschulen, theologische Hochschulen, pädagogische Hochschulen), Kunsthochschulen und Fachhochschulen.

Berichtsweg

Befragte — Hochschulen — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Studenten (darunter Studienanfänger) nach Geschlecht, Geburtsjahr, Familienstand, Staatsangehörigkeit, ständigem Wohnsitz, Hochschul- und Fachsemester, Studienfach, Fachbereich; Art, Zeitpunkt und Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung, Studienverlauf, angestrebter Studienabschluss, Berufsziel, Ausbildung der Eltern und deren Stellung im Beruf.

Für Beurlaubte und Exmatrikulierte: Angaben zur Person, Wohnsitz, Studiengang, Fachsemester, Grund der Beurlaubung.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Hochschulen.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 10/V (halbjährlich).

4.7.2 Statistik der Prüfungen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 4.7.1.

Periodizität

Halbjährliche Erhebung (Sommer- und Wintersemester) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Hochschulen, staatliche und kirchliche Prüfungsämter sowie Prüfungskandidaten einschl. Doktoranden.

Berichtsweg

(Befragte-)Hochschulen/Prüfungsämter — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Erhebung der Prüfungsämter:

Akademische, staatliche und kirchliche Prüfungen nach Studiengängen und Prüfungserfolg (bestanden/nicht bestanden).

Individualbefragung der Prüfungskandidaten (voraussichtlich ab Wintersemester 1975/76):

Angaben zur Person, Staatsangehörigkeit, Studienverlauf, Angaben zur Prüfung.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 10/V (jährlich).

4.7.3 Statistik des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals

Rechtsgrundlage

Siehe unter 4.7.1.

Periodizität

Fünfjährliche Erhebung mit jährlichem Veränderungsdienst.

Kreis der Befragten

Individualbefragung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals, der Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Lehrbeauftragten, Tutoren und nichtstudentischen wissenschaftlichen Hilfskräfte an den Hochschulen einschl. Hochschulkliniken und sonstiger, der Ausbildung von Studenten dienenden Krankenanstalten sowie an Fachhochschulen und entsprechenden Einrichtungen (auch soweit kein Anstellungsverhältnis zum Land oder zur Hochschule besteht).

Berichtsweg

Befragte — Hochschulen — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Angaben zur Person, Staatsangehörigkeit; Ausbildungsverlauf, berufliche Tätigkeit vor der Tätigkeit in der Hochschule; Lehrfächer, fachliche Schwerpunkte der wissenschaftlichen oder künstlerischen Tätigkeit; dienstrechtliche Stellung und Stellung in der Hochschule; Zahl und Art weiterer Beschäftigungsverhältnisse.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 10/V (vorgesehen)

4.7.4 Statistik des technischen, Verwaltungs- und sonstigen Personals

Rechtsgrundlage

Siehe unter 4.7.1.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Hochschulen einschl. Fachhochschulen und entsprechende Einrichtungen.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Alter, Geschlecht, Vorbildung; Dienst- und Beschäftigungsverhältnis, Art der dienstlichen Verwendung.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 10/V (vorgesehen).

4.7.5 Statistik der Grundstücke, Gebäude und Räume

Rechtsgrundlage

Siehe unter 4.7.1.

Periodizität

Fünffährliche Erhebung mit jährlichem Veränderungsdienst.

Kreis der Befragten

Hochschulen einschl. Hochschulkliniken und sonstiger der Ausbildung von Studenten dienenden Krankenanstalten, Fachhochschulen und entsprechende Einrichtungen, Studentenwerke, die von ihnen verwalteten Einrichtungen und sonstige studentische Sozialeinrichtungen, soweit sie aus öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Berichtsweg
Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Grundstücke, Gebäude und Räume nach Größe, Ausstattung und Nutzung.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 10/V (vorgesehen).

Hinweis: Vorgesehen sind weitere Erhebungen, deren Durchführung aus technischen Gründen oder wegen geringer Dringlichkeit nicht sofort möglich war.

Vorbereitet werden gegenwärtig — z. T. gemeinsam mit der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) und mit dem Deutschen Studentenwerk — Statistiken über Studienbewerber, Zulassungsbeschränkungen und -quoten, Wohnheimplätze und Finanzdaten im Hochschulbereich. Vorläufig zurückgestellt bleiben noch die Statistiken der Lehrveranstaltungen, Habilitationen, Fernstudienlehrgänge und Weiterbildungskurse.

Rechtsgrundlage

Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz) vom 26. August 1971, § 55 (BGBl. I S. 1409), geändert durch die Gesetze vom 14. November 1973 (BGBl. I S. 1637), vom 31. Juli 1974 (BGBl. I S. 1649) und vom 31. Juli 1975 (BGBl. I S. 2081).

4.8 Statistik der Ausbildungs- förderung

Periodizität

Monatliche Erfassung und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird aufgrund von Eingabedaten und Rechenergebnissen erstellt, die von den mit der Berechnung der Förderungsbeträge beauftragten Länder-Rechenzentren für jeden Geförderten zur Verfügung gestellt werden.

Berichtsweg

Länder-Rechenzentren — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Auszubildende: Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Zahl der Kinder, Wohnung während der Ausbildung, Art eines anerkannten Ausbildungsabschlusses, Ausbildungsstätte, Studienfach, Klasse bzw. (Fach-)Semester, voraussichtliche Dauer der Gesamtausbildung, Höhe und Zusammensetzung des bei der Berechnung der Förderung berücksichtigten Einkommens und Vermögens.

Ehegatten des Auszubildenden: Berufstätigkeit oder Art der Ausbildung, Höhe und Zusammensetzung des bei der Berechnung der Förderung berücksichtigten Einkommens und Vermögens. Zahl und Unterhaltsberechtigtenverhältnis der Kinder und der weiteren nach dem bürgerlichen Recht Unterhaltsberechtigten, für die ein Freibetrag nach diesem Gesetz gewährt wird.

Eltern des Auszubildenden: Familienstand, Berufstätigkeit, Höhe und Zusammensetzung des bei der Berechnung der Förderung berücksichtigten Einkommens und Vermögens. Zahl, Unterhaltsberechtigtenverhältnis und Art der Ausbildung der weiteren unterhaltenen Kinder sowie Zahl der nach dem bürgerlichen Recht Unterhaltsberechtigten, für die ein Freibetrag nach diesem Gesetz gewährt wird.

Höhe und Zusammensetzung des monatlichen Gesamtbedarfs des Auszubildenden, auf den Bedarf anzurechnende Beträge vom Einkommen und Vermögen des Auszubildenden, seines Ehegatten und seiner Eltern, von den Eltern tatsächlich geleistete Unterhaltsbeträge, Art und Höhe des Förderungsbetrags sowie Beginn und Ende des Bewilligungszeitraums.

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

Hinweis: Über die betriebliche Ausbildung stehen Angaben von den nach dem Berufsbildungsgesetz für die Berufsausbildung zuständigen Stellen zur Verfügung, die im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft vom Statistischen Bundesamt zusammengestellt werden und in der Gemeinschaftsveröffentlichung »Berufliche Aus- und Fortbildung« (jährlich) erscheinen. Die Veröffentlichung enthält Angaben über die Auszubildenden in berufssystematischer Gliederung und nach Dauer der Ausbildung, über Prüfungsteilnehmer sowie über Fortbildungslehrgänge.

4.9 Pressestatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Pressestatistik vom 1. April 1975 (BGBl. I S. 777).

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die Zeitungen oder Zeitschriften verlegen.

Berichtsweg

Befragte — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Rechtsform, tätige Personen, Umsatz, ausgewählte Kosten; hergestellte Zeitungen oder Zeitschriften, Verkaufsauflage, Art des Vertriebs, Bezugs- und Anzeigenpreise sowie andere auf Verlagsobjekte bezogene Daten.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

Fachserie A (vorgesehen).

4.10 Statistik der Filmwirtschaft

Rechtsgrundlage

Gesetz über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (Filmförderungsgesetz) in der Fassung vom 6. Mai 1974, § 20 (BGBl. I S. 1047).

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die Filme herstellen, verleihen, vertreiben oder vorführen oder die filmtechnische Leistungen erbringen.

Berichtsweg

Befragte — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Rechtsform, Beschäftigte, Sachanlagen und Verwertungsrechte, Produktion oder Leistung, Umsatz und Kosten.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

WiSta 4 (M), 12 (M)/75.

Fachserie A (vorgesehen).

5 RECHTSPFLEGE

5.1 Statistiken über Gerichte	111
5.2 Polizeiliche Kriminalstatistik	113
5.3 Strafverfolgungsstatistik	114
5.4 Strafvollzugsstatistik	114
5.5 Bewährungshilfestatistik	115
5.6 Auslieferungsstatistik	115

5.1.1 Justizstatistik

Rechtsgrundlage

Beschluß der Justizminister-Konferenzen 1955 und 1957 sowie Vereinbarungen mit den Landesjustizverwaltungen und den StLÄ.

Periodizität

Vierteljährliche und jährliche Berichterstattung sowie Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Gerichte (Zusammenstellung der Ergebnisse an Hand der Geschäftsübersichten bzw. Zählkartenerhebung).

Berichtsweg

Befragte — Justizministerien der Länder — StLÄ bzw. Bundesministerium der Justiz — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl und Personal der Gerichte und Staats-(Amts-)Anwaltschaften, Einwohnerzahlen der Gerichtsbezirke, Einteilung der Kollegialgerichte, Geschäftsanfall und Erledigung in erster Instanz und in den Rechtsmittelinstanzen auf dem Gebiet der ordentlichen Gerichtsbarkeit (ohne Freiwillige Gerichtsbarkeit).

Ferner alle zwei Jahre, zuletzt zum 1. Januar 1975, Ergebnisse über die Zahl und Altersschichtung der bei den Gerichten des Bundes und der Länder tätigen Richter und Staatsanwälte.

Vorgesehen: Geschäftsanfall und -erledigung bei den Staats-(Amts-)Anwaltschaften und auf dem Gebiet der Freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Regionale Gliederung

StBA: Oberlandesgerichte und Oberlandesgerichtsbezirke.

StLÄ: Gerichte und Gerichtsbezirke.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 9 (jährlich),
Reihe 9/I (jährlich).

5.1.2 Statistik der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit

Rechtsgrundlage

Verwaltungsanordnungen des Bundes und der Länder.

Periodizität

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Verwaltungsgerichte, Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe, Bundesverwaltungsgericht.

Berichtsweg

Befragte (gegebenenfalls über zuständige Ministerien der Länder) — Bundesministerium der Justiz.

Ergebnisse

Tatbestände

Bei den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit in I. bis III. Instanz anhängig gewesene, zugegangene und erledigte Verwaltungsrechtssachen. Personalbesetzung (hauptamtliche Richter) bei den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit in I. bis III. Instanz.

Regionale Gliederung

StLÄ: Verwaltungsgerichtsbezirke.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 9 (jährlich).

5.1.3 Statistik der Arbeitsgerichtsbarkeit

Rechtsgrundlage

Siehe unter 5.1.2.

Periodizität

Monatliche Berichterstattung; jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Arbeits- und Landesarbeitsgerichte, Bundesarbeitsgericht.

Berichtsweg

Arbeits- und Landesarbeitsgerichte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Bundesarbeitsgericht — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl und Art der Erledigung von Verfahren vor den Gerichten für Arbeits-sachen.

Regionale Gliederung

StLÄ: Arbeitsgerichtsbezirke.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (jährlich). Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik (jährlich).

StBA:

Fachserie A, Reihe 9 (jährlich auszugsweise).

5.1.4 Statistik der Sozialgerichtsbarkeit

1 Vorverfahren der Sozialgerichtsbarkeit.

2 Geschäftsanfall bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 5.1.2. Für den Bereich der Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsförderungs-gesetz vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582).

Periodizität

Zu 1: Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Zu 2: Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Versicherungsträger, Versorgungsämter, Bundesanstalt für Arbeit, Kindergeldkasse.

Zu 2: Sozialgerichte, Landessozialgerichte, Bundessozialgericht.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (landesunmittelbare Versicherungsträger und Versorgungsämter berichten über die Arbeits- bzw. Justizministerien der Länder).

Zu 2: Befragte — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Vorliegende, eingegangene und erledigte Widersprüche nach Sachgebieten; Art der Erledigung.

Zu 2: Vorliegende, eingegangene und erledigte Klagen, Beschwerden, Berufungen und Revisionen; Art der Erledigung.

Regionale Gliederung

StLÄ: Sozialgerichtsbezirke.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (halbjährlich), Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik (jährlich).

StBA:
Fachserie A, Reihe 9 (jährlich).

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamtes) vom 8. März 1951 (BGBl. I S. 165) unter Berücksichtigung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamtes) vom 28. Juni 1973 (BGBl. I S. 701) in der Fassung vom 29. Juni 1973, § 2 Abs. 1 Ziff. 5.

5.2 Polizeiliche Kriminalstatistik

Periodizität

Monatliche bzw. jährliche Zusammenstellung; jährliche Berichterstattung.

Kreis der Befragten

Örtliche (Kriminal-)Polizeibehörden einschl. Bahnpolizei, Bahnfahndungsdienst und Postfahndungsdienst sowie Ermittlungsstellen der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamtes.

Berichtsweg

Befragte — Landeskriminalämter — Bundeskriminalamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Jeweils für einzelne Straftaten bzw. Straftatengruppen mit z. T. kriminologischer Untergliederung: bekanntgewordene Fälle, Versuche, Tatort nach Gemeindegroßenklassen, Schußwaffenverwendung (gedroht, geschossen), Tatmonat, Opfer nach Altersgruppen und Geschlecht, Schadenshöhe nach Schadensgruppen, aufgeklärte Fälle, ermittelte Tatverdächtige nach Altersgruppen, Geschlecht, Wohnsitzgruppen, Staatsangehörigkeit, Art und Anlaß des Aufenthaltes nichtdeutscher Tatverdächtiger in der Bundesrepublik Deutschland sowie weitere Angaben zum Tatverdächtigen.

Veröffentlichungen

Bundeskriminalamt:
Polizeiliche Kriminalstatistik (jährlich).

StBA:
Fachserie A, Reihe 9 (jährlich).

5.3 Strafverfolgungsstatistik

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Landesjustizverwaltungen und den StLÄ sowie Verwaltungsanordnungen.

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Strafvollstreckungsbehörden.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Abgeurteilte und verurteilte Personen (Erwachsene, Heranwachsende, Jugendliche) nach Geschlecht, strafbaren Handlungen (jeweils getrennt nach Vollendung und Versuch) und Art der Entscheidung; die Verurteilten ferner nach dem Alter zur Zeit der Tat (Altersgruppen) sowie nach Art und Höhe der erkannten Strafen und der Art der angeordneten Maßnahmen und Maßregeln.

Regionale Gliederung

StBA: Länder.

StLÄ: (z. T.) Gerichtsbezirke, Großstädte.

Veröffentlichungen

WiSta 4, 6, 12/71.

Fachserie A, Reihe 9 (jährlich),
Reihe 9/11 (jährlich),
Reihe 9/S.

5.4 Strafvollzugsstatistik

Rechtsgrundlage

Beschluß der Justizministerkonferenz 1959 und Vereinbarungen mit den Landesjustizverwaltungen und den StLÄ.

Periodizität

Jährliche Erhebung (Stichtag: 31. März) und Aufbereitung (Zu- und Abgänge: monatliche Berichterstattung und jährliche Aufbereitung).

Kreis der Befragten

Justizvollzugsanstalten und Verwahranstalten.

Berichtsweg

Befragte — Justizministerien der Länder — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl und Art der Justizvollzugs- und Verwahranstalten, ihre Belegungsfähigkeit und ihre tatsächliche Belegung.

Gefangene und Verwahrte am 31. März des Berichtsjahres nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Religionszugehörigkeit, Wohnsitz, strafbarer Handlung, Art und Zeitdauer der Strafen und Maßnahmen, Art des Vollzugs, Art und Häufigkeit der Vorstrafen sowie Wiedereinlieferungsabstände.

Gefangenenbewegung nach Art der Strafe oder freiheitsentziehenden Maßregel.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Justizvollzugsanstalten.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 9 (jährlich),
Reihe 9/III (jährlich).

Rechtsgrundlage

Beschluß der Justizministerkonferenz 1962 sowie Vereinbarungen mit den Justiz- und anderen Verwaltungsbehörden der Länder und der StLÄ.

5.5 Bewährungshilfestatistik

Periodizität

Laufende Berichterstattung; jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Bewährungshelfer.

Berichtsweg

Befragte — Landesjustizverwaltungen — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Bestand, Zugänge und Abgänge unterstellter Personen nach dem angewandten Strafrecht und der Art der Unterstellung. Personen, bei denen die Unterstellung durch Widerruf oder infolge Bewährung beendet worden ist, nach persönlichen, sozialen und kriminologischen Merkmalen.

Veröffentlichungen

Fachserie A, Reihe 9 (jährlich),
Reihe 9/IV (jährlich).

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Justizministerien der Länder.

5.6 Auslieferungsstatistik

Periodizität

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Oberlandesgerichte und Generalstaatsanwälte.

Berichtsweg

Befragte — Justizministerien der Länder — Bundesministerium der Justiz.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl und Inhalt der Ersuchen um Ein-, Aus- und Durchlieferung, Art der Erledigung, Zahl, Staatsangehörigkeit und Geschlecht der Verfolgten, die den Ersuchen zugrunde liegenden Straftaten, die beteiligten Staaten, Zahl der Nachtragsersuchen.

Veröffentlichungen

Bundesministerium der Justiz:
Bundesanzeiger (jährlich).
StBA:
Fachserie A, Reihe 9 (jährlich auszugsweise).

6 WAHLEN

6.1 Bundestagswahlstatistik	119
--	------------

Rechtsgrundlage

Bundwahlgesetz in der Fassung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), § 51; Bundeswahlordnung in der Fassung vom 3. September 1975 (BGBl. I S. 2384), § 82.

Periodizität

Vierjährlich, zuletzt für die Bundestagswahl vom 19. November 1972 durchgeführt.

Kreis der Befragten

- 1 Für Auswertung der Totalergebnisse: Wahlberechtigte in rd. 60 000 Wahlbezirken.
- 2 Für repräsentative Wahlstatistik: Wahlberechtigte in 1 009 Auswahlsbezirken mit einem Anteil von etwa 2% der Wahlberechtigten (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 374 f.).

Berichtsweg

Zu 1: Wahlbezirke — Gemeinden — Kreise (nur bei kreisangehörigen Gemeinden) — Kreiswahlleiter (Kreiswahlausschuß) — Landeswahlleiter (Landeswahlausschuß) — Bundeswahlleiter (Bundeswahlausschuß) — StBA.

Zu 2: Auswahlbezirke — Gemeinden — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Wahlberechtigte, Wähler, Wahlbeteiligung, ungültige und gültige Erst- und Zweitstimmen; Verteilung der gültigen Erststimmen auf die Wahlkreisbewerber und der gültigen Zweitstimmen auf die Landeslisten. Kandidaten und Gewählte nach Parteizugehörigkeit, Altersgruppen, Wohnsitz und Beruf; bei Gewählten Angabe, ob im Wahlkreis oder auf Landesliste gewählt. Bei einigen Wahlen auch Sonderauswertungen nach dem Anteil der evangelischen und der landwirtschaftlichen Bevölkerung aufgrund der Volkszählungsergebnisse.

Sonderauswertung der Ergebnisse der Briefwahl.

Zu 2: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter der Wahlberechtigten und Wähler sowie nach Art der Kombination der Erst- und Zweitstimmen.

Regionale Gliederung

StBA: Bundestagswahlkreise, Kreise.

StLÄ: Bundestagswahlkreise, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 10, 12/72; 6/73.

Fachserie A, Reihe 8, Heft 1 bis 9. Außerdem: Sonderveröffentlichung »Die Wahlbewerber für die Wahl zum 7. Deutschen Bundestag«.

7 ERWERBSTÄTIGKEIT

7.1 Volkszählung vom 27. Mai 1970	123
7.2 Mikrozensus	124
7.3 Beschäftigtenstatistik	126
7.4 Arbeitsmarktstatistiken	127

Vorbemerkung: An dieser Stelle werden die erwerbsstatistischen Tatbestände der Volkszählung nachgewiesen (Bevölkerungsstatistische Tatbestände siehe S. 79 f.).

7.1 Volkszählung vom 27. Mai 1970

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969 (BGBl. I S. 292).

Periodizität

Wiederholungen in etwa zehnjährlichem Turnus.

Kreis der Befragten

Gesamtbevölkerung (nicht erfaßt wurden Angehörige der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sowie die Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieser Personenkreise).

Ein Teil der Fragen wurde nur an einen repräsentativen Querschnitt von 10% der Bevölkerung gestellt (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 374 f.).

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden (Durchführung der Zählung durch ehrenamtliche Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer), Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt, Berufsordnungen des ausgeübten und erlernten Berufes, Stellung im Beruf, sozio-ökonomischen Gruppen, leitender oder aufsichtsführender Tätigkeit, Art der Maschinenbedienung, Nettoerwerbseinkommen, Wochenarbeitszeit, weiterer Tätigkeit, Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte, schulische und berufliche Ausbildung (höchster Abschluß), Gemeindegößenklassen und Stadt-Land-Gliederung. Selbständige nach Geschlecht, sozio-ökonomischen Gruppen, Betriebsgrößenklassen und Nettoerwerbseinkommen.

Erwerbstätige Haushaltsvorstände mit Telefonanschluß nach ausgewählten Berufen.

Bevölkerung in Haushalten sowie in Anstalten nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt und Stellung im Beruf. Erwerbstätige unter der Anstaltsbevölkerung nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand und Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft. Nichterwerbstätige unter der Anstaltsbevölkerung nach Art der Anstalt, Geschlecht, Altersgruppen und überwiegendem Lebensunterhalt.

Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige nach Geschlecht, Altersgruppen, Beteiligung am Erwerbsleben, Merkmalen des Ernährers (Altersgruppen, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt, Wirtschaftsabteilungen, Berufsgruppen, Stellung im Beruf und Nettoerwerbseinkommen). Ernährer mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit nach Geschlecht, Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf und wirtschaftlich abhängigen Personen.

Frauen nach Altersgruppen, Familienstand, gegenwärtiger bzw. früherer Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf, Wochenarbeitszeit, Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte; berufliche Ausbildung.

Ausländer nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf. Österreichische und türkische Staatsangehörige auch nach der Ausbildung (höchster Abschluß).

Pendler über die Gemeindegrenze und innergemeindliche Pendler nach Geschlecht, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben, Zeitaufwand für den Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte. Überwiegend benutztem Verkehrsmittel (ggf. nach Art der gegenwärtig besuchten Schule), nach Wirtschaftsabteilungen, Stellung im Beruf, Wochenarbeitszeit, Nettoerwerbseinkommen und Gemeindegrößenklassen; Berufspendler auch nach Altersgruppen.

In Ausbildung befindliche Personen am Familienwohnsitz nach Geschlecht, Altersgruppen, Geburtsjahren, Religionszugehörigkeit, Art der gegenwärtig besuchten Schule und Erwerbstätigkeitsmerkmalen des Familienvorstandes (Beteiligung am Erwerbsleben und Nettoerwerbseinkommen). Personen, die allgemeinbildende Schulen besucht haben, nach Geschlecht, Art des Schulabschlusses und Dauer der praktischen Berufsausbildung. Personen mit Abschluß an einer berufsbildenden Schule nach Geschlecht, Geburtsjahrgruppen, Religionszugehörigkeit, Schulart, ausgewählten Fachrichtungen, Dauer der Ausbildung und Beteiligung am Erwerbsleben. Personen mit Hochschulausbildung nach Geschlecht, Geburtsjahrgruppen, Abschlußjahrgruppen, Alter beim Abschluß, ausgewählten Fachrichtungen und Dauer der Ausbildung.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Berufszählung 1970« und nach der »Klassifizierung der Berufe (Ausgabe 1970)«.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Kreise, Stadtregionen, sonstige nichtadministrative Gebietseinheiten, Gemeinden.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 8/67 (M); 10/67 (M); 4/70 (M); 5/70 (M); 12/71; 10, 11/73; 3, 4, 5, 6/74.

Fachserie A, Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970, Heft 1 bis 24

Karten zur Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 (8 Kartenblätter mit 13 Karten).

7.2 Mikrozensus

Vorbemerkung: An dieser Stelle werden die erwerbsstatistischen Tatbestände des Mikrozensus nachgewiesen (Bevölkerungsstatistische Tatbestände siehe S. 80 f.).

7.2.1 Grunderhebung

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 (BGBl. I S. 1909).

Periodizität

Jährliche, zweijährliche bzw. vierjährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Stichprobenerhebungen bei rund 230 000 Haushalten (einschl. Anstalten) im April (Näheres siehe S. 374 f.).

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Erwerbstätige nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahrgruppen. Familienstand, überwiegendem Lebensunterhalt, Stellung im Beruf, geleisteten Arbeitsstunden, Gründen für Arbeitsausfälle, Art des Krankenversicherungsschutzes, Art der Krankenkasse, Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung, wirtschaftlicher Gliederung und Einkommen. Tätigkeitsfälle nach Geschlecht, Stellung im Beruf, Arbeitsdauer. Erwerbsperso-

nen nach Geschlecht, Altersgruppen, Stellung im Beruf, Arbeitsdauer und wirtschaftlicher Gliederung. Erwerbstätige Frauen und Mütter nach Zahl und Alter der ledigen Kinder, Familienstand, Alter, Stellung im Beruf, Wirtschaftsbereichen, Arbeitsdauer und Einkommen des Familienvorstandes. Ausländische Erwerbstätige nach Geschlecht, Alter, Stellung im Beruf, wirtschaftlicher Gliederung, Arbeitsdauer und Einkommen.

Zweijährlich: Erwerbstätige nach beruflicher Gliederung, Tätigkeitsmerkmalen, betrieblicher Altersversorgung, Aus- und Weiterbildung, Pendlereigenschaft, benutztem Verkehrsmittel sowie Zeitaufwand für den Weg und Entfernung zur Arbeitsstätte.

Vierjährlich: Erwerbstätige nach Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Berufszählung 1970«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta 2, 3, 6, 7, 12/71; 1, 5, 12/72; 3, 11 (M)/73; 10/74; 5, 7, 12/75.

Fachserie A, Reihe 4 (jährlich),
Reihe 5 (unregelmäßig),
Reihe 6/I (jährlich),
Reihe 6/II (jährlich).

Hinweis: Für Zwecke der EG wurde, zuletzt im Rahmen der Mikrozensusorganisation 1975, eine Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte, Gründe und Dauer der Arbeitsuche sowie angestrebte Tätigkeit als Selbständiger oder Arbeitnehmer durchgeführt. Zweijährliche Wiederholungen sind vorgesehen.

7.2.2 Zusatzerhebungen

- 1 Berufliche und soziale Umschichtung der Bevölkerung.
- 2 Nacht- und Sonntagsarbeit.
- 3 Ausbildungsabsichten der Eltern für ihre Kinder.
- 4 Beendigung der Arbeitszeit am Wochenende.
- 5 Berufliche Mobilität der Frauen.

Rechtsgrundlage

Zu 1: Dritte Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus vom 24. Juni 1969 (BGBl. I S. 686).

Zu 2 bis 5: Vierte Verordnung über Zusatzprogramme zum Mikrozensus vom 22. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2158).

Periodizität

Zu 1: Einmalig im April 1971 durchgeführt.

Zu 2: Zuletzt im Januar 1972 durchgeführt.

Zu 3: Einmalig im Juli 1972 durchgeführt.

Zu 4: Einmalig im Oktober 1972 durchgeführt.

Zu 5: Zuletzt im Juli 1974 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Zu 1: Stichprobenerhebung bei rund 230 000 Haushalten.

Zu 2 bis 5: Stichprobenerhebung bei rund 23 000 Haushalten.
(Näheres siehe S. 374 f.)

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Über 14jährige Wohnbevölkerung nach beruflicher Stellung und Wirtschaftszweig 1939, 1950, 1960 und 1971; schulischer bzw. beruflicher Ausbildungsabschluß; berufliche Stellung, Wirtschaftszweig und schulischer bzw. beruflicher Ausbildungsabschluß der Eltern der Befragten; verheiratete, verwitwete und geschiedene Frauen nach Erwerbstätigkeit vor und nach der Eheschließung; Hausbesitz 1939 und 1971.

Zu 2: Abhängige Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Altersgruppen und Familienstand, nach regelmäßiger und gelegentlicher Nacht- bzw. Sonntagsarbeit sowie Art der Tätigkeit und Beruf.

Zu 3: Familien mit Kindern bis zu 18 Jahren (einschl.) nach gegenwärtigem Schul- bzw. Kindergartenbesuch und letztem Schulabschluß sowie nach dem für die Kinder angestrebten schulischen bzw. beruflichen Ausbildungsabschluß. Stellung im Beruf und schulischer bzw. beruflicher Ausbildungsabschluß sowie monatliches Einkommen der Eltern.

Zu 4: Abhängige Erwerbstätige nach dem Ende der Arbeitszeit am Wochenende (Freitag, Samstag oder Sonntag); betriebliche Regelungen für die Beendigung der Arbeitszeit.

Zu 5: Aufnahme und Beendigung der Erwerbstätigkeit der 15- bis 65jährigen Frauen; Gründe für die Aufnahme bzw. Beendigung der Erwerbstätigkeit; schulischer Ausbildungsabschluß und Stellung im Beruf.

Veröffentlichungen

- Zu 1: WiSta 4/75.
Fachserie A, Reihe 6/S.
Zu 2: WiSta 1/73.
Zu 3: WiSta 8/73; 1, 5, 6/74,
Fachserie A, Reihe 10/S.
Zu 4: WiSta 6/74.
Zu 5: WiSta 4, 7/75.

7.3 Beschäftigtenstatistik

Rechtsgrundlage

Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969, § 6 (BGBl. I S. 582).

Periodizität

Laufende Berichterstattung; vierteljährliche, jährliche bzw. mehrjährige Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Krankenkassen (Auswertung der Versicherungsnachweise für Arbeitnehmer einschl. der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die krankenversicherungs-, rentenversicherungs- oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind).

Berichtsweg

Krankenkassen — Datenstellen der Rentenversicherungsträger — Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit.

Ergebnisse

Tatbestände

Beschäftigte Arbeitnehmer einschl. Auszubildende nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Wirtschaftszweig und Beschäftigtengrößenklasse des Betriebes, Beruf, Stellung im Beruf und Ausbildung.

Einstellung und Entlassung versicherungspflichtiger Arbeitnehmer, Arbeitsplatzwechsler, Beschäftigungszeit, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung, jährliches beitragspflichtiges Bruttoarbeitsentgelt.

Fachliche Gliederung (vorgesehen)

Nach dem »Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit (Ausgabe 1973)« und nach der »Klassifizierung der Berufe (Ausgabe 1975)«.

Regionale Gliederung (vorgesehen)

Landesarbeitsamtsbezirke — Arbeitsamtsbezirke — Kreise — nichtadministrative Gebietseinheiten — Gemeinden.

Veröffentlichungen

Bundesanstalt für Arbeit:
Amtliche Nachrichten (monatlich) mit Sonderheften, u. a. Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik (vorgesehen).

StBA:

WiSta (vorgesehen).

Fachserie A (vorgesehen).

Hinweis: Die im Rahmen des Datenverbundes zwischen den gesetzlichen Krankenkassen, den Rentenversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit anfallenden Daten werden vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, von der Bundesanstalt für Arbeit, vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern aufbereitet und ausgewertet.

- 1 Statistik der Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung.
- 2 Statistik der Berufsberatung.
- 3 Statistik der Förderung der beruflichen Bildung.
- 4 Statistik der Förderung der Arbeitsaufnahme.
- 5 Statistik der Arbeits- und Berufsförderung behinderter Personen.
- 6 Statistik der Kurzarbeit.
- 7 Statistik der Streiks und Aussperrungen.
- 8 Statistik der Arbeitnehmerüberlassung.
- 9 Statistik der Heimarbeit.
- 10 Statistik der beschäftigten Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungsländern.

7.4 Arbeitsmarktstatistiken

Rechtsgrundlage

Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969, § 6 (BGBl. I S. 582), Arbeitnehmerüberlassungsgesetz vom 7. August 1972, § 8 (BGBl. I S. 1393).

Periodizität

Zu 1 und 3: Laufende Berichterstattung; monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Zu 2, 5 und 9: Laufende Berichterstattung; jährliche Zusammenstellung.

Zu 4 und 6: Laufende Berichterstattung; monatliche Zusammenstellung.

Zu 7 und 10: Laufende Berichterstattung; vierteljährliche Zusammenstellung.

Zu 8: Laufende Berichterstattung; halbjährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Zu 1 bis 5, 7 und 9: Arbeitsämter (Auswertung der Geschäftsunterlagen).

Zu 6: Betriebe.

Zu 8: Verleiher.

Zu 10: Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Frankfurt (Auswertung der Geschäftsunterlagen).

Berichtsweg

Befragte/Arbeitsämter — Landesarbeitsämter — Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Arbeitssuchende, darunter Arbeitslose, Ratsuchende, offene Stellen und Arbeitsvermittlungen in beruflicher und z. T. in wirtschaftsfachlicher Gliederung; Darunterzahlen für Teilzeitarbeit, Ausländer, Schwerbehinderte/Gleichgestellte, Heimarbeiter; Arbeitslosenquoten; saisonbereinigte Zahlen der Arbeitslosen und offenen Stellen; Arbeitslose nach Altersgruppen und Dauer der Arbeitslosigkeit sowie z. T. nach sonstigen wichtigen Merkmalen; Bewerbergesuche, Stellenangebote und Arbeitsvermittlungen bei den Fachvermittlungsstellen in beruflicher Gliederung.

Zu 2: Ratsuchende nach Personenkreis, Schulbildung, Berufswünschen und Ergebnis der Beratung; besetzte und unbesetzte Berufsausbildungsstellen in beruflicher Gliederung; Schulabgänger; Berufsaufklärung; psychologische Begutachtungen.

Zu 3: Teilnehmer an berufsvorbereitenden Maßnahmen; Anträge auf und Empfänger von Berufsausbildungsbeihilfen; geförderte Heimplätze in Jugendwohnheimen; Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie der betrieblichen Einarbeitung nach Schulungsziel, Ergebnis der Maßnahme und sonstigen wichtigen Merkmalen.

Zu 4: Bewilligte Leistungen.

Zu 5: Rehabilitationsfälle nach persönlichen Merkmalen sowie Art und Ergebnis der Arbeits- und Berufsförderung.

Zu 6: Kurzarbeitende Betriebe und Kurzarbeiter in wirtschaftsfachlicher Gliederung.

Zu 7: Von Streik oder Aussperrung betroffene Betriebe mit beteiligten Arbeitnehmern und ausgefallenen Tagewerken nach Wirtschaftszweigen.

Zu 8: Verleiher, Leiharbeiternehmer, Entleiher und Überlassungsfälle nach unterschiedlichen Merkmalen.

Zu 9: Beschäftigte Heimarbeiter einschließlich Hausgewerbetreibende, Zwischenmeister und Gleichgestellte in wirtschaftsfachlicher Gliederung.

Zu 10: Beschäftigte Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungsländern nach Herkunftsländern.

Fachliche Gliederung

Nach der »Klassifizierung der Berufe (Ausgabe 1975)« und nach dem »Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit (Ausgabe 1973)«.

Regionale Gliederung

Landesarbeitsamtsbezirke, Arbeitsamtsbezirke.

Veröffentlichungen

Bundesanstalt für Arbeit:

Amtliche Nachrichten (monatlich) mit Sonderheften, u. a. Berufsberatung, Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik (vorgesehen).

Hinweis: Ergebnisse für Streiks und Aussperrungen werden auch von den StLA und vom SiBA in der Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)« aufbereitet.

Veröffentlichungen: WiSta 2/71; 2/73; 2/74; 2/75 und Fachserie A, Reihe 6/III (vierteljährlich, jährlich).

8 UNTERNEHMEN UND ARBEITSSTÄTTEN

8.1 Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970	131
8.2 Kostenstrukturstatistik	132
8.3 Statistik der Kapitalgesellschaften	133
8.4 Bilanzstatistik	133
8.5 Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschafts- unternehmen	134
8.6 Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren	135

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969 (BGBl. I S. 292).

Periodizität

Wiederholungen in etwa zehnjährlichem Turnus.

Kreis der Befragten

Inhaber und Leiter nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsstätten und Unternehmen einschl. der öffentlichen und öffentlich-rechtlichen Verwaltungen, der selbständigen Angehörigen der freien Berufe; Heimarbeiter; Büros jeglicher Art; Betriebe der gewerblichen Gärtnerei und der Tierzucht; Betriebe der Hochsee- und Küstenfischerei. Bundesbahn und Bundespost führen die Erhebung in ihren Geschäftsbereichen selbständig durch.

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden (Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Arbeitsstätten:

Arbeitsstätten (einzige, Haupt- und Zweigniederlassungen) und deren tätige Personen insgesamt; Arbeitsstätten mit Telefonanschluß; Arbeitsstätten und tätige Personen nach Betriebs- und Gemeindegrößenklassen; tätige Personen nach Geschlecht, Stellung im Betrieb und Größenklassen; Teilzeitbeschäftigte, Ausländer, Heimarbeiter nach Geschlecht; Ausländer nach Geschlecht und Größenklassen; Arbeitsstätten mit Arbeitnehmern, tätige Personen (darunter Arbeitnehmer, Ausländer) nach Geschlecht und Größenklassen; Arbeitsstätten mit Lohn- und Gehaltssummen für das Kalenderjahr 1969, tätige Personen, Arbeitnehmer, Löhne und Gehälter nach Betriebs- und Gemeindegrößenklassen.

Unternehmen:

Unternehmen und tätige Personen nach der Rechtsform und nach Größenklassen; tätige Personen nach Geschlecht und Stellung im Betrieb; Unternehmen mit Arbeitnehmern, tätige Personen (darunter Arbeitnehmer) nach Geschlecht und Größenklassen; Unternehmen mit Lohn- und Gehaltssummen für das Kalenderjahr 1969, tätige Personen, Arbeitnehmer, Löhne und Gehälter, nach Größenklassen bzw. nach Rechtsformen. Wirtschaftssystematische und regionale Zusammenhänge zwischen den Unternehmen und ihren Niederlassungen.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1970«.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Kreise, Stadtregionen, sonstige nichtadministrative Gebietseinheiten.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 8, 10/67 (M); 1/69 (M); 4, 9/72; 1, 3/73.

Fachserie C, Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970, Heft 1 bis 9 sowie 2 Sonderhefte.

Karten zur Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970 (8 Kartenblätter mit 13 Karten).

Hinweis: Die Arbeitsstättenzählung 1970 wurde zusammen mit der Volkszählung 1970 durchgeführt.

8.2 Kostenstrukturstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über Kostenstrukturstatistik vom 12. Mai 1959 (BGBl. I S. 245), ergänzt durch § 5 des Gesetzes über eine Pressestatistik vom 1. April 1975 (BGBl. I S. 777) und geändert durch § 13 des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779).

Periodizität

Erhebungen nacheinander in vierjährlichem Turnus in den Wirtschaftsbereichen:

Industrie (einschl. Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung) und im Handwerk (zuletzt 1975 für 1974);

Großhandel (einschl. Verlagswesen) und im Handelsvertreter- sowie Handelsmaklergewerbe (zuletzt 1973 für 1972);

Einzelhandel sowie Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (zuletzt 1974 für 1973);

Verkehrsgewerbe, freie Berufe und übrige nicht genannte Arbeitsstätten (zuletzt 1972 für 1971).

Erhebungen in zweijährlichem Turnus:

bei Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen.

Kreis der Befragten

Ausgewählte Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft; ferner ausgewählte freie Berufe (Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte und Notare, prüfende sowie wirtschafts- und steuerberatende Berufe, Architekten und beratende Ingenieure).

Die Erhebungen werden mit dem Ziel durchgeführt, von der Gesamtzahl der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und der sonstigen Arbeitsstätten bis zu 5% zur Erstellung repräsentativer Ergebnisse zu erfassen. Der Repräsentationsgrad variiert je nach den sachlichen Erfordernissen in den einzelnen Wirtschaftszweigen und in den Größenklassen. Die Auskunftserteilung ist freiwillig.

Berichtsweg

Befragte — StBA (zentrale Aufbereitung).

Die Erhebung (Auswahl der Unternehmen bzw. Praxen und Büros, Versand und Wiedereinziehen der Fragebogen usw.) wird teilweise unter Mitwirkung von Wirtschaftsorganisationen durchgeführt.

Ergebnisse

Tatbestände

Gesamtleistung (Gesamtproduktion) bzw. Einnahmen (teilweise bei freien Berufen); Umsatz für das Geschäftsjahr, gegliedert nach den fachlichen Besonderheiten; Bestandsveränderungen im Geschäftsjahr an unfertigen und fertigen Erzeugnissen eigener Produktion.

Wert der aktivierten selbsterstellten Anlagen bzw. der innerbetrieblichen Leistungen (bei Industrie, Handwerk, Handel und Verkehrsgewerbe); Nettoproduktionswert (bei Industrie und Handwerk); Rohertrag (im Handel); Material- und Warenbezüge (im Handwerk, Handel und im Gastgewerbe).

Kosten in Prozent der Gesamtleistung (Gesamtproduktion) bzw. Einnahmen (teilweise bei freien Berufen):

Materialverbrauch bzw. -einsatz und Einsatz von Handelsware bzw. Wareneinsatz; Verbrauch von Kraft-, Brenn- und Schmierstoffen usw.; Löhne, Gehälter, Sozialkosten (gesetzliche, übrige). Instandhaltungskosten, Steuern (teilweise aufgegliedert).

Mieten und Pachten, steuerliche Abschreibungen und Fremdkapitalzinsen (mit Ausnahme der Industrie); übrige Kosten (bei der Industrie ohne kalkulatorische Kosten), teilweise noch weiter aufgegliedert.

Je Unternehmen, je Praxis bzw. je Büro:

Tätige Personen und Personalkosten wie Löhne, Gehälter, Sozialkosten; ausgewählte Posten des Jahresabschlusses (z. B. Sachanlagen, Bestände, Forderungen und Verbindlichkeiten).

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1970)«.

Veröffentlichungen

Fachserie C, Reihe 1:

- I Industrie und Energiewirtschaft,
- II Handwerk,
- III Verkehrsgewerbe,
- IV Freie Berufe,
- V Großhandel, Handelsvertreter und -makler, Verlagswesen,
- VI Gastgewerbe,
- VII Einzelhandel.

Hinweis. Aufgrund des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 wird ab 1976 bei höchstens 15 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes bei höchstens 4 000 Unternehmen des Baugewerbes und bei höchstens 1100 Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung sowie der Wasserversorgung eine jährliche Kostenstrukturstatistik mit Auskunftspflicht durchgeführt (siehe unter 10.2.2, 10.5.1 und 10.7.2).

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziff. 7.

Periodizität

Monatliche Meldung; jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Registergerichte (nur zum Teil), ferner Auswertung von Bekanntmachungen im Bundesanzeiger.

Berichtsweg

Befragte (nur zum Teil) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Bestand und Veränderung von Zahl und Nominalkapital der rund 135 000 Kapitalgesellschaften nach Wirtschaftsgruppen, Zu- und Abgänge nach Arten der Veränderung; Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach Größenklassen des Nominalkapitals (in dreijährlichen Abständen, zuletzt für 1974).

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

WiSta 3/71; 3/72; 3/73; 3/74; 3/75.

8.4.1 Aktiengesellschaften

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziff. 7.

Periodizität

Jährliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Bilanzposten der Aktiengesellschaften nach Wirtschaftsgruppen, ergänzt durch Angaben über die Erfolgsrechnungen, Bilanz- und Erfolgsstruktur, Finanzierungsquellen, Dividenden; Entwicklung der Sachanlagen.

8.3 Statistik der Kapitalgesellschaften

8.4 Bilanzstatistik

(Zusammenstellungen im StBA durch Auswertung von Bekanntmachungen im Bundesanzeiger und der Geschäftsberichte der rund 2 200 Aktiengesellschaften im Jahre 1974.)

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

WiSta 6, 9, 11/71; 9, 11, 12/72; 9, 12/73; 9/74; 1, 9, 12/75.
Fachserie C, Reihe 2/I (jährlich).

8.4.2 Unternehmen, für die das Publizitätsgesetz gilt

Rechtsgrundlage

Siehe unter 8.4.1.

Periodizität

Jährliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Jahresabschlüsse der Unternehmen (GmbH, Personengesellschaften, Einzelunternehmen usw.) aufgrund des Gesetzes über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen vom 15. August 1969 (BGBl. I S. 1189) — des sog. Publizitätsgesetzes — in Anlehnung an das Veröffentlichungsschema der Aktiengesellschaften (Bilanz, Entwicklung der Sachanlagen, Erfolgsrechnung), Bilanz- und Erfolgsstruktur, Finanzierungsquellen.

(Zusammenstellungen im StBA durch Auswertung von Bekanntmachungen im Bundesanzeiger und der Geschäftsberichte der rund 200 Unternehmen im Jahre 1974.)

Veröffentlichungen

WiSta 8, 10/74; 8, 10/75.

8.5 Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322, geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773).

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 750 staatliche und kommunale Versorgungs- und Verkehrsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) oder in rechtlich selbständiger Form (AG, GmbH), an denen der Bund, die Länder, die Gemeinden oder die Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50% des Nennkapitals oder des Stimmrechts beteiligt sind (Bilanzsumme mindestens 5 Mill. DM, bei Wasserwerken mindestens 2 Mill. DM).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Jahresabschlüsse der Unternehmen in Anlehnung an das Veröffentlichungsschema der Aktiengesellschaften (Bilanz, Anlagennachweis, Erfolgsrechnung), Bilanz- und Erfolgsstruktur, Finanzierungsquellen.

Veröffentlichungen

Fachserie C, Reihe 3/I (jährlich).

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Landesjustizministerien.

Periodizität

Monatliche und jährliche Erfassung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Amtsgerichte.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Zahl der beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren nach Wirtschaftszweigen, Rechtsformen der Gemeinschuldner und Höhe der voraussichtlichen Forderungen.

Jährlich: Finanzielle Ergebnisse der eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren nach Wirtschaftszweigen und Rechtsform der Gemeinschuldner.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1970)«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta 3/71; 3/72; 3/73; 3/74; 3/75 (Zahlungsschwierigkeiten);
6/71; 5/72; 6/73; 5/74; 5/75 (Finanzielle Ergebnisse).

WiSta* (monatlich).

Fachserie I, Reihe 3/I (monatlich),
3/II (jährlich; vorgesehen).

Hinweis: Im StBA werden außerdem monatlich Anzahl und Betrag der Wechselproteste und nicht eingelösten Schecks zusammengestellt und in WiSta* sowie in Fachserie I, Reihe 3 veröffentlicht.

9 LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT FISCHEREI

Betriebe und Arbeitskräfte

9.1	Landwirtschaftszählung 1971	139
9.2	Agrarberichterstattung	143
9.3	Weinbaukataster	144
9.4	Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft	145
9.5	Statistik des Schlepperbestandes	146
9.6	Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz	146
9.7	Sonderstatistiken	146

Bodennutzung und Ernte

9.8	Bodennutzungserhebung	148
9.9	Ernteberichterstattung	152
9.10	Weinerzeugungs- und Weinbestandsstatistik	156
9.11	Holzstatistik	156

Viehwirtschaft und Fischerei

9.12	Viehzählungen	157
9.13	Geflügelstatistik	158
9.14	Statistik der Schlachtungen	159
9.15	Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik	160
9.16	Tierseuchenstatistik	161
9.17	Fischereistatistik	161

Ernährungswirtschaft

9.18	Statistiken der Ernährungswirtschaft	162
------	--	-----

Betriebe und Arbeitskräfte

9.1 Landwirtschaftszählung 1971

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Zählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählungsgesetz 1971) vom 23. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1852).

Periodizität

Wiederholungen in etwa zehnjährlichem Turnus.

Haupterhebung

9.1.1 Grunderhebung im Mai 1971 und Vollerhebung von Januar bis März 1972 in der Land- und Forstwirtschaft

Kreis der Befragten

Rund 1,15 Mill. Betriebe der Land- und Forstwirtschaft mit einer landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder fischwirtschaftlich genutzten Fläche von jeweils mindestens 1 ha bzw. einer landwirtschaftlich genutzten Fläche unter 1 ha sowie Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche, deren natürliche Erzeugungseinheiten einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung im Wert von mindestens 4 000 DM entsprechen.

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Grunderhebung:

Rechtsform des Betriebes; Betriebsfläche und Nutzung nach Hauptnutzungsarten, Kulturarten, landwirtschaftlichen Pflanzenarten und Pflanzengruppen; Viehhaltung; Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung.

Vollerhebung:

Erwerbs- und Unterhaltsquelle des Betriebsinhabers; Buchführung; Vertriebeneneigenschaft des Betriebsinhabers, Besitzverhältnisse, Waldfläche nach Baumarten; Betriebsinhaber, Familienangehörige und ihre Beschäftigung; ständige familienfremde Arbeitskräfte und ihre Stellung und Beschäftigung im Betrieb; Maschinenverwendung; überbetriebliche Zusammenarbeit; Pachtverhältnisse.

Außerdem wurden mittels Zusatzbogen ermittelt:

Bei als Ganzes (mit Gebäuden) gepachteten Betrieben Rechtsstellung des Betriebsinhabers, Pachtdauer, Jahrespacht, übernommenes lebendes oder totes Inventar. Bei Betrieben mit vertraglichen Bindungen Art der Bindung, Anbaufläche, Liefermenge, Preis, Verknüpfung mit einer Abnahmeverpflichtung von Produktionsmitteln.

Regionale Gliederung

StLÄ: Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 5/71; 1, 7, 9, 10/72; 4, 7/73; 8, 10/74; 7, 10, 11/75.
Fachserie B, Landwirtschaftszählung 1971, Heft 2 bis 6, 9, 10, 17 (1, 7, 8, 13 und 15 in Vorbereitung).

9.1.2 Repräsentativerhebung in der Landwirtschaft von Januar bis März 1972

Kreis der Befragten

250 000 (Bayern aufgrund landesrechtlicher Regelung rd. 30 %, übriges Bundesgebiet rd. 20 %) landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mindestens 1 ha bzw. einer landwirtschaftlich genutzten Fläche unter 1 ha sowie Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche, deren natürliche Erzeugungseinheiten einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung im Werte von mindestens 4 000 DM entsprechen. (Die Erhebung entfiel in Berlin und Bremen.)

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Erheber) — (in der Regel) Gemeinden — Kreise — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Soziale Gliederung und Sicherung des Betriebsinhabers und der Familienangehörigen, außerbetriebliche Einkünfte, fachliche Vorbildung, Gebäudeinvestitionen, bauliche und technische Verhältnisse, Einsatz von Vollerntemaschinen, Arbeitszeiten der nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte, Absatzverhältnisse.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, ausgewählte Summenergebnisse auch für Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie B, Landwirtschaftszählung 1971, Heft 12, (11 und 14 in Vorbereitung)

9.1.3 Repräsentativerhebung in der Forstwirtschaft von April bis Juni 1972

Kreis der Befragten

113 000 (Bayern aufgrund landesrechtlicher Regelung rd. 30 %, übriges Bundesgebiet rd. 20 %) der Inhaber bzw. Bewirtschafter eines Betriebes mit einer forstwirtschaftlich genutzten Fläche (Waldfläche) von mindestens 1 ha. (Die Erhebung entfiel in Berlin und Bremen.)

Berichtsweg

Siehe unter 9.1.2.

Ergebnisse

Tatbestände

Arbeitskräfte, Maschinen und Geräte, Holzeinschlag und -absatz, Nutzungsbeschränkung bei den Waldflächen.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke.

Veröffentlichungen

Fachserie B, Forsterhebung 1972 (in Vorbereitung)

Sondererhebungen

9.1.4 Erhebung bei betrieblichen Zusammenschlüssen in der Land- und Forstwirtschaft

Die Sondererhebung gliedert sich in Erhebungen über Gemeinschaftsbetriebe (von Januar bis April 1972), über Gemeinschaften landwirtschaft-

licher Betriebe (von Januar bis April 1972), über landwirtschaftliche Erzeugergemeinschaften (von Januar bis April 1972) und über forstliche Zusammenschlüsse (von April bis Juni 1972).

Kreis der Befragten

Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer und Mitglieder von betrieblichen Gemeinschaften, Erzeugergemeinschaften, Erzeugerringen in der Landwirtschaft sowie forstlichen Zusammenschlüssen.

Berichtsweg

Befragung durch Erheber — bei Gemeinschaftsbetrieben und Gemeinschaften landwirtschaftlicher Betriebe in Verbindung mit der Vollerhebung (siehe unter 9.1.1), bei forstlichen Zusammenschlüssen in Verbindung mit der Repräsentativerhebung in der Forstwirtschaft (siehe unter 9.1.3).

Ergebnisse

Tatbestände

Merkmale zur Kennzeichnung des Zusammenschlusses und der angeschlossenen Betriebe, Bindungen der angeschlossenen Mitglieder, Art und Umfang der Tätigkeit, Beteiligungs- und Absatzverhältnisse, Finanzierung.

Veröffentlichungen

WiSta 7/74.
Fachserie B, Landwirtschaftszählung 1971, Heft 16.

9.1.5 Erhebung über Bestand und Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen gegen Entlohnung im Januar 1972

Kreis der Befragten

Unternehmen, die gewerbsmäßig landwirtschaftliche Maschinen einsetzen.

Berichtsweg

Befragung auf dem Postwege (Befragte—StLÄ).

Ergebnisse

Tatbestände

Merkmale zur Kennzeichnung des Unternehmens, Maschinenbestand und Einsatz in landwirtschaftlichen Betrieben.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 5/73.
Fachserie B, Landwirtschaftszählung 1971, Heft 16.

Nacherhebungen

9.1.6 Binnenfischereierhebung im Juni 1972

Kreis der Befragten

Rund 6200 Betriebe, die Fluß- und Seenfischerei, Teichwirtschaft und Fischzucht zu Erwerbszwecken betreiben.

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Haupt- und nebenberufliche Betriebsinhaber; Ausbildung des Betriebsleiters; Familienarbeitskräfte nach Beschäftigtengruppen; familienfremde Arbeitskräfte nach Beschäftigtengruppen und Stellung im Beruf.

Für Fluß- und Seenfischereibetriebe Art und Größe der befischten Fläche. Fangergebnisse 1971 nach Speise-, Satz- und Futterfischen; für Betriebe der Teichwirtschaft und Fischzucht Art und Größe der Teiche, Erzeugung 1971 nach Art, Alter und Menge der Fische, Futtermittelverbrauch 1971.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 9/74.

Fachserie B, Binnenfischereierhebung 1972.

9.1.7 Gartenbauerhebung von Dezember 1972 bis Januar 1973

Kreis der Befragten

Rund 100 000 Betriebe, die Gartenbauerzeugnisse (Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen, Baumschulerzeugnisse, Gemüse- und Blumensamen) auf einer Fläche von mindestens 10 Ar oder in Unterglasanlagen zum Verkauf anbauen.

Berichtsweg

Siehe unter 9.1.6.

Ergebnisse

Tatbestände

Betriebsart, Produktionssparte, Ausbildungsstand des Betriebsleiters, Besitzverhältnisse; Flächennutzung; Absatzwege und vertragliche Bindungen, Verbindung mit gewerblichen Betriebszweigen; Arbeitskräfte nach Familienzugehörigkeit und Umfang ihrer Tätigkeit im Gesamtbetrieb; Unterglasanlagen nach Art, Umfang, Alter und Nutzung; Maschinen, Geräte, Lagerräume.

In Betrieben mit Marktobstbau ferner Obstarten, Sorten, Flächenumfang und Alter der Anlagen, Pflanzdichte.

Regionale Gliederung

StLÄ: Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 4, 6, 12/75.

Fachserie B, Gartenbauerhebung 1972/73, Heft 1 und 2.

Hinweis: Der Anbau von Baumobst zum Verkauf wird künftig alle fünf Jahre erfaßt werden.

9.1.8 Weinbauerhebung von Dezember 1972 bis Februar 1973

Kreis der Befragten

Rund 120 000 Betriebe mit Rebflächen von 10 Ar und mehr sowie Wintergenossenschaften, Erzeugergemeinschaften und Verbundbetriebe mit Kelle-

reien (bei Anbau zu Erwerbszwecken auch Betriebe mit Rebflächen unter 10 Ar). Die Erhebung erfolgt nur in den Ländern mit Weinbau, das sind Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Saarland.

Berichtsweg

Siehe unter 9.1.6.

Ergebnisse

Tatbestände

Weinbaubetriebe: Betriebsart, Ausbildungsstand des Betriebsleiters, Besitzverhältnisse; Flächennutzung; Absatzwege, Verwertung des Lesegutes, Verbindung mit gewerblichen Betriebszweigen; Arbeitskräfte nach Familienzugehörigkeit und Umfang ihrer Tätigkeit in Weinbau und Kellerwirtschaft; Maschinen, technische und bauliche Einrichtungen.

Winzergenossenschaften, Erzeugergemeinschaften, Verbundbetriebe mit Kellereien: Anlieferung von Weinmost, Absatzwege und Einrichtungen der Kellerwirtschaft.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Anbaugebiete.

StLA: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden, Anbaugebiete.

Veröffentlichungen

WiSta 11/75.

Fachserie B, Weinbauerhebung 1972/73.

Vorbemerkung: Um die strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft und die damit verbundenen Anpassungsprozesse zeitnäher verfolgen zu können als das bisher durch die in etwa zehnjährigen Abständen durchgeführten Landwirtschaftszählungen möglich war, und um diese selbst zu entlasten, wurde 1974 die Agrarberichterstattung eingeführt. Sie umfaßt die Angaben der jährlich durchzuführenden Bodennutzungserhebung und allgemeinen Viehzählung sowie der zweijährlich durchzuführenden repräsentativen Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Die Zusammenführung der Angaben je Betrieb erfolgt in den StLA jedes zweite Jahr über eine an alle Betriebe für statistische Zwecke vergebene Betriebsnummer. Die auf diese Weise je Betrieb für die Auswertung vorliegenden Angaben bilden als Grundprogramm den Kern der Agrarberichterstattung, zu dem im Ergänzungsprogramm einige — teils total, teils repräsentativ erhobene — Merkmale, die vor allem für betriebsstatistische Auswertungen von besonderem Interesse sind, hinzutreten. Durch Rechtsverordnung kann — mit Zustimmung des Bundesrates — im Rahmen eines Zusatzprogrammes die Ermittlung zusätzlicher Informationen in den Betrieben angeordnet werden, sofern diese zur Erfüllung kurzfristiger, nationaler und/oder supranationaler Anforderungen benötigt werden.

9.2 Agrarberichterstattung

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Agrarberichterstattung (Agrarberichterstattungsgesetz) vom 15. November 1974 (BGBl. I S. 3161).

Kreis der Befragten

Totalerhebungen: Rund 1,1 Mill. Betriebe.

Stichprobenerhebungen: Mindestens 80 000 bis höchstens 100 000 Betriebe (im Zusatzprogramm zwischen 10 000 und 100 000 Betrieben). (Näheres siehe S. 374 f.)

Periodizität

Zweijährlich; erstmalige Zusammenstellung in den Jahren 1974 (Totalerhebung) und 1975 (Stichprobenerhebung), ab 1977 im regelmäßigen Zweijahresturnus.

Berichtsweg

Befragte (beim repräsentativen Teil des Ergänzungsprogramms sowie beim Zusatzprogramm Befragung in der Regel durch Erheber, für übrige Befragungen Einsatz von Zählern) — Gemeinden — Kreise — StLA — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Grundprogramm

Betriebsweise Zusammenführung der Angaben aus der Bodennutzungserhebung (siehe unter 9.8) der allgemeinen Viehzählung (siehe unter 9.12) und der Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft (siehe unter 9.4).

Ergänzungsprogramm

Totaler Teil: Merkmale zur Kennzeichnung, zur Rechtsstellung und zu sozialökonomischen Verhältnissen der Betriebe; Buchführung.

Repräsentativer Teil: Besitzverhältnisse und Pachtpreise, Grundstücksverkehr und -preise; Erwerbs- und Unterhaltsquellen.

Zusatzprogramm

Wirtschaftliche, organisatorische, technische und bauliche Verhältnisse der Betriebe; Ausbildung und Beratung des Betriebsinhabers; Betriebsentwicklungsplan.

Veröffentlichungen

WiSta 11/75.

Fachserie B, Reihe 5/V (zweijährlich).

Hinweis. Die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften (Richtlinie 75/108 EWG des Rates vom 20. Januar 1975 über die Durchführung einer Strukturhebung im Rahmen eines Erhebungsprogramms zur Untersuchung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe — Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 42 S. 21 — sowie geplante weitere Erhebungen) werden in der Bundesrepublik Deutschland in das Erhebungsprogramm der Agrarberichterstattung einbezogen. Das über das nationale Erhebungsprogramm der Agrarberichterstattung 1975 hinausgehende Frageprogramm der EG für das Jahr 1975 wird durch die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Zusatzprogramms erhoben

9.3 Weinbaukataster

Rechtsgrundlage

Verordnung Nr. 24/62 des Rates der EWG sowie Verordnungen der EWG-Kommission Nr. 143/62, Nr. 26/64, Nr. 39/68 und 1894/68. Ferner Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 29. August 1961 in der Fassung der Änderungsgesetze vom 30. Juli 1965 (BGBl. I S. 655) und 22. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1337).

Periodizität

Ende 1964 Einrichtung des Weinbaukatasters, 1965/66 erste statistische Aufbereitung. Ab 1968 jährliche Fortführung. In zehnjährlichen Abständen, erstmalig 1977, vollständige Neuaufstellung des Weinbaukatasters.

Kreis der Befragten

Weinbaubetriebe mit einer Rebfläche von 10 Ar und mehr, bei Marktbeflieferung auch Betriebe mit einer Rebfläche unter 10 Ar.

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Erste Aufbereitung:

Weinbaubetriebe sowie deren Rebflächen und Rebgrundstücke nach Besitzverhältnissen; Art der Erzeugung, Zahl der Rebgrundstücke, Anteil der bestockten Rebfläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Art der Lage, Zahl der Rebstöcke je Ar; Rebsorten nach Pflanzzeiten.

Jährliche Fortführung:

Bestockte Rebfläche nach Nutzungsart und Art der Lage, Fläche der Rebsorten nach Pflanzzeiten, vegetatives Vermehrungsgut der Reben.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Anbauggebiete.

StLA: Regierungsbezirke, Anbauggebiete, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Fachserie B, Reihe 2/III (jährlich).

Hinweis: Angaben über Weinerzeugung und Weinbestand siehe unter 9.10; Angaben über Rebflächen siehe auch unter 9.8 (Bodennutzungserhebung); Angaben über Wachstumsstand der Reben und über Weinmosterträge siehe unter 9.9.4.

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft vom 24. Juni 1964 (BGBl. I S. 409), geändert durch das Agrarbericht-erstattungsgesetz vom 15. November 1974 (BGBl. I S. 3161), § 14.

Periodizität

1 Landwirtschaft (einschl. Gartenbau).

Erhebung und Aufbereitung in jedem zweiten Wirtschaftsjahr für die Monate Oktober und April (in den Stadtstaaten jeweils nur für den Monat April); zuletzt für Wj 1974/75 durchgeführt.

2 Forstwirtschaft.

Erhebung und Aufbereitung in jedem dritten Forstwirtschaftsjahr (jeweils in den ersten drei Monaten nach Ablauf des Forstwirtschaftsjahres); zuletzt für Fwj 1973/74 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Zu 1: 80 000 bis 100 000 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von jeweils mindestens 1 ha; Betriebe unterhalb dieser Grenze, soweit deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entsprechen.

Zu 2: Rund 3 000 private Forstbetriebe und Betriebe von Körperschaften und Gemeinschaftsforsten mit 50 ha und mehr Waldfläche; zusätzlich Staatsforsten und Forstämter der Landwirtschaftskammern.

(Stichprobenerhebung zu 1 und 2; Näheres siehe S. 374 f.)

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden — StLA — StBA.

(Für die Staatsforsten und Forstämter der Landwirtschaftskammern erfolgen die Meldungen durch die obersten Aufsichtsbehörden.)

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen nach Geschlecht, Alter, Tätigkeit im Betrieb, Haushalt des Betriebsinhabers und anderweitiger Erwerbstätigkeit; familienfremde Arbeitskräfte nach Geschlecht, Alter, Tätigkeit und Stellung im Betrieb. Außerdem gegliedert nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und nach sozialökonomischen Betriebstypen.

Zu 2: Betriebseigene Arbeitskräfte, gegliedert nach Familienarbeitskräften, Beamten und Angestellten sowie Lohnarbeitskräften; betriebsfremde Arbeitskräfte; ferner verschiedene Nachweisungen über die Tätigkeit. Gliederung der Ergebnisse nach Größenklassen der Waldfläche (Staatsforsten ohne Größenklassengliederung), getrennt nach Privatforsten und Körperschaftsforsten.

Veröffentlichungen

WiSta 8/69 (M); 12/71; 10, 12/74.

Fachserie B, Reihe 5/II (zweijährlich).

9.4 Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft

9.5 Statistik des Schlepperbestandes

Rechtsgrundlage

Vereinbarung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit den zuständigen Ministerien der Länder und dem StBA.

Periodizität

Jährliche Auszählungen.

Kreis der Befragten

Betriebe mit Schleppern, deren Anträge auf Gasölverbilligung gemäß Gasöl-Verwendungsgesetz-Landwirtschaft vom 22. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1339) und 7. Änderungsgesetz vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1589) anerkannt wurden.

Berichtsweg

Antragsteller — Landwirtschaftsämter — Landwirtschaftskammern/Ministerien der Länder — StLA — StBA. (Der Berichtsweg ist von Land zu Land verschieden.)

Ergebnisse

Tatbestände

Schlepper nach Besitzformen (Allein-, Gemeinschaftsbesitz, im Besitz von Genossenschaften oder Lohnunternehmen), nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche und nach PS-Leistungsklassen.

Veröffentlichungen

Fachserie B, Reihe 5/III (jährlich).

9.6 Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605).

Periodizität

Laufende Erfassung und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Finanzämter.

Berichtsweg

Finanzämter — Oberfinanzdirektionen — StLA — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Veräußerte Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung und durchschnittliche Kaufwerte je ha nach Größenklassen der Flächen und nach der Grundstücksart (mit oder ohne Gebäude, mit oder ohne Inventar) sowie nach Klassen der Ertragsmeßzahlen.

Veröffentlichungen

WiSta 4/73.
Fachserie B, Reihe 5/IV (jährlich).

Hinweis: Statistik der Kaufwerte von Bauland siehe unter 19.4.

9.7 Sonderstatistiken

9.7.1 Betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft

Rechtsgrundlage

Gesetz über betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft vom 23. Dezember 1966 (BGBl. I S. 683).

Periodizität

Mehrere Erhebungen im Jahr.

Kreis der Befragten

Höchstens 10 000 Betriebe (= 0,8 %) mit 0,5 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche.

Berichtsweg

Befragte — Landwirtschaftskammern bzw. StLÄ — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Zusammenstellung des Bundesergebnisses im StBA).

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Verkaufsmengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Erlöse, Aufwendungen für landwirtschaftliche Betriebsmittel, Hennenhaltung und Eierzeugung.

Neunmal im Jahr: Vorräte an Getreide und Kartoffeln.

Dreimal im Jahr: Anbauentwicklung der Hauptfeldfrüchte, Vorräte an Grünfuttersilage und Rauhfutter.

Zweimal im Jahr: Absatz von Speisekartoffeln, Konservierung von Futterkartoffeln.

Jährlich: Betriebsmerkmale, Ertragsentwicklung und Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht,
Sonderveröffentlichungen,
Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Hinweis: Die Erhebungen können je nach Bedarf auch in größeren Abständen durchgeführt werden; die Auskunftserteilung durch die Befragten ist freiwillig. In den Stadtstaaten wird die Erhebung nicht durchgeführt.

9.7.2 Buchführungsstatistik landwirtschaftlicher, gartenbaulicher und weinbaulicher Betriebe

Rechtsgrundlage

Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955 (BGBl. I S. 565).

Periodizität

Jährliche Zusammenstellung (jeweils für das Wirtschaftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni).

Kreis der Befragten

Landwirtschaftliche Buchstellen (aufgrund der Abschlüsse, die für ausgewählte Betriebe der Landwirtschaft, des Garten- und Weinbaues vorgenommen werden).

Berichtsweg

Befragte — Landwirtschaftskammern bzw. Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Einnahmen und Ausgaben, Rentabilitäts- und Einkommensverhältnisse und Schuldenstand der Landwirtschaft, des Garten- und Weinbaues.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Sonderveröffentlichungen,
Jährlicher Agrarbericht (Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung).

9.7.3 Berichterstattung über Flurbereinigung

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Flurbereinigungsbehörden.

Berichtsweg

Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Nach dem Flurbereinigungsgesetz vom 14. Juli 1953, anhängige, abgeschlossene und eingeleitete Flurbereinigungs- und Zusammenlegungsverfahren nach Anzahl, Bearbeitungsflächen und Rechtsgrundlage. Beteiligte Betriebe nach Größenklassen und Zahl der Besitzstücke; Agrar- und Infrastrukturverbesserungen durch Maßnahmen zur Flurbereinigung.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht,
Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
Die Verbesserung der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland (Agrarstrukturbericht), jährlich.

9.7.4 Berichterstattung über landwirtschaftliche Ausbildung und Wirtschaftsberatung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 9.7.3.

Periodizität

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Landwirtschaftskammern bzw. zuständige Behörden der Länder.

Berichtsweg

Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Praktische Berufsausbildung und berufliche Fortbildung in Ausbildungsbetrieben, Fach- und Spezialschulen; Vorbereitungsdienst der Landwirtschaftsreferendare. Zahl der Wirtschaftsberater und der Beratungsringe.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht (jährlich),
Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Bodennutzung und Ernte

9.8 Bodennutzungs- erhebung

9.8.1 Bodennutzungsvorerhebung

Rechtsgrundlage

Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 23. Juni 1964 (BGBl. I S. 405); geändert durch das Gesetz vom 23. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1876) und das Agrarberichterstattungsgesetz vom 15. November 1974 (BGBl. I S. 3161), § 14.

Periodizität

Jährliche Erhebungen (von Januar bis Mai) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 1,3 Mill. Inhaber und Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden; Betriebe unterhalb dieser Grenze (einschl. Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche) soweit deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen Markterzeugung von 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entsprechen; die Gemeinden für alle sonstigen Bodenflächen

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wirtschaftsfläche, gegliedert nach Hauptnutzungsarten (landwirtschaftlich genutzte Fläche, Waldfläche usw.). Landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten (Acker-, Dauergrün- und Rebland usw.).

Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche; Forstbetriebe und Waldfläche nach Besitzarten und Größenklassen der Waldfläche.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 1 , 8, 10/72; 10/73.
Fachserie B, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 1/I (jährlich),
Reihe 5/I (jährlich).

Hinweis: Alle sechs Jahre Neufeststellung der Bodenflächen und Rechtsgrund ihres Besitzes anhand der Katasterunterlagen; in den übrigen Jahren (in den Stadtstaaten und in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern nur in jedem dritten Jahr) Ermittlung der Veränderungen.

Über die Nachprüfung der Erhebung siehe unter 9.8.7.

9.8.2 Bodennutzungshaupterhebung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 9.8.1 und Verordnung zur Durchführung der Bodennutzungshaupterhebung 1974 vom 23. Januar 1974 (BGBl. I S. 109).

Periodizität

Jährliche Erhebung (im Mai) und Aufbereitung. Alle drei Jahre, ab 1977 alle zwei Jahre, Totalerhebung; übrige Jahre Stichprobenerhebung.

Kreis der Befragten

Totalerhebung: Siehe unter 9.8.1.

Stichprobenerhebung: Bei höchstens 10 % der Betriebe aus der Totalerhebung (Näheres siehe S. 374 f.).

Berichtsweg

Siehe unter 9.8.1.

Ergebnisse

Tatbestände

Nutzung des Ackerlandes nach Fruchtarten (Getreide, Hackfrüchte, Garten-
gewächse, Futterpflanzen, Ölfrüchte usw.). Ferner die gegenüber der Vor-
erhebung eingetretenen Veränderungen.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 8/71; 1, 8, 10/72; 8, 10/73, 8/74; 8/75.
Fachserie B, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 1/I mit Eilbericht (jährlich).

Hinweis: In Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern wird der Hopfenanbau
jährlich total erfaßt.

Über die Nachprüfung der Erhebung siehe unter 9.8.7.

9.8.3 Bodennutzungsnacherhebung

Rechtsgrundlage

Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 23. Juni 1964 (BGBl. I
S. 405), geändert durch das Gesetz vom 23. Dezember 1970 (BGBl. I
S. 1876).

Periodizität

Siehe unter 9.8.2, jedoch Erhebung im Oktober.

Kreis der Befragten

Stichprobenerhebung — siehe unter 9.8.2.

Berichtsweg

Siehe unter 9.8.1.

Ergebnisse

Tatbestände

Anbauflächen von Sommer- und Winterzwischenfrüchten (Untersaat-, Stop-
pelsaat).

Veröffentlichungen

Fachserie B, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 1/II (unregelmäßig).

9.8.4 Gemüsevorerhebung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 9.8.3.

Periodizität

Jährliche Erhebung (im März) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Alle Personen, die Gemüse oder Erdbeeren für den Verkauf anbauen, in
rund 1 400 Gemeinden (Stichprobenerhebung — Näheres siehe S. 374 f.).

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mit-
wirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Beabsichtigter Anbau von wichtigen Gemüsearten auf dem Freiland; tatsächliche Anbauflächen der überwinternden Gemüsearten. Erdbeeranbau (jeweils Anbau für den Verkauf).

Veröffentlichungen

Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/1 (unregelmäßig).

9.8.5 Gemüsehaupterhebung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 9.8.3.

Periodizität

Jährliche Erhebung (im Juli) und Aufbereitung. Alle drei Jahre Totalerhebung; übrige Jahre Stichprobenerhebung.

Kreis der Befragten

Totalerhebung: Alle Personen, die Gemüse, Erdbeeren und Zierpflanzen für den Verkauf anbauen.

Stichprobenerhebung: Befragte der Totalerhebung in rund 1400 Gemeinden (Näheres siehe S. 374 f.).

Berichtsweg

Siehe unter 9.8.4.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Flächen des Anbaues für den Verkauf von Gemüse auf dem Freiland und in Unterglasanlagen sowie von Erdbeeren. Beabsichtigter Anbau von überwinternden Gemüsearten.

Jedes dritte Jahr: Anbau von Gemüse und Erdbeeren zur Erfüllung vertraglicher Bindungen bei Erzeugung und Absatz sowie Anbau von Zierpflanzen für den Verkauf (jeweils Flächen nach Pflanzenarten und -gruppen).

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 11/71; 11, 12/72; 11/73; 11/74; 11, 12/75.
Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/1 (unregelmäßig).

9.8.6 Baumschulerhebung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 9.8.3.

Periodizität

Jährliche Erhebungen (von Juli bis August) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 4100 Betriebe, die sich mit der Anzucht von Baumschulerzeugnissen befassen.

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Baumschulfläche; Bestand an Obst- und Ziergehölzen sowie an Forstpflanzen nach Arten und Anzuchtmerkmalen.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/V (jährlich).

9.8.7 Erhebung zur Nachprüfung der Bodennutzungsvor- und -haupterhebung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 9.8.3.

Periodizität

Dreijährlich (im Anschluß an die Bodennutzungshaupterhebung).

Kreis der Befragten

Eigentümer und Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 ha, die ganz oder teilweise landwirtschaftlich genutzt werden (Stichprobenerhebung bei höchstens 0,2% der Betriebe. Näheres siehe S. 374 f.). Die Flächen werden nach amtlichen Unterlagen und die Nutzungsarten durch Feldbegehung festgestellt.

Berichtsweg

Befragte — Landesarbeitsgemeinschaften (Landwirtschaftsministerien der Länder, StLÄ, Sachverständige) — StLÄ — (Zusammenstellung) — StBA — Zentraler Sachverständigenausschuß beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Veröffentlichungen

Fachserie B, Reihe 1 (jährlich).

Hinweis: Die Ergebnisse dienen der Feststellung des Erhebungsfehlers. Sie können ggf. zur Berichtigung der Bodennutzungsvor- und -haupterhebung herangezogen werden. In den Stadtstaaten und in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern findet die Nachprüfung nicht statt.

9.9 Ernteberichterstattung

9.9.1 Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge der landwirtschaftlichen Feldfrüchte und des Grünlandes

Rechtsgrundlage

Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 23. Juni 1964 (BGBl. I S. 405), geändert durch das Gesetz vom 23. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1876).

Periodizität

Monatliche Erhebung (von März bis November) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 7 500 ehrenamtliche Berichterstatter.

Berichtsweg
Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wachstumstand bestimmter Feldfrüchte (Roggen, Weizen, Hafer, Kartoffeln, Zuckerrüben usw.) sowie Vorschätzungen und endgültige Schätzungen der Ernteerträge von Ackerfrüchten und des Grünlandes. Infolge Auswinterung umgepflügte oder umzupflügende Flächen.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 1, 8, 10/71; 1, 10/72; 1, 8, 10, 11, 12/73; 1, 11/74; 9, 12/75.
Fachserie B, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 1/II (unregelmäßig).

Hinweis: Zur Sicherung der Ertragsschätzungen werden außerdem repräsentative Ertragsfeststellungen (Ergänzende Erntemittlungen) vorgenommen. Dabei dürfen jährlich nicht mehr als je drei landwirtschaftliche Fruchtarten, Gemüse- und Obstarten, insgesamt jedoch nicht mehr als sechs dieser Arten sowie Weinmost einbezogen werden. Für jede dieser Arten dürfen nicht mehr als 0,5% der Betriebe, Bodenflächen oder Obstbäume herangezogen werden. Ferner werden Erntevoraussetzungen auf der Grundlage von Witterungsdaten für Getreide, Zuckerrüben und Kartoffeln durchgeführt.

9.9.2 Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge von Gemüse und Erdbeeren

Rechtsgrundlage

Siehe unter 9.9.1.

Periodizität

Monatliche Erhebung (von April bis Oktober) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 2 200 ehrenamtliche Berichtersteller.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wachstumstand, Erntevorschätzungen und Ernteschätzungen für Gemüsearten und -sortengruppen, Erdbeeren (jeweils aus dem Anbau für den Verkauf).

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 11/71; 11/72; 11/73; 11/74; 11/75.
Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/I (unregelmäßig).

Hinweis: Siehe 9.9.1.

9.9.3 Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge des Obstes

Rechtsgrundlage

Siehe unter 9.9.1.

Periodizität

Monatliche Erhebung (von Mai bis Oktober) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 4 900 ehrenamtliche Berichtersteller.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wachstumstand, Erntevorschätzungen und Ernteschätzungen der wichtigsten Obstarten.

Regionale Gliederung

Siehe unter 9.9.2.

Veröffentlichungen

WiSta 11/71; 11/72; 11/73; 11/74; 11/75.
Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/II (unregelmäßig).

Hinweis: Siehe unter 9.9.1.

9.9.4 Berichterstattung über Wachstumstand der Reben und Weinmosterträge

Rechtsgrundlage

Siehe unter 9.9.1.

Periodizität

Monatliche Erhebung (von Mai bis November) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 1 400 ehrenamtliche Berichtersteller.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Stand der Reben und Güte der Trauben; Vorschätzung und Schätzung der Weinmosternte, der Güte des Mostes, der Mostausbeute, des Mostgewichts und Säuregehalts. Verkauf von Trauben und Most, Erlöse.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Weinbaugebiete.

StLÄ: Regierungsbezirke, Weinbaugebiete, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 1/71; 2/72; 2/73; 2/74; 4/75.
Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/III (unregelmäßig).

Hinweis: Siehe unter 9.9.1.

9.9.5 Besondere Erntermittlung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 9.9.1.

Periodizität

Jährliche Ermittlung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Kreiskommissionen für Besondere Erntermittlungen sowie ausgewählte Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe.

Die Ergebnisse werden mittels Probeschnitten und Proberodungen auf höchstens 12 000 Probestücken gewonnen; bei etwa 1 500 der Probeschnitfelder werden Volldrusche durchgeführt (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 374 f.).

Berichtsweg

Befragte — Landesarbeitsgemeinschaften (Landwirtschaftsministerien der Länder, StLA, Sachverständige; verantwortlich für die Durchführung) — Zentraler Sachverständigenausschuß (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, StBA, Landwirtschaftsministerien der Länder, StLA, Sachverständige; zuständig für Vorbereitung und Auswertung).

Ergebnisse

Tatbestände

Hektarerträge für bestimmte Getreidearten und Kartoffelsorten (Reifestufen).

Veröffentlichungen

WiSta 10/71; 1, 10/72; 10/73; 9/75.

Fachserie B, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 1/II (unregelmäßig).

Hinweis: Aufgrund der besonderen Erntermittlung werden die Schätzungen der Ernterträge der übrigen Getreidearten und Kartoffelsorten (siehe unter 9.9.1) überprüft und gegebenenfalls berichtigt.

In den Stadtstaaten und in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern werden diese Ermittlungen nicht durchgeführt.

9.9.6 Berichterstattung über Saatgutvermehrungsflächen

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Nach Landesrecht für die Saatgut Anerkennung zuständige Behörden oder Stellen (Anerkennungsstellen).

Berichtsweg

Befragte — Landwirtschaftskammern bzw. Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft — Bundessortenamt — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Zur Feldbesichtigung angemeldete sowie mit Erfolg feldbesichtigte Vermehrungsflächen von landwirtschaftlichem Saat- bzw. Pflanzgut nach Fruchtarten und Sorten von Gemüsesaatgut nach Fruchtart je nach Kategorien.

Veröffentlichungen

Blatt für Sortenwesen — Amtsblatt des Bundessortenamtes;
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht.
Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

9.10 Weinerzeugungs- und Weinbestandsstatistik

Rechtsgrundlage

Verordnung Nr. 24/62 des Rates der EWG sowie Verordnungen Nr. 134/62 und 1136/70 der EWG-Kommission. Ferner Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 29. August 1961 in der Fassung der Änderungsgesetze vom 30. Juli 1965 (BGBl. I S. 655) und vom 22. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1337) sowie vom 31. August 1972 (BGBl. I S. 1217) und Zweite Verordnung zur Änderung der Dritten Verordnung zur Durchführung des Weinwirtschaftsgesetzes vom 2. August 1972 (BGBl. I S. 1368).

Periodizität

Jährliche Erhebung (Stichtag für Weinerzeugung: 15. bzw. 31. Dezember, für Weinbestand: 31. August) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

1 Weinerzeugung: Weinbaubetriebe mit einer Rebfläche von 10 Ar und mehr, bei Marktbelieferung auch Betriebe mit einer Rebfläche unter 10 Ar.

2 Weinbestand: Natürliche und juristische Personen; ausgenommen: Privatverbraucher, Einzelhändler und Weinbaubetriebe (ohne Marktbelieferung) mit einer Rebfläche unter 10 Ar.

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden (teilweise) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Hergestellte Weinmenge; nicht schon zu Wein verarbeiteter Traubenmost; zur Weinherstellung bestimmte frische Trauben.

Zu 2: Lagernde Mengen an Wein und Most sowie die für die Weinherstellung bestimmten Trauben; ferner Lagerbehälter für Wein (Faß- und Tankraum).

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke.

Veröffentlichungen

Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/III (unregelmäßig).

9.11 Holzstatistik

1 Holzeinschlag.

2 Holzbearbeitung.

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Holzstatistik vom 30. April 1968 (BGBl. I S. 333).

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Rund 10 000 Betriebe, die Rohholz erzeugen (für die übrigen Betriebe wird geschätzt).

Zu 2: Holzbearbeitungsbetriebe mit 10 Beschäftigten und mehr; darunter Sägewerke mit einem jährlichen Einschnitt von mindestens 1000 Fm Rundholz.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — zuständige Ministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Zu 2: Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Einschlag und Veräußerung von Rohholz in Erzeugerbetrieben.

Zu 2: Zugang, Abgang und Bestand an Rohholz und Holzhalbwaren nach Arten.

Veröffentlichungen

Zu 1: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten · Statistischer Monatsbericht, Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Zu 2. StBA: Fachserie D, Reihe 9/III (vierteljährlich).

Viehwirtschaft und Fischerei

9.12.1 Allgemeine Viehzählung

9.12 Viehzählungen

Rechtsgrundlage

Viehzählungsgesetz in der Fassung vom 23. September 1973 (BGBl. I S. 1405).

Periodizität

Jährliche, zweijährliche bzw. vierjährliche Erhebung und Aufbereitung (Stichtag: jeweils 3. Dezember).

Kreis der Befragten

Viehhalter.

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Bestand an Schweinen nach Lebendgewicht, Geschlecht und Nutzungszweck; Bestände an Rindvieh, Pferden, Schafen und Geflügel nach Alter, Geschlecht und Nutzungszweck (Kleinstbetriebe mit Schweinen und Legehennen nur vierjährlich).

Zweijährlich: Verhältnis der Bestände an Rindvieh, Schweinen und Geflügel zur landwirtschaftlich genutzten Fläche nach Betriebs- und Bestandsgrößenklassen.

Vierjährlich (ab 1973): Bestände an Ziegen und Bienenvölkern. Außerdem Bestände der Kleinstbetriebe unter 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche mit weniger als drei Schweinen oder weniger als 20 Legehennen.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 1/71; 1/72; 1/73; 2, 6/74; 2, 5/75.

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/I (vierteljährlich mit Vorbericht, zweijährlich).

Hinweis: In den Stadtstaaten findet die Zählung nur alle zwei Jahre statt. Die durch die Zählungen ermittelten Bestände an Schweinen und Rindvieh werden (außer in den Stadtstaaten) alle zwei Jahre nachgeprüft; die letzte Nachprüfung fand im Dezember 1974 statt (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 376 f.).

9.12.2 Viehwisenzählungen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 9.12.1.

Periodizität

Jährlich drei Erhebungen (Stichtage: 3. April, 3. Juni, 3. August) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Schweinehalter, Rindvieh- und Schafhalter. Stichprobenerhebung in etwa 37 000 Betrieben (Näheres siehe S. 376 f.).

Berichtsweg

Siehe unter 9.12.1.

Ergebnisse

Tatbestände

April und August: Bestand an Schweinen.

Juni: Bestände an Rindvieh und Schafen.

Veröffentlichungen

WiSta *

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/I (vierteljährlich mit Vorbericht).

Hinweis. Die durch die Zwischenzählung ermittelten Viehbestände werden (außer in den Stadtstaaten) alle zwei Jahre nachgeprüft; die letzte Nachprüfung fand im Dezember 1974 statt (Näheres siehe S. 376 f.).

9.13 Geflügel- statistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Geflügelstatistik vom 29. März 1967 (BGBl. I S. 388), geändert durch das Gesetz vom 17. April 1974 (BGBl. I S. 972).

Periodizität

Monatliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten

1 Monatlich: Brütereien ab einem Fassungsvermögen der Brutanlage von 1 000 Eiern und Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität ab 2 000 Tieren im Monat.

2 Jährlich: Brütereien ab einem Fassungsvermögen der Brutanlage von 1 000 Eiern und Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität ab 500 Tieren im Monat.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Zahl der in Brutschränken eingelagerten Bruteier zur Erzeugung von Hühnern, Enten, Gänsen, Trut- und Perlhühnern (Hausgeflügel), Zahl der geschlüpften Küken von Hausgeflügel, jeweils getrennt nach Rasse und Verwendungszweck; Menge des geschlachteten Geflügels inländischer Herkunft, Anteil der gewonnenen Schlachtmenge an einzelnen handelsüblichen Zubereitungsformen.

Zu 2: Fassungsvermögen der Brutanlagen; monatliche Schlachtkapazität.

Veröffentlichungen

WiSta * (monatlich).

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/V (monatlich).

9.14.1 Schlachtungsstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik vom 29. August 1975 (BGBl. I S. 2305).

Periodizität

Laufende Erfassung, monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Schlachtier- und Fleischbeschauer, beschauende Tierärzte und Beschauämter.

Berichtsweg

Befragte — Kreise (Kreistierärzte) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Beschauete gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft, Hausschlachtungen, jeweils gegliedert nach Tierarten (Rindvieh, Kälber, Schweine, Schafe usw.).

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 2/71; 2/72; 2/73; 2/74; 2, 12/75.

WiSta* (monatlich).

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/III (monatlich).

9.14.2 Schlachtgewichtsstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 9.14.1.

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche Aufbereitung der Lebendgewichte.

Kreis der Befragten

Verfügungsberechtigte über Schlachttiere, Leiter der ausgewählten Schlachthöfe, Schlachtvieh- und Schlachtviehgroßmärkte.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittliche Schlachtgewichte und Gesamtschlachtmenge aus gewerblichen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer Herkunft (mit Ausnahme der Schweine-Hausschlachtungen) und aus Schlachtungen von Auslandstieren, jeweils gegliedert nach Tierarten (siehe unter 9.14.1).

Regionale Gliederung
StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen
WiSta 2/71; 2/72; 2/73; 2/74; 2/75.
WiSta * (monatlich).
Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/III (monatlich).

9.14.3 Schlachtier- und Fleischbeschaustatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz zur Änderung des Fleischbeschaugesetzes vom 15. September 1969, § 25 a (BGBl. I S. 1627) und Verordnung über die Durchführung der Fleischbeschaustatistik vom 30. April 1970 (BGBl. I S. 450), geändert durch die Verordnung vom 20. Januar 1975 (BGBl. I S. 287).

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Siehe unter 9.14.1; außerdem die für die Abgabe der Meldungen zuständigen Behörden.

Berichtsweg

Befragte — Oberste Landesveterinärbehörden — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Beschaute Schlachttiere in- und ausländischer Herkunft (davon ordnungsgemäße Schlachtungen sowie Notschlachtungen) nach Tierarten (Rinder, Kälber, Schweine, Schafe usw.). Beanstandete ganze Tierkörper und Teile, gegliedert nach Bewertungsgruppen, Tierarten und Beanstandungsgründen. Außerdem die in das Zollinland eingehende und zur Untersuchung gestellte Fleischmenge und deren Beanstandungsgründe.

Veröffentlichungen

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/IV (jährlich).

9.15 Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Milchstatistik vom 25. Juli 1968 (BGBl. I S. 860).

Periodizität

Monatliche Erhebung und Schätzung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Leiter der Milchsammelstellen und Molkereien; Geschäftsführer der Kontrollverbände für Milchleistungsprüfungen, Milchschätzungskommissionen (je eine in jedem kleineren Verwaltungsbezirk).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Erzeugung von Kuhmilch insgesamt sowie Milchertrag je Kuh, Verwendung der Kuhmilch.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 4/71; 4/72; 4/73; 4/74, 3/75.

WiSta* (monatlich).

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/II (monatlich).

Hinweis: Angaben über die Erzeugung von Kuhmilch in Betrieben, die den Kontrollverbänden für Milchleistungsprüfungen angeschlossen sind, sowie Angaben über die Anlieferung von Kuhmilch bei den Milchsammelstellen und Molkereien werden erhoben; die Angaben über die Erzeugung von Kuhmilch und ihre Verwendung durch die Erzeuger werden geschätzt.

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität

Halbmonatliche Berichterstattung; halbmonatliche und monatliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Kreistierärzte.

Berichtsweg

Befragte — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Stand der anzeigepflichtigen Tierseuchen.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Tierseuchenbericht (halbmonatlich, ausführliche Ergebnisse),

Statistischer Monatsbericht (zusammenfassende Ergebnisse),

Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Vierteljahres-Ergebnisse).

StBA:

WiSta* (monatlich).

9.16 Tierseuchen- statistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Fischereistatistik vom 21. Juli 1960 (BGBl. I S. 589).

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

1 Hochsee- und Küstenfischerei: Schiffsführer, Reedereien, Fischereigesellschaften, Seefischmarktverwaltungen, Fischverwertungsgenossenschaften, Fischgroßhandlungen, Fischverarbeiter.

2 Bodenseefischerei: Fischer bzw. Abnahmestellen (Genossenschaften) oder Fischhandlungen.

(Insgesamt rund 3 000 Befragte.)

9.17 Fischerei- statistik

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — Erhebungsstellen (Seefischmarktverwaltungen, Fischereiamter) — StBA.

Zu 2: Befragte — Erhebungsstellen (Fischmeister, Wasserschutzpolizei, Hauptzollämter) — StBA.

(Jeweils zentrale Aufbereitung.)

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Fangergebnisse (Menge und Erzeugererlös) nach Fisch- bzw. Tierarten, Fanggebieten und -plätzen, nach Reisen, Reise- und Fangtagen, Fangstunden, Anlandeplätzen und Verwendungszweck sowie nach Fischereibetriebs- und Fahrzeugarten. Zahl und BRT der Fischereifahrzeuge nach Fischereibetriebsarten und Heimathäfen. Im Einsatz befindliche Fahrzeuge.

Zu 2: Fangergebnisse (Menge und Erzeugererlös) nach Fischarten.

Veröffentlichungen

StBA:

WiSta 4/71; 4/72; 5/73; 6/74; 5/75.

WiSta* (monatlich).

Zu 1 und 2. Fachserie B, Reihe 4 (jährlich).

Zu 1: Fachserie B, Reihe 4/1 (monatlich, jährlich)

Zu 2. Fachserie B, Reihe 4/11 (zweimonatlich).

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Jahresbericht über die Deutsche Fischwirtschaft.

Ernährungswirtschaft

9.18 Statistiken der Ernährungswirtschaft

9.18.1 Berichterstattung über Getreidewirtschaft

Rechtsgrundlage

Gesetz über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln (Getreidegesetz) vom 4. November 1950 (BGBl. S. 721) und 19. Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz vom 25. Juni 1963 (BGBl. I S. 434).

Periodizität

Monatliche (Kleinmühlen: vierteljährliche) Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Getreidehandel, landwirtschaftliche Genossenschaften, Verarbeitungsbetriebe (Betriebe, die Getreide verarbeiten oder Teigwaren herstellen), Mehlgroßhandel, Importeure.

Berichtsweg

Befragte — Landwirtschaftsministerien bzw. zuständige Behörden der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Getreideverkäufe der Landwirtschaft nach Getreidearten. Verarbeitung von Getreide und Herstellung von Getreideerzeugnissen. Bestände an Getreide und Getreideerzeugnissen in zweiter Hand.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Statistischer Monatsbericht,

Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

9.18.2 Berichterstattung über Zuckerwirtschaft

Rechtsgrundlage

Gesetz über den Verkehr mit Zucker (Zuckergesetz) vom 5. Januar 1951 (BGBl. I S. 47) und Zweite Durchführungsverordnung zum Zuckergesetz vom 7. Juli 1951 (Bundesanzeiger Nr. 132).

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zuckerfabriken, Zuckergroßhandel, Importeure.

Berichtsweg

Zuckerfabriken und Importeure — Wirtschaftliche Vereinigung Zucker — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Großhandel — Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Verarbeitung von Zuckerrüben und Rohzucker, Herstellung und Absatz von Zucker; Zuckerbestände.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht,
Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

9.18.3 Berichterstattung über Fettwirtschaft (Nahrungsfette)

Rechtsgrundlage

Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811) und Dritte Durchführungsverordnung zum Milch- und Fettgesetz vom 23. November 1951 (Bundesanzeiger Nr. 230).

Periodizität

Siehe unter 9.18.2.

Kreis der Befragten

Ölmühlen, Margarinefabriken, Fettschmelzen, Schmalzsiedereien und Importeure.

Berichtsweg

Befragte — Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Anlieferung, Verarbeitung und Ölanfall aus Verarbeitung inländischer Ölsaaten. Herstellung, Absatz und Bestände an Speiseöl, Margarine u. a. Fetten.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht,
Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

9.18.4 Berichterstattung über Vieh- und Fleischwirtschaft

Rechtsgrundlage

Gesetz über den Verkehr mit Vieh und Fleisch (Vieh- und Fleischgesetz) vom 25. April 1951 (BGBl. I S. 272), Zweite Durchführungsverordnung vom 2. Mai 1951 (Bundesanzeiger Nr. 90), Vierte und Fünfte Durchführungsverordnung vom 5. Februar 1970 (BGBl. I S. 152/154).

Periodizität

Wöchentliche und monatliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Für Auftriebe, Zufuhren und Preise: Großmärkte für Schlachtvieh, Versandschlachtereien, fleischverarbeitende Industrie, Fleischgroßmärkte.

Für übergebietlichen Fleischversand: Versandschlachtereien, Großschlächter, fleischverarbeitende Industrie.

Berichtsweg

Befragte — Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Auftriebe von Schlachtvieh, Fleischzufuhren sowie Lebendviehpreise an den Großmärkten. Mengenumsätze und Preise für Schweinehälften, geschlachtete Rinder und Kälber in Versandschlachtereien, in der fleischverarbeitenden Industrie und auf Fleischgroßmärkten. Versand von Fleisch und Fleischerzeugnissen über die Grenzen der Bundesländer.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.
Statistischer Monatsbericht,
Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

9.18.5 Berichterstattung über Molkereiwirtschaft

Rechtsgrundlage

Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811) und Dritte Durchführungsverordnung zum Milch- und Fettgesetz vom 23. November 1951 (Bundesanzeiger Nr. 230).

Periodizität

Monatliche (teilweise wöchentliche) bzw. dreijährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Molkereien, Käsereien, Dauermilchbetriebe.

Berichtsweg

Siehe unter 9.18.4.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Milchanlieferung, Milchbearbeitung und Milchverarbeitung, Herstellung und Absatz von Milch und Milcherzeugnissen, Erzeugerpreise für Milch.

Dreijährlich: Rechtsform und Mengenumsatz der Molkereien.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.
Statistischer Monatsbericht,
Statistischer Bericht über die Milch- und Molkereiwirtschaft im Bundesgebiet,
Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

10 PRODUZIERENDES GEWERBE

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

10.1 Erhebungen bei Betrieben	167
10.2 Erhebungen bei Unternehmen	170
10.3 Sonderstatistiken für einzelne Industriezweige	172

Baugewerbe

10.4 Erhebungen bei Betrieben	175
10.5 Erhebungen bei Unternehmen	177

Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung

10.6 Erhebungen bei Betrieben	179
10.7 Erhebungen bei Unternehmen	180
10.8 Sonderstatistiken	182

Handwerk

10.9 Handwerkszählung 1968	184
10.10 Handwerksberichterstattung	185

Vorbemerkung. Durch das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 werden die bisher auf verschiedenen Rechtsgrundlagen basierenden Statistiken der Bereiche Industrie, Handwerk, Baugewerbe sowie Energie- und Wasserwirtschaft zusammengefaßt, vereinheitlicht und durch neue Erhebungen ergänzt. Die Umstellung auf das neue System aufeinander abgestimmter kurz- und langfristiger Erhebungen einschl. Zensen erfolgt stufenweise. Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf die neue Rechtsgrundlage. In den Veröffentlichungen sind jedoch bis auf weiteres noch die Ergebnisse in ihrer bisherigen Abgrenzung nachgewiesen.

Die fachliche Gliederung erfolgt gegenwärtig teils nach dem »Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht (Fassung 1975)« und teils nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1970)«, sie wird ab 1976 nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)« vorgenommen werden. Das Bauhauptgewerbe wird im Jahre 1976 in den Monatsstatistiken für Betriebe noch gemäß der »Systematik der Wirtschaftszweige« abgegrenzt. Die Abgrenzung nach SYPRO wird erstmals in der Totalerhebung 1976 im Bauhauptgewerbe und in den Monatsstatistiken im Baugewerbe für Betriebe ab 1977 erfolgen.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

10.1.1 Monaterhebungen

1 Monatsbericht (einschl. Auftragseingangserhebung).

2 Produktions-Eilbericht.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779).

Periodizität

Zu 1: Monatliche Erhebung, monatliche und jährliche Aufbereitung.

Zu 2: Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Produzierende Betriebe von höchstens 52 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes sowie produzierende Betriebe anderer Unternehmen (jeweils ohne Baubetriebe und Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Betriebe, tätige Personen, geleistete Arbeiterstunden, Lohn- und Gehaltsummen, Umsatz, Auftragseingang, Verbrauchsteuern, Bestand und Verbrauch an Brennstoffen, Bezug und Verbrauch sowie Erzeugung und Abgabe von Elektrizität. (Tätige Personen, Umsatz, Auftragseingang und Verbrauchsteuern werden auch für fachliche Betriebsteile erfaßt.)

Zu 2: Produktion für höchstens 1 000 Warenarten.

(Diese Erhebung dient mit ihrer repräsentativen Auswahl wichtiger Industrieerzeugnisse der kurzfristigen globalen Unterrichtung über die Entwicklung der Produktion und zur Berechnung der Produktionsindizes.)

Fachliche Gliederung (Zu 2)

Nach dem »Verzeichnis der Erzeugnisse bzw. Erzeugnisgruppen für den monatlichen Produktions-Eilbericht«.

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 2, 8/71; 2, 8/72; 2, 8/73; 2, 8/74; 2, 9/75.

WiSta * (monatlich).

Fachserie D, Reihe 1/1 und Vorbericht (monatlich, jährlich),

Reihe 4/S (jährlich und vierjährlich).

10.1 Erhebungen bei Betrieben

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe (Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

WiSta 3/72 (M), 4/72, 3/73, 3/74, 3/75.

WiSta * (monatlich).

Fachserie D, Reihe 6 (monatlich).

Zu 2· WiSta 2, 8/71; 2, 8/72; 2, 8/73; 2, 8/74, 2, 8/75.

WiSta * (monatlich).

Fachserie D, Reihe 2 (monatlich).

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

WiSta 2, 8/71; 2, 8/72; 2, 8/73; 2, 8, 12/74 (M); 2, 8/75.

WiSta * (monatlich).

Fachserie D, Reihe 2 (monatlich).

Index der Bruttonproduktion für Investitionsgüter und für Verbrauchsgüter

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

WiSta 1/75 (M).

WiSta * (monatlich)

Fachserie D, Reihe 2 mit Eilbericht (monatlich).

Index der Arbeitsproduktivität (Produktionsergebnis je Beschäftigten, je Beschäftigtenstunde, je Arbeiter und je Arbeiterstunde)

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

WiSta 4/71, 4/72; 4/73; 4/74, 2/75 (M).

WiSta * (monatlich).

Fachserie D, Reihe 2 (monatlich).

10.1.2 Vierteljährliche Produktionserhebung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.1.1.

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Siehe unter 10.1.1.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Gesamte Produktion nach Menge und Wert sowie Reparatur-, Montage- und Lohnveredlungsarbeiten.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Ausgabe 1975)«.

Veröffentlichungen

Fachserie D, Reihe 3 (vierteljährlich, jährlich).

Hinweis. Ab 1975 werden für etwa 5 900 sechsstellige Warenarten und 650 vierstellige Warenklassen Produktionsdaten veröffentlicht. Ein Teil dieser Ergebnisse stammt aus Sonderstatistiken (siehe unter 10.3).

10.1.3 Jahresherhebungen

1 Investitionserhebung.

2 Statistik über den Auftragsbestand.

3 Erhebung für Kleinbetriebe.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.1.1.

Periodizität

Jährliche Erhebung (zu 2: für den Berichtsmonat Dezember, zu 3: für den Berichtsmonat September) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1 und 2: Produzierende Betriebe von höchstens 52 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes sowie produzierende Betriebe anderer Unternehmen (jeweils ohne Baubetriebe und Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung).

Zu 3: Die im Monatsbericht für Betriebe — siehe unter 10.1.1 Nr. 1 — nicht erfaßten Industriebetriebe (ohne Baubetriebe und Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung).

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Betriebe, Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres.

Zu 2: Auftragsbestand für fachliche Betriebsteile.

Zu 3: Betriebe, tätige Personen und Umsatz für einen Monat sowie Umsatz für das vorhergehende Jahr.

Veröffentlichungen

Zu 1: Fachserie D, Reihe 1/I (jährlich).

Reihe 4/S (unregelmäßig).

Zu 3: Die Daten werden mit denjenigen des Monatsberichts (siehe unter 10.1.1 Nr. 1) einmal jährlich erhoben, aufbereitet und in Fachserie D, Reihe 4/S veröffentlicht.

10.1.4 Mehrjährige Erhebung (Zensus)

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.1.1.

Periodizität

Alle vier bis sechs Jahre; zuletzt für das Jahr 1967 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Produzierende Betriebe von höchstens 65 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes sowie produzierende Betriebe anderer Unternehmen (jeweils ohne Baubetriebe und Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Betriebe, tätige Personen, Lohn- und Gehaltsummen, Material- und Wareneingang.

Veröffentlichungen

WiSta 8 (M), 9/71.

Fachserie D, Zensus im Produzierenden Gewerbe 1967, Heft 2, 3, 5 bis 7 und Sonderheft.

10.2 Erhebungen bei Unternehmen

10.2.1 Monatserhebungen

- 1 Monatsbericht.
- 2 Statistik über den Auftragsbestand.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779).

Periodizität

- Zu 1: Monatliche Erhebung, monatliche und jährliche Aufbereitung (bis 1976 jährliche Erhebung und Aufbereitung).
Zu 2: Monatliche Erhebung, monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

- Zu 1: Höchstens 10 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit zwei Betrieben und mehr.
Zu 2: Höchstens 3 000 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes.

Berichtsweg

- Zu 1: Befragte — StLÄ — StBA.
Zu 2: Befragte — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Unternehmen, tätige Personen, Lohn- und Gehaltsummen und Umsatz.

(Die Angaben der Mehrbetriebsunternehmen werden mit denen der Einbetriebsunternehmen des Monatsberichts für Betriebe — siehe unter 10.1.1 Nr. 1 — zusammengefaßt.)

Zu 2: Auftragsbestand.

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 5/71; 6/72; 6/73; 6/75.
Fachserie D, Reihe 1/II (jährlich).

Zu 2:

Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

WiSta 1/71 (M); 4/72; 3/73; 3/74; 3/75.

WiSta* (monatlich).

Fachserie D, Reihe 6 (monatlich).

10.2.2 Jahresherhebungen

- 1 Investitionserhebung.
- 2 Jahresherhebung (Kostenstrukturerhebung).

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.2.1.

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Höchstens 52 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes.

Zu 2: Höchstens 15 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — StLÄ — StBA.

Zu 2: Befragte — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Unternehmen, Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres sowie Verkaufserlös aus dem Abgang von Anlagegütern.

Zu 2: Unternehmen, tätige Personen, Umsatz, selbsterstellte Anlagen, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, Material- und Wareneingang, Kosten nach Kostenarten, Umsatzsteuer und Subventionen (bei Unternehmen mit 100 tätigen Personen und mehr für fachliche Unternehmensteile: tätige Personen, Lohn- und Gehaltsummen, Umsatz, selbsterstellte Anlagen, an andere Unternehmen und an fachliche Unternehmensteile vergebene Lohnarbeiten sowie die von diesen bezogenen Dienstleistungen, Lieferungen und Leistungen an fachliche Unternehmensteile, Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen am Anfang und Ende des Jahres, Materialverbrauch).

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 5/71; 7/72; 7/73; 9/74; 7, 8/75.
Fachserie D, Reihe 1/II (jährlich),
Reihe 7/II (jährlich).

Zu 2: Vorgesehen.

10.2.3 Mehrjährige Erhebungen

1 Zensus.

2 Statistik über den Material- und Wareneingang.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.2.1.

Periodizität

Alle vier bis sechs Jahre; zuletzt für das Jahr 1967 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Zu 1: Höchstens 65 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes.

Zu 2: Höchstens 20 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — StLÄ — StBA.

Zu 2: Befragte — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Unternehmen, tätige Personen, Lohn- und Gehaltsummen, Umsatz, Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, Verkaufserlös aus dem Abgang von Anlagegütern, Material- und Wareneingang, vergebene Lohnarbeiten, Wert der sonstigen Vorleistungen, gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, Steuern (ohne Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuer) und Subventionen.

(Die Ergebnisse des Zensus sowie die Ergebnisse der Jahreserhebung — siehe unter 10.2.2 Nr. 2 — werden zu einem Gesamtergebnis zusammengestellt.)

Zu 2: Material- und Wareneingang nach Arten.

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 8, 9/71.

Fachserie D, Zensus im Produzierenden Gewerbe 1967, Heft 2, 3, 5 bis 7.

Zu 2: WiSta 8/70.

Fachserie D, Zensus im Produzierenden Gewerbe 1967, Heft 8.

10.3 Sonderstatistiken für einzelne Industriezweige

10.3.1 Eisen- und Stahlstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960 (BGBl. I S. 842), geändert durch das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe, § 13.

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Gruben des Eisenerzbergbaues; Werke der eisenschaffenden Industrie; Stahlrohrwerke; Eisen-, Stahl- und Tempergießereien; Erzeuger von Legierungsmitteln; Schrott-, Eisen- und Stahlhändler.

Berichtsweg

Befragte — StBA Außenstelle Düsseldorf (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

1 Eisenerzbergbau

Eisenerze: Förderung, Aufbereitung, Versand, Bestände.

Ferner Angaben über Brennstoff- und Energieverbrauch; tätige Personen, Arbeiterstunden, Bruttosumme der Löhne und Gehälter.

2 Eisenschaffende Industrie

Hochofenwerke

Einsatzstoffe: Bezug, Verbrauch, Bestände. Koks: Erzeugung, Bezug, Verbrauch, Bestände. Roheisen nach Sorten: Erzeugung, Versand, Bestände.

Stahlwerke

Einsatzstoffe: Bezug, Verbrauch, Bestände. Rohstahl nach Herstellungsverfahren: Erzeugung, Versand, Bestände. Thomasschlacke: Erzeugung, Versand, Bestände.

Walzwerke

Stahlhalbzeug, Walzstahlfertigerzeugnisse, weiterverarbeitete Walzstahlfertigerzeugnisse (jeweils nach Sorten): Erzeugung, Versand, Bestände.

Stahlrohrwerke: Erzeugung, Auftragseingänge und -bestände, Lieferungen.

Schmiede-, Preß- und Hammerwerke

Freiformschmiedstücke, rollendes Eisenbahnzeug: Erzeugung, Versand, Bestände.

Ferner Angaben über Brennstoff- und Energiewirtschaft, tätige Personen (gegliedert nach Betriebsteilen), Arbeiterstunden (verfahren- und ausgefallene Stunden).

3 Eisen-, Stahl- und Tempergießereien

Rohstoffverbrauch, Erzeugung, Auftragseingänge und -bestände, Lieferungen, Brennstoff- und Energiewirtschaft, tätige Personen, Arbeiterstunden (verfahren- und ausgefallene Stunden).

4 Schrottwirtschaft

Verbraucher: Eigenentfall, Bezug, Verbrauch, Bestände. Handel: Zugang, Versand, Bestände, tätige Personen.

Veröffentlichungen

WiSta 2/72; 2/73; 2/74, 2/75.

Fachserie D, Reihe 9/1, monatlich mit Vorbericht (vierteljährlich).

Auszugsweise in Fachserie D, Reihe 2 (monatlich), Reihe 3 (vierteljährlich, jährlich).

10.3.2 Nichteisen- und Edelmetallstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.3.1.

Periodizität

Monatliche, vierteljährliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Betriebe des Metallergbergbaues, der Metallgewinnung, der ersten Verarbeitungsstufe und des Metallhandels.

Berichtsweg

Befragte — Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Erzeugung an Erzen, Konzentraten, Rohmaterial und Halbmaterial, Abgabe von Edelmetallen, Auftragseingang und Lieferungen bei Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe; Bestand an Rohmaterial bei Betrieben der Metallgewinnung.

Vierteljährlich: Verbrauch an Vor-, Roh- und Abfallmaterial, Bestand an Vor- und Abfallmaterial bei den Betrieben der Metallgewinnung sowie an Vor-, Roh- und Abfallmaterial bei den Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe und des Metallhandels.

Jährlich: Abgabe von Roh- und Halbmaterial an Abnehmer im Inland.

Veröffentlichungen

Auszugsweise in Fachserie D, Reihe 2 (monatlich) und Reihe 3 (vierteljährlich, jährlich)

10.3.3 Mineralölstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.3.1.

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Betriebe, die Mineralölprodukte herstellen oder im Außenhandel bzw. DDR-Handel beziehen oder liefern.

Berichtsweg

Befragte — Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Zugang, Lieferung, Bestand an Mineralölprodukten.

Veröffentlichungen

Ergebnisse sind Interessenten auf Anforderung zugänglich.

10.3.4 Textilstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.3.1.

Periodizität

Monatliche, vierteljährliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Betriebe der Chemiefasererzeugung, Spinnstoffaufbereitung und -verarbeitung, Gespinnstverarbeitung, Textilveredelung, des Woll- und Baumwollhandels.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Zugang, Abgang, Bestand an Textilrohstoffen nach Arten, Erzeugung, Versand, Bestand an Textilerzeugnissen nach Arten sowie Spindel- und Webmaschinenstunden.

Vierteljährlich: Abgang und Bestand an Textilrohstoffen nach Arten beim Woll- und Baumwollhandel.

Jährlich: Tätige Personen und Bestand an Textilmaschinen.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Ausgabe 1975)« und nach der »Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei (Ausgabe 1959)«.

Veröffentlichungen

Auszugsweise in Fachserie D, Reihe 3 (vierteljährlich, jährlich).

10.3.5 Düngemittelstatistik

Rechtsgrundlage

Verordnung über eine Düngemittelstatistik vom 28. Januar 1976 (BGBl. I S. 236).

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die Düngemittel erstmalig in den Verkehr bringen.

Berichtsweg

Befragte — StBA (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Erzeugung, Einfuhr, Ausfuhr, Lieferungen zum Verbrauch in der Landwirtschaft (nach Absatzgebieten) und Bestände nach Düngersorten und Nährstoffgehalten (Stickstoff, Phosphat, Kali, Kalk).

Veröffentlichungen

WiSta 11/74, 11/75.

Über Produktion

Fachserie D, Reihe 2 (monatlich),
Reihe 3 (vierteljährlich, jährlich).

Über Versorgung:

Fachserie D, Reihe 9/II (monatlich, jährlich).

Hinweis: Angaben über Rohholz und Holzhalbwaren siehe unter 9.11.

Baugewerbe

10.4.1 Monaterhebungen

1 Monatsbericht im Bauhauptgewerbe (einschl. Auftragseingangserhebung).

2 Monatsbericht im Ausbaugewerbe.

3 Produktions-Eilbericht im Fertigteilbau.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779).

Periodizität

Zu 1 und 2: Monatliche Erhebung, monatliche und jährliche Aufbereitung.

Zu 3: Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Baubetriebe von höchstens 20 000 Unternehmen des Bauhauptgewerbes sowie Baubetriebe anderer Unternehmen (jeweils ohne ausbaugewerbliche Betriebe).

Zu 2: Höchstens 5 000 ausbaugewerbliche Betriebe von Unternehmen des Ausbaugewerbes sowie anderer Unternehmen.

Zu 3: Betriebe des Fertigteilbaus.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Betriebe, tätige Personen, Arbeitsstunden, Lohn- und Gehaltssummen, Umsatz, Auftragseingang (tätige Personen, Arbeitsstunden, Umsatz und Auftragseingang werden auch für fachliche Betriebsteile erfaßt).

Zu 2: Betriebe, tätige Personen, Arbeitsstunden, Lohn- und Gehaltssummen, Umsatz.

Zu 3: Produktion für höchstens 40 Warenarten des Fertigteilbaus.

(Diese Daten werden gemeinsam mit denjenigen des Produktions-Eilberichts im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe — siehe unter 10.1.1 Nr. 2 — erhoben und aufbereitet.)

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 3, 8/71; 3, 8/72; 3, 8/73; 3, 8/74; 3, 8/75.

WiSta * (monatlich).

Fachserie E, Reihe 1 (monatlich).

10.4 Erhebungen bei Betrieben

Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

WiSta 9 73 (M); 3/74; 3/75.
Fachserie D, Reihe 6 (monatlich),
Fachserie E, Reihe 1 (monatlich)

Zu 2. Vorgesehen

Außerdem:

Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

WiSta 12/74 (M).
WiSta * (monatlich).
Fachserie D, Reihe 2 (monatlich),
Fachserie E, Reihe 1 (monatlich)

10.4.2 Vierteljahreserhebungen

1 Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe.

2 Produktionserhebung im Fertigteilbau.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.4.1.

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Siehe unter 10.4.1 Nr. 1.

Zu 2: Betriebe des Fertigteilbaus.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Auftragsbestand (auch für fachliche Betriebsteile).

Zu 2: Gesamte Produktion der Betriebe des Fertigteilbaus.

(Diese Daten werden gemeinsam mit denjenigen der Produktionserhebung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe — siehe unter 10.1.2 — erhoben und aufbereitet.)

Veröffentlichungen

Zu 1:

Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

WiSta 9:73 (M); 3/74; 3/75.
Fachserie D, Reihe 6 (vierteljährlich),
Fachserie E, Reihe 1 (vierteljährlich).

Außerdem:

Produktionsindex für das Baugewerbe

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

WiSta 12/74 (M).
WiSta * (vierteljährlich).
Fachserie D, Reihe 2 (vierteljährlich),
Fachserie E, Reihe 1 (vierteljährlich)

10.4.3 Jahresherhebungen

- 1 Totalerhebung im Bauhauptgewerbe.
- 2 Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.4.1.

Periodizität

Jährliche Erhebung (Stichtag Ende Juni) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Alle Betriebe des Bauhauptgewerbes (und zwar alle Betriebe des Monatsberichts — siehe unter 10.4.1 Nr. 1 — und alle übrigen Betriebe).

Zu 2: Höchstens 15 000 Betriebe des Ausbaugewerbes (und zwar rund 5 000 Betriebe des Monatsberichts — siehe unter 10.4.1 Nr. 2 — und rund 10 000 übrige Betriebe).

Berichtsweg

Befragte — StLA — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Betriebe, tätige Personen, Arbeitsstunden, Lohn- und Gehaltsummen, Umsatz und Geräteausstattung jeweils für einen Berichtsmonat (tätige Personen, Arbeitsstunden und Umsatz außerdem für fachliche Betriebs-teile). Arbeitgeberzulagen zur Vermögensbildung und Umsatz für das vorhergehende Jahr.

Zu 2: Betriebe, tätige Personen, Arbeitsstunden, Lohn- und Gehaltsummen, Umsatz jeweils für einen Berichtsmonat. Umsatz für das vorhergehende Jahr.

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 2/71; 2/72; 2/73; 2/74; 2/75.
Fachserie E, Reihe 2/1 (jährlich).

Zu 2: Vorgesehen.

10.5.1 Jahresherhebungen

- 1 Jahresherhebung einschl. Investitionserhebung im Baugewerbe.
- 2 Jahresherhebung im Baugewerbe (Kostenstrukturhebung).

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779).

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Höchstens 35 000 Unternehmen des Baugewerbes.

Zu 2: Höchstens 4 000 Unternehmen des Baugewerbes.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — StLA — StBA.

Zu 2: Befragte — StBA.

10.5 Erhebungen bei Unternehmen

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Unternehmen, tätige Personen, Lohn- und Gehaltsummen, Umsatz (bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes auch die Jahresbauleistung), Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, Verkaufserlös aus dem Abgang von Anlagegütern.

Zu 2: Unternehmen, tätige Personen, Umsatz (bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes auch die Jahresbauleistung), selbsterstellte Anlagen, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, Material- und Wareneingang, Kosten nach Kostenarten, Umsatzsteuer, Subventionen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen am Anfang und Ende des Jahres (bei Unternehmen mit 100 tätigen Personen und mehr für fachliche Unternehmensteile: tätige Personen, Lohn- und Gehaltsummen, Umsatz — bei bauhauptgewerblichen Unternehmensteilen auch die Jahresbauleistung —, selbsterstellte Anlagen, an andere Unternehmen und an fachliche Unternehmensteile vergebene Lohnarbeiten sowie von diesen bezogene Dienstleistungen, Lieferungen und Leistungen an fachliche Unternehmensteile, Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen am Anfang und Ende des Jahres, Materialverbrauch).

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 5/71; 7/72; 7/73; 9/74; 7/75.
Fachserie E, Reihe 2/11 (jährlich).

Zu 2: Vorgesehen.

10.5.2 Mehrjährige Erhebungen

1 Zensus.

2 Statistik über den Material- und Wareneingang im Baugewerbe.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.5.1.

Periodizität

Alle vier bis sechs Jahre; zuletzt für das Jahr 1967 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Zu 1: Höchstens 45 000 Unternehmen des Baugewerbes.

Zu 2: Höchstens 10 000 Unternehmen des Baugewerbes.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — StLÄ — StBA.

Zu 2: Befragte — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Unternehmen, tätige Personen, Lohn- und Gehaltsummen, Umsatz, (bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes auch die Jahresbauleistung), Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, Verkaufserlös aus dem Abgang von Anlagegütern, Material- und Wareneingang, vergebene Lohnarbeiten, Wert der sonstigen Vorleistungen, gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, Steuern (ohne Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuer), Subventionen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen am Anfang und Ende des Jahres.

(Die Ergebnisse des Zensus werden mit den Ergebnissen der Jahreserhebung — siehe unter 10.5.1 Nr. 2 — zusammengeführt und gemeinsam veröffentlicht.)

Zu 2: Material- und Wareneingang nach Arten.

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 9/71.

Fachserie D, Zensus im Produzierenden Gewerbe 1967, Heft 4.

Zu 2: Vorgesehen.

Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung

10.6.1 Monaterhebung (Monatsbericht)

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779).

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Betriebe von höchstens 1 000 Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung sowie Betriebe von Unternehmen anderer Bereiche.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Betriebe, tätige Personen, Arbeiterstunden, Lohn- und Gehaltsummen (tätige Personen auch für fachliche Betriebsteile).

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

10.6.2 Jahreserhebung (Investitionserhebung)

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.6.1.

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Betriebe von Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung sowie von höchstens 2 000 Unternehmen der Wasserversorgung.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres.

10.6 Erhebungen bei Betrieben

10.7 Erhebungen bei Unternehmen

10.7.1 Monatserhebungen

- 1 Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung.
- 2 Monatsbericht über die Gasversorgung.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779).

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung sowie andere Unternehmen, die brennbare Gase erzeugen, gewinnen, beziehen, umwandeln, speichern oder abgeben.

Berichtsweg

Befragte — zuständige Ministerien der Länder bzw. StLA — Bundesministerium für Wirtschaft.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Für fachliche Betriebsteile der Elektrizitätsversorgung: Erzeugung, Bezug und Abgabe von Elektrizität, Ein- und Ausfuhr von Elektrizität, Leistung und Belastung der Anlagen zur Erzeugung, zum Bezug und zur Abgabe von Elektrizität und von Wärme, Bezug und Verbrauch von Brennstoffen zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme sowie deren Bestände, Vorräte an Speicherwasser für die Erzeugung von Elektrizität.

Zu 2: Für fachliche Betriebsteile der Gasversorgung: Erzeugung, Gewinnung, Umwandlung, Bezug, Speicherung, Verwendung und Abgabe von Gas, Ein- und Ausfuhr von Gas, Aufkommen, Verwendung und Abgabe von Koks und Nebenprodukten der Gasgewinnung sowie deren Bestände, Bezug und Verwendung von Einsatzstoffen zur Erzeugung und Umwandlung von Gas sowie deren Bestände.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Wirtschaft:

Öffentliche Elektrizitätsversorgung der Bundesrepublik Deutschland (monatlich, jährlich),

Vierteljahresbericht über die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland (vierteljährlich, jährlich),

Bericht über die Gaswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland (monatlich, halbjährlich, jährlich).

StBA:

WiSta* (monatlich).

Fachserie D, Reihe 2 (monatlich),

Reihe 3 (vierteljährlich, jährlich).

10.7.2 Jahresherhebungen

- 1 Jahresherhebung.
- 2 Investitionserhebung.
- 3 Jahresherhebung (Kostenstrukturerhebung).
- 4 Erhebung bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen über die Abgabe von Elektrizität, die erzielten Erlöse und den Wert der Ein- und Ausfuhr von Elektrizität.
- 5 Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen über die Abgabe von Gas, die erzielten Erlöse und den Wert der Ein- und Ausfuhr von Gas.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.7.1.

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1 und 2: Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung sowie höchstens 2 000 Unternehmen der Wasserversorgung.

Zu 3: Höchstens 1 100 Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung sowie der Wasserversorgung, die auch zu 1 und 2 melden.

Zu 4: Unternehmen der Elektrizitätsversorgung.

Zu 5: Unternehmen der Gasversorgung.

Berichtsweg

Zu 1 bis 3: Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Zu 4 und 5: Befragte — zuständige Ministerien der Länder bzw. StLÄ — Bundesministerium für Wirtschaft.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Für Unternehmen und fachliche Unternehmensteile: Unternehmen, tätige Personen, Arbeiterstunden, Lohn- und Gehaltsummen, Umsatz, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, Abgabe von Fernwärme und Wasser, Wert der Ein- und Ausfuhr von Wasser.

Zu 2: Für Unternehmen und fachliche Unternehmensteile: Investitionen, Verkaufserlös aus dem Abgang von Anlagegütern.

Zu 3: Bei den zur Kostenstrukturerhebung meldepflichtigen Unternehmen werden zusätzlich erhoben:

für Unternehmen: Material- und Wareneingang, Kosten nach Kostenarten (soweit nicht unter 1 genannt), Umsatzsteuer, Subventionen.

für fachliche Unternehmensteile: Materialverbrauch und Wareneinsatz, von anderen Unternehmen und fachlichen Unternehmensteilen bezogene Dienstleistungen, Lieferungen und Leistungen an fachliche Unternehmensteile.

Zu 4: Abgabe von Elektrizität, erzielte Erlöse und Wert der Ein- und Ausfuhr von Elektrizität.

Zu 5: Abgabe von Gas, erzielte Erlöse und Wert der Ein- und Ausfuhr von Gas.

Veröffentlichungen

Zu 1 bis 3: StBA:

Vorgesehen.

Zu 4 und 5: Bundesministerium für Wirtschaft:

Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland (jährlich),

Die Entwicklung der Gaswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland (jährlich).

10.7.3 Mehrjährige Erhebungen (Zensus)

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.7.1.

Periodizität

Alle vier bis sechs Jahre, zuletzt für das Jahr 1967 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung und höchstens 2 000 Unternehmen der Wasserversorgung.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

In Zensusjahren werden bei den Unternehmen, die nicht bereits zur Kostenstrukturerhebung — siehe unter 10.7.2 Nr. 3 — melden, die folgenden Merkmale zusätzlich erfragt:

für Unternehmen: Material- und Wareneingang, Wert der sonstigen Vorleistungen, gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, Steuern (ohne Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuer), Subventionen.

für fachliche Unternehmensteile: Materialverbrauch und Wareneinsatz.

Veröffentlichungen

Zensus im Produzierenden Gewerbe 1967, Heft 1.

10.8 Sonderstatistiken

10.8.1 Erhebung über Stromerzeugungsanlagen bei Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779).

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Jährlich: Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit Stromerzeugungsanlagen über 1 000 kVA Nennleistung der Stromerzeuger.

In mehrjährigen Abständen: Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit Stromerzeugungsanlagen bis 1 000 kVA Nennleistung der Stromerzeuger.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Für die fachlichen Betriebsteile Stromerzeugungsanlagen: Investitionen, Leistung und Belastung der Anlagen zur Erzeugung, zum Bezug und zur Abgabe von Elektrizität, Verbrauch von und Bestand an Brennstoffen für die Erzeugung von Elektrizität.

Veröffentlichungen

WiSta 9/67.

Fachserie D, Reihe 5/1 (jährlich).

10.8.2 Erhebungen über brennbare Gase bei Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.8.1.

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit Anlagen zur Erzeugung von Generator- bzw. Spaltgas.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Für die Betriebe, die Generator- oder Spaltgas herstellen: Erzeugung, Verwendung und Abgabe von Gas sowie Einsatzstoffe für die Gaserzeugung.

Veröffentlichungen

Fachserie D, Reihe 5 (vorgesehen).

10.8.3 Erhebung über Erd- und Erdölgas sowie auf Erd- oder Mineralölbasis erzeugten Gasen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.8.1.

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Unternehmen der Erdgas- und Erdölgasgewinnung sowie der Mineralölverarbeitung.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Aufkommen, Verwendung und Abgabe von Erd- und Erdölgas, Flüssiggas und Raffineriegas.

Veröffentlichungen

Fachserie D, Reihe 5 (vorgesehen).

10.8.4 Erhebung über Investitionen bei Unternehmen, die Erd- oder Erdölgas gewinnen oder Erd- oder Erdölgasleitungen erstellen oder betreiben.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.8.1.

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die Erd- oder Erdölgas gewinnen oder Erd- oder Erdölgasleitungen erstellen oder betreiben.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Investitionen.

10.8.5 Erhebung über Flüssiggas

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.8.1.

Periodizität

Monatliche und jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Verkaufsgesellschaften für Flüssiggas.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Bezüge, Verwendung und Abgabe von Flüssiggas.

Jährlich: Abgabe von Flüssiggas.

Veröffentlichungen

Fachserie D, Reihe 5 (vorgesehen).

10.8.6 Erhebung über Klärgas

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.8.1.

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Gemeinden und Unternehmen der Abwasserbeseitigung

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Gewinnung, Eigenverbrauch und Abgabe von Klärgas.

Veröffentlichungen

Fachserie D, Reihe 5 (vorgesehen).

Handwerk

Vorbemerkung: Ergebnisse für Unternehmen und Betriebe, die in die Handwerksrolle eingetragen sind, fallen — soweit es sich um das Produzierende Handwerk handelt — künftig im Rahmen der Berichterstattung für Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe sowie Baugewerbe an. Sie werden in die vierteljährliche Handwerksberichterstattung bzw. in die in vierjährlichem Turnus stattfindende Erhebung der Wareneingänge und -vorräte eingesteuert.

Strukturdaten über das Handwerk ergaben sich zuletzt aus der Handwerkszählung 1968, laufende Angaben sind der vorerst unverändert weiterlaufenden Handwerksberichterstattung zu entnehmen (siehe die nachstehenden Ziffern).

10.9 Handwerkszählung 1968

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Handwerkszählung 1968 (Handwerkszählungsgesetz 1968) vom 1. April 1968 (BGBl. I S. 243).

Periodizität

Wiederholungen in unregelmäßigen Abständen.

Kreis der Befragten

1 Allgemeine Erhebung: rund 615 000 in die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen. (Der Zählung ging eine Befragung aller in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen voraus, die der Auswahl des Berichtskreises für die Stichprobenerhebung diente.)

2 Stichprobenerhebung: rund 150 000 ausgewählte Unternehmen aus der Allgemeinen Erhebung (Näheres siehe S. 376 f.).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unternehmen, Rechtsform, Vorhandensein von Zweigniederlassungen, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft des Inhabers, Beschäftigte nach Stellung im Betrieb und Geschlecht, Löhne, Gehälter, Sozialaufwendungen, Material- und Wareneingang sowie -bestand, Materialverbrauch, Zusammensetzung des Umsatzes, Exporterlöse und Absatzrichtung, Zugänge an Sachanlagen, Brutto- und Nettoproduktionswert (jeweils nach Größenklassen).

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)« und nach dem »Verzeichnis der Gewerbe, die als Handwerk betrieben werden können (Fassung 1968)«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 7/71; 1/72.

Fachserie D, Handwerkszählung 1968, Heft 1 bis 3.

10.10.1 Vierteljährliche Handwerksberichterstattung

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe vom 12. August 1960 (BGBl. I S. 689) sowie Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779).

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 35 000 in die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen selbständiger Handwerker in ausgewählten Zweigen.

(Stichprobenerhebung — Näheres siehe S. 376 f.)

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Beschäftigte und Gesamtumsatz.

10.10 Handwerksberichterstattung

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)« und nach dem »Verzeichnis der Gewerbe, die als Handwerk betrieben werden können, Fassung 1968«.

Veröffentlichungen

WiSta 8/62 (M); 4/71; 4/72, 4/73; 5/74; 6/75.

WiSta * (vierteljährlich).

Fachserie D, Reihe 7/I (vierteljährlich, jährlich)
Reihe 7/S.

10.10.2 Jahreserhebung der Wareneingänge und Warenvorräte

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.10.1.

Periodizität

Wiederholung in vierjährlichem Turnus, zuletzt für 1972.

Kreis der Befragten

Siehe unter 10.10.1.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wareneingänge und -vorräte sowie Materialverbrauch.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

WiSta 7:72.

Fachserie D, Reihe 7/III.

11 BAUTÄTIGKEIT UND WOHNUNGEN

11.1	Bautätigkeitsstatistiken	189
11.2	Statistik über die Finanzierung des Wohnungsbaus	191
11.3	Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968	193
11.4	Fortschreibung des Wohnungsbestandes	194
11.5	Wohnungstichprobe 1972	194

Vorbemerkung: Die nachstehend aufgeführten Statistiken erfassen nur genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtige Bauvorhaben, durch die Wohn- oder Nutzraum zu- oder abgeht bzw. baulich oder in der Zweckbestimmung verändert wird.

11.1 Bautätigkeitsstatistiken

11.1.1 Statistik der Baugenehmigungen

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit vom 20. August 1960 (BGBl. I S. 704).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Bauherren bzw. Bauaufsichtsbehörden.

(Jährlich rund 300 000 Zählkarten der Bauherren bzw. Architekten.)

Berichtsweg

Befragte — Bauaufsichtsbehörden (Überprüfung der Zählkarten) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Erteilte Baugenehmigungen.

Gebäude, Wohnungen, Wohnräume, umbauter Raum, Bruttowohn- bzw. Nutzfläche, veranschlagte reine Baukosten, jeweils nach Arten der Baumaßnahmen (Errichtung neuer Gebäude, Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden), Gebäudearten (für Wohngebäude: Ein-, Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser; für Nichtwohngebäude: Anstaltsgebäude, Bürogebäude usw.) und Bauherrngruppen. Außerdem Fertigteilbauten.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Bauwerke (Fassung 1970)«.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 4, 8/71; 4/72; 4/73; 4/74; 4/75.

WiSta* (monatlich).

Fachserie E, Reihe 1 (monatlich),
Reihe 3 (jährlich).

11.1.2 Statistik der Baufertigstellungen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 11.1.1.

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche eingeschränkte Aufbereitung zu Zwischenergebnissen, jährliche ausführliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Bauherren bzw. Bauaufsichtsbehörden.

(Insgesamt rund 300 000 Fälle: Durchdrucke der Baugenehmigungszählkarten von Bauherren und Architekten für Fertigstellungen, Meldungen der Eigentümer für Abgänge.)

Berichtsweg

Befragte — Bauaufsichtsbehörden (Überprüfung der Zählkarten) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Fertiggestellte Bauvorhaben.

Gebäude, Wohnungen, umbauter Raum, Bruttowohn- bzw. Nutzfläche, veranschlagte reine Baukosten, jeweils nach Arten der Baumaßnahmen (Errichtung neuer Gebäude, Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden) und nach Gebäudearten (für Wohngebäude: Ein- und Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser, Ausstattung mit Bad und Heizung; für Nichtwohngebäude: Anstaltsgebäude, Bürogebäude usw.) und Bauherrengruppen. Gebäude, Wohnungen und Räume nach der Größe; außerdem jährlich die mit öffentlichen Mitteln geförderten Gebäude, Wohnungen und Räume.

Fertigstellung nach Genehmigungszeiträumen. Außerdem jährlich Feststellung des Abganges an Wohngebäuden, Wohnungen und Wohnräumen infolge Abbruch, Brand usw.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Bauwerke (Fassung 1970)«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 4, 5, 8, 12/71; 4/72; 4/73; 4/74; 4/75

WiSta* (monatlich).

Fachserie E, Reihe 1 (monatlich),
Reihe 3 (jährlich)

11.1.3 Statistik des Bauüberhanges

Rechtsgrundlage

Siehe unter 11.1.1.

Periodizität

Jährliche Erfassung (Stichtag: 31. Dezember) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Gemeinden bzw. Bauaufsichtsbehörden (insgesamt rund 400 000 bis 500 000 Fälle).

Berichtsweg

Siehe unter 11.1.1. Feststellung und Eintragung des Bauzustandes durch Beauftragte der Gemeinden bzw. Bauaufsichtsbehörden.

Ergebnisse

Tatbestände

Genehmigte Baumaßnahmen, die am Jahresende noch nicht als fertiggestellt gemeldet sind. Gebäude, Wohnungen, umbauter Raum und Gesamtfläche nach dem Bauzustand, Genehmigungszeiträumen und Bauherrengruppen. Erloschene Baugenehmigungen.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Bauwerke (Fassung 1970)«.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 4/71, 4/72, 4/73; 4/74; 4/75.

Fachserie E, Reihe 1 (monatlich),
Reihe 3 (jährlich).

11.1.4 Tiefbaustatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 11.1.1.

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Auftragvergebende Stellen des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 5 000 Einwohnern und mehr, Gemeindeverbände, juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist.

Berichtsweg

Befragte — StLA — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Tiefbaumaßnahmen mit einem Auftragswert ab 25 000 DM nach Bauherren, Art der Baumaßnahme und voraussichtlicher Abwicklungsdauer.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Bauwerke (Fassung 1970)«.

Veröffentlichungen

WiSta 3/71; 3/72; 3/73; 3/74; 3/75.
Fachserie E, Reihe 1 (monatlich),
Reihe 3 (jährlich).

11.2.1 Berichterstattung über die Finanzierung durch Kapitalsammelstellen

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Spitzenverbänden der Kapitalsammelstellen.

Periodizität

Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Verbände der Kapitalsammelstellen.

Berichtsweg

Befragte — Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Ergebnisse

Tatbestände

Umfang der Zusagen und Auszahlungen von Wohnungsbaukrediten der Kapitalsammelstellen unter Ausgliederung der Anteile des sozialen Wohnungsbaues.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ·
Bundes-Baublatt (monatlich).

11.2 Statistik über die Finanzierung des Wohnungsbaus

11.2.2 Berichterstattung über die Förderung des sozialen Wohnungsbaus

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität

Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Zuständige oberste Landesbehörden.

Berichtsweg

Befragte — Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Ergebnisse

Tatbestände

Umfang der Mittelbewilligungen und -auszahlungen durch die Bewilligungsstellen der Länder sowie Anzahl der geförderten Wohnungen nach Förderungstypen.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau · Bundes-Baublatt (monatlich).

11.2.3 Statistik der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit vom 20. August 1960 (BGBl. I S. 704).

Periodizität

Laufende Erfassung; halbjährliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Bewilligungsstellen von Mitteln für den sozialen Wohnungsbau (zur Zeit jährlich rund 50 000 bis 60 000 Einzelbewilligungsbescheide).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Geförderte Bauvorhaben im 1. Förderungsweg (öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau) und im 2. Förderungsweg (für einkommensstärkere Personengruppen).

Förderungsmittel (Bundes-/Landesmittel, Aufwendungsbeihilfen, Annuitätshilfen, Zinszuschüsse) nach Gebäudearten, veranschlagte Finanzierungsmittel nach Finanzierungsquellen, Zahl der Gebäude und Wohnungen nach Gebäudearten (Ein- und Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser, sonstige Gebäude), Größe und Zweckbindung der Wohnungen, Eigentumsformen. Durchschnittliche Miete für Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern, durchschnittliche Belastung für Eigentumswohnungen und eigengenutzte Wohnungen in Familienheimen je m².

Außerdem für vollgeförderte Wohnbauten: Gebäude, Wohnungen, Rauminhalt, Grundstücksfläche und Wohnfläche nach Gebäudearten, Gesamtkosten und ihre Aufteilung; konventioneller Bau, Fertigteilbau.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Bauwerke (Ausgabe 1970)«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 3, 11/75.

Fachserie E, Reihe 1 (monatlich),
Reihe 4 (halbjährlich und jährlich).

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (Wohnungszählungsgesetz 1968) vom 18. März 1968 (BGBl. I S. 225).

Periodizität

Unregelmäßig.

Kreis der Befragten

1 Gebäudezählung: Rund 9,2 Mill. Gebäudeeigentümer oder beauftragte Vertreter.

2 Wohnungszählung: Rund 22 Mill. Haushaltsvorstände oder deren Vertreter (unbewohnte Wohnungen: Gebäudeeigentümer oder deren Vertreter; an Angehörige ausländischer Streitkräfte privatrechtlich vermietete Wohnungen: Vermieter oder deren Vertreter).

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden (Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Wohngebäude, sonstige Gebäude, die bewohnt waren oder mindestens eine leerstehende Wohnung enthielten, ferner Unterkünfte nach Art, Zahl der Wohnungen und Wohngelegenheiten, Zahl der Wohnparteien und Personen, Baualter, Art der Wasserversorgung und Fäkalienbeseitigung, Unterkellerung, Geschößzahl der Wohngebäude.

Zu 2: Wohnungen und Wohngelegenheiten nach Zahl, Lage, Ausstattung, Art der Beheizung, Eigentums- und Besitzverhältnis, öffentlicher Förderung, Baualter der Gebäude, Größe (Raumzahl, Fläche, Zahl und Größe der Wohn- und Schlafräume), Belegung mit Wohnparteien und Personen. Miete, auch nach Ausstattungstypen der Wohnungen, Größenklassen und Einzugsjahr in die Wohnung. Wohnungen ohne Wohnpartei nach Raumzahl, künftiger Nutzung, Dauer des Leerstehens.

Wohnparteien nach Größe und Unterbringung sowie nach Alter, sozialer Stellung, Vertriebenen-/Flüchtlingseigenschaft und bei Einpersonenzohnparteien Geschlecht des Wohnparteienvorstands.

Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer insgesamt, Wohnparteien von Arbeitnehmern aus EG-Ländern nach Größe und Unterbringung sowie nach sozialer Stellung und bei Einpersonenzohnparteien Geschlecht des Wohnparteienvorstands.

Unverheiratete Personen unter 21 Jahren in Wohnparteien mit drei Personen und mehr nach ihrer Zahl und Zahl der Personen der Wohnparteien sowie nach der Unterbringung. Ehepaare mit Eheschließung in den Jahren 1963 bis 1967 nach Kinderzahl und Unterbringung.

Eine Auswahl von Merkmalen zu 1 und 2 nach Gemeindegrößenklassen.

11.3 Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Kreise, Stadtregionen.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 9/69 (M); 5, 8, 11/70; 7, 9, 10, 11, 12/71; 1, 5/72.

Fachserie E, Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968, Heft 1 bis 8 und Sonderheft.

Karten zur Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 (6 Kartenblätter mit 21 Karten).

11.4 Fortschreibung des Wohnungs- bestandes

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2, Ziffer 7.

Periodizität

Jährliche Fortschreibung.

Berichtsweg

StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Bestand an Wohngebäuden, Wohnungen in Wohn- und sonstigen Gebäuden.

(Die Fortschreibung wird in den StLÄ aufgrund der bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (siehe unter 11.3) festgestellten Wohngebäude- und Wohnungsbestandszahlen, anhand der Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik (siehe unter 11.1) und der Veränderungen aus Freigaben und Inanspruchnahmen von Wohnungen für die im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte durchgeführt.)

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 7/71; 8/72; 9/73; 7/74; 8/75.

Fachserie E, Reihe 6 (jährlich).

11.5 Wohnungs- stichprobe 1972

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Städtebaus (Wohnungsstichprobengesetz 1972) vom 7. Dezember 1971 (BGBl. I S. 1945).

Periodizität

Unregelmäßig, zuletzt 1972 durchgeführt.

1 Wohnungsstatistischer Teil: In den Monaten April/Mai 1972 durchgeführt.

2 Städtebauteil: In den Monaten Juni/Juli/August 1972 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Zu 1: Rund 225 000 Haushalte (Gebäudeeigentümer, Wohnungsinhaber und Untermieter) in rund 210 000 Wohnungen in rund 100 000 Gebäuden und Unterkünften.

Zu 2: Rund 850 Gemeinden (mit 10 000 Einwohnern und mehr).

(Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 376.)

Berichtsweg

Zu 1: Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA.

Zu 2: Gemeinden mit 10 000 Einwohnern und mehr — Grundstücksbegeher (Gemeindebeauftragte) — Gemeinden — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Bebaute Baugrundstücke: Höhe der Bauwerke, Nutzungsarten, Erschließung, Grundflächenzahl, Geschoßflächenzahl, Größe und Streuungsmaße, Flächennutzung, Kfz-Stellplätze, Spielmöglichkeiten für Kinder, Grundstücksmeßzahlen.

Gebäude und Unterkünfte: Art, Baualter, Zahl der Wohnungen, Belegung mit Haushalten und Personen, Geschoßzahl, Personenaufzug, Wasserversorgung, Abwasser- und Fäkalienbeseitigung, Eigentümer; Wohngebäude nach beabsichtigter Modernisierung oder größerer Instandsetzung des Gebäudes oder von Wohnungen, Art, geschätzte Kosten und Finanzierung.

Wohnungen: Gebäudeart, Baualter, Besitzverhältnis, Raumzahl, Fläche, Ausstattung, Beheizung, Versorgungsanschlüsse, Warmwasserversorgung, Förderung mit öffentlichen Mitteln; Belegungsjahr, Belegung mit Haushalten und Personen; außerdem bei Mietwohnungen: Wohnungsmiete und Wohnungsart.

Haushalte: Struktur, Größe, Zahl und Alter der Kinder; soziale Stellung, Alter und Geschlecht des Haushaltsvorstandes, Staatsangehörigkeit, Wohnverhältnis, Beurteilung der Wohnverhältnisse allgemein; frühere Unterbringung des Haushaltsvorstandes, Einzugsjahr, Grund des Umzugs in jetzige Wohnung; Besitz und Abstellung privater Pkw; Bezug von Wohngeld, Beginn Höhe, Anlaß; Wohnabsichten, derzeitige und angestrebte Unterbringung; Hauptmieterhaushalte nach Mietbelastung; Untermieterhaushalte nach Untermiete; Haushalte mit Pendlern: Zahl der Pendler, Personenstand, Verkehrsmittel, Beurteilung des Wegs und Zeitaufwands; Haushalte (Familien) mit Kindern: Spielmöglichkeiten, eigenes Bett/Zimmer; außerdem bei Kindern, Schülern, Studenten, Erwerbstätigen: Beurteilung des Wegs zum Kindergarten, Schule bzw. Arbeitsstätte, Zeitaufwand und Verkehrsmittel.

Veröffentlichungen

WiSta 1/72 (M); 7, 9/74; 1, 4, 5, 8, 9, 10/75.

Fachserie E, 1 %-Wohnungstichprobe 1972, Heft 1 bis 6 (7 bis 9 vorgesehen).

12 GROSS- UND EINZELHANDEL GASTGEWERBE REISEVERKEHR

12.1 Handels- und Gaststättenzählung 1968/70	199
12.2 Großhandelsstatistik	200
12.3 Einzelhandelsstatistik	200
12.4 Gastgewerbestatistik	201
12.5 Statistik des Reiseverkehrs in Beherbergungsstätten	202
12.6 Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs ..	202
12.7 Mikrozensus (Zusatzerhebungen)	203
12.8 Statistik des Warenverkehrs mit Berlin (West)	204
12.9 Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)	204

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1968) vom 1. April 1968 (BGBl. I S. 241).

Periodizität

Unregelmäßig; zuletzt 1968/70 durchgeführt.

1 Allgemeine Zählung: im Handel mit Stichtag 30. September 1968, im Gastgewerbe mit Stichtag 31. August 1968.

2 Ergänzende Repräsentativerhebung: im Herbst 1970.

Kreis der Befragten

Zu 1: Unternehmen des Groß- und Außenhandels (einschließlich Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen), des Einzelhandels (einschließlich Versand-, Markt- und ambulanter Handel, Apotheken), des Gastgewerbes sowie Handelsvertreter und Handelsmakler (einschließlich Versandhandelsvertreter); ferner Unternehmen, die durch eigene, rechtlich unselbständige offene Verkaufsstellen eigene oder fremde Erzeugnisse unmittelbar an letzte Verbraucher liefern (offene Verkaufsstellen von Industrieunternehmen).

Zu 2: Rund 70 000 der bei der Allgemeinen Zählung erfaßten Unternehmen des Groß- und Einzelhandels sowie des Gastgewerbes (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 376 f.).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA (für die ergänzende Repräsentativerhebung im Großhandel zentrale Erhebung und Aufbereitung im StBA).

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1:

Unternehmen:

Rechtsform, Umsatz, Wareneingang, Warenbestände, Rohertrag, Löhne und Gehälter 1967; Voll- und Teilzeitbeschäftigte nach Stellung im Betrieb an zwei Stichtagen; für Groß- und Einzelhandel Art der Bindung beim Warenbezug; für Handelsvertreter und -makler Kundenkreis und Auftraggeber sowie Wert der 1967 vermittelten Waren.

Arbeitsstätten (nicht für Handelsvertreter und -makler):

Umsatz 1967; Voll- und Teilzeitbeschäftigte an zwei Stichtagen; für Groß- und Einzelhandel Bedienungsform; nur für den Einzelhandel Geschäfts- und Verkaufsfläche sowie Betriebsform; für das Gastgewerbe Betriebsart (z. B. Hotel, Gasthof, Café), Ausstattung, Öffnungszeiten und Beherbergungskapazität.

Offene Verkaufsstellen von Industrieunternehmen:

Umsatz 1967; Voll- und Teilzeitbeschäftigte an zwei Stichtagen nach Stellung im Betrieb; Verkaufsfläche.

Die Ergebnisse sind im allgemeinen nach Beschäftigten- und Umsatzgrößenklassen, zum Teil auch nach Rohertrags-, Verkaufsflächen- und Gemeindegößenklassen, nach der Zahl der Arbeitsstätten sowie nach Betriebs- und Bedienungsformen gegliedert.

Zu 2:

Unternehmen:

Umsatz, Wareneinsatz, Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen 1969; Voll- und Teilzeitbeschäftigte; Wareneingang nach Warenarten, beim Groß- und Einzelhandel auch nach Bezugsquellen und Bezugsgebieten; Umsatz nach Abnehmergruppen (nicht für Gastgewerbe), für den Großhandel auch nach Absatzgebieten; Streckengeschäft im Großhandel.

Die Ergebnisse sind im allgemeinen nach Umsatz- und Beschäftigten-
größenklassen, einige Strukturdaten nach Rohertragsquotengrößenklassen
gegliedert.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Regionale Gliederung

StLA: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 4, 6, 11/71; 12/73 (M).

Fachserie F, Handels- und Gaststättenzählung 1968/70.

- I Großhandel, Heft 1 bis 9,
- II Einzelhandel, Heft 1 bis 10,
- III Handelsvermittlung, Heft 1 und 2,
- IV Gastgewerbe,
- V Eigene offene Verkaufsstellen der Industrie

12.2 Großhandels- statistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über
die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 12. Januar
1960 (BGBl. I S. 6).

Periodizität

Monatliche sowie jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Bis zu 10 000 ausgewählte Unternehmen aus 120 Wirtschaftsklassen an-
hand der Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1968/70 unter
Berücksichtigung der Neugründungen (Stichprobenverfahren — Näheres
siehe S. 376 f.).

Berichtsweg

Befragte — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Meßzahlen des Umsatzes und der Beschäftigten
(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

WiSta 4/66 (M), 2/71, 2, 5/72 (M); 2, 8/73; 2/74; 2/75.

WiSta* (monatlich)

Fachserie F, Reihe 1/I (monatlich, jährlich),
Reihe 1/II (jährlich).

12.3 Einzelhandels- statistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über
die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 12. Januar
1960 (BGBl. I S. 6).

Periodizität

Monatliche sowie jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Bis zu 40 000 ausgewählte Unternehmen aus 83 Wirtschaftsklassen anhand der Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1968/70 unter Berücksichtigung der Neugründungen (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 378 f.).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Meßzahlen des Umsatzes und der Beschäftigten

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

WiSta 2/71; 2/72; 2/73; 2, 7, 9/74; 3, 6/75.

WiSta * (monatlich).

Fachserie F, Reihe 3/I (monatlich, jährlich),
Reihe 3/II (jährlich).

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe vom 12. August 1960 (BGBl. I S. 689).

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Bis zu 15 000 ausgewählte Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes aus 11 Wirtschaftsklassen anhand der Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1968/70 unter Berücksichtigung der Neugründungen (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 378 f.).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Meßzahlen des Umsatzes und der Beschäftigten

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

WiSta 6/66 (M); 2, 7/71; 2/72; 2/73; 2/74; 5/75 (M).

WiSta * (monatlich).

Fachserie F, Reihe 7/I (monatlich, jährlich).

12.4 Gastgewerbestatistik

12.5 Statistik des Reiseverkehrs in Beherbergungsstätten

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 12. Januar 1960 (BGBl. I S. 6).

Periodizität

1 Ankünfte und Übernachtungen: Monatliche Erhebung und Aufbereitung.
2 Beherbergungskapazität: Jährliche Erhebung (Stichtag 1. April) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

In rund 2 400 Gemeinden mit jährlich 5 000 Übernachtungen und mehr: Betriebe des Beherbergungsgewerbes (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen), Erholungs- und Ferienheime, Heilstätten und Sanatorien, Ferienhäuser und Ferienwohnungen sowie sonstige Unterkunftsstätten (z. B. Privatquartiere), in denen zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt Personen Unterkunft gewährt wird; außerdem Jugendherbergen, Kinderheime und Campingplätze (nur April bis September).

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Ankünfte und Übernachtungen (Auslandsgäste nach Herkunftsländern) sowie Aufenthaltsdauer der Gäste und Ausnutzung der Bettenkapazität nach Gemeindegruppen (Großstädte, Heilbäder, Seebäder, Luftkurorte, Erholungsorte, sonstige Berichtsgemeinden) und nach Betriebsarten. Außerdem Ankünfte und Übernachtungen insgesamt und von Auslandsgästen in Jugendherbergen, Kinderheimen und auf Campingplätzen.

Zu 2: Betriebe, Zimmer, Betten nach Gemeindegruppen (siehe unter 1) und Betriebsarten (für Privatquartiere nur Betten). Außerdem Betriebe und Betten in Jugendherbergen und Kinderheimen sowie Zahl und Größe der Campingplätze.

Regionale Gliederung

StBA: Ausgewählte Gemeinden.

StLÄ: Regierungsbezirke, Reisegebiete, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 1, 7/71; 12/72; 3, 8/73; 1, 8/74; 2, 8/75.

WiSta * (monatlich).

Fachserie F, Reihe 8 (unregelmäßig),
Reihe 8/1 (monatlich).

Zu 2: WiSta 1, 11/72; 10/73; 10/74; 9/75.

Fachserie F, Reihe 8/11 (jährlich).

12.6 Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs

Rechtsgrundlage

Vom Bundesminister des Innern erlassene Dienstanweisung für die Paßkontrolle vom 6. Dezember 1954 (GMBl. Ausgabe A S. 575) und Erlaß des Bundesministers des Innern vom 12. Mai 1956.

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Grenzschutzämter und Wasserschutzämter.

Berichtsweg

Befragte — Grenzschutzdirektion — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Reiseverkehr (einschl. Durchreiseverkehr): Einreisen von Personen mit Reisepaß oder Personalausweis aus dem Ausland nach der Staatsangehörigkeit, Grenzabschnitten, ausgewählten Land-Grenzübergangsstellen und Flughäfen. Ein- und Ausreisen über Seehäfen nach Häfen, Herkunfts- und Bestimmungsländern sowie nach der Staatsangehörigkeit.

Grenzverkehr: Einreisen von Personen mit Grenzkarte (Pendler), Ausflugschein oder mit sonstigem Ausweis für den Grenzverkehr nach Grenzabschnitten und ausgewählten Land-Grenzübergangsstellen.

Reiseverkehr über die Grenze zur Deutschen Demokratischen Republik: Ein- und Ausreisen von Personen nach der Staatsangehörigkeit, Grenzabschnitten und Land-Grenzübergangsstellen. Ausreisen von Personen mit Reisepaß der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und in grenznahe Gebiete nach Grenzabschnitten und Land-Grenzübergangsstellen.

Veröffentlichungen

Fachserie F, Reihe 8/IV (monatlich).

12.7 Mikrozensus (Zusatz- erhebungen)

1 Urlaubs- und Erholungsreisen.

2 Kurzreisen und Tagesausflüge.

3 Einkaufsmöglichkeiten und Einkaufsverhalten in Großstädten.

Rechtsgrundlage

Vierte Verordnung über Zusatzprogramme zum Mikrozensus vom 22. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2158).

Periodizität

Zu 1: Unregelmäßig; zuletzt im April 1973 für 1972 durchgeführt. Ab 1976 jährliche Wiederholung im Rahmen des Mikrozensus-Grundprogramms.

Zu 2: Einmalig im Oktober 1972 für Januar bis September 1972 durchgeführt.

Zu 3: Einmalig im Juli 1972 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Zu 1: Stichprobenerhebung bei rund 230 000 Haushalten.

Zu 2 und 3: Stichprobenerhebung bei rund 23 000 Haushalten.

(Näheres siehe S. 374 f.)

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Reisen (Reisedauer von 5 Tagen und mehr) nach Reiseziel (Inland/Ausland), Reisedauer, Reiseart, Reisemonat, Reisedauer, Verkehrsmittel, Unterkunftsart, Ausgaben.

Reisende nach Beteiligung am Erwerbsleben, Altersgruppen, Gemeindegrößenklassen und Einkommensgrößenklassen.

(Außerdem Angaben über Haushaltsreisen und Ausgaben nach ausgewählten Gliederungsmerkmalen.)

Zu 2: Kurzreisen im September 1972 (Reisedauer bis zu 5 Tagen) nach Reiseziel (Inland/Ausland), Reiseart und benutztem Verkehrsmittel.

Kurzreisende und Tagesausflügler (Ausflugsdauer über 6 Stunden, aber ohne Übernachtung) von Januar bis September 1972 nach Beteiligung am Erwerbsleben, Altersgruppen und Gemeindegrößenklassen. Tagesausflügler außerdem nach Wochentag, benutztem Verkehrsmittel und Entfernungsstufe des Ausflugs.

(Außerdem Angaben über Haushaltsreisen und Ausgaben im September 1972 nach ausgewählten Gliederungsmerkmalen).

Zu 3: Haushalte nach Einkaufsmöglichkeiten für Lebensmittel, Oberbekleidung, Schuhe, Möbel und Elektrogeräte im Hauptgeschäftsviertel in der Innenstadt bzw. Einkaufszentrum einer Großstadt; regelmäßiger Lebensmitteleinkauf; Kauf von Oberbekleidung, Schuhen usw. in den letzten 12 Monaten; Pkw-Besitz.

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 12/70; 7, 9/72

Fachserie F, Reihe 8/III (vorgesehen).

Zu 2. WiSta 11/73; 2, 5/74.

Fachserie F, Reihe 8/III S.

Zu 3. WiSta 4/74.

12.8 Statistik des Warenverkehrs mit Berlin (West)

Hinweis: Die aufgrund des »Verfahrens für die Ausfertigung und Behandlung von Warenbegleitscheinen für den Transit ziviler Güter zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)« (Bundesanz. Nr. 13 vom 20 Januar 1972) anfallenden Papiere werden vom Statistischen Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft statistisch ausgewertet

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Lieferer von Waren.

Berichtsweg

Zolldienststellen — StBA (zentrale Aufbereitung).

Als Unterlagen für die Statistik dienen die bei den Zolldienststellen an der Grenze zur DDR anfallenden Blätter 2 der Warenbegleitscheine (jährlich zur Zeit rund 2 Mill. Warenbegleitscheine).

Ergebnisse

Tatbestände

Warensendungen nach Warengruppen, Gewicht und Wert; außerdem Gliederung nach Verkehrszweigen und Übergangsstellen.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Ausgabe 1975)« und der »Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei (Ausgabe 1959)«.

Veröffentlichungen

WiSta * (monatlich).

Fachserie F, Reihe 5 (monatlich, jährlich)

12.9 Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)

Hinweis: Die aufgrund der Verfahrensvorschriften über den innerdeutschen Handel im Warenverkehr anfallenden Papiere werden vom Statistischen Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft statistisch ausgewertet.

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Lieferer von Waren.

Berichtsweg

Zolldienststellen — StBA (zentrale Aufbereitung im StBA).

Als Unterlagen dienen die bei den Zolldienststellen an der Grenze zur DDR und auf Flughäfen anfallenden Blätter 2 der Warenbegleitscheine bzw. Blätter 3 der DDR-Warenbegleitscheine (jährlich zur Zeit rund 300 000 Anmeldepapiere).

Ergebnisse

Tatbestände

Warensendungen nach Warenart, Wert, Gewicht, besonderem Maßstab, Lieferanlässen, Bundesländern, Verkehrszweigen und Übergangsstellen.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Ausgabe 1975)« und der »Erzeugnisgliederung für Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei (Ausgabe 1959)«.

Veröffentlichungen

WiSta 11/71; 6/72; 3/73; 3/74; 3/75.

WiSta* (monatlich).

Fachserie F, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

13 AUSSENHANDEL

13.1 Außenhandelsstatistik	209
13.2 Statistik der eingeführten festen Brennstoffe	210

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik-Gesetz) vom 1. Mai 1957 (BGBl. I S. 413). Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik-Durchführungsverordnung) in der Fassung vom 4. April 1974 (BGBl. I S. 843); außerdem Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 des Rates vom 24. Juni 1975 über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 183 S. 3).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Im allgemeinen die Einführer und Ausführer von Waren; für die Durchfuhr die Besitzer von Waren (Frachtführer); für die Zolltarifstatistik auch teilweise die Zolldienststellen.

Berichtsweg

Befragte — Anmeldestellen (Zoll- und andere Dienststellen) — StBA (zentrale Aufbereitung).

Als Unterlagen für die Statistik dienen die von den Ein- bzw. Ausführern auszufüllenden und von den Zolldienststellen zu bestätigenden Anmeldepapiere (insgesamt monatlich rund 1,8 Mill. Anmeldepapiere).

Ab 1974 keine Anmeldung von Sendungen mit Waren der gewerbl. Wirtschaft bis zu einem Wert von einschl. 300 DM und mit Waren der Ernährung und Landwirtschaft bis zu einem Wert von einschl. 50 DM.

Ergebnisse

Tatbestände

Grenzüberschreitender Warenverkehr (Einfuhr, Ausfuhr, Durchfuhr) des Erhebungsgebietes mit dem Ausland. Der Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) wird nicht in der Außenhandelsstatistik, sondern in der »Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)« nachgewiesen (siehe unter 12.9).

Einfuhr:

Mengen und Werte (besondere Maßeinheit, Eigengewicht und Grenzübergangswert) für die Merkmale: Einfuhrart, Warennummer, Codenummer, Herstellungs-(Ursprungs-)land, Einkaufsland, Zielland (Bundesland), Lieferbedingung, Eingangsanmeldestelle.

Ausfuhr:

Mengen und Werte (besondere Maßeinheit, Eigengewicht und Grenzübergangswert) für die Merkmale: Ausfuhrart, Warennummer, Verbrauchs-(Bestimmungs-)land, Käuferland, Herstellungsland (Bundesland).

Durchfuhr:

Mengen (Bruttogewicht) der durch das Erhebungsgebiet durchgeführten Waren (ab 1973 nur Eingang von See, Ausgang nach See und Seeschlag) nach Versendungs- und Bestimmungsländern sowie nach Seehäfen.

Die Einfuhrart (Einfuhr in den freien Verkehr, zur Eigenveredelung, zur Lohnveredelung, nach passiver Veredelung, auf Lager, aus Lager) und die Ausfuhrart (Ausfuhr aus dem freien Verkehr, nach Eigenveredelung, nach Lohnveredelung, zur passiven Veredelung, aus Lager) ermöglichen eine Darstellung des Generalhandels und Spezialhandels.

Der Generalhandel umfaßt alle ein- und ausgehenden Waren (mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs).

Der Spezialhandel umfaßt bei der Einfuhr im wesentlichen nur die Waren, die zum Gebrauch, Verbrauch, zur Bearbeitung oder Verarbeitung in das Erhebungsgebiet eingehen, und bei der Ausfuhr die Waren, die aus der Erzeugung, Bearbeitung oder Verarbeitung des Erhebungsgebietes stammen.

Spezialhandel und Generalhandel unterscheiden sich durch die unterschiedliche Behandlung des Lagerverkehrs, und zwar sind die Einfuhr von Waren auf Lager und die Ausfuhr von Waren aus Lager im Generalhandel, dagegen die Einfuhr von Waren aus Lager im Spezialhandel enthalten.

Ferner werden Ergebnisse über den Lagerverkehr, den Veredelungsverkehr und die Zollsollerträge nachgewiesen.

Fachliche Gliederung

Nach Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft sowie nach Kapiteln und einzelnen bzw. zusammengefaßten Positionen des »Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik (Ausgabe 1976)«, nach Warengruppen und -zweigen des »Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (Ausgabe 1975)«, nach dem »Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel« sowie nach Investitions- und Verbrauchsgütergruppen.

Die Ländergliederung folgt dem »Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Ausgabe 1975)«.

Veröffentlichungen

WiSta 12/61 (M); 6/69 (M); 2/74 (M); 4/75 (M).

WiSta* (monatlich).

Fachserie G, Reihe 1 (monatlich, jährlich),

Reihe 2 monatlich, Dezember mit Jahresergebnis),
Ergänzungsheft (jährlich),

Reihe 3 (vierteljährlich, viertes Vierteljahr mit Jahresergebnis),
Ergänzungsheft 1 und 2 (jährlich),

Reihe 4 (monatlich, Dezember mit Jahresergebnis),

Reihe 5 (vierteljährlich, viertes Vierteljahr mit Jahresergebnis),

Reihe 6 (jährlich),

Reihe 7 (Sonderbeiträge, unregelmäßig).

Indizes der Ein- und Ausfuhr

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 381.)

Fachliche Gliederung

Siehe vorstehende Angaben.

Veröffentlichungen

WiSta 1/66 (M); 10/66 (M); 12/72 (M); 12/74 (M).

WiSta* (monatlich).

Fachserie G, Reihe 1 (monatlich, jährlich),

Reihe 5 (vierteljährlich, viertes Vierteljahr mit Jahresergebnis)

13.2 Statistik der eingeführten festen Brennstoffe

Rechtsgrundlage

Gesetz über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe vom 29. November 1974 (BGBl. I S. 3345).

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Unternehmen des einschlägigen Einfuhr-, DDR- und Zwischenhandels.

Berichtsweg

Befragte — Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft.

Ergebnisse

Tatbestände

Lieferungen und Bestände eingeführter fester Brennstoffe nach Arten, Abnehmergruppen und empfangende Bundesländer.

Veröffentlichungen

Gesamtergebnisse: Im Rahmen der Kohlestatistik der »Statistik der Kohlenwirtschaft e. V.« (monatlich, jährlich).

14 VERKEHR

Eisenbahnverkehr

14.1 Eisenbahnstatistik	213
-------------------------------	-----

Straßenverkehr

14.2 Straßenstatistik	214
14.3 Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes	216
14.4 Statistiken über Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse für Kraftfahrzeuge	216
14.5 Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr	218
14.6 Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen ..	218
14.7 Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Kraftfahrzeugen	221
14.8 Statistik des Straßenverkehrs mit Berlin und der DDR	222
14.9 Statistik der Straßenverkehrsunfälle	223

Binnen- und Seeschifffahrt

14.10 Binnenschifffahrtsstatistik	224
14.11 Seeschifffahrtsstatistik	226

Luftverkehr

14.12 Luftfahrtstatistik	229
14.13 Statistik der Luftverkehrsunfälle	230

Rohrfernleitungsverkehr

14.14 Rohrfernleitungsstatistik	230
---------------------------------------	-----

Post- und Fernmeldewesen

14.15 Statistik der Deutschen Bundespost	231
--	-----

Wetterdienst

14.16 Statistik des Deutschen Wetterdienstes	232
--	-----

Vorbemerkung: Angaben über die gesamte Verkehrswirtschaft sind jeweils in Heft 2 von WiSta enthalten. Meßzahlen des Personen- und Güterverkehrs (Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 382) erscheinen monatlich in WiSta*. Der Güterverkehr aller Verkehrszweige wird zusammenfassend in WiSta (vierteljährlich und in Fachserie H, Reihe 9 (vierteljährlich und jährlich) dargestellt. Über die Verkehrsunfälle in allen Verkehrszweigen wird im Statistischen Jahrbuch berichtet.

Eisenbahnverkehr

- 1 Bestandsstatistik.
- 2 Betriebsstatistik.
- 3 Verkehrsstatistik.
- 4 Unfallstatistik.

14.1 Eisenbahnstatistik

Rechtsgrundlage

Verordnung über eine Eisenbahnstatistik vom 8. August 1965 (BGBl. I S. 749).

Periodizität

- Zu 1: Jährliche Erhebung und Aufbereitung.
Zu 2 und 3: Monatliche Erhebung und Aufbereitung.
Zu 4: Monatliche Erhebung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die öffentlichen Schienenverkehr betreiben (Deutsche Bundesbahn, nichtbundeseigene Eisenbahnen).

Berichtsweg

Befragte (Unternehmen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen über zuständige Landesbehörden) — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Strecken- und Gleislängen nach Art und Einrichtung; Fahrzeug- und Behälterbestände nach ihrer Art. Bahnhöfe, Haltepunkte und -stellen, Gleisanschlüsse und Bahnübergänge. Personalbestand nach Beschäftigungsverhältnis und betrieblichem Einsatz.

Zu 2: Triebfahrzeug-, Zug- und Tonnenkilometer nach Zuggattung und Antriebsart sowie Wagenachskilometer. Güterwagenstellung nach Wagenart. Von Eisenbahnverwaltungen außerhalb des Bundesgebiets beladene eingegangene Güterwagen. Treibstoff- bzw. Energieverbrauch der Triebfahrzeuge.

Zu 3: Personen- und Gepäckverkehr: Beförderte Personen und Personenkilometer nach Art der Fahrausweise, Beförderungsmenge im Gepäckverkehr.

Güterverkehr: Menge des frachtpflichtigen Wagenladungsverkehrs in der Verflechtung nach Ein- und Ausladeverkehrsbezirken und Gütergruppen sowie Tariftonnenkilometern. Menge des frachtpflichtigen Stückgutverkehrs nach Versandverkehrsbezirken sowie Tariftonnenkilometern. Menge und Tariftonnenkilometer des Expresgut- und des Dienstgutverkehrs. Menge und Tariftonnenkilometer des frachtpflichtigen Wagenladungsverkehrs nach Entfernungsstufen und wichtigen Gütergruppen. Be- und Entladung auf Gleisanschlüssen nach Wagen und Tonnen.

Einnahmen: Einnahmen aus dem Personen-, Gepäck-, Expresgut- und Güterverkehr.

Zu 4: Zahl und Art der Bahnbetriebsunfälle sowie Zahl der verletzten und getöteten Personen.

Fachliche Gliederung

Güterverkehr: Nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1969)«.

Regionale Gliederung

StBA: Verkehrsgebiete, Verkehrsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 9/73; 9/74; 10/75.

WiSta* (monatlich).

Fachserie H, Reihe 4 (monatlich, jährlich),
Reihe 9 (vierteljährlich, jährlich).

Straßenverkehr

14.2 Straßenstatistik 14.2.1 Statistik der überörtlichen Straßen

1 Straßenbestandsaufnahme.

2 Straßenlängenstatistik.

3 Verkehrszählungen.

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen des Bundesministers für Verkehr mit den zuständigen Ministerien der Länder.

Periodizität

Zu 1: Fünfjährlich, zuletzt mit Stichtag 1. Januar 1971 durchgeführt.

Zu 2: Jährliche Erhebung (Stichtag 1. Januar) und Aufbereitung.

(In den Jahren, in denen eine Straßenbestandsaufnahme stattfindet, wird die Straßenlängenstatistik zusammen mit der Straßenbestandsaufnahme durchgeführt.)

Zu 3: Laufende Ermittlung durch automatische Registriergeräte sowie manuelle Kurzzeitzählungen in Abständen von zwei bis drei Jahren, zuletzt 1973 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Landesstraßenbauämter.

Berichtsweg

Befragte — oberste Straßenbaubehörden der Länder — Bundesministerium für Verkehr.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Gesamte Straßenlänge, Art der Straßendecke, Breite der Fahrbahn, Angabe der freien Strecken, der Ortsdurchfahrten, der befestigten Rand- und Seitenstreifen; Art des Unterbaues und der Befestigung (jeweils gegliedert nach Baulastträgern). Brücken im Zuge von überörtlichen Straßen nach Lage, Spannweite, Tragfähigkeit, Bau- bzw. Konstruktionsart und Art des überbrückten Objekts.

Zu 2: Gesamte Straßenlänge, Angabe der freien Strecke und Ortsdurchfahrten der überörtlichen Straßen nach Baulastträgern (Bund, Länder, Kreise, Gemeinden) und der Abschnitte in der Baulast Dritter (jeweils gegliedert nach Straßenklassen).

Zu 3: Automatische Zählungen: Menge des täglichen Verkehrs (an besonders dafür ausgerüsteten Zählstellen auch Unterscheidung in Pkw- und Lkw-ähnliche Fahrzeuge). Monatsmittelwerte, Jahresmittelwerte für den Gesamtquerschnitt und bei den dafür vorgesehenen Zählstellen auch die beiden Fahrtrichtungen. Jahresganglinien der tägl. Verkehrsmenge, maximale Tages- und Stundenwerte, getrennt nach Werktagen sowie nach Sonn- und Feiertagen.

Manuelle Zählungen: Menge des täglichen Verkehrs, und zwar Anzahl der Fahrzeuge (getrennt nach Arten) je 24 Stunden im Jahresmittel (Querschnittszählung) an ausgewählten Punkten der Bundesautobahnen und der Bundesstraßen, teilweise — jedoch mit unterschiedlichem Erfassungsgrad in den einzelnen Ländern — auch auf den anderen Straßen.

Regionale Gliederung

Bundesministerium für Verkehr und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Zu 1 und 2: StBA:

Fachserie H, Reihe 5/I (zusammen mit den Ergebnissen über die Statistik der Gemeindestraßen, fünfjährlich, zuletzt für 1971).

Zu 3: Bundesministerium für Verkehr:

Broschüre: »Verkehr auf den Bundesautobahnen« (Ergebnisse der Verkehrszählungen mit automatischen Zählgeräten),

Verkehrsmengenkarten; Berichte in der Zeitschrift »Straße und Autobahn« sowie Schriftenreihe »Straßenbau und Straßenverkehrstechnik«.

14.2.2 Statistik der Gemeindestraßen

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Straßen in den Gemeinden 1971 vom 1. Februar 1971 (BGBl. I S. 81).

Periodizität

In etwa fünfjährlichem Turnus; zuletzt nach dem Stand vom 1. Januar 1971 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Träger der Straßenbaulast bzw. die sonstigen Unterhaltungspflichtigen und die Gemeinden.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Straßen in der Baulast der Gemeinden (ohne Ortsdurchfahrten von Straßen des überörtlichen Verkehrs), nach Länge, Breite, Straßen- und Deckenarten sowie Lage (innerorts/außerorts). Privatstraßen nach Länge und Lage. Brücken im Zuge von Gemeindestraßen nach Lage, Spannweite, Tragfähigkeit und Bau- bzw. Konstruktionsart.

Ferner für Gemeinden mit 20 000 Einwohnern und mehr: Fläche und Zahl der Stellplätze der Parkplätze, Parkstreifen, Parkspuren, der zeitweilig zum Parken verfügbaren Plätze, markierten Aufstellflächen auf Gehwegen (gegliedert nach Flächen mit und ohne Parkzeitbeschränkungen).

Öffentliche Parkbauten.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 10/72.

Fachserie H, Reihe 5/I (fünfjährlich, zuletzt für 1971).

Hinweis: Eine Wiederholung der Erhebung findet nach dem Stand vom 1. Januar 1976 aufgrund des Gesetzes über die Statistik der Straßen in den Gemeinden 1976 vom 7. April 1975 (BGBl. I S. 830) statt.

14.3 Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes vom 4. August 1951, § 2 Abs. 5 (BGBl. I S. 488).

Periodizität

Halbjährliche Bestandsermittlung durch Auszählung (Stichtage 1. Januar und 1. Juli); monatliche Fortschreibung der Veränderungen.

Ergebnisse

Tatbestände

Kraftfahrzeug- und Anhängerbestand:

Halbjährlich nach Fahrzeugart, Größenklasse und Zulassungsbezirk; jährlich nach Antriebsart, Zulassungsjahr, Hersteller, Typ, Aufbauart, Wirtschaftszweig des Halters.

Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen und Anhängern:

Monatlich nach Fahrzeugart, Größenklasse, Bundesland und Wirtschaftszweig des Käufers, außerdem Krafträder und Personenkraftwagen nach Altersgruppe des Käufers, Personenkraftwagen nach Hersteller und Typ, Nutzfahrzeuge nach zulässigem Gesamtgewicht; halbjährlich nach Hersteller, Typ; jährlich nach Antriebsart, Zulassungsbezirk.

Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern:

Monatlich nach Fahrzeugart, Größenklasse, Bundesland und Wirtschaftszweig des Käufers, außerdem Krafträder und Personenkraftwagen nach Altersgruppen des Käufers, Nutzfahrzeuge nach zulässigem Gesamtgewicht; jährlich nach Antriebsart, Zulassungsjahr, Zulassungsbezirk.

Löschungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern:

Jährlich nach Fahrzeugart, Größenklasse, Zulassungsjahr, Zulassungsbezirk, Aufbauart, Wirtschaftszweig des bisherigen Halters.

Neuanmeldungen und Besitzumschreibungen von zulassungsfreien Kraftfahrzeugen mit amtlichem Kennzeichen:

Monatlich nach Fahrzeugart, Bundesland und Wirtschaftszweig des Käufers.

(Zusammenstellung im Kraftfahrt-Bundesamt aufgrund der Meldungen der Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen und der vorhandenen Magnetbandaufzeichnungen.)

Regionale Gliederung

Kraftfahrt-Bundesamt und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Kraftfahrt-Bundesamt:

Statistische Mitteilungen (Bestand: halbjährlich, Neuzulassungen: monatlich; Löschungen: jährlich; Besitzumschreibungen: monatlich),

»Der Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern« (jährlich),

»Neuzulassungen — Besitzumschreibungen — Löschungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern« (jährlich).

StBA:

WiSta * (halbjährlich).

14.4 Statistiken über Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse für Kraftfahrzeuge

1 Erteilungen von Fahr- und Fahrlehrerlaubnissen.

2 Entziehungen und Versagungen von Fahr- und Fahrlehrerlaubnissen, Sperrern nach § 69 a, Abs. 1 Satz 3 StGB, Fahrverbote.

3 Eintragungen, Tilgungen und Auskünfte des Verkehrszentralregisters.

4 Fahrerlaubnisprüfungen und Fahrzeuguntersuchungen.

Rechtsgrundlage

Zu 1 und 4: Gesetz über amtlich anerkannte Sachverständige und amtlich anerkannte Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr (Kraftfahrersachverständigengesetz) vom 22. Dezember 1971, § 11 Abs. 2 (BGBl. I S. 2086), § 1 der

Durchführungsverordnung zum Fahrlehrergesetz vom 16. September 1969, Vereinbarungen des Bundesministers für Verkehr mit den zuständigen obersten Landesbehörden sowie entsprechende Durchführungserlasse der Länder.

Zu 2 und 3: Gesetz über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes vom 4. August 1951, § 2 Abs. 5 (BGBl. I S. 488).

Periodizität

Zu 1: Jährliche Berichterstattung und Aufbereitung.

Zu 2, 3 und 4: Halbjährliche und jährliche Berichterstattung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Zulassungsstellen für Kraftfahrzeuge und Technische Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr.

Zu 2 und 3: Die Angaben werden im Kraftfahrt-Bundesamt anhand der Meldungen der Gerichte, Staatsanwaltschaften und der Verwaltungsbehörden an das Verkehrszentralregister zusammengestellt.

Zu 4: Technische Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — oberste Verkehrsbehörden der Länder — Kraftfahrt-Bundesamt.

Zu 2 und 3: Siehe »Kreis der Befragten«.

Zu 4: Befragte — Kraftfahrt-Bundesamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Erteilte Erlaubnisse nach Fahrerlaubnisklassen und Geschlecht der Bewerber, ferner nach Ersterteilungen, Erweiterungen, Wiedererteilungen, Umschreibungen, Erteilungen an Inhaber ausländischer Fahrerlaubnisse und Ausstellung von Internationalen Führerscheinen.

Zu 2: Entzogene und versagte Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse, Sperrn nach § 69 a, Abs. 1 Satz 3 Strafgesetzbuch, Fahrverbote nach § 44 Strafgesetzbuch, § 25 Straßenverkehrsgesetz und § 3 Straßenverkehrszulassungs-Ordnung, Verzichte auf die Fahr- und Fahrlehrerlaubnis während eines Entziehungsverfahrens, Rücknahmen, Widerrufe und Versagungen von Erlaubnissen sowie Aberkennungen des Rechts, von einem ausländischen Fahrausweis Gebrauch zu machen nach Entscheidungsgründen und Ländern, ferner nach (ausgenommen bei Verzichten und Aberkennungen) Alters-, Gewerbe- und Berufsgruppen der Fahrerlaubnisinhaber sowie Sperr- bzw. Verbotsfristen.

Zu 3: Zahl der Mitteilungen von Gerichten, Bußgeld- und Verwaltungsbehörden, getilgte Eintragungen sowie erteilte Auskünfte.

Zu 4: Prüfungen zur Erlangung der Fahr- und Fahrlehrerlaubnis sowie einer zusätzlichen Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung nach § 15 e der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, gegliedert nach Art und Ergebnis der Prüfung, Fahrerlaubnisklassen und Geschlecht der Prüflinge.

Prüfungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern nach Fahrzeugart, Art der Prüfung sowie Prüfungsergebnis nach Schwere, Art und Sitz der Mängel.

Veröffentlichungen

Kraftfahrt-Bundesamt:
Statistische Mitteilungen (Erteilungen: jährlich; übrige Angaben: halbjährlich).
StBA:
StJb (auszugsweise).

14.5 Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

1 Unternehmensstatistik.

2 Verkehrsstatistik.

Rechtsgrundlage

Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr vom 28. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1472).

Periodizität

Zu 1: Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Zu 2: Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Unternehmen des genehmigungspflichtigen Straßenpersonenverkehrs.

Berichtsweg

Befragte — oberste Verkehrsbehörden der Länder bzw. StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Art der Tätigkeit der Unternehmen, Anzahl, Art und Fassungsvermögen der verfügbaren Fahrzeuge. Anzahl und Art der im Straßenpersonenverkehr beschäftigten Personen sowie Umsatz aus der Personenbeförderung; bei überwiegend im Straßenpersonenverkehr tätigen Unternehmen auch Anzahl der Gesamtbeschäftigten und der Gesamtumsatz. Ferner Länge der Linien, Strecken und Gleise.

Zu 2: Unternehmen nach Unternehmensformen; beförderte Personen, Personenkilometer, Einnahmen und Wagenkilometer nach Unternehmensformen, Verkehrsarten und Verkehrsformen. Beförderte Personen und Einnahmen nach Tarifarten; Wagenkilometer nach Betriebszweigen.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

WiSta 5/73; 5/74; 5/75.

WiSta * (monatlich).

Fachserie H, Reihe 5/II (monatlich, jährlich).

14.6 Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen

14.6.1 Unternehmens- und Fahrzeugstatistik

1 Gewerblicher Güter- und Möbelverkehr.

2 Werkfernverkehr.

Rechtsgrundlage

Güterkraftverkehrsgesetz in der Fassung vom 6. August 1975, § 60 (BGBl. I S. 2132).

Periodizität

Unregelmäßig; zuletzt nach dem Stand vom November 1974 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Zu 1: Unternehmen des Güter- und Möbelfernverkehrs.

Zu 2: Unternehmen des Werkfernverkehrs.

Berichtsweg

Zu 1: Unternehmen — Bundesanstalt für den Güterfernverkehr — Kraftfahrt-Bundesamt (technische Aufbereitung) — Bundesanstalt für den Güterfernverkehr.

Zu 2: Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (Register) — Kraftfahrt-Bundesamt (technische Aufbereitung) — Bundesanstalt für den Güterfernverkehr.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Unternehmen nach Betriebsgrößen, bemessen nach Anzahl der erteilten Genehmigungen, Rechtsformen, Verflechtung mit weiteren Verkehrsgewerben bzw. anderen Gewerben, Beschäftigungsverträgen, Beteiligungsverhältnissen.

Fahrzeuge nach Genehmigungsarten, Nutzlastklassen, Ladekapazität, zulässigem Gesamtgewicht, Fahrzeugarten, Erstzulassungsjahren, Aufbauarten und Herstellern.

Zu 2: Unternehmen nach Betriebsgrößen, bemessen nach Anzahl der bei der Bundesanstalt registrierten Zugfahrzeuge, Rechtsformen und nach Wirtschaftszweigen.

Fahrzeuge (Lastkraftwagen über 4 t Nutzlast und Zugmaschinen über 55 PS sowie deren Anhänger) nach Wirtschaftszweigen, Nutzlastklassen, Ladekapazität, zulässigem Gesamtgewicht, Fahrzeugarten, Erstzulassungsjahren und Aufbauarten. (Die im Werkfernverkehr insgesamt eingesetzten Fahrzeuge werden in der Statistik des Werkfernverkehrs — siehe unter 14.6.3 — nachgewiesen.)

Veröffentlichungen

Bundesanstalt für den Güterfernverkehr:

Zu 1: »Unternehmen und Fahrzeuge des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs«.

Zu 2: »Unternehmen und Fahrzeuge des Werkfernverkehrs«.

14.6.2 Statistik des gewerblichen Güterfernverkehrs

- 1 Gewerblicher Güterfernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge.
- 2 Gewerblicher Möbelfernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge.
- 3 Grenzüberschreitender gewerblicher Fernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge.

Rechtsgrundlage

Zu 1 und 2: Güterkraftverkehrsgesetz in der Fassung vom 6. August 1975, § 57 Abs. 1 (BGBl. I S. 2132 und 2480). Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Beförderungsleistungen im Güterfernverkehr vom 20. April 1956 (Bundesanzeiger Nr. 83).

Zu 3: Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 21. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1987).

Periodizität

Monatliche Erhebung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1 und 2: Von der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr beauftragte Frachtenprüfstellen und die Schlüsselungsstelle der Bundesanstalt: Erfassung der Frachtbriefe bzw. — beim Möbelfernverkehr — der Frachtbriefe oder der Monatszusammenstellungen.

Zu 3: Fahrzeugführer.

Berichtsweg

Zu 1 und 2: Befragte — zum Teil Bundes-Zentralgenossenschaft Straßenverkehr — Kraftfahrt-Bundesamt (technische Aufbereitung) — Bundesanstalt für den Güterfernverkehr.

Zu 3: Befragte über Grenzzoll- bzw. Grenzkontrollstellen — Kraftfahrt-Bundesamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Beförderte Gütermenge, geleistete Tonnenkilometer (getrennt nach Binnenverkehr und grenzüberschreitendem Verkehr), Frachteinnahmen

(nur nach Binnenverkehr). Monatlich nach Entfernungsstufen, Güterhauptgruppen, Tarifklassen; jährlich außerdem nach Gütergruppen, Bundesländern, Versand und Empfang der Verkehrsbezirke sowie Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

Zu 2: Beförderte Gütermenge, geleistete Tonnenkilometer (getrennt nach Binnenverkehr und grenzüberschreitendem Verkehr), Frachteinnahmen (nur nach Binnenverkehr). Monatlich nach Entfernungsstufen und Gütergruppen; jährlich außerdem nach Gütergruppen, Bundesländern, Versand und Empfang der Kreise und Verkehrsbezirke sowie Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

Zu 3: Beförderte Gütermenge und geleistete Tonnenkilometer. Monatlich nach Versand, Empfang und Durchgangsverkehr sowie Entfernungsstufen, Güterhauptgruppen und Heimatländern der Fahrzeuge; jährlich außerdem nach Gütergruppen, Versand und Empfang der Kreise und Verkehrsbezirke sowie Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

Fachliche Gliederung

Nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1969)«.

Regionale Gliederung

Bundesanstalt für den Güterfernverkehr/Kraffahrt-Bundesamt: Verkehrsbezirke.

Veröffentlichungen

Bundesanstalt für den Güterfernverkehr/Kraffahrt-Bundesamt

Statistische Mitteilungen des Kraffahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (monatlich),

Gemeinsame Jahresberichte der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr und des Kraffahrt-Bundesamtes.

StBA:

WiSta* (monatlich).

14.6.3 Statistik des Werkfernverkehrs

1 Werkfernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge.

2 Grenzüberschreitender Werkfernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge.

3 Betriebe und Fuhrpark des Werkfernverkehrs.

Rechtsgrundlage

Zu 1 und 3: Güterkraftverkehrsgesetz in der Fassung vom 6. August 1975, § 52 Abs. 3 (BGBl. I S. 2132 und 2480). Verordnung über Beförderungs- und Begleitpapiere, zusammenfassende Übersichten und die statistische Erfassung der Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr vom 29. September 1953 (BGBl. I S. 1464), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Juli 1973 (BGBl. I S. 758).

Zu 2: Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 21. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1987).

Periodizität

Monatliche Erhebung, monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1 und 3: Unternehmen mit Werkfernverkehr. Für Unternehmensergebnisse totale Aufbereitung.

Zu 2: Fahrzeugführer.

Berichtsweg

Zu 1 und 3: Befragte — Außenstellen der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (Weiterleitung der von den Unternehmen einzureichenden Monatsübersichten über die Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr) — Kraffahrt-Bundesamt.

Zu 2: Befragte über Grenzzoll- bzw. Grenzkontrollstellen — Kraffahrt-Bundesamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Beförderte Gütermenge und geleistete Tonnenkilometer getrennt nach Binnenverkehr und grenzüberschreitendem Verkehr. Monatlich nach Entfernungstufen, Güterhauptgruppen und Wirtschaftszweigen; jährlich außerdem nach Gütergruppen, Bundesländern, Versand und Empfang der Kreise und Verkehrsbezirke sowie Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

Zu 2: Beförderte Gütermenge und geleistete Tonnenkilometer. Monatlich nach Versand, Empfang und Durchgangsverkehr sowie Entfernungstufen, Güterhauptgruppen und Heimatstaaten der Fahrzeuge; jährlich außerdem nach Gütergruppen, Versand und Empfang der Kreise und Verkehrsbezirke sowie Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

Zu 3: Jährlich (Oktober) im Werkfernverkehr tätige Unternehmen, Zahl und Ladekapazität der eingesetzten Fahrzeuge nach Wirtschaftszweigen, Fahrzeugarten, Nutzlastklassen, Bundesländern der Unternehmen bzw. Fahrzeuge sowie nach Betriebsgrößenklassen, bemessen nach der Zahl der eingesetzten Zugfahrzeuge.

Fachliche Gliederung

Zu 1 und 2: Nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1969)«.

Zu 1 und 3: Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Regionale Gliederung

Kraffahrt-Bundesamt/Bundesanstalt für den Güterfernverkehr: Verkehrsbezirke.

Veröffentlichungen

Kraffahrt-Bundesamt/Bundesanstalt für den Güterfernverkehr:
Statistische Mitteilungen des Kraffahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (monatlich),

Gemeinsame Jahresberichte der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr und des Kraffahrt-Bundesamtes.

StBA:

WiSta* (monatlich).

14.7.1 Statistik des Personenverkehrs

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für Verkehr und dem Bundesminister der Finanzen sowie Erlaß des Bundesministers der Finanzen an die Grenzzollstellen vom 21. Januar 1970.

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Grenzzoll- bzw. Grenzkontrollstellen.

Berichtsweg

Befragte — Kraffahrt-Bundesamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Ein- und durchgefahrene Kraftomnibusse, Krafträder und Personenkraftwagen (bei Kraftomnibussen nach Fahrzeugen mit deutschem und ausländischem Nationalitätszeichen und Zahl der Fahrgäste).

Regionale Gliederung

Kraffahrt-Bundesamt: Grenzzollstellen.

Veröffentlichungen

Kraffahrt-Bundesamt:

Statistische Mitteilungen (monatlich).

14.7 Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Kraftfahrzeugen

14.7.2 Statistik des Güterverkehrs

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 21. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1987).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Fahrzeugführer.

Berichtsweg

Befragte Grenzzoll- bzw. Grenzkontrollstellen — Kraftfahrt-Bundesamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Ein-, aus- und durchgefahrene Lastkraftfahrzeuge: Monatlich nach Heimatstaaten der Fahrzeuge, Fahrzeugarten, Anzahl der Großcontainer und Wechsellaufbauten, Versand- und Empfangsländern, Grenzzollstellen, Menge der beförderten Güter nach Güterhauptgruppen und Verkehrsarten. Jährlich außerdem nach Gütergruppen, Versand und Empfang der Verkehrsbezirke innerhalb und außerhalb des Bundesgebietes sowie Durchgangsverkehr durch das Bundesgebiet nach Versand- und Empfangsgebieten.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1969)«.

Regionale Gliederung

StBA: Verkehrsbezirke.

Veröffentlichungen

Kraftfahrt-Bundesamt:

Statistische Mitteilungen (monatlich).

Grenzüberschreitender Güterkraftverkehr in seiner Bewegung zwischen inländischen Verkehrsbezirken und Ländern nach Güterhauptgruppen (jährlich).

Hinweis: Angaben über den grenzüberschreitenden Verkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge siehe unter 14.6.2 und 14.6.3.

14.8 Statistik des Straßenverkehrs mit Berlin und der DDR

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für Verkehr und dem Bundesminister der Finanzen sowie Erlaß des Bundesministers der Finanzen an die Grenzzollstellen vom 15. April 1965.

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Grenzkontrollstellen.

Berichtsweg

Befragte — Kraftfahrt-Bundesamt (für Berlinverkehr über Senator für Wirtschaft).

Ergebnisse

Tatbestände

Über die Grenze ein- und ausgefahrene Fahrzeuge nach Fahrzeugart, Fahrtrichtung und Übergangsstellen; bei Kraftomnibussen außerdem nach

Heimatstandort und Einsatz im Linien- oder Gelegenheitsverkehr, ferner Zahl der Fahrgäste; bei Lastkraftfahrzeugen außerdem Unterscheidung nach dem Heimatstandort, nach beladen oder leer sowie beförderte Gütermenge.

Regionale Gliederung

Kraftfahrt-Bundesamt: Übergangsstellen.

Veröffentlichungen

Kraftfahrt-Bundesamt:
Statistische Mitteilungen (monatlich).

Rechtsgrundlage

Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik vom 18. Mai 1961 (BGBl. I S. 606), geändert durch das Gesetz vom 20. September 1965 (BGBl. I S. 1437).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Polizeibehörden.

(Als Erhebungsunterlagen dienen Durchschläge der Verkehrsunfallanzeigen.)

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Straßenverkehrsunfälle nach Art des Schadens (Personenschaden, nur Sachschaden), getötete und verletzte Personen (Schnellbericht).

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden nach Unfallfolgen, Unfallarten, Unfalltypen, Tagen, Straßenarten und Ortslage. Verunglückte nach Straßenarten und Ortslage. Art der beteiligten Verkehrsteilnehmer (z. B. Kraftfahrzeugarten, Straßenbahnen, Eisenbahnen, Fußgänger). Getötete und Verletzte nach Art der Verkehrsbeteiligung; Unfallursachen. Unfälle und Verunglückte in den Großstädten.

Straßenverkehrsunfälle mit nur Sachschaden nach der Schadenshöhe. Bei Sachschäden von 1 000 DM und mehr bei einem der Beteiligten nach Straßenarten und Ortslage sowie nach der Art der Verkehrsbeteiligung.

Jährlich außerdem: Unfälle mit nur einem bzw. nur mit je zwei Verkehrsteilnehmern nach Art der Unfallbeteiligung. Fahrzeugführer und Fußgänger nach Alter und Geschlecht sowie Verunglückte nach dem Alter. Unfallursachen der Fahrzeugführer nach Art der Verkehrsbeteiligung.

Außerdem Sonderuntersuchungen im Rahmen von Zusatzprogrammen.

Regionale Gliederung

StBA: Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 3, 4, 7, 10/73; 3/74; 3/75.

WiSta* (monatlich).

Fachserie H, Reihe 6 (monatlich; jährlich mit Vorbericht).

14.9 Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Binnen- und Seeschifffahrt

14.10 Binnenschiff- fahrtsstatistik

14.10.1 Statistik des Bestandes an Binnenschiffen

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen und die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 742).

Periodizität

Laufende Fortschreibung der Zählungsergebnisse vom 1. Januar 1950; jährliche Aufbereitung der Fortschreibungsergebnisse (Stichtag: 31. Dezember).

Kreis der Befragten

Schiffseigner; Amtsgerichte, die Binnenschiffsregister führen.

Berichtsweg

Befragte — Bundesministerium für Verkehr (Fortschreibung und Vorauswertung) — StBA (Aufbereitung und Veröffentlichung).

Ergebnisse

Tatbestände

Bestand an Binnenschiffen. Zahl, Tragfähigkeit und Maschinenleistung der Schiffe nach Schiffsgattungen, Stromgebieten und Bundesländern sowie Alters- und Größenklassen. Binnenschiffe (ohne Schuten und Leichter) nach Schiffsgattungen, Breite und Länge.

Regionale Gliederung

StBA: Stromgebiete.

Veröffentlichungen

WiSta 6/72, 7/73; 7/75.

Fachserie H, Reihe 1 (monatlich; jährlich mit Vorbericht).

14.10.2 Unternehmensstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über Statistiken im Güterkraftverkehr und in der Binnenschifffahrt vom 10. Juli 1969 (BGBl. I S. 757).

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Inhaber und Leiter der Unternehmen, die über Binnenschiffe verfügen, soweit diese in der Personen- und Güterbeförderung auf Flüssen, Kanälen, oder geschlossenen Seen tätig sind.

Berichtsweg

Befragte — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Art der Tätigkeit der Unternehmen; Anzahl, Art und Kapazität der verfügbaren Binnenschiffe. Anzahl und Art der in der Binnenschifffahrt beschäftigten Personen sowie der in der Binnenschifffahrt erzielte Umsatz; bei überwiegend in der Binnenschifffahrt tätigen Unternehmen auch Anzahl der Gesamtbeschäftigten und der Gesamtumsatz.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

WiSta 12/73; 6/74; 6/75.
Fachserie H, Reihe 1 (jährlich).

14.10.3 Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 14.10.2.

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Schiffsführer, Frachtführer, Verfrachter.

Berichtsweg

Befragte — Statistische Meldestellen (Hafenverwaltungen, Besitzer privater Lösch- und Ladestellen, Gemeindebehörden, Zolldienststellen, Wasserstraßenbehörden) — StLÄ — StBA.

(Aufbereitung: StLÄ und zum Teil StBA; Zusammenstellung von Bundesergebnissen sowie Angaben zur Güterbewegungsstatistik und zu tonnenkilometrischen Leistungen: StBA.)

Ergebnisse

Tatbestände

Schiffs- und Güterverkehr deutscher und ausländischer Schiffe auf Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes. Güterverkehr nach Verkehrsbeziehungen, Verkehrsbezirken, Wasserstraßen, Güterhauptgruppen, Flaggen; Güterverkehr an Grenzzollstellen und an bestimmten Schleusen. Güterumschlag nach Wasserstraßen und in ausgewählten Häfen. Tonnenkilometrische Leistung. Seeverkehr der Binnenhäfen.

Außerdem (jährlich): Güterverkehr in der Verflechtung nach Verkehrsbezirken und Wasserstraßen.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1969)«.

Regionale Gliederung

StBA: Verkehrsbezirke, Binnenhäfen.

StLÄ: Binnenhäfen.

Veröffentlichungen

WiSta 6/72; 7/73; 7/75.
WiSta * (monatlich).
Fachserie H, Reihe 1 (monatlich; jährlich mit Vorbericht),
Reihe 9 (vierteljährlich, jährlich).

14.10.4 Statistik der Unfälle auf den Binnenwasserstraßen

Rechtsgrundlage

Erlaß des Bundesministers für Verkehr vom 24. Januar 1958.

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Wasserschutzpolizei.

Berichtsweg

Befragte — Bundesministerium für Verkehr (Vorauswertung) — StBA (Zusammenstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse).

Ergebnisse

Tatbestände

Verkehrs- und Betriebsunfälle deutscher und ausländischer Schiffe, Zahl und Größe der beteiligten Schiffe, Ort und Zeit der Unfälle, Unfallursachen und Unfallfolgen.

Regionale Gliederung

Wasserstraßengebiete.

Veröffentlichungen

Fachserie H, Reihe 1 (jährlich).

14.11 Seeschiffahrts- 14.11.1 Statistik des Bestandes an Seeschiffen statistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 739).

Periodizität

Laufende Fortschreibung der Zählungsergebnisse vom 31. Dezember 1948; monatliche und jährliche Zusammenstellung der Fortschreibungsergebnisse.

Kreis der Befragten

Schiffseigner; Reeder; Amtsgerichte, die Seeschiffsregister führen; Bundesamt für Schiffsvermessung.

Berichtsweg

Befragte — Bundesministerium für Verkehr (Fortschreibung und Zusammenstellung der Ergebnisse) — StBA (Veröffentlichung).

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Fortgeschriebener Bestand an Seeschiffen (Zahl, Bruttoreaumgehalt) nach Verwendungszweck.

Jährlich: Handelsschiffe, Seefischereifahrzeuge und nicht Handelszwecken dienende Fahrzeuge nach Verwendungs- und Antriebsart. Handelsschiffe nach Größenklassen, Altersklassen, Heimatgebieten und ausgewählten Heimathäfen.

Veröffentlichungen

WiSta 6/73; 5/74, 6/75.

Fachserie H, Reihe 2 (monatlich, jährlich mit Vorbericht).

14.11.2 Seemannsstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 14.11.1.

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Besatzungsmitglieder der Seeschiffe unter der Bundesflagge sowie die sonstigen an Bord tätigen Personen.

Berichtsweg

Schiffseigner/Reeder — See-Berufsgenossenschaft Hamburg — Bundesministerium für Verkehr — StBA (Veröffentlichung).

Ergebnisse

Tatbestände

Befragte nach Altersgruppen, Berufs- und Tätigkeitsmerkmalen.

Veröffentlichungen

Fachserie H, Reihe 2 (jährlich).

14.11.3 Seeverkehrsstatistik

- 1 Schiffs- und Güterverkehr über See.
- 2 Schiffs- und Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal.
- 3 Personenverkehr über See mit dem Ausland.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 14.11.1. Ferner Verordnung über die Meldestellen für die Seeverkehrsstatistik vom 24. April 1958 (Bundesanzeiger Nr. 80) und Änderungsverordnung vom 18. März 1960 (Bundesanzeiger Nr. 57).

Periodizität

Zu 1 und 2: Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.
Zu 3: Laufende Erfassung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Schiffsführer, Verfrachter oder deren Vertreter.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — Meldestellen (Zolldienststellen, Wasser- und Schifffahrtsbehörden, Hafenverwaltungen, Besitzer privater Lösch- und Ladestellen, Gemeindebehörden) — StBA. (Die Aufbereitung wird für Hamburg, Bremen und Lübeck von den dortigen Statistischen Ämtern, für die übrigen Küstenhäfen direkt vom StBA durchgeführt; die zusammenfassende Aufbereitung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse erfolgt im StBA.)

Zu 2: Befragte — Wasser- und Schifffahrtsdirektion Kiel (Zusammenstellung) — Bundesministerium für Verkehr — StBA (Veröffentlichung).

Zu 3: Befragte — Paßkontrollstellen — zuständige StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Schiffsverkehr zu Handelszwecken in den Seehäfen. Güterverkehr nach Verkehrsbeziehungen, Verkehrsbezirken, Häfen, Güterhauptgruppen, Flaggen.

Außerdem (jährlich): Güterverkehr in der Verflechtung nach Verkehrsbezirken; tonnenkilometrische Leistungen.

Zu 2: Schiffsverkehr nach dem Verwendungszweck der Schiffe. Handelsfahrzeuge nach Flaggen. Güterverkehr der Handelsfahrzeuge nach Gütergruppen und Flaggen.

Außerdem (jährlich): Schiffsverkehr nach Herkunfts- und Bestimmungsgebieten.

Zu 3: Für die Häfen Hamburg und Cuxhaven sowie die Bremischen Häfen: Reiseart, Herkunfts- bzw. Bestimmungsland der Fahrgäste.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1969)«.

Regionale Gliederung

StBA: Verkehrsbezirke, Seehäfen.

Veröffentlichungen

Zu 1 und 2: WiSta 6/73; 5/74; 6/75.

WiSta * (monatlich).

Fachserie H, Reihe 2 (monatlich, jährlich mit Vorbericht),

Reihe 9 (vierteljährlich, jährlich).

Zu 3 Fachserie H, Reihe 2 (jährlich).

14.11.4 Statistik der Seeunfälle

Rechtsgrundlage

Siehe unter 14.11.1.

Periodizität

Erfassung anlässlich der seeamtlichen Untersuchungen von Seeunfällen; jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Seeämter.

Berichtsweg

Befragte — Bundesministerium für Verkehr (Zusammenstellung) — StBA (Veröffentlichung).

Ergebnisse

Tatbestände

Seeamtlich untersuchte Seeunfälle.

Zahl und Bruttoreumgehalt der von Unfällen betroffenen deutschen Schiffe an der Küste des Bundesgebietes und in ausländischen Gewässern, gegliedert nach Ort, Zeit, Ursache und Folge des Unfalls sowie Zahl der getöteten, verletzten und vermißten Personen.

Unfälle fremder Schiffe an der Küste des Bundesgebietes nach Unfallart und -folge.

Regionale Gliederung

StBA: Küstengebiete.

Veröffentlichungen

Fachserie H, Reihe 2 (jährlich).

Luftverkehr

14.12 Luftfahrtstatistik

- 1 Unternehmensstatistik.
- 2 Gewerblicher Luftverkehr auf ausgewählten Flugplätzen.
- 3 Sonstiger Luftverkehr.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967 (BGBl. I S. 1053), Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967 (BGBl. I S. 1056), Zweite Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 24. Juli 1968 (BGBl. I S. 866) sowie Änderungsverordnung vom 12. November 1973 (BGBl. I S. 1675).

Periodizität

- Zu 1: Jährliche Erhebung und Aufbereitung.
Zu 2: Laufende Erhebung; monatliche Aufbereitung.
Zu 3: Monatliche Erhebung und Aufbereitung (für Flugbetrieb auf Segelfluggelände: jährliche Meldung, nach Monaten unterteilt).

Kreis der Befragten

- Zu 1: Inhaber von Genehmigungen für die Beförderung von Personen oder Sachen mit Luftfahrzeugen und für die gewerbsmäßige oder geschäftsmäßige Durchführung von Flügen für andere Zwecke (gemäß § 20 Abs. 1 des Luftverkehrsgesetzes).
Zu 2: Die in- und ausländischen Luftfahrtunternehmen bzw. die Führer der Luftfahrzeuge, wenn keine Luftfahrtunternehmen bestehen oder diese keine ständige Vertretung auf dem Flugplatz unterhalten.

Berichtsweg

- Zu 1: Befragte — zuständige Behörde für die Erteilung der Genehmigung — StBA (zentrale Aufbereitung).
Zu 2: Befragte — Flugplatzunternehmen — StBA (zentrale Aufbereitung).
Zu 3: Befragte — Aufsichtsbehörde — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

- Zu 1: Art der Tätigkeit der Unternehmen, Anzahl und Art der verfügbaren Luftfahrzeuge nach Startgewichtsklassen. Anzahl und Art der in der Luftfahrt beschäftigten Personen sowie Umsatz aus Luftfahrttätigkeit; bei überwiegend in der Luftfahrt tätigen Unternehmen auch Anzahl der Gesamtbeschäftigten und der Gesamtumsatz.
Zu 2: Luftfahrzeugbewegungen nach Flugplätzen, Flugarten und Startgewichtsklassen. Ein- und Aussteiger sowie Durchgang. Menge der ein- und ausgeladenen sowie durchgegangenen Fracht und Post auf den Flugplätzen nach Flugarten und Hauptverkehrsbeziehungen. Flüge, Flugkilometer; angebotene Sitzplatz- und Tonnenkilometer; geleistete Personenkilometer, Fracht- und Posttonnenkilometer; Ausnutzungsgrad der Flugzeuge. Beförderte Personen und Güter nach Verkehrsbeziehungen und Gütergruppen.
Zu 3: Luftfahrzeugbewegungen auf sonstigen Flugplätzen nach Flug- bzw. Startarten; gewerblicher und nichtgewerblicher Motorflug, Segelflug, bemannte Ballonfahrt; gegliedert nach Platz- und Überlandflügen.

Fachliche Gliederung

- Zu 1: Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.
Zu 2: Nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1969)«.

Regionale Gliederung

StBA: Flugplätze.

Veröffentlichungen

WiSta 3/73; 3/74; 3/75.

WiSta * (monatlich).

Fachserie H, Reihe 3 (monatlich, jährlich),
Reihe 9 (vierteljährlich, jährlich).

14.13 Statistik der Luftverkehrs- unfälle

Rechtsgrundlage

Verwaltungsanordnungen.

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Luffahrt-Bundesamt.

Berichtsweg

Befragte — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Flugbetriebsunfälle und Verunglückte der zivilen Luftfahrt nach der Betriebsart.

Veröffentlichungen

Fachserie H, Reihe 3 (jährlich).

Rohrfernleitungsverkehr

14.14 Rohrfernlei- tungsstatistik

Rechtsgrundlage

Vereinbarung zwischen Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft und StBA sowie Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik-Gesetz) vom 1. Mai 1957 (BGBl. I S. 413).

Periodizität

Laufende Erfassung, monatliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Rohrleitungsunternehmen.

Berichtsweg

Befragte (bei Durchsatz von rohem Erdöl Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft) — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchsatzmenge von rohem Erdöl nach Rohrfernleitungsabschnitten sowie geleistete Tonnenkilometer; Menge der durch Rohrfernleitungen ein- bzw. ausgeführten Mineralölprodukte nach Rohrfernleitungsabschnitten und Gütergruppen sowie geleistete Tonnenkilometer.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1969)«.

Regionale Gliederung

StBA: Verkehrsbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta * (monatlich).

Fachserie H, Reihe 9 (vierteljährlich, jährlich).

Post- und Fernmeldewesen

14.15 Statistik der Deutschen Bundespost

Betriebseinrichtungen

Post- und Fernmeldewesen:

Jährlich: Ämter und Amtsstellen, Kraftfahrzeuge, Grundstücke, Gebäude und Wohnungen der Deutschen Bundespost.

Postwesen:

Jährlich: Amtliche Ausgabestellen für Postwertzeichen, Münz-Wertzeichengeber, Postbriefkästen, Postfacheinrichtungen; Zahl und Streckenlänge der Linien des Postreisedienstes, Omnibusse (auch monatlich).

Fernmeldewesen:

Monatlich: Telexanschlüsse und Sprechstellen (Hauptanschlüsse, Nebenanschlüsse, öffentliche Sprechstellen).

Jährlich: Fernsprechnetze, Fernsprechvermittlungsstellen, Nebenstellenanlagen.

Verkehrsleistungen

Postdienst:

Monatlich und jährlich: Beförderte Brief-, Paket- und Wertsendungen. Postprotestaufträge, durch die Post protestierte Wechsel, Nachnahmesendungen. Zahl und Betrag der Zahlkarten, Zahlungs- und Postanweisungen. Hörfunk- und Fernsehteilnehmer (nur bis Ende 1975).

Jährlich: Renten der Sozialversicherung; Zeitungsnummernstücke, Erlös der Beitragsmarken der Sozialversicherung und Wechselsteuermarken, Erstattung der Visagebühren, Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge zur Postbeförderung.

Postreisedienst:

Monatlich und jährlich: Wagenkilometer und Beförderungsfälle.

Postscheckdienst:

Monatlich und jährlich: Postscheckkonten, Guthaben, Gut- und Lastschriften (Stück und Betrag).

Postsparkassendienst:

Monatlich und jährlich: Postsparbücher, Guthaben, Einlagen und Rückzahlungen (Stück und Betrag).

Telegrafie:

Monatlich und jährlich: Telegramme.

Telex-Verkehr: Inland in Gebühreneinheiten, mit dem Ausland in Telexminuten (= Zeitminuten).

Fernsprechdienst:

Monatlich und jährlich: Ferngespräche.

Jährlich: Ortsgespräche.

Personal

Monatlich und jährlich: Personalbestand am Ende des Berichtsabschnittes (Teilkräfte auf volle Kräfte umgerechnet).

Jährlich: Personalbestand nach der Kopfzahl am Ende des Berichtsjahres unterteilt nach Beamten, Angestellten, Arbeitern, Posthaltern und Nachwuchskräften; Personalbestand im Durchschnitt des Berichtsjahres nach der Verwendung und nach Dienstzweigen (Teilkräfte auf volle Kräfte umgerechnet).

Finanzwesen

Jährlich: Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanzen, Leistungs- und Kostenrechnung nach Dienst- und Teildienstzweigen.

Regionale Gliederung

Zum Teil für Oberpostdirektionsbezirke.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen:
Monatliche Pressemitteilungen.
Geschäftsbericht.
Posttechnisches Zentralamt
Monatliche Bezirksstatistik.
StBA:
WiSta* (monatlich).

Wetterdienst

14.16 Statistik des Deutschen Wetterdienstes

Rechtsgrundlage

Gesetz über den Deutschen Wetterdienst vom 11. November 1952, § 3 (BGBl. I S. 738).

Periodizität

Laufende Erfassung; tägliche, dekadische, monatliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Haupt- und nebenamtliche Beobachtungsstationen.

Die Beobachtungen meteorologischer Erscheinungen der meisten Kulturstaaten werden im Wege internationalen Austausches übernommen und für die Aufgaben des Deutschen Wetterdienstes verwertet.

Ergebnisse

Tatbestände

Luftdruck, -temperatur, -feuchtigkeit; Windrichtung, -stärke; horizontale Sichtweite; Bewölkungsmenge, -art; Niederschlagsmenge, -zeiten, -form; Sonnenscheindauer; luftelektrische und optische Erscheinungen; Schneehöhe, -dichte; Erdbodenzustand; Temperatur und Wassergehalt der oberen Bodenschichten; charakteristische Phasen der Entwicklung von Wild- und Kulturpflanzen; künstliche Radioaktivität des Aerosols und des Niederschlags.

Darstellungen:

In Tabellen: Gemessene und beobachtete Werte; abgeleitete Werte (Tages-, Dekaden-, Monats-, Jahres-, langjährige Mittel); Summen über entsprechende Zeitabschnitte; Zahl der Tage mit bestimmten Stufenwerten von einer Reihe von Klimatelementen.

Als Diagramme (monatlich, jährlich und größere Zeiträume): Lufttemperatur, Niederschlagsmenge; Niederschlags- und Temperaturabweichung für die Bundesrepublik; künstliche Radioaktivität in Aerosol und Niederschlag.

Als Karten (täglich): Luftdruck- und Luftmassenverteilung mit Einzelwerten von Temperatur, Wind und Niederschlag für Europa und den größten Teil der nördlichen Hemisphäre; Strömungsverteilung mit Einzelwerten der Temperatur für einzelne Schichten der Troposphäre und unteren Stratosphäre für ein Gebiet, das einerseits den Nordosten Nordamerikas, den

Nordatlantik, Europa und andererseits das östliche Mittelmeer, den vorderen Orient bis Indien umfaßt. Auswertung der Satellitenfotos des Raumes Europa und der östlichen Hälfte des Nordatlantik.

Monatlich: Temperatur und Niederschlagsverteilung für die Bundesrepublik; Einzelphasen der Großwetterentwicklung in Europa; Monatsmittel des Luftdruckes am Boden und in verschiedenen Höhenschichten sowie Abweichungen vom Normalwert für Luftdruck, Temperatur und Niederschlag für den größten Teil der nördlichen Hemisphäre; Monatsdrittel des Luftdruckes, der Lufttemperatur und des Niederschlags für den größten Teil der Erde. Berechnung von Vorhersagekarten, Druckverteilung am Boden und verschiedener Höhenschichten für 24 bis 96 Stunden.

Veröffentlichungen

Deutscher Wetterdienst:

Wetterkarte (täglich); Europäischer Wetterbericht; Medizin-Meteorologischer Bericht, Monatlicher Witterungsbericht (mit Jahresübersicht); Großwetterlagen Europas; Witterung in Übersee; Deutsches Meteorologisches Jahrbuch (Bundesrepublik); Jahresbericht.

SIBA:

Fachserie B, Reihe 1 (jährlich auszugsweise).

Hinweis: Der Beratungsdienst umfaßt Wirtschafts-, Flug- und Seewetterdienst.

15 GELD UND KREDIT

Bankstatistische Gesamtrechnungen

15.1	Konsolidierte Bilanz des Bankensystems	237
15.2	Statistische Daten zum Geldvolumen	237
15.3	Statistische Daten zur Bankenliquidität	237

Deutsche Bundesbank

15.4	Ausweis der Deutschen Bundesbank	238
15.5	Angaben zur Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	238
15.6	Mindestreservestatistik	238

Kreditinstitute

15.7	Zwischenbilanzstatistik	238
15.8	Kreditstatistik	239
15.9	Statistik der Wertpapierbestände	240
15.10	Statistik der Einlagen und aufgenommenen Kredite	240
15.11	Statistik der Wertpapier-Kundendepots	241
15.12	Statistik der Auslandsforderungen und -verbindlich- keiten	241
15.13	Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute	241

Wertpapiermärkte

15.14	Emissionsstatistik	242
15.15	Investmentstatistik	242
15.16	Statistik der Effektenkurse	243
15.17	Renditenstatistik festverzinslicher Wertpapiere	243
15.18	Börsenumsatzstatistik	244

Sonstiges Geldwesen

15.19	Die Währungen der Welt	244
15.20	Statistik der Devisenkurse	244
15.21	Statistik der Zinssätze	245
15.22	Statistik der Ausgleichsforderungen	245
15.23	Mikrozensus (Zusatzerhebung)	245

Vorbemerkung: Die in diesem Abschnitt nachgewiesenen Statistiken werden überwiegend von der Deutschen Bundesbank bearbeitet. Ihre Rechtsgrundlage ist § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745). Bei den übrigen Statistiken ist die Rechtsgrundlage jeweils besonders erwähnt.

Bankstatistische Gesamtrechnungen

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Zusammenfassung der Ergebnisse der bilanzstatistischen Erhebungen bei den Kreditinstituten mit dem Ausweis der Deutschen Bundesbank zu einer Gesamtübersicht über die inländische monetäre Entwicklung.

(Die Zusammenstellung erfolgt anhand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank.
Monatsberichte.

StBA:

WiSta * (monatlich, auszugsweise).

15.1 Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

Periodizität

Monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Entwicklung der inländischen Geldversorgung und der hierfür relevanten Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems.

(Die Zusammenstellung erfolgt anhand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte (auch im Textteil).

StBA:

StJb (auszugsweise).

15.2 Statistische Daten zum Geldvolumen

Periodizität

Monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Zentralbankgeldschaffung und freie Liquiditätsreserven der Banken.

(Die Zusammenstellung erfolgt anhand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte.

15.3 Statistische Daten zur Bankenliquidität

Deutsche Bundesbank

15.4 Ausweis der Deutschen Bundesbank

Periodizität
Bankwöchentliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Aktiiva und Passiva der Deutschen Bundesbank, außerdem Umlauf an Scheidemünzen.

(Die Zusammenstellung erfolgt anhand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank.
Monatsberichte.
StBA:
StJb (auszugsweise).

15.5 Angaben zur Auslandsposition der Deutschen Bundesbank

Periodizität
Monatliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Goldbestand sowie Stand der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der Deutschen Bundesbank nach Arten und ihre Veränderungen.

(Die Zusammenstellung erfolgt anhand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte. Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3.

15.6 Mindestreservestatistik

Periodizität
Monatliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Reservehaltung der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank nach Bankengruppen und Reserveklassen. Reservesätze.

(Die Statistik wird anhand der von den mindestreservepflichtigen Kreditinstituten an die Deutsche Bundesbank erstatteten Reservemeldungen durchgeführt.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte.

Kreditinstitute

Vorbemerkung: Die Zahl aller Kreditinstitute und ihrer Zweigstellen sowie eine Übersicht über die Zahl der zu den monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute in der Verteilung auf Größenklassen nach dem Geschäftsvolumen (jeweils nach dem Stand am Jahresende) werden in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank veröffentlicht.

15.7 Zwischenbilanzstatistik

Periodizität
Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute einschließlich privater und öffentlicher Bausparkassen mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsummen am 31. Dezember 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug. Kleinere Institute, die bei der Einführung dieser Abgrenzung (31. Dezember 1973) bereits berichtspflichtig waren, sind auch weiterhin berichtspflichtig.

Berichtsweg

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Aktiva und Passiva der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen, Inlandsaktiva und -passiva der Kreditinstitute; für Bausparkassen außerdem neu abgeschlossene Bausparverträge, Vertragsbestand, Kapitalzusagen und noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen.

(In den Angaben für Kreditinstitute insgesamt sind die Zahlen für Bausparkassen nicht enthalten; sie werden jedoch jeweils als Bankengruppe gesondert aufgeführt.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte, Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1.
StBA:
StJB (auszugsweise).

Periodizität

Monatliche und vierteljährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute einschl. Bausparkassen mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug.

Berichtsweg

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Kredite der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen an Nichtbanken und an inländische Nichtbanken (einschl. Schatzwechselkredite, Wertpapierbestände, Ausgleichs- und Deckungsforderungen), untergliedert nach Unternehmen und Privatpersonen sowie öffentlichen Haushalten, nach Befristung und Arten; Kredite der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen an inländische Kreditinstitute (einschl. Wertpapierbestände) nach Befristung und Arten. Für Bausparkassen außerdem Auszahlungen von Bauspardarlehen, Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten sowie Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen. (Wegen Darstellung der Zahlen für Bausparkassen siehe unter 15.7.)

Vierteljährlich: Kredite der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen (ohne Bausparkassen) an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Schatzwechselkredite und Wertpapierbestände) nach Kreditnehmern.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank.
Monatsberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1.
StBA:
WiSta * (monatlich).

15.8 Kreditstatistik

15.9 Statistik der Wertpapierbestände

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute einschl. Bausparkassen mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug.

Berichtsweg

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Bestände der Kreditinstitute (ohne Bausparkassen) an in- und ausländischen Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie an Anleihen und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte und ihrer Sondervermögen nach Emittenten; Bestände der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen (ohne Bausparkassen) an in- und ausländischen Wertpapieren aller Emittenten nach Arten und Emittenten.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank

Monatsberichte, Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1

StBA ·

StJb (auszugsweise)

15.10 Statistik der Einlagen und aufgenommenen Kredite

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute einschl. Bausparkassen mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug.

Berichtsweg

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Einlagen und aufgenommene Kredite der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen von Nichtbanken und von inländischen Nichtbanken (untergliedert nach Unternehmen und Privatpersonen sowie öffentlichen Haushalten) nach Befristung und Arten; Einlagen und aufgenommene Kredite (einschl. weitergegebener Wechsel) der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen von inländischen Kreditinstituten nach Befristung und Arten. (Wegen Darstellung der Zahlen für Bausparkassen siehe unter 15.7.)

Spareinlagen der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen (ohne Bausparkassen) nach Sparergruppen, außerdem nach dem Sparprämien-gesetz festgelegte Spareinlagen und Wertpapiere, Sparprämien-Gutschriften sowie Umsätze (Gutschriften, Lastschriften, Zinsgutschriften) im Sparverkehr; für Bausparkassen: eingegangene Wohnungsbauprämien sowie Umsätze auf Bausparkonten (Einzahlungen, Zinsgutschriften, Rückzahlungen aus nicht zugeteilten Verträgen, Auszahlungen auf Grund von Zuteilungen).

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

Monatsberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1.

StBA ·

WiSta * (monatlich).

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute einschl. Kapitalanlagegesellschaften mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug.

Berichtsweg

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl der von den Kreditinstituten (einschl. Bundesbank) und den einzelnen Bankengruppen geführten Wertpapier-Kundendepots und Höhe der in diesen Depots liegenden, auf DM lautenden Schuldverschreibungen und Aktien inländischer Emittenten sowie der auf DM lautenden Schuldverschreibungen ausländischer Emittenten (Nominalwert) und Zertifikate inländischer Investmentgesellschaften (Stückzahl) nach Depotinhabern.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte (Textteil); jährliche Beilage zu den Statistischen Beiheften zu den Monatsberichten, Reihe 1.

15.11 Statistik der Wertpapier-Kundendepots

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute, die Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten haben.

Berichtsweg

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten der Kreditinstitute gegenüber ausländischen Banken und Nichtbanken nach Arten.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3.

15.12 Statistik der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten

Rechtsgrundlage

Hypothekendarbankgesetz in der Fassung vom 5. Februar 1963 (BGBl. I S. 81), § 23; Gesetz über Schiffspfandbriefbanken in der Fassung vom 8. Mai 1963 (BGBl. I S. 302), § 21; Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten in der Fassung vom 8. Mai 1963 (BGBl. I S. 312), § 7.

Periodizität

Monatliche, vierteljährliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

15.13 Statistik der Boden- und Kommalkreditinstitute

Kreis der Befragten
58 Boden- und Kommunalkreditinstitute.

Berichtsweg
Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Passivgeschäft: Erstabsetz, Tilgung und Umlauf von Schuldverschreibungen, gegliedert nach Zinssätzen, Art der Wertpapiere und der Besteuerung sowie nach Institutsgruppen. Zusätzliche Finanzierungsmittel. Aktivgeschäft: Neuausleihungen (im Berichtszeitraum neu gewährte Darlehen) nach Darlehensnehmer, Art der Darlehen und Beleihungsobjekt. Darlehensbestand am Ende des Berichtszeitraums.

Vierteljährlich: Umlauf und Deckung (ordentliche Deckung und Ersatzdeckung) von deckungspflichtigen Schuldverschreibungen.

Veröffentlichungen

WiSta 5/71; 4/72; 4/73; 4/74; 3/75.

WiSta* (monatlich).

Fachserie I, Reihe 1 (monatlich, vierteljährlich und jährlich).

Wertpapiermärkte

15.14 Emissionsstatistik

Periodizität
Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten
Inländische Emittenten bzw. Konsortialführer.

Berichtsweg
Befragte — Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Absatz und Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren (insgesamt und getrennt nach Wertpapierarten) und Aktien in Nominalwerten, Absatz auch in Kurswerten. Für festverzinsliche Wertpapiere ferner Tilgung und Nettoabsatz, Emissionsbedingungen (Zinssätze, Emissionskurse, Laufzeiten usw.).

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

Monatsberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 2.

15.15 Investmentstatistik

Periodizität
Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten
Kapitalanlagegesellschaften.

Berichtsweg
Befragte — Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Fondsvermögen, Anzahl der ausgegebenen Anteile, Ausgabepreise, Mittelaufkommen, Zusammensetzung des Fondsvermögens von Wertpapierfonds.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

Monatsberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 2.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953, § 2 Ziff. 7 (BGBl. I S. 1314).

15.16 Statistik der Effektenkurse

Periodizität

Tägliche bzw. monatliche Berechnung.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittswerte der Kurse, Dividenden und Renditen aller börsennotierten Aktien von Gesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet nach Wirtschaftsgruppen.

(Die Zusammenstellung erfolgt im StBA anhand der Kursnotierungen an den Börsen des Bundesgebietes.)

Index der Aktienkurse

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 382.)

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umsatzsteuerstatistik«.

Veröffentlichungen

WiSta 1/71; 1/72; 1/73; 1/74 (M); 1, 8/75.

WiSta * (monatlich).

Fachserie I, Reihe 2 (monatlich).

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung.

15.17 Renditenstatistik festverzinslicher Wertpapiere

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittskurse und Durchschnittsrenditen tarifbesteuertester festverzinslicher Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von über vier Jahren, insgesamt und nach Wertpapierarten.

(Berechnet in der Deutschen Bundesbank aufgrund der Kursnotierungen an Bankstichtagen in Verbindung mit den bei der Emissionsstatistik anfallenden Angaben wie Nominalverzinsung, Laufzeit und Umlaufbetrag.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

Monatsberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 2.

StBA:

WiSta * (monatlich).

15.18 Börsenumsatz- statistik

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Börsen und Lombard- bzw. Liquidationskassen.

Berichtsweg

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Kurswerte der über Kursmakler und freie Makler im Kassahandel umgesetzten Wertpapiere; Umsätze im Optionsgeschäft.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 2

Sonstiges Geldwesen

15.19 Die Währungen der Welt

Periodizität

Vierteljährliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Entwicklung des Außenwerts der DM und fremder Währungen im Vergleich zu den Leitkursen bzw. Marktkursen von Ende 1972 (Stichtagswerte in Prozent sowie Schaubild), Wechselkursentwicklung der am europäischen Gruppenfloating beteiligten Währungen (Schaubild), Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse (Tageskurse und Kursdurchschnitte), Drei-Monats-Terminkurse und Swapsätze am Frankfurter Markt für bestimmte Währungen (Tageskurse sowie Monats- und Jahresendstände), Devisenkurse an ausländischen Handelsplätzen (Stichtagskurse), Errechnete Vergleichswerte, Höchst- und Niedrigstkurse innerhalb des EG-Interventionensystems, Transaktionswerte der Sonderziehungsrechte für bestimmte Währungen (Wochen- und Monatsendstände), Im Ausland festgestellte Devisenkurse für US-Dollar und DM (Pfund Sterling bzw. andere Währungen) und errechnete DM-Vergleichswerte, Währungsparitäten/Leitkurse und Vergleichswerte (chronologische Übersichten), Auszüge aus amtlichen Bekanntmachungen.

(Die Zusammenstellung erfolgt anhand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 5.

StBA.

StJb (auszugsweise).

15.20 Statistik der Devisenkurse

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse (Kursdurchschnitte), Entwicklung des Außenwerts der DM und fremder Währungen im Vergleich zu den Leitkursen bzw. Marktkursen von Ende 1972 (Stichtagswerte in Pro-

zent). Währungsparitäten der Mitglieder des Internationalen Währungsfonds. Paritäten bzw. Leitkurse der Sonderziehungsrechte verschiedener Währungen und errechnete Vergleichswerte.

(Die Zusammenstellung erfolgt anhand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank.
Monatsberichte und Statistische Beihefte, Reihe 3.
StBA:
Fachserie M, Reihe 10 (monatlich, jährlich).
StJb (auszugsweise).

Periodizität

Für Geldmarktsätze: tägliche Zusammenstellung; für Soll- und Habenzinsen: mindestens vierteljährliche Erhebung und Zusammenstellung; sonstige Zinssätze: bei Veränderung.

Kreis der Befragten

Rund 450 Kreditinstitute bzw. Filialen von Kreditinstituten (für Soll- und Habenzinsen).

Berichtsweg

Befragte — Deutsche Bundesbank (für Soll- und Habenzinsen).

Ergebnisse

Tatbestände

Diskont- und Lombardsatz; Sätze der Deutschen Bundesbank bei kurzfristigen Operationen am Geldmarkt sowie für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt (Abgabesätze), Privatliskontsätze, Geldmarktsätze in Frankfurt am Main (Monatsdurchschnitte).

(Die Zusammenstellung erfolgt anhand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Soll- und Habenzinsen: Durchschnitte sowie Streubreiten der für ausgewählte Kredit- und Einlagearten gemeldeten Zinssätze.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte.

Periodizität

Halbjährliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Ausgleichsforderungen für Deutsche Bundesbank, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen nach Schuldner und Zinstypen der Ausgleichsforderungen.

(Die Zusammenstellung erfolgt anhand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte.

Anlageformen der vermögenswirksamen Leistungen nach dem Dritten Vermögensbildungsgesetz.

Rechtsgrundlage

Vierte Verordnung über Zusatzprogramme zum Mikrozensus vom 22. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2158).

15.21 Statistik der Zinssätze

15.22 Statistik der Ausgleichsforderungen

15.23 Mikrozensus (Zusatz-erhebung)

Periodizität

Einmalig im April 1972 durchgeführt, Ab 1976 jährliche Wiederholung im Rahmen des Mikrozensus-Grundprogramms.

Kreis der Befragten

Stichprobenbefragung bei rund 230 000 Haushalten (Näheres siehe S. 374 f.).

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Abhängige Erwerbstätige nach 1971 vermögenswirksam gesparten Leistungen im Sinne des Dritten Vermögensbildungsgesetzes sowie nach Anlageformen.

Veröffentlichungen

WiSta 12/74.

16 VERSICHERUNGEN

16.1 Statistik über die Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	249
16.2 Statistik der Lebensversicherung	249
16.3 Statistik der Pensions- und Sterbekassen	250
16.4 Statistik der privaten Krankenversicherung	250
16.5 Statistik der Schaden- und Unfallversicherung	251
16.6 Statistik über die Rückversicherung	252
16.7 Statistik der kleineren Versicherungsvereine	252

Vorbemerkung Rechtsgrundlage für die nachstehend aufgeführten Statistiken sind die §§ 150 und 151 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315)

Periodizität

1 Größere Versicherungsunternehmen: Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung mit jährlichen Ergänzungen.

2 Übrige Versicherungsunternehmen: Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Lebensversicherungsunternehmen, Pensionskassen, Krankenversicherungsunternehmen, Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen sowie Rückversicherungsunternehmen.

Zu 2: Übrige, nicht vierteljährlich berichtende Versicherungsunternehmen.

Berichtsweg

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Stand und Entwicklung der Vermögensanlagen: vorläufige Angaben über Anfangs- und Endbestände in Grundstücken, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Wertpapieren, Schuldbuchforderungen, Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine und Beteiligungen sowie über Zu- und Abgänge bei ausführlicher Gliederung des Zuganges nach Anlagearten; Neuausleihungen von Schuldscheinforderungen und Darlehen, gegliedert nach Wirtschaftszweigen.

Ferner nur jährlich (endgültige Angaben): Endbestände in Grundstücken usw. sowie Aufteilung solcher Bestände, die in den vierteljährlichen Erhebungen zusammengefaßt ausgewiesen werden. Außerdem regionale Gliederung von Darlehensbeständen und Darlehensbestände nach Laufzeiten.

Zu 2: Vermögensbestände nach Anlagearten, bei den Pensionskassen und Sterbekassen.

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen
Veröffentlichungen (monatlich),
Geschäftsbericht (jährlich).

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte.

StBA:
StJb (auszugsweise).

16.1 Statistik über die Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen

Periodizität

Vierteljährliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Lebensversicherungsunternehmen.

Berichtsweg

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

16.2 Statistik der Lebensversicherung

Ergebnisse

Tatbestände

Vierteljährlich (Geschäftsverlauf): vorläufige Angaben über Beiträge, Nebenleistungen der Versicherungsnehmer, Zahlungen für Versicherungsfälle und Rückkäufe, Geldmittel, Bruttozugang und Abgang an Vermögensanlagen, Zu- und Abgang an selbstabgeschlossenen Kapital-Lebensversicherungen und Bestand an selbstabgeschlossenen sonstigen Lebensversicherungen.

Jährlich: Bestandsentwicklung in den einzelnen Zweigen.

Für größere Lebensversicherungsunternehmen jährlich außerdem Einzelergebnisse aus dem Rechnungsabschluß: Bilanzen, Vermögensanlagen (aufgegliedert), Beiträge, Leistungen für Versicherungsfälle, Rückkäufe, Versicherungsbestände (selbstabgeschlossene und in Rückdeckung übernommene Lebensversicherungen).

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen:

Veröffentlichungen (monatlich),

Geschäftsbericht (jährlich).

StBA:

WiSta 9/66.

StJb (auszugsweise).

16.3 Statistik der Pensions- und Sterbekassen

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Pensions- und Sterbekassen.

Berichtsweg

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Kassen über die Landesaufsichtsbehörden).

Ergebnisse

Tatbestände

Mitgliederbestand, Beitragseinnahmen, Zahlungen für Versicherungsfälle, Verwaltungskosten, Vermögenserträge.

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen:

Veröffentlichungen (monatlich),

Geschäftsbericht (jährlich).

StBA:

StJb (auszugsweise).

16.4 Statistik der privaten Krankenversicherung

Periodizität

Vierteljährliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Krankenversicherungsunternehmen.

Berichtsweg

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

Ergebnisse

Tatbestände

Vierteljährlich und jährlich (Geschäftsverlauf): u. a. Angaben über Beiträge und Zahlungen für Versicherungsfälle nach Versicherungsarten, über Vermögenserträge, Schadenbearbeitungs-, Abschluß- und laufende Verwaltungskosten sowie über Geldmittel und Zahl der versicherten Personen am Ende der Berichtszeit.

Jährlich: Aufteilung der Versicherungsleistungen auf Männer, Frauen und Kinder sowie nach der Art der Leistungen.

Für größere Krankenversicherungsunternehmen jährlich außerdem Einzelergebnisse aus dem Rechnungsabschluß: Bilanzen, Vermögensanlagen (aufgegliedert), Beiträge, Leistungen für Versicherungsfälle.

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen:
Geschäftsbericht (jährlich),
Veröffentlichungen (monatlich).

StBA:
StJb (auszugsweise).

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

1 Größere Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen einschl. der Lebensversicherungsunternehmen, die Zweige der Schaden- und Unfallversicherung als Nebenzweige (z. B. Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrversicherung) betreiben.

2 Unter Bundesaufsicht stehende kleinere Schaden- und Unfallversicherungsvereine (im Sinne von § 53 des einleitend genannten Gesetzes).

Berichtsweg

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Schadenverlauf des selbstabgeschlossenen Geschäfts mit Ergänzung über das im Ausland direkt gezeichnete Geschäft — jeweils brutto — (Beiträge, Versicherungsleistungen und Schadenquoten) nach Versicherungszweigen und -sparten; im Geschäftsjahr gezahlte und zurückgestellte Versicherungsleistungen für Versicherungsfälle aus Vorjahren; Bestand an Tierversicherungen nach Art der Versicherungen und der versicherten Tiere. Außerdem (nur für größere Tierversicherungsunternehmen) Schadenursachen in der Tierlebensversicherung: Zahl der Tiere, für die eine Entschädigung gezahlt wurde, nach Schadenursachen (Krankheitsbezeichnungen).

Zu 2: Bestände an Vermögensanlagen am Ende des Geschäftsjahres nach Anlagearten. Versicherungsbeiträge, Zahlungen und Rückstellungen für Versicherungsfälle; Bestand an Tierversicherungen nach Art der Versicherungen und der versicherten Tiere.

Für größere Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen jährlich außerdem Einzelergebnisse aus dem Rechnungsabschluß: Bilanzen, Vermögensanlagen (aufgegliedert), Beiträge, Leistungen für Versicherungsfälle (jeweils Aufgliederung nach Versicherungszweigen).

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen:
Geschäftsbericht (jährlich),
Veröffentlichungen (monatlich).

StBA:
StJb (auszugsweise).

16.6 Statistik über die Rückversicherung

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rückversicherungsunternehmen sowie Erstversicherungsunternehmen, die im laufenden Geschäftsjahr mehr als 1 Mill. DM Beitragseinnahmen (brutto) in der Rückversicherung erzielten.

Berichtsweg

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen.

Ergebnisse

Tatbestände

Beiträge, Versicherungsleistungen, Deckungsrückstellungen und Schadenrückstellungen.

Für größere Versicherungsunternehmen jährlich außerdem Einzelergebnisse aus dem Rechnungsabschluß: Bilanzen, Vermögensanlagen (aufgegliedert), Beiträge (brutto, netto), Leistungen für Versicherungsfälle; Versicherungsleistungen für eigene Rechnung (jeweils Aufgliederung nach Versicherungszweigen) sowie Schadenrückstellungen.

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen · Geschäftsbericht (jährlich).

StfBA:

StfB (auszugsweise).

16.7 Statistik der kleineren Versicherungsvereine

Periodizität

Dreijährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Unter Aufsicht der Landesaufsichtsbehörden stehende kleinere Versicherungsvereine nach § 53 des einleitend genannten Gesetzes, und zwar: Pensions- und Sterbekassen sowie Kranken-, Schaden- und Unfallversicherungsvereine.

Berichtsweg

Befragte — Landesaufsichtsbehörden — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen.

Ergebnisse

Tatbestände

Mitgliederbestand, Versicherungsbeiträge, Zahlungen für Versicherungsfälle, Vermögenswerte, Vermögenserträge sowie Anzahl und Art der versicherten Tiere bei den Tierversicherungsvereinen.

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen: Geschäftsbericht (jährlich).

17 ÖFFENTLICHE SOZIALLEISTUNGEN

17.1	Statistik der gesetzlichen Rentenversicherungen . . .	255
17.2	Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung	255
17.3	Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung	256
17.4	Statistiken der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe	256
17.5	Statistik der Kriegsopferversorgung	257
17.6	Statistik der Kriegsgefangenenentschädigung und Häftlingshilfe	258
17.7	Statistik über den Lastenausgleich	258
17.8	Statistik der Sozialhilfe	260
17.9	Statistik der Kriegsopferfürsorge	261
17.10	Statistik der Jugendhilfe	261
17.11	Statistik der Behinderten und der Rehabilitations- maßnahmen	262
17.12	Statistik über Kindergeld	263
17.13	Wohngeldstatistik	263

17.1 Statistik der gesetzlichen Rentenversicherungen

Rechtsgrundlage

Allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Rechnungswesen bei den Trägern der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten vom 19. November 1973, §§ 40, 42 (Bundesanzeiger Nr. 223); Verordnung über das Rechnungswesen bei der Bundesknappschaft vom 26. Oktober 1973, §§ 40, 42 (BGBl. I S. 1533); Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte vom 14. September 1965, § 32 in Verbindung mit §§ 800 und 707 Abs. 2 Reichsversicherungsordnung; außerdem Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

Periodizität

Monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Berichterstattung sowie Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Träger der gesetzlichen Rentenversicherungen (Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten, Knappschaftliche Rentenversicherung und Altershilfe für Landwirte).

Berichtsweg

Befragte — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (landesmittelbare Versicherungsträger berichten über die Arbeitsministerien der Länder).

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Rentenanträge und ihre Erledigung, Rentenbestand und Rentenzahlung. In der knappschaftlichen Rentenversicherung ferner die Versicherten.

Vierteljährlich: Bestand und Veränderungen des Vermögens.

Halbjährlich: Einnahmen und Ausgaben.

Jährlich: Personal, Einnahmen und Ausgaben, Vermögen, Liquidität der Rücklage.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich),
Jahresberichte als Sonderhefte.

SiBA:

WiSta 12/72; 12/75.

WiSta* (halbjährlich).

17.2 Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvorschriften über das Rechnungswesen bei den Trägern der sozialen Krankenversicherung vom 31. August 1956, §§ 41, 42 und 43 (Bundesanzeiger Nr. 174), geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 18. April 1974 (Bundesanzeiger Nr. 77) und Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Rechnungswesen und Statistik bei den Trägern der Krankenversicherung der Landwirte vom 5. Juni 1973, § 41 (Bundesanzeiger Nr. 108).

Periodizität

Monatliche, halbjährliche und jährliche Berichterstattung sowie Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Gesetzliche Krankenkassen.

Berichtsweg

Befragte — Krankenkassenverbände — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Mitglieder, Krankenstand.

Halbjährlich: Beitragssätze, Beitragseinnahmen und Leistungsausgaben, Vermögen.

Jährlich: Personal, Eigenbetriebe, Mitglieder, Leistungsfälle, Reineinnahmen, Reinausgaben, Vermögen.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (monatlich, halbjährlich, jährlich),
Jahresberichte als Sonderhefte.

StBA

WiSta * (monatlich).

Hinweis: Die Krankheitsartenstatistik der gesetzlichen Krankenversicherung ist unter 37 nachgewiesen.

17.3 Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung

Rechtsgrundlage

Verordnung über Art und Form der Rechnungsführung bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung vom 8. September 1967, § 25 (Bundesanzeiger Nr. 174). Ferner Anordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gemäß § 707 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung.

Periodizität

Halbjährliche und jährliche Berichterstattung sowie Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Träger der gesetzlichen Unfallversicherung.

Berichtsweg

Befragte – Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (landesunmittelbare Versicherungsträger berichten über die Arbeitsministerien der Länder).

Ergebnisse

Tatbestände

Halbjährlich: Angezeigte und erstmals entschädigte Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten; Rentenempfänger sowie Ausgaben.

Jährlich: Personal, Selbstverwaltungsorgane; Unternehmen; Versicherte, Vollarbeiter, Entgelte; angezeigte und erstmals entschädigte Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten; Leistungsfälle; Ausgaben und Einnahmen, Vermögen.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (halbjährlich, jährlich),
Jahresberichte als Sonderhefte.

StBA:

WiSta * (halbjährlich).

17.4 Statistiken der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe

- 1 Statistik der Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft.
- 2 Statistik der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.
- 3 Statistik der Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.
- 4 Statistik des Konkursausfallgeldes.
- 5 Statistik der Beitragspflichtigen.
- 6 Statistik der Widersprüche und Klagen.

Rechtsgrundlage

Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969, § 6 (BGBl. I S. 582).

Periodizität

Zu 1, 2 und 4: Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Zu 3: Monatliche und halbjährliche Berichterstattung sowie Zusammenstellung.

Zu 5: Vierteljährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Zu 6: Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Zu 1 bis 4 und 6: Arbeitsämter (Auswertung der Geschäftsunterlagen).

Zu 5: Krankenkassen, die für die Bundesanstalt für Arbeit die Beiträge erheben.

Berichtsweg

Befragte/Arbeitsämter — Landesarbeitsämter (ohne 5) — Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Witterungsbedingter Arbeitsausfall; Anträge auf Schlechtwetter- und Wintergeld sowie auf produktive Winterbauförderung.

Zu 2: Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und geförderte Arbeitnehmer nach der Art der Maßnahmen.

Zu 3: Anträge auf und Empfänger von Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld) und Kurzarbeit; Empfänger nach dem Wochenarbeitsverdienst; Sperrzeiten.

Zu 4: Personen, für die Konkursausfallgeld beantragt wurde.

Zu 5: Beitragspflichtige und beitragsfreie Arbeitnehmer.

Zu 6: Widersprüche und Klagen nach Sachgebieten.

Veröffentlichungen

Bundesanstalt für Arbeit:

Amtliche Nachrichten (monatlich) mit Sonderheften (u. a. Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik).

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

Periodizität

Monatliche, halbjährliche und jährliche Berichterstattung sowie Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Versorgungsämter, Landesversorgungsämter, orthopädische Versorgungstellen.

Berichtsweg

Befragte — Landesversorgungsämter — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Anerkannte Versorgungsberechtigte.

Halbjährlich: Versorgungsanträge, Anträge auf Kapitalabfindung.

17.5 Statistik der Kriegsopfer- versorgung

Jährlich: Ausgaben; Versorgungsanträge und Versorgungsberechtigte im Ausland;

Tätigkeit der orthopädischen Versorgungsstellen und orthopädisch Versorgte.

Regionale Gliederung

Versorgungsämter und orthopädische Versorgungsstellen.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (vierteljährlich, jährlich),
Bundesversorgungsblatt (vierteljährlich, jährlich),
Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik (jährlich).

StBA:

StJb (auszugsweise).

17.6 Statistik der Kriegs- gefangenen- entschädigung und Häftlingshilfe

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvorschriften aufgrund des Kriegsfolgenrechts.

Periodizität

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Zuständige Dienststellen der Flüchtlingsverwaltung bzw. Ausgleichsverwaltung.

Berichtsweg

Befragte — Sozialministerien der Länder bzw. Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Gestellte und entschiedene Anträge nach Gruppen der Berechtigten. Anzahl und Betrag der gewährten Entschädigungen (an ehemalige Kriegsgefangene) oder Eingliederungshilfen (an politische Häftlinge) und der bewilligten Darlehen nach Arten (Existenzaufbau oder Wohnraumbeschaffung). Bewilligte Hausratbeihilfen.

Veröffentlichungen

Bundesausgleichsamt:
Amtliches Mitteilungsblatt (jährlich).

17.7 Statistik über den Lasten- ausgleich

17.7.1 Statistik über Leistungen an Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvorschriften aufgrund des Lastenausgleichsrechts.

Periodizität

Vierteljährliche, halbjährliche bzw. jährliche Berichterstattung sowie Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Ausgleichsämter bzw. Landesausgleichsämter (außerdem Heimatauskunftsstellen, Vororte und Beschwerdeausschüsse sowie Vertreter des Interesses des Ausgleichsfonds).

Berichtsweg

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt (teilweise Befragte — Bundesausgleichsamt). Aufbereitung der Schadensberechnung im Statistischen Bundesamt, der Kriegsschadenrente und laufenden Beihilfen in drei EDV-Rechenzentren.

Ergebnisse

Tatbestände

Feststellung oder Beweissicherung von Vermögensschäden (vierteljährlich, teilweise halbjährlich):

Gestellte und entschiedene Anträge nach Geschädigtengruppen. Vermögensschäden nach Vermögensarten und Schadensgebieten. Begutachtung und Bewertung von Grundstücken und landwirtschaftlichen Betrieben durch Heimatauskunftsstellen, von gewerblichen Betrieben durch Vororte.

Hauptentschädigung:

Zuerkannte und erfüllte Ansprüche auf Hauptentschädigung nach Anzahl, Betrag und Geschädigtengruppen.

Währungsausgleich und Altsparerentenschädigung:

Gestellte und entschiedene Anträge, Anzahl und Betrag der DM-Ausgleichsschriften für Reichsmarkspareinlagen Vertriebener und Betrag der DM-Entschädigungsansprüche für Reichsmark-Altspareinlagen nach Anlageart.

Kriegsschadenrente und laufende Beihilfen:

Gestellte und entschiedene Anträge. Empfänger (Berechtigte) von Unterhaltshilfe, von Entschädigungsrente, von Beihilfe zum Lebensunterhalt und von besonderer laufender Beihilfe nach Geschädigtengruppen.

Hausratentschädigung und Hausratbeihilfen:

Gestellte und entschiedene Anträge nach Geschädigtengruppen, Beträge der bewilligten Hausratentschädigung und der bewilligten Hausratbeihilfen.

Aufbaudarlehen:

Gestellte und entschiedene Anträge nach Geschädigtengruppen. Bewilligte Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe sowie für die Landwirtschaft nach wirtschaftlichen Vorhaben bzw. Betriebsgrößen, bewilligte Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau nach Art der Gebäude und Anzahl der Wohnungen.

Ausbildungsbeihilfen:

Gestellte und entschiedene Anträge nach Geschädigtengruppen. Bewilligte Ausbildungsbeihilfen nach Betrag, Laufzeit und Ausbildungsart.

Beschwerden und Anfechtungsklagen:

Beschwerden gegen Antragsentscheidungen der Ausgleichsämter bei den Beschwerdeausschüssen und Klagen in Lastenausgleichsangelegenheiten bei den Verwaltungsgerichten nach Rechtsgebieten.

Veröffentlichungen

Bundesausgleichsamt:

Amtliches Mitteilungsblatt (jährlich),

Statistische Berichte (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich).

17.7.2 Statistik über Leistungen an Reparations-, Restitutions- und Rückerstattungsgeschädigte

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvorschriften aufgrund des Reparationsschädengesetzes.

Periodizität

Vierteljährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Ausgleichsämter bzw. Landesausgleichsämter.

Berichtsweg

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt. Aufbereitung der Schadensberechnung im Statistischen Bundesamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Schadensberechnung und Entschädigung (teilweise halbjährlich):

Gestellte und entschiedene Entschädigungsanträge. Vermögensschäden nach Vermögensarten, Geschädigtengruppen und Schadensgebieten. Anzahl und Betrag der zuerkannten und erfüllten Entschädigungsansprüche unter Berücksichtigung der anzurechnenden Überbrückungsdarlehen.

Kriegsschadenrente:

Gestellte und entschiedene Anträge, Empfänger (Berechtigte) von Unterhaltshilfe und Entschädigungsrente.

Aufbudarlehen und Hausratbeihilfen:

Gestellte und entschiedene Anträge, Anzahl und Betrag der bewilligten Darlehen zum Existenzaufbau in der gewerblichen Wirtschaft bzw. in der Landwirtschaft. Anzahl und Betrag der bewilligten Hausratbeihilfen.

Veröffentlichungen

Bundesausgleichsamt:

Amliches Mitteilungsblatt (jährlich),

Statistische Berichte (vierteljährlich).

17.8 Statistik der Sozialhilfe

1 Jahresstatistik.

2 Repräsentative Zusatzstatistiken mit wechselnder Fragestellung 1972: Laufende Leistungen in der Hilfe zum Lebensunterhalt.

Rechtsgrundlage

Zu 1: Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49).

Zu 2: Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt vom 24. April 1972 (BGBl. I S. 730).

Periodizität

Zu 1: Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Zu 2: Höchstens einmal im Jahr; für 1972 Zusatzerhebung über laufende Leistungen in der Hilfe zum Lebensunterhalt.

Kreis der Befragten

Zu 1: Örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe.

Zu 2: Siehe unter 1; jedoch nur für einen Teil der Hilfeempfänger (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 378 f.).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Empfänger der Sozialhilfe und Aufwendungen, gegliedert nach Empfängergruppen und Hilfearten sowie getrennt nach Hilfe außerhalb von Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen und Hilfe in Anstalten. Einnahmen der Sozialhilfeträger.

Ferner weitere Leistungen der Sozialhilfeträger: Krankenversorgung gemäß LAG, Geschlechtskrankenfürsorge; Sozialhilfe sowie lagermäßige Unterbringung für Flüchtlinge aus Ungarn.

Zu 2: Hilfeempfänger nach Alter, Geschlecht, Stellung im Haushalt und — nur bei Haushaltsvorständen bzw. Alleinstehenden — nach sozialer Stellung; die Höhe des bei der Hilfestellung berücksichtigten Einkommens, gegliedert nach Einkunftsarten; die Höhe der im Berichtsmonat ge-

währten Leistung, die Hauptursache, die zur Gewährung der Hilfe geführt hat; die bisherige Dauer der Hilfestellung; die bei der Entscheidung über die Hilfestellung berücksichtigten Kosten der Unterkunft, Höhe des Taschengeldes, Mehrbedarfszuschläge.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 1, 2, 12/71; 3, 8/72; 4, 10/73; 7, 9/74; 5, 10/75.

Fachserie K, Reihe I/I (jährlich),
Reihe I/S.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsoffiziersfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49).

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Örtliche und überörtliche Träger der Kriegsoffiziersfürsorge.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Empfänger der Kriegsoffiziersfürsorge und Aufwendungen, gegliedert nach Empfängergruppen und Hilfearten. Einnahmen der Träger der Kriegsoffiziersfürsorge.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 4, 8/71; 7/72; 8/73; 8/74; 2, 8/75.

Fachserie K, Reihe I/II (jährlich),
Reihe I/S.

1 Jahresstatistik der öffentlichen Jugendhilfe.

2 Personalstrukturerhebung in der Jugendhilfe.

Rechtsgrundlage

Zu 1: Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsoffiziersfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49).

Zu 2: Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Struktur des Personals in der Jugendhilfe vom 23. August 1974 (BGBl. I S. 2084).

Periodizität

Zu 1: Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Zu 2: Einmalig mit Stichtag 1. November 1974 durchgeführt.

17.9 Statistik der Kriegsoffiziersfürsorge

17.10 Statistik der Jugendhilfe

Kreis der Befragten

Zu 1: Örtliche und überörtliche Organe der öffentlichen Jugendhilfe.

Zu 2: Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe, private gewerbliche Träger von Jugendhilfeeinrichtungen.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — StLA — StBA.

Zu 2: Befragte — Jugendämter — StLA — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Empfänger von erzieherischen Einzelhilfen nach Hilfearten, Aufwendungen für Einzel-, Gruppen- und Pauschalhilfen nach Trägergruppen und Hilfearten. Einrichtungen der Jugendhilfe und darin verfügbare Plätze nach Trägergruppen und Arten. Anzahl der bei den Jugendwohlfahrtsorganisationen untergebrachten Minderjährigen. Einnahmen der Organe der Jugendhilfe.

Zu 2: In einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehende Mitarbeiter einschließlich der nebenamtlich Beschäftigten nach Alter, Geschlecht, Berufsausbildungsabschluß, Stellung im Beruf, Art der Beschäftigung und Arbeitsbereich; in der außerschulischen Jugendarbeit tätige ehrenamtliche Mitarbeiter nach Altersgruppen. Art des Trägers und der Einrichtung oder Geschäftsstelle sowie Zahl der verfügbaren Plätze.

Regionale Gliederung

StLA: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 11/71; 11/72; 12/73; 11/74.

Fachserie K, Reihe 2 (jährlich).

Zu 2: Vorgesehen.

17.11 Statistik der Behinderten und der Rehabilitationsmaßnahmen

1 Statistik der Behinderten.

2 Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen.

Rechtsgrundlage

Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz) in der Fassung vom 29. April 1974, § 51 (BGBl. I S. 1005).

Periodizität

Zu 1: Fünfjährige Erhebung und Aufbereitung.

Zu 2: Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Landesversorgungsämter.

Zu 2: Gesetzliche Träger der Rehabilitation.

Berichtsweg

Noch nicht festgelegt.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Behinderte nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Stellung im Erwerbsleben und Beruf, Art und Ursache der Behinderung einschl. des Grades der auf ihr beruhenden Minderung der Erwerbsfähigkeit.

Zu 2: Rehabilitationsmaßnahmen nach Art, Ort, Dauer, Verlauf und Ergebnis sowie nach den unter 1 genannten Merkmalen der Behinderten.

Veröffentlichungen

Zu 1: Fachserie K, Reihe 4 (fünfjährlich, vorgesehen).

Zu 2: WiSta 11/75.

Fachserie K, Reihe 4 (jährlich, vorgesehen).

Rechtsgrundlage

Bundeskindergeldgesetz vom 14. April 1964 (BGBl. I S. 265).

Periodizität

Monatliche und zweimonatliche Berichterstattung sowie Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Arbeitsämter (Auswertung der Geschäftsunterlagen).

Berichtsweg

Arbeitsämter — Landesarbeitsämter — Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit.

Ergebnisse

Tatbestände

Anträge auf Kindergeld; Empfänger von Kindergeld nach Staatsangehörigkeit und Zahl der Kinder.

Veröffentlichungen

Bundesanstalt für Arbeit:

Amtliche Nachrichten (monatlich) mit Sonderheften (u. a. Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik).

Rechtsgrundlage

Zweites Wohngeldgesetz in der Fassung vom 14. Dezember 1973, § 35 (BGBl. I S. 1863).

Periodizität

Vierteljährlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Zuständige Stellen in den Ländern für die Gewährung von Wohngeld.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Vierteljährlich: Zahl und Art der Anträge und Entscheidungen, Höhe des bewilligten Wohngeldes, Betrag des gezahlten Wohngeldes.

Jährlich: Wohngeldempfänger nach Art und Höhe des bewilligten Wohngeldes, sozialer Stellung und Zahl der Familienmitglieder; zu berücksichtigende Höchstbeträge für Miete und Belastung; Wohnung der Wohngeldempfänger nach Ausstattung, Größe, Baualter, Höhe der Miete oder Belastung und öffentlicher Förderung; die anrechenbaren Einnahmen der Familienmitglieder nach Art und Höhe, das Familieneinkommen und die bei seiner Ermittlung nicht zu berücksichtigenden Beträge, Belastungsgrad der anrechenbaren Einnahmen; Empfänger von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 8/71; 7, 8, 11/75.

Fachserie K, Reihe 3 (vierteljährlich, jährlich).

17.12 Statistik über Kindergeld

17.13 Wohngeldstatistik

18 FINANZEN UND STEUERN

Öffentliche Haushalte

18.1	Statistik der Haushaltswirtschaft	267
18.2	Statistik über den Steuerhaushalt	271
18.3	Statistik über Schulden	271
18.4	Personalstatistiken	273

Steuern

18.5	Einkommensteuerstatistiken	275
18.6	Körperschaftsteuerstatistik	276
18.7	Lohnsteuerstatistik	277
18.8	Vermögensteuerstatistik	278
18.9	Einheitswertstatistik	278
18.10	Erbschaftsteuerstatistik	280
18.11	Umsatzsteuerstatistik	281
18.12	Verbrauchsteuerstatistiken	281
18.13	Realsteuervergleich	283
18.14	Gewerbesteuerstatistik	284

Öffentliche Haushalte

Vorbemerkung: Alle Nachweisungen über die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte einschließlich Schulden- und Personalstand sind nach dem Aufbereitungsschlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Gemeindefinanz-Statistik gegliedert (siehe S. 360).

18.1.1 Finanzplanungsstatistik

- 1 Finanzplanungen des Bundes und der Länder.
- 2 Finanzplanungen der Gemeinden und Gemeindeverbände.
- 3 Finanzplanungen der Zweckverbände und anderer juristischer Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322), geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 733).

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Bundesministerium der Finanzen, Bundesausgleichsamt; Finanzministerien der Länder.

Zu 2: Gemeinden und Gemeindeverbände.

Zu 3: Zweckverbände usw.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — StBA.

Zu 2: Befragte — StLÄ — StBA.

Zu 3: Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Ausgaben und Einnahmen nach Arten (laufende Rechnung, Kapitalrechnung, besondere Finanzierungsvorgänge) und Körperschaften. Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Aufgabenbereichen.

Regionale Gliederung

StLÄ: Körperschaftsgruppen.

Veröffentlichungen

Fachserie L, Reihe 1/I (jährlich).

18.1.2 Haushaltsansatzstatistik

- 1 Haushaltspläne des Bundes und der Länder.
- 2 Haushaltspläne der Gemeinden mit 10 000 Einwohnern und mehr und der Gemeindeverbände (Landkreise, Bezirksverbände).

Rechtsgrundlage

Siehe unter 18.1.1.

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

18.1 Statistik der Haushaltswirtschaft

Kreis der Befragten

Zu 1: Bundesministerium der Finanzen, Bundesausgleichsamt, Finanzministerien der Länder.

Zu 2: Gemeinden mit 10 000 Einwohnern und mehr und Gemeindeverbände (Landkreise, Bezirksverbände).

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — StBA.

Zu 2: Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Ausgaben und Einnahmen nach Arten (laufende Rechnung, Kapitalrechnung, besondere Finanzierungsvorgänge) und Körperschaften. Nettoausgaben und Bauausgaben des Bundes und der Länder nach Aufgabenbereichen. Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden mit 10 000 Einwohnern und mehr und der Gemeindeverbände nach Arten, getrennt nach Verwaltungs- und Vermögenshaushalt und Ländern.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 8/71; 6/72; 6/73; 6/74; 8/75.
Fachserie L, Reihe 1/I (jährlich).

18.1.3 Vierteljahresstatistik

1 Finanzen des Bundes und der Länder.

2 Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände.

3 Finanzen der Zweckverbände usw. (siehe unter 18.1.1).

Rechtsgrundlage

Siehe unter 18.1.1.

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Siehe unter 18.1.1.

Berichtsweg

Siehe unter 18.1.1.

Ergebnisse

Tatbestände

Ausgaben und Einnahmen nach Arten (laufende Rechnung, Kapitalrechnung, besondere Finanzierungsvorgänge) und Körperschaften. Bauausgaben nach ausgewählten Aufgabenbereichen, Steuern nach Arten, Schuldenstand nach Art der Schulden und Körperschaften.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 4, 8, 11/71; 5, 11/72; 4, 10/73; 4, 5/74; 6/75.
Fachserie L 1/III (vierteljährlich).

18.1.4 Jahresrechnungsstatistik

- 1 Finanzen des Bundes und der Länder.
- 2 Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände.
- 3 Finanzen der Zweckverbände usw. (siehe unter 18.1.1).
- 4 Finanzen der Sozialversicherungsträger, der Bundesanstalt für Arbeit und der Träger der Zusatzversorgung des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände.
- 5 Finanzen der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, die auf die Dauer überwiegend aus Zuschüssen von anderen vorgenannten juristischen Personen und den Europäischen Gemeinschaften finanziert werden.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 18.1.1.

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1 bis 3: siehe unter 18.1.1.

Zu 4: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bundesanstalt für Arbeit, Zusatzversorgungskassen des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.

Zu 5: Organisationen, Anstalten und Einrichtungen, die die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen.

Berichtsweg

Zu 1 bis 3: siehe 18.1.1.

Zu 4 und 5: Befragte — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Ausgaben und Einnahmen des Bundes, des Lastenausgleichsfonds, des ERP-Sondervermögens, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Zweckverbände usw., der Sozialversicherungsträger und der sonstigen juristischen Personen nach Arten (laufende Rechnung, Kapitalrechnung, besondere Finanzierungsvorgänge), Hauptaufgabenbereichen und Körperschaften.

Ausgaben und Einnahmen der vorgenannten Körperschaften nach unmittelbaren Ausgaben (ohne Zahlungen an andere Bereiche), Zahlungen an andere Bereiche, unmittelbare Ausgaben und Einnahmen sowie Aufgabenbereiche und Körperschaften.

Für die Gemeinden und Gemeindeverbände außerdem: Ausgaben und Einnahmen nach Arten, getrennt nach Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, nach kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Ämtern, Kreisen und Bezirksverbänden.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Fachserie L, Reihe 1/II (jährlich).

Fachserie L, Reihe 5/S:

Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Bildung, Wissenschaft und Kultur (jährlich).

Ausgaben der öffentlichen Haushalte für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen (jährlich).

Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Soziale Sicherung (jährlich).

Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Gesundheit, Sport und Erholung (jährlich).

Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Wirtschaftsförderung (jährlich).

Staatliche und kommunale Ausgaben und Einnahmen in folgenden Bereichen.

Allgemeine Finanzwirtschaft: WiSta 9/71.

Investitionen: WiSta 10/71.

Bildung und Wissenschaft: WiSta 6/71; 9/72; 8/73; 9/74; 9/75.

Schulen und Hochschulen: WiSta 7, 12/71.

Kultur: WiSta 5/72.

Straßen: WiSta 6/71; 9/72; 9/73; 10/74; 8/75.

Soziale Sicherung: WiSta 12/73; 12/74.

Gesundheit, Sport und Erholung: WiSta 1, 7/73; 10/74; 10/75.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung: WiSta 3/71.

Staatliche Ausgaben und Einnahmen in folgenden Bereichen.

Rechtsschutz: WiSta 1/70.

Spiel- und Wettunternehmen: WiSta 12/71; 11/73.

Kommunale Ausgaben und Einnahmen in folgenden Bereichen:

Kommalfinanzen: WiSta 9/71; 9/72; 9/73; 4/74.

Finanzwirtschaft der Bezirksverbände: WiSta 7/71.

Kommunale Gemeinschaftsdienste: Fachserie L, Reihe 5/S.

Finanzzuweisungen und Umlagen: WiSta 7/72

18.1.5 Hochschulfinanzstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 18.1.1 in Verbindung mit dem Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz) vom 31. August 1971 (BGBl. I S. 1473), § 12 Nr. 8.

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Hochschulen, Hochschulkliniken und Fachhochschulen.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Ausgaben und Einnahmen der Hochschulen, Hochschulkliniken und Fachhochschulen nach Arten, Fachbereichen und Ländern.

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

18.1.6 Statistik der kassenmäßigen Entwicklung des Bundeshaushalts

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957, § 18 (BGBl. I S. 745).

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Kasseneingänge und Kassenausgänge des Bundes, Kassensaldo und seine Finanzierung (Veränderung der Verschuldung und der Guthaben, Einnahmen aus Münzgutschriften, Saldo der Verrechnungen mit dem Lastenausgleichsfonds).

(Die Zusammenstellung erfolgt anhand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

Monatsberichte.

18.2 Statistik über den Steuerhaushalt

- 1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder.
- 2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322), geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773).

Periodizität

- Zu 1: Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.
Zu 2: Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

- Zu 1: Finanzministerien der Länder, Bundesministerium der Finanzen.
Zu 2: Gemeinden und Landkreise.

Berichtsweg

- Zu 1: Befragte — Bundesministerium der Finanzen — StBA.
Zu 2: Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Aufkommen bei Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Ländern und Steuerarten; Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Zu 1:
Bundesanzeiger.

StBA:

WiSta * (monatlich).

Zu 2: WiSta 4/71; 4/72; 4/73; 4/74; 5/75.

Zu 1 und 2: WiSta 5/74; 5/75.

Fachserie L, Reihe 2 (vierteljährlich, jährlich),
Reihe 5/S.

18.3.1 Jährliche Schuldenstatistik

18.3 Statistik über Schulden

- 1 Schulden des Bundes und der Länder.
- 2 Schulden der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände sowie anderer juristischer Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen.
- 3 Schulden der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, die auf die Dauer überwiegend aus öffentlichen Zuschüssen finanziert werden.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322), geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773).

Periodizität

Jährliche Erhebung (Stichtag: 31. Dezember) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Bundesministerium der Finanzen, Bundesausgleichsamt; Finanzministerien der Länder.

Zu 2: Gemeinden und Gemeindeverbände (rund 12 000 Gebietskörperschaften), Zweckverbände usw.

Zu 3: Sonstige juristische Personen.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte — StBA; in Hamburg und Bremen: Finanzsenatoren — StLÄ — StBA.

Zu 2 und 3: Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Stand der Schulden nach Schuldarten und Fälligkeit sowie Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen; Schuldenaufnahmen nach Art der Schulden und Laufzeiten sowie Tilgungen nach Arten jeweils nach Körperschaften.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 6/71; 6/72; 6/73; 7/74; 9/75.

Fachserie L, Reihe 3/I (jährlich).

18.3.2 Vierteljährliche Schuldenstatistik

1 Schulden des Bundes.

2 Schulden der Länder.

3 Schulden der Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände und anderer juristischer Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 18.3.1.

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Bundesministerium der Finanzen.

Zu 2: Finanzministerien bzw. -senatoren der Länder.

Zu 3: Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit.

Berichtsweg

Zu 1: Bundesministerium der Finanzen — StBA.

Zu 2: Befragte — Bundesministerium der Finanzen.

Zu 3: Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Fundierte Schulden nach Arten, schwebende Schulden.

Veröffentlichungen

Zu 1 und 2: Bundesanzeiger (vierteljährlich).

Bundesministerium der Finanzen: Ministerialblatt (vierteljährlich).

StBA: Fachserie L, Reihe 1/III (vierteljährlich).

Zu 3: WiSta 8/71; 5/72; 10/73; 5/74; 6/75.

Fachserie L, Reihe 1/III (vierteljährlich).

18.3.3 Statistik des Umlaufs an Geldmarktpapieren öffentlicher Stellen

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957, § 18 (BGBl. I S. 745).

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Verschuldung des Bundes, der Länder, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost aus der Begebung von Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und Steuergutscheinen.

(Die Zusammenstellung erfolgt anhand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte.

18.4.1 Jährliche Personalstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322), geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773).

Periodizität

Jährliche Erhebung (Stichtag: 30. Juni) und Aufbereitung; in jedem dritten Jahr bzw. sechsten Jahr mit erweiterter Fragestellung.

Kreis der Befragten

1 Bund einschl. Bundesbahn und Bundespost sowie rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen, Sozialversicherungsträger unter Bundesaufsicht, Bundesanstalt für Arbeit, Träger der Zusatzversorgung des Bundes (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder).

2 Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände jeweils einschl. rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen, Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, Sozialversicherungsträger unter Landesaufsicht, Träger der Zusatzversorgung der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbänden, sonstige juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts mit auf die Dauer überwiegend öffentlicher Finanzierung, rechtlich selbständige öffentliche Wirtschaftsunternehmen.

Berichtsweg

Zu 1: Dienststelle — StBA.

Zu 2: Dienststelle — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Dienstverhältnis und Gruppen von Berufen; für ausgewählte Gruppen von Berufen darüber hinaus nach Laufbahngruppen und Einstufungen; für Bund und Länder (einschl. rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen) auch nach Aufgabenbereichen, für Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen) auch nach Art der Körperschaften und Gemeindegrößenklassen; Zweckverbände nach Hauptaufgabengebieten; rechtlich selbständige Wirtschaftsunternehmen nach Unternehmensarten.

18.4 Personalstatistiken

In jedem dritten Jahr: Zusätzlich nach Geschlecht, Laufbahngruppen und Einstufungen (Besoldungs-, Vergütungs-, Lohngruppen) sowie auch für Gemeinden und Gemeindeverbände nach Aufgabenbereichen.

In jedem sechsten Jahr: Zusätzlich nach Altersgruppen, Familienstand sowie nach der Zahl der Kinder.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Kreise (alle drei Jahre).

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 5, 8/71; 3, 5/72; 1, 7/73; 1, 5, 11/74; 4, 5, 10/75.

Fachserie L, Reihe 4 (jährlich).

18.4.2 Statistik der Personalzu- und -abgänge

Rechtsgrundlage

Siehe unter 18.4.1.

Periodizität

Dreijährliche Erhebung (Anschreibung vom 1. Juli eines Jahres bis 30. Juni des folgenden Jahres) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Bund einschl. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, Länder, Gemeinden mit 3 000 Einwohnern und mehr und Gemeindeverbände.

Berichtsweg

Bund: Dienststellen — StBA.

Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände: Dienststellen — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Personalzu- und -abgänge nach Geschlecht, Dienstverhältnis, Laufbahngruppen sowie nach ausgewählten Gründen des Personalwechsels.

Veröffentlichungen

Fachserie L, Reihe 4 (dreijährlich).

18.4.3 Statistik über die Versorgungsempfänger nach beamtenrechtlichen Vorschriften

Rechtsgrundlage

Siehe unter 18.4.1.

Periodizität

Jährliche Erhebung (Stichtag: 1. Februar) und Aufbereitung; in jedem dritten Jahr mit erweiterter Fragestellung und in jedem sechsten Jahr mit erweitertem Berichtskreis.

Kreis der Befragten

Siehe unter 18.4.1 (jährlich und dreijährlich für Bund und Länder; sechsjährlich auch für Gemeinden und Gemeindeverbände).

Berichtsweg

Bund: Dienststellen — StBA.

Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände: Dienststellen — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Versorgungsempfänger von Bund und Ländern nach Dienstverhältnis und Art der Versorgungsbezüge.

In jedem dritten Jahr: Versorgungsempfänger von Bund und Ländern zusätzlich nach den für die Bemessung der Versorgungsbezüge maßgeblichen Besoldungsgruppen.

In jedem sechsten Jahr: Zusätzliche Versorgungsempfänger von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Dienstverhältnis, Art der Versorgungsbezüge sowie nach den für die Bemessung der Versorgungsbezüge maßgeblichen Besoldungsgruppen.

Veröffentlichungen

WiSta 9/74; 6/75.

Fachserie L, Reihe 4 (jährlich).

Steuern

18.5.1 Einkommensteuerstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665).

Periodizität

Dreijährlich, zuletzt für 1974 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von Durchschriften der Einkommensteuerbescheide und Angaben aus den Steuerakten (bei maschineller Veranlagung: Magnetbänder) durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern (Rechenzentren) zur Verfügung gestellt werden (rund 7 Mill. Steuerpflichtige).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unbeschränkt Steuerpflichtige nach Größenklassen des Einkommens: Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld. Nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte: Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld der Steuerpflichtigen, gegliedert nach der überwiegenden Einkunftsart und der Zahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden; ausgeglichene Verluste; Sonderausgaben; Sondervergünstigungen und Aufwendungen besonderer Art; Entwicklung des zu versteuernden Einkommensbetrags aus dem Einkommen.

Veranlagte Lohnsteuerpflichtige, gegliedert nach der Zahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden.

Nach Größenklassen des zu versteuernden Einkommensbetrags: Einkommen und Steuerschuld, gegliedert nach der Zahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden.

Sonderausgliederung der Steuerpflichtigen mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, der Steuerpflichtigen mit Einkünften überwiegend aus Gewerbebetrieb und einiger freier Berufe.

Veranlagte unbeschränkt Lohnsteuerpflichtige nach Bruttolohngruppen und Gesamtbetrag der Einkünfte: Bruttolohn, Werbungskosten, Einkünfte, Einkommen und Einkommensteuerschuld.

18.5 Einkommensteuerstatistiken

Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung sowie Spesenabzug der unbeschränkt Steuerpflichtigen; Verlustfälle.

Gesellschaften (Gemeinschaften) nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte: Einkünfte, Gesamtbetrag der Einkünfte, Sondervergünstigungen, Aufwendungen besonderer Art. Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung, Spesenabzug.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umsatzsteuerstatistik« (für 1974 nicht vorgenommen).

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 4, 8/73; 7/75

Fachserie L, Reihe 6/1 (dreijährlich).

Hinweis: Durch § 8 des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1587) wurde in den § 2 des Gesetzes über Steuerstatistik ein neuer Absatz 2 aufgenommen, in dem festgelegt wird, daß in Verbindung mit jeder Einkommen- und Lohnsteuerstatistik (siehe auch I f d. Nr. 3) Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommen- und Lohnsteuer gemäß § 3 des Gemeindefinanzreformgesetzes zu ermitteln sind. Die Schlüsselzahlen ergeben sich aus dem Anteil der Gemeinde an der Summe der durch die Einkommen- und Lohnsteuerstatistik festgestellten Steuerbeträge, die auf zu versteuernde Einkommensbeträge innerhalb der im Gesetz genannten Grenzen entfallen. Sonderuntersuchungen über die Auswirkungen verschiedener Sockelbeträge für die Verteilung der Einkommensteuer auf das Steueraufkommen der Gemeinden vor und nach Durchführung der Gemeindefinanzreform sind aufgrund der Einkommen- und Lohnsteuerstatistik 1965 durchgeführt und in WiSta 5.69 veröffentlicht worden. Die Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ab 1970 (BGBl. I S. 2149) regelt die Berechnungsmodalitäten

18.5.2 Statistik der steuerlichen Einkommensentwicklung

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bundesminister der Finanzen und den Landesfinanzministern (-senatoren).

Periodizität

Jährlich — im gleitenden Zweijahresvergleich — zuletzt für die Vergleichsjahre 1973/74 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand der Datenträger der maschinellen Einkommenssteuerveranlagung durchgeführt (rund 6,5 Mill. Steuerpflichtige).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) — Oberfinanzdirektionen — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unbeschränkt Steuerpflichtige nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte und überwiegender Einkunftsart: Einkünfte, zu versteuernder Einkommensbetrag, Steuerschuld und Steuerabzugsbeträge.

Veröffentlichungen

WiSta 7.75.

18.6 Körperschaftsteuerstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665).

Periodizität

Dreijährlich, zuletzt für 1974 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von Durchschriften der Körperschaftsteuerbescheide und Angaben aus den Steuerakten durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden (rund 90 000 Steuerpflichtige).

Berichtsweg

Finanzämter — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige:

Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld nach Körperschaftsarten, gegliedert nach Größenklassen des Einkommens und des Gesamtbetrags der Einkünfte. Einkünfte aus Gewerbebetrieb nach Körperschaftsarten.

Entwicklung des zu versteuernden Einkommens aus dem Bilanzgewinn. Zu versteuerndes Einkommen, Steuersätze und Steuerschuld. Bilanzgewinn (-verlust), Zu- und Abschläge der Verlustfälle.

Sondervergünstigungen; Aufwendungen besonderer Art; Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung sowie Spesenabzug. Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld der Organgesellschaften nach Körperschaftsarten, gegliedert nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte.

Einkünfte, Inlandseinkommen und Steuerschuld der beschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umsatzsteuerstatistik« (für 1974 nicht vorgenommen).

Veröffentlichungen

WiSta 7/75.

Fachserie L, Reihe 6/1 (dreijährlich).

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665).

Periodizität

Dreijährlich, zuletzt für 1974 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird für rd. 21 Mill. Lohnsteuerpflichtige anhand von Lohnsteuerkarten und Lohnsteuerüberweisungsblättern (bei maschinellem Lohnsteuerjahresausgleich: maschinelle Ausgabeträger) durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 378 f.).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn, Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit nach Größenklassen der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise.

18.7 Lohnsteuerstatistik

Veröffentlichungen

WiSta 6, 8/74
Fachserie L, Reihe 6/II (dreijährlich).

Hinweis: Siehe unter 18.5.1. Außerdem wurde durch Art. 2 des Gesetzes zur Änderung des Zerlegungsgesetzes vom 17. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1727) ein neuer Absatz 3 in § 1 des Gesetzes über Steuerstatistiken aufgenommen. Hierin wird bestimmt, daß im Rahmen der Lohnsteuerstatistik die nicht von den Wohnsitzgemeinden vereinnahmten Lohnsteuerbeträge gemäß § 5 des Änderungsgesetzes ermittelt werden.

18.8 Vermögensteuerstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665).

Periodizität

Dreijährlich, zuletzt für 1974 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von Durchschriften der Vermögensteuerbescheide (bei maschineller Veranlagung: Magnetbänder) durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern (Rechenzentren) zur Verfügung gestellt werden (über 500 000 Steuerpflichtige).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen (Steuerbelastete und Steuerbefreite): Vermögensarten, Rohvermögen, Schulden und sonstige Abzüge, Gesamtvermögen, Freibeträge — nur bei Steuerbelasteten: steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld — nach Vermögensgruppen und überwiegender Vermögensart, ferner (ohne Untergliederung nach überwiegender Vermögensart) nach sozialer Gliederung, nach Haushaltsgrößen, nach Vermögensgruppen und sozialer Gliederung, nach Vermögensgruppen und Haushaltsgrößen sowie nach sozialer Gliederung und Haushaltsgrößen. Außerdem: Sonderaufgliederung des sonstigen Vermögens nach Vermögensgruppen; sozialer Gliederung und Haushaltsgrößen; Rohvermögen und Vermögensarten, Gesamtvermögen, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld (Regionalübersicht).

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige nichtnatürliche Personen: Betriebsvermögen (ggf. Vermögensarten und Rohvermögen), Abzüge (ggf. Schulden und sonstige Abzüge), Gesamtvermögen, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld nach Vermögensgruppen und Rechtsformen.

Beschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche und nichtnatürliche Personen: Vermögensarten, Rohvermögen, Schulden und sonstige Abzüge, Inlandsvermögen, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld nach Vermögensgruppen.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie L, Reihe 6/III (dreijährlich).

18.9 Einheitswertstatistik

18.9.1 Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665).

Periodizität

Dreijährlich, zuletzt für 1974 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von Durchschriften der Einheitswertbescheide (bei maschineller Feststellung: Magnetbänder) durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern (Rechenzentren) zur Verfügung gestellt werden (über 1 Mill. gewerbliche Betriebe).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Anlagevermögen (Sachanlagen und Finanzanlagen); Umlaufvermögen (Betriebskapital und Vorratsvermögen); Rohvermögen; Schulden und sonstige Abzüge (u. a. langfristige Verbindlichkeiten, Rückstellungen für Pensionsanwartschaften); Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen; Einheitswert der gewerblichen Betriebe natürlicher und nichtnatürlicher Personen nach wirtschaftlicher Gliederung. Besitz- und Schuldposten sowie Einheitswert nach Einheitswertgruppen und Rechtsformen. Rohvermögen und Einheitswert der gewerblichen Betriebe natürlicher und nichtnatürlicher Personen (Regionalübersicht).

Zahl der Betriebe natürlicher und nichtnatürlicher Personen sowie Einheitswert nach wirtschaftlicher Gliederung und Einheitswertgruppen.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umsatzsteuerstatistik«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie L, Reihe 6/IV (dreijährlich).

18.9.2 Einheitswerte des Grundbesitzes

Rechtsgrundlage

Siehe unter 18.9.1.

Periodizität

Grundsätzlich sechsjährlich, erstmals für Stichtag 1. Januar 1964 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Siehe unter 18.9.1, jedoch rund 13 Mill. wirtschaftliche Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens (Vorerhebung: Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 378 f.).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Land- und forstwirtschaftliches Vermögen:

Flächen und Ertragswerte des Wirtschaftsteils (der Nutzungen und Nutzungsteile) sowie Wohnungswert und Einheitswert (alt und neu) der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft nach Einheitswertgruppen, Flächengrößeklassen, Wohnungswertgruppen, Hektarwertgruppen, Eigentümerkategorien und Gemeindegößeklassen.

Grundvermögen:

Fläche und Einheitswert (alt und neu) der unbebauten Grundstücke nach Einheitswertgruppen, Flächengrößenklassen, Besitzverhältnissen, Eigentümerkategorien und Gemeindegroßenklassen sowie Einheitswert (alt und neu) der bebauten Grundstücke je Grundstücksart nach Einheitswertgruppen, Baualtersgruppen, Gemeindegroßenklassen, Bewertungsverfahren, Besitzverhältnissen und Eigentümerkategorien.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Fachserie L, Reihe 6/IV (vorgesehen).

18.9.3 Einheitswerte der Mineralgewinnungsrechte

Rechtsgrundlage

Siehe unter 18.9.1.

Periodizität

Sechsjährlich, erstmals für Stichtag 1. Januar 1972 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von Statistischen Blättern durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden (rund 10 000 Rechte).

Berichtsweg

Finanzämter – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Einheitswert der Mineralgewinnungsrechte nach Bodenschätzen, Einheitswertgruppen, Arten des Rechts, Vermögensarten, Rechtsform der Eigentümer und regionaler Gliederung.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie L, Reihe 6/IV (vorgesehen)

18.10 Erbschaftsteuerstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665).

Periodizität

Jährliche Erfassung, jedoch Zusammenstellung nur in sechsjährlichen Abständen (erstmalig 1972).

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von Erbschaftsteuernachweisungen bzw. besonderer Statistischer Blätter durchgeführt, die nach den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden (jährlich rund 100 000 steuerbelastete Erwerbe).

Berichtsweg

Finanzämter — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unbeschränkt erbschaftsteuerpflichtige Erwerbe:

Reinerwerb, steuerpflichtiger Erwerb und festgesetzte Steuer nach Erwerbsarten, Steuerklassen und Wertstufen.

Steuerpflichtiger Erwerb und festgesetzte Steuern der beschränkt Steuerpflichtigen nach Steuerklassen und Wertstufen.

Erwerbe nach dem Kalenderjahr, in dem die Steuerschuld entstanden ist. Nachlasse und Zweckzuwendungen von Todes wegen (bis 1962 vor Abzug der Lastenausgleichs-Abgaben): Reinnachlaß bzw. -zuwendung, versteu-
ter Nachlaß bzw. Zuwendung und Steuerschuld nach Wertstufen sowie
Nachlasse nach Steuerklassen und Wertgruppen der beteiligten steuer-
belasteten Erwerbe.

Veröffentlichungen

WiSta 8.71.
Fachserie L, Reihe 6/V (unregelmäßig)

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665).

Periodizität

Zweijährlich, zuletzt für 1974 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand der Umsatzsteuer-Überwachungsbogen (bei
maschinellem Umsatzsteuer-Überwachung: Magnetbänder) durchgeführt, in
die von den Finanzämtern Angaben aus den Umsatzsteuer-Voranmeldun-
gen übertragen und die den StLÄ zur Verfügung gestellt werden (rund
1,7 Mill. Steuerpflichtige mit Jahresumsätzen über 12 000 DM).

Berichtsweg

Finanzämter — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Steuerbarer Umsatz (ohne Umsatzsteuer) des Berichtsjahres — auch steuer-
barer Vorjahresumsatz für einen identischen Personenkreis — nach Um-
satzgrößenklassen; steuerpflichtige Umsätze nach Steuersätzen; steuer-
freie Umsätze mit und ohne Vorsteuerabzug (ohne weitere Spezifizierung);
nichtsteuerbare Umsätze in den Ländern Hamburg, Niedersachsen und
Bremen; Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer, abziehbare Vorsteuer,
Steuer für den Selbstverbrauch (zeitweilig), Berlinhilfevergünstigung; Um-
satzsteuer-Vorauszahlung (darunter Besteuerung nach vereinnahmten Ent-
gelten und nach Durchschnittssätzen).

Zahl, Umsatz, Freibetrag und Steuer der nach § 19 Umsatzsteuergesetz
besteuerten Kleinunternehmen.

Zahl, Umsatz und Steuer der Organkreise und nach Rechtsformen der
Unternehmen.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umsatz-
steuerstatistik« (unter besonderer Ausgliederung der in die Handwerksrolle
eingetragenen Unternehmen).

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 1, 3/72; 3, 5/74.
Fachserie L, Reihe 7 (zweijährlich)

Rechtsgrundlage

Mineralölsteuergesetz 1964 vom 20. Dezember 1963 (BGBl. I S. 1003).
Essigsäureordnung und Branntweinzählordnung (Anlagen 3 und 4 der
Grundbestimmungen zum Gesetz über das Branntweinmonopol vom
8. April 1922 [RGBl. I S. 405]). Die übrigen Verbrauchsteuerstatistiken wer-
den aufgrund von Verwaltungsanweisungen des Bundesministeriums der
Finanzen erstellt.

18.11 Umsatzsteuer- statistik

18.12 Verbrauchs- steuer- statistiken

Periodizität

Bei den einzelnen Steuern verschiedene Periodizität (im einzelnen siehe unter »Ergebnisse«).

Kreis der Befragten

Zollämter (aufgrund von Aufzeichnungen der Steuerpflichtigen und der Zollstellen).

Berichtsweg

Im allgemeinen: Zollämter — Hauptzollämter — Oberfinanzdirektionen — StBA.

Branntwein: Zollämter — Hauptzollämter — Oberfinanzdirektionen — Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, Monopolamt für Branntwein bei der Oberfinanzdirektion Berlin.

Bei der Biersteuerstatistik werden die Nachweisungen von den Oberfinanzdirektionen München und Nürnberg auch dem Bayerischen StLA zugestellt.

Ergebnisse

Tatbestände

1 Tabaksteuer.

Monatlich: Absatz versteuerter Tabakerzeugnisse und Zigarettenhüllen (Menge, Kleinverkaufswert und Steuerwert) nach Kleinverkaufspreisen, Steuereinnahmen.

Jährlich: Hersteller, Herstellungsbetriebe; Herstellung und Absatz von Tabakerzeugnissen und Zigarettenhüllen; verarbeiteter Rohtabak und Roh-tabaksteuer für Kau- und Schnupftabak; Tabaksteuer und Steuererleichterungen; Einfuhr von Tabakerzeugnissen, Zigarettenhüllen sowie Kau- und Schnupftabak; Fermenteure, Rohtabakhändler, Tabakwarenhändler.

2 Biersteuer.

Monatlich: Bierausstoß nach Biergattungen und Bierarten, Bier in Behältern mit einem Raumgehalt von 5 hl und mehr, Bier in Flaschen usw., versteuerte und steuerfrei abgelassene Biermengen.

Jährlich: Gewerbliche Braustätten, Hausbrauer, verwendete Braustoffe, Bierausstoß nach Größenklassen und Biergattungen, versteuerte Biermengen nach Staffelsätzen und Biergattungen, steuerfrei abgegebene Biermengen, versteuerte Biereinfuhr.

3 Mineralölsteuer.

Monatlich: Versteuertes Mineralöl nach Arten und Steuersätzen sowie Steuersollbeträge.

Jährlich: Erteilte Erlaubnisscheine, steuerbegünstigte Verwendung von Mineralöl sowie unsteuerter Verbrauch von Mineralöl zur Aufrechterhaltung des Betriebes nach Mineralölartern.

4 Branntweinmonopol.

Vierteljährlich: Erzeugung von Branntwein, Absatz von Branntwein zu Trinkzwecken und gewerblichen Zwecken.

Jährlich: Brennereien, Brennrechte, Branntweinerzeugung der Brennereien mit Brennrecht, verwendete Stoffe, Erzeugung und Absatz von Branntwein, Ausfuhr von Branntwein und Branntweinerzeugnissen gegen Ausfuhrvergütung, gezahlte Ausfuhrvergütung, Einnahmen aus dem Branntweinmonopol, Branntweinabsatz der Monopolverwaltungen an Trinkbranntweinhersteller und Absatz zum allgemeinen ermäßigten Verkaufspreis (ohne Brennschneidewasser) nach Größenklassen.

5 Schaumweinsteuer.

Vierteljährlich: Herstellungsbetriebe; versteuerter und steuerfreier Absatz nach Flaschengrößen; Steuersollbeträge (jeweils für Schaumwein und schaumweinähnliche Getränke).

Jährlich: Hersteller und Absatz von Schaumwein und schaumweinähnlichen Getränken nach Absatzgrößenklassen.

6 Zuckersteuer.

Vierteljährlich: Versteuerter und steuerfrei ausgeführter Zucker, Steuersollbeträge.

Jährlich: Herstellungsbetriebe, Ausfuhrlager, Interventionslager; steuerfrei abgegebener Zucker, Inhaber von Erlaubnisscheinen; Betriebsstätten, in denen Zucker vergällt wurde; Menge und Vergütungsbeträge der mit Steuervergütung ausgeführten zuckerhaltigen Waren, Betrag der Vergütung, Inhaber von Zugescheinen.

7 Salzsteuer (jährlich).

Herstellungsbetriebe; Versteuerung sowie steuerfreie Ausfuhr nach Salzarten, Steuersollbeträge. Steuerfrei abgegebene Salzmenge nach Salzarten, Vergällungsmitteln und Verwendungszwecken. Zahl der Zwischenlager und erteilte Erlaubnisscheine.

8 Leuchtmittelsteuer (jährlich).

Herstellungsbetriebe nach Leuchtmittelarten; Versteuerung von steuerpflichtigen Leuchtmitteln sowie steuerfreie Ausfuhr und Lieferung an ausländische Streitkräfte nach Erzeugnisarten; Steuersollbeträge und Pauschalerstattungen.

9 Zündwarensteuer (jährlich).

Herstellungsbetriebe; versteuerte Inlandserzeugung und Einfuhr sowie steuerfreie Ausfuhr von Zündwaren nach Arten; Steuersollbeträge.

10 Spielkartensteuer (jährlich).

Herstellungsbetriebe; versteuerte Inlandserzeugung und Einfuhr sowie steuerfreie Ausfuhr von Spielkarten nach Art der Spiele; Steuersollbeträge.

11 Essigsäuresteuer (jährlich).

Herstellungsbetriebe nach Art der bei der Erzeugung von Essigsäure verwendeten Rohstoffe; Absatz von versteuerter sowie von vergällter und unvergällter steuerfreier Essigsäure; steuerfreie Ausfuhr; Steuersollbeträge.

Regionale Gliederung

StBA: Hauptzollamtsbezirke, Oberfinanzdirektionsbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta 2/74.

WiSta * (monatlich bzw. vierteljährlich): Versteuerung von Tabakwaren, Schaumwein, Zucker, Mineralöl; Bierausstoß, Erzeugung und Absatz von Branntwein.

Tabaksteuer: Fachserie L, Reihe 8/I (vierteljährlich, jährlich)

Biersteuer: Fachserie L, Reihe 8/II (monatlich, jährlich).

Mineralölsteuer: Fachserie L, Reihe 8/III (vierteljährlich, jährlich).

Branntweinmonopol: Fachserie L, Reihe 8/IV (jährlich).

Schaumweinsteuer: Fachserie L, Reihe 8/V (vierteljährlich).

Kleinere Verbrauchsteuern (Zucker, Salz, Leuchtmittel, Zündwaren, Spielkarten, Essigsäure). Fachserie L, Reihe 8/VI (jährlich).

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322), geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773).

Periodizität

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 12 000 Gemeinden.

Berichtsweg

Befragte — StLA — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Ist-Aufkommen an Realsteuern, Grundbeträge und gewogene Durchschnittsbesätze der Gemeinden, Streuung der effektiven Realsteuerhebesätze

18.13 Realsteuervergleich

sowie Gewerbesteuerumlage, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach Ländern und Gemeindegrößenklassen. Ermittlung der Realsteuerkraft.

Regionale Gliederung

StBA: Kreise.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 10/73; 9/74, 10/75.

Fachserie L, Reihe 9/I (jährlich).

18.14 Gewerbe- steuerstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665).

Periodizität

Unregelmäßig, zuletzt für 1970 durchgeführt.

Kreis der Befragten

1 Gewerbesteuerhauptstatistik.

Die Statistik wird anhand von Durchschriften der Gewerbesteuermeßbescheide (bei maschineller Veranlagung: Magnetbänder) durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern (Rechenzentren) zur Verfügung gestellt werden.

2 Gewerbesteuermeßbetragstatistik.

Die Statistik wird anhand von Durchschriften der Zerlegungsbescheide durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

3 Lohnsummensteuerstatistik.

Die Statistik wird anhand von Lohnsummensteuernachweisungen durchgeführt, die den StLÄ von den Gemeinden übersandt werden.

Berichtsweg

Zu 1: Finanzämter — StLÄ — StBA.

Zu 2: Finanzämter — StLÄ — StBA.

Zu 3: Gemeinden — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Steuerpflichtige, Besteuerungsgrundlagen, Steuermeßbeträge. Gliederung jeweils für Einzelgewerbetreibende, Personengesellschaften, Aktiengesellschaften sowie für alle übrigen juristischen Personen und ähnliche Steuerpflichtige nach Gewerbeertrags- und Gewerkekaptalgruppen.

Zu 2: Steuerpflichtige Unternehmen (ohne Berücksichtigung der Zerlegung), einheitlicher Steuermeßbetrag, zu berücksichtigende Zerlegungsanteile, einheitlicher Steuermeßbetrag nach Zerlegung, Hebesatz und Steuersoll.

Zu 3: Steuerfälle, Lohnsumme, steuerpflichtige Lohnsumme, Steuermeßbetrag, Hebesatz, Lohnsummensteuer für natürliche Personen und Personengesellschaften sowie für juristische Personen, nichtrechtsfähige Vereine und ähnliche Steuerpflichtige, gegliedert nach Lohnsummengruppen.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umsatzsteuerstatistik«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 9/72.

Fachserie L, Reihe 9/II (unregelmäßig).

19 PREISE

19.1 Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise	287
19.2 Statistik der Einkaufspreise der Landwirtschaft	288
19.3 Statistik der Ein- und Ausführpreise	289
19.4 Statistik der Kaufwerte von Bauland	289
19.5 Statistik der Baupreise	290
19.6 Statistik der Verbraucherpreise	290
19.7 Statistik der Preise für Leistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes	292
19.8 Statistik der Verkehrspreise	292

Vorbemerkung: In WiSta wird jährlich ein Bericht über die gesamte Preisentwicklung und monatlich eine Darstellung wichtiger Preisindizes veröffentlicht. Einige ausgewählte Preisangaben werden auch für bestimmte Markttorte nachgewiesen.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104). Vierte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. März 1964 (Bundesanzeiger Nr. 51).

Periodizität

Erhebung und Aufbereitung grundsätzlich monatlich, bei saisonempfindlichen Waren teilweise in kürzeren Zeitabständen.

Kreis der Befragten

Ausgewählte Unternehmen, Genossenschaften, Preisnotierungskommissionen, Marktverwaltungen.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Erzeugerabsatz- bzw. Großhandelseinkaufspreise für rund 2 300 industrielle Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren sowie 150 land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse.

Verkaufspreise des Großhandels für rund 900 Waren.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Ausgabe 1975)« sowie (für die Verkaufspreise) nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

WiSta * (monatlich)
Fachserie M, Reihe 3 (monatlich, jährlich),
Reihe 4 (monatlich, jährlich).

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 382.)

Fachliche Gliederung

Nach dem »Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Ausgabe 1975)«.

Veröffentlichungen

WiSta 8/74 (M).
WiSta * (monatlich).
Fachserie M, Reihe 3 (monatlich, jährlich).

Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 382.)

Veröffentlichungen

WiSta 2/76 (M).
WiSta * (monatlich).
Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

19.1 Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise

Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte
(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 382.)

Veröffentlichungen

WiSta 5/66 (M).
WiSta * (monatlich)
Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

Index der Grundstoffpreise
(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 382.)

Fachliche Gliederung

In Anlehnung an die »Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagd-
wirtschaft und Fischerei (Ausgabe 1959)« und das »Systematische Waren-
verzeichnis für die Industriestatistik (Ausgabe 1975)« sowie an die Gliede-
rung nach »Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen
Wirtschaft der Außenhandelsstatistik«.

Veröffentlichungen

WiSta 6/69 (M).
WiSta * (monatlich)
Fachserie M, Reihe 2 (monatlich, jährlich)

Index der Großhandelsverkaufspreise
(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 382.)

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

WiSta 4/67 (M).
WiSta * (monatlich)
Fachserie M, Reihe 8 (monatlich, jährlich)

19.2 Statistik der Einkaufspreise der Landwirt- schaft

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Verord-
nung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai
1959 (Bundesanzeiger Nr. 104).

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Genossenschaften, Unternehmen des Landhandels sowie des Handwerks

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Einkaufspreise für 137 landwirtschaftliche Betriebsmittel und Dienstleistun-
gen.

Veröffentlichungen

Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).
Hinweis: Die Erhebung wird in Hamburg, Bremen, im Saarland und in Berlin (West) nicht
durchgeführt.

Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 382.)

Veröffentlichungen

WiSta 2/76 (M)
WiSta * (monatlich)
Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

19.3 Statistik der Ein- und Ausfuhrpreise

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605).

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Importierende bzw. exportierende Firmen.

Berichtsweg

Befragte — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Preise für 1 985 Einfuhrwaren und für 2 085 Ausfuhrwaren.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie M, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

Hinweis: Zur Zeit wird die Darstellung der Preise im Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) — Befragung von rund 100 am innerdeutschen Handel beteiligten Firmen — vorbereitet.

Index der Einfuhrpreise

Index der Ausfuhrpreise

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 382.)

Fachliche Gliederung

Nach dem »Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Ausgabe 1975)« sowie nach »Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft der Außenhandelsstatistik«.

Veröffentlichungen

WiSta 6/74 (M).

WiSta* (monatlich).

Fachserie M, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605).

Periodizität

Monatliche Erhebung; vierteljährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Finanzämter.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittliche Kaufwerte nach Art, Lage und Größe des Grundstücks sowie nach Art des Baugebietes, nach der Person des Veräußerers und Erwerbers sowie des Verwandtschaftsverhältnisses.

Veröffentlichungen

WiSta 8/62 (M).

WiSta* (vierteljährlich).

Fachserie M, Reihe 5/II (vierteljährlich, jährlich).

Hinweis: Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz siehe unter 9.6.

19.4 Statistik der Kaufwerte von Bauland

19.5 Statistik der Baupreise

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104).

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung (Mitte Februar, Mai, August, November) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Ausgewählte Unternehmen der Bauindustrie, des Baugewerbes und des Bauhandwerks.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Meßzahlen für Bauleistungspreise

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 383.)

Fachliche Gliederung

Nach dem »Leistungsverzeichnis für Neubau und Instandhaltung« sowie nach der »Systematik der Bauwerke (Ausgabe 1970)«.

Veröffentlichungen

WiSta 9/66 (M), 3/76 (M).

WiSta * (vierteljährlich).

Fachserie M, Reihe 5/I mit Eilberichten (vierteljährlich).

Preisindizes für Bauwerke

(*Wohngebäude, Nichtwohngebäude, sonstige Bauwerke und Fertighäuser*)
(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 383.)

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Bauwerke (Ausgabe 1970)«.

Veröffentlichungen

WiSta 9/66 (M), 3/76 (M).

WiSta * (vierteljährlich).

Fachserie M, Reihe 5/I mit Eilberichten (vierteljährlich).

19.6 Statistik der Verbraucherpreise

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104). Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 19. August 1960 (Bundesanzeiger Nr. 160). Fünfte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 5. Juni 1967 (Bundesanzeiger Nr. 103).

Periodizität

Monatliche Erhebung und Aufbereitung (für einige ausgewählte Waren wöchentlich, bei Wohnungsmieten vierteljährlich).

Kreis der Befragten

Ausgewählte Unternehmen des Einzelhandels, des Handwerks, des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes, der öffentlichen Versorgung; Inhaber von Mietwohnungen, zum Teil auch Vermieter, in 118 Gemeinden.

Berichtsweg

Befragte — Gemeinden — StLA — StBA.

Feststellung der Preise in den Berichtsstellen durch Ermittler. Erhebung der im Bundesgebiet einheitlich geltenden Preise, Tarife usw. durch StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Verbraucherpreise für rund 900 Waren und Leistungen.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)« und dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1963)«.

Veröffentlichungen

Fachserie M, Reihe 6 mit Eilbericht monatlich (jährlich).

Index der Einzelhandelspreise (Verkaufspreise)

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 383.)

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

Veröffentlichungen

WiSta 9/68 (M).

WiSta * (monatlich).

Fachserie M, Reihe 6 mit Eilbericht monatlich (jährlich).

Preisindizes für die Lebenshaltung

Fachliche Gliederung

Nach dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1963)«.

1 Alle privaten Haushalte

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 383.)

Veröffentlichungen

WiSta 12/73 (M).

WiSta * (monatlich).

Fachserie M, Reihe 6 mit Eilbericht monatlich (jährlich).

2 Angestellten- und Beamtenhaushalte mit höherem Einkommen (Vier-Personen-Haushalte)

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 383.)

Veröffentlichungen

WiSta 12/73 (M).

WiSta * (monatlich).

Fachserie M, Reihe 6 mit Eilbericht monatlich (jährlich).

3 Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes (Vier-Personen-Haushalte)

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 383.)

Veröffentlichungen

WiSta 12/73 (M).

WiSta * (monatlich).

Fachserie M, Reihe 6 mit Eilbericht monatlich (jährlich).

4 Renten- und Sozialhilfeempfänger-Haushalte (Zwei-Personen-Haushalte)

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 383.)

Veröffentlichungen

WiSta 12/73 (M).

WiSta* (monatlich).

Fachserie M, Reihe 6 mit Eilbericht monatlich (jährlich).

5 Einfache Lebenshaltung eines Kindes

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 383.)

Veröffentlichungen

WiSta 5/68 (M).

WiSta* (monatlich).

Fachserie M, Reihe 6 mit Eilbericht monatlich (jährlich).

19.7 Statistik der Preise für Leistungen des Beherbergungs- und Gaststätten-gewerbes

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605).

Periodizität

Monatliche und jährliche (nur für August) Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Jährlich: Unternehmen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes in 108 ausgewählten Gemeinden (Großstädte, Seebäder, sonstige Badeorte, Luftkurorte, andere Berichtsgemeinden, Gemeinden ohne besondere Bedeutung für den Reiseverkehr).

Monatlich: In 12 ausgewählten Großstädten.

Berichtsweg

Befragte — (teilweise auch Gemeinden) — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Preise für 17 Leistungen (Übernachtung, Speisen, Getränke).

Jährlich: Preise für 20 Leistungen (Übernachtung, Speisen, Getränke).

Veröffentlichungen

WiSta 12/59 (M); 4/60 (M)

WiSta* (jährlich).

Fachserie M, Reihe 6 (monatlich, jährlich)

19.8 Statistik der Verkehrspreise

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605).

Periodizität

Tägliche, monatliche oder vierteljährliche Erfassung (je nach Verkehrsart).

Ergebnisse

Tatbestände

Eisenbahntarife im Personenverkehr für das In- und Ausland, im Güterverkehr für das Inland; Frachttarife im Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen für das Inland; Frachttarife im Spediteursammelgutverkehr mit Eisenbahn und Kraftwagen für das Inland. Frachtraten der deutschen Binnenschiffahrt und der Trampschiffahrt im Seeverkehr. Luftverkehrspreise im Personen- und Güterverkehr. Ferner Post- und Fernmeldegebühren (für Briefe, Pakete, Zeitungen, Ferngespräche, Telegramme, Fernschreibgebühren, Postgebühren im Zahlungsverkehr sowie Gebühren für Personenbeförderungen im Kraftpostdienst). Gebildet werden rund 3 400 Preisreihen, von denen rund 400 veröffentlicht werden.

(Die Zusammenstellung der Ergebnisse erfolgt im StBA unter Verwendung von Unterlagen der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, des Bundesverbandes für den Güterfernverkehr e. V., der Frachtenausschüsse der Deutschen Binnenschifffahrt, der Bundesministerien für Verkehr, für das Post- und Fernmeldewesen sowie für Wirtschaft; von Reedereien und Luftverkehrsgesellschaften bzw. durch Auswertung von Fachzeitschriften.)

Veröffentlichungen

Fachserie M, Reihe 7 (vierteljährlich).

Indizes der Seefrachtraten

Monatliche Berechnung deutscher Seefrachtindizes im Bundesministerium für Verkehr:

1 Linienfahrt:

(Basis: 1965 = 100, gegliedert in Stückgut und Massengut; 1 003 Reihen für rund 180 Güter).

2 Trampfahrt:

Frachtmeßzahlen der Zeitcharter (Basis: 2. Halbjahr 1972 = 100, gegliedert in zwei Schiffsgrößenklassen).

3 Tankerfahrt:

(Basis: Worldscale-Ratensystem = 100, gegliedert in Rohöl und Ölprodukte; rund 15 Reihen).

Veröffentlichungen

Fachserie M, Reihe 7 (vierteljährlich).
IntMon.

Preisindizes der Post- und Fernmeldegebühren

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 383.)

Fachliche Gliederung

Nach der »Leistungs- und Kostenrechnung der Bundespost«.

Veröffentlichungen

Fachserie M, Reihe 7 (vierteljährlich).

20 LÖHNE UND GEHÄLTER

20.1 Laufende Verdienststatistiken	297
20.2 Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalkosten	299
20.3 Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerb- lichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich	300
20.4 Statistik der Tariflöhne und -gehälter	301
20.5 Statistik der betrieblichen Altersversorgung	302

20.1.1 Verdiensterhebung in der Landwirtschaft

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429), geändert durch das Gesetz vom 4. August 1971 (BGBl. I S. 1217). Verordnung (EWG) Nr. 1103/75 des Rates vom 28. April 1975 über die Durchführung einer Erhebung über die Verdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter.

Periodizität

Jährliche Erhebung (für September) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 12 000 landwirtschaftliche Betriebe. Die Auswahl ist so angelegt, daß damit etwa 60% aller vollbeschäftigten ständigen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft erfaßt sind. (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 378 f.)

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA — Amt der Europäischen Gemeinschaften.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittliche Bruttoverdienste und bezahlte Stunden nach Betriebsgröße (Zahl der Beschäftigten), Art der Naturalleistung, Arbeitergruppe, Art der ausgeübten Tätigkeit, Geschlecht und Alter.

Mit Ausnahme der Stadtstaaten und des Saarlandes: Bruttostundenverdienste, bezahlte Stunden und Mehrarbeitsstunden der Arbeiter im Stundenlohn sowie Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im Monatslohn mit freier Kost und Wohnung.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1970)«.

Veröffentlichungen

WiSta 1/71; 1/73; 1/74.

Fachserie M, Reihe 14 (jährlich).

20.1.2 Verdiensterhebung in Industrie und Handel

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429), geändert durch das Gesetz vom 4. August 1971 (BGBl. I S. 1217).

Periodizität

Vierteljährliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung (jeweils für den ersten Monat des Quartals).

Kreis der Befragten

Rund 33 500 Betriebe der Industrie und des Handels sowie der Kreditinstitute und des Versicherungsgewerbes mit im allgemeinen 10 Beschäftigten und mehr, im Bauhauptgewerbe, Handel, Geld- und Versicherungswesen mit fünf Beschäftigten und mehr, im Bergbau sämtliche Betriebe (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 378 f.).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Für Arbeiter und Angestellte in der Industrie sowie für Angestellte im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe:

Vierteljährlich: Durchschnittliche Bruttowochen- und Bruttostundenverdienste und durchschnittlich bezahlte Wochenstunden (darunter Mehrarbeitsstunden) der Arbeiter nach Wirtschaftszweigen, Leistungsgruppen und Geschlecht. Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten nach Wirtschaftszweigen, Beschäftigungsarten, Leistungsgruppen und Geschlecht.

Jährlich: Durchschnittliche Bruttojahresverdienste der Arbeiter und Angestellten nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1970)«.

Veröffentlichungen

WiSta 3/71; 3/72; 10/73 (M); 4/74; 1/75 (M), 5/75.

WiSta * (vierteljährlich)

Fachserie M, Reihe 15/1 mit Eilbericht (vierteljährlich),
Reihe 15/11 mit Eilbericht (vierteljährlich).

Indizes der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden und der durchschnittlichen Bruttostunden- und -wochenverdienste der Arbeiter in der Industrie

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 383.)

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1970)«.

Veröffentlichungen

WiSta 4/59 (M); 12/61 (M); 1/66 (M); 7/72 (M).

Fachserie M, Reihe 15/1 (vierteljährlich).

Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 383.)

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1970)«.

Veröffentlichungen

WiSta 2/62 (M); 1/66 (M); 7/72 (M).

Fachserie M, Reihe 15/11 (vierteljährlich).

20.1.3 Verdiensterhebung im Handwerk

Rechtsgrundlage

Siehe unter 20.1.2.

Periodizität

Halbjährliche Erhebung (Mai und November) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Rund 24 000 Handwerksbetriebe mit drei Beschäftigten und mehr in ausgewählten Handwerkszweigen (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 378 f.).

Berichtsweg
Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittliche Bruttowochen- und Bruttostundenverdienste der männlichen Gesellen und der übrigen männlichen Arbeiter (bei der Herrenschneiderei der männlichen und weiblichen, bei der Damenschneiderei nur der weiblichen Arbeiter), durchschnittlich bezahlte Wochenstunden und durchschnittlich geleistete Wochenarbeitszeit (darunter Mehrarbeitsstunden).

Gliederung jeweils nach Vollgesellen, Junggesellen, übrigen Arbeitern und allen Arbeitern, bei der Herrenschneiderei auch nach dem Geschlecht.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Verzeichnis der Handwerkszweige (Fassung 1956)«.

Veröffentlichungen

WiSta 1/67 (M).

WiSta* (halbjährlich).

Fachserie M, Reihe 16 (halbjährlich).

Vorbemerkung: Aufgrund besonderer Rechtsgrundlagen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurden Personalkostenerhebungen in folgenden Zweigen der Wirtschaft durchgeführt:

- 1 Produzierendes Gewerbe.
- 2 Handel und Dienstleistungsgewerbe (Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe).

20.2 Erhebungen über die Auf- wendungen der Arbeitgeber für Personalkosten

Rechtsgrundlage

Zu 1: Verordnung (EG) Nr. 2259/71 des Rates vom 19. Oktober 1971 über die Durchführung einer Lohnerhebung in der Industrie (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L238). Eine Wiederholung für 1975 ist durch Verordnung (EG) Nr. 328/75 des Rates vom 10. Februar 1975 (Amtsblatt der EG Nr. L37) angeordnet.

Zu 2: Verordnung (EG) Nr. 3192/73 des Rates vom 22. November 1973 über die Durchführung einer Lohnerhebung im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und Versicherungsgewerbe (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L326).

Periodizität

Zu 1: Dreijährlich, zuletzt für 1972 durchgeführt.

Zu 2: Zuletzt für 1974 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Zu 1: Rund 11 850 Unternehmen mit 10 Beschäftigten und mehr.

Zu 2: Rund 12 000 Unternehmen mit 10 Beschäftigten und mehr.

(Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 378 f.)

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA (Zusammenstellung des Bundesergebnisses) — Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften.

Ergebnisse

Tatbestände

Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge nach Geschlecht, Entgelt für die geleistete Arbeit, Personalnebenkosten insgesamt und nach Art der Aufwendungen, geleistete Arbeitsstunden der Arbeiter nach Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen (nach der Zahl der Beschäftigten).

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 1/75.

Fachserie M, Reihe 15/S.

Zu 2. Fachserie M, Reihe 15/S (vorgesehen)

20.3 Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429), geändert durch das Gesetz vom 4. August 1971 (BGBl. I S. 1217). Vierte Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 24. April 1972 (BGBl. I S. 729).

Periodizität

Etwa drei- bis sechsjährlich, zuletzt für das Jahr 1972 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Etwa 41 600 Betriebe mit zusammen rund 1,8 Mill. Arbeitnehmern (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 378 f.).

Berichtsweg

Befragte — StLA — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste für Angestellte, durchschnittliche Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste sowie Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenarbeitszeit und Mehrarbeitsstunden) bei Arbeitern; Verdienste für Mehrarbeit; gesetzliche Abzüge vom Bruttoverdienst; Dauer des Jahresurlaubs in Tagen; Ausbildungsstand der Angestellten (abgeschlossenes Hochschulstudium) nach Wirtschaftszweigen, Unternehmensgrößenklassen, Geschlecht, Beschäftigungsart (nur bei Angestellten), Leistungsgruppen, Lohnformen (nur bei Arbeitern), Altersgruppen.

Durchschnittliche monatliche Ausbildungsbeihilfe der Auszubildenden nach Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen.

Arbeiter und Angestellte, die vom Unternehmen Leistungen nach dem Dritten Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung erhielten.

Bruttomonatsverdienste nach Verdienstklassen, Wirtschaftszweigen, Geschlecht, Lohnformen (nur bei Arbeitern), Ausbildungsstand (nur bei Angestellten) und Leistungsgruppen.

Bruttostundenverdienste der Arbeiter nach Verdienstklassen, Wirtschaftszweigen, Geschlecht, Lohnformen und Leistungsgruppen.

Arbeitszeit der Arbeiter nach Zeitklassen (bezahlte wöchentliche Arbeitszeit, wöchentliche Mehrarbeitszeit), Wirtschaftszweigen und Geschlecht.

Wöchentliche betriebliche Arbeitsdauer nach Zeitklassen (bei Arbeitern auch mit Zahl der Betriebe), Wirtschaftszweigen und Geschlecht (nur bei Angestellten).

Dauer des Jahresurlaubs in Tagen nach Zeitklassen, Wirtschaftszweigen, Leistungsgruppen und Geschlecht.

Bruttojahresverdienst 1972 einschließlich Sonderzuwendungen, Höhe der Sonderzuwendungen nach Wirtschaftszweigen, Geschlecht, Unternehmensgrößenklassen und Leistungsgruppen sowie nach Verdienstklassen.

Angaben für die Teilzeitbeschäftigten (nur Monat Oktober 1972)

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1970)«.

Veröffentlichungen

WiSta 11, 12/75 (M)
Fachserie M, Reihe 17/I (unregelmäßig).

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953, § 2 Ziff. 7 (BGBl. I S. 1314).

Periodizität

Laufende Erfassung der tariflichen Lohn- und Gehaltsätze und halbjährliche Aufbereitung, jeweils nach dem Stand April und Oktober.

Ergebnisse

Tatbestände

Ausgewählte Tarifverträge. Tarifliche Lohnsätze der höchsten und niedrigsten Lohngruppe und ausgewählter dazwischenliegender Lohngruppen in der höchsten tarifmäßigen Altersstufe. Tarifliche Anfangs- und Endgehälter der höchsten und niedrigsten Gehaltsgruppe und ausgewählter dazwischenliegender Gehaltsgruppen. (Jeweils in der höchsten tarifmäßigen Ortsklasse; in den übrigen Ortsklassen nur die am stärksten besetzte Lohn- bzw. Gehaltsgruppe.)

Für Arbeiter und Angestellte: wichtige tarifliche Regelungen (Arbeitszeit, Urlaub, Bezahlung bei Krankheit, Zuschläge für Überstunden u. ä.) nur jährlich, jeweils nach dem Stand April.

(Zusammenstellung im StBA anhand der vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung [Tarifregister] und von den Sozialpartnern zur Verfügung gestellten Tarifverträge.)

Veröffentlichungen

WiSta 1/71; 1/72, 1/73; 1/74, 2/75.
Fachserie M, Reihe 11/I und 11/II (halbjährlich).

Indizes der tariflichen Wochenarbeitszeiten und der Tariflöhne und -gehälter in der gewerblichen Wirtschaft sowie bei Gebietskörperschaften

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1970)«.

1 Tarifliche Wochenarbeitszeiten der Arbeiter und Angestellten
(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 384.)

Veröffentlichungen

WiSta 8/60 (M); 1/66 (M); 11/74 (M).
WiSta * (vierteljährlich).
Fachserie M, Reihe 11/III (vierteljährlich).

2 Tarifliche Stundenlöhne und Wochenlöhne der Arbeiter
(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 384.)

Veröffentlichungen

WiSta 9/58 (M); 1/66 (M), 11/74 (M).
WiSta * (vierteljährlich).
Fachserie M, Reihe 11/III (vierteljährlich).

20.4 Statistik der Tariflöhne und -gehälter

3 Tarifliche Monatsgehälter der Angestellten
(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 384.)

Veröffentlichungen

WiSta 9/58 (M); 1/66 (M); 11/74 (M).

WiSta* (vierteljährlich).

Fachserie M, Reihe 11/III (vierteljährlich).

Index der Tariflöhne in der Landwirtschaft

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 384.)

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1970)«.

Veröffentlichungen

WiSta 11/58 (M); 12/64 (M).

WiSta 1/71; 1/72; 1/73; 1/74; 2/75.

Fachserie M, Reihe 11/III (jährlich).

Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft und in der Industrie (einschließlich Bauindustrie)

(Monatliche Berechnung und Zusammenstellung in der Deutschen Bundesbank.)

Entwicklung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus auf Stunden- und Monatsbasis (1962 = 100).

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank

Monatsberichte.

20.5 Statistik der betrieblichen Altersversorgung

Rechtsgrundlage

Verordnung zur Durchführung einer Erhebung über Arten und Umfang der betrieblichen Altersversorgung vom 11. März 1974 (BGBl. I S. 681).

Periodizität

Einmalig 1974 für das Kalenderjahr 1973 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Rund 11 000 erfaßte Unternehmen (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 378 f.).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl der Unternehmen und Beschäftigten insgesamt, Zahl der Unternehmen mit betrieblicher Altersversorgung sowie Zahl der darin Beschäftigten, Arten der betrieblichen Altersversorgung, Zahl der begünstigten Arbeitnehmer nach Beschäftigtengruppen, Leistungsformen, durchschnittliche Höhe der monatlichen Versorgungsleistung nach 35 Dienstjahren im Unternehmen, Anpassung der Höhe der Versorgungsleistung an die wirtschaftliche Entwicklung, Aufwendungen der Unternehmen für die betriebliche Altersversorgung im Jahre 1973.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 7, 8/75.

21 WIRTSCHAFTSRECHNUNGEN

21.1 Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte	305
21.2 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973	305

21.1 Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18).

Periodizität

Monatliche Erhebung anhand laufender Anschreibungen in Haushaltsbüchern und monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Haushaltstyp 1: Rund 150 Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen (1975 unter 950 DM im Monat).

Haushaltstyp 2: Rund 400 Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen (1975 zwischen 1 700 und 2 500 DM im Monat).

Haushaltstyp 3: Rund 450 Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (1975 zwischen 3 200 und 4 200 DM im Monat).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Vollständiges monatliches Haushaltsbudget; Einkommen bzw. Einnahmen der Haushalte nach Quellen; Ausgaben der Haushalte für Privaten Verbrauch, Übertragungen, Ersparnis; Ausgaben für den Privaten Verbrauch nach dem Verwendungszweck sowie nach Dauerhaftigkeit und Wert der erworbenen Güter; eingekaufte Mengen von Nahrungs- und Genussmitteln; Sonderaufbereitungen für ausgewählte Ausgabengruppen. Ferner allgemeine Angaben über Wohnverhältnisse, Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern u. ä.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1963)« sowie nach der »Systematik der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte (Ausgabe 1963)«.

Veröffentlichungen

WiSta 8/65 (M); 3/70; 1/71; 6/72, 5/73; 6/74; 7/75.

WiSta* (monatlich).

Fachserie M, Reihe 13 (monatlich, jährlich).

21.2 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18). Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 21. März 1972 (BGBl. I S. 481).

Periodizität

Wiederholungen in drei- bis fünfjährlichem Turnus (monatliche Anschreibungen; Aufbereitung für ein ganzes Jahr); zuletzt für 1973 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Rund 55 000 Haushalte, d. s. etwa 0,25 % Haushalte aller Bevölkerungsschichten (Stichprobenverfahren — Näheres siehe S. 378 f.).

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Einkommen der Haushalte nach Quellen (Erwerbstätigkeit, Rente, Pension, eigenes Vermögen u. ä.); Ersparnisbildung nach Sparformen (Einlagen in Sparbüchern, Prämien für Bauspar- und Lebensversicherungsverträge, Kauf von Wertpapieren, Haus- und Grundbesitz). Ausgaben der Haushalte nach dem Verwendungszweck sowie nach Dauerhaftigkeit und Wert der erworbenen Güter. — Außerdem Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern, Vermögensformen und -bestände sowie Schulden. 1973 auch tiefgegliederte Aufwendungen für Nahrungs- und Genußmittel nach Menge und Wert sowie Mahlzeiten außer Haus.

Fachliche Gliederung

Nach dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1963)« sowie nach der »Systematik der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte (Ausgabe 1963)«.

Veröffentlichungen

WiSta 7/72 (M); 5/73; 7, 10, 11, 12/74; 2, 6, 8, 9, 10, 11, 12.75.
Fachserie M, Reihe 18 (unregelmäßig).

22 VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN

22.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	309
22.2 Finanzierungsrechnung	313
22.3 Zahlungsbilanzstatistik	313

Vorbemerkung: Die nachfolgend aufgeführten Berechnungen werden anhand zahlreicher Statistiken im StBA durchgeführt.

22.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953; § 2, Nr. 5 (BGBl. I S. 1314).

Periodizität

Konten: Jährlich.

Standardtabellen: Jährlich und halbjährlich (Vierteljahresergebnisse für ausgewählte Tatbestände der Sozialproduktberechnung sind geplant).

Input-Output-Tabellen: Jährlich.

Vermögensrechnungen: Jährlich.

Ergebnisse

Tatbestände

Darstellung des wirtschaftlichen Geschehens in Form eines geschlossenen Kontensystems und in einer Reihe ergänzender Tabellen (Standardtabellen, Input-Output-Tabellen), ferner Nachweis der hiermit im Zusammenhang stehenden Vermögensbestände (Sach-, Geldvermögen usw.). Die wirtschaftlichen Einheiten (Unternehmen, Körperschaften des Staatssektors, private Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte) werden in den Konten und Standardtabellen zu Sektoren zusammengefaßt, in einigen Tabellen auch in tieferer Gliederung nach Unternehmensbereichen usw. dargestellt.

Konten

Die wirtschaftlichen Tätigkeiten und damit verbundenen Vorgänge werden in zwei zusammengefaßten Konten (Konto 0 und Konto 8) und in den Konten der Sektoren (Kontengruppen 1 bis 7) dargestellt. Sektorkonten werden für die Sektoren Unternehmen (Produktionsunternehmen, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen), Staat (Gebietskörperschaften, Sozialversicherung) sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter aufgestellt:

- Konto 0:** Zusammengefaßtes Güterkonto der Volkswirtschaft
Gesamtes Aufkommen an Gütern (Waren und Dienstleistungen) aus inländischer Produktion (Produktionswerte der Sektoren) und Einfuhr, gesamte Verwendung der Güter, gegliedert in Vorleistungen, letzten Verbrauch (Privater Verbrauch und Staatsverbrauch), Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung sowie Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen.
- Kontengruppe 1:** Produktionskonten der Sektoren
Produktionswerte, Vorleistungen, Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt.
- Kontengruppe 2:** Einkommensentstehungskonten der Sektoren
Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt, Abschreibungen, indirekte Steuern, Subventionen, Beiträge zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten.
- Kontengruppe 3:** Einkommensverteilungskonten der Sektoren
Beiträge zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten, empfangene und geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, Anteile am Volkseinkommen.

- Kontengruppe 4: Einkommensumverteilungskonten der Sektoren
Anteile am Volkseinkommen, empfangene laufende Übertragungen (indirekte Steuern, direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, Nettoprämien für Schadenversicherungen und Schadenversicherungsleistungen, sonstige laufende Übertragungen), geleistete laufende Übertragungen (Subventionen, direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, Nettoprämien für Schadenversicherungen und Schadenversicherungsleistungen, sonstige laufende Übertragungen), verfügbares Einkommen.
- Kontengruppe 5: Einkommensverwendungskonten der Sektoren
Verfügbares Einkommen, letzter Verbrauch (Privater Verbrauch bzw. Staatsverbrauch), Ersparnis.
- Kontengruppe 6: Vermögensveränderungskonten der Sektoren
Ersparnis, nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä., Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen, geleistete Vermögensübertragungen, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung, Finanzierungssalden.
- Kontengruppe 7: Finanzierungskonten der Sektoren
Finanzierungssalden, Veränderung der Forderungen und der Verbindlichkeiten (Ergebnisse der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank siehe S. 313.).
- Konto 8: Zusammengefaßtes Konto der übrigen Welt
Aufwendungen der übrigen Welt: Käufe von Waren und Dienstleistungen, geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen, geleistete Übertragungen, Veränderung der Forderungen; Erträge der übrigen Welt: Verkäufe von Waren und Dienstleistungen, empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen, empfangene Übertragungen, Veränderung der Verbindlichkeiten.

Tabellen zum Sozialprodukt und andere Standardtabellen

Entstehung des Sozialprodukts

Produktionswerte, Vorleistungen, Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, Abschreibungen, Beiträge zum Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen, indirekte Steuern abzüglich Subventionen, Beiträge zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten, entstandene Einkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen für 16 Bereiche (Einkommen 11 Bereiche). Darüber hinaus Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen und in konstanten Preisen für 32 Bereiche. Ferner Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen je Erwerbstätigen (Produktivität).

Verwendung des Sozialprodukts

Privater Verbrauch nach Hauptgruppen, Staatsverbrauch (gegliedert nach Verbrauch für zivile Zwecke und Verteidigungsaufwand), Anlageinvestitionen nach Anlagearten (Ausrüstungen, Bauten) sowie nach Sektoren und Herkunft, Vorratsveränderung (auch Vorratsbestände), Außenbeitrag (Ausfuhr abzüglich Einfuhr von Waren und Dienstleistungen). Angaben in jeweiligen Preisen und für die wichtigsten Untergliederungen auch in konstanten Preisen; Preisindizes (mit wechselnder Wägung) siehe Übersicht S. 384.).

Verteilung des Volkseinkommens

Volkseinkommen nach Sektoren, Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Übergang vom Inlands- zum Inländerkonzept, Zusammensetzung nach

Bruttolöhnen und -gehältern, Arbeitgeberbeiträgen und zusätzlichen Sozialaufwendungen der Arbeitgeber, ferner Abzüge von den Bruttolöhnen und -gehältern, Nettolohn- und -gehaltsumme bzw. Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit; auch Angaben je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer), Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Übergang vom Inlands- zum Inländerkonzept, Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Unternehmensgewinne nach Sektoren sowie Einkommen aus Vermögen nach Arten und Sektoren, Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen durch Abgaben, Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen, nichtentnommene Gewinne); Volkseinkommen und Einkommen der privaten Haushalte aus Erwerbstätigkeit und Vermögen je Einwohner und je Erwerbstätigen; ferner als Bezugsgrößen verwendete Durchschnittszahlen der Einwohner, Erwerbstätigen und beschäftigten Arbeitnehmer.

Einkommen der privaten Haushalte (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter) und seine Verwendung

Erwerbs- und Vermögenseinkommen und empfangene laufende Übertragungen in verschiedenen Gliederungen, gesamtes Einkommen, Zinsen auf Konsumentenschulden, geleistete laufende Übertragungen, verfügbares Einkommen einschl. und ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä., Privater Verbrauch (auch je Einwohner), Ersparnis, nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä., empfangene und geleistete Vermögensübertragungen, Finanzierungssaldo (nach der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank).

Der Staat als Teil der Volkswirtschaft

Laufende Einnahmen (Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, empfangene laufende Übertragungen) und laufende Ausgaben (Zinsen auf öffentliche Schulden, geleistete laufende Übertragungen, Staatsverbrauch), Ersparnis, empfangene bzw. geleistete Vermögensübertragungen und Investitionen des Staates (auch getrennt für Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) — diese Tatbestände nach empfangenden bzw. leistenden Sektoren —; Aufwendungen für Verwaltungsleistungen und ihre Verwendung (getrennt für Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung); Umverteilung von Einkommen und Vermögen über den Staat (gegliedert nach der Art und den empfangenden bzw. leistenden Sektoren); Gesamtüberblick über die wirtschaftlichen Beziehungen des Staates (gegliedert nach Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung) zu den anderen Sektoren und zur übrigen Welt (Ausgaben: Käufe von Waren und Dienstleistungen, geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen, geleistete Übertragungen, Veränderung der Forderungen; Einnahmen: Verkäufe von Verwaltungsleistungen, empfangene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, empfangene Übertragungen, Veränderung der Verbindlichkeiten); Anlageinvestitionen nach Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung.

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Ersparnis, empfangene und geleistete Vermögensübertragungen, Vermögensbildung (Ersparnis zuzüglich Saldo der Vermögensübertragungen), Nettoinvestitionen und Finanzierungssalden, gegliedert nach Sektoren; Veränderung der Forderungen und Verbindlichkeiten nach Arten und Sektoren (nach der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank).

Wirtschaftliche Vorgänge mit der übrigen Welt

Aus- und Einfuhr nach Waren und Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt, Außenbeitrag, laufende Übertragungen zwischen Inländern und der übrigen Welt, Saldo der laufenden Einnahmen und Ausgaben, Vermögensübertragungen zwischen Inländern und der übrigen Welt, Finanzierungssaldo gegenüber der übrigen Welt. Ausfuhr, Einfuhr und Außenbeitrag auch in konstanten Preisen.

Input-Output-Tabellen

Input-Output-Tabellen ergänzen die Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Sozialprodukts um die Darstellung der güter- und produktionsmäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft. Gezeigt wird die Verteilung des Gesamtaufkommens an Gütern (Waren und Dienstleistungen) aus der inländischen Produktion und der Einfuhr auf einzelne Gütergruppen, die Verwendung der Güter als Vorleistungen der Produktionsbereiche, letzten Verbrauch, Investitionen usw. sowie die im Zuge der inländischen Produktion in den einzelnen Produktionsbereichen entstandenen Einkommen. Die Produktionsbereiche umfassen vor allem im Hinblick auf die Produktionstechnik und die Input-Struktur möglichst homogene Produktionseinheiten.

Input-Output-Tabelle 1970

Aufkommen an Gütern aus inländischer Produktion und Einfuhr zu Ab-Werk- bzw. Ab-Zoll-Preisen nach 60 Gütergruppen, die Verwendung der Güter (Vorleistungen der 60 Produktionsbereiche, Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen, Vorratsveränderung und Ausfuhr) sowie die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen und ihre Zusammensetzung (Abschreibungen, indirekte Steuern abzügl. Subventionen, Nettowertschöpfung zu Faktorkosten) nach 60 Produktionsbereichen. Außer Tabellen mit Angaben zu Ab-Werk-Preisen werden Tabellen u. a. auf der Grundlage der Anschaffungspreise (vom Käufer zu zahlende Preise einschl. Handels- und Transportleistungen) aufgestellt.

An der Aufstellung vergleichbarer Tabellen für die folgenden Jahre wird gearbeitet.

Vermögensrechnungen

Ziel der Darstellung ist eine gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung, in der

- das Sach- und Geldvermögen, die Verbindlichkeiten und das Reinvermögen der Sektoren in Sektorvermögensbilanzen und
- das in der Produktion eingesetzte reproduzierbare Sachvermögen brutto und netto (d. h. nach Abzug der Abschreibungen) in Kapitalstockberechnungen

dargestellt werden. Bisher liegen Angaben über die Bestände an reproduzierbarem Sachvermögen und — im Rahmen der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank (siehe unten) — über die Bestände an Geldvermögen und Verpflichtungen vor.

Das reproduzierbare Sachvermögen umfaßt das in der Produktion eingesetzte reproduzierbare Anlagevermögen ohne Grund und Boden sowie die Vorratsbestände (nicht enthalten sind das Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte und die militärisch genutzten dauerhaften Güter). Dargestellt werden die Anlagevermögensbestände brutto und netto (d. h. nach Abzug der Abschreibungen), die Zugänge, Abgänge und Abschreibungen nach Güterarten (Ausrüstungen und Bauten sowie Vorräte) und nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; gewerbliche Bereiche; Wohnungsvermietung einschl. eigengenutzter Wohnungen; Staat; private Organisationen ohne Erwerbscharakter) zu Anschaffungs-, Wiederbeschaffungs- und konstanten Preisen. Eine tiefere Gliederung nach Wirtschaftsbereichen ist vorgesehen.

Fachliche Gliederung

Wirtschaftsbereiche: Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen«.

Privater Verbrauch: Nach dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1963)«.

Indizes und Meßzahlen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 384.)

Veröffentlichungen

Konten:

WiSta 6, 10/60 (M); 6/70 (M).

Fachserie N, Reihe 1 und 3 (jährlich mit Vorbericht).

Tabellen zum Sozialprodukt und andere Standardtabellen.

Jahresergebnisse: WiSta 3, 11/57 (M); 3, 9/58 (M); 12/60 (M); 3/61 (M); 6/62 (M); 1, 12/63 (M); 9/66 (M); 9/68 (M); 2, 7/70 (M); 7/72 (M); 4/74 (M).

Fachserie N, Reihe 3 (Revidierte Reihen ab 1950).

Halbjahresergebnisse: WiSta 12/65 (M); 3/70.

Fachserie N, Reihe 1 (jährlich mit Vorbericht)

Input-Output-Tabellen:

WiSta 2/65 (M); 3/74 (M).

Fachserie N, Reihe 2 (unregelmäßig).

Vermögensrechnungen:

WiSta 10/71 (M); 11/72 (M).

Fachserie N, Reihe 1 (jährlich mit Vorbericht)

Periodizität

Jährlich und halbjährlich.

Ergebnisse

Tatbestände

Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen:

Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen der inländischen Sektoren, gegliedert nach finanziellen Sektoren (Banken, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen) und nichtfinanziellen Sektoren (Produktionsunternehmen einschl. und ohne Wohnungswirtschaft, Staat — Gebietskörperschaften und Sozialversicherung —, private Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter, Ausland) und nach wichtigen Formen der Geldvermögensbildung bzw. Kreditaufnahme (Bargeld und Sichteinlagen, Termingelder, Spareinlagen, Geldanlage bei Bausparkassen, Geldanlage bei Versicherungen, Erwerb bzw. Absatz von Geldmarktpapieren, festverzinslichen Wertpapieren und Aktien, Auslandsposition der Deutschen Bundesbank, kurzfristige Bankkredite, längerfristige Bankkredite, Darlehen der Bausparkassen, Darlehen der Versicherungsunternehmen, sonstige Forderungen bzw. Verpflichtungen, innersektorale Forderungen bzw. Verpflichtungen).

Bestand an Geldvermögen und Verpflichtungen:

Jahresbestände an Geldvermögen und Verpflichtungen nach Sektoren und Arten werden in der gleichen Gliederung wie die der Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen (s. o.) dargestellt.

(Berechnung und Zusammenstellung in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

Monatsberichte; Sonderdruck 5/75.

Hinweis: Die Veränderungen der Forderungen und Verpflichtungen der Sektoren erscheinen u. a. in den Finanzierungskonten (Kontengruppe 7) und im Konto der übrigen Welt (Konto 8) sowie in der Gliederung nach Arten in den jährlichen Standardtabellen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes.

22.3.1 Zahlungsbilanzen (Gesamtübersichten)

Rechtsgrundlage

Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961, § 26 (BGBl. I S. 481); Außenwirtschaftsverordnung vom 22. August 1961, §§ 55 ff. (BGBl. I S. 1381); Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs vom 1. Mai 1957 (BGBl. I S. 413); Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957, § 18 (BGBl. I S. 745).

22.2 Finanzierungsrechnung

22.3 Zahlungsbilanzstatistik

Periodizität

Laufende Ermittlung; monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Sämtliche statistisch erfaßbaren wirtschaftlichen Transaktionen der Bundesrepublik einschl. Berlin (West) mit dem Ausland, unterteilt in Warenhandel, Dienstleistungen, Übertragungen, Kapitaleleistungen und Devisenbewegungen.

Monatlich: Sachliche Gliederung für Monate, Vierteljahre und Jahre, ohne regionale Gliederung; Darstellung der Einfuhr auf cif-Basis.

Jährlich: Zusammenstellung der Zahlungsbilanz in ausführlicher sachlicher und regionaler Gliederung; Darstellung der Einfuhr auf fob-Basis.

(Ermittlung und Zusammenstellung in der Deutschen Bundesbank unter Verwendung zahlreicher Statistiken.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3

22.3.2 Statistik des Transithandels, der Dienstleistungen und der Übertragungen mit dem Ausland

Rechtsgrundlage

Siehe unter 22.3.1.

Periodizität

Laufende Ermittlung; monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Gebietsansässige, wenn sie — von Ausnahmen abgesehen — im Einzelfall Zahlungen von mehr als 1 000 DM oder Gegenwert als Entgelt für Käufe und Verkäufe im Transithandel und für Dienstleistungen oder unentgeltlich an Gebietsfremde leisten oder von Gebietsfremden entgegennehmen.

Berichtsweg

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Geleistete und empfangene Zahlungen für Käufe und Verkäufe im Transithandel monatlich und vierteljährlich, jährlich nach Ländergruppen; Einnahmen und Ausgaben für Dienstleistungen sowie für fremde und eigene Übertragung im Außenwirtschaftsverkehr, monatlich und vierteljährlich in sachlicher, jährlich außerdem in regionaler Gliederung; Einnahmen und Ausgaben im Reiseverkehr nach Ländergruppen und Ländern, vierteljährlich und jährlich.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3.

22.3.3 Statistik des langfristigen Kapitalverkehrs mit dem Ausland

Rechtsgrundlage

Siehe unter 22.3.1.

Periodizität

Siehe unter 22.3.1; für Stand der Forderungen und Verbindlichkeiten: monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Gebietsansässige, wenn sie im Einzelfall Zahlungen im Kapitalverkehr von mehr als 1 000 DM (bei Meldungen nach §§ 55 und 57 AWW: mehr als 10 000 DM) oder Gegenwert an Gebietsfremde leisten oder von Gebietsfremden entgegennehmen. Gebietsansässige Unternehmen (ohne Kreditinstitute) und Private, soweit ihre kurz- und längerfristigen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden mehr als 100 000 DM betragen.

Berichtsweg

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Langfristige deutsche Kapitalanlagen im Ausland und langfristige ausländische Kapitalanlagen im Inland (Zahlungsbilanzangaben), getrennt für die Sektoren »Privat« (Kreditinstitute, Wirtschaft und Private) und »Öffentlich«, monatlich in sachlicher, vierteljährlich und jährlich außerdem in regionaler Gliederung. Vermögensanlagen zur Schaffung dauerhafter Wirtschaftsbeziehungen (Direktinvestitionen, §§ 55 bis 58 AWW) halbjährlich gegliedert nach Wirtschaftszweigen und Ländern. Stand der langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen und Privaten gegenüber dem Ausland aus Finanzkrediten.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

Monatsberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3.

Außerdem (Direktinvestitionen nach §§ 55 bis 58 AWW).

22.3.4 Statistik des kurzfristigen Kapitalverkehrs mit dem Ausland

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957, § 18 (BGBl. I S. 745). Außenwirtschaftsverordnung vom 22. August 1961, § 62 (BGBl. I S. 1381).

Periodizität

Siehe unter 22.3.1; für Stand der Forderungen und Verbindlichkeiten: monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten

- 1 Gebietsansässige Kreditinstitute.
- 2 Gebietsansässige Unternehmen (ohne Kreditinstitute) und Private, soweit ihre kurz- und längerfristigen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden mehr als 100 000 DM betragen.
- 3 Gebietsansässige öffentliche Stellen.

Berichtsweg

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1 und 2: Stand und Veränderung der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern aus Finanzkrediten, monatlich

und vierteljährlich in sachlicher, jährliche Veränderungen außerdem in regionaler Gliederung. Monatliche Veränderung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Handelskrediten.

Zu 3: Veränderung der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten, wie oben.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

Monatsberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3.

22.3.5 Auslandsposition der Deutschen Bundesbank

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung.

Ergebnisse

Tatbestände

Stand der Auslandsposition der Deutschen Bundesbank (Gold, Forderungen und Verbindlichkeiten) nach Sachpositionen am Monatsende und ihre Veränderung; jährliche Veränderung der Auslandsposition nach Sachpositionen.

(Zusammenstellungen anhand in der Deutschen Bundesbank vorhandener Unterlagen.)

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank.

Monatsberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3.

23 UMWELTSCHUTZ

23.1 Statistik der Abfallbeseitigung	319
23.2 Statistik der Wasserversorgung und der Abwasser- beseitigung	320
23.3 Statistik der Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe	322
23.4 Statistik der Investitionen für Umweltschutz	323

23.1.1 Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung

23.1 Statistik der Abfallbeseitigung

Rechtsgrundlage

Gesetz über Umweltstatistiken vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1938).

Periodizität

Zwei- bzw. vierjährlich; erstmals für 1975 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die für die Abfallbeseitigung zuständigen Körperschaften des öffentlichen Rechts und Dritte, deren sich diese bedienen.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Alle zwei Jahre: Zahl der von der öffentlichen Abfallbeseitigung erfaßten Einwohner; Angaben über das erfaßte Gebiet; Einsammeln und Befördern der Abfälle; Art und Menge der Abfälle; Art und Ort der Abfallbeseitigungsanlagen.

Alle vier Jahre: Angaben für die Planung von Abfallbeseitigungsanlagen.

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

23.1.2 Statistik der Abfallbeseitigung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Verkehr und bei bestimmten Anstalten und Einrichtungen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 23.1.1.

Periodizität

Zweijährlich; erstmals für 1975 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Höchstens 100 000 Betriebe des produzierenden Gewerbes, Handels, Verkehrs und bei Krankenhäusern, Schlachthöfen und Tierkörperbeseitigungsanstalten.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Art, Menge und Beseitigung von Abfällen.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Umweltstatistiken (Stand Juli 1974)«.

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

23.1.3 Statistik der Abfallbeseitigung in der Viehhaltung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 23.1.1.

Periodizität

Zweijährlich; erstmals für 1975 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Betriebe mit großen Viehhaltungen (registrierpflichtige Betriebe mit Stallplätzen für mindestens: 7 000 Legehennen, 14 000 Stück Mastgeflügel, 700 Mastschweine oder 280 Zuchtsauen).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Art, Menge und Beseitigung von Abfällen.

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

23.2 Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung

23.2.1 Statistik der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserbeseitigung

Rechtsgrundlage

Gesetz über Umweltstatistiken vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1938).

Periodizität

Vierjährlich; erstmals für 1975 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Unternehmen und Einrichtungen, die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung betreiben.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wasserversorgung: Gewinnung, Bezug und Beschaffenheit von Grundwasser, Quellwasser und Oberflächenwasser, getrennt nach Gewinnungsanlagen. Abgabe von Wasser nach Menge und Beschaffenheit; Zahl der versorgten Einwohner.

Abwasserbeseitigung: Menge des Abwassers; Herkunft des Abwassers; Art und Wirkungsgrad der Abwasserbehandlung; die an öffentliche Kanalisation und Kläranlagen angeschlossenen und nicht angeschlossenen Einwohner; Schädlichkeit des an öffentliche Kanalisation und Kläranlagen angeschlossenen Abwassers; Sammlung und Ableitung des Abwassers; Menge, Behandlung, Verwendung und Beseitigung des Klärschlammes; Einnahmen aus und Ausgaben für Ableitung und Behandlung des Abwassers.

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

HINWEIS: Diese Statistik wurde für weniger Tatbestände bereits in früheren Jahren — zuletzt 1970 für das Jahr 1969 — aufgrund einer besonderen Rechtsverordnung durchgeführt Ergebnisse in Fachserie D, Reihe 5/III.

23.2.2 Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung in der Wirtschaft

Rechtsgrundlage

Siehe unter 23.2.1.

Periodizität

Zweijährlich; erstmals für 1975 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Höchstens 150 000 Betriebe von Unternehmen aus den Bereichen: Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht, mit einem Bezug oder einer Gewinnung von Wasser ab insgesamt 10 000 m³ je Jahr. Bei Betrieben im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe auch bei Betrieben mit einem Bezug oder einer Gewinnung von Wasser von weniger als insgesamt 10 000 m³ je Jahr.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Gewinnung, Bezug, Abgabe, Gebrauch und Verbrauch von Wasser, Kreislaufwasser und Mehrfachnutzung, Menge und Schädlichkeit des Abwassers; Art und Wirkungsgrad der Abwasserbehandlung; Sammlung und Ableitung des Abwassers; Menge, Behandlung, Verwendung und Beseitigung des Klärschlammes.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Umweltstatistiken (Stand Juli 1974)«.

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

Hinweis: Ergebnisse für die Industrie fielen früher im Rahmen der Zusatzerhebung zum Industriebericht an und sind — zuletzt für 1973 — in Fachserie D, Reihe 5/II, veröffentlicht.

23.2.3 Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 23.2.1.

Periodizität

Zweijährlich; erstmals für 1975 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung betreiben.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Gewinnung und Bezug des Wassers; Kreislaufwasser und Mehrfachnutzung; Menge, Rückkühlung, Behandlung und Beseitigung des Abwassers, getrennt nach Kühlwasser und sonstigem Abwasser.

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

23.2.4 Statistik der Abwasserbeseitigung in der Viehhaltung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 23.2.1.

Periodizität

Zweijährlich; erstmals für 1975 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Betriebe mit großen Viehhaltungen (registrierpflichtige Betriebe mit Stallplätzen für mindestens: 7 000 Legehennen, 14 000 Stück Mastgeflügel, 700 Mastschweinen oder 280 Zuchtsauen).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Sammlung und Beseitigung des Abwassers.

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

23.3 Statistik der Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe

Rechtsgrundlage

Gesetz über Umweltstatistiken vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1938).

Periodizität

Jährlich; erstmals für 1975 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Nach Landesrecht zuständige Dienststellen.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unfälle bei der Lagerung: Art des Lagerbehälters; Art und Menge des wassergefährdenden Stoffes; Art, Ort und Zeit des Unfalls; Ursache des Unfalls; Unfallfolgen.

Unfälle beim Transport: Beförderungsmittel; Art und Menge des wassergefährdenden Stoffes; Art, Ort und Zeit des Unfalls; Ursache des Unfalls; Unfallfolgen.

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

23.4.1 Statistik der Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe

23.4 Statistik der Investitionen für Umweltschutz

Rechtsgrundlage

Gesetz über Umweltstatistiken vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1938).

Periodizität

Jährlich; erstmals für 1975 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Höchstens 100 000 Betriebe von Unternehmen des produzierenden Gewerbes.

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Für Unternehmen und Betriebe: Wert der Bruttozugänge an Sachanlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen, sowie Gebühren und Beiträge für den Bau und Betrieb von Umweltschutzanlagen, jeweils unterteilt für Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung.

Fachliche Gliederung

Nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umweltstatistiken (Stand Juli 1974)«.

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

23.4.2 Statistik der Investitionen für Umweltschutz in der Viehhaltung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 23.4.1.

Periodizität

Jährlich; erstmals für 1975 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Betriebe mit großen Viehhaltungen (registrierpflichtige Betriebe mit Stallplätzen für mindestens: 7 000 Legehennen, 14 000 Stück Mastgeflügel, 700 Mastschweine oder 280 Zuchtsauen).

Berichtsweg

Befragte — StLÄ — StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wert der Bruttozugänge an Sachanlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen, sowie Gebühren und Beiträge für den Bau und Betrieb von Umweltschutzanlagen, jeweils unterteilt nach Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung.

Veröffentlichungen

Vorgesehen.

24 AUSLANDSSTATISTIK

Allgemeine Auslandsstatistik

24.1 Internationale Übersichten	327
24.2 Länderberichte	327

Auslandsstatistische Fachgebiete

24.3 Industriestatistik	328
24.4 Außenhandelsstatistik	328
24.5 Statistik der Straßenverkehrsunfälle	328
24.6 Preisstatistik	329
24.7 Lohnstatistik	329
24.8 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	330
24.9 Zahlungsbilanzen	330

Vorbemerkung: Ergebnisse aus der Statistik des Auslandes werden im Statistischen Bundesamt bearbeitet. Als Quellen dienen Veröffentlichungen, Dokumente und Mitteilungen von amtlichen Stellen des Auslandes, von internationalen Organisationen und von deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland, vereinzelt auch ausländische Zeitschriften und ähnliche Unterlagen. Die Ergebnisse werden, soweit möglich, durch eigene Feststellungen ergänzt. Rechtsgrundlage für die Arbeiten des StBA ist das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953, § 2, Ziff. 4 (BGBl. I S. 1314).

Allgemeine Auslandsstatistik

Ergebnisse

Tatbestände

Ländervergleiche für ausgewählte Tatbestände, die für die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland von besonderer Bedeutung sind.

Veröffentlichungen

IntMon: Monatlicher Berichtsteil mit Konjunkturdaten für zahlreiche Länder; Sondertabelle für wichtige Fachbereiche.
Internationale Übersicht im StJb.

Ergebnisse

Tatbestände

1 Länderberichte:

Unregelmäßig: Zusammenfassende textliche Darstellungen und statistische Angaben für einzelne Länder und Ländergruppen über Staats- und Verwaltungsaufbau, Gebiet und Bevölkerung, Gesundheitswesen, Unterricht und Bildung, Erwerbstätigkeit, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Produzierendes Gewerbe (Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft), Binnenhandel, Außenhandel, Verkehr, Fremdenverkehr, Geld und Kredit, Öffentliche Finanzen, Entwicklungsplanung und Entwicklungshilfe, Preise, Löhne, Versorgung und Verbrauch, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Zahlungsbilanzen.

2 Länderkurzberichte:

Ein- bis dreijährlich bzw. unregelmäßig: Gestraffte textliche und statistische Übersichten mit zeitlichen Vergleichen über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur und Entwicklung von rund 145 Ländern (Sachbereiche wie unter Ziffer 1).

Veröffentlichungen

(Erscheinungsjahr des letzten Berichts in Klammern)

Zu 1: Ägypten (1974); Afghanistan (1966); Äthiopien (1972); Algerien (1975); Argentinien (1968); Birma (1972); Brasilien (1968); Bulgarien (1972); Burundi (1967); Ceylon (1972); Chile (1970); China (VR) (1969); China (Taiwan) (1970); Costa Rica (1966); Dominikan. Republik (1965); Ecuador (1965); Elfenbeinküste (1969); El Salvador (1965); Ghana (1972); Guinea (1967); Haiti (1965); Honduras (1966); Indien (1971); Indonesien (1974); Irak (1967); Iran (1967); Jordanien (1969); Jugoslawien (1974); Kamerun (1968); Kenia (1969); Kolumbien (1965); Kongo (Dem. Rep.) (1970); Korea/Süd (1975); Länder im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (1970); Liberia (1973); Madagaskar (1973); Malawi (1967); Malaysia (1969); Mali (1966); Marokko (1975); Mexiko (1966); Nicaragua (1966); Niger (1966); Nigeria (1967); Ostafrikanische Gemeinschaft (1971); Pakistan (1974); Panama (1966); Paraguay (1965); Peru (1966); Polen (1973); Rumänien (1974); Somalia (1966); Sudan (1966); Thailand (1967); Togo (1969); Tschechoslowakei (1975); Tunesien (1970); Türkei (1972); Ungarn (1972); Uruguay (1966).

In Vorbereitung: Iran, Kamerun, Korea/Nord, Libyen, Nigeria, Philippinen, Sowjetunion, Sudan, Togo, Tunesien.

Zu 2: Ägypten, Äquatorialguinea, Äthiopien, Afghanistan, Albanien, Algerien, Angola, Argentinien, Australien, Bahamas, Bahrain, Bangladesch, Barbados, Belgien, Birma, Bolivien, Botsuana, Brasilien, Bulgarien, Burundi, Chile, Volksrepublik China, China (Taiwan), Costa Rica, Dahome, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Elfenbeinküste, El Salvador, Fidschi, Finnland, Frankreich, Gabun, Gambia, Ghana, Griechenland, Großbritannien und Nordirland, Guatemala, Guinea, Guyana, Haiti, Honduras, Hongkong, Indien, Indonesien, Irak, Iran, Irland, Island, Israel, Italien, Jamaika, Japan, Arab. Rep. Jemen, Dem. V. R.

24.1 Internationale Übersichten

24.2 Länderberichte

Jemen, Jordanien, Jugoslawien, Kamerun, Kanada, Katar, Kenia, Khmer-Republik, Kolumbien, Kongo (Brazz.), Nord-Korea, Süd-Korea, Kuba, Kuwait, Laos, Lesotho, Libanon, Liberia, Libyen, Liechtenstein, Luxemburg, Madagaskar, Malawi, Malaysia, Mali, Republik Malta, Marokko, Mauretanien, Mauritius, Mexiko, Mongol. Volksrep., Mosambik, Nepal, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Niger, Nigeria, Norwegen, Obervolta, Österreich, Oman, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Philippinen, Polen, Portugal, Ruanda, Rumanien, Sambia, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Senegal, Sierra Leone, Singapur, Somalia, Sowjetunion, Spanien, Sri Lanka (Ceylon), Sudan, Südafrika, Südrhodesien, Swasiland, Syrien, Tansania, Thailand, Togo, Trinidad und Tobago, Tschad, Tschechoslowakei, Türkei, Tunesien, Uganda, Ungarn, Uruguay, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigte Staaten, Nord-Vietnam, Süd-Vietnam, Zaire (Dem. Rep. Kongo), Zentralafrikanische Republik, Zypern
In Vorbereitung 1976 (neu): Brunei, Surinam.

Auslandsstatistische Fachgebiete

Vorbemerkung: Besondere Zusammenstellungen für die Bereiche Bevölkerung, Kultur, Gesundheitswesen, Landwirtschaft und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen sind vorgesehen, die für diese Bereiche zusammengestellten Angaben sind in den Veröffentlichungen über die Allgemeine Auslandsstatistik (siehe Ifd. Nr. 24.1 und 24.2) enthalten.

24.3 Industrie- statistik

Ergebnisse

Tatbestände

1 Bergbau und Energiewirtschaft

Beschäftigung, Produktionswerte, Investitionen, Produktionsindex, jeweils gegliedert nach Zweigen, 80 Erzeugnisse (mengenmäßig).

Installierte Leistung der Elektrizitätswerke, Verbrauch von Energie und Energieträgern insgesamt sowie industrieller Verbrauch.

2 Verarbeitende Industrie

Rund 600 industrielle Erzeugnisse (mengenmäßig), Kapazitäten für eine Anzahl Grundstoffe, Verbrauch ausgewählter Grundstoffe.

Veröffentlichungen

Zu 1: Fachserie D, Reihe 8/I (unregelmäßig).

Zu 2: Fachserie D, Reihe 8/II (unregelmäßig).

Zu 1 und 2: Länderberichte für ausgewählte Länder (unregelmäßig).
Fachserie D, Reihe 8/S.

24.4 Außenhandels- statistik

Ergebnisse

Tatbestände

Darstellung des Welthandels, des Außenhandels von Ländern, Ländergruppen und Wirtschaftsräumen in regionaler und fachlicher Gliederung mit Nachweis des Anteils der Bundesrepublik Deutschland.

Veröffentlichungen

Fachserie G, Reihe 1 (monatlich, jährlich).
Reihe 7/S (unregelmäßig).

24.5 Statistik der Straßen- verkehrsunfälle

Ergebnisse

Tatbestände

Unfälle mit Personenschaden und Verunglückte (jeweils für ausgewählte europäische Länder und für die Vereinigten Staaten).

Veröffentlichungen

Fachserie H, Reihe 6 (monatlich; jährlich mit Vorbericht).

24.6.1 Statistik der Erzeuger- und Großhandelspreise**Ergebnisse***Tatbestände*

Erzeuger- und Großhandelspreise wichtiger landwirtschaftlicher und industrieller Grundstoffe (besonders auch »Weltmarktpreise«) sowie Preisindizes (etwa 60 Indizes).

Veröffentlichungen

Fachserie M, Reihe 9 (monatlich, jährlich).

24.6.2 Statistik der Verbraucherpreise**Ergebnisse***Tatbestände*

Verbraucherpreise für Waren und Leistungen der Lebenshaltung sowie Preisindizes der Lebenshaltung und des Einzelhandels im Ausland (etwa 100 Indizes).

Veröffentlichungen

Fachserie M, Reihe 9 (monatlich, jährlich).

24.6.3 Statistik über den internationalen Vergleich der Preise für die Lebenshaltung**Ergebnisse***Tatbestände*

Verbrauchergeldparitäten der ausländischen Währungen zur DM, berechnet aus Preisvergleichen der Lebenshaltungsgüter für Arbeitnehmerfamilien mittlerer Verbraucherschichten (bisher für 65 Länder). Reisegeldparitäten (bisher für 7 Länder).

Veröffentlichungen

WiSta 6/68 (M); 1, 4, 6/69; 1/70.

Fachserie M, Reihe 10 (monatlich, jährlich).

24.6.4 Statistik der Verkehrspreise**Ergebnisse***Tatbestände*

Eisenbahntarife im Personenverkehr, Frachtraten der Trampschiffahrt im Seeverkehr; Luftverkehrspreise im Personen- und Güterverkehr. Außerdem monatlich bzw. vierteljährlich Zusammenstellung von Indizes der Seefrachtraten für wichtige Länder.

Veröffentlichungen

Fachserie M, Reihe 7 (vierteljährlich).

24.7.1 Statistik der tatsächlichen Arbeitsverdienste**Ergebnisse***Tatbestände*

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter und Angestellten — soweit möglich — nach Geschlecht, Berufen, Leistungsgruppen und Wirtschaftszweigen in ausgewählten europäischen und Überseeländern.

Veröffentlichungen

Fachserie M, Reihe 12/1 (jährlich).

24.7 Lohnstatistik

24.7.2 Statistik der Tariflöhne und -gehälter

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittliche tarifliche, vertragliche, gesetzliche oder in sonstiger Weise festgelegte Stunden-, Tage-, Wochen- oder Monatslohnsätze der Arbeiter sowie Gehaltssätze der Angestellten — soweit möglich — nach Geschlecht, Berufen, Leistungsgruppen, Wirtschaftszweigen und Lohnzonen in ausgewählten europäischen und Überseeländern.

Außerdem Indizes dieser Lohn- und Gehaltssätze — soweit möglich — nach Geschlecht, Berufen, Leistungsgruppen und Wirtschaftszweigen in ausgewählten europäischen und Überseeländern.

Veröffentlichungen

Fachserie M, Reihe 12/II (jährlich).

24.7.3 Statistik der Streiks und Aussperrungen

Ergebnisse

Tatbestände

Anzahl der Fälle, beteiligte Arbeitnehmer sowie verlorene Arbeitstage, jeweils nach ausgewählten europäischen und Überseeländern und — soweit möglich — nach Wirtschaftsabteilungen.

Veröffentlichungen

Fachserie M, Reihe 12/I (jährlich).

24.8 Volkswirtschaftliche Gesamt-rechnungen

Ergebnisse

Tatbestände

Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts sowie Verteilung des Volkseinkommens (soweit vorhanden auch in konstanten Preisen und je Einwohner).

Veröffentlichungen

StJb.
IntMon.

24.9 Zahlungsbilanzen

Ergebnisse

Tatbestände

Zahlungsbilanzen ausgewählter Länder, Auslandshilfe und private Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten im Ausland, Entwicklungshilfe der OECD-Länder.

Gold- und Devisenbestände ausgewählter Länder, Quoten und Ziehungen beim Internationalen Währungsfonds und Darlehen der Weltbank.

Veröffentlichungen

StJb.
IntMon.

Übersicht über Angaben in früheren Ausgaben dieses Bandes *)

Bezeichnung	Letzte Fundstelle		Bezeichnung	Letzte Fundstelle	
	Ausgabe	Seite		Ausgabe	Seite
Gebiet und Bevölkerung			Unternehmen und Arbeitsstätten		
Volkszählung 1946	1950	19	Arbeitsstättenzählung 1950 ..	1962	64
Volkszählung 1950	1962	35	Arbeitsstättenzählung 1961 ..	1966	75
Volkszählung 1961	1966	47			
Kriegsgefangenenstatistik ...	1950	17	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Registrierung der Kriegsgefangenen, Vermißten, Straf- und Untersuchungsgefangenen im Ausland	1950	19	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949	1962	52
Herkunftsgebiete der Vertriebenen (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1964)	1971	67	Zählung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 ha (1950)	1962	53
Bevölkerungsbewegung			Landwirtschaftszählung 1960	1966	63
Aus- und Einwanderungsstatistik	1962	38	EWG-Strukturerhebung 1966/67 in der Landwirtschaft	1971	127
			Forsterhebung 1960	1971	128
Gesundheitswesen			Berichterstattung über ländliche Siedlung	1971	131
Ausbildung in erster Hilfe (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1964)	1971	83	Nutzungsarten von Bodenflächen (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1970)	1971	137
Unfälle und Vergiftungen von Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1965)	1971	83	Erhebung über die Benutzung von Schleppern und Bodenfräsen in der Land- und Forstwirtschaft 1953	1962	54
Bildung und Kultur			Erhebung über Anbau und Erträge von Heil- und Gewürzpflanzen	1962	57
Statistik der Turn- und Sportstätten 1965	1971	97	Obstbaumzählung 1965	1971	137
Rechtspflege			Berichterstattung über Aufzucht	1962	62
Amnestiestatistik	1962	51	Berichterstattung über Be- und Verarbeitung von Fischen ...	1958	47
Erwerbstätigkeit			Edelpelztierzählung	1950	9
Berufszählung 1946	1950	19	Produzierendes Gewerbe		
Berufszählung 1950	1962	41	Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie 1954 ..	1962	68
Berufszählung 1961	1966	51	Handwerkszählung 1949	1956	12
Merkmale der von den Erwerbstätigen ausgeübten Tätigkeiten (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1968)	1971	116	Handwerkszählung 1956	1962	72
Betreuung der Kinder (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1969)	1971	117	Handwerkszählung 1963	1966	82
Umfang des Urlaubsanspruchs (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1969)	1971	117	Bautätigkeit und Wohnungen		
Ausbildung und berufliche Fortbildung (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1970)	1971	118	Kostenstrukturerhebung in der Wohnungswirtschaft für das Jahr 1953	1962	76

*) Aufgeführt sind die in unregelmäßigen Zeitabständen stattfindenden Zählungen, einmalige Erhebungen sowie inzwischen eingestellte laufende Statistiken. Die Vorläufer der sonstigen in diesem Band nachgewiesenen Statistiken werden hier nicht erwähnt, auch wenn das frühere Frageprogramm teilweise von dem gegenwärtigen abweicht.

Bezeichnung	Letzte Fundstelle		Bezeichnung	Letzte Fundstelle		
	Ausgabe	Seite		Ausgabe	Seite	
Statistik der Wohnraumvergaben	1962	78	Öffentliche Sozialleistungen Statistik der Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen	1962	104	
Statistik der Baubeginne	1962	76		Statistik über die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger 1953/55	1962	106
Gebäude- und Wohnungszählung 1950	1958	56		Statistik der Lager und Lagerinsassen 1955	1962	107
Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungst Statistik) 1956/57	1966	87		Eingliederungshilfe für Behinderte 1966 (Zusatzerhebung zur Statistik der Sozialhilfe) ..	1966	117
Gebäudezählung 1961	1971	190		Tuberkulosehilfe 1968 (Zusatzerhebung zur Statistik der Sozialhilfe)	1971	258
Statistik der Gebäude und Wohnungen der ausländischen Streitkräfte	1956	13		Sonstige Hilfen der Kriegsofopferfürsorge 1969 (Zusatzerhebung zur Statistik der Kriegsofopferfürsorge)	1971	259
Wohnungsdefizitberechnungen	1966	88				
Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Reiseverkehr						
Handels- und Gaststättenzählung 1960/61	1966	91				
Verkehr				Finanzen und Steuern		
Verkehrszensus 1962	1971	209	Monatsstatistik der Finanzwirtschaft	1966	120	
Statistik der Güterbewegung im internationalen Verkehr ..	1962	93	Statistik der Ausgaben für Landstraßen I. Ordnung und Landstraßen II. Ordnung	1966	120	
Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben 1951	1962	88				
Repräsentativerhebung über den Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen 1952	1962	88	Löhne und Gehälter			
Benutzte Verkehrsmittel (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1969)	1971	210	Personalkostenerhebung im Straßenverkehrsgewerbe 1967	1971	295	
Führerscheininhaber und Ausnutzung der Fahrerlaubnisse (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1965)	1971	215	Gehalts- und Lohnstrukturhebung in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Erwerbsgartenbau 1962	1971	296	
Statistik des Güterkraftverkehrs	1971	219	Gehalts- und Lohnstrukturhebung im öffentlichen Dienst 1968	1971	298	
Statistik der Kraftfahrzeugleistungen	1971	222	Statistik der Vermögensbildung der Arbeitnehmer 1964	1971	300	
Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr	1966	95				
Geld und Kredit			Wirtschaftsrechnungen			
Halbmonatliche Bankensstatistik	1962	96	Statistik über die Einkommenslage der Wohnbevölkerung (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1962)	1966	133	
Erhebung der Einlagen der öffentlichen Hand	1953	70	Erhebung von Wirtschaftsrechnungen in Arbeiterhaushalten der Montan-Industrien 1956/57	1962	123	
Statistik zur Durchführung der Währungsreform	1953	70				

ÜBERSICHTEN

1 Rechtsgrundlagen

1.1 Allgemeine Bestimmungen

Die für die Bundesstatistik geltenden speziellen Rechtsgrundlagen sind das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953¹⁾ mit seinen Rahmenvorschriften und die Gesetze und Rechtsverordnungen für die einzelnen statistischen Erhebungen.

Zum Verständnis des verfassungsrechtlichen Rahmens und der supranationalen Rechtsetzung wird im folgenden auf einige für die amtliche Statistik wichtige Vorschriften des Grundgesetzes und des europäischen Rechts hingewiesen.

Bestimmungen des Grundgesetzes²⁾

1. Das Prinzip der Bindung der Exekutive an Gesetz und Recht, dem auch die statistische Verwaltung unterliegt, ist in Artikel 20 Absatz 3 GG enthalten:

Artikel 20 Abs. 3

»(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.«

2. Die Gesetzgebungszuständigkeit für Bundesstatistiken ist dem Bund übertragen worden. Dies bestimmt Artikel 73 Nr. 11 GG:

Artikel 73

»Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ...
11. die Statistik für Bundeszwecke.«

Für die Frage, ob auf einem bestimmten Gebiet »Bundeszwecke« verfolgt werden können, ist der gesamte Katalog der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes von Bedeutung, also die Artikel 73 ff. und für das Finanzwesen die Artikel 105 ff. Nach diesen Vorschriften über die ausschließliche und die konkurrierende Gesetzgebung bemißt sich auch die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern (Artikel 70 Abs. 2 GG).

3. Die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen und die Voraussetzung für den Erlaß³⁾ sind in Artikel 80 Absatz 1 GG ausgesprochen:

Artikel 80 Abs. 1

»(1) Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetz bestimmt werden. Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben. Ist durch Gesetz vorgesehen, daß eine Ermächtigung weiter übertragen werden kann, so bedarf es zur Übertragung der Ermächtigung einer Rechtsverordnung.«

4. Die Ausführung der Bundesgesetze obliegt grundsätzlich den Ländern. Das ergibt sich aus Artikel 83, der in Übereinstimmung mit Artikel 30 GG besagt:

Artikel 83

»Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zuläßt.«

Da die Bundesstatistik nicht zu den Verwaltungsgebieten gehört, für die gemäß Artikel 87 Absatz 1 eine bundeseigene Verwaltung eingerichtet ist, wird sie — soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind — von den Ländern durchgeführt, d. h. den Ländern obliegt es, die Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten.

Eine für die Bundesstatistik wichtige Ausnahme von diesem Grundsatz enthält Artikel 87 Absatz 3 Satz 1. Diese Vorschrift lautet:

Artikel 87 Abs. 3 Satz 1

»(3) Außerdem können für Angelegenheiten, für die dem Bund die Gesetzgebung zusteht, selbständige Bundesoberbehörden und neue bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechtes durch Bundesgesetz errichtet werden...«

Aufgrund dieser Vorschrift ist durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 das Statistische Bundesamt errichtet worden, dem die in § 2 im einzelnen genannten Aufgaben übertragen wurden.

Näheres über den Gesetzesvollzug durch die Länder ergibt sich aus Artikel 84 GG:

Artikel 84

»(1) Führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, so regeln sie die Einrichtung der Behörden und das Verwaltungsverfahren, soweit nicht Bundesgesetze mit Zustimmung des Bundesrats etwas anderes bestimmen.

¹⁾ Abdruck auf S. 337. — ²⁾ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1). — ³⁾ Zu der Ermächtigung der Bundesregierung, statistische Erhebungen durch Rechtsverordnungen anzuordnen, vgl. § 6 Abs. 2 StatGes.

(2) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen.

(3) Die Bundesregierung übt die Aufsicht darüber aus, daß die Länder die Bundesgesetze dem geltenden Rechte gemäß ausführen. Die Bundesregierung kann zu diesem Zweck Beauftragte zu den obersten Landesbehörden entsenden, mit deren Zustimmung und, falls diese Zustimmung versagt wird, mit Zustimmung des Bundesrates auch zu den nachgeordneten Behörden.

(4) Werden Mängel, die die Bundesregierung bei der Ausführung der Bundesgesetze in den Ländern festgestellt hat, nicht beseitigt, so beschließt auf Antrag der Bundesregierung oder des Landes der Bundesrat, ob das Land das Recht verletzt hat. Gegen den Beschluß des Bundesrates kann das Bundesverfassungsgericht anrufen werden.

(5) Der Bundesregierung kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zur Ausführung von Bundesgesetzen die Befugnis verliehen werden, für besondere Fälle Einzelweisungen zu erteilen. Sie sind, außer wenn die Bundesregierung den Fall für dringlich erachtet, an die obersten Landesbehörden zu richten.«

Bestimmungen des Vertrags über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

1. Die Ziele der Gemeinschaft sind in Artikel 2 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957¹⁾ umschrieben:

Artikel 2

»Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind.«

2. Die Gemeinschaft hat die in Artikel 4 Absatz 1 des EWG-Vertrages genannten Organe:

Artikel 4 Abs. 1

»(1) Die der Gemeinschaft zugewiesenen Aufgaben werden durch folgende Organe wahrgenommen:

- eine Versammlung,
- einen Rat,
- eine Kommission,
- einen Gerichtshof.

Jedes Organ handelt nach Maßgabe der ihm in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse.«

Während der Rat für die meisten grundsätzlichen, insbesondere rechtsetzenden Entscheidungen zuständig ist, hat die Kommission im wesentlichen Verwaltungsbefugnisse. Sie wirkt bei den vom Rat zu fassenden Beschlüssen dadurch mit, daß sie auf den meisten Gebieten ein Vorschlagsrecht besitzt, ohne dessen Wahrnehmung der Rat keinen Beschluß fassen kann. Auch hat die Kommission die allgemeine Aufgabe, für die Einhaltung des Vertrages zu sorgen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sich die Kommission u. a. des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften.

3. Das Amtsgeheimnis ist in Artikel 214 geregelt:

Artikel 214

»Die Mitglieder der Organe der Gemeinschaft, die Mitglieder der Ausschüsse sowie die Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft sind verpflichtet, auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit Auskünfte, die ihrem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen, nicht preiszugeben; dies gilt insbesondere für Auskünfte über Unternehmen sowie deren Geschäftsbeziehungen oder Kostenelemente.«

4. Zur Erreichung der Vertragsziele sind die Organe der Gemeinschaft auf den Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitgliedstaaten angewiesen. Sie brauchen dazu auch statistisches Material. Artikel 213 begründet daher ein allgemeines Auskunftsrecht der Kommission:

Artikel 213²⁾

»Zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben kann die Kommission alle erforderlichen Auskünfte einholen und alle erforderlichen Nachprüfungen vornehmen; der Rahmen und die nähere Maßgabe hierfür werden vom Rat gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags festgelegt.«

5. Grundlage für das Auskunftsverlangen können Rechtsakte der Gemeinschaft sein. Näheres über die Arten der Rechtsakte bestimmt Artikel 189 des Vertrages:

Artikel 189

»Zur Erfüllung ihrer Aufgaben und nach Maßgabe dieses Vertrags erlassen der Rat und die Kommission Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen, sprechen Empfehlungen aus oder geben Stellungnahmen ab. Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Die Richtlinie ist für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überläßt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel. Die Entscheidung ist in allen ihren Teilen für diejenigen verbindlich, die sie bezeichnet.

Die Empfehlungen und Stellungnahmen sind nicht verbindlich.«

¹⁾ BGBl. II S. 766. — ²⁾ Wörtlich übereinstimmend Art. 187 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 753, 1018), ähnlich auch Art. 47 Abs. 1 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 (BGBl. II S. 447).

1.2 Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke *)

Abschnitt I

Das Statistische Bundesamt

§ 1

(1) Das Statistische Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.

(2) Der Präsident des Statistischen Bundesamtes wird vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt.

§ 2

Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es

1. Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) technisch und methodisch vorzubereiten, auf ihre Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit hinzuwirken, ihre Ergebnisse für den Bund zu sammeln, zusammenzustellen und für allgemeine Zwecke darzustellen,
2. Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten, wenn es in einem Bundesgesetz bestimmt ist oder soweit die beteiligten Länder zustimmen,
3. nach Maßgabe des § 9 Satz 2 Geschäftsstatistiken zu bearbeiten,
4. Statistiken des Auslandes und der internationalen Organisationen zu sammeln und darzustellen,
5. volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen aufzustellen,
6. an der Vorbereitung der Bundesgesetze, Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiet der Bundesstatistik mitzuwirken,
7. auf Anfordern der obersten Bundesbehörden sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen und Gutachten über statistische Fragen zu erstatten.

§ 3

Das Statistische Bundesamt führt seine Arbeiten nach den Anforderungen des fachlich zuständigen Bundesministers im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durch.

Abschnitt II

Der Statistische Beirat

§ 4

(1) Das Statistische Bundesamt erhält einen Beirat.

(2) Der Beirat setzt sich zusammen aus

1. dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes oder seinem Vertreter im Amt als Vorsitzenden,
2. je einem Vertreter der Bundesministerien, des Bundesrechnungshofes, der Bank deutscher Länder und der Deutschen Bundesbahn,
3. den Leitern der Statistischen Landesämter oder ihren Vertretern im Amt,
4. je einem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände,
5. sieben Vertretern der gewerblichen Wirtschaft und einem Vertreter der Arbeitgeberverbände,
6. drei Vertretern der Gewerkschaften,
7. zwei Vertretern der Landwirtschaft,
8. zwei Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Institute.

Im Falle der Beschlußfassung haben die Vertreter gemäß Nummern 1 bis 3 nur beratende Stimmen.

(3) Die Landesregierungen sind zu den Sitzungen des Beirats zu laden. Ihre Vertreter müssen jederzeit gehört werden.

(4) Die Vertreter zu Absatz 2 Nummern 4 bis 8 sind durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes auf Vorschlag der in Frage kommenden Verbände und Einrichtungen zu berufen; der zuständige Bundesminister bestimmt die vorschlagsberechtigten Verbände und Einrichtungen.

(5) Der Beirat kann für bestimmte Sachgebiete ständige Fachausschüsse und für einzelne Fragen Arbeitskreise einsetzen. Zu den Sitzungen des Beirats, der Fachausschüsse und der Arbeitskreise können Sachverständige hinzugezogen werden. Zu den Sitzungen der Fachausschüsse und Arbeitskreise sind die Bundesministerien zu laden und jederzeit zu hören.

*) Fassung nach dem Stand vom 1. Januar 1976. Zur Erleichterung der Benutzung sind die zum Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) ergangenen Änderungen in den vorstehenden Text übernommen worden.

(6) Die Tätigkeit im Beirat, in den Fachausschüssen und in den Arbeitskreisen ist ehrenamtlich.

§ 5

(1) Das Statistische Bundesamt hört bei der Durchführung seiner Aufgaben in methodischen und technischen Fragen den Beirat oder seine Fachausschüsse und Arbeitskreise. In Fällen, die der Beschleunigung bedürfen oder einfach liegen, kann dies auch schriftlich geschehen.

(2) Das Statistische Bundesamt hat die Anregungen und Vorschläge des Beirats zu prüfen und im Rahmen der verwaltungsmäßigen Notwendigkeiten und finanziellen Möglichkeiten zu verwerten.

Abschnitt III

Anordnung von Bundesstatistiken

§ 6

(1) Die Bundesstatistiken werden, soweit nicht im Absatz 2 oder in anderen Rechtsvorschriften Ausnahmen zugelassen sind, durch Gesetz angeordnet.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, statistische Erhebungen durch Rechtsverordnungen mit einer Geltungsdauer bis zu drei Jahren anzuordnen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. die Ergebnisse der Erhebung müssen zur Erfüllung bestimmter, im Zeitpunkt der Erhebung schon festliegender Bundeszwecke erforderlich sein,
2. die Erhebung darf nicht einen unbeschränkten Personenkreis erfassen,
3. die voraussichtlichen Kosten der Erhebung ohne die Kosten für die Veröffentlichung dürfen beim Bund und bei den Ländern zusammen 500 000 Deutsche Mark jährlich nicht übersteigen.

§ 7

(1) Die Anordnung muß die zu erfassenden Tatbestände und den Kreis der Befragten bestimmen. Sie ist auf den Erhebungsvordrücken anzugeben.

(2) Bei der Einleitung von Bundesstatistiken, die auf freiwilligen Auskünften beruhen, ist die Freiwilligkeit der Beantwortung den Befragten bekanntzugeben.

§ 8¹⁾

Die Kosten der Bundesstatistiken werden, soweit sie bei den Bundesbehörden entstehen, vom Bund, im übrigen von den Ländern getragen.

Abschnitt IV

Besondere Verfahrensbestimmungen

§ 9

(1) Die Bundesminister nehmen die Aufgaben des § 2 bei Statistiken wahr, deren Unterlagen ausschließlich im Geschäftsgang der Bundesbehörden anfallen oder deren Bearbeitung sich vom Geschäftsgang nicht trennen läßt (Geschäftsstatistiken). Sie können diese Aufgaben ganz oder teilweise dem Statistischen Bundesamt übertragen.

(2) Die Bundesregierung kann in besonderen Fällen einen Bundesminister oder die von ihm zu bestimmende Stelle ermächtigen, für bestimmte Bundesstatistiken, auch wenn sie keine Geschäftsstatistiken sind, die Aufgaben des § 2 ganz oder zum Teil wahrnehmen.

Abschnitt V

Auskunftspflicht

§ 10

(1) Alle natürlichen und juristischen Personen, Behörden und Einrichtungen sind zur Beantwortung der ordnungsmäßig angeordneten Fragen verpflichtet. Sondergesetzliche Bestimmungen über Berufsgeheimnisse und Amtsverschwiegenheit bleiben unberührt.

(2) Die Antwort ist wahrheitsgemäß, vollständig, fristgemäß und, soweit nichts anderes bestimmt ist, unentgeltlich zu geben.

¹⁾ Geändert durch § 4 des Gesetzes zur Regelung finanzieller Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern (Viertes Überleitungsgesetz) vom 27. April 1955 (BGBl. I S. 189).

(3) Sind amtliche Erhebungsvordrucke zur Ausfüllung durch die Befragten vorgesehen, so sind die Antworten auf diesen Erhebungsvordrucken zu erteilen. Die Richtigkeit der Angaben ist durch Unterschrift zu bestätigen, soweit es im Erhebungsvordruck vorgesehen ist.

§ 11

Die Verpflichtung der Befragten, Auskunft zu erteilen, besteht gegenüber den mit der Durchführung der Bundesstatistik amtlich betrauten Stellen und Personen.

Abschnitt VI

Geheimhaltungspflicht

§ 12

(1) Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, sind, soweit durch Rechtsvorschrift (§ 6) nichts anderes bestimmt ist, von den Auskunftsberechtigten geheimzuhalten. Die Vorschriften der §§ 175, 179, 188 Abs. 1 und des § 189 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (RGBl. I S. 187) über Beistands- und Anzeigepflichten gegenüber den Finanzämtern gelten insoweit nicht für die Auskunftsberechtigten.

(2) Das Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter und die sonstigen erhebenden Behörden und Stellen sind berechtigt und verpflichtet, den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen auf Verlangen Einzelangaben auf dem Dienstweg weiterzuleiten, wenn und soweit dies in der die Statistik anordnenden Rechtsvorschrift zugelassen und in den Erhebungsdrucksachen bekanntgegeben worden ist.

(3) Eine Zusammenfassung von Angaben mehrerer Auskunftspflichtiger ist keine Einzelangabe im Sinne dieses Gesetzes.

(4) Veröffentlichungen dürfen keine Einzelangaben im Sinne dieses Gesetzes enthalten.

Abschnitt VII

Bußgeldbestimmungen²⁾

§ 13 (aufgehoben)³⁾

§ 14

(1) Eine Ordnungswidrigkeit begeht, wer vorsätzlich oder fahrlässig Auskünfte, zu denen er nach § 10 verpflichtet ist, ganz oder teilweise verweigert oder nicht rechtzeitig erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10 000 Deutsche Mark geahndet werden.

²⁾ Geändert durch Art. 92 Nr. 1 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch (EGStGB) vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469). — ³⁾ Aufgehoben durch Art. 92 Nr. 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch (EGStGB) vom 2. März 1974; Strafbestimmungen jetzt §§ 203 Abs. 2, 204 und 205 des Strafgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 1). Diese Bestimmungen besagen:

Nach § 203 Abs. 2 Satz 1 StGB kann bestraft werden, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm in seiner Eigenschaft als

1. Amtsträger,
2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter,
3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,
4. . . . 5. . . .

anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist.

»Einem Geheimnis im Sinne des Satzes 1 stehen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse eines anderen gleich, die für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung erfaßt worden sind; Satz 1 ist jedoch nicht anzuwenden, soweit solche Einzelangaben anderen Behörden oder sonstigen Stellen für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung bekanntgegeben werden und das Gesetz dies nicht untersagt (§ 203 Abs. 2 Satz 2).

Die Vorschrift ist auch anzuwenden, wenn der Täter das fremde Geheimnis nach dem Tode des Betroffenen unbefugt offenbart (§ 203 Abs. 4).

Als Strafmaß ist Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe vorgesehen (Abs. 2 Satz 1 i. Verb. mit Abs. 1). Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe (Abs. 5). Die gleiche Strafanordnung gilt für den, der unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, zu dessen Geheimhaltung er nach § 203 verpflichtet ist, verwertet (§ 204 Abs. 1).

Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt (§ 205).

Abschnitt VII⁴⁾

Besondere Bestimmungen für Statistiken der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft

§ 15⁵⁾

Die §§ 10 bis 14 sind auch auf statistische Erhebungen anzuwenden, die durch eine Verordnung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der Europäischen Atomgemeinschaft angeordnet sind. Dies gilt für § 14 auch dann, wenn die Auskunftspflicht oder Geheimhaltungspflicht in einer Verordnung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der Europäischen Atomgemeinschaft oder in einem hierzu erlassenen Durchführungsgesetz bestimmt ist.

Abschnitt VIII

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 16⁶⁾

(1) Laufende Statistiken des Bundes und der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, für die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes die Voraussetzungen des Abschnittes III nicht vorliegen, können sechs Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht mehr als Bundesstatistiken durchgeführt werden, wenn die Voraussetzungen nicht bis zu diesem Zeitpunkt geschaffen werden. Bis zum Erlaß dieser Rechtsvorschriften gelten sie in ihrem derzeitigen Umfang als Statistiken für Bundeszwecke.

(2) Für die Statistiken nach Absatz 1 gilt bis zum Erlaß der Rechtsvorschriften für die Geheimhaltungspflicht die bisherige Regelung.

(3) Für Statistiken, bei denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes ein Bundesminister die Aufgaben des § 2 wahrnimmt, gilt die besondere Ermächtigung der Bundesregierung nach § 9 Abs. 2 als erteilt.

§ 17

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die aufgrund der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigung erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 18

Dieses Gesetz tritt am vierzehnten Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Das Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 (WiGBl. S. 19) in der Fassung des § 4 des Gesetzes vom 19. Januar 1949 (WiGBl. S. 9) und die Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau vom 31. März 1950 (Bundesgesetzbl. S. 81) treten zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft.

⁴⁾ und ⁵⁾ Abschnitt VII a wurde mit einem § 15 a eingefügt durch § 8 des Gesetzes zur Durchführung der EWG-Verordnung Nr 70 66 (Agrarstrukturerhebungsgesetz) vom 23. Dezember 1966 (BGBl. I S. 682). Dieser § 15 a ist durch Art. 35 des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG) vom 24. Mar 1968 (BGBl. I S. 503) geändert worden und aufgrund derselben Bestimmung unter Fortfall des bisherigen § 15 an die Stelle dieser Vorschrift getreten. Der neue § 15 wurde durch Art. 92 Nr 3 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch (EGStGB) vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) geändert. — ⁶⁾ Geändert durch § 1 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 8. August 1955 (BGBl. I S. 507) und § 1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 721)

1.3 Fundstellennachweis statistischer Gesetze und Verordnungen

Vorbemerkung: Nachstehend sind die Rechtsgrundlagen der vom Statistischen Bundesamt und von den Statistischen Landesämtern bearbeiteten Bundesstatistiken und Statistiken für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften nach dem Stand von Anfang 1976 zusammengestellt. Die Übersicht ist, wie der »Katalog der Statistiken«, nach Sachgebieten geordnet und enthält Angaben über die Fundstellen der Gesetzes- bzw. Verordnungstexte und ihrer Begründungen. Eine Loseblattausgabe, in der die Texte in vollem Wortlaut abgedruckt sind und die ständig auf dem laufenden gehalten wird, kann beim Statistischen Bundesamt angefordert werden.

Die Statistiken der Bundesressorts und anderer Bundesdienststellen beruhen zum größten Teil auf einschlägigen Bestimmungen im Rahmen von »Fachgesetzen«, teilweise aber auch auf Verwaltungsvereinbarungen. Näheres hierüber ist dem »Katalog der Statistiken« zu entnehmen.

Die mit *) gekennzeichneten Rechtsgrundlagen gelten für mehr als eine statistische Erhebung. Sie sind dementsprechend in allen in Betracht kommenden Sachgebieten aufgeführt.

Sachgebiet Gesetz/Verordnung	Fundstelle	
	Gesetz/Verordnung	Begründung
Gebiet und Bevölkerung		
Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969 *)	BGBl. I vom 16. April 1969 S. 292	BTDruks. V/3616 vom 6. Dezember 1968
Vierte Verordnung über Zusatzprogramme zum Mikrozensus ¹⁾ vom 22. Dezember 1971 *)	BGBl. I vom 31. Dezember 1971 S. 2158	BRDruks. Nr. 601/71 vom 29. Oktober 1971
Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 *)	BGBl. I vom 19. Juli 1975 S. 1909	BTDruks. 7/3042 vom 27. Dezember 1974
Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957, geändert durch das Gesetz vom 6. Januar 1971 *)	BGBl. I vom 11. Juli 1957 S. 694 und vom 9. Januar 1971, S. 9	BTDruks. Nr. 3005 vom 12. Dezember 1956 und VI/1008 vom 4. Juli 1970
Bevölkerungsbewegung		
Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957, geändert durch das Gesetz vom 6. Januar 1971 *)	BGBl. I vom 11. Juli 1957 S. 694 und vom 9. Januar 1971, S. 9	BTDruks. Nr. 3005 vom 12. Dezember 1956 und VI/1008 vom 4. Juli 1970
Gesundheitswesen		
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 25. August 1969	BGBl. I vom 28. August 1969 S. 1351	BTDruks. V/3615 vom 6. Dezember 1968
Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957, geändert durch das Gesetz vom 6. Januar 1971 *)	BGBl. I vom 11. Juli 1957 S. 694 und vom 9. Januar 1971, S. 9	BTDruks. Nr. 3005 vom 12. Dezember 1956 und VI/1008 vom 4. Juli 1970
Vierte Verordnung über Zusatzprogramme zum Mikrozensus ¹⁾ vom 22. Dezember 1971 *)	BGBl. I vom 31. Dezember 1971 S. 2158	BRDruks. Nr. 601/71 vom 29. Oktober 1971
Bildung und Kultur		
Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz) vom 31. August 1971 *)	BGBl. I vom 7. September 1971 S. 1473	BRDruks. Nr. 89/71 vom 19. Februar 1971

¹⁾ Aufgrund des Mikrozensusgesetzes von 1962 und der Änderung von 1968.

Sachgebiet Gesetz/Verordnung	Fundstelle	
	Gesetz/Verordnung	Begründung
Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz) vom 26. August 1971, § 55, geändert durch die Gesetze vom 14. November 1973 und vom 31. Juli 1974	BGBl. I vom 31. August 1971 S. 1409, vom 16. November 1973 S. 1637 und vom 3. August 1974 S. 1649	BTDruks. VI/1975 vom 18. März 1971
Gesetz über eine Pressestatistik vom 1. April 1975	BGBl. I vom 5. April 1975 S. 777	BTDruks. 7/2407 vom 18. Juli 1974
Gesetz über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (Filmförderungsgesetz) in der Fassung vom 6. Mai 1974, § 20	BGBl. I vom 11. Mai 1974 S. 1047	—
Wahlen		
Bundwahlgesetz in der Fassung vom 1. September 1975, § 51	BGBl. I vom 13. September 1975 S. 2325	—
Bundwahlordnung in der Fassung vom 3. September 1975, § 82	BGBl. I vom 13. September 1975 S. 2384	—
Erwerbstätigkeit		
Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969 *)	BGBl. I vom 16. April 1969 S. 292	BTDruks. V/3616 vom 6. Dezember 1968
Dritte Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus ¹⁾ vom 24. Juni 1969	BGBl. I vom 11. Juli 1969 S. 686	BRDruks. Nr. 148/69 vom 21. März 1969
Vierte Verordnung über Zusatzprogramme zum Mikrozensus ¹⁾ vom 22. Dezember 1971 *)	BGBl. I vom 31. Dezember 1971 S. 2158	BRDruks. Nr. 601/71 vom 29. Oktober 1971
Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 *)	BGBl. I vom 19. Juli 1975 S. 1909	BTDruks. 7/3042 vom 27. Dezember 1974
Verordnung (EWG) Nr. 2640/74 des Rates vom 15. Oktober 1974 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 283 vom 19. Oktober 1974 S. 3	BTDruks. 7/260 vom 9. Oktober 1974
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969 *)	BGBl. I vom 16. April 1969 S. 292	BTDruks. V.3616 vom 6. Dezember 1968
Gesetz über Kostenstrukturstatistik vom 12. Mai 1959, ergänzt durch das Gesetz über eine Pressestatistik vom 1. April 1975, § 5 und geändert durch das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975, § 13	BGBl. I vom 16. Mai 1959 S. 245, vom 5. April 1975 S. 777 und vom 11. November 1975 S. 2779	BTDruks. Nr. 770 vom 5. Januar 1959, 7/2407 vom 18. Juli 1974 und 7/3372 vom 17. März 1975
Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960, geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 1973 *)	BGBl. I vom 22. Juni 1960 S. 322 und vom 18. Juli 1973 S. 773	BTDruks. Nr. 1367 vom 9. November 1959 und Nr. 430/71 vom 20. August 1971

¹⁾ Aufgrund des Mikrozensusgesetzes von 1962 und der Änderung von 1968.

Sachgebiet Gesetz/Verordnung	Fundstelle	
	Gesetz/Verordnung	Begründung
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Gesetz über eine Zählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählungsgesetz 1971) vom 23. Dezember 1970	BGBI. I vom 30. Dezember 1970 S. 1852	BTDrucks. VI/1133 vom 8. September 1970
Gesetz über die Agrarberichterstattung (Agrarberichterstattungsgesetz) vom 15. November 1974	BGBI. I vom 23. November 1974 S. 3161	BTDrucks. 7/1990 vom 11. April 1974
Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft vom 24. Juni 1964, geändert durch das Landwirtschaftszählungsgesetz vom 23. Dezember 1970, § 22 und das Agrarberichterstattungsgesetz vom 15. November 1974, § 14	BGBI. I vom 30. Juni 1964 S. 409, vom 30. Dezember 1970 S. 1852 und vom 23. November 1974 S. 3161	BTDrucks. Nr. 1794 vom 30. Dezember 1963, VI/1133 vom 8. September 1970 und 7/1990 vom 11. April 1974
Gesetz über betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft vom 23. Dezember 1966	BGBI. I vom 28. Dezember 1966 S. 683	BRDrucks. Nr. 233/66 vom 10. Juni 1966
Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 23. Juni 1964, geändert durch das Gesetz vom 23. Dezember 1970 und durch das Agrarberichterstattungsgesetz vom 15. November 1974, § 14	BGBI. I vom 30. Juni 1964 S. 405, vom 31. Dezember 1970 S. 1876 und vom 23. November 1974 S. 3161	BTDrucks. Nr. 1795 vom 30. Dezember 1963, VI/1134 vom 8. September 1970 und 7/1990 vom 11. April 1974
Verordnung Nr. 24 des Rates der EWG über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Wein vom 4. April 1962 ¹⁾	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 30 vom 20. April 1962, S. 989 und Nr. 125 vom 17. August 1963 S. 2239	—
Gesetz über eine Holzstatistik vom 30. April 1968	BGBI. I vom 7. Mai 1968 S. 333	BTDrucks. V/2180 vom 13. Oktober 1967
Viehzählungsgesetz in der Fassung vom 23. September 1973	BGBI. I vom 11. Oktober 1973 S. 1405	BTDrucks. Nr. 2102 vom 15. Februar 1956
Gesetz über eine Geflügelstatistik vom 29. März 1967, geändert durch das Gesetz vom 17. April 1974	BGBI. I vom 1. April 1967 S. 388 und vom 23. April 1974 S. 972	BTDrucks. V/1287 vom 12. Januar 1967 und 7/1141 vom 22. Oktober 1973
Gesetz über eine Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik vom 29. August 1975	BGBI. I vom 3. September 1975 S. 2305	BTDrucks. 7/3440 vom 1. April 1975
Verordnung über die Durchführung der Fleischbeschau-statistik vom 30. April 1970, geändert durch die Verordnung vom 20. Januar 1975	BGBI. I vom 8. Mai 1970 S. 450 und vom 24. Januar 1975 S. 287	BRDrucks. Nr. 149/70 vom 12. März 1970 und Nr. 745/74 vom 7. November 1974
Gesetz über eine Milchstatistik vom 25. Juli 1968	BGBI. I vom 27. Juli 1968 S. 860	BTDrucks. V/2864 vom 30. April 1968

¹⁾ Grundlegende EWG-Verordnung für das Weinbaukataster und die Weinerzeugungs- und -bestandsstatistik. Ergänzende Bestimmungen hierzu siehe im »Katalog der Statistiken«, S. 144 und 156.

Sachgebiet Gesetz/Verordnung	Fundstelle	
	Gesetz/Verordnung	Begründung
Gesetz über eine Fischereistatistik vom 21. Juli 1960	BGBI. I vom 27. Juli 1960 S. 589	BTDrucks. Nr. 1626 vom 16. Februar 1960
Produzierendes Gewerbe		
Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975	BGBI. I vom 11. November 1975 S. 2779	BTDrucks. 7/3372 vom 17. März 1975
Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960, geändert durch das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975, § 13	BGBI. I vom 18. November 1960 S. 842 und vom 11. November 1975 S. 2779	BTDrucks. Nr. 1808 vom 28. April 1960 und 7/3372 vom 17. März 1975
Verordnung über eine Düngemittelstatistik vom 28. Januar 1976	BGBI. I vom 31. Januar 1976 S. 236	BRDrucks. Nr. 703/75 vom 10. November 1975
Gesetz über die Handwerkszählung 1968 (Handwerkszählungsgesetz 1968) vom 1. April 1968*)	BGBI. I vom 4. April 1968 S. 243	BTDrucks. V/2083 vom 31. August 1967
Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe vom 12. August 1960, ergänzt durch das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975, § 13*)	BGBI. I vom 17. August 1960 S. 689 und vom 11. November 1975 S. 2779	BTDrucks. Nr. 1547 vom 18. Januar 1960 und 7/3372 vom 17. März 1975
Bautätigkeit und Wohnungen		
Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit vom 20. August 1960	BGBI. I vom 25. August 1960 S. 704	BTDrucks. Nr. 1491 vom 15. Dezember 1959
Gesetz über die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (Wohnungszählungsgesetz 1968) vom 18. März 1968	BGBI. I vom 23. März 1968 S. 225	BTDrucks. V/1318 vom 31. März 1967
Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik auf dem Gebiete des Wohnungswesens und Städtebaus (Wohnungsstichprobengesetz 1972) vom 7. Dezember 1971	BGBI. I vom 10. Dezember 1971 S. 1945	BTDrucks. VI/2543 vom 30. April 1971
Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1968) vom 1. April 1968	BGBI. I vom 4. April 1968 S. 241	BTDrucks. V/2077 vom 30. August 1967
Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 12. Januar 1960	BGBI. I vom 16. Januar 1960 S. 6	BTDrucks. Nr. 1232 vom 6. August 1959
Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe vom 12. August 1960 ergänzt durch das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975, § 13*)	BGBI. I vom 17. August 1960 S. 689 und vom 11. November 1975 S. 2779	BTDrucks. Nr. 2077 vom 18. Januar 1960 und 7/3372 vom 17. März 1975
Vierte Verordnung über Zusatzprogramme zum Mikrozensus ¹⁾ vom 22. Dezember 1971*)	BGBI. I vom 31. Dezember 1971 S. 2158	BRDrucks. Nr. 601/71 vom 29. Oktober 1971
Außenhandel		
Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik-Gesetz) vom 1. Mai 1957*)	BGBI. I vom 8. Mai 1957 S. 413	BTDrucks. Nr. 2658 vom 8. August 1956

¹⁾ Aufgrund des Mikrozensusgesetzes von 1962 und der Änderung von 1968.

Sachgebiet Gesetz/Verordnung	Fundstelle	
	Gesetz/Verordnung	Begründung
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik-Durchführungsverordnung) in der Fassung vom 4. April 1974	BGBl. I vom 9. April 1974 S. 837	—
Verkehr		
Verordnung über eine Eisenbahnstatistik vom 8. August 1965	BGBl. I vom 12. August 1965 S. 749	BRDrucks. Nr. 348/65 vom 22. Juni 1965
Gesetz über die Statistik der Straßen in den Gemeinden 1976 vom 1. Februar 1971	BGBl. I vom 4. Februar 1971 S. 81	BTDrucks. VI/202 vom 22. April 1970
Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr vom 28. Dezember 1968	BGBl. I vom 31. Dezember 1968 S. 1472	BTDrucks. V/3202 vom 14. August 1968
Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Beförderungsleistungen im Güterfernverkehr vom 20. April 1956	BAnz. Nr. 83 vom 28. April 1956	—
Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 21. Dezember 1973	BGBl. I vom 29. Dezember 1973 S. 1987	BRDrucks. Nr. 77/73 vom 12. Januar 1973
Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik vom 18. Mai 1961, geändert durch das Gesetz vom 20. September 1965	BGBl. I vom 31. Mai 1961 S. 606 und vom 29. September 1965 S. 1437	BTDrucks. Nr. 2310 vom 10. Dezember 1960 und V/3293 vom 12. April 1965
Gesetz über die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen und die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte vom 26. Juli 1957	BGBl. II vom 7. August 1957 S. 742	BTDrucks. Nr. 2924 vom 28. November 1956
Gesetz über Statistiken im Güterkraftverkehr und in der Binnenschifffahrt vom 10. Juli 1969	BGBl. I vom 15. Juli 1969 S. 757	BTDrucks. V/3746 vom 17. Januar 1969
Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt vom 26. Juli 1957	BGBl. II vom 7. August 1957 S. 739	BTDrucks. Nr. 3162 vom 4. Februar 1957
Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967	BGBl. I vom 31. Oktober 1967 S. 1053	BTDrucks. V/1702 vom 11. Mai 1967
Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967, geändert durch die Zweite Verordnung vom 24. Juli 1968 sowie Änderungsverordnung vom 12. November 1973	BGBl. I vom 31. Oktober 1967 S. 1056, vom 30. Juli 1968 S. 866 und vom 20. November 1973 S. 1675	— —
Geld und Kredit		
Hypothekendarlehenbankgesetz in der Fassung vom 5. Februar 1963, § 23	BGBl. I vom 13. Februar 1963 S. 81	—
Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich rechtlicher Kreditanstalten in der Fassung vom 8. Mai 1963, § 7	BGBl. I vom 14. Mai 1963 S. 312	—

Sachgebiet Gesetz/Verordnung	Fundstelle	
	Gesetz/Verordnung	Begründung
Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz) in der Fassung vom 3. Mai 1963, § 21	BGBl. I vom 14. Mai 1963 S. 302	—
Vierte Verordnung über Zusatzprogramme zum Mikrozensus ¹⁾ vom 22. Dezember 1971 *)	BGBl. I vom 31. Dezember 1971 S. 2158	BRDrucks. Nr. 601/71 vom 29. Oktober 1971
Öffentliche Sozialleistungen		
Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsoferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963	BGBl. I vom 23. Januar 1963 S. 49	BTDrucks. Nr. 615 vom 20. August 1962
Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt vom 24. April 1972	BGBl. I vom 29. April 1972 S. 730	BTDrucks. VI 31 vom 20. Januar 1972
Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Struktur des Personals in der Jugendhilfe vom 23. August 1974	BGBl. I vom 29. August 1974 S. 2084	BTDrucks. 7 421 vom 31. Mai 1974
Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz) in der Fassung vom 29. April 1974, § 51	BGBl. I vom 30. April 1974 S. 1005	—
Zweites Wohngeldgesetz in der Fassung vom 14. Dezember 1973, § 35	BGBl. I vom 18. Dezember 1973 S. 1863	—
Finanzen und Steuern		
Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960, geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 1973 *)	BGBl. I vom 22. Juni 1960 S. 322 und vom 18. Juli 1973 S. 773	BTDrucks. Nr. 1367 vom 9. November 1959 BRDrucks. Nr. 430/71 vom 20. August 1971
Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz) vom 31. August 1971, § 12 *)	BGBl. I vom 7. September 1971 S. 1473	BRDrucks. Nr. 89/71 vom 19. Februar 1971
Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 ²⁾	BGBl. I vom 10. Dezember 1966 S. 665	BTDrucks. V/519 vom 14. April 1966
Preise		
Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958	BGBl. I vom 21. August 1958 S. 605	BTDrucks. Nr. 44 vom 30. November 1957
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959, Änderungsverordnung vom 19. August 1960, Vierte Durchführungsverordnung vom 9. März 1964 und Fünfte Durchführungsverordnung vom 5. Juni 1967	BAnz. Nr. 104 vom 4. Juni 1959, Nr. 160, vom 20. August 1960, Nr. 51 vom 13. März 1964 und Nr. 103 vom 7. Juni 1967	—

¹⁾ Aufgrund des Mikrozensusgesetzes von 1962 und der Änderung von 1968. — ²⁾ Geändert durch das Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) vom 8. September 1969, § 8 (BGBl. I S. 1587) und durch das Gesetz zur Änderung des Zerlegungsgesetzes vom 17. Dezember 1970, Art. 2 (BGBl. I S. 1727).

Sachgebiet Gesetz/Verordnung	Fundstelle	
	Gesetz/Verordnung	Begründung
Löhne und Gehälter		
Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956, geändert durch das Gesetz vom 4. August 1971	BGBl. I vom 23. Mai 1956 S. 429 und vom 6. August 1971 S. 1217	BTDrucks. Nr. 1994 vom 30. Dezember 1955 und BRDrucks. Nr. 700/70 vom 18. Dezember 1970
Vierte Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 24. April 1972	BGBl. I vom 29. April 1972 S. 729	BRDrucks. Nr. 81/72 vom 16. Februar 1972
Verordnung (EWG) Nr. 1103/75 des Rates vom 28. April 1975 zur Durchführung einer Erhebung über die Verdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 110 vom 30. April 1975 S. 2	BRDrucks. Nr. 142/74 vom 18. Februar 1974
Verordnung (EWG) Nr. 2259/71 des Rates vom 19. Oktober 1971 über die Durchführung einer Lohnerhebung in der Industrie	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 238 vom 23. Oktober 1971 S. 1	BRDrucks. Nr. 459/71 vom 10. September 1971
Verordnung (EWG) Nr. 3192/73 des Rates vom 22. November 1973 über die Durchführung einer Arbeitskostenerhebung im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und Versicherungsgewerbe	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 326 vom 27. November 1973 S. 1	BTDrucks. 7/971 vom 30. August 1973
Verordnung zur Durchführung einer Erhebung über Arten und Umfang der betrieblichen Altersversorgung vom 11. März 1974	BGBl. I vom 14. März 1974 S. 681	BRDrucks. Nr. 22/74 vom 15. Februar 1974
Wirtschaftsrechnungen		
Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961	BGBl. I vom 17. Januar 1961 S. 18	BTDrucks. Nr. 1623 vom 16. Februar 1960
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 21. März 1972	BGBl. I vom 28. März 1972 S. 481	BRDrucks. Nr. 730/71 vom 30. Dezember 1971
Umweltschutz		
Gesetz über Umweltstatistiken vom 15. August 1974	BGBl. I vom 17. August 1974 S. 1938	BRDrucks. Nr. 332/73 vom 4. Mai 1973

2 Systematiken

2.1 Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete wichtiger deutscher Systematiken

Systematik	Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete
Unternehmens- und Betriebssystematiken Systematik der Wirtschaftszweige Grundsystematik (Ausgabe 1961) ¹⁾ <i>Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1970²⁾</i> <i>Fassung für die Berufszählung 1970²⁾</i> <i>Fassung für die Umsatzsteuerstatistik³⁾</i> <i>Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</i> <i>Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe⁴⁾</i> <i>Fassung für Umweltstatistiken⁵⁾</i>	Zahl der Positionen: 10 Abteilungen (Einsteller), 29 Unterabteilungen (Zweisteller), 206 Gruppen (Dreisteller), 669 Untergruppen (Viersteller), 1 397 Klassen (Fünfsteller). Zahl der Positionen: 10 Abteilungen (Einsteller), 30 Unterabteilungen (Zweisteller), 165 Gruppen (Dreisteller), 436 Untergruppen (Viersteller), 586 Klassen (Fünfsteller). Anwendungsgebiete: Arbeitsstättenzählung 1970. Zahl der Positionen: 4 Bereiche, 10 Abteilungen (Einsteller), 36 Unterabteilungen (Zweisteller), 100 Gruppen (Dreisteller). Anwendungsgebiete: Volkszählung 1970 (erwerbsstatistische Tatbestände). Zahl der Positionen: 10 Abteilungen (Einsteller), 25 Unterabteilungen (Zweisteller), 166 Gruppen (Dreisteller), 435 Untergruppen (Viersteller), 635 Klassen (Fünfsteller). Anwendungsgebiete: Einkommensteuerstatistik, Körperschaftsteuerstatistik, Gewerbesteuerstatistik, Einheitswertstatistik, Umsatzsteuerstatistik, Statistik der Effektenkurse. Zahl der Positionen: 3 Sektoren, 34 Bereiche. Anwendungsgebiete: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Zahl der Positionen: 42 Zweisteller, 254 Viersteller. Anwendungsgebiete: Monats-, Jahres- und mehrjährige Erhebungen bei Betrieben und Unternehmen des Bergbaus, des Verarbeitenden Gewerbes, des Baugewerbes sowie der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung; Indizes des Auftragseingangs, des Auftragsbestandes, der Nettoproduktion, der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter und der Arbeitsproduktivität. Zahl der Positionen: 42 Zweisteller, 264 Viersteller für den Bereich des Produzierenden Gewerbes; 18 Zweisteller, 68 Dreisteller, 150 Viersteller, 213 Fünfsteller für die Bereiche außerhalb des Produzierenden Gewerbes. Anwendungsgebiete: Statistik der Abfallbeseitigung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Verkehr und bei bestimmten Anstalten und Einrichtungen; Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Wirtschaft; Statistik der Investitionen für Umweltschutz.

¹⁾ Für alle nach Institutionen gegliederten Statistiken. — Hierzu auch »Alphabetisches Verzeichnis der Betriebs- u. ä. Benennungen«. — Bei einigen Statistiken ist im Katalog »Stand 1970« angegeben. Dies bedeutet, daß die Systematik mit dem Nachtrag 1970 verwendet wird. — ²⁾ Mit Verwendung des Nachtrags 1970. — ³⁾ Wird auch für die übrigen Steuerstatistiken (in verschiedener Gliederungstiefe) und für die Statistik der Effektenkurse verwendet. — ⁴⁾ Dieser Fassung liegt die (zur Zeit noch nicht veröffentlichte) revidierte Systematik der Wirtschaftszweige für das Produzierende Gewerbe (Stand 1976) zugrunde. Im Jahr 1976 werden für einen Teil der Statistiken noch Doppelaufbereitungen nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht vorgenommen. — ⁵⁾ Für den Bereich Produzierendes Gewerbe siehe Fußnote ⁴⁾; für alle übrigen Bereiche: Systematik der Wirtschaftszweige, Stand 1970.

Systematik	Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete
<p>Systematik der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen (SIO) (Ausgabe 1975)</p>	<p>Zahl der Positionen: 10 Abteilungen (Einsteller), 168 Gruppen (Dreisteller), 2906 Waren- bzw. Dienstleistungsarten (Sechsteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Input-Output-Tabellen im Rahmen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen</p>
<p>Grundsystematik in unterschiedlicher Gliederungstiefe</p>	<p>Anwendungsgebiete: Pressestatistik, Statistik der Filmwirtschaft, Statistik der Streiks und Aussperungen, Kostenstrukturstatistik, Statistik der Kapitalgesellschaften, Bilanzstatistik, Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren, Handwerkszählung 1968, Handwerksberichterstattung, Jahreserhebung der Wareneingänge und Warenvorräte im Handwerk, Handels- und Gaststättenzählung 1968/70, Großhandelsstatistik, Einzelhandelsstatistik, Gastgewerbestatistik, Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr, Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen, Binnenschiffahrtsstatistik, Luftfahrtstatistik, ausgewählte Preisstatistiken, Verdiensterhebung in der Landwirtschaft und in Industrie und Handel, Gehalts- und Lohnstrukturserhebungen in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich, Statistik der Tariflöhne und -gehälter</p>
<p>Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit 1973 (mit eigenem Nummernsystem)</p>	<p>Zahl der Positionen: 10 Abteilungen (Einsteller), 95 Gruppen (Zweisteller), 269 Klassen (Dreisteller)</p> <p>Anwendungsgebiete: Beschäftigtenstatistik.</p>
<p>Verzeichnis der Handwerkszweige 1956</p>	<p>Zahl der Positionen: 7 Gruppen (Einsteller), 125 Zweige (Dreisteller)</p> <p>Anwendungsgebiete: Verdiensterhebung im Handwerk.</p>
<p>Verzeichnis der Gewerbe, die als Handwerk betrieben werden können 1968</p>	<p>Zahl der Positionen: 7 Gruppen (Einsteller), 125 Zweige (Dreisteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Handwerkszählung 1968, Handwerksberichterstattung.</p>
<p>Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft und der privaten Haushalte</p>	<p>Anwendungsgebiete: Alle Nachweisungen der öffentlichen Finanzwirtschaft, einschl. Schulden- und Personalstand</p>
<p>Aufbereitungsschlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Gemeindefinanzstatistik ab 1974</p>	<p>Anwendungsgebiete: Alle Nachweisungen der öffentlichen Finanzwirtschaft, einschl. Schulden- und Personalstand</p>
<p>Gesamtwirtschaftliche Übersicht nach Aufgabenbereichen nach Ausgabearten nach Einnahmearten</p>	<p>Zahl der Positionen: 18 Aufgabenbereiche. 2 Haupt- und 19 Einzelausgabearten 2 Haupt- und 15 Einzeleinnahmearten.</p>
<p>Finanzwirtschaftliche Übersicht nach Aufgabenbereichen nach Ausgabearten nach Einnahmearten</p>	<p>239 Aufgabenbereiche. 3 Haupt- und 20 Einzelausgabearten. 2 Haupt- und 9 Einzeleinnahmearten</p>

Systematik	Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete
<p>Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (Ausgabe 1963)</p> <p>Einnahmen Ausgaben</p>	<p>Anwendungsgebiete: Laufende Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichproben.</p> <p>Zahl der Positionen: 6 Zweisteller, 16 Dreisteller, 34 Viersteller, 51 Fünfsteller. 5 Zweisteller, 12 Dreisteller, 26 Viersteller, 39 Fünfsteller.</p>
<p>Gütersystematiken</p> <p>Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Ausgabe 1975)⁶⁾</p>	<p>Zahl der Positionen: 36 Warengruppen (Zweisteller), 245 Warenzweige (Dreisteller), 1 153 Warenklassen (Viersteller), 5 901 Warenarten (Sechssteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Vierteljährliche Produktionserhebung, Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter (Ausgabe 1970), Textilstatistik, Statistik des Warenverkehrs mit Berlin (West), Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost), Außenhandelsstatistik, ausgewählte Preisstatistiken.</p>
<p>Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht</p>	<p>Zahl der Positionen: 26 Warengruppen, 524 Eilberichts-Nummern.</p> <p>Anwendungsgebiete: Produktions-Eilbericht.</p>
<p>Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Ausgabe 1976)⁷⁾</p>	<p>Zahl der Positionen: 21 Abschnitte (I bis XXI), 99 Kapitel (1 bis 99), 1 112 Tarifnummern (Viersteller), 8 644 Warennummern (Siebensteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Außenhandelsstatistik, ausgewählte Preisstatistiken.</p>
<p>Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1969)⁷⁾</p>	<p>Zahl der Positionen: 10 Abteilungen (Einsteller), 52 Hauptgruppen (Zweisteller), 175 Gruppen (Dreisteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Eisenbahnstatistik, Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen, Statistik des grenzüberschreitenden Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen, Binnenschiff-fahrtsstatistik, Seeschiffahrtsstatistik, Luftfahrtstatistik.</p>
<p>Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1963)⁷⁾</p>	<p>Zahl der Positionen: 9 Hauptgruppen (Einsteller), 46 Gruppen (Zweisteller), 88 Untergruppen (Dreisteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Nachweisung des Privaten Verbrauchs in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Preisindizes für die Lebenshaltung, Laufende Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichproben.</p>
<p>Systematik der Bauwerke (Fassung 1970)</p>	<p>Zahl der Positionen: 2 Bauwerksgruppen, 12 Bauwerksuntergruppen, davon 4 zugleich Klassen, 28 Bauwerksklassen, davon 22 zugleich Bauwerksarten, 55 Bauwerksarten, davon 22 zugleich Klassen</p> <p>Anwendungsgebiete: Bautätigkeitsstatistiken, Statistik der Baupreise.</p>
<p>Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei (Ausgabe 1959)</p>	<p>Zahl der Positionen: 6 Gruppen (Zweisteller), 11 Untergruppen (Dreisteller), 66 Klassen (Viersteller), 927 Erzeugnisse (Sechssteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Textilstatistik, Statistik des Warenverkehrs mit Berlin (West), Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost), ausgewählte Preisstatistiken.</p>

⁶⁾ Hierzu auch »Alphabetisches Verzeichnis für die Industriestatistik« und »Gegenüberstellung des Warenverzeichnisses für die Industrie- und Außenhandelsstatistik« — ⁷⁾ Enthält ein alphabetisches Stichwortverzeichnis.

Systematik	Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete
<p>Personensystematiken</p> <p>Klassifizierung der Berufe (Ausgabe 1975)⁸⁾</p> <p>Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1968, 8. Revision Band I: Systematisches Verzeichnis Band II: Alphabetisches Verzeichnis</p> <p>Verzeichnis der Religionsbenennungen (Ausgabe 1970)</p>	<p>Zahl der Positionen: 6 Berufsbereiche (röm. Ziffern), 33 Berufsabschnitte (röm. Ziffern und kleine Buchstaben), 86 Berufsgruppen (Zweisteller), 328 Berufsordnungen (Dreisteller), 1 689 Berufsklassen (Viersteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Volkszählung 1970 (erwerbsstatistische Tatbestände), Beschäftigtenstatistik, Arbeitsmarktstatistiken, Personalstatistik im öffentlichen Dienst.</p> <p>Zahl der Positionen: 18 Kapitel (röm. Ziffern), 1 042 Dreisteller, 2 988 Viersteller.</p> <p>Anwendungsgebiete: Todesursachenstatistik sowie Nachweisungen über Krankheiten.</p> <p>Zahl der Positionen: 10 Einsteller, 42 Zweisteller.</p> <p>Anwendungsgebiete: Volkszählung 1970.</p>
<p>Regionalsystematiken</p> <p>Amtliches Gemeindeverzeichnis (Ausgabe 1971)⁹⁾</p> <p>Statistische Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke (Ausgabe 1974)</p> <p>Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Ausgabe 1975)</p> <p>Verzeichnis der Verkehrsbezirke und Häfen (Ausgabe 1969)</p>	<p>Zahl der Positionen: 11 Länder (Zweisteller), 30 Regierungs- und Verwaltungsbezirke (Dreisteller), 136 kreisfreie Städte und 406 Landkreise (Fünfsteller), 22 510 Gemeinden (Achtsteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Feststellung des Gebiets- und Bevölkerungsstandes.</p> <p>Zahl der Positionen: 11 Länder (Zweisteller), 29 Regierungs- und Verwaltungsbezirke (Dreisteller), 110 kreisfreie Städte und 283 Landkreise (Fünfsteller), 14 930 Gemeinden (Achtsteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Feststellung des Gebietsstandes.</p> <p>Zahl der Positionen: 9 Teile (Einsteller), 194 Länderpositionen (Dreisteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Außenhandelsstatistik.</p> <p>Zahl der Positionen: 77 Verkehrsgebiete (Zweisteller), darunter 22 im Bundesgebiet, 307 Verkehrsbezirke (Dreisteller), darunter 76 im Bundesgebiet.</p> <p>Anwendungsgebiete: Verkehrsstatistik.</p>

⁸⁾ Enthält ein alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen. — ⁹⁾ Enthält ein alphabetisches Gemeindeverzeichnis.

2.2 Auszüge aus wichtigen Systematiken

Systematik der Wirtschaftszweige (WZ)

Ausgabe 1961

Abteilungen (Einsteller), Unterabteilungen (Zweisteller), Gruppen (Dreisteller) *)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
00	Land- und Forstwirtschaft	22 0	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden
00 0	Allgemeine Landwirtschaft	22 4	Feinkeramik
00 1	Garten- und Weinbau	22 7	Herstellung und Verarbeitung von Glas
00 2	Landwirtschaftliche Tierhaltung und -zucht ¹⁾	23	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung
00 5	Forstwirtschaft	23 0	Eisen- und Stahlerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)
00 9	Dienstleistungen auf der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe	23 2	NE-Metallerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)
05	Fischerei und Fischzucht, gewerbliche Gärtnerei und gewerbliche Tierhaltung	23 4	Eisen-, Stahl- und Tempergießerei
05 0	Hochsee- und Küstenfischerei	23 6	NE-Metallgießerei
05 1	Binnenfischerei und Fischzucht	23 8	Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung
05 5	Gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege	23 9	Schlosserei, Schweißerei, Schleiferei und Schmiederei (anderweitig nicht genannt)
1	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	24	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau⁴⁾
10	Energiewirtschaft und Wasserversorgung	24 0	Stahl- und Leichtmetallbau
10 0	Allgemeine Energiewirtschaft ²⁾	24 2	Maschinenbau ⁵⁾
10 1	Elektrizitätserzeugung und -verteilung	24 4	Straßenfahrzeugbau
10 3	Gaserzeugung und -verteilung	24 6	Schiffbau
10 5	Fernheizung	24 8	Luftfahrzeugbau
10 7	Wassergewinnung und -verteilung	25	Elektrotechnik⁶⁾, Feinmechanik und Optik; Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
11	Bergbau	25 0	Elektrotechnik ⁷⁾
11 0	Steinkohlenbergbau (einschl. -brikett-herstellung) und Kokerei	25 2	Feinmechanik und Optik
11 1	Braun- und Pechkohlenbergbau (einschl. -brikett-herstellung) und Braunkohlenschwelerei	25 4	Herstellung und Reparatur von Uhren
11 3	Erzbergbau	25 6	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren
11 5	Kali- und Steinsalzbergbau sowie Salinen	25 8	Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
11 6	Gewinnung von Erdöl, Erdgas und bituminösen Gesteinen	26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe
11 8	Sonstiger Bergbau (einschl. Torfgewinnung)	26 0	Säge- und Holzbearbeitungswerke
11 9	Bergbauliche Tiefbohrung, Aufschließung und Schachtbau (ohne Erdölbohrung)	26 1	Holzverarbeitung
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	26 4	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappe-herzeugung
20	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	26 5	Papier- und Pappeverarbeitung
20 0	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	26 8	Druckerei und Vervielfältigung
20 5	Mineralölverarbeitung, Braunkohlenteer- und Torfteerdestillation sowie Ölschiefer-schwelerei ³⁾	27	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
21	Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	27 0	Herstellung, Zurichtung und Veredlung von Leder
21 0	Kunststoffverarbeitung	27 1	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)
21 5	Gummi- und Asbestverarbeitung	27 2	Herstellung und Reparatur von Schuhen aus Leder und Textilien
		27 5	Textilgewerbe

Fußnoten siehe S. 356.

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
27 6	Bekleidungsgerber	40 5	Großhandel mit Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralerzeugnissen
27 9	Polsterer und Dekorateurgerber	40 6	Großhandel mit Erzen, Eisen, NE-Metallen und Halbzeug
28/29	Nahrungs- und Genußmittelgerber	40 7	Großhandel mit Holz, Holzhalbwaren, Baustoffen und Installationsbedarf
28 0	Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln verschiedener Art ^{2) 8)}	40 8	Großhandel mit Schrott und sonstigen Abfallstoffen
28 1	Mahl- und Schälmaschinen (ohne Ölmöhlen)	41 1	Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln
28 2	Stärkegewinnung und -verarbeitung, Verarbeitung von Kartoffeln (ohne Brennerei und Futtermittelherstellung)	41 2	Großhandel mit Bekleidung, Wasche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen
28 3	Herstellung von Nahrungsmitteln	41 3	Großhandel mit Eisen- und Metallwaren sowie mit Fertigwaren aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (anderweitig nicht genannt)
28 4	Herstellung von Backwaren	41 4	Großhandel mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten
28 5	Zuckerindustrie	41 6	Großhandel mit Fahrzeugen und Maschinen (ohne Großhandel mit Spezialmaschinen der Untergruppe 41 76)
28 6	Obst- und Gemüseverarbeitung	41 7	Großhandel mit technischem Bedarf und Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige
28 7	Herstellung von Süßwaren	41 8	Großhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, Dental-, Labor-, Krankenpflege- und Friseurbedarf
28 8	Milchverwertung	41 9	Großhandel mit Papier, Papierwaren und Druckerzeugnissen
28 9	Herstellung von Speiseöl und Speisefett	42	Handelsvermittlung
29 1	Schlachtereier und Fleischverarbeitung	42 0	Vermittlung von Waren verschiedener Art ²⁾
29 2	Fischverarbeitung	42 1	Vermittlung von Getreide, Saaten, Pflanzen, Futter- und Düngemitteln sowie von lebenden Tieren
29 3	Brauereier und Malzereier	42 2	Vermittlung von Rohstoffen und Halbwaren (ohne solche der Ernährungswirtschaft) sowie von Brennstoffen und Mineralerzeugnissen
29 4	Alkoholbrennerei, Herstellung von Spirituosen, Weinherstellung und -verarbeitung	42 3	Vermittlung von Nahrungs- und Genußmitteln
29 5	Gewinnung von Mineralbrunnen, Herstellung von Mineralwasser und Limonaden	42 4	Vermittlung von Bekleidung, Wasche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie von Schuhen
29 7	Tabakverarbeitung	42 5	Vermittlung von Eisen- und Metallwaren sowie von Fertigwaren aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (anderweitig nicht genannt)
29 8	Sonstiges Nahrungs- und Genußmittelgerber (ohne Herstellung von Futtermitteln)	42 6	Vermittlung von elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie von Musikinstrumenten
29 9	Herstellung von Futtermitteln	42 7	Vermittlung von Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf und Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige
3	Baugerber	42 8	Vermittlung von sonstigen Waren
30	Bauhauptgerber	42 9	Versandhandelsvertretung
30 0	Hoch- und Tiefbau	43	Einzelhandel
30 2	Spezialbau	43 0	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art
30 5	Stukkateurgerber, Gipsereier und Verputzereier	43 1	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln
30 8	Zimmereier und Dachdeckereier	43 2	Einzelhandel mit Bekleidung, Wasche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen
31	Ausbau- und Bauhilfsgerber		
31 0	Bauinstallation		
31 2	Glaser- und Malergerber, Tapetenklebereier		
31 5	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegereier, Ofen- und Herdsetzereier		
31 8	Bauhilfsgerber		
4	Handel		
40/41	Großhandel		
40 0	Großhandel mit Waren verschiedener Art ²⁾		
40 1	Großhandel mit Getreide, Saaten, Pflanzen, Futter- und Düngemitteln sowie mit lebenden Tieren		
40 2	Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten und Fellen		
40 4	Großhandel mit technischen Chemikalien und Rohdrogen, Kautschuk und Kunstgummi		

Fußnoten siehe S. 356

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
43 3	Einzelhandel mit Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (anderweitig nicht genannt)	70 2	Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe
43 4	Einzelhandel mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten	70 6	Wissenschaft, Bildung, Erziehung und Sport
43 5	Einzelhandel mit Papierwaren und Druck- erzeugnissen	70 7	Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen
43 6	Einzelhandel mit pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln	70 8	Verlags-, Literatur- und Pressewesen
43 7	Einzelhandel mit Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölprodukten	71 0	Gesundheitswesen
43 8	Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen	71 1	Veterinärwesen
43 9	Einzelhandel mit sonstigen Waren	71 2	Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	71 3	Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien und ähnliche Institute
50	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	71 4	Wirtschaftswerbung (ohne Ausstellungs- und Messewesen)
50 0	Eisenbahnen	71 7	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermögensverwaltung
50 1	Straßenverkehr	71 8	Sonstige Dienstleistungen
50 2	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen	8	Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte
50 3	See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen	80	Organisationen ohne Erwerbscharakter
50 4	Luffahrt, Flugplätze	80 0	Christliche Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen
50 5	Transport in Rohrleitungen	80 1	Organisationen der freien Wohlfahrtspflege
50 7	Deutsche Bundespost	80 2	Organisationen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur
50 9	Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung	80 3	Organisationen der Sport- und Jugendpflege
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	80 4	Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände
60	Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	80 5	Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände (ohne öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen)
60 0	Deutsche Bundesbank	80 6	Öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen
60 1	Kreditbanken	80 7	Politische Parteien und sonstige Organisationen ohne Erwerbscharakter
60 2	Institute des Sparkassenwesens (ohne Post- und Bausparkassen)	85	Private Haushalte
60 3	Genossenschaftliche Kreditinstitute	85 0	Private Haushalte
60 4	Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	9	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
60 5	Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	9. *)	Gebietskörperschaften
60 6	Postscheck- und Postsparkassenämter	9. 0	Politische Führung und zentrale Verwaltung
60 7	Sonstige Kreditinstitute	9. 1	Verteidigung (ohne Dienststellen der Stationierungstreitkräfte)
60 8	Bausparkassen	9. 2	Öffentliche Sicherheit und Ordnung
60 9	Effektenbörsen, Vermittlung von Bank- und Effektengeschäften	9. 3	Rechtsschutz
61	Versicherungsgewerbe	9. 4	Unterricht, Wissenschaft, Kultur, Sport- und Jugendpflege
61 0	Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen	9. 5	Soziale Sicherung und Wiedergutmachung
61 2	Krankenversicherung	9. 6	Gesundheitswesen
61 4	Schaden- und Unfallversicherung	9. 7	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht
61 6	Rückversicherung	9. 8	Verschiedene (kommunale) Anstalten und Einrichtungen
61 9	Vermittlung von Versicherungen	9. 9	Vertretungen fremder Staaten in der Bundesrepublik; inter- und supranationale Organisationen (mit Behördencharakter)
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht		
70/71	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht		
70 0	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe		
70 1	Wäscherei und Reinigung (einschl. Schornsteinfegergewerbe)		

Fußnoten siehe S. 356

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
96	Sozialversicherung	96 4	Knappschaftsversicherung
96 0	Soziale Rentenversicherung (ohne knappschaftliche Rentenversicherung) sowie Zusatzversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes	96 6	Gesetzliche Unfallversicherung, landwirtschaftliche Alterskassen und Familienausgleichskassen
96 2	Soziale Krankenversicherung (ohne knappschaftliche KV)	96 9	Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

*) Die WZ hat 10 Einsteller, 29 Zweisteller, 206 Dreisteller, 669 Viersteller, 1 397 Fünfteller; Änderungen, die sich in Unterabteilungen und Gruppen aus dem bei bestimmten Erhebungen angewendeten Nachtrag 1970 ergeben, sind in den Fußnoten ¹⁾ bis ⁴⁾ angegeben.

¹⁾ Ohne bzw. mit nur geringer Futtergrundlage aus eigener landwirtschaftlicher Erzeugung. — ²⁾ Ohne ausgeprägten Schwerpunkt — ³⁾ Im Nachtrag 1970: »Mineralölverarbeitung«. Nur Bezeichnung geändert; Abgrenzung unverändert. — ⁴⁾ Im Nachtrag 1970: 24, 25 07 1 »Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (einschl. Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung)«. — ⁵⁾ Im Nachtrag 1970: 24 2 (ohne 24 25) »Maschinenbau (ohne Herstellung von Buromaschinen sowie von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung)«. — ⁶⁾ Im Nachtrag 1970: 25 (ohne 25 07 1) »Elektrotechnik (ohne Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung), Feinmechanik und Optik usw.«. — ⁷⁾ Im Nachtrag 1970: 25 0 (ohne 25 07 1) »Elektrotechnik (ohne Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung)«. — ⁸⁾ Im Nachtrag 1970 gestrichen. — ⁹⁾ In die zweite Stelle sind an Stelle des Punktes je nach Bedarf folgende Ziffern einzusetzen:

0 = Gebietskörperschaften insgesamt (einschl. Vertretungen fremder Staaten in der Bundesrepublik, inter- und supranationale Organisationen mit Behördencharakter); 1 = Bund; 2 = Länder; 3 = Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände.

Systematik der Wirtschaftszweige (WZ rev.), Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)

Stand 1976

(Zweisteller) *)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
	Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	40	Chemische Industrie
10	Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	50	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	51	Feinkeramik
21	Bergbau	52	Herstellung und Verarbeitung von Glas
22	Mineralölverarbeitung	53	Holzbearbeitung
24	Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	54	Holzverarbeitung
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	55	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung
27	Eisenschaffende Industrie	56	Papier- und Pappeverarbeitung
28	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	57	Druckerei, Vervielfältigung
29	Gießerei	58	Herstellung von Kunststoffwaren
30	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Mechanik, anderweitig nicht genannt	59	Gummiverarbeitung
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	61	Ledererzeugung
32	Maschinenbau	62	Lederverarbeitung
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	63	Textilgewerbe
34	Schiffbau	64	Bekleidungsgewerbe
35	Luft- und Raumfahrzeugbau	65	Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt)
36	Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	68	Ernährungsgewerbe
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	69	Tabakverarbeitung
38	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren		Baugewerbe
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck, Füllhaltern; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmabors	72 bis 75	B a u h a u p t g e w e r b e
		72	Hoch- und Tiefbau
		73	Spezialbau
		74	Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei
		75	Zimmerei, Dachdeckerei
		76 bis 77	A u s b a u g e w e r b e
		76	Bauinstallation
		77	Ausbaugewerbe (ohne Bauinstallation)

*) Die SYPRO hat 42 Zweisteller, 254 Viersteller.

Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Stand 1970

Bereich	Nummer (T. a. = Teile aus)	Bereich	Nummer (T. a. = Teile aus)
Unternehmen	0-7 (einschl. T. a. 80 4 ²⁾ , 80 5 ²⁾ , 80 6 ²⁾ ; T. a. 9. 70 0) ¹⁾	Übriger Verkehr	50 1; 50 4; 50 5; 50 9
		Nachrichtenübermittlung (Deutsche Bundespost)	50 7 (einschl. 60 6)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	Dienstleistungsunternehmen	6 (ohne 60 6); 7 (einschl. T. a. 80 4 ²⁾ , 80 5 ²⁾ , 80 6 ²⁾) ¹⁾
Landwirtschaft	00 0-00 2; 00 9		
Forstwirtschaft	00 5	Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	6 (ohne 60 6; 60 9, 61 9)
Fischerei, gewerblich. Gärtnerei und Tierhaltung	05	Kreditinstitute	60 (ohne 60 6, 60 9)
Warenproduzierendes Gewerbe	1-3	Versicherungsunternehmen	61 (ohne 61 9)
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	1	Wohnungsvermietung	T. a. 71 70 ¹⁾
Energiewirtschaft, Wasserversorgung	10	Sonstige Dienstleistungen	7 (einschl. 60 9; 61 9; T. a. 80 4 ²⁾ , 80 5 ²⁾ , 80 6 ²⁾ ; ohne T. a. 71 70 ⁴⁾)
Bergbau	11		
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	2	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	70 0
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung usw.	20; 21	Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik	70 6-70 8
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik, Glas	22	Gesundheits- und Veterinärwesen	71 0; 71 1
Metallerzeugung und -bearbeitung	23	Übrige Dienstleistungen	70 1; 70 2; 71 2-71 8 (einschl. 60 9; 61 9; T. a. 80 4 ²⁾ , 80 5 ²⁾ , 80 6 ²⁾ ; ohne T. a. 71 70 ⁴⁾)
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, ADV	24, 25 07 1		
Elektrotechnik (ohne ADV), Feinmechanik, EBM-Waren usw.	25 (ohne 25 07 1)	Staat	9 ³⁾ (ohne T. a. 9. 70 0; 9. 9 ⁴⁾)
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	26		
Textilgewerbe	27 5	Gebietskörperschaften	9 ³⁾ (ohne T. a. 9. 70 0, 9. 9 ⁴⁾)
Leder- und Bekleidungs-gewerbe	27 (ohne 27 5)		
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	28/29	Sozialversicherung	96 ⁴⁾
Baugewerbe	3	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	8 (ohne T. a. 80 4 ²⁾ , 80 5 ²⁾ , 80 6 ²⁾) ⁴⁾
Bauhauptgewerbe	30		
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	31	Private Haushalte (häusliche Dienste)	85 ⁴⁾
Handel und Verkehr	4, 5 (einschl. 60 6; T. a. 9. 70 0)	Private Organisationen ohne Erwerbscharakter	80 (ohne T. a. 80 4 ²⁾ , 80 5 ²⁾ , 80 6 ²⁾) ⁴⁾
Handel	4 (einschl. T. a. 9. 70 0)		
Großhandel, Handelsvermittlung	40/41; 42 (einschl. T. a. 9. 70 0)		
Einzelhandel	43		
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	5 (einschl. 60 6)		
Eisenbahnen	50 0		
Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	50 2, 50 3		

¹⁾ In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfaßt der den Dienstleistungsunternehmen zugeordnete Bereich »Wohnungsvermietung« außer der gewerblichen Wohnungsvermietung im Wirtschaftszweig Grundstücks- und Wohnungswesen (T. a. 71 70) die gewerbliche Wohnungsvermietung von Einheiten, die nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit anderen Bereichen zugeordnet sind, sowie die nichtgewerbliche Wohnungsvermietung einschl. der Nutzung von Eigentümernwohnungen. — ²⁾ Einschl. der von ihnen betriebenen Schulen, Krankenhäuser u. a. Anstalten und Einrichtungen. — ³⁾ Ohne Unternehmen im Eigentum der Gebietskörperschaften. — ⁴⁾ Siehe auch Fußnote ¹⁾.

Internationale Systematik der Wirtschaftszweige *)
International Standard Industrial Classification of all Economic Activities, Rev. 2 (ISIC)

Ausgabe 1968

Hauptabteilungen (Einsteller), Abteilungen (Zweisteller) **)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
1	Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei	5	Baugewerbe
11	Landwirtschaft und Jagd	50	Baugewerbe
12	Forstwirtschaft und Holzeinschlag	6	Handel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
13	Fischerei	61	Großhandel, Handelsvermittlung
2	Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	62	Einzelhandel
21	Kohlenbergbau	63	Hotel- und Gaststättengewerbe
22	Erdöl- und Erdgasgewinnung	7	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
23	Erzbergbau	71	Verkehr
29	Sonstiger Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	72	Nachrichtenübermittlung
3	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	8	Geld- und Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen und Dienstleistungen für Unternehmen
31	Nahrungsmittelgewerbe, Getränkeherstellung und Tabakverarbeitung	81	Geld- und Kreditinstitute
32	Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe	82	Versicherungsgewerbe
33	Be- und Verarbeitung von Holz (einschl. Möbelherstellung)	83	Grundstückswesen und Dienstleistungen für Unternehmen
34	Herstellung und Verarbeitung von Papier, Druckerei, Verlagswesen	9	Öffentlicher Dienst, soziale und persönliche Dienstleistungen
35	Chemische Industrie, Mineralöl-, Gummi- und Kunststoffverarbeitung	91	Öffentliche Verwaltung und Verteidigung
36	Verarbeitung von Steinen und Erden	92	Sanitäre u. ä. Dienste
37	Eisen- und NE-Metallerzeugung	93	Soziale und verwandte Dienstleistungen für die Allgemeinheit
38	Herstellung von Metallwaren, Maschinen- und Fahrzeugbau	94	Dienstleistungen für kulturelle und Erholungszwecke
39	Sonstige verarbeitende Gewerbe	95	Persönliche und häusliche Dienstleistungen
4	Energiewirtschaft und Wasserversorgung	96	Internationale und Supranationale Organisationen
41	Energiewirtschaft	0	Nicht ausreichend beschriebene Tätigkeiten
42	Wassergewinnung und -verteilung		

*) Übersetzung aus der engl. Fassung. — **) Die ISIC hat 10 Einsteller, 34 Zweisteller, 72 Dreisteller, 160 Viersteller.

Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften
Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés
européennes (NACE)

Ausgabe 1970

Abteilungen (Einsteller), Klassen (Zweisteller) *)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0	Landwirtschaft, Jagd, Forstwirtschaft und Fischerei	46	Be- und Verarbeitung von Holz
01	Landwirtschaft und Jagd	47	Papier- und Pappenerzeugung und -verarbeitung; Druckerei- und Verlagsgewerbe
02	Forstwirtschaft	48	Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen
03	Fischerei	49	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe
1	Energie- und Wasserwirtschaft	5	Baugewerbe
11	Kohlenbergbau (einschl. Herstellung von Briketts)	50	Baugewerbe
12	Kokerei	6	Handel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Reparaturen
13	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	61	Großhandel (ohne Rückgewinnung)
14	Mineralölverarbeitung	62	Rückgewinnung
15	Kernbrennstoffindustrie	63	Handelsvermittlung
16	Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser	64/65	Einzelhandel
17	Wassergewinnung, -reinigung und -verteilung	66	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
2	Gewinnung und Bearbeitung von nicht-energetischen Mineralien und Derivaten; Chemische Industrie	67	Reparatur von Gebrauchsgütern und Fahrzeugen
21	Erzbergbau (Gewinnung und Aufbereitung)	7	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
22	Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	71	Eisenbahn
23	Gewinnung von nicht-energetischen Mineralien (ohne Erze); Torfgewinnung	72	Sonstiger Landverkehr (Ortsverkehr, Straßenverkehr usw.)
24	Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden, Herstellung und Verarbeitung von Glas	73	Binnenschifffahrt
25	Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	74	See- und Küstenschifffahrt
26	Chemiefaserindustrie	75	Luftfahrt
3	Metallverarbeitende Industrie, Feinmechanik und Optik	76	Mit dem Verkehr verbundene Tätigkeiten
31	Herstellung von Metallzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	77	Reisebüros, Verkehrsvermittlung, Lagerei
32	Maschinenbau	79	Nachrichtenübermittlung
33	Herstellung von Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	8	Kreditwesen, Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen für Unternehmen, Vermietung
34	Elektrotechnik	81	Kreditwesen
35	Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	82	Versicherungsgewerbe, ohne gesetzliche Sozialversicherung
36	Fahrzeugbau (ohne Bau von Kraftwagen)	83	Hilfsgewerbe des Kredit- und Versicherungswesens, Grundstücks- und Wohnungswesen (ohne Vermietung von eigenen Immobilien), Dienstleistungen für Unternehmen
37	Feinmechanik und Optik	84	Vermietung beweglicher Sachen
4	Sonstiges Produzierendes Gewerbe	85	Vermietung von eigenen Grundstücken und Gebäuden
41/42	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	9	Sonstige Dienstleistungen
43	Textilgewerbe	91	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Gesetzliche Sozialversicherung
44	Ledergewerbe		
45	Schuh- und Bekleidungs-gewerbe		

*) Die NACE hat 10 Einsteller, 61 Zweisteller, 271 Dreisteller, 687 Viersteller, 768 Fünfsteller.

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
92	Hygienische Einrichtungen und Verwaltung von Friedhöfen	97	Dienstleistungen zur Unterhaltung und andere kulturelle Dienstleistungen
93	Unterrichtswesen	98	Personliche Dienste
94	Forschung und Entwicklung	99	Häusliche Dienste
95	Gesundheits- und Veterinärwesen	00	Vertretungen fremder Staaten, Inter- und Supranationale Organisationen und Stationierungsstreitkräfte
96	Sonstige Dienstleistungen für die Allgemeinheit		

Aufbereitungsschlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Gemeindefinanzstatistik ab 1974

1 Gesamtwirtschaftliche Übersicht

Vorbemerkung. In der tabellarischen Darstellung der Ergebnisse werden für die unter Ziffer 1 aufgezählten Aufgabenbereiche der öffentlichen Haushalte jeweils die unter Ziffer 2 angegebenen ökonomisch wichtigen Ausgabe- und Einnahmearten nachgewiesen.

1.1 Aufgabenbereiche

Politische Führung und zentrale Verwaltung
 Auswärtige Angelegenheiten
 Verteidigung
 Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz
 Schulwesen
 Hochschulen
 Sonstiges Bildungswesen
 Forschung außerhalb der Hochschulen
 Kulturelle Angelegenheiten
 Soziale Sicherung

Gesundheit, Sport und Erholung
 Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste
 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen
 Verkehrs- und Nachrichtenwesen
 Wirtschaftsunternehmen
 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen
 Allgemeine Finanzwirtschaft (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)

1.2 Ausgabe- und Einnahmearten

Ausgaben

Ausgaben der laufenden Rechnung

Personalausgaben/Versorgung ¹⁾
 Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen
 Übriger laufender Sachaufwand/Zinsen ¹⁾
 Laufende Zuweisungen, Erstattungen und Zinsausgaben ¹⁾ an öffentlichen Bereich
 Laufende Zuschüsse an Unternehmen
 Renten, Unterstützungen u. a.
 Laufende Zuschüsse an Sonstige im Inland
 Laufende Zuschüsse an Ausland

Ausgaben der Kapitalrechnung

Baumaßnahmen
 Erwerb von Grund- und Sachvermögen
 Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich
 Vermögensübertragungen an Unternehmen
 Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland
 Vermögensübertragungen an Ausland
 Darlehen und Tilgungen ¹⁾ an öffentlichen Bereich
 Darlehen an Unternehmen
 Darlehen an Sonstige im Inland
 Darlehen an Ausland
 Erwerb von Beteiligungen

Einnahmen

Einnahmen der laufenden Rechnung

Steuern und steuerähnliche Abgaben
 Mieten und Pachten
 Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit
 Zinseinnahmen von anderen Bereichen
 Laufende Zuweisungen, Erstattungen und Zinseinnahmen vom öffentlichen Bereich
 Laufende Zuschüsse von anderen Bereichen
 Gebühren, sonstige Entgelte
 Übrige laufende Einnahmen

Einnahmen der Kapitalrechnung

Veräußerung von Sachvermögen
 Vermögensübertragungen vom öffentlichen Bereich
 Vermögensübertragungen von anderen Bereichen
 Darlehensrückflüsse vom öffentlichen Bereich
 Darlehensrückflüsse von anderen Bereichen
 Veräußerung von Beteiligungen
 Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich

¹⁾ Versorgung, Zinsen und Tilgung nur bei dem Funktionsbereich »Allgemeine Finanzwirtschaft«.

2 Finanzwirtschaftliche Übersichten

Vorbemerkung In der tabellarischen Darstellung der Ergebnisse werden für die unter Ziffer 1 aufgezählten Aufgabenbereiche der öffentlichen Haushalte jeweils die unter Ziffer 2 angegebenen finanzwirtschaftlich wichtigen Ausgabe- und Einnahmearten nachgewiesen (letzteren liegen haushalts- und finanzwirtschaftliche Gesichtspunkte zugrunde).

2.1 Aufgabenbereiche nach Einzelfunktionen

Politische Führung und zentrale Verwaltung

Politische Führung / Innere Verwaltung / Hochbauverwaltung / Steuer- und Finanzverwaltung

Auswärtige Angelegenheiten

Entwicklungshilfe

Verteidigung

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Bundesgrenzschutz, Polizei

Rechtsschutz

Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften / Strafvollzugsanstalten

Schulen

Unterrichtsverwaltung / Allgemeinbildende Schulen / Grund- und Hauptschulen / Sonderschulen / Realschulen / Gymnasien / Gesamtschulen / Berufsbildende Schulen / Sonstiges

Hochschulen

Universitäten / Hochschulkliniken / Pädagogische Hochschulen und verwandte Einrichtungen der Lehrerbildung / Kunst- und Musikhochschulen / Sonstige Hochschulen

Sonstiges Bildungswesen

Ausbildungsförderung für Schüler / desgl. für Studierende / Lehrerfortbildung / Betriebliche und überbetriebliche, berufliche Aus- und Fortbildung einschl. Ausbilderfortbildung / Förderung der staatsbürgerlichen Bildung

Forschung außerhalb der Hochschulen

(ohne Forschung der Verteidigung)

Wissenschafts- und Forschungsverwaltung / Kernforschung und kerntechnische Entwicklung / Weltraumforschung / Elektronische Datenverarbeitung / Wirtschaft (einschl. Infrastruktur) / Verkehrs- und Nachrichtenwesen / Energie- und Wasserwirtschaft / Ernährung, Land- und Forstwirtschaft / Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen / Bauwesen, Raum- und Städteplanung / Wissenschaftliche Museen / Wissenschaftliche Bibliotheken und Archive, Dokumentation / Sonstiges

Kulturelle Angelegenheiten

Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten / Theater und Musik / Museen, Sammlungen, Ausstellungen / Denkmalspflege / Naturschutz und Landschaftspflege / Öffentliches Büchereiwesen / Volkshochschulen / Sonstige Erwachsenenbildung / Sonstige Kunst- und Kulturpflege / Kirchliche Angelegenheiten

Soziale Sicherung

Verwaltung

Versicherungsbehörden / Sozialamt, Sozialhilfverband, Landeswohlfahrtsverband / Jugendamt / Versorgungsämter / Lastenausgleichsverwaltung / Wiedergutmachtungsbehörden / Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung

Sozialversicherung (einschl. Arbeitslosenversicherung)

Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter / Knappschaftsversicherung / Unfallversicherung / Krankenversicherung / Arbeitslosenversicherung / Altershilfe für Landwirte / Sonstige Sozialversicherungen

Familien-, Sozial- und Jugendhilfe

Kindergeld / Mutterschutz / Wohngeld / Sozialhilfeleistungen / Einrichtungen der Sozialhilfe des öffentlichen Be-

reichs / Förderung der freien Wohlfahrtspflege / Jugendhilfeleistungen / Einrichtungen der Jugendhilfe des öffentlichen Bereichs / Förderung der freien Jugendhilfe

Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen

Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen / Einrichtungen der Kriegsopferversorgung / Lastenausgleich / Wiedergutmachung nach den Entschädigungsgesetzen / Sonstige Wiedergutmachungsleistungen / Vertriebene und Flüchtlinge / Sonstiges

Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz

Arbeitslosenhilfe / Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung / Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung / Arbeitsschutz

Naturkatastrophen

Förderung der Vermögensbildung

Sonstige soziale Angelegenheiten

Leistungen nach dem Unterhaltsgesetz / Übrige soziale Angelegenheiten

Gesundheit, Sport und Erholung

Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens

Gesundheitsbehörden / Krankenhäuser ohne Hochschulkliniken / Maßnahmen des Gesundheitswesens / Sonstiges

Sport und Erholung

Park- und Gartenanlagen / Badeanstalten / Sportstätten / Förderung des Sports / Sonstiges

Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde

Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste

Wohnungswesen

Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen

Kommunale Gemeinschaftsdienste

Straßenbeleuchtung / Abwasserbeseitigung / Abfallbeseitigung / Straßenreinigung / Schlacht- und Viehhöfe / Sonstiges

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)

Ernährung und Landwirtschaft / Forsten

Produktivitäts- und absatzfördernde Maßnahmen

Flurbereinigung, Umlegungen / Landliche Siedlung / Aufstockung und Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe / Wirtschaftswege / Verbesserung der Verbundwirtschaft / Einsatz von Maschinen und technischen Anlagen / Absatzförderung / Europäische Ausrichtungsfonds / Sonstiges

Einkommensstabilisierende Maßnahmen

Europäischer Garantiefonds / Sonstige Marktordnungen

Sonstige Förderungsmaßnahmen

Versuchsgüter und -felder / Sonstiges

Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen

Verwaltung

Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau

Kernenergie / Sonstige Energieformen / Wasserwirtschaft und Kulturbau / Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken, Küstenschutz / Sonstiges

Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe

Kohlenbergbau / Sonstiger Bergbau / Sonstige Grundstoffproduktion / Verarbeitende Industrie / Handwerk und Kleingewerbe / Baugewerbe / Sonstiges verarbeitendes Gewerbe

Handel
Handel / Exportförderung, Auslandsmessen / Märkte und Messen / Sonstiges

Förderung des Fremdenverkehrs

Geld- und Versicherungswesen
Banken und sonstige Kreditinstitute / Versicherungen / Sonstiges

Sonstige Dienstleistungen

Sonstige Bereiche

Regionale Wirtschaftsförderung
Betriebliche Investitionen / Verbesserung der Infrastruktur / Sonstiges

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Straßen
Straßen- und Brückenbauverwaltung / Bundesautobahnen / Bundes- und Landesstraßen / Kreisstraßen / Gemeindestraßen / Sonstiges

Wasserstraßen und Hafen (einschl. Verwaltung)
Wasserstraßen und Hafen / Verwaltung für Wasserstraßen und Hafen

Schienerverkehr

Luftfahrt
Flugsicherung / Sonstiges

Wetterdienst

Nachrichtenwesen
Post- und Fernmeldewesen / Rundfunkanstalten und Fernsehen

Sonstige Bereiche
Sonstiges

Wirtschaftsunternehmen

Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen

Versorgungsunternehmen
Elektrizitätsunternehmen / Gasunternehmen / Wasserunternehmen / Kombinierte Versorgungsunternehmen

Verkehrsunternehmen

Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen

Bergbau- und Gewerbeunternehmen

Sonstige Wirtschaftsunternehmen

Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen

Allgemeines Grundvermögen / Allgemeines Kapitalvermögen / Sondervermögen

Allgemeine Finanzwirtschaft
(ohne besondere Finanzierungsvorgänge)

Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen / Schulden / Versorgung / Beihilfen, Unterstützungen u. ä. / Sonstiges

2.2 Ausgabe- und Einnahmearten

Ausgaben

Unmittelbare Ausgaben

(ohne Zahlungen an andere Bereiche)

Beamtenbezüge

Angestelltenvergütungen

Arbeitslöhne

Sonstige Personalausgaben / Versorgung ¹⁾

Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen

Bewirtschaftung der Grundstücke

Mieten und Pachten

Übriger laufender Sachaufwand / Zinsen ²⁾

Baumaßnahmen

Erwerb von unbeweglichen Sachen

Erwerb von beweglichen Sachen

Zahlungen an andere Bereiche

Renten, Unterstützungen u. ä.

Laufende Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen

Übrige laufende Zuschüsse

Vermögensübertragungen an andere Bereiche

Darlehen an andere Bereiche

Erwerb von Beteiligungen

Zahlungen an öffentlichen Bereich

Laufende Zuweisungen, Erstattungen und Zinsausgaben an öffentlichen Bereich ³⁾

Zuweisungen für Investitionen und Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich

Darlehen / Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich ³⁾

Einnahmen

Unmittelbare Einnahmen

Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Gebühren, sonstige Entgelte

Übrige laufende Einnahmen / Steuern ³⁾

Laufende Zuschüsse von anderen Bereichen

Veraußerung von Sachvermögen

Veraußerung von Beteiligungen

Übrige Einnahmen

Zahlungen vom öffentlichen Bereich

Zahlungen von gleicher Ebene

Zahlungen von anderer Ebene

¹⁾ Nur bei der Funktion »Versorgung« — ²⁾ Zinsen und Tilgung nur bei der Funktion »Schulden« — ³⁾ Nur bei der Funktion »Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen«.

Systematik der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte

Ausgabe 1963

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
1	Einnahmen	2	Ausgaben für den Privaten Verbrauch
11	Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen		(abgeleitet aus dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch«, Ausgabe 1963; siehe dort)
1 11	Einkommen aus unselbständiger Arbeit (brutto) ¹⁾		
1 12	Einkommen aus Unternehmertätigkeit (brutto)		
1 13	Einkommen aus Vermögen (brutto)		
12	Einnahmen aus Übertragungen (Geldleistungen)	3	Sonstige Ausgaben
1 21	Laufende Einnahmen aus Übertragungen	31	Zinsen auf Konsumentenkredite
1 22	Einmalige und unregelmäßige Einnahmen aus Übertragungen	3 10	Zinsen auf Konsumentenkredite
13	Einnahmen aus Untervermietung, aus dem Verkauf von Waren und aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche Zwecke	32	Geleistete Übertragungen (Geldleistungen)
1 31	Einnahmen aus Untervermietung	3 21	Steuern
1 32	Einnahmen aus dem Verkauf im Haushalt erzeugter Waren	3 22	Beiträge zur Sozialversicherung
1 33	Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Waren	3 23	Prämien für private Kranken-, Unfall- und Schadenversicherung und an Pensionskassen
1 34	Einnahmen (netto) aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke (Spesen, Tagegelder) u. ä.	3 24	Sonstige geleistete Übertragungen
14	Einnahmen aus der Auflösung bzw. Umwandlung von Vermögen und Kreditaufnahme	33	Ausgaben für die Bildung bzw. Umwandlung von Vermögen und Rückzahlung von Krediten
1 41	Verminderung des Sachvermögens bzw. Betriebsvermögens	3 31	Bildung von Sachvermögen bzw. Betriebsvermögen
1 42	Verminderung des Geldvermögens	3 32	Bildung von Geldvermögen
1 43	Kreditaufnahme	3 33	Rückzahlung von Krediten
15	Einnahmen, die einer der vorstehend genannten Positionen nicht zugeordnet werden können	34	Ausgaben, die einer der vorstehend genannten Positionen nicht zugeordnet werden können
1 50	Einnahmen, die einer der vorstehend genannten Positionen nicht zugeordnet werden können	3 40	Ausgaben, die einer der vorstehend genannten Positionen nicht zugeordnet werden können
16	Nachrichtlich:	35	Nachrichtlich:
1 61	Einnahmen aus Vermietung (ohne Untervermietung)	3 51	Aufwendungen für die Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden, Schönheitsreparaturen in Eigentümerwohnungen u. ä.
1 62	Reisekostenerstattungen, Tagegelder, Auslösungen, Trennungsschädigungen usw.	3 52	Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke, soweit vom Unternehmer erstattet oder auf Geschäftskosten verbucht
1 63	Barbestand am Anfang des Monats	3 53	Barbestand am Ende des Monats

¹⁾ Ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik (WI)

Ausgabe 1975

Warengruppen (Zweisteller) *)

Warengruppe	Bezeichnung	Warengruppe	Bezeichnung
10	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	39	Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u. ä.
21	Bergbauliche Erzeugnisse	40	Chemische Erzeugnisse
22	Mineralölerzeugnisse	50	Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen
24	Spalt- und Brutstoffe	51	Feinkeramische Erzeugnisse
25	Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	52	Glas und Glaswaren
27	Eisen und Stahl (Erzeugnisse der Eisenschaffenden und Ferrolegierungs-Industrie)	53	Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz
28	NE-Metalle und -Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug)	54	Holzwaren
29	Gießereierzeugnisse	55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe
30	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung	56	Papier- und Pappwaren
31	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	57	Druckereierzeugnisse, Lichtpaus- und verwandte Waren
32	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)	58	Kunststofferzeugnisse
33	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	59	Gummiwaren
34	Wasserfahrzeuge	61	Leder
35	Luft- und Raumfahrzeuge (einschl. Flugbetriebs-, Rettungs-, Sicherheits- und Bodengeräte)	62	Lederwaren und Schuhe
36	Elektrotechnische Erzeugnisse	63	Textilien
37	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	64	Bekleidung
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	68	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes
		69	Tabakwaren
		70	Fertigteilbauten im Hochbau

*) Das WI hat 36 Zweisteller, 245 Dreisteller, 1 153 Viersteller, 5 901 Sechsteller

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)

Ausgabe 1976

Abschnitte (römische Zahlen), Kapitel (arabische Zahlen) *)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
I	Lebende Tiere und Waren tierischen Ursprungs	7	Gemüse, Pflanzen, Wurzeln und Knollen, die zu Ernährungszwecken verwendet werden
1	Lebende Tiere	8	Genießbare Früchte; Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen
2	Fleisch und genießbarer Schlachtabfall	9	Kaffee, Tee, Mate und Gewürze
3	Fische, Krebstiere und Weichtiere	10	Getreide
4	Milch und Milcherzeugnisse, Vogeleier; natürlicher Honig; genießbare Waren tierischen Ursprungs, anderweitig weder genannt noch inbegriffen	11	Müllereierzeugnisse; Malz; Stärke; Kleber, Inulin
5	Anderer Waren tierischen Ursprungs, anderweitig weder genannt noch inbegriffen	12	Ölsaaten und ölhaltige Früchte; verschiedene Samen und Früchte; Pflanzen zum Gewerbe- und Heilgebrauch; Stroh und Futter
II	Waren pflanzlichen Ursprungs	13	Pflanzliche Rohstoffe zum Färben oder Gerben; Gummien, Harze und andere pflanzliche Säfte und Auszüge
6	Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels	14	Flechtstoffe, Schnitzstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs, anderweitig weder genannt noch inbegriffen

*) Das WA hat 21 Abschnitte, 99 Kapitel, 1 112 Viersteller, 8 644 Siebensteller.

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
III	Tierische und pflanzliche Fette und Öle; Erzeugnisse ihrer Spaltung; genießbare verarbeitete Fette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs	37	Erzeugnisse zu photographischen und kinematographischen Zwecken
15	Tierische und pflanzliche Fette und Öle; Erzeugnisse ihrer Spaltung; genießbare verarbeitete Fette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs	38	Verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie
IV	Waren der Lebensmittelindustrie; Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig; Tabak	VII	Kunststoffe, Zelluloseäther und -ester und Waren daraus; Kautschuk (Naturkautschuk, synthetischer Kautschuk und Faktis) und Kautschukwaren
16	Zubereitungen von Fleisch, Fischen, Krebstieren und Weichtieren	39	Kunststoffe, Zelluloseäther und -ester und Waren daraus
17	Zucker und Zuckerwaren	40	Kautschuk (Naturkautschuk, synthetischer Kautschuk und Faktis) und Kautschukwaren
18	Kakao und Zubereitungen aus Kakao	VIII	Häute, Felle, Leder, Pelzfelle und Waren daraus; Sattlerwaren; Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse; Waren aus Därmen
19	Zubereitungen auf der Grundlage von Getreide, Mehl oder Stärke; Backwaren	41	Häute und Felle; Leder
20	Zubereitungen von Gemüse, Küchenkräutern, Früchten und anderen Pflanzen oder Pflanzenteilen	42	Lederwaren, Sattlerwaren; Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse; Waren aus Därmen
21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	43	Pelzfelle und künstliches Pelzwerk; Waren daraus
22	Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	IX	Holz, Holzkohle und Holzwaren; Kork und Korkwaren; Flechtwaren und Korbmacherwaren
23	Rückstände und Abfälle der Lebensmittelindustrie; zubereitetes Futter	44	Holz, Holzkohle und Holzwaren
24	Tabak	45	Kork und Korkwaren
V	Mineralische Stoffe	46	Flechtwaren und Korbmacherwaren
25	Salz; Schwefel; Steine und Erden; Gips, Kalk und Zement	X	Ausgangsstoffe für die Papierherstellung; Papier, Pappe und Waren daraus
26	Metallurgische Erze sowie Schlacken und Aschen	47	Ausgangsstoffe für die Papierherstellung
27	Mineralische Brennstoffe; Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation; bituminöse Stoffe; Mineralwachse	48	Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier und Pappe
VI	Erzeugnisse der chemischen Industrie und verwandter Industrien	49	Waren des Buchhandels und Erzeugnisse des graphischen Gewerbes
28	Anorganische chemische Erzeugnisse; anorganische oder organische Verbindungen von Edelmetallen, radioaktiven Elementen, Metallen der seltenen Erden und Isotopen	XI	Spinnstoffe und Waren daraus
29	Organische chemische Erzeugnisse	50	Seide, Schappeseide und Bourretteseide
30	Pharmazeutische Erzeugnisse	51	Synthetische und künstliche Spinnfäden
31	Düngemittel	52	Metallgarne
32	Gerb- und Farbstoffauszüge; Tannine und ihre Derivate; Farbstoffe, Farben, Anstrichfarben, Lacke und Färbemittel; Kitten; Tinten	53	Wolle, feine und grobe Tierhaare, Roßhaar
33	Ätherische Öle und Resinoide; Riech-, Körperpflege- und Schönheitsmittel	54	Flachs und Ramie
34	Seifen, organische grenzflächenaktive Stoffe, zubereitete Waschmittel und Waschhilfsmittel, zubereitete Schmiermittel, künstliche Wachse, zubereitete Wachse, Schuhcreme, Scheuerpulver und dergleichen, Kerzen und ähnliche Erzeugnisse, Modelliermassen und »Dentalwachs«	55	Baumwolle
35	Eiweißstoffe und Klebstoffe	56	Synthetische und künstliche Spinnfasern
36	Pulver und Sprengstoffe; pyrotechnische Artikel, Zündhölzer; Zündmetalllegierungen; leicht entzündliche Stoffe	57	Andere pflanzliche Spinnstoffe; Papiergarne und Gewebe aus Papiergarnen
		58	Teppiche und Tapiserien; Samt, Plüsch, Schlingengewebe und Chenillegewebe; Bänder; Posamentierwaren; Tulle und geknüpft Netzstoffe, Spitzen, Stickereien

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
59	Watte und Filze, Tauwerk und andere Seilerwaren, Spezialgewebe, getränkte oder bestrichene Gewebe, Gegenstände des technischen Bedarfs, aus Spinnstoffen	XVI	Maschinen, Apparate und mechanische Geräte; elektrotechnische Waren
60	Gewirke	84	Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte
61	Bekleidung und Bekleidungszubehör, aus Geweben	85	Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte sowie andere elektrotechnische Waren
62	Andere konfektionierte Waren aus Geweben	XVII	Beförderungsmittel
63	Altwaren; Lumpen	86	Schienerfahrzeuge; ortsfestes Gleismaterial; nichtelektrische mechanische Signalvorrichtungen für Verkehrswege
XII	Schuhe; Kopfbedeckungen; Regen- und Sonnenschirme; zugerichtete Federn und Waren aus Federn; künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren; Fächer	87	Zugmaschinen, Kraftwagen, Kraftträder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge
64	Schuhe, Gamaschen und ähnliche Waren; Teile davon	88	Luftfahrzeuge
65	Kopfbedeckungen und Teile davon	89	Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen
66	Regenschirme, Sonnenschirme, Gehstöcke, Peitschen, Reitpeitschen und Teile davon	XVIII	Optische, photographische und kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte; Meß-, Prüf- und Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte; Uhrmacherwaren; Musikinstrumente; Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte; magnetisch arbeitende Bild- und Tonaufzeichnungs- und -wiedergabegeräte für das Fernsehen
67	Zugerichtete Federn und Daunen und Waren aus Federn oder Daunen, künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren, Fächer	90	Optische, photographische und kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte, Meß-, Prüf- und Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte
XIII	Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen; keramische Waren; Glas und Glaswaren	91	Uhrmacherwaren
68	Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen	92	Musikinstrumente, Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte; magnetisch arbeitende Bild- und Tonaufzeichnungs- und -wiedergabegeräte für das Fernsehen; Teile und Zubehör für diese Instrumente und Geräte
69	Keramische Waren	XIX	Waffen und Munition; Teile davon
70	Glas und Glaswaren	93	Waffen und Munition; Teile davon
XIV	Echte Perlen, Edelsteine, Schmucksteine und dergleichen, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen, Waren daraus; Phantasienschmuck; Münzen	XX	Verschiedene Waren
71	Echte Perlen, Edelsteine, Schmucksteine und dergleichen, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen, Waren daraus; Phantasienschmuck	94	Möbel; medizinisch-chirurgische Möbel; Bettenausstattungen und ähnliche Waren
72	Münzen	95	Bearbeitete Schnitz- und Formstoffe; Waren aus Schnitz- und Formstoffen
XV	Unedle Metalle und Waren daraus	96	Besen, Bürsten, Pinsel, Staubwedel, Puderquasten und Siebwaren
73	Eisen und Stahl	97	Spielzeug, Spiele, Scherzartikel und Sportgeräte
74	Kupfer	98	Verschiedene Waren
75	Nickel	XXI	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten
76	Aluminium	99	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten
77	Magnesium, Beryllium (Glucinium)		
78	Blei		
79	Zink		
80	Zinn		
81	Andere unedle Metalle		
82	Werkzeuge; Messerschmiedewaren und Eßbestecke aus unedlen Metallen		
83	Verschiedene Waren aus unedlen Metallen		

Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (Rev. SITC bzw. CST)

Ausgabe 1961

Teile (Einsteller), Abschnitte (Zweisteller) *)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0	Nahrungsmittel	53	Farb- und Gerbstoffe
00	Lebende Tiere	54	Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse
01	Fleisch und Fleischwaren	55	Riechstoffe, Körperpflege-, Putz-, Wasch- und Reinigungsmittel
02	Molkereierzeugnisse und Eier	56	Chemische Düngemittel
03	Fisch und Fischwaren	57	Sprengstoffe
04	Getreide und Getreideerzeugnisse	58	Kunststoffe, regenerierte Zellulose und Kunstharze
05	Obst und Gemüse	59	Chemische Erzeugnisse, anderweitig nicht genannt
06	Zucker und Zuckerwaren	6	Bearbeitete Waren nach Beschaffenheit gegliedert
07	Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus	61	Leder, Lederwaren und zugerichtete Pelzfelle
08	Futtermittel, frisch, getrocknet, zerkleinert oder gemahlen, Abfälle	62	Kautschukwaren, anderweitig nicht genannt
09	Verschiedene Nahrungsmittelzubereitungen	63	Holz- und Korkwaren, ausgenommen Möbel
1	Getränke und Tabak	64	Papier, Pappe und Waren daraus
11	Getränke	65	Garne, Gewebe, Textilfertigwaren und verwandte Erzeugnisse
12	Tabak und Tabakwaren	66	Waren aus mineralischen Stoffen, anderweitig nicht genannt
2	Rohstoffe, ausgenommen mineralische Brennstoffe	67	Eisen und Stahl
21	Häute, Felle und Pelzfelle, roh	68	NE-Metalle
22	Olisaaten und Ölfrüchte	69	Metallwaren
23	Rohkautschuk, natürlich, synthetisch oder regeneriert	7	Maschinen und Fahrzeuge
24	Holz und Kork	71	Nichtelektrische Maschinen
25	Zellstoff und Papierabfälle	72	Elektrische Maschinen und Apparate
26	Spinnstoffe und Abfälle von Spinnstoffen	73	Fahrzeuge
27	Mineralische Rohstoffe, ausgenommen Erze, Brennstoffe und Schmucksteine	8	Verschiedene bearbeitete Waren
28	Erze und Metallabfälle	81	Sanitäre und hygienische Artikel, Heizkessel usw. für Zentralheizungen und Beleuchtungskörper
29	Tierische und pflanzliche Rohstoffe, anderweitig nicht genannt	82	Möbel
3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	83	Reiseartikel, Täschnerwaren und dergleichen
32	Kohle, Koks und Briketts	84	Bekleidung
33	Erdöl und Erdöldestillationserzeugnisse	85	Schuhe
34	Erdgas und Industriegase	86	Feinmechanische, optische und photochemische Erzeugnisse, Uhren
35	Elektrischer Strom	89	Bearbeitete Waren, anderweitig nicht genannt
4	Tierische und pflanzliche Fette und Öle	9	Waren und Vorgänge, nicht nach Beschaffenheit gegliedert
41	Tierische Fette und Öle		
42	Pflanzliche Öle		
43	Öle und Fette, verarbeitet, und Wachse tierischen oder pflanzlichen Ursprungs		
5	Chemische Erzeugnisse		
51	Chemische Grundstoffe und Verbindungen		
52	Mineralteere und rohe chemische Erzeugnisse aus Kohle, Erdöl und Naturgas		

*) Enthalt: 10 Teile, 56 Abschnitte, 177 Gruppen, 625 Untergruppen und 1312 Positionen.

Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (GV)

Ausgabe 1969

Abteilungen (Einsteller), Hauptgruppen (Zweisteller)*)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0	Land-, forstwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse (einschl. lebende Tiere)	5	Eisen, Stahl und NE-Metalle (einschl. Halbzeug)
00	Lebende Tiere	51	Roheisen, Ferrolegierungen, Rohstahl
01	Getreide	52	Stahlhalbzeug
02	Kartoffeln	53	Stab- und Formstahl, Draht, Eisenbahnoberbaumaterial
03	FrISChe Früchte, frisches und gefrorenes Gemüse	54	Stahlbleche, Bandstahl, Weißblech und -band
04	Spinnstoffe und textile Abfälle	55	Rohre u. ä. aus Stahl; rohe Gießereierzeugnisse und Schmiedestücke aus Eisen und Stahl
05	Holz und Kork	56	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug
06	Zuckerrüben		
09	Sonstige pflanzliche, tierische und verwandte Rohstoffe	6	Steine und Erden (einschl. Baustoffe)
1	Andere Nahrungs- und Futtermittel	61	Sand, Kies, Bims, Ton, Schlacken
11	Zucker	62	Salz, Schwefelkies, Schwefel
12	Getranke	63	Sonstige Steine, Erden und verwandte Rohminerale
13	Genußmittel und Nahrungsmittelzubereitungen, anderweitig nicht genannt	64	Zement und Kalk
14	Fleisch, Fische, Fleisch- und Fischwaren, Eier, Milch und Milchzeugnisse, Speisefette	65	Gips
16	Getreide-, Obst- und Gemüseerzeugnisse, Hopfen	69	Sonstige mineralische Baustoffe u. ä. (ausgenommen Glas)
17	Futtermittel	7	Düngemittel
18	Ölsaaten, Ölfrüchte, pflanzliche und tierische Öle und Fette (ausgenommen Speisefette)	71	Natürliche Düngemittel
		72	Chemische Düngemittel
2	Feste mineralische Brennstoffe	8	Chemische Erzeugnisse
21	Steinkohle und Steinkohlenbriketts	81	Chemische Grundstoffe (ausgenommen Aluminiumoxyd und -hydroxyd)
22	Braunkohle, Braunkohlenbriketts und Torf	82	Aluminiumoxyd und -hydroxyd
23	Steinkohlen- und Braunkohlenkoks	83	Benzol, Teere u. ä. Destillationserzeugnisse
		84	Zellstoff und Altpapier
		89	Sonstige chemische Erzeugnisse (einschl. Stärke)
3	Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	9	Fahrzeuge, Maschinen, sonstige Halb- und Fertigwaren, besondere Transportgüter
31	Rohes Erdöl	91	Fahrzeuge
32	Kraftstoffe und Heizöl	92	Landwirtschaftliche Maschinen
33	Natur-, Raffinerie- und verwandte Gase	93	Elektrotechnische Erzeugnisse, andere Maschinen
34	Mineralölerzeugnisse, anderweitig nicht genannt	94	Baukonstruktionen aus Metall; EBM-Waren
4	Erze und Metallabfälle	95	Glas, Glaswaren, feinkeramische u. ä. mineralische Erzeugnisse
41	Eisenerze (ausgenommen Schwefelkiesabbrände)	96	Leder, Lederwaren, Textilien, Bekleidung
45	NE-Metallerze, -abfälle und -schrott	97	Sonstige Halb- und Fertigwaren
46	Eisen- und Stahlabfälle und -schrott, Schwefelkiesabbrände	99	Besondere Transportgüter (einschl. Sammel- und Stückgut)

*) Das GV hat 10 Einsteller, 52 Zweisteller, 175 Dreisteller

Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch

— Systematisches Verzeichnis —

Ausgabe 1963

Hauptgruppen (Einsteller), Gruppen (Zweisteller) *)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0/1	Nahrungs- und Genußmittel (einschl. Verzehr in Gaststätten)	53	Heiz- und Kochgeräte, Beleuchtungskörper
01	Fleisch und Fleischwaren, Fische und Fischwaren	54	Haushaltsmaschinen und -geräte (ohne Heiz- und Kochgeräte)
02	Eier	55	Tapeten, Farben, Baustoffe, Wohnungsreparaturen u. ä.
03	Milch, Käse, Butter	56	Hausliche Dienste
04	Speisefette und -öle (ohne Butter)	57	Wäscherei und Reinigung
05	Brot und Backwaren	58	Sonstige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung
06	Mehl, Nahrungsmittel, Kartoffelerzeugnisse	6	Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung
07	Kartoffeln	61	Kraftfahrzeuge und Fahrräder
08	Gemüse und Obst	62	Kraftstoffe
09	Zucker, Süßwaren	63	Sonstige Waren und Dienstleistungen für eigene Kraftfahrzeuge u. ä.
11	Gewürze und ähnliche Back- und Speisezutaten	64	Fremde Verkehrsleistungen
12	Alkoholfreie Getränke	65	Nachrichtenübermittlung
13	Genußmittel	7	Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege (soweit nicht in 3 bis 5 enthalten)
14	Fertige Mahlzeiten; Verzehr in Gaststätten	71	Waren und Dienstleistungen für die Körperpflege
2	Kleidung, Schuhe	72	Waren und Dienstleistungen für die Gesundheitspflege
21	Oberbekleidung	8	Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke (soweit nicht in 0/1, 6 und sonstigen Hauptgruppen enthalten)
22	Sonstige Bekleidung	81	Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte und deren Zubehörteile
23	Schuhe	82	Foto- und Kinoapparate und deren Zubehörteile
3	Wohnungsmieten u. ä.	83	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften
31	Mieten und Pachten (ohne Mietwert der Eigentümerwohnungen u. ä.)	84	Kosten für Theater, Kino und Sportveranstaltungen
32	Mietwert der Eigentümerwohnungen u. ä.	85	Sonstige Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke
33	Untermieten	9	Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen
4	Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.	91	Persönliche Ausstattung
41	Elektrizität	92	Sonstige Waren und Dienstleistungen
42	Gas		
43	Kohlen und sonstige feste Brennstoffe		
44	Flüssige Brennstoffe (ohne Kraftstoffe)		
45	Zentralheizung und Warmwasser		
5	Ubrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung (soweit nicht in sonstigen Hauptgruppen enthalten)		
51	Möbel		
52	Heimtextilien, Haushaltswäsche (auch Kunststoffwaren)		

*) Das Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch hat 9 Einsteller, 46 Zweisteller, 88 Dreisteller, 103 Viersteller

Systematik der Bauwerke

Ausgabe 1970

— Übersicht der Bauwerksgruppen —

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
71	Hochbauten	75 2	Sonstige an anderer Stelle nicht genannte Tiefbauten für Verkehr und Nachrichtenübermittlung
71 1	Wohngebäude		
71 11	Einfamilienhäuser	75 21	Bahnkörper und sonstige an anderer Stelle nicht genannte Tiefbauten für Schienenbahnen
71 12	Zweifamilienhäuser	75 22	Eisenbahnbrücken und Hochbahnkonstruktionen
71 13	Mehrfamilienhäuser	75 23	Flughäfen und -plätze
71 3	Unterkünfte	75 24	Tiefbauten für den Transport flüssiger und fester Stoffe in Rohrleitungen
71 31	Wochenend- und Sommerhäuser mit weniger als 50 qm Wohnfläche	75 25	Tiefbauten für die Nachrichtenübermittlung
71 32	Sonstige an anderer Stelle nicht genannte Unterkünfte	75 3	Wasserbauten
71 5	Nichtwohngebäude	75 31	Tiefbauten an Wasserstraßen und Häfen
71 51	Anstaltsgebäude	75 32	Tiefbauten an nichtschiffbaren Flüssen und Bächen
71 52	Büro- und Verwaltungsgebäude	75 33	Wasserwirtschaftliche Tiefbauten
71 53	Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	75 4	Landeskulturbauten
71 54	Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	75 40	Zugleich Klasse
71 55	Sonstige an anderer Stelle nicht genannte Nichtwohngebäude	75 5	Tiefbauten für die Energiewirtschaft
71 7	Behelfsmäßige Nichtwohnbauten	75 51	Tiefbauten für die Elektrizitätsverteilung
71 70	Zugleich Klasse	75 52	Tiefbauten für die Gasverteilung
71 9	Freistehende selbständige Konstruktionen	75 53	Tiefbauten für die Fernheizung
71 90	Zugleich Klasse	75 6	Tiefbauten für Sport- und Erholungszwecke
75	Tiefbauten	75 60	Zugleich Klasse
75 1	Straßen und Straßenbrücken	75 9	Sonstige an anderer Stelle nicht genannte Tiefbauten
75 11	Straßen	75 90	Zugleich Klasse
75 12	Straßenbrücken		

Klassifizierung der Berufe

— Systematisches Verzeichnis der Berufsbenennungen —

Ausgabe 1975

Berufsbereiche (römische Zahlen), Berufsabschnitte (römische Zahlen und Buchstaben), Berufsgruppen (arabische Zahlen *)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
I	Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	III h	Elektriker
I a	Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	31	Elektriker
01	Landwirte	III i	Montierer und Metallberufe, anderweitig nicht genannt
02	Tierzüchter, Fischereiberufe	32	Montierer und Metallberufe, anderweitig nicht genannt
03	Verwalter, Berater in der Landwirtschaft und Tierzucht	III k	Textil- und Bekleidungsberufe
04	Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Tierpfleger	33	Spinnberufe
05	Gartenbauer	34	Textilhersteller
06	Forst-, Jagdberufe	35	Textilverarbeiter
II	Bergleute, Mineralgewinner	36	Textilveredler
II a	Bergleute, Mineralgewinner	III l	Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter
07	Bergleute	37	Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter
08	Mineral-, Erdöl-, Erdgasgewinner	III m	Ernährungsberufe
09	Mineralfabrikanten	39	Back-, Konditorwarenhersteller
III	Fertigungsberufe	40	Fleisch-, Fischverarbeiter
III a	Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	41	Speisenbereiter
10	Steinbearbeiter	42	Getranke-, Genußmittelhersteller
11	Baustoffhersteller	43	Übrige Ernährungsberufe
III b	Keramiker, Glasmacher	III n	Bauberufe
12	Keramiker	44	Maurer, Betonbauer
13	Glasmacher	45	Zimmerer, Dachdecker, Gerüstbauer
III c	Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	46	Straßen-, Tiefbauer
14	Chemiearbeiter	47	Bauhilfsarbeiter
15	Kunststoffverarbeiter	III o	Bau-, Raumausstatter, Polsterer
III d	Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	48	Bauausstatter
16	Papierhersteller, -verarbeiter	49	Raumausstatter, Polsterer
17	Drucker	III p	Tischler, Modellbauer
III e	Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	50	Tischler, Modellbauer
18	Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	III q	Maler, Lackierer und verwandte Berufe
III f	Metallerzeuger, -bearbeiter	51	Maler, Lackierer und verwandte Berufe
19	Metallerzeuger, Walzer	III r	Warenprüfer, Versandfertigmacher
20	Former, Formgießer	52	Warenprüfer, Versandfertigmacher
21	Metallverformer (spanlos)	III s	Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe
22	Metallverformer (spanend)	53	Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe
23	Metalloberflächenbearbeiter, -verguter, -beschichter	III t	Maschinen- und zugehörige Berufe
24	Metallverbinder	54	Maschinen- und zugehörige Berufe
III g	Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	IV	Technische Berufe
25	Schmiede	IV a	Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker
26	Feinblechner, Installateure	60	Ingenieure
27	Schlosser	61	Chemiker, Physiker, Mathematiker
28	Mechaniker	IV b	Techniker, Technische Sonderfachkräfte
29	Werkzeugmacher	62	Techniker
30	Metallfeinbauer und zugeordnete Berufe	63	Technische Sonderfachkräfte

*) Die Klassifizierung der Berufe hat 6 Berufsbereiche, 33 Berufsabschnitte, 86 Berufsgruppen (Zweisteller), 328 Berufsordnungen (Dreisteller), 1 689 Berufsklassen (Viersteller).

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
V	Dienstleistungsberufe	V f	Schriftwerkschaffende, schriftwerkordnende sowie künstlerische Berufe
V a	Warenkaufleute	82	Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare
68	Warenkaufleute	83	Künstler und zugeordnete Berufe
V b	Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	V g	Gesundheitsdienstberufe
69	Bank-, Versicherungskaufleute	84	Ärzte, Apotheker
70	Anderer Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	85	Ubrige Gesundheitsdienstberufe
V c	Verkehrsberufe	V h	Sozial- und Erziehungsberufe, anderweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe
71	Berufe des Landverkehrs	86	Sozialpflegerische Berufe
72	Berufe des Wasser- und Luftverkehrs	87	Lehrer
73	Berufe des Nachrichtenverkehrs	88	Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe, anderweitig nicht genannt
74	Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter	89	Seelsorger
V d	Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	V i	Allgemeine Dienstleistungsberufe
75	Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer	90	Körperpfleger
76	Abgeordnete, administrativ entscheidende Berufstätige	91	Gastebetreuer
77	Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute	92	Hauswirtschaftliche Berufe
78	Bürofach-, Bürohilfskräfte	93	Reinigungsberufe
V e	Ordnungs-, Sicherheitsberufe	VI	Sonstige Arbeitskräfte
79	Dienst-, Wachberufe	VI a	Sonstige Arbeitskräfte
80	Sicherheitswahrer	97	Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft, anderweitig nicht genannt
81	Rechtswahrer, -berater	98	Arbeitskräfte mit noch nicht bestimmtem Beruf
		99	Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe

Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1968 (8. Revision)

Kapitel (römische Zahlen), Gruppen (arabische Zahlen)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
I.	Infektiöse und parasitäre Krankheiten	180—189	Bosartige Neubildungen der Harn- und Geschlechtsorgane
000—009	Infektiöse Krankheiten des Verdauungssystems	190—199	Bosartige Neubildungen sonstiger und nicht näher bezeichneter Sitze
010—019	Tuberkulose	200—209	Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe
020—027	Zoonosen durch Bakterien	210—228	Gutartige Neubildungen
030—039	Sonstige bakterielle Krankheiten	230—239	Neubildungen unbekanntes Charakters
040—046	Poliomyelitis und sonstige Enterovirenkrankheiten des Zentralnervensystems	III.	Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten
050—057	Viruskrankheiten mit Exanthem	240—246	Krankheiten der Schilddrüse
060—068	Durch Arthropoden übertragene Viruskrankheiten	250—258	Krankheiten sonstiger endokriner Drüsen
070—079	Sonstige Viruskrankheiten	260—269	Avitaminosen und sonstige Ernährungs-mangelkrankheiten
080—089	Rickettsiosen und andere Infektionskrankheiten, durch Arthropoden übertragen	270—279	Sonstige Stoffwechselkrankheiten
090—099	Syphilis (Lues) und sonstige Geschlechtskrankheiten	IV.	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe
100—104	Sonstige Spirochätenkrankheiten	280—289	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe
110—117	Mykosen	V.	Seelische Störungen
120—129	Wurmkrankheiten	290—299	Psychosen
130—136	Sonstige infektiöse und parasitäre Krankheiten	300—309	Neurosen, Persönlichkeitsstörungen (Psychopathien) und sonstige nichtpsychotische seelische Störungen
II.	Neubildungen	310—315	Schwachsinnformen (Intelligenzmängel)
140—149	Bosartige Neubildungen der Mundhöhle und des Rachens		
150—159	Bosartige Neubildungen der Verdauungsorgane und des Bauchfells		
160—163	Bosartige Neubildungen der Atmungsorgane		
170—174	Bosartige Neubildungen der Knochen, des Bindegewebes, der Haut und der Brustdrüse		

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
VI.	Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	XIII.	Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes
320—324	Entzündliche Krankheiten des Zentralnervensystems	710—718	Gelenkentzündung und Rheumatismus, ausgen. akuter Gelenkrheumatismus
330—333	Hereditäre und familiäre Krankheiten des Nervensystems	720—729	Osteomyelitis und sonstige Krankheiten der Knochen und Gelenke
340—349	Sonstige Krankheiten des Zentralnervensystems	730—738	Sonstige Krankheiten der Bewegungsorgane
350—358	Krankheiten der Nerven und peripheren Ganglien	XIV.	Angeborene Mißbildungen
360—369	Entzündliche Krankheiten des Auges	XV.	Bestimmte Ursachen der perinatalen Morbidität und Mortalität
370—379	Sonstige Krankheiten und Anomalien des Auges	XVI.	Symptome und mangelhaft bezeichnete Krankheiten und Todesursachen
380—389	Krankheiten des Ohres und Warzenfortsatzes	780—789	Symptome, die Systemen oder Organen zugeordnet werden können
VII.	Krankheiten des Kreislaufsystems	790—796	Mangelhaft bezeichnete Krankheiten
390—392	Akutes rheumatisches Fieber	E XVII.	Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen (nach der Ursache der Schädigung)
393—398	Chronische, rheumatische Herzkrankheiten	E 800—E 807	Eisenbahnunfälle
400—404	Bluthochdruck	E 810—E 819	Kraftfahrzeugunfälle im Verkehr
410—414	Ischämische Herzkrankheiten	E 820—E 823	Kraftfahrzeugunfälle außerhalb des Verkehrs
420—429	Sonstige Formen von Herzkrankheiten	E 825—E 827	Sonstige Unfälle von Straßenfahrzeugen
430—438	Hirngefäßkrankheiten	E 830—E 838	Wasserverkehrsunfälle
440—448	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	E 840—E 845	Verkehrsunfälle in der Luft- und Raumschiffahrt
450—458	Krankheiten der Venen und Lymphgefäße sowie sonstige Krankheiten des Kreislaufsystems	E 850—E 859	Vergiftungen (Unfälle) durch Drogen und Arzneimittel
VIII.	Krankheiten der Atmungsorgane	E 860—E 869	Vergiftungen (Unfälle) durch sonstige feste und flüssige Substanzen
460—466	Akute Infektionen der Atmungsorgane (ausgen. Grippe)	E 870—E 877	Vergiftungen (Unfälle) durch Gase und Dämpfe
470—474	Grippe	E 880—E 887	Unfälle durch Sturz
480—486	Pneumonie (Lungenentzündung)	E 890—E 899	Unfälle durch Feuer und Flammen
490—493	Bronchitis, Emphysem und Asthma	E 900—E 909	Unfälle durch Natur- und Umwelteinflüsse
500—508	Sonstige Krankheiten der oberen Luftwege	E 910—E 929	Sonstige Unfälle
510—519	Sonstige Krankheiten der Atmungsorgane	E 930—E 936	Chirurgische und medizinische Komplikationen und Zwischenfälle
IX.	Krankheiten der Verdauungsorgane	E 940—E 949	Spätfolgen von Unfallsverletzungen
520—529	Krankheiten der Mundhöhle, der Speicheldrüsen und der Kiefer	E 950—E 959	Selbstmord und Selbstbeschädigung
530—537	Krankheiten der Speiseröhre, des Magens und des Zwölffingerdarmes	E 960—E 969	Mord, Totschlag und vorsätzliche Verletzungen durch eine andere Person
540—543	Appendizitis	E 970—E 978	Verletzungen durch gesetzliche Maßnahmen
550—553	Eingeweidebrüche	E 980—E 989	Verletzungen, unbestimmt, ob unbeabsichtigt oder vorsätzlich
560—569	Sonstige Krankheiten des Darmes und Bauchfells	E 990—E 999	Schadensfälle bei Kriegshandlungen
570—577	Krankheiten der Leber, der Gallenblase und der Bauchspeicheldrüse	N XVII.	Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen (nach der Art der Schädigung)
X.	Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane	N 800—N 809	Brüche des Schädels, der Wirbelsäule und des Rumpfskeletts
580—584	Nephritis und Nephrose	N 810—N 819	Knochenbrüche der oberen Gliedmaßen
590—599	Sonstige Krankheiten der Harnorgane	N 820—N 829	Knochenbrüche der unteren Gliedmaßen
600—607	Krankheiten der männlichen Geschlechtsorgane	N 830—N 839	Verrenkungen ohne Knochenbrüche
610—616	Krankheiten der Brustdrüse, Eierstöcke, Eileiter und Parametrien	N 840—N 848	Verstauchungen, Gelenk- und Muskelzerrungen
620—629	Krankheiten der Gebärmutter und sonstiger weiblicher Geschlechtsorgane	N 850—N 854	Intrakranielle Verletzungen (ausgen. solche mit Schädelbruch)
XI.	Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett	N 860—N 869	Innere Verletzungen der Brust, des Bauches und des Beckens
630—634	Komplikationen in der Schwangerschaft	N 870—N 879	Zerreißungen und offene Wunden des Kopfes, des Halses und des Rumpfes
635—639	Infektionen der Harnorgane und Toxikosen in der Schwangerschaft und im Wochenbett	N 880—N 887	Zerreißungen und offene Wunden der oberen Gliedmaßen
640—645	Fehlgeburt	N 890—N 897	Zerreißungen und offene Wunden der unteren Gliedmaßen
650—662	Entbindung	N 900—N 907	Zerreißungen und offene Wunden an mehreren Stellen
670—678	Komplikationen im Wochenbett	N 910—N 918	Oberflächliche Verletzungen
XII.	Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes	N 920—N 929	Prellungen und Quetschungen ohne Hautverletzung
680—686	Infektionen der Haut und des Unterhautzellgewebes	N 930—N 939	Folgen des Eindringens von Fremdkörpern in Körperöffnungen
690—698	Sonstige entzündliche Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes	N 940—N 949	Verbrennungen
700—709	Sonstige Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes	N 950—N 959	Nerven- und Rückenmarksverletzungen
		N 960—N 979	Schädliche Wirkungen von Arzneimitteln
		N 980—N 989	Toxische Wirkungen von medizinisch nichtgebrauchlichen Substanzen
		N 990—N 999	Sonstige Schädigungen

3 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Katalog Seite	Grundlagen der Statistik		Aus
		Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit	Auswahlseinheit *)
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
Volkszählung 1970	79	Haushalt	Person, Haushalt	Zählerliste ¹⁾
Mikrozensus				
1 %-Erhebungen	} 80, 96, 124, 125, 203, 245	Haushalt	meist: Person	Segment ²⁾
0,25 %-Erhebungen		Haushalt	meist: Person	Segment ³⁾
0,1 %-Erhebungen		Haushalt	meist: Person	Segment ³⁾
Bundestagswahlstatistik 1972	119	Wahlberech- tigter bzw. Wähler	Wahlberech- tigter bzw. Stimmzettel	Wahlbezirk
Land- und Forstwirtschaft				
Repräsentativerhebungen 1972 zur Landwirtschaftszählung 1971 in der Landwirtschaft	140	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb, Person	Landw. Betrieb
in der Forstwirtschaft	140	Forstw. Betrieb	Forstw. Betrieb, Person	Forstw. Betrieb
Agrarberichterstattung	143	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb, Person	Landw. Betrieb
Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	145	Landw. Betrieb	Person	Landw. Betrieb
in der Forstwirtschaft	145	Forstw. Betrieb	Person	Forstw. Betrieb
Bodennutzungserhebungen				
Bodennutzungshaupterhebung	149	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb
Bodennutzungsnacherhebung	150	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb
Erhebung zur Nachprüfung der Bodennutzungsvor- und -haupt- erhebung	152	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Gemeinde, Landw. Betrieb
Gemüsevor- und -haupterhebung	150, 151	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Gemeinde ⁴⁾
Besondere Ernieermittlung ⁷⁾ Probeschnitte und Proberodungen	140	Probestück	Feld	Gemeinde, Betrieb, Feld der Frucht- art, Probestück
Volldrusche	140	Feld	Feld	Feld der Frucht- art ⁸⁾

Fußnoten siehe S. 380.

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren			Hochrechnungsverfahren
Zahl der Auswahl-einheiten	Schichtungsmerkmale (Zahl der Gruppen)	Durchschnittlicher Auswahlatz	
800 000	Bundesland (11) — Zahl der Haushalte (6)	10 % ¹⁾	Freie Hochrechnung mit Anpassung an die Personen- und Haushaltsstruktur je Kreis
ca. 1 000 000	Bundesland (11) — Gemeindegrößenklasse (9) — Straßenart (3), Anstalt (1), Großgebäude (1)	1 %	Anpassung an Personenstruktur, anschließend freie Hochrechnung, Anpassung an 1 %-Erhebung für die Auswahlätze 0,25 % und 0,1 %
ca. 10 000 ³⁾		0,25 % ⁴⁾	
ca. 10 000 ³⁾		0,1 % ⁴⁾	
55 000	Bundesland (10); Anordnung nach: Gemeindegrößenklasse (7) — SPD-Anteil (7) — FDP-Anteil (3) — Evangelischen-Anteil (3)	1,9 % ⁵⁾	Freie Hochrechnung
1 100 000	Bundesland (9) — Landwirtschaftl. genutzte Fläche im Bereich Gartenbau (3) und in der übrigen Landwirtschaft (9)	23 %	Freie Hochrechnung
375 000	Bundesland (9) — Größe der Waldfläche (4)	23 %	Freie Hochrechnung
1 000 000	Bundesland (11) — Viehbestand (4), Anbaufläche von Sonderkulturen (6), Landwirtschaftl. genutzte Fläche im Bereich Gartenbau (3) und in der übrigen Landwirtschaft (7)	10 %	Freie Hochrechnung
1 000 000	(wie Agrarberichterstattung)	10 %	Freie Hochrechnung
9 000	Bundesland (8) — Rechtsform (2) — Größe der Waldfläche (4)	30 %	Freie Hochrechnung
1 300 000	(wie Agrarberichterstattung)	9 %	Freie Hochrechnung
1 300 000	Bundesland (11) — Ackerfläche (4)	9 %	Freie Hochrechnung
12 000	Bundesland (8) — Landkreis (5 bis 61)	0,2 % ⁴⁾	Kombinierte Verhältnisschätzung (festgestellte Fläche zur gemeldeten Fläche der jeweiligen Nutzungsart)
1 300 000			
6 000	Bundesland (8) — Anbaufläche von Gemüse, Erdbeeren und Unterglasanlagen (3 oder 4)	15 %	Verhältnisschätzung bzw. freie Hochrechnung
bis 12 000 ca. 900 000	Bundesland (8)	ca. 0,0001 % der Fläche ^{4) 8)}	Durchschnittlicher Hektarertrag wird als ungewichteter Mittelwert der auf den Probestücken ermittelten Erträge bestimmt
1 500 bis 1 900	Bundesland (8)	0,03 % der Fläche ^{4) 8)}	Berechnung von Korrektiven ¹⁰⁾

3 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Katalog Seite	Grundlagen der Statistik		Aus
		Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit	Auswahleinheit *)
Viehwisenzählungen im April und August	158	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb
im Juni	158	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb
Nachprüfung der Viehzählungen im Dezember	158	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Gemeinde, Landw. Betrieb
im April	158	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Gemeinde, Landw. Betrieb
Handwerk				
Stichprobenerhebung der Handwerkszählung 1968	185	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Handwerksberichterstattung	185	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Wohnungen				
Wohnungsstichprobe 1972	194	Wohnpartei	Wohnpartei	Segment ¹³⁾
Handel				
Ergänzende Repräsentativerhebung 1970 zur Handels- und Gaststätten- zählung 1968				
im Großhandel	199	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
im Einzelhandel	199	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
im Gastgewerbe	199	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen ¹⁷⁾
Großhandelsstatistik	200	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen ¹⁸⁾

Fußnoten siehe S. 380.

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren			Hochrechnungsverfahren
Zahl der Auswahl- einheiten	Schichtungsmerkmale (Zahl der Gruppen)	Durchschnittlicher Auswahlsatz	
1 100 000	Bundesland (8) — Art und Größe der Schweinehaltung (8)	4 %	Freie Hochrechnung
700 000	Bundesland (8) — Landwirtschaftl. genutzte Fläche (4), Zahl der Rinder (1), Zahl der Schafe (1)	5 %	Freie Hochrechnung
11 000	Bundesland (8) — Zahl der Schweine- und Rinderhaltungen ¹¹⁾	ca. 0,5 % ⁴⁾	Separate Differenzschätzung
1 100 000	— Art und Größe der Schweinehaltungen (8), Größe der landwirtschaftl. genutzten Fläche (4), Zahl der Rinder (1), Zahl der Schafe (1)		
10 000	Bundesland (8) — Zahl der Schweinehaltungen ¹²⁾	ca. 0,3 % ⁴⁾	Separate Differenzschätzung
1 100 000	— Art und Größe der Schweinehaltungen (8)		
621 000	Bundesland (11) — Wirtschaftsklasse (223) — Zahl der Beschäftigten (4)	24 %	Freie Hochrechnung und Verhältnisschätzung
618 000	Bundesland (11) — Zusammenfassung von Wirtschaftsklassen (21) — Zahl der Beschäftigten (6), Neugründung (42)	ca. 6 %	Teils freie Hochrechnung, teils kombinierte Verhältnisschätzung
ca. 1 000 000	Bundesland (11) — Gemeindegrößenklasse (9) — Straßenart (3), Anstalt (1), Großgebäude (1)	1 %	Anpassung an Personenstruktur, anschließend freie Hochrechnung
108 000 ¹⁴⁾	Bundesland (11) — Wirtschaftsklasse (120) — Umsatzgrößenklasse (6), Art des Unternehmens (2), Beschäftigtengrößenklasse (2)	36 %	Freie Hochrechnung
405 000 ¹⁵⁾	Bundesland (11) — Wirtschaftsklasse (66) ¹⁶⁾ — Umsatzgrößenklasse (5), Art des Unternehmens (2), Beschäftigtengrößenklasse (2)	10 %	Freie Hochrechnung
14 000	Bundesland (11) — Wirtschaftsklasse (11) — Umsatzgrößenklasse (4), Beschäftigtengrößenklasse (2)	57 %	Freie Hochrechnung
39 000	Wirtschaftsklasse (72) ¹⁶⁾ — Umsatzgrößenklasse (7), Art des Unternehmens (2), Beschäftigtengrößenklassen (2), Neugründung (2)	25 %	Freie Hochrechnung

3 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Katalog Seite	Grundlagen der Statistik			Aus (Auswahlheit *)
		Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit		
Einzelhandelsstatistik	200	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen	
Gastgewerbestatistik	201	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen	
Öffentliche Sozialleistungen					
Zusatzstatistik zur Sozialhilfe über laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt 1972	260	Hilfeempfänger	Hilfeempfänger	Hilfeempfänger	
Steuern					
Lohnsteuerstatistik 1974	277	Lohnsteuerfall ²⁰⁾	Lohnsteuerpflichtiger	Lohnsteuerkarte	
Statistik der Einheitswerte des Grundbesitzes 1964 ²¹⁾	279	Bebautes Grundstück	Bebautes Grundstück	Zählbezirk ²³⁾	
Löhne und Gehälter					
Laufende Verdienststatistiken					
in der Landwirtschaft	297	Landw. Betrieb	Betrieb	Betrieb	
in Industrie und Handel	297	Betrieb (bzw. Arbeitsstätte)	Betrieb	Betrieb (bzw. Arbeitsstätte)	
im Handwerk	298	Betrieb	Betrieb	Betrieb	
Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalkosten					
im Produzierenden Gewerbe 1972	299	Unternehmen	Unternehmen und Betrieb	Unternehmen	
im Handel- und Dienstleistungsgewerbe 1974	299	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen	
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich 1972 ²⁴⁾	300	Betrieb	Arbeitnehmer (Tätigkeitsfall)	Betrieb, Arbeitnehmer	
Statistik der betrieblichen Altersversorgung	302	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen	
Wirtschaftsrechnungen					
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973	305	Haushalt	Haushalt	Haushalt ²⁷⁾	

Fußnoten siehe S. 380.

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren		Hochrechnungsverfahren	
Zahl der Auswahl- einheiten	Schichtungsmerkmale (Zahl der Gruppen)	Durchschnittlicher Auswahlsatz	
405 000 ¹⁵⁾	Bundesland (11) — Wirtschaftsklasse (66) ¹⁶⁾ — Umsatzgrößenklasse (5), Art des Unternehmens (2), Beschäftigtengrößenklasse (2), Neugründung (2)	10 %	Freie Hochrechnung
168 000 ¹⁹⁾	Bundesland (11) — Wirtschaftsklasse (11) — Umsatzgrößenklasse (4), Beschäftigtengrößenklasse (2), Neugründung (2)	8 %	Freie Hochrechnung
175 000	Bundesland (11)	28 %	Gebundene bzw. freie Hochrechnung
5—6 Mill. ²¹⁾	Bundesland (5) — Brutto Lohngruppen (11) — Steuerklasse (23)	ca. 1 % ²¹⁾	Freie Hochrechnung
592 000	Bundesland (11)	10 %	Keine Hochrechnung; Nachweis von Verhältniswerten
43 500	Bundesland (11) — Beschäftigtengrößenklasse (3)	27,5 %	Freie Hochrechnung von Zähler und Nenner der Verhältniswerte
265 000	Bundesland (11) — Wirtschaftszweig (70) — Beschäftigtengrößenklasse (6)	12,7 %	
174 000	Bundesland (11) — Handwerkszweig (10) — Beschäftigtengrößenklasse (5)	13,5 %	
106 000	Bundesland (11) — Wirtschaftszweig (51), Beschäftigtengrößenklassen (7)	11 %	Freie Hochrechnung
52 000	Bundesland (11) — Wirtschaftszweig (10) — Beschäftigtengrößenklasse (6)	23,3 %	Freie Hochrechnung
ca. 257 000	Bundesland (11) — Wirtschaftsgruppe und -klasse (100) — Betriebsgrößenklasse (3 bis 5)	16,2 %	Freie Hochrechnung
ca. 14 000 000	—	13 % ⁴⁾	Freie Hochrechnung
110 000 ²⁵⁾	Bundesland (11) — Wirtschaftszweig (113) ²⁴⁾ — Beschäftigtengrößenklasse (7)	10,1 %	Freie Hochrechnung
220 000	(siehe Mikrozensus; zusätzlich Haushaltsgröße, Stellung im Beruf, Einkommensklasse)	25 %	Freie Hochrechnung (Anpassung an Mikrozensus-Haushalte)

3 Methodische Grundzüge der Stichprobenstatistiken

Fußnoten zu den Seiten 374 bis 379

*) Die in Betracht kommenden Auswahlinheiten sind beim mehrstufigen Auswahlverfahren nach Stufenfolge untereinander aufgeführt.

1) Größere Anstalten total erfaßt. Zählerlisten in der Schicht mit der größten Zahl der Haushalte mit 20 % ausgewählt und zur Hälfte erfaßt — 2) Systematische Aufteilung der geordneten Stichprobe in Halften zur Vorbereitung der Rotation von Segmenten. Jährlich wird eine Hälfte der 1 %-Stichprobe ausgetauscht — 3) Auswahl 2. Phase aus der 1 %-Erhebung des Mikrozensus — 4) Gesamtauswahlsatz. — 5) Wahlbezirke mit weniger als 290 Wahlberechtigten nicht in Stichprobe einbezogen — 6) In einigen Bundesländern außerdem Betriebsstichprobe in einer 2. Stufe. — 7) Für Saarland abweichender Stichprobenplan. — 8) Je Fruchtart. — 9) Auswahl 2. Phase aus der Feldstichprobe der Probeschnitte. — 10) Verhältniswerte zur Umrechnung der mit Probeschnitten ermittelten Ertragswerte auf geerntete Erträge. — 11) Es werden nur die Schweine- und Rinderhaltungen herangezogen, die der Stichprobe der Vorwegaufbereitung der allgemeinen Viehzählung im Dezember angehören. — 12) Es werden nur die Schweinehaltungen herangezogen, die der Stichprobe der Viehzwischenzählung im April angehören. — 13) Gleicher Auswahlplan wie für den Mikrozensus — 14) Einschl. 43 000 Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 250 000 DM im Jahre 1967, die keine Erfassungschance bekommen haben — 15) Einschl. 166 000 Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 100 000 DM im Jahre 1967, die keine Erfassungschance bekommen haben — 16) Einschl. Zusammenfassungen von Wirtschaftsklassen — 17) Auswahl 2. Phase aus der Stichprobe der Gastgewerbestatistik — 18) Auswahl 2. Phase aus der Ergänzenden Repräsentativerhebung 1970 — 19) Einschl. 60 000 Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 50 000 DM im Jahre 1967, die keine Erfassungschance bekommen haben — 20) Ehegatten, deren Lohnsteuerkarten zusammengefaßt werden konnten, gelten als ein Lohnsteuerfall — 21) Ohne Lohnsteuerfälle mit maschinellem Lohnsteuer-Jahresausgleich und ohne Lohnsteuerpflichtige mit einem Bruttolohn über 75 000 DM ohne Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Saarland und Berlin (West). — 22) Zur Lieferung von Vorwegergebnissen. — 23) Entspricht der 10 %-Stichprobe für die Haushalts- und Familienstatistik zur Volkszählung 1961 — 24) Ohne Öffentlichen Dienst — 25) 105 000 Unternehmen aus der Arbeitsstättenzählung 1970 und 5 000 Unternehmen mit betrieblicher Altersversorgung aus der Personalkostenerhebung 1972. — 26) 56 Wirtschaftszweige aus der Personalkostenerhebung und 57 aus der Arbeitsstättenzählung. — 27) Aus dem Mikrozensus 1972, teilweise freie Zusatzauswahl.

4 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen *)

Bezeichnung	Perio- dizi- tät	Basis- jahr = 100	Gliederung 1)	Reihen	Gewichtung	Me- thode in WiSta
Produzierendes Gewerbe						
Index des Auftragseingangs in der Industrie ²⁾	mtl.	1970	Hauptgruppen sowie 36 Industrie- gruppen bzw. -zweige	83	Auftrags- einträge des Jahres 1970	3/72
Index des Auftragsbestands in der Industrie ³⁾	mtl.	1970	Hauptgruppen sowie 22 Industrie- gruppen bzw. -zweige	22	Umsätze des Jahres 1970	10/71
Index der industriellen Netto- produktion ⁴⁾	mtl.	1970	Hauptgruppen sowie 67 Industrie- gruppen bzw. -zweige	476	Nettoproduk- tionswerte des Jahres 1970	12/74
Index der industriellen Brutto- produktion für Investitions- und Verbrauchsgüter ⁵⁾	mtl.	1970	6 Warengruppen für Investitions- güter und 6 Warengruppen für Verbrauchsgüter	96 für Inv.-gü- ter, 89 für Ver- brauchsgüter	Bruttoproduk- tionswerte des Jahres 1970	1/75
Index der Arbeitsproduktivität in der Industrie (Produktions- ergebnisse je Beschäftigten, je Beschäftigtenstunde, je Arbeiter und je Arbeiterstunde) ⁶⁾	j. 7)	1970	Hauptgruppen sowie 49 Industrie- gruppen bzw. -zweige	Gegenüberstellung des Produk- tionsergebnisses (gemessen am Index der industriellen Netto- produktion) zu den verschie- denen Daten des Arbeitsauf- wandes		2/75
Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe	mtl.	1971	Hoch- und Tiefbau	10	Auftragsein- gänge des Jahres 1971	9/73
Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe	vj.	1971	Hoch- und Tiefbau	10	Auftrags- bestände des Jahres 1971	9/73
Produktionsindex für das Bau- gewerbe	vj. 8)	1970	Bauhauptgewerbe und Ausbau- gewerbe	6	Nettoproduk- tionswerte des Jahres 1970	12/74
Handel						
Meßzahlen des Umsatzes und der Beschäftigten						
im Großhandel	mtl.	1970	16 Gruppen und 58 Zweige des Großhandels	ca. 100 000 Unternehmen	—	5/72
im Einzelhandel	mtl.	1970	10 Gruppen, 58 Zweige sowie 4 Betriebsformen des Einzelhan- dels	ca. 40 000 Unternehmen	—	7/74
im Gastgewerbe	mtl.	1970	4 Zweige des Beherbergungs- und 7 Zweige des Gaststätten- gewerbes	ca. 15 000 Unternehmen	—	5/75
Indizes der Ein- und Ausfuhr						
Index der tatsächlichen Werte Index des Volumens Index der Durchschnitts- werte	mtl.	1970	8 Warengruppen und 215 Wa- renuntergruppen der Außen- handelsstatistik, 10 Teile des Internationalen Warenver- zeichnisses für den Außen- handel. 42 Warengruppen bzw. -zweige des Warenverzeich- nisses für die Industriesta- tistik sowie 11 Investitions- und 8 Verbrauchsgütergrup- pen	ca. 8 000 Waren	{ Durchschnitts- werte des Jahres 1970, Mengen der Berichts- monate bzw. -jahre	12/74

Fußnoten siehe S. 384.

4 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen *)

Bezeichnung	Perio- dizi- tät	Basis- jahr = 100	Gliederung 1)	Reihen	Gewichtung	Me- thode in WiSta
Verkehr						
Meßzahlen des Personen- und Güterverkehrs	mtl.	1970	Personenverkehr: Eisenbahnen, Straßenverkehr, Luftverkehr; Güterverkehr: Eisenbahnen, Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen, Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt, Luftverkehr, Rohrfernleitungen	33	—	4/51
Geld und Kredit						
Index der Aktienkurse	w *)	29. 12. 1972	4 Hauptgruppen und 29 Wirtschaftsgruppen	276 ausgewählte Aktiengesellschaften	Börsennotiertes Stammkapital der Aktiengesellschaften am 29. 12. 1972	12/74
Preise						
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	mtl.	1970	32 Warengruppen in weiterer Unterteilung nach Warenzweigen und -klassen	13 591 Preisreihen für rd 2 280 Waren	Umsatzwerte der Industrie 1970	8/74
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	mtl.	1970	17 Warengruppen pflanzlicher und tierischer Produkte	850 Preisreihen für 125 Waren	Verkaufserlose der Landwirtschaft 1970	2/76
Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte	mtl.	1962	4 Sorten Rohholz aus Staats- und Privatforsten	1 497 Preisreihen für 34 Waren	Verkaufserlose der Forstwirtschaft 1962	5/66
Index der Grundstoffpreise	mtl.	1970 (um- basiert von 1962)	16 Warengruppen der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, 14 Warengruppen industrieller Produkte, 30 Warengruppen nach der Außenhandelsstatistik (jeweils getrennt nach in- und ausländischer Herkunft)	6 555 Preisreihen für 731 Waren	Verkaufserlose der Landwirtschaft, Umsatzwerte der Industrie (abz. Ausfuhrwerte), Einfuhrwerte (zuzüglich -belastung) 1962	6/69
Index der Großhandelsverkaufspreise	mtl.	1962	15 Wirtschaftsgruppen und 71 Untergruppen, getrennt nach einzelwirtschaftl. und genossenschaftl. Großhandel (institutionelle Gliederung), 15 Hauptgruppen und 90 Warenuntergruppen (Warengliederung)	7 172 Preisreihen für 956 Waren	Umsatzwerte des Großhandels 1962	4/67
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	mtl.	1970	12 Warengruppen in weiterer Unterteilung nach Warenzweigen	4 941 Preisreihen für 137 Waren und Leistungen	Betriebsausgaben der Landwirtschaft 1970	2/76
Index der Einfuhrpreise	mtl.	1970	3 Warengruppen der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, 31 Warengruppen nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang,	5 190 Preisreihen für 1 985 Waren	Einfuhrwerte 1970	6/74
Index der Ausführpreise	mtl.	1970	11 Warengruppen nach der Außenhandelsstatistik	5 280 Preisreihen für 2 085 Waren	Ausfuhrwerte 1970	6/74

Fußnoten siehe S. 384.

4 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen *)

Bezeichnung	Perio- dizi- tät	Basis- jahr = 100	Gliederung 1)	Reihen	Gewichtung	Me- thode in WiSta
Meßzahlen für Bauleistungs- preise	vj.	1970	für Neubau: 38 Bauarbeiten; für Instandhaltung: 11 Bau- arbeiten	23 700 Preisreihen für 230 Bauleistungen, darunter 19 Instand- haltungen	—	9/66; 3/76
Preisindizes für Bauwerke	vj.	1970	Neubau: Bauleistungen am Bau- werk (nach Abschnitten, Arbei- ten, Leistungen) für Wohn- gebäude, Nichtwohngebäude und sonstige Bauwerksarten; Gesamtpreisindizes (nach 4 Hauptgruppen) für Wohn- gebäude und Laboranlagen; Einfamilienfernhäuser mit und ohne Unterkellerung. Instandhaltung: Wohngebäude (4 Typen)	23 700 Preisreihen für 230 Leistungen	Herstellungs- kosten von Bauwerken 1970	9/6; 3/76
Index der Einzelhandelspreise (Verkaufspreise)	mtl.	1970 (um- basiert von 1962)	9 Wirtschaftsgruppen sowie Wirtschaftsuntergruppen und -klassen (institutionelle Gliede- rung) 8 Hauptgruppen sowie Gruppen und Untergruppen (Waren- gliederung)		Umsatzwerte des Einzel- handels 1962	9/68
Preisindizes für die Lebenshaltung					Ausgaben für die Lebens- haltung 1969	
Alle privaten Haushalte	mtl.	1970	9 Hauptgruppen sowie Gruppen und Untergruppen nach der Verwendung sowie nach Dauerhaftigkeit und Wert der Güter	Über 200 000 Preisreihen für insgesamt 900 Waren und Leistungen	Ausgaben für die Lebens- haltung 1970	12/73
Angestellten- und Beamten- haushalte mit höherem Einkommen (Vier-Personen-Haushalte)	mtl.	1970				
Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltvorstandes (Vier-Personen-Haushalte)	mtl.	1970				
Renten- und Sozialhilfe- empfänger-Haushalte (Zwei-Personen-Haushalte)	mtl.	1970				
Einfache Lebenshaltung eines Kindes ¹⁰⁾	mtl.	1970				
Preisindizes der Post- und Fernmeldegebühren	11)	1970	6 Leistungsbereiche in weiterer Unterteilung nach Teilbereichen und Einzelleistungen	835 Preisreihen für 149 Leistungen	Gebühren- einnahmen der Deutschen Bundespost 1970	—
Löhne und Gehälter						
Indizes der durchschnittlich be- zahlten Wochenstunden und der durchschnittlichen Bruttostunden- und -wochenverdienste der Ar- beiter in der Industrie	vj.	1970	7 Wirtschaftsbereiche, 40 Wirtschaftsgruppen jeweils getrennt für Männer und Frauen, für alle Bereiche zusätzlich nach Leistungsgruppen	4 062	Beschäftigten- zahlen	4/59, 12/61; 1/66; 7/72
Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel	vj.	1970	3 Wirtschaftsbereiche, 44 Wirtschaftsgruppen, jeweils getrennt nach Beschäftigungsart und Geschlecht, für alle Bereiche zusätzlich nach Leistungsgruppen	1 405	Beschäftigten- zahlen	2/62; 1/66; 7/72

Fußnoten siehe S. 384.

4 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen *)

Bezeichnung	Perio- dizi- tät	Basis- jahr = 100	Gliederung ¹⁾	Reihen	Gewichtung	Me- thode in WiSta
Indizes der tariflichen Wochenarbeitszeiten und der Tariflöhne und -gehälter in der gewerblichen Wirtschaft sowie bei Gebietskörperschaften						
Tarifliche Wochenarbeitszeiten der Arbeiter und Angestellten	vi.	1970	11 Wirtschaftsbereiche und 44 Wirtschaftsgruppen bei 42 Arbeitern; 10 Wirtschaftsbereiche, 48 Wirtschaftsgruppen bei 45 Angestellten	454 Tarife für Arbeiter; 237 Tarife für Angestellte	Beschäftigtenzahlen	8/60; 1/66; 11/74
Tarifliche Stundenlöhne und Wochenlöhne der Arbeiter	vi.	1970	11 Wirtschaftsbereiche und 42 Wirtschaftsgruppen	6 430 Lohnreihen aus 400 Lohn-tarifen	Beschäftigtenzahlen	9/58, 1/66; 11/74
Tarifliche Monatsgehälter der Angestellten	vi.	1970	10 Wirtschaftsbereiche und 45 Wirtschaftsgruppen	7 220 Gehaltsreihen aus 237 Tarifverträgen	Beschäftigtenzahlen	9/58; 1/66; 11/74
Index der Tariflöhne in der Landwirtschaft	vi.	1970 (um- basiert von 1962)	7 Gruppen, unterschieden nach Qualifikation und Entlohnungsform	153 Lohnreihen für 11 Tarife	Beschäftigtenzahlen	11/58, 12/64
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen						
Meßzahlen zur Volumensentwicklung des Bruttosozialprodukts	hj. i.	1960	Bruttosozialprodukt, gegliedert nach der Verwendung	—	} Preis- relationen des Jahres 1962	} 11/57
Meßzahlen zur Volumensentwicklung der Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt	hj. i.	1960	Bruttoinlandsprodukt, gegliedert nach Wirtschaftsbereichen ¹²⁾	—		
Meßzahlen zur Produktivitätsentwicklung (Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je durchschnittlich Erwerbstätigen)	hj. i.	1960		—		
Preisindizes in der Sozialproduktsberechnung	hj. i.	1962	Bruttosozialprodukt, gegliedert nach der Verwendung	—	Warenkorb des jeweiligen Berichtsjahres	1/63

*) Nur die vom Statistischen Bundesamt berechneten Indizes und Meßzahlen.

¹⁾ Entsprechend den im »Katalog der Statistiken« angegebenen systematischen Verzeichnissen — ²⁾ Künftig: Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe. — ³⁾ Künftig: Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe — ⁴⁾ Künftig: Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe. — ⁵⁾ Künftig: Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter. — ⁶⁾ Künftig: Index der Arbeitsproduktivität für das Produzierende Gewerbe. — ⁷⁾ Für »Gesamte Industrie« und Hauptgruppen monatlich — ⁸⁾ Für »Bauhauptgewerbe« monatlich. — ⁹⁾ Außerdem borsentägliche Berechnung nach vier Hauptgruppen. — ¹⁰⁾ Zugrunde gelegt ist der Bedarf von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr. — ¹¹⁾ Bei Gebührensänderung. — ¹²⁾ Meßzahlen zur Produktivitätsentwicklung halbjährlich nur für das Bruttoinlandsprodukt insgesamt

5 Veröffentlichungsnachweis

5.1 Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

Der Nachweis bietet einen Überblick über die wichtigsten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, die beim Verlag W. Kohlhammer GmbH, 65 Mainz 42, Postfach 42–1120, zu beziehen sind. Einzelheiten über Inhalt, Erscheinungsfolge und Preis sind dem »Veröffentlichungsverzeichnis des Statistischen Bundesamtes« zu entnehmen. Bereits vor längerem erschienene, aber nicht mehr neu aufgelegte Veröffentlichungen sind im Quellennachweis des Statistischen Jahrbuchs enthalten.

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Allgemeine zusammenfassende Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch

Umfassendes Nachschlagewerk mit den wichtigsten Angaben aus allen Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland. Anhang 1 enthält ausgewählte Ergebnisse für die Deutsche Demokratische Republik, Anhang 2 Internationale Übersichten.

Wirtschaft und Statistik

Monatszeitschrift mit Aufsätzen über methodische Fragen sowie mit textlichen Darstellungen von Ergebnissen neuer und wichtiger laufender Statistiken unter Verwendung von zahlreichen grafischen Darstellungen. Außerdem Tabellen- teil mit regelmäßig wiederkehrenden und einmaligen Übersichten sowie mit Ergänzungen zu Aufsätzen im Textteil.

Ausgewählte methodische Aufsätze dieser Zeitschrift in englischer Sprache als »Studies on Statistics« in unregelmäßiger Erscheinungsfolge.

Statistischer Wochendienst

Ausgewählte aktuelle Ergebnisse aus kurzfristigen Statistiken.

Wirtschaftskalender

Vierteljährlich und jährlich erscheinende Veröffentlichung, in der die für die Beurteilung der statistischen Ergebnisse wichtigen Fakten aus dem wirtschaftspolitischen Geschehen zusammengestellt sind.

Organisation der Statistik, allgemeine Methodenfragen

Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik Zusammenfassende Darstellung der Organisation, Aufgaben und Methoden der Bundesstatistik mit Textbeiträgen, einem Katalog der Statistiken und ergänzenden Übersichten. Letzte Ausgabe 1976. Hierzu »Kurzausgabe«, auch in englischer (»Survey of German Federal Statistics«) und französischer Sprache (»Aperçu de la Statistique Fédérale Allemande«).

Quellennachweis regional- statistischer Ergebnisse

Fundstellenverzeichnis über die regional gegliederten Angaben in den Veröffentlichungen bei Bund und Ländern (Stand Mitte 1965; vergriffen).

Die Arbeiten des statistischen Bundesamtes

Bericht für den Statistischen Beirat. Gibt einen Überblick über die gesamte Amtsarbeit unter besonderer Berücksichtigung von Methodenfragen. Enthält u. a. auch eine zusammenfassende Darstellung der Beteiligung des Amtes an der internationalen statistischen Arbeit (zuletzt erschienen 1976).

Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik

Darstellung der Probleme, Aufgaben, Absichten und Ziele der Bundesstatistik, erschienen 1972 anlässlich des hundertjährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik. Englische Fassung: »Present and Future Tasks of Official Statistics«, französische Fassung: »Tâches actuelles et futures de la statistique officielle«.

Stichproben in der amtlichen Statistik

Darstellung der theoretischen und praktischen Grundlagen des Stichprobenverfahrens mit Schilderung der wichtigsten Anwendungsgebiete in der amtlichen Statistik sowie einer mathematischen Formelsammlung (erschieden 1960; vergriffen). Ausgewählte Abschnitte aus dieser Veröffentlichung in englischer Sprache als »Studies on Statistics« No. 13 (erschieden 1961/62; vergriffen).

Die Statistik in den internationalen Organisationen

Überblick über die allgemeinen Aufgaben, den Aufbau und die statistische Tätigkeit der inter- und supranationalen Organisationen (erschieden 1955/56; vergriffen).

Strukturuntersuchungen, Wirtschaftsbeobachtung

Wirtschaftskunde der Bundesrepublik Deutschland

Zusammenfassende und gemeinverständliche Darstellung der wichtigsten Ergebnisse der amtlichen Statistik mit Text und Zahlen und zahlreichen grafischen Darstellungen (erschienen 1955; vergriffen).

Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer

Jährlich erscheinende Veröffentlichung mit Entwicklungsreihen über wichtige Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten, die insbesondere im Hinblick auf die öffentlichen Haushalte von Bedeutung sind (Ausgabe 1975).

Bildung im Zahlenspiegel

Nach thematischen Schwerpunkten geordnete Zusammenfassung der für die Bildungsplanung wichtigen statistischen Daten aus allen einschlägigen Erhebungen (Ausgabe 1975).

Berufliche Aus- und Fortbildung

Nach Ausbildungsbereichen und -berufen gegliedertes Zahlenmaterial über die in betriebsgebundener Ausbildung befindlichen Auszubildenden und Prüfungsteilnehmer sowie Fortbildungsmaßnahmen (Ausgabe 1974).

Die Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft

Zahlenmaterial aus den verschiedenen Sachgebieten der amtlichen Statistik über Frauen, z. T. mit Vergleichen zur Gesamtbevölkerung bzw. zu Männern (Ausgabe 1975).

Die älteren Mitbürger und ihre Lebensverhältnisse

Ausgewählte Strukturdaten aus den verschiedenen Sachgebieten der amtlichen Statistik über die älteren Mitbürger (erschienen 1971).

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung

In den Tabellen der monatlich erscheinenden Hefte werden für wichtige Konjunkturindikatoren Original- sowie saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte jeweils für die letzten 13 Monate ausgewiesen. Ausgewählte Zeitreihen werden außerdem durch Grafiken veranschaulicht.

Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972

Entwicklungsreihen für das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland aus allen Bereichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens sowie eine Abhandlung über

die Wandlungen im Programm und in den Aufgaben der amtlichen Statistik in den letzten 100 Jahren. (Erschienen 1972.)

Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung

Zeitreihen zur Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung seit 1950. Die Veröffentlichung enthält außer einigen Grunddaten über Bevölkerung und Erwerbstätigkeit die wichtigsten Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsstatistiken in mittlerer fachlicher Tiefengliederung. Außer den Grundzahlen werden auch Prozent-, Bezugs- und Maßzahlen sowie Veränderungsdaten ausgewiesen (Ausgabe 1974).

Allgemeine Statistik des Auslandes

Internationale Monatszahlen

Ländervergleiche für ausgewählte Tatbestände, die für die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland von besonderer Bedeutung sind.

Länderberichte

Zusammenfassung des jeweils neuesten Zahlenmaterials über wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Tatbestände in einzelnen Ländern oder bestimmten Ländergruppen (unregelmäßig).

Länderkurzberichte

Gestaffelte Zusammenstellung von ausgewähltem, zeitnahe Zahlenmaterial über die wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Struktur und Entwicklung einzelner Länder (jährlich 48 Berichte).

Kurzbroschüren

Zahlenkompaß

Auswahl der wichtigsten Zahlen aus allen Sachgebieten mit Vergleichsdaten für zurückliegende Berichtsjahre. Hierzu auch englische (»Statistical Compass«), französische (»Boussole des Chiffres«) und spanische (»Compás de Cifras«) Ausgabe. Jährliche Erscheinungsfolge.

Zahlen, die zählen...

Wichtige Eckdaten der Volkszählung vom 27. Mai 1970 (vergriffen).

Haushaltsgeld — woher, wohin?

Zusammengefaßte Ergebnisse der »Wirtschaftsrechnungen« (Ausgabe 1974; vergriffen).

Im Blickpunkt: Der Mensch

Zahlen über das Leben in der Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1974).

Fachveröffentlichungen (Fachserien)

Die Veröffentlichungen mit Ergebnissen aus den einzelnen Fachgebieten erscheinen im Rahmen der nachstehend aufgeführten »Fachserien«. Jede Fachserie ist in eine bestimmte Zahl von Veröffentlichungsreihen gegliedert. Die Reihentitel bezeichnen im allgemeinen das engere Aufgabengebiet einer Statistik. Innerhalb einer Reihe kann eine weitere Aufgliederung in Einzel- bzw. Untertitel erfolgen. Die Ergebnisse von einmalig, unregelmäßig oder in größeren Zeitabständen durchgeführten Zählungen oder Strukturhebungen werden als Einzelveröffentlichungen innerhalb der jeweiligen Fachserie herausgegeben.

Fachserie A: Bevölkerung und Kultur

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Gebiet und Bevölkerung
- Reihe 2: Natürliche Bevölkerungsbewegung
- Reihe 3: Wanderungen
- Reihe 4: Vertriebene und Flüchtlinge
- Reihe 5: Haushalte und Familien
- Reihe 6: Erwerbstätigkeit
- Reihe 7: Gesundheitswesen
- Reihe 8: Wahl zum Deutschen Bundestag
- Reihe 9: Rechtspflege
- Reihe 10: Bildungswesen
- Reihe 11: Bevölkerung des Auslandes

Einzelveröffentlichungen:

Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970

Fachserie B: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Bodennutzung und Ernte
- Reihe 2: Gartenbau und Weinwirtschaft
- Reihe 3: Viehwirtschaft
- Reihe 4: Fischerei
- Reihe 5: Betriebs-, Arbeits- und Einkommensverhältnisse
- Reihe 6: Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft

Einzelveröffentlichungen:

Landwirtschaftszählung 1971
Gartenbauerhebung 1972/73
Forsterhebung 1972
Binnenfischereierhebung 1972
Weinbauerhebung 1972/73

Fachserie C: Unternehmen und Arbeitsstätten

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Die Kostenstruktur in der Wirtschaft
- Reihe 2: Kapitalgesellschaften
- Reihe 3: Öffentliche Unternehmen

Einzelveröffentlichungen:

Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970

Fachserie D: Industrie und Handwerk

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Betriebe und Unternehmen der Industrie
- Reihe 2: Produktionsindizes, Index der Arbeitsproduktivität, Produktion ausgewählter industrieller Erzeugnisse
- Reihe 3: Industrielle Produktion
- Reihe 4: Sonderbeiträge zur Industriestatistik
- Reihe 5: Energie- und Wasserversorgung
- Reihe 6: Indizes des Auftragseingangs und des Auftragsbestands in ausgewählten Industriezweigen und im Bauhauptgewerbe
- Reihe 7: Handwerk
- Reihe 8: Industrie des Auslandes
- Reihe 9: Fachstatistiken

Einzelveröffentlichungen:

Zensus im Produzierenden Gewerbe 1967
Handwerkszählung 1968

Fachserie E: Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft
- Reihe 2: Betriebe und Unternehmen des Bauhauptgewerbes
- Reihe 3: Bautätigkeit
- Reihe 4: Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau
- Reihe 5: Nicht besetzt
- Reihe 6: Bestand an Wohnungen

Einzelveröffentlichungen:

1 %-Wohnungsstichprobe 1972
Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968

Fachserie F: Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Reiseverkehr

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Großhandel
- Reihe 2: Nicht besetzt
- Reihe 3: Einzelhandel
- Reihe 4: Nicht besetzt
- Reihe 5: Warenverkehr mit Berlin (West)
- Reihe 6: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)
- Reihe 7: Gastgewerbe
- Reihe 8: Reiseverkehr

Einzelveröffentlichungen:

Handels- und Gaststättenzählung 1968

Fachserie G: Außenhandel

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Zusammenfassende Übersichten
- Reihe 2: Spezialhandel nach Waren und Ländern
- Reihe 3: Spezialhandel nach Ländern und Warengruppen
- Reihe 4: Generalhandel
- Reihe 5: Special Trade according to the Classification for Statistics and Tariffs (CST)
- Reihe 6: Durchfuhr im Seeverkehr und Seeumschlag
- Reihe 7: Sonderbeiträge zur Außenhandelsstatistik

Fachserie H: Verkehr

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Binnenschifffahrt
- Reihe 2: Seeschifffahrt
- Reihe 3: Luftverkehr
- Reihe 4: Eisenbahnverkehr
- Reihe 5: Straßenverkehr
- Reihe 6: Straßenverkehrsunfälle
- Reihe 7: Nicht besetzt
- Reihe 8: Nicht besetzt
- Reihe 9: Güterverkehr der Verkehrszweige

Fachserie I: Geld und Kredit

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Boden- und Kommunalkreditinstitute
- Reihe 2: Aktienmärkte
- Reihe 3: Zahlungsschwierigkeiten

Fachserie K: Öffentliche Sozialleistungen

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge
- Reihe 2: Öffentliche Jugendhilfe
- Reihe 3: Wohngeld
- Reihe 4: Behinderte und Rehabilitationsmaßnahmen

Fachserie L: Finanzen und Steuern

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden
- Reihe 2: Steuerhaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden
- Reihe 3: Schulden und Vermögen von Bund, Ländern und Gemeinden
- Reihe 4: Personal im öffentlichen Dienst
- Reihe 5: Sonderbeiträge zur Finanzstatistik
- Reihe 6: Einkommen- und Vermögensteuern
- Reihe 7: Umsatzsteuer
- Reihe 8: Verbrauchsteuern
- Reihe 9: Realsteuern

Einzelveröffentlichungen:

Personalstrukturerhebung vom 2. Oktober 1968

Fachserie M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Preise und Preisindizes für Außenhandelsgüter
- Reihe 2: Index der Grundstoffpreise
- Reihe 3: Preise und Preisindizes für industrielle Produkte (Erzeugerpreise)

- Reihe 4: Preise und Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft
- Reihe 5: Preisindizes für Bauwerke und Kaufwerte von Bauland
- Reihe 6: Preise und Preisindizes der Lebenshaltung
- Reihe 7: Preise für Verkehrsleistungen
- Reihe 8: Index der Großhandelsverkaufspreise
- Reihe 9: Preise und Preisindizes im Ausland
- Reihe 10: Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung
- Reihe 11: Tariflöhne und Tarifgehälter
- Reihe 12: Verdienste und Löhne im Ausland
- Reihe 13: Wirtschaftsrechnungen
- Reihe 14: Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft
- Reihe 15: Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel
- Reihe 16: Arbeiterverdienste im Handwerk
- Reihe 17: Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen
- Reihe 18: Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Fachserie N: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

- Reihe 1: Konten und Standardtabellen
- Reihe 2: Input-Output-Tabellen
- Reihe 3: Sonderbeiträge zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Systematische Verzeichnisse

Unternehmens- und Betriebs-systematiken

Systematik der Wirtschaftszweige

Grundsystematik mit Erläuterungen (Ausgabe 1961 und Nachtrag 1970)

Grundsystematik ohne Erläuterungen (Ausgabe 1970)

Systematik mit Betriebs- u. ä. Benennungen (Ausgabe 1961 und Nachtrag 1970)

Alphabetisches Verzeichnis der Betriebs- u. ä. Benennungen (Ausgabe 1970)

Verzeichnis der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Stand 31. 12. 1971)

Gütersystematiken

Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei (Ausgabe 1959, vergriffen)

Warenverzeichnis für die Industriestatistik

Systematisches Verzeichnis (Ausgabe 1975)

Kommentare für Mineralerzeugnisse; Elektrotechnische Erzeugnisse; Chemische Erzeugnisse; Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen; Süßwaren

Alphabetisches Verzeichnis (Ausgabe 1975)

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Ausgabe 1976)

Gegenüberstellungen

Warenverzeichnis für die Industriestatistik (WI) mit dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) (Stand: 1972)

Standard International Trade Classification (SITC) mit Warenverzeichnis für Industriestatistik (WI) (Stand: 1975)

Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1969)

Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1963, vergriffen)

Personensystematiken

Klassifizierung der Berufe (Ausgabe 1975)

Internationale Standardklassifikation der Berufe (ISCO) (Deutsche Ausgabe 1968)

Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) (Ausgabe 1968)

Band I: Systematisches Verzeichnis (vergriffen)

Band II: Alphabetisches Verzeichnis

Verzeichnis der Religionsbenennungen (Ausgabe 1970)

Regionalsystematiken

Ämtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1971)

Wohnbevölkerung in den Postleiteinheiten und in ausgewählten administrativen Gebietseinheiten am 27. 5. 1970

Statistische Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1974)

Alphabetisches Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

(Stand: 1. 1. 1976)

Verzeichnis der Verkehrsbezirke und Häfen (Ausgabe 1969, vergriffen)

Sonstige Systematiken

Verzeichnis der Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland (Stand: 1. 1. 1974)

Dreisprachiges Verzeichnis statistischer Fachausdrücke, Deutsch — Englisch — Französisch (Ausgabe 1969)

Kartographische Darstellungen

Thematische Karten (mehrfarbig) zur Darstellung des regional gegliederten Zahlenmaterials aus Großzählungen. Bisher sind 6 Kartenblätter zur Wohnungszählung 1968, 9 Kartenblätter zur Arbeitsstättenzählung 1970 und 8 Kartenblätter zur Volks- und Berufszählung 1970 erschienen.

5.2 Veröffentlichungen von Bundesministerien und anderen Bundesbehörden

Ergebnisse der von Bundesministerien und anderen Bundesbehörden bearbeiteten Statistiken erscheinen in erster Linie in den nachstehend aufgeführten Publikationen. Eine Auswahl der wichtigsten Zahlen wird vor allem in das »Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland« übernommen.

Veröffentlichende Stelle	Veröffentlichung	Veröffentlichende Stelle	Veröffentlichung
Meteorologische Angaben		Energie- und Wasserwirtschaft	
Deutscher Wetterdienst	Wetterkarte Europäischer Wetterbericht Medizin-Meteorologischer Bericht Monatlicher Witterungsbericht Großwetterlagen Europas Witterung in Übersee Deutsches Meteorologisches Jahrbuch (Bundesrepublik) Jahresbericht	Bundesministerium für Wirtschaft	Öffentliche Elektrizitätsversorgung der Bundesrepublik Deutschland Vierteljahresbericht über die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland Bericht über die Gaswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland Die Entwicklung der Gaswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland
Gesundheitswesen		Bautätigkeit	
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Jahresberichte als Sonderhefte	Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	Bundes-Baublatt
Bundesgesundheitsamt	Bundesgesundheitsblatt	Straßenverkehr	
Rechtspflege		Bundesministerium für Verkehr	Verkehrsmengenkarten Berichte: »Straße und Autobahn« — »Straßenbau und Straßenverkehrstechnik« Allgemeiner Statistischer Dienst Verkehr auf den Bundesautobahnen (Broschüre)
Bundesministerium der Justiz	Bundesanzeiger	Kraffahrt-Bundesamt	Statistische Mitteilungen Der Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern Neuzulassungen — Besitzumschreibungen — Löschungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik	Bundesanstalt für den Güterfernverkehr	Unternehmen und Fahrzeuge des gewerblichen Güter- und Mobelfernverkehrs Unternehmen und Fahrzeuge des Werkfernverkehrs
Bundeskriminalamt	Polizeiliche Kriminalstatistik	Bundesanstalt für den Güterfernverkehr/ Kraffahrt-Bundesamt	Statistische Mitteilungen des Kraffahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr Gemeinsame Jahresberichte der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr und des Kraffahrt-Bundesamtes
Erwerbstätigkeit		Nachrichtenverkehr	
Bundesanstalt für Arbeit	Amtliche Nachrichten Sonderhefte als Beilage zu den Amtlichen Nachrichten	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	Geschäftsbericht
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Posttechnisches Zentralamt	Monatliche Bezirksstatistik
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Jährlicher Bericht über die Lage der Landwirtschaft (Grüner Bericht) Sonderveröffentlichungen als Broschüren: Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse Buchführungsergebnisse von Gartenbaubetrieben Buchführungsergebnisse von Weinbaubetrieben Statistischer Monatsbericht Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Agrarbericht Agrarstrukturbericht Statistische Berichte über die Milch- und Molkereiwirtschaft im Bundesgebiet Tierseuchenbericht Jahresbericht über die Deutsche Fischwirtschaft		

Veröffentlichende Stelle	Veröffentlichung	Veröffentlichende Stelle	Veröffentlichung
Geld und Kredit		Bundesanstalt für Arbeit	Amtliche Nachrichten Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik (jährliche Beilage zu den Amtlichen Nachrichten)
Deutsche Bundesbank	Monatsberichte Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1 bis 5	Bundesausgleichsamt	Amtliches Mitteilungsblatt Statistische Berichte
Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen	Geschäftsbericht Veröffentlichungen	Finanzen und Steuern	
Versicherungen		Bundesministerium der Finanzen	Ministerialblatt
Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen	Geschäftsbericht Veröffentlichungen	Bundesministerium der Justiz	Bundesanzeiger
Deutsche Bundesbank	Monatsberichte	Löhne und Gehälter	
Sozialleistungen		Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen Jahresberichte als Sonderhefte Bundesversorgungsblatt Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik	Deutsche Bundesbank	Monatsberichte
		Zahlungsbilanz	
		Deutsche Bundesbank	Monatsberichte Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik
		Bundesministerium der Justiz	Bundesanzeiger

5.3 Statistische Berichte der Statistischen Landesämter

An dieser Stelle werden nur die wichtigsten Gruppen von »Statistischen Berichten« genannt. Weitere Einzelheiten enthält das »Gesamtverzeichnis Statistische Berichte der Statistischen Landesämter«. Die Statistischen Berichte sind weitgehend einheitlich gegliedert und enthalten zumeist auch Ergebnisse für kleinere regionale Einheiten (insbesondere Regierungsbezirke und Kreise). Die folgende Übersicht kann nur eine erste Orientierung vermitteln.

Kennziffer	Sachgebiet und Veröffentlichungsgruppe	Kennziffer	Sachgebiet und Veröffentlichungsgruppe
A	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	H	Verkehr
A I 1 bis 8	Bevölkerungsstand	H I 1 bis 8	Straßen- und Schienenverkehr
A II 1 bis 2	Natürliche Bevölkerungsbewegung	H II 1 bis 3	Schiffsverkehr
A III 1 bis 2	Wanderungen	H III 1	Luftverkehr
A IV 1 bis 10	Gesundheitswesen		
A V 1	Gebiet	J	Geld und Kredit
A VI 1 bis 4	Erwerbstätigkeit	J I 1 bis 4	Geld und Kredit
B	Unterricht und Bildung, Rechtspflege, Wahlen	K	Öffentliche Sozialleistungen
B I 1 bis 5	Allgemeinbildende Schulen	K I 1 bis 4	Sozialhilfe und Jugendhilfe
B II 1 bis 2	Schulen der beruflichen Ausbildung	K II 1 bis 2	Sozialversicherung
B III 1 bis 6	Hochschulen	K III 1 bis 3	Behinderte
B IV 1	Erwachsenenbildung	K IV 1	Soziale Einrichtungen
B V 1 bis 8	Sonstige kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen, Jugend, Sport		
B VI 1 bis 7	Rechtspflege	L	Finanzen und Steuern
B VII 1 bis 4	Wahlen	L I 1 bis 6	Staatsfinanzen
C	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	L II 1 bis 9	Gemeindefinanzen
C I 1 bis 7	Bodennutzung und Anbau	L III 1 bis 3	Schulden und Personal
C II 1 bis 7	Wachstumstand und Ernte	L IV 1 bis 10	Steuern
C III 1 bis 6	Viehwirtschaft		
C IV 1 bis 9	Betriebswirtschaft	M	Preise und Preisindizes
C V	Forstwirtschaft	M I 1 bis 7	Preise und Preisindizes
C VI	Fischwirtschaft		
D	Unternehmen und Arbeitsstätten	N	Löhne und Gehälter
D I 1 bis 2	Laufende Statistiken der Unternehmen (bzw. Arbeitsstätten)	N I 1 bis 4	Effektiv-Verdienste
		N II 1	Tariflöhne und Tarifgehälter
		N III 1	Personalkosten
E	Industrie (ohne Bauindustrie) und Handwerk, Energiewirtschaft	O	Verbrauch
E I 1 bis 6	Industrie (ohne Bauindustrie)	O I 1	Wirtschaftsrechnungen
E II 1 bis 2	Handwerk		
E III 1 bis 2	Energie- und Wasserwirtschaft	P	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
F	Bauwirtschaft, Gebäude, Wohnungen	P I 1	Sozialprodukt
F I 1 bis 3	Bauwirtschaft		
F II 1 bis 11	Wohnungswesen	Q	Umweltschutz
F III 1	Grundeigentum	Q I 1 bis 3	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
G	Handel und Gastgewerbe	Q II 1 bis 2	Abfallbeseitigung
G I 1 bis 2	Binnenhandel	Q III 1	Investitionen für Umweltschutz
G II 1 bis 2	Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) sowie mit Berlin (West)	Q IV 1	Umweltbelastungen anderer Art
G III 1 bis 3	Außenhandel		
G IV 1 bis 3	Fremdenverkehr, Gastgewerbe	Z	Zusammenfassende Berichte

Anschriften der Statistischen Ämter*)

Statistisches Bundesamt	6200 Wiesbaden 1	Gustav-Stresemann-Ring 11 Postfach 55 28 Tel. (0 61 21) 70 51	Telex 04186511
Zweigstelle Berlin	1000 Berlin 11	Kurfürstenstraße 87 Postfach 11 04 60 Tel. (0 30) 2 61 14 31	Telex 0185489
Zweigstelle Düsseldorf (Eisen- und Stahlstatistik)	4000 Düsseldorf	Jahnstraße 1 Postfach 77 20 Tel. (02 11) 37 20 60	Telex 08582744
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	2300 Kiel 1	Mühlenweg 166 Tel. (04 31) 4 07 11	Telex 0299871
Statistisches Landesamt Hamburg	2000 Hamburg 11	Steckelhorn 12 Tel. (0 40) 3 68 11	Telex 0212121
Niedersächsisches Landesverwaltungsamt — Statistik —	3000 Hannover 1	Auestraße 14 Tel. (05 11) 4 44 61	Telex 0922475
Statistisches Landesamt Bremen	2800 Bremen 1	An der Weide 14—16 Tel. (04 21) 36 11	Telex 0244804
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	4000 Düsseldorf 1	Ludwig-Beck-Straße 23 Tel. (02 11) 6 21 81	Telex 08586654
Hessisches Statistisches Landesamt	6200 Wiesbaden	Rheinstraße 35/37 Tel. (0 61 21) 36 81	Telex 04186555
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	5427 Bad Ems	Mainzer Straße 15—16 Tel. (0 26 03) 7 11	Telex 0869007
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	7000 Stuttgart 1	Boblinger Straße 68 Tel. (07 11) 66 51	Telex 0722815
Bayerisches Statistisches Landesamt	8000 München 2	Neuhauser Straße 51 Tel. (0 89) 2 11 91	Telex 0524540
Statistisches Amt des Saarlandes	6600 Saarbrücken	Hardenbergstraße 3 Tel. (06 81) 59 29	Telex 04421371
Statistisches Landesamt Berlin	1000 Berlin 31	Fehrbelliner Platz 1 Tel. (0 30) 87 05 91	Telex 0183798

*) **Städtestatistische Ämter** sind jeweils erreichbar durch den Zusatz: »Städtestatistisches Amt der Stadt«.

Sachregister zum Katalog der Statistiken

Vorbemerkung: Das nachstehende Sachregister bezieht sich auf den »Katalog der Statistiken«. Es enthält sowohl Seitenhinweise auf die einzelnen Statistiken als auch auf die innerhalb dieser Statistiken nachgewiesenen wichtigsten Tatbestände. Die Seitenzahlen verweisen auf die jeweiligen Erhebungen. Sind deren Tatbestände nicht auf der gleichen Seite verzeichnet, so sind die folgenden Seiten nachzuschlagen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit mußten im Sachregister gelegentlich Kurzbezeichnungen verwendet werden, deren Inhalt sich jedoch weitgehend mit evtl. ausführlichen Begriffen deckt.

A

Abendgymnasien, Abendrealschulen	101	Alter, Altersgruppen (jeweils für Personen)	
Abfallbeseitigung	319	– Kriegsterbefälle	88
Abgeurteilte	114	– landwirtschaftliche Arbeitskräfte	145
Absatz s. a. Umsatz		– Lehrer	101
– Verbrauchsteuer	281	– Nichterwerbspersonen	123
– Wertpapiere	243	– Pendler	123
Abrechnungen		– Personal, öffentlicher Dienst	301
– Kosten	132	– Seemänner	227
– Volkswirtschaft	309	– Strafgefangene	114
Absetzungen		– Straftäter	113
– Einkommensteuer	275	– Straßenverkehrsunfälle	223
– Körperschaftsteuer	276	– Todeserklärungen	88
– Umsatzsteuer	281	– Todesursachen	94
Abwasserbeseitigung	193, 194, 320	– Tuberkulosekranke	93
Abzüge		– Urlaubsreisende	202
– Einheitswerte	278	– Verdienste	297, 300
– Einkommensteuer	275	– Verurteilte	114
– Körperschaftsteuer	276	– Wahlen	119
– Vermögensteuer	278	– Wanderungen	89
Ackerfrüchte s. Bodennutzung		– Wohnparteien	193
Ackerland	139, 148	Altershilfe (Landwirte) s. a. Rentenversicherungen	255
Ärzte s. a. Freie Berufe	95	Altersversorgung (betriebliche)	302
Aktien s. a. Wertpapiere		Altsparenerentschädigung	258
– Börsenumsatz	244	Altverschuldung s. Schulden	
– Emissionen	242	Anbau, Anbauflächen s. a. Bodennutzung	
– Kundendepots	241	– Bodennutzung	146, 148
– Kurse	243	– Gartenbau	142
Aktiengesellschaften		– Gemüse	150, 151
s. a. Rechtsform der Unternehmen		– Saatgutvermehrungsflächen	155
– Arbeitsstätten	131	Angestellte s. a. Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal, Tätige Personen	
– Bilanzen	133	– Arbeitszeit	329
– Gewerbesteuer	284	– Aufwendungen der Arbeitgeber	299
– Kapitalgesellschaften	133	– Bevölkerung	123
Alter, Altersgruppen (jeweils für Personen)		– Bundesbahn	213
s. a. Geburtsjahre		– Bundespost	231
– Anstaltsbevölkerung	79	– Eisenbahnen	213
– Arbeitnehmer	126	– Rentenversicherung	255
– Arbeitslose	127	– Verdienste	297, 300, 301
– Ausländer	79, 83, 123	Angestelltenversicherung s. a. Rentenversicherungen	255
– Bevölkerung	79, 80, 82, 123	Anhänger s. Kraftfahrzeuge	
– Bevölkerungsvorausschätzung	82	Anlagen s. a. Vermögenanlagen	
– Eheschließende	87	– Baugewerbe	177, 178
– Erwerbspersonen	124	– Bergbau	170, 171
– Erwerbstätige	123, 124	– Einheitswerte	278
– Familienvorstände	79	– Einzelhandel	199
– Führerscheininhaber	216	– Elektrizitätsversorgung	179, 181
– Geschiedene	88	– Fernwärmeversorgung	179, 181
– Geschlechtskranke	94	– Gaststätten	199
– Gestorbene	87	– Gasversorgung	179, 181
– Haushaltsvorstände	79, 123, 194	– Großhandel	199
– Kinder	79	– Kosten	132
		– Verarbeitendes Gewerbe	170, 171

Anlagen		Arbeitszeit (Arbeiterstunden, Arbeitsstunden)	
– Versicherungsunternehmen	249	– Fernwärmeversorgung	179, 180
– Volkswirtschaft	309	– Gasversorgung	179, 180
– Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	134	– Landwirtschaft	140
Anlandeplätze (See- und Küstenfischerei)	161	– Lehrer	101
Anleihen (Kreditinstitute)	240	– Verarbeitendes Gewerbe	167
Anstalten		– Verdienste	297
– Anstaltsarten	79	Aufbaudarlehen (Lastenausgleich)	258
– Anstaltsbevölkerung	79, 123	Aufenthaltsdauer (Reiseverkehr)	202
– Anstaltsgeburten	87, 95	Aufhebung der Ehe	88
– Ausländer	79	Auftragsbestand	
– Kriegsopferfürsorge	261	– Bauhauptgewerbe	176
– Sozialhilfe	260	– Bergbau	168, 170
Anstaltsgebäude s. Gebäude		– Eisen- und Stahlindustrie	172
Apotheken, Apotheker	95	– Verarbeitendes Gewerbe	168, 170
Approbationen	95	Auftragseingang	
Arbeiter s. a. Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal, Tatige Personen		– Bauhauptgewerbe	175
– Aufwendungen der Arbeitgeber	299	– Bergbau	167
– Bundesbahn	213	– Eisen- und Stahlindustrie	172
– Bundespost	231	– Verarbeitendes Gewerbe	167
– Eisenbahnen	213	Aufwand s. a. Ausgaben, Kosten	
– Kurzarbeiter	127	– Einkommensteuer	275
– Rentenversicherung	255	– Jugendhilfe	261
– Unfallversicherung, gesetzliche	256	– Körperschaftsteuer	276
– Verdienste	297, 300, 301	– Kriegsopferfürsorge	261
Arbeiterverdienste s. Verdienste		– Personalkosten	299
Arbeitgeberbeiträge (Volkswirtschaft)	309	– Sozialhilfe	260
Arbeitnehmer s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitskräfte, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal, Tatige Personen		Ausbaugewerbe	
– Ausländer	127, 193	– Arbeitsstunden	175, 177
– Beschäftigte	126	– Betriebe	175, 177
– Erwerbstätige	123, 124	– Gehaltsummen	175, 177
– Grenzarbeitnehmer	127	– Lohnsummen	175, 177
Arbeitnehmerbeiträge (Volkswirtschaft)	309	– Tätige Personen	175, 177
Arbeitnehmerhaushalte (Lebenshaltung)	290	Ausbildung s. a. Berufsausbildung	
Arbeitsaufnahme (Förderung)	127	– Arbeitnehmer	126
Arbeitsausfälle	124, 256	– berufliche	123, 125, 127
Arbeitsberatung	127	– Bevölkerung	79
Arbeitsgerichte	112	– Erwerbstätige	124
Arbeitskräfte s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal, Tatige Personen		– Hochschulen	104
– Ausländer	127	– landwirtschaftliche	148
– Binnenfischerei	141	– lehrerbildende Einrichtungen	103
– Forstwirtschaft	145	– Lehrkräfte	101, 102
– Gartenbau	142, 145	– Schulen	101
– Landwirtschaft	139, 145	Ausbildungsabsichten	124
– Weinbau	142	Ausbildungsbeihilfen (Lastenausgleich)	258
Arbeitslose	127	Ausbildungsförderung	107
Arbeitslosengeld	256	Ausbildungsstellen (Berufsberatung)	127
Arbeitslosenhilfe	256	Ausfuhr	
Arbeitslosenversicherung	256	– Ausfuhrpreise	289
Arbeitsstätten s. a. Betriebe, Unternehmen	131	– Außenhandel	209
Arbeitsuchende	127	– Düngemittel	174
Arbeitsunfähigkeit	96, 97	– Elektrizitätsversorgung	180
Arbeitsunfälle	256	– Gasversorgung	180
Arbeitsvermittlung	127	– Verbrauchsteuer	281
Arbeitszeit (Arbeiterstunden, Arbeitsstunden)		– Zahlungsbilanz	313
– Ausbaugewerbe	175, 177	Ausgaben: s. a. Aufwand, Kosten	
– Bauhauptgewerbe	175, 177	– Finanzen, öffentliche	267
– Bergbau	167	– Haushalte, private	305
– Eisen- und Stahlindustrie	172	– Krankenversicherung, gesetzliche	255
– Elektrizitätsversorgung	179, 180	– Kriegsopferversorgung	257
– Erwerbstätige	123, 124	– Landwirtschaft, Garten- und Weinbau	147
		– Lastenausgleich	258
		– Lastenausgleichsfonds	269

Beherbergung s. Gastgewerbe	
Behinderte	
– Arbeitsförderung	127
– Kinder	127
– Personen	96
– Schulen	101
Beihilfen	
– für ehemalige Kriegsgefangene und politische Häftlinge	258
– Lastenausgleich	258
Beiträge s. a. Einnahmen	
– Krankenversicherung	250, 255
– Lebensversicherung	249
– Pensions- und Sterbekassen	250
– Rückversicherung	252
– Schaden- und Unfallversicherung	251
– Versicherungsvereine	252
Bergbau	
– Arbeiterstunden	167
– Auftragsbestand	168, 170
– Auftragseingang	167
– Betriebe	167, 168, 169
– Brennstoffe (Verbrauch)	167
– Gehaltsummen	167, 170
– Investitionen	168, 170
– Kleinbetriebe	168
– Kosten	170
– Lohnsummen	167, 170
– Materialbestand, Materialeingang	171
– Produktion	167, 168
– Tätige Personen	167, 168, 169, 170, 171
– Umsatz	167, 168, 170, 171
– Unternehmen	170, 171
– Verbrauchssteuer	167
– Warenbestand, Wareneingang	171
Berlinhandel	204
Berlinhilfe (Umsatzsteuer)	281
Berlinverkehr (Straßenverkehr)	222
Beruf, Berufsgruppen	
– Arbeitnehmer	126
– Arbeitsvermittlung	127
– Ausländer	127
– Berufsberatung	127
– Bevölkerung	123, 124
– Empfänger von Aufbaudarlehen	258
– Führerscheininhaber	216
– Gesundheitswesen	95
– Seemänner	227
– Wahlen	119
Berufsaufbauschulen	101
Berufsberatung	127
Berufsfachschulen	101
Berufskrankheiten	256
Berufsschulen	101
Berufsziel (Studenten)	104
Beschäftigte s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beamte, Erwerbstätige, Personal, Tätige Personen	
– Arbeitsstätten	131
– Binnenfischerei	161
– Binnenschifffahrt	224
– Einzelhandel	199, 200
– Forstwirtschaft	140, 145
– Gastgewerbe	199, 201
Beschäftigte	
– Großhandel	199, 200
– Handwerk	184, 185
– Luftfahrt	229
– Straßenverkehr	218
Besitzumschreibungen s. Kraftfahrzeuge	
Besitzverhältnisse s. a. Eigentumsverhältnisse	
– Forstwirtschaft	139
– Gartenbau	142
– Landwirtschaft	139, 143
– Weinbau	144, 156
– Wohnungen	193, 195
Beteiligung am Erwerbsleben	
– Ausländer	123
– Ehefrauen	79, 123
– Familienvorstand	79, 123
– Frauen	123
– Führerscheininhaber	216
– Haushaltsvorstand	123
– Mütter	123
– Pendler	123
– Wohnbevölkerung	79, 123
Betriebe s. a. Unternehmen, Arbeitsstätten	
– Ausbaugewerbe	175, 178
– Baugewerbe	175, 178
– Bergbau	167, 168, 169
– Binnenfischerei	141
– Einheitswerte	278, 279
– Elektrizitätsversorgung	179
– Fernwärmeverversorgung	179
– Forstwirtschaft	139, 140
– Gartenbau	142
– Gasversorgung	179
– Landwirtschaft	139, 149
– Reiseverkehr	202
– Streiks und Aussperrungen	127
– Verarbeitendes Gewerbe	167, 168, 169
– Wasserversorgung	179
– Weinbau	142, 144
Betriebsarten	
– Gastgewerbe	199
– Reiseverkehr	202
Betriebsfläche (Landwirtschaft)	139
Betriebsform (Einzelhandel)	199
Betriebsinhaber	
– Binnenfischerei	141
– Land- und Forstwirtschaft	139, 143, 145
Betriebsmittel, landwirtschaftl. (Einkaufspreise)	288
Betriebsunfälle s. Unfälle	
Betriebsvermögen s. Vermögen	
Betten s. Krankenhäuser, Reiseverkehr	
Bevölkerung	
– Bevölkerungsbewegung	87
– Bevölkerungsstand	79, 82, 123
– Bevölkerungsvorausschätzungen	81
– Erwerbstätigkeit	79, 123
– Umschichtung	125
– Wanderungen	89
Bewährungshilfe	115
Bezugsgebiete (Handel)	199
Biersteuer	281
Bilanzen	
– Aktiengesellschaften	133
– Bundespost	231

Bilanzen	
– Körperschaftsteuer	276
– Krankenversicherungsunternehmen	250
– Kreditinstitute	237
– Lebensversicherungsunternehmen	249
– Rückversicherungsunternehmen	252
– Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen	251
– Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	134
Binnenfischerei	141
Binnenhandel s. Berlinhandel, Einzelhandel, Großhandel	
Binnenschifffahrt	
– Binnenhäfen	225
– Binnenschiffsbestände	224
– Frachtraten	292
– Schiffs- und Güterverkehr	225
– Stromgebiete	224, 225, 226
– Verkehrs- und Betriebsunfälle	226
Binnenwanderung s. Wanderungen	
Bodennutzung s. a. Anbau, Anbauflächen	139, 148
Boden- und Kommunalkreditinstitute	241
Börsenumsatz	244
Branntweinmonopol	281
Brauereien	281
Brennereien	281
Brennstoffe	
– Bergbau	167
– Einfuhr	210
– Elektrizitätsversorgung	179, 181
– Fernwärmeversorgung	179, 181
– Gasversorgung	179, 181
– Verarbeitendes Gewerbe	167
– Wasserversorgung	179, 181
Brücken	
– Gemeindestraßen	215
– überörtliche Straßen	214
Bruttoinlandsprodukt	309
Bruttoproduktion, industrielle	167
Bruttoverdienste s. Verdienste	
Buchführung (Landwirtschaft)	139, 143, 147
Bürogebäude s. Gebäude	
Bundesautobahnen	214
Bundesbahn	213
Bundesbank	237, 238
Bundesfinanzen s. Finanzen, öffentliche	
Bundeshaushalt	270
Bundespost	231
Bundessteuern s. Einnahmen, Steuerhaushalt	
Bundesstraßen	214
Bundestagswahlen	119
Bußgeldentscheidungen	216

C

Campingplätze, Übernachtungen	202
-------------------------------	-----

D

Darlehen	
– Boden- und Kommunalkreditinstitute	241
– Haushaltsansätze	267

Darlehen	
– für Kriegsgefangene und politische Häftlinge	258
– Lastenausgleich	258
– Versicherungsunternehmen	249
Deutsche aus der DDR s. a. Flüchtlinge, Vertriebene	
– Bevölkerung	79, 123
– Erwerbspersonen	123
– Erwerbstätige	123, 124
– Haushalte	79
– Haushaltsvorstände	79
Deutsche Bundesbahn s. Bundesbahn	
Deutsche Bundesbank s. Bundesbank	
Deutsche Bundespost s. Bundespost	
Devisen	
– Bewegung	314
– Bilanz	314
– Kurse	244
Dienstleistungen	
– Preise	290
– Verdienste	300
– Zahlungsbilanz	313
Diplomprüfungen	105
Diskontsatz	245
Dividenden	
– Aktiengesellschaften	133
– Effektenkurse	243
Düngemittelindustrie	174
Durchfuhr, Durchgangsverkehr	
– Außenhandel	209
– Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen	219, 220, 222
– Luftverkehr	229
Durchreiseverkehr	202

E

Edelmetallindustrie	173
Effektenkurse	243
Ehedauer	79, 87, 88
Ehefrauen	79, 80
Ehelösungen	88
Ehescheidungen	88
Eheschließungen	87
Eheschließungsjahre	79, 87, 88
Eigentumsverhältnisse	
– Gebäude	193
– öffentlich geförderte soziale Wohnungen	192
– Wohnungen	193
Einbürgerungen	83
Einfamilienhäuser s. Gebäude	
Einfuhr	
– Außenhandel	209
– Brennstoffe, feste	210
– Düngemittel	174
– Einfuhrpreise	279
– Elektrizitätsversorgung	180
– Gasversorgung	180
– Zahlungsbilanz	313
Einheitswerte	
– gewerbliche Betriebe	278
– Grundvermögen	279
– land- und forstwirtschaftliches Vermögen	279

Einkaufspreise s. a. Preise	
– Großhandel	287
– Landwirtschaft	288
Einkommen	
– Einkommensbezieher	79
– Einkommensteuerpflichtige	275
– Erwerbstätige	80
– Familieneinkommen	263
– Gartenbau	147
– Haushalte	305
– Körperschaftsteuerpflichtige	276
– Landwirtschaft	147
– Volkswirtschaft	309
– Weinbau	147
Einkommensentstehung	309
Einkommensteuer	275
Einkommensverteilung	309
Einkommensverwendung	305
Einkünfte	
– Einkommensteuerpflichtige	275
– Körperschaftsteuerpflichtige	276
– Lohnsteuerpflichtige	277
Einlagen	
– Bankeinlagen	240
– Postsparkassen	231
Einnahmen s. a. Beiträge	
– Eisenbahnen	213
– Finanzen, öffentliche	267
– Gartenbau	147
– Haushalte, private	305
– Jugendhilfe	261
– Krankenversicherung, gesetzliche	255
– Kriegsofopferfürsorge	261
– Landwirtschaft	147
– Lastenausgleichsfonds	269
– Rentenversicherungen	255
– Sozialhilfeträger	260
– Steuereinnahmen	271
– Straßenverkehr	218
– Unfallversicherung, gesetzliche	256
– Verbrauchsteuer	281
– Weinbau	147
Einwohner s. Bevölkerung	
Einzelhandel	
– Arbeitsstätten	199
– Beschäftigte	199, 200
– Gehaltsummen	199
– Kosten	132
– Lohnsummen	199
– Preise (Ausland)	329
– Preise (Inland)	290
– Umsatz	199, 200
– Unternehmen	199, 200
– Wareneingang, Warenbestand	199
Eisenbahn s. a. Bundesbahn	
– Eisenbahnunternehmen	213
– Tarife (Ausland)	292, 329
– Tarife (Inland)	292
– Verkehrsunfälle	223
Eisenerzbergbau	172
Eisengießereien	172
Eisenschaffende Industrie	172
Eisenindustrie	172
Elektrizitätserzeugung	
– Bergbau	167
– Verarbeitendes Gewerbe	167
Elektrizitätsversorgung	
– Anlagegüter	179, 181
– Arbeiterstunden	179, 181
– Ausfuhr	180
– Betriebe	179
– Brennstoffe	180
– Einfuhr	180
– Erzeugung	180
– Gehaltsummen	179, 181
– Investitionen	179, 180, 181
– Kosten	132, 180
– Lohnsummen	179, 181
– Materialbestand	179, 181
– Tätige Personen	179, 181
– Umsatz	181
– Unternehmen	181
– Verbrauch	180
– Warenbestand	179, 181
Emissionen s. a. Wertpapiere	242
Entfernungsstufen	
– gewerblicher Güterfernverkehr	219
– Güterverkehr (Eisenbahn)	213
– Werkfernverkehr	220
Entschädigungen (Lastenausgleich)	258
Erbschaftsteuer	280
Erdgas, Erdöl	183
Erdöl s. Mineralöl	
Erfolgsrechnungen	
– Aktiengesellschaften	133
– Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	134
Erholungsreisen	203
Ernährungswirtschaft s. a. Landwirtschaft	162
Ernte	
– Feldfrüchte und Grünland	152
– Gemüse und Erdbeeren	153
– Obst	153
– Weinmost	154
ERP-Sondervermögen	269
Ersparnis (Volkswirtschaft)	309
Erträge (Volkswirtschaft)	309
Ertragswerte, land- und forstwirtschaftliche Vermögen	279
Erwerb (Erbschaftsteuer)	280
Erwerbseinkommen	
– Bevölkerung	79, 123
– Volkswirtschaft	309
Erwerbsgartenbau s. Gartenbau	
Erwerbsleben s. Beteiligung am Erwerbsleben	
Erwerbslose s. Arbeitslose	
Erwerbspersonen	
– Ausländer	123, 124
– Bevölkerung	123, 124
– Wanderungen	89
Erwerbstätige s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Beschäftigte, Personal, Tätige Personen	
– Bevölkerung	123, 124
– Einkommenslage	305
– Frauen	125
Erzeugerpreise s. Preise	
Erzeugung s. Produktion	

Erzieherische Einzelhilfe	261
Essigsäuresteuer	281
Export s. Ausfuhr	

F

Fachärzte	95
Fachhochschulen	104
Fachoberschulen, Fachgymnasien	101
Fachschulen, Fachakademien	101
Fahrerlaubnisse	216
Fahrlehrerlaubnisse	216
Fahrzeuge s. a. Kraftfahrzeuge	
– Binnenschiffe	224
– Bundesbahn	213
– Bundespost	231
– Eisenbahnen	213
– Luftfahrzeuge	229
– Seefischereifahrzeuge	161
– Seeschiffe	226
– Straßenfahrzeuge	218, 219, 220, 221, 222
Faktorkosten s. Sozialprodukt	
Familien	79
Familienangehörige, Arbeitskräfte	
– Binnenfischerei	141
– Gartenbau	142
– Land- und Forstwirtschaft	139
– Weinbau	142
Familienstand	
– Anstaltsbevölkerung	79
– Ausländer	79, 83
– Bevölkerung	79, 80, 81, 82
– Bevölkerungsvorausschätzung	81
– Eheschließungen	87
– Erwerbspersonen	123
– Geschlechtskranke	94
– Gestorbene	87, 88, 94
– Haushaltsvorstände	79
– Kriegssterbefälle	88
– Personal, öffentlicher Dienst	273
– Strafgefangene	114
– Studenten	104
– Wanderungen	89
Familientyp	79, 305
Familienvorstand	79, 124
Fangergebnisse	
– Binnenfischerei	141
– See-, Küsten-, Bodenseefischerei	161
Fernmeldegebühren	231, 292
Fernmeldewesen s. Bundespost	
Fernsehteilnehmer	231
Fernwärmeversorgung	
– Anlagegüter	179, 181
– Arbeiterstunden	179
– Ausfuhr	180
– Betriebe	179
– Brennstoffe (Einsatz)	180
– Einfuhr	180
– Erzeugung	180
– Gehaltssummen	179, 181
– Investitionen	179, 180, 181
– Kosten	132, 180

Fernwärmeversorgung	
– Lohnsummen	179, 181
– Materialbestand	179, 181
– Tätige Personen	179
– Umsatz	181
– Unternehmen	181
– Verbrauch	180
– Warenbestand	179, 181
Fertigteilbau	175
Fettwirtschaft	163
Filmwirtschaft	108
Finanzen, öffentliche	267
– Bundesbahn	214
– Bundespost	231
– Geldmarktpapiere	273
– Haushaltswirtschaft	267
– Schulden	271, 272
– Steuerhaushalt	271
– Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	134
Finanzierung (Wohnungsbau)	191
Finanzierungsrechnung (Volkswirtschaft)	313
Fischwirtschaft	
– Binnenfischerei	141
– Fischzucht	141
– Seefischerei	161
Fleischbeschau	160
Fleischwirtschaft	164
Flüchtlinge s. a. Deutsche aus der DDR, Vertriebene	
– Bevölkerung	79, 123
– Erwerbspersonen	123
– Erwerbstätige	123, 124
– Haushalte	79
– Lastenausgleich	258
– Sozialhilfe	260
– Wohnparteien	193
Flüge, Flughäfen, Fluggäste, Flugzeuge	229
s. Reisen Reiseverkehr	
Flüssiggas	184
Flurbereinigung	147
Förderung des Wohnungsbaus	
– Baufertigstellungen	189
– Bewilligungen	192
– Wohnungen	189, 192, 193, 194, 263
Forderungen	
– Ausgleichsforderungen	245
– Auslandsforderungen der Kreditinstitute	241
– Auslandsposition	316
– Kapitalverkehr mit dem Ausland	314, 315
– Konkurs- und Vergleichsverfahren	135
– Veränderungen (Volkswirtschaft)	309
Forstwirtschaft	
– Arbeitskräfte	139, 140, 145
– Betriebe	139
– Einheitswerte des Grundbesitzes	279
– Vermögen (Einheitswerte)	279
Fortgezogene Personen (Wanderungen)	89
Fracht s. Güterverkehr, Verkehrsreise	
Frachtraten	292
Frauen, erwerbstätige	123, 124
Freibeträge	
– Umsatzsteuer	281
– Vermögensteuer	278
Freie Berufe	
– Aufbaurdarlehen (Lastenausgleich)	258

Freie Berufe	
– Kosten	132
– Vermögensteuer	278
Fremdkapital, Zinsen (Kostenstruktur)	132
Fruchtarten (Landwirtschaft)	139, 148, 152
Führerscheine s. Fahrerlaubnisse	
Fußgänger, Straßenverkehrsunfälle	223
Futterpflanzen	
– Bodennutzung	148
– Saatguterzeugung	159

G

Gartenbau	
– Arbeitskräfte	142, 145
– Besitzverhältnisse	142
– Betriebsart, -leiter	142
– Buchführung	147
– Gartengewächse	149
Gastgewerbe s. i. Reiseverkehr	
– Arbeitsstätten	199
– Beschäftigte	199, 201
– Gehaltsummen	199
– Kosten	132
– Lohnsummen	199
– Preise	292
– Umsatz	199, 201
– Unternehmen	199
– Warenbestand, Wareneingang	199
Gasversorgung	
– Anlagegüter	179, 181
– Arbeiterstunden	179
– Ausfuhr	180
– Betriebe	179
– Brennstoffe (Einsatz)	180
– Einfuhr	180
– Erzeugung	180, 182
– Gehaltsummen	179, 181
– Investitionen	179, 180, 181
– Kostenstruktur	132, 180
– Lohnsummen	179, 181
– Materialbestand	179, 181
– Tätige Personen	179
– Umsatz	181
– Unternehmen	181
– Verbrauch	180
– Warenbestand	179, 181
Gebäude s. a. Wohnbauten, Wohngebäude, Wohnungsbau	
– Baufertigstellungen	189
– Baugenehmigungen	189
– Bauüberhang	190
– Bundespost	231
– Hochschulen	106
– Nichtwohngebäude	193
– Preise (Bauwerke)	290
– Sozialer Wohnungsbau	192
– Wohngebäude	193, 194
Gebietskörperschaften s. Finanzen, öffentliche	
Gebietsstand	81
Geborene	79, 80, 87
Gebrauchsgüter, langlebige	305
Geburtenfolge	87

Geburtsjahr s. a. Alter	
– Auszubildende	107
– Bevölkerung	79, 81, 82, 123
– Bevölkerungsbewegung	87
– Eheschließende	124
– Erwerbstätige	124
– Geschiedene	88
– Schüler	101
– Studenten	104
– Wanderungen	89
Gefangene	114
Geflügel s. Viehwirtschaft	
Gehälter (Gehaltsummen) s. a. Verdienste	
– Arbeitsstätten	131
– Ausbaugewerbe	175, 177
– Baugewerbe	177, 178
– Bauhauptgewerbe	175, 177
– Bergbau	167, 170, 171
– Einzelhandel	199
– Eisenerzbergbau	172
– Elektrizitätsversorgung	179, 181
– Fernwärmeversorgung	179, 181
– Gastgewerbe	199
– Gasversorgung	179, 181
– Großhandel	199
– Handwerk	184
– Kosten	132
– Verarbeitendes Gewerbe	167, 170, 171
– Verdienste	296, 301
– Volkswirtschaft	309
– Wasserversorgung	179, 181
Gehaltsstruktur	300
Geldmarktpapiere	273
Geldversorgung	237
Geldvolumen	237
Gemeindefinanzen s. Finanzen, öffentliche	
Gemeindestraßen	215
Gemüse	
– Anbau	150, 151
– Ernte	153
Generalhandel (Außenhandel)	209
Geräteausstattung	
– Baugewerbe	177
– Gartenbau	142
Gerichte	
– Arbeitsgerichte	112
– ordentliche	111
– Sozialgerichte	112
– Verwaltungsgerichte	111
Gesamthochschulen	104
Gesamtschulen	101
Geschädigte s. Lastenausgleich	
Geschiedene	79, 88
Geschlechtskrankenfürsorge	260
Geschlechtskrankheiten	94
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	133
s. a. Aktiengesellschaften, Kapitalgesellschaften	
Gestorbene s. a. Sterbefälle, Unfälle	87
Gesundheitsämter, Personal	95
Gesundheitswesen s. a. Krankenhäuser	
– Berufe	95
– Schulen	101
Getränkpreise	292
Getreidewirtschaft	162

Gewerbe, produzierendes	165
Gewerbsteuer	284
Gewinne (Volkswirtschaft)	309
Goldbestand	238
Grenzüberschreitender Verkehr s. a. Außenhandel	
– Kraftfahrzeugverkehr	221, 222
– Reiseverkehr	202
– Warenverkehr	209
Grenzverkehr	202
Großhandel	
– Arbeitsstätten	199
– Beschäftigte	199, 200
– Gehaltssummen	199
– Kosten	132
– Lohnsummen	199
– Preise (Ausland)	329
– Preise (Inland)	287
– Umsatz	199, 200
– Unternehmen	199
– Warenbestand, Wareneingang	199
Grünland	
– Bodennutzung	148
– Ernte	152
Grundschulen	101
Grundstoffpreise	287
Grundstücke	
– Bundespost	231
– Einheitswerte	279
– Flurbereinigung	147
– Hochschulen	106
– Kaufwerte	289
– Versicherungsunternehmen	249
Grundvermögen (Einheitswerte)	279
Güterverkehr	
– Binnenschifffahrt	224
– Eisenbahnen	213
– Luftverkehr	296
– Preise (Ausland)	329
– Preise (Inland)	292
– Seeschifffahrt	227
– Straßenverkehr	218, 219, 220, 221, 222
Gymnasien	101

H

Hackfrüchte	149
Handel s. Außenhandel, Einzelhandel, Großhandel, Warenverkehr	
Handelsschiffe	226
Handelsumsatz s. Umsatz	
Handelsvermittlung	
– Arbeitsstätten	199
– Beschäftigte	199
– Kosten	132
– Umsatz	199, 201
– Unternehmen	199
– Warenbestand, Wareneingang	199
Handwerk s. a. Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	
– Beschäftigte	184, 185
– Betriebe	185
– Gehaltssummen	184
– Investitionen	168, 170

Handwerk	
– Kosten	132, 170
– Lohnsummen	184
– Materialbestand, Materialeingang	184
– Umsatz	184, 185
– Unternehmen	184
– Verdienste	297, 301
– Warenbestand, Wareneingang	184, 186
Hauptentschädigung (Lastenausgleich)	258
Hauptschulen	101
Haushalte	
– Ausländer	79
– Bevölkerung	79, 80
– Einkommen	305
– öffentliche	267
– Volkswirtschaft	309
– Wohnverhältnisse	194
Haushaltsbudget (Wirtschaftsrechnungen)	305
Haushaltseinnahmen s. Einnahmen	
Haushaltspläne	267
Haushaltstypen	79, 80, 194, 291, 305
Haushaltsvorstand	79, 194
Hausratentschädigung (Lastenausgleich)	258
Hebesätze (Realsteuern)	283
Heilbäder (Reiseverkehr)	202
Heimarbeit	127, 131
Heime (Sozialhilfe)	260
Heiraten	87
Heiratsalter	79
Heizung (Wohnungen)	193, 194
Herkunftsländer	
– Auslandsgäste	202
– Reiseverkehr	202
– Seeschifffahrt	227
– Wanderungen	89
Hochbau s. Bautätigkeit	
Hochschulen s. a. Studenten	
– Hochschulbesuch	104
– Hochschulfinanzen	270
– Hochschullehrer	105
– Hochschulprüfungen	105
Hörfunkteilnehmer	231
Holzbearbeitung	156
Holz einschlag	156
Hühner	157, 158
Hypotheken	
– Hypothekarkredite	239
– Hypothekenforderungen (Versicherungsunternehmen)	249

I

Indizes s. Übersicht über die Indizes und Maßzahlen S. 381 ff	
Industrie s. a. Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	
– Arbeiterstunden	167
– Auftragsbestand	168, 170
– Auftragseingang	167
– Ausland	328
– Betriebe	167, 168, 169
– Brennstoffe (Verbrauch)	167
– Gehaltssummen	167, 170
– Investitionen	168, 170

Industrie	
– Kleinbetriebe	168
– Kosten	132, 170
– Lohnsummen	167, 170
– Materialbestand, Materialeingang	171
– Preise (Ausland)	329
– Preise (Inland)	287
– Produktion	167, 168
– Tätige Personen	167, 168, 169, 170
– Umsatz	167, 168, 170, 171
– Unternehmen	170, 171
– Verbrauchsteuern	167
– Verdienste	297, 301
– Warenbestand, Wareneingang	171
Industriezweige	
– Düngemittelindustrie	174
– Eisen- und Stahlindustrie	172
– Mineralölindustrie	173
– Nichteisen- und Edelmetallindustrie	173
– Textilindustrie	174
Inhaber, tätige s. Betriebsinhaber	
Inlandschulden s. Schulden	
Inlandsreisen	203
Instandhaltung (Kosten)	132
Internationale Übersichten	327
Investitionen	
– Baugewerbe	177
– Bergbau	168, 170
– Elektrizitätsversorgung	179, 180, 181
– Fernwärmeversorgung	179, 180, 181
– Gasversorgung	179, 180, 181
– Handwerk	168, 170
– Umweltschutz	323
– Verarbeitendes Gewerbe	168, 170
– Volkswirtschaft	309
– Wasserversorgung	179, 180, 181
Investmentfonds	241, 242

J

Jahresabschlüsse	
– Aktiengesellschaften	133
– Bundespost	231
– Unternehmen mit Publizitätspflicht	133
– Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	134
Jahresverdienste s. Verdienste	
Jugendherbergen (Übernachtungen)	202
Jugendhilfe, öffentliche	261
Justizvollzugsanstalten	114

K

Kanalisation (Abwasser)	320
Kapital (Aktiengesellschaften)	133
Kapital-Lebensversicherungen	249
Kapitalgesellschaften	133
s. a. Aktiengesellschaften, Rechtsform der Unternehmen bzw. Betriebe	
Kapitalsammelstellen (Wohnungsbau)	191
Kapitalverkehr (Zahlungsbilanz)	313
Kaufwerte (landw. Grundbesitz)	146

Kinder, Kinderzahl	
– Ausbildungsabsichten	125
– Behinderte	96
– Bevölkerung	79, 80
– Ehelösungen	88
– Einkommensteuer	275
– Frauen und Mütter	124
– Lebenshaltung	290
Kindergeld	263
Kinderheime (Übernachtungen)	202
Kläranlagen	320
Klärgas	184
Klassen	101
Knappschaftliche Rentenversicherung	
s. Rentenversicherungen	
Körperschaftsteuer	276
Kollegs	101
Kommunkreditinstitute	241
Konfession s. Religionszugehörigkeit	
Konkurse	135
Konten, volkswirtschaftliche	309
Kosten	
– Baugewerbe	132, 177
– Bergbau	132, 170
– Einzelhandel	132
– Elektrizitätsversorgung	132, 180
– Fernwärmeversorgung	180
– Filmwirtschaft	108
– Freie Berufe	132
– Gasversorgung	132, 180
– Großhandel	132
– Handwerk	132, 170
– Presse	132
– Verarbeitendes Gewerbe	132, 170
– Wasserversorgung	132, 180
Kraftfahrzeuge s. a. Fahrzeuge	
– Abstellmöglichkeiten	194, 215
– Anhänger	216
– Besitzumschreibungen	216
– Bestand	216, 218
– Bundespost	231
– Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse	216
– Prüfungen	216
– Straßenverkehr	218, 219, 220, 221, 222
– Straßenverkehrsunfälle	223
– Zulassungen	216
Krankenhäuser	95
Krankenstand (Krankenversicherung)	255
Krankenversicherung	
– gesetzliche	255
– Krankenversicherungsschutz	80, 124
– private	250
Krankenversorgung (Sozialhilfe)	260
Krankheiten s. a. Todesursachen	
– Bevölkerung	96
– Geschlechtskrankheiten	94
– Krankheitsarten (gesetzliche Krankenversicherung)	97
– meldepflichtige	93
– Tuberkulose	93
Kreditinstitute	
– Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten	241
– Boden- und Kommunalkreditinstitute	241
– Einlagen	240

Kreditinstitute	
– Kredite	239
– Reservehaltung	238
– Spareinlagen	240
– Wertpapierbestände	240
– Wertpapier-Kundendepots	241
– Zwischenbilanz	238
Kriegsbeschädigte	
s. a. Kriegsopferversorge, Kriegsopferversorgung	
– Lastenausgleich	258
– orthopädische Versorgung	257
Kriegsgefangene, ehemalige (Beihilfen und Darlehen)	258
Kriegsopferversorge	261
Kriegsopferversorgung	257
Kriegsschadenrente (Lastenausgleich)	258, 259
Kriegssterbefälle	88
Kriminalität	113
Kulturarten	139, 148
Kunsthochschulen	104
Kurse, Kurswerte	
– Aktienkurse	243
– Börsenumsatz	244
– Devisenkurse	244
– Durchschnittswerte	243
– Emissionen	242
– Währungen der Welt	244
Kurzarbeit	127

L

Lagerbestände	
– Einzelhandel	200
– Großhandel	200
Lagerverkehr (Außenhandel)	209
Landstraßen s. Straßen	
Landwirte, Altershilfe	255
Landwirtschaft s. a. Anbau, Anbauflächen, Bodennutzung, Ernährungswirtschaft, Ernte, Gartenbau, Vieh- und Fleischwirtschaft, Wachstumsstand	
– Arbeitskräfte	143, 145
– Ausbildung	148
– Beratung	148
– Besitzverhältnisse	139
– Betriebe	139
– Betriebsmittel	147, 288
– Buchführung	139, 147
– Einkaufspreise	288
– Flurbereinigung	147
– Schlepperbestand	146
– Verdienste	297, 301
– Verkäufe	147
– Vermögen (Einheitswerte)	279
Lastenausgleich	258
Lastenausgleichsfonds	267
Lastkraftfahrzeuge s. Fahrzeuge	
Lebensalter s. Alter	
Lebenshaltung	
– eines Kindes	292
– internationaler Vergleich	329
– Preise	290
– Wirtschaftsrechnungen	305

Lebensunterhalt	124
Lebensversicherung	249
Lehrer, Lehrpersonen	
– Hochschullehrer	105
– lehrerbildende Einrichtungen	103
– Schulen	101
Leuchtmittelsteuer	281
Löhne s. Verdienste	
Lohnsummen	
– Arbeitsstätten	131
– Ausbaugewerbe	175, 177
– Baugewerbe	175, 177
– Bergbau	167, 169, 170, 171
– Einzelhandel	199
– Elektrizitätsversorgung	179, 181
– Fernwärmeversorgung	179, 181
– Gastgewerbe	199
– Gasversorgung	179, 181
– Großhandel	199
– Handwerk	184
– Kosten	132
– Verarbeitendes Gewerbe	167, 169, 170, 171
– Volkswirtschaft	309
– Wasserversorgung	179, 180
– Wirtschaft	131
Lohnformen, gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungsbereich	300
Lohnindizes s. Übersicht über die Indizes und Maßzahlen S. 381 ff	
Lohnsteuer	277
Lohnstruktur	300
Lohnsummensteuer	284
Lombardsatz	245
Luftfahrzeuge	229
Luftkurorte	202
Luftverkehr s. a. Flüge	
– Fracht und Post	229
– Preise	292
– Unfälle	230

M

Maschinen	
– Gartenbau	142
– Landwirtschaft	139, 141
– Schlepper	146
– Weinbau	142
Materialbestand, Materialeingang	
– Baugewerbe	177, 178
– Bergbau	168, 169, 170, 171
– Elektrizitätsversorgung	179, 181
– Fernwärmeversorgung	179, 181
– Gasversorgung	179, 181
– Handwerk	184
– Verarbeitendes Gewerbe	168, 169, 170, 171
– Wasserversorgung	179, 181
Medizinalassistenten	95
Medizinisch-technische Hilfskräfte	95
Mehrfamilienhäuser s. Gebäude	
Meßzahlen s. Übersicht über die Indizes und Maßzahlen S. 381 ff	

Mieten	
– Haushalte	194
– sozialer Wohnungsbau	192
– Wohngeld	263
Mietwohnungen s. Wohnungen	
Milcherzeugung	160
Milchverwendung	160
Mindestreserven	238
Mineralöl	
– Erdöl (Rohrfernleitungen)	230
– Mineralölindustrie	173
– Mineralölsteuer	281
Mitglieder s. a. Versicherte	
– gesetzliche Krankenversicherung	255
– kleinere Versicherungsvereine	252
– Pensions- und Sterbekassen	250
Molkereiwirtschaft	164
Monatsverdienste s. Verdienste	
Münzumsatz	238
Mütter	79, 80
Müttersterblichkeit	94

N

Nachlässe	280
Nachtarbeit	125
Nahrungsfette	163
Nationalität s. Staatsangehörigkeit	
Nettoinlandsprodukt	309
Nettoproduktion (Index)	167
Neubau s. Baumaßnahmen	
Neuverschuldung s. Schulden	
Nichteisen- und Edelmetallindustrie	173
Nichtigkeit der Ehen	88
Nichtwohngebäude s. Gebäude	
Niederlassungen (Arbeitsstätten)	131
Nominalkapital	133
Nutzfläche	
– Gartenbau	142
– Gebäude	189
– Landwirtschaft	139, 148
– Weinbau	142
Nutzungsarten s. Bodennutzung	

O

Obst, Obstbäume	142, 151, 153
Öffentlicher Dienst, Personal	273, 274
Organgesellschaften (Körperschaftsteuer)	276
Organisationen, private, ohne Erwerbscharakter	309, 313
Organkreise (Umsatzsteuer)	281
Orthopädische Versorgung	257
Ortsdurchfahrten	214

P

Pacht	
– Kosten	132
– Landwirtschaft	139
– Preise	143

Pädagogische Hochschulen	104
Paritäten	244
Parkplätze	215
Pendler, erwerbstätige	124
Pensionskassen	250

Personal s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beamte, Beschäftigte, Erwerbstätige, Tätige Personen	
– Apotheken	95
– Bundesbahn	213, 273, 274
– Bundespost	273, 274
– Eisenbahnen	213
– Gerichte	111
– Gesundheitsämter	95
– Hochschulen	105
– Krankenhäuser	95
– Krankenversicherung, gesetzliche	255
– öffentlicher Dienst	273, 274
– Rentenversicherungen, gesetzliche	255
– Schulen	101

Personalausgaben	269
Personalkosten	299, 132

Personenkraftwagen s. Kraftfahrzeuge

Personenverkehr s. Binnenschifffahrt, Bundespost, Eisenbahnen, Luftfahrt, Seeschifffahrt, Straßenverkehr

Pferde	139, 157
--------	----------

Pflegepersonen	95
----------------	----

Post s. Bundespost

Preise s. a. Mieten

– Ausfuhrpreise	289
– Bauland (Kaufwerte)	146, 289
– Baupreise	290
– Beherbergungsgewerbe	292
– Einfuhrpreise	289
– Einkaufspreise der Landwirtschaft	288
– Einzelhandelspreise	290
– Erzeuger- und Großhandelspreise (Ausland)	329
– Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise (Inland)	287
– Erzeugerpreise industrieller Produkte	287
– Erzeugerpreise land- und forstwirtschaftlicher Produkte	287
– Gaststättengewerbe	292
– Grundstoffpreise	287
– Lebenshaltung	290
– Verbraucherpreise (Ausland)	329
– Verbraucherpreise (Inland)	290
– Verkehrspreise (Ausland)	329
– Verkehrspreise (Inland)	292

Preisentwicklung des Sozialprodukts	309
-------------------------------------	-----

Preisindizes s. Übersicht über die Indizes und Maßzahlen
S. 381 ff

Presse	108
--------	-----

Privater Verbrauch

– Haushalte	305
– Volkswirtschaft	309

Produktion s. a. Bautätigkeit, Verbrauchsteuer

– Baugewerbe	175, 177
– Bautätigkeit	189
– Bergbau	167, 168
– Elektrizitätsversorgung	180
– Gasversorgung	180
– Handwerk	167, 168

Produktion	
– Industrie	167, 168, 172
– Landwirtschaft (Ernte)	152
– Produzierendes Gewerbe	167, 168, 172
– Verarbeitendes Gewerbe	167, 168
– Volkswirtschaft	309
– Wasserversorgung	180
Produktionsindizes s. Übersicht über die Indizes und Meßzahlen S 381 ff	
Produktionswert (Volkswirtschaft)	309
Produzierendes Gewerbe s. Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	
Promotion	105
Prüfungen	
– Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse	216
– Hochschulprüfungen	105

R

Raum	
– Hochschulen	106
– umbauter	189, 190, 192
Realschulen	101
Realsteuervergleich	283
Reben	154
Rebflächen	142, 144, 148
Rebsorten	144
Rechtsformen der Unternehmen bzw. Betriebe	
– Arbeitsstätten	131
– Einheitswerte	278
– Gaststätten	199
– Gewerbesteuer	284
– Handel	199
– Handwerk	184
– Konkurse	135
– Landwirtschaft	139
– Vermögensteuer	278
Rechtspflege	109
Rehabilitation	262
Reisen	203
Reiseverkehr	202
Religionszugehörigkeit	
– Ausländer	123
– Bevölkerung	79
– Ehepartner	79
– Eheschließende	87
– Eltern	87
– Gefangene	114
– Geschiedene	88
– Gestorbene	87
– Kinder	79
Renditen	
– Durchschnittswerte	243
– festverzinsliche Wertpapiere	243
Renten	255
Rentenempfänger	
– Haushalte	305
– Kriegsopferversorgung	257
– Lastenausgleich	258
– Unfallversicherung, gesetzliche	256
Rentenversicherte s. Versicherte	

Rentenversicherungen	
Mitgliedschaft	80, 124
– Rentenversicherungen, gesetzliche	255
Rentnerhaushalte	305
Reparationsgeschädigte	259
Restitutionsgeschädigte	259
Richter	111
Rindvieh s. a. Schlachtungen, Viehhaltung	157, 158
Rohertrag	
– Gastgewerbe	199, 201
– Handel	199, 200
Rohrfernleitungsverkehr	230
Rohstoffe	
– Düngemittelindustrie	174
– Eisen- und Stahlindustrie	172
– Nichteisen- und Edelmetallindustrie	173
– Textilindustrie	174
Rückerstattungs geschädigte	259
Rückstellungen	278
Rückversicherung	252
Rückwanderer (Wanderung)	89
Rundfunk s. Hörfunkteilnehmer	

S

Saatgutvermehrung	155
Sachvermögen (Volkswirtschaft)	309
Säuglingssterbefälle	87, 94
Salzsteuer	185
Schaden	
– Lastenausgleich	258
– Straßenverkehrsunfälle	223
– Unfallversicherung	251
Schadensursachen	251
Schadenversicherung	251
Schafe s. a. Schlachtungen, Viehhaltung	157, 158
Schatzanweisungen, Schatzwechsel	240
Schaumweinsteuer	281
Schecks, nicht eingelöste	135
Schiffahrt s. Binnenschiffahrt, Seeschiffahrt	
Schlachtungen	
– Schlachtgewichte	159
– Schlacht tier- und Fleischbeschau	160
– Schlachtungen	159
Schlechtwettergeld	256
Schlepper	146
Schleusen	225
Schrottwirtschaft	172
Schulanlagen	102
Schulbildung s. Ausbildung	
Schuldbuchforderungen (Versicherungsunternehmen)	249
Schulden	
– Einheitswerte	279
– Landwirtschaft, Garten- und Weinbau	147
– Öffentliche	268, 271
– Vermögensteuer	278
Schuldverschreibungen (Kreditinstitute)	240, 241
Schulen, Schüler	101
Schulsport	103
Schweine s. a. Schlachtungen, Viehhaltung	157, 158

Seebäder	202	Stellung im Beruf bzw. Betrieb	
Seefrachtraten	292	– Arbeitsstätten	131
Seenfischerei s. a. Fischwirtschaft	141	– Ausländer	123
Seeschifffahrt		– Beschäftigte	126
– Besatzungsmitglieder	227	– Bevölkerung	79, 80, 123
– Güterverkehr	227	– Binnenfischerei	141
– Personenverkehr	227	– Ehefrauen	79
– Schiffsbestand	226	– Erwerbspersonen	124
– Seefrachtraten	292	– Erwerbstätige	124
– Seehäfen	227	– Familienvorstand	79
– Seeunfälle	228	– Frauen	123, 124
– Seeverkehr	227	– Gastgewerbe	199
Segelflug	229	– Handel	199
Sektsteuer s. Schaumweinsteuer		– Handwerk	184
Selbständige	123, 131	– Haushaltsvorstand	194
Sichteinlagen	313	– landwirtschaftliche Arbeitskräfte	139
Sonntagsarbeit	125	– Mütter	79
Soziale Krankenversicherung s. Krankenversicherung		– Wohngeldempfänger	263
Sozialer Wohnungsbau s. Wohnungen, Wohnungsbau		Sterbefälle	
Sozialgerichte	112	– Bevölkerung	87
Sozialhilfeempfänger		– Kriegsterbefälle	88
– Haushalte	305	– Todesursachen	94
– Sozialhilfe	260	Sterbekassen	
Sozialkosten	132	Steuereinnahmen s. Einnahmen	
Sozialprodukt	309	Steuerhaushalt	271
Sozialversicherung		Steuerklassen	
– Arbeitslosenversicherung	256	– Einkommensteuer	275
– Krankenversicherung	255	– Erbschaftsteuer	280
– Personal	273	– Lohnsteuer	277
– Rentenversicherung	255	Steuermessbeträge (Gewerbsteuer)	284
– Unfallversicherung	256	Steuern	275
Spareinlagen		s. a. Abschreibungen, Einnahmen, einzelne Steuerarten, Kosten, Realsteuervergleich, Sozialprodukt	
– Bundespost	231	– Haushaltswirtschaft	267
– Kreditinstitute	240	– Steuerhaushalt	271
Sparformen	305	– Volkswirtschaft	309
Sparprämien	240	Steuerpflichtige	
Sparverkehr	240	– Einkommensteuer	275
Spesenabzug		– Erbschaftsteuer	280
– Einkommensteuer	275	– Gewerbesteuer	284
– Körperschaftsteuer	276	– Körperschaftsteuer	276
Spezialhandel (Außenhandel)	209	– Lohnsteuer	277
Spielkartensteuer	281	– Umsatzsteuer	281
Sportanlagen	102	– Vermögensteuer	278
Sportlehrer	103	Steuersätze	
Sprachen (Schulunterricht)	101	– Körperschaftsteuer	276
Staatenlose s. a. Ausländer, Staatsangehörigkeit	89	– Umsatzsteuer	281
Staatsangehörigkeit s. a. Ausländer, Staatenlose		– Verbrauchsteuer	281
– Arbeitnehmer	127	Steuerschuld	
– Auslieferungen	115	– Einkommensteuer	275
– Auszubildende	107	– Erbschaftsteuer	280
– Beschäftigte	126	– Körperschaftsteuer	276
– Bevölkerung	79, 83	– Vermögensteuer	278
– Eheschließende	87	Steuersollbeträge	
– Kriegsterbefälle	88	– Gewerbesteuer	284
– Reisende	202	– Verbrauchsteuer	281
– Schüler	101	Strafanstalten s. Justizvollzugs- und Verwahranstalten	
– Strafgefangene	164	Strafen	
– Studenten	104	– Strafverfolgung	114
– Wanderungen	89	– Strafvollzug	114
– wissenschaftliches Personal	106	Straftaten	
Staatsanwälte	111	– Auslieferungen	115
Staatsverbrauch (Volkswirtschaft)	309	– Kriminalität	113
Stahlgießereien	172	– Strafverfolgung	114
Stahlindustrie	172		
Stellen, offene	127		

Straßen	
– Gemeindestraßen	215
– überörtliche	214
Straßenverkehr	218, 221, 222
Straßenverkehrsunfälle s. Unfälle	
Streiks	
– Ausland	330
– Inland	127
Strom	
– Ausfuhr	180
– Einfuhr	180
– Erzeugung	167, 180
– Verbrauch	167
Stromerzeugungsanlagen	182
Studenten	104
Studienabschluß	104
Studienfächer	104
Studienwünsche	104
Stundenverdienste s. Verdienste	
Subventionen	181, 309

T

Tabaksteuer	281
Tätige Personen s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal	
– Ausbaugewerbe	175, 177, 178
– Baugewerbe	175, 177, 178
– Bergbau	167, 168, 169, 170, 171
– Eisen- und Stahlindustrie	172
– Elektrizitätsversorgung	179
– Fernwärmeversorgung	179
– Filmwirtschaft	108
– Gasversorgung	179
– Presse	108
– Textilindustrie	174
– Verarbeitendes Gewerbe	167, 168, 169, 170, 171
– Wasserversorgung	179
Tagesausflüge	203
Tarife s. Verkehrspreise	
Tariflöhne und -gehälter s. Gehälter, Löhne, Verdienste	
Teichwirtschaft	141
Teilbeschäftigte	
– Arbeitnehmer	126
– Arbeitsstätten	131
– Gastgewerbe	199
– Handel	199
Telegraphie s. Bundespost	
Textilindustrie	174
Tiefbau	191
Tierarten s. Schlachtungen, Viehhaltung	
Tierseuchen	161
Tierversicherung	251, 252
Tilgungen	
– Emissionen	242
– Schulden	271
Todeserklärungen	88
Todesfälle s. Gestorbene, Sterbefälle, Unfälle	
Todesursachen s. a. Krankheiten	94
Transithandel, Zahlungen	314
Tuberkulose	95

U

Übernachtungen (Reiseverkehr)	
– in Beherbergungsstätten	202
– Preise	292
Überstundenzuschläge	301
Übertragungen	
– Volkswirtschaft	309
– Zahlungsbilanzen	313
Umlagen (Finanzausgleich)	269
Umsatz s. a. Absatz	
– Baugewerbe	175, 177
– Bergbau	167, 168, 170, 171
– Binnenschifffahrt	225
– Einzelhandel	200
– Elektrizitätsversorgung	181
– Fernwärmeversorgung	181
– Filmwirtschaft	108
– Gastgewerbe	201
– Gasversorgung	181
– Großhandel	200
– Handwerk	184
– Kosten	132
– Luftfahrt	229
– Sparverkehr	240
– Umsatzsteuer	281
– Verarbeitendes Gewerbe	167, 168, 170, 171
– Wasserversorgung	181
Umsatzsteuer	281
Umweltschutz	
– Abfallbeseitigung	319
– Abwasserbeseitigung	320
– Investitionen	323
– Unfälle	322
– Wasserversorgung	320
Unfälle	
– Arbeitsunfälle	256
– Bevölkerung	96
– Binnenschifffahrt	226
– Eisenbahnen	213
– Luftverkehr	230
– Seeunfälle	228
– Straßenverkehrsunfälle	223
– Umweltschutz	322
Unfallversicherung	251
Universitäten s. Hochschulen	
Unterbringung (Wohnung)	193, 194
Unterglasanlagen	
– Gartenbau	142
– Gemüse-Anbau	151
Unterhaltshilfe (Lastenausgleich)	258, 259
Unterhaltsquellen	
– Bevölkerung	123
– Landwirtschaft	139
Unterkünfte	
– Urlaubs- und Erholungsreisen	202
– Wohngebäude, Wohnungen	194
Unternehmen s. a. Arbeitsstätten, Betriebe, Kapitalgesellschaften, Rechtsformen der Unternehmen bzw. Betriebe	
– Baugewerbe	177, 178
– Bergbau	170, 171
– Binnenschifffahrt	224
– Einzelhandel	199
– Elektrizitätsversorgung	180
– Fernwärmeversorgung	180

Unternehmen	
– Gastgewerbe	199
– Gasversorgung	180
– Großhandel	199
– Handwerk	184
– Kredite	239
– Luftfahrt	229
– Straßenverkehr	218
– Unfallversicherung, gesetzliche	251
– Verarbeitendes Gewerbe	170, 171
– Wasserversorgung	180
– Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	134
Unterricht s. Schule	
Urlaubsreisen	203
Urteile	88, 114

V

Verarbeitendes Gewerbe	
– Arbeiterstunden	167
– Auftragsbestand	168, 169
– Auftragseingang	167
– Betriebe	167, 168, 169
– Brennstoffe	167
– Gehaltsummen	167, 170
– Investitionen	168, 170
– Kleinbetriebe	168
– Kosten	170
– Lohnsummen	167, 170
– Materialbestand, Materialeingang	171
– Produktion	167, 168
– Tätige Personen	162, 168, 169, 170
– Umsatz	167, 168, 170, 171
– Unternehmen	170, 171
– Verbrauchssteuer	167
– Warenbestand, Wareneingang	171
Verbrauch	
– Brennstoffe	182
– Privater Verbrauch	305, 309
– Staatsverbrauch	309
Verbrauchergeldparitäten	329
Verbraucherpreise s. Preise	
Verbrauchssteuern	281
Verdienste s. a. Gehälter, Löhne	
– Ausland	329
– Handel	297, 301
– Handwerk	328
– Industrie	297, 301
– Landwirtschaft	297, 301
Verdienststruktur	
– Dienstleistungen	300
– gewerbliche Wirtschaft	300
Veredelungsverkehr (Außenhandel)	209
Vergleichsverfahren	135
Verkehr, Verkehrsleistungen s. Binnenschifffahrt, Bundesbahn, Bundespost, Eisenbahn, Luftverkehr, Rohrfernleitungsverkehr, Seeschifffahrt, Straßenverkehr	
Verkehrsgewerbe (Kosten)	132
Verkehrsmittel s. einzelne Verkehrsträger	
Verkehrsprise	
– Ausland	329
– Inland	292
Verkehrsunfälle s. Unfälle	
Verlagswesen (Kosten)	132

Verluste (Einkommensteuer)	275
Vermögen, Vermögensanlagen, -erträge	
– Einheitswerte	278
– gewerbliche Betriebe	278
– Grundbesitz	279
– Krankenversicherung	250, 255
– Land- und Forstwirtschaft	279
– Lebensversicherungsunternehmen	249
– Pensions- und Sterbekassen	250
– Rentenversicherungen, gesetzliche	255
– Rückversicherungsunternehmen	252
– Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen	251
– Unfallversicherung	251, 256
– Vermögenseinkommen (Volkswirtschaft)	309
– Vermögensschäden (Lastenausgleich)	258
– Vermögensteuer	278
– Versicherungsunternehmen, private	249
– Versicherungsvereine	252
Vermögensbildung	245
Vermögenseinkommen	
– Haushalte	305
– Volkswirtschaft	309
Vermögensteuer	278
Vermögensübertragungen (Volkswirtschaft)	309
Versicherte s. a. Mitglieder	
– knappschaftliche Rentenversicherung	255
– Unfallversicherung, gesetzliche	256
Versicherungen	249
s. a. Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung	
– Krankenversicherung	250
– Lebensversicherung	249
– Pensions- und Sterbekassen	250
– Rückversicherung	252
– Schaden- und Unfallversicherung	251
– Tierversicherung	251
– Versicherungsvereine	252
Versicherungsbeiträge s. Beiträge	
Versorgungsempfänger (öffentlicher Dienst)	274
Verteilung des Volkseinkommens	309
Vertriebene s. a. Deutsche aus der DDR, Flüchtlinge	
– Betriebsinhaber (Landwirtschaft)	139
– Bevölkerung	79, 123
– Ehepaare	79
– Erwerbspersonen	123
– Erwerbstätige	123, 124
– Familienvorstand	79
– Haushalte	79
– Haushaltsvorstände	79
– Lastenausgleich	258
– Unternehmen (Handwerk)	184
– Wohnparteien	193
Verunglückte s. Unfälle	
Verurteilte	114
Verwahranstalten	114
Verwaltungsgerichte	111
Verwendung des Sozialprodukts	309
Viehhaltung s. a. Schlachtungen	139
Viehwirtschaft	164
Volkseinkommen	309
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
– Ausland	330
– Bundesrepublik Deutschland	309
Vollbeschäftigte	126
Vorratsveränderungen (Volkswirtschaft)	309

W

Wachstumstand s. a. Ernte	
– Feldfrüchte und Grünland	152
– Gemüse und Erdbeeren	153
– Obst	153
– Reben	154
Währungsparitäten	244
Währungsausgleich (Lastenausgleich)	258
Wahlen s. Bundestagswahlen	
Wald s. a. Forstwirtschaft	139, 148
Wanderungen	82, 89
Warenbestand, Wareneingang	
– Baugewerbe	177, 178
– Bergbau	168, 169, 170, 171
– Einzelhandel	199
– Elektrizitätsversorgung	179, 181
– Fernwärmeversorgung	179, 181
– Gastgewerbe	199
– Gasversorgung	179, 181
– Großhandel	199
– Handwerk	184, 186
– Kosten	132
– Verarbeitendes Gewerbe	168, 169, 170, 171
– Wasserversorgung	179, 181
Warenhandelsbilanz	313
Warenverkehr s. a. Güterverkehr	
– Außenhandel	209
– Berlinhandel	204
– Handel mit der DDR	204
Wasserversorgung	
– Anlagegüter	179, 181
– Arbeiterstunden	179
– Ausfuhr	180
– Betriebe	179
– Brennstoffe	180
– Einfuhr	180
– Erzeugung	180
– Gebäude	193, 195
– Gehältsommen	179, 181
– Investitionen	179, 180, 181
– Kosten	132, 180
– Lohnsummen	179, 181
– Materialbestand	179, 181
– öffentliche	320
– Tätige Personen	179
– Umsatz	181
– Unternehmen	181
– Verbrauch	180
– in Wärmekraftwerken	321
– Warenbestand	179, 181
– in der Wirtschaft	321
– Wohnungen	193, 195
Wechselproteste	135
Wein, Weinbau s. a. Rebflächen, Rebsorten	
– Arbeitskräfte	142
– Betriebe	143
– Bodennutzung	148
– Buchführung	147
– Wachstumstand der Reben	154
– Weinbaukataster	144
– Weinbestand	156
– Weinerzeugung	156
– Weinmosterträge	154
Welthandel	328
Werkverkehr	218
Wertpapiere s. a. Aktien	
– Börsenumsatz	244
– Effektenkurse	243
– Emissionen	242
– Geldmarktpapiere	273
– Investmentzertifikate	242
– Kreditinstitute (Bestände)	239
– Kundendepots	241
– Renditen	243
– Versicherungen, private	249
Wetterdienst	232
Wirtschaftsberatung, landwirtschaftliche	148
Wirtschaftsfläche (Landwirtschaft)	148
Wirtschaftsrechnungen	305
Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	
– Finanzen	134
– Personal	273
Wochenarbeitsverdienste s. Verdienste	
Wochenarbeitszeit s. Arbeitszeit	
Wohnbauten, Wohngebäude s. a. Gebäude	
– Abgang	189
– Bautätigkeit	189, 194
– Bestand	194
Wohnbevölkerung s. Bevölkerung	
Wohnfläche	
– Bautätigkeit	189, 194
– sozialer Wohnungsbau	192
Wohngeld	263
Wohnparteien	
– Gebäude	193
– Wohnungen	193
Wohnraum s. a. Wohnungen	
– Abgang	189
– Baufertigstellungen	189
– mit öffentlichen Mitteln geförderte	192
Wohn- und Mietverhältnisse	192, 193, 194
Wohnungen	194
– Abgang	189
– Aufbaudarlehen (Lastenausgleich)	258
– Bautätigkeit	189, 194
– Bestand	194
– Mieten	192, 193, 194
– sozialer Wohnungsbau	192
Wohnungsausstattung	193, 194
Wohnungsbau s. a. Baupreise, Gebäude, Wohnungen	
– Aufbaudarlehen (Lastenausgleich)	258
– Auszahlungen von Krediten	191
– Auszahlungen öffentlicher Mittel	192
– Bautätigkeit	189
– Bewilligungen öffentlicher Mittel	192
– Finanzierung durch Kapitalsammelstellen	191
– sozialer Wohnungsbau	192
Wohnungsnutzung	193, 194

Z

Zahlungsbilanzen	
– Ausland	314, 330
– Bundesrepublik Deutschland	313
Zahlungsschwierigkeiten	135
Zahnärzte s. Ärzte	
Zeitungen, Zeitschriften	108

Zinssätze	245	Zuckerwirtschaft	163
Zivilpersonen		Zündwarensteuer	281
– Kriegssterbefälle	88	Zugmaschinen	218
– Todeserklärungen	88	Zulassungen von Kraftfahrzeugen	216
Zölle	209	Zugezogene	89
Zuckersteuer	281	Zwischenfruchtanbau	150

Statistisches Bundesamt

6200 Wiesbaden 1

Gustav-Strömann-Ring 11 – Postfach 55 28 – Fernschreiber 04 · 186511
 Fernruf (06121) 70 51 Vermittlung
 Bei Durchwahl 7 05 und Hausnummer-Nr. – neben dem Namen – wählen
 Zweigstelle Berlin, Kurfürstenstraße 87, 1000 Berlin 30 (030) 2 61 14 31
 Postanschrift: Postfach 11 04 60, 1000 Berlin 11
 Außenstelle Düsseldorf, Jahnstraße 1, 4000 Düsseldorf (0211) 37 20 60

Bundeswahlleiter:
 Präsidentin Dr. Barfels
 Vertreter: Abt. Pres. Dr. Schwarz
 21 00
 21 80

Präsidentin
 Dr. Barfels
 21 00

Vizepräsident
 Dr. Jacob
 22 00

**Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat zur
 Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**
 Geschäftsführer: RD Maurer
 21 17

**Allgemeine Verbindung zum Rat der Sachverständigen
 für Umweltfragen**
 Geschäftsführer: LRD Dr. Hütner
 21 77

Organisationsplan

(1. April 1976)

Abteilung	Abteilung I	Abteilung II	Abteilung III	Abteilung IV	Abteilung V	Abteilung VI	Abteilung VII	Abteilung VIII
Abteilung Z Verwaltung Abt. Pres. Schuler 21 90	Abteilung I Allgemeine Fach- und zusammenfassende Aufgaben der Statistik währgr. d. Vizepräsident 22 00	Abteilung II Mathematik Maschinelle Datenverarbeitung Dr. b. SIBA Zindler 21 20	Abteilung III Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Ernährung und Landwirtschaft Abt. Pres. Dr. Haner 21 30	Abteilung IV Produzierendes Gewerbe Baustatistik Umweltstatistiken Abt. Pres. Prof. Sobotschnki 21 40	Abteilung V Handel und Verkehr LRD Herberger 21 50	Abteilung VI Preise, Löhne Unternehmens- und Wirtschaftsrechnungen Allgemeine Auslandsstatistik Abt. Pres. Kunz 21 60	Abteilung VII Finanzen und Steuern Bildungs- und Gesundheitswesen Dir. b. SIBA Haman 21 70	Abteilung VIII Bevölkerung Erwerbstätigkeit Wohnungswesen Abt. Pres. Dr. Schwarz 21 80
GRUPE ZA Organisation Organisation des Amtes Allgemeine Planung und Koordinierung der Statistik Aus- und Weiterbildung 21 75	GRUPE IA Allgemeine Fach- und Organisationsfragen der Bundesstatistik Allgemeine Planung und Koordinierung des statistischen Programms Allgemeine Fragen der Organisation der Bundesstatistik Statistische Beratung Allgemeine Verbindung zu Bundesministerien, Statistischen Landesämtern und internationalen Organisationen 25 45	GRUPE II A Mathematisch-statistische Methoden LRD Nourmy 22 26 Referenten: RR Söll RR Z.A. Schmitt Dipl. Math. Leibguth 25 89 27 40 23 64	GRUPE III A Volksw. Gesamtrechnungen Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts Unternehmen Privater Verbrauch Investitionen 24 62 Referent: LRD Engelmann RD Kupka 24 58	GRUPE IVA Monatstatistiken im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, Indizes Monatsbericht Auftragsbestände, Auftragsbestände Produktionsindex, Produktivität 22 23 Referent: Dr. Hoffer 22 50 RR Laux RR Neumann 22 98 28 04	GRUPE VA Außenhandel Anmeldeverfahren Aufbereitung Wirkungsberechnungen Außenhandel des Ausländes 24 53 Referent: LRD Jung 22 32 Krahl RD Bergmann 24 54 Kohler	GRUPE VIA Preise Erzeugerpreise Baupreise Großhandelsverkaufspreise Verbraucherpreise Preise im Ausland 22 57 Referent: LRD Guckes 24 46 RD Postin RR Dr. Weinreich 26 52 26 57 21 57 24 44 24 41 RR Grolla RR Borowski	GRUPE VII A Oftentliche Haushalte Gesamthaushalt Statistiken Kontrollrechnungen Sozialversicherung Hochschulfinanzen 25 38 Referent: RD Konert 25 55 RR Reum RR Z.A. Rehm RR Dr. Essig 28 79 24 89	GRUPE VIII A Bevölkerungs- und erwerbsstatistischer Gesamtbild Volkswahlungen Volkswahl- und Berufszählungen Familien- und Haushalte Sozialer Schichtungen 21 80 Referent: währgr. d. Abt. L 26 68 RD Bretz Dipl. Soc. Putz 27 21
GRUPE ZB Haushalt Haushalts- und Rechnungswesen, Zahlstellen Allgemeine Rechtsfragen Innerer Dienst Druck und Vertrieb Übersetzungsbüro 24 39 22 09 22 02 21 07 24 18	GRUPE IB Systemstatiken Unternehmens- und Betriebsstatistiken Wirtschaftsstatistiken Berufsstatistiken 25 09 Referent: RD Dr. Gallert 22 36 Podkowiak	GRUPE IIB Maschinelle Datenverarbeitung Planung und Durchführung von Aufbereitungsbereitungen Maschinelle Rationalisierung 25 91 Referent: RD Tauscher 25 91 Referenten Schneider Müller RR Henry 22 45 26 83 22 29	GRUPE III B Volksw. Gesamtrechnungen Staat, Private Haushalte Banken und Versicherungen Außenwirtschaft Volksw. Gesamtrechnungen 25 22 Referent: RD Richter 25 29 RD Dr. Seiers RD Dr. Dörow 29 21	GRUPE IVC Volksw. Gesamtrechnungen Soziale Indikatoren Input - Output - Rechnungen Vermögen Sonderaufgaben, sonstige statistische Gesamtsysteme 26 07 Referent: RD Lutzel 24 71 RR Mai RR Angermann 27 84	GRUPE VB Binnenhandel Groß- und Einzelhandel Handelsvermittlung Gastgewerbe Reiseverkehr Warenverkehr mit der DDR Berlin (Ost) *) 24 94 Referent: RD Dr. Raab 24 29 RD Engeler Krahl RD Stark RR Herrsch 22 32 22 79 24 28	GRUPE VIC Unternehmensrechnungen Wirtschaftsrechnungen Kostenträgerstruktur Unternehmensbilanzen Einkommens- und Verbrauchsstatistiken Laufende Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte 29 84 Referent: RD Euler 25 62 RR Dr. Schulmeyer RR Bretzinger Dipl. Kim, Bieck Rhn Gross Dipl. Kim, Braun 25 46 23 11 26 51 26 81	GRUPE VII B Einkommensteuern Vermögenssteuern Einkommensteuern Einkommensteuern Einkommensteuern Einkommensteuern 25 73 Referent: RD Füss 25 74 RD Füss RD Füss RR Wöhrle RR Wöhrle RR Rensius 25 45 25 42 25 61	GRUPE VIII B Laufende Bevölkerungsstatistiken Geburts- und Bevölkerungsstand Natürliche Bevölkerungsbewegung Wanderungen Bevölkerungsprognosen Ausländer- Statistik Wahlstatistik 24 00 Referent: RD Linke 25 19 RR Dr. Rauch RR Dr. Fischer 21 16
GRUPE ZC Personal LRD Mauritz 21 67 Referenten RR Engelage RR Parthausen ROAR Rakpa 26 97 28 64 23 17	GRUPE IC Rechnungsstatistiken 24 43 Referent: RD Dr. Schulze 23 31 Referenten RR Carmerbacher RR Czapski 28 19	GRUPE IIC Mathematische und technische Fragen der Statistischen Dienstleistungen währgr. d. Abt. L 21 20 Referenten: RD Herrler RD Dr. Kühn RR Schmidt RR Schmalhausen RR Schmitt 23 81 22 24 26 90 22 89	GRUPE III D Betriebswirtschaftliche der Landwirtschaft Agrarberichterstattung Arbeitskräfte Landwirtschaftszahlungen Preise für landw. Grundbesitz 23 68 Referent: RR Dr. Halkamp 26 95 RR Dr. Friesse RR Friesse DR Samtleben 28 36 28 61	GRUPE IVD Baustatistik, Handwerk Monatlicher Baubauzeit Jahreserhebungen, Zensus im Baugewerbe Baupreisermittlungen, Baupreisermittlungen, Baupreisermittlungen, Baupreisermittlungen Handwerkerbericht, Handwerkerberichten 21 92 Referent: RD Dr. Jäger 23 00 RR Dr. Schmidt RR Dr. Schmitt RR Dr. Schmitt RR Dr. Schmitt 26 09 23 82 28 29	GRUPE VC Verkehr Binnen- und Seeschifffahrt Eisenbahnen Straßenverkehr Luftfahrt Rohrleitungen Nachrichtendienste Verkehrsmittel 24 68 Referent: RD Pauli 21 25 Dipl. Volksw. Möller RR Mückel RR Wöckel RR Weber 21 45 26 10 25 11	GRUPE VID Allgemeine Auslandsstatistik Internationale Übersichten Landesberichte *) Landesberichte *) 25 04 Referent: RD Dr. Mackenl 25 00 RR Hake RD Dr. Gruner RR Dr. Schwab RR Dr. Kasperkowitz RR Dr. Schneider 23 32 23 30 24 42 26 31	GRUPE VII D Gesundheitswesen Sozialleistungen Krankheiten und Todesursachen Berufe des Gesundheitswesens Krankenhäuser Öffentliche Sozialleistungen, Jugendhilfe 23 54 Referent: RD Dr. Christian 21 06 RR Dr. Leutner RR Dr. Deminger 26 39	GRUPE VIII D Gebäude und Wohnungen Zahlungen und Wohnungszahlungen Wohnungsschichtproben Wohnungsschichtproben 22 48 Referent: RD Thiel 25 98 RD Hepp RR Peter
Vorprüfstelle ROAR Siewski 22 83	GRUPE IE Allgemeine und fachliche Fragen der Statistischen Datenbank währgr. d. Abt. L 22 00 Referenten RD Füll RR H. Mollendorf 25 82 24 26	GRUPE IIE Pflanzliche Produktion Allgemeine Bodenstatistik und Ackerbau Obst-, Gemüse- und sonstiger Gartenbau Wenwirtschaft 23 86 Referent: RD Dr. Masante 26 09 RR Dr. Pauli RR Dr. Rüd RR v. Hoeningh-O'Carroll RR Müller 26 90 23 72	GRUPE IIIE Tierische Produktion Forstwirtschaft Vieh-, Fleisch- und Milch-wirtschaft Fischer-, Forstwirtschaft Agrarstatistik des Ausländes 23 69 Referent: Dipl. Landw. Pradt RR Dr. Wöckel RR Dr. Heger 23 86 27 28	GRUPE IIE Pflanzliche Produktion Allgemeine Bodenstatistik und Ackerbau Obst-, Gemüse- und sonstiger Gartenbau Wenwirtschaft 23 86 Referent: RD Dr. Masante 26 09 RR Dr. Pauli RR Dr. Rüd RR v. Hoeningh-O'Carroll RR Müller 26 90 23 72				

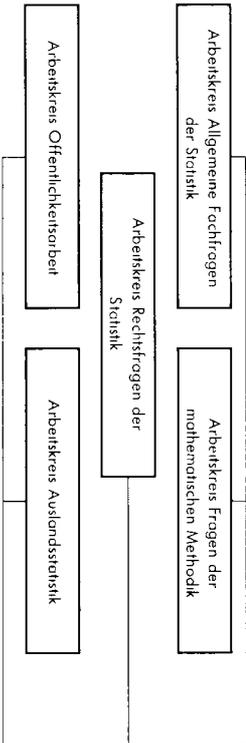
*) s. Zweigstelle Berlin

DIE GREMIEN DES STATISTISCHEN BEIRATS

Stand September 1975

STATISTISCHER BEIRAT

Amtsleiterkonferenz
beim
Statistischen Bundesamt



Arbeitskreis für moschnelle
Aufbereitung

Arbeitsgruppe Arbeitsorganisation

FACHAUSSCHÜSSE

AUSSCHÜSSE

Statistische Datenbank	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Systemmarktstatistik	Regionalstatistik	Finanz- und Steuerstatistik	Landwirtschaftsstatistik	Statistik im produzierenden Gewerbe einschli. Umwelstatistiken	Handels- und Verkehrsstatistik	Preis- und Lohnstatistik	Kostenstruktur- und Bilanzstatistik	Bevölkerungsstatistik	Erwerbstätigenstatistik	Sozialstatistik	Bau- und Wohnungsstatistik	Statistik des Gesundheitswesens	Rechtspflegestatistik	Statistik des Bildungswesens
------------------------	---------------------------------------	----------------------	-------------------	-----------------------------	--------------------------	--	--------------------------------	--------------------------	-------------------------------------	-----------------------	-------------------------	-----------------	----------------------------	---------------------------------	-----------------------	------------------------------

ARBEITSKREISE

- Methodik und Systematik der Finanzstatistik
- Verfahrensfragen der Erntestatistik
- Landwirtschaftszählungen
- Kurzfristiges Berichtssystem im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
- Kurzfristige Statistik in der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung
- Kurzfristiges Berichtssystem im Baugewerbe
- Jahreserhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
- Jahreserhebungen in der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung
- Jahreserhebungen im Baugewerbe
- Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
- Unternehmens- und Investitionserhebung im Baugewerbe
- Kartei im Produzierenden Gewerbe
- Wasserwirtschaft
- Abfallwirtschaft
- Umweltschutzzuschüsse
- Arbeitsstättenzahlung
- Außenhandelsstatistik
- Statistiken des Handels und Gastgewerbes
- Reiseverkehrsstatistiken
- Seeschiffahrtsstatistik
- Eisenbahnstatistik
- Gemeindestraßenstatistik
- Personenbeförderung im Straßenverkehr
- Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen
- Kraftfahrzeugfahrleistungen
- Statistik der Führerscheininhaber
- Luftfahrtstatistik
- Straßenverkehrsunfallstatistik
- Regionale Güterverkehrsstatistik
- Sterbetafeln
- Berufsstatistik
- Behinderte und Rehabilitation
- Sozialhilfestatistik
- Jugendhilfestatistik

REFERENTENBESPRECHUNGEN

- Finanzstatistik
- Steuerstatistik
- Geld- und Kreditstatistik
- Personal- und Schuldenstatistik
- Fragen der Landwirtschaftsstatistik
- Statistik im Produzierenden Gewerbe
- Umwelstatistiken
- Statistiken des Handels und Gastgewerbes
- Reiseverkehrsstatistiken
- Binnenschiffahrtsstatistik
- Gemeindestraßenstatistik
- Personenbeförderung im Straßenverkehr
- Straßenverkehrsunfallstatistik
- Preisstatistik
- Lohnstatistik
- Laufende Wirtschaftsrechnungen
- Einkommens- und Verbrauchsstichproben
- Laufende Bevölkerungsstatistiken
- Bevölkerungsvorausschätzungen
- Mikrozensus
- Volks- und Berufszählungen
- Beschäftigtenstatistik
- Bauberichterstattung
- Bautätigkeitsstatistik
- Wohngeldstatistik
- Gebäude- und Wohnungszählungen
- 1%-Wohnungstichproben
- Statistik des Gesundheitswesens
- Rechtspflegestatistik
- Schulstatistik
- Hochschulstatistik

„ständige“ Gremien

z. Z. für vorübergehende Aufgaben bestehende Gremien